

Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan  
und Usbekistan sowie Handlungsspielräume zur Unterstützung  
ihrer Inklusion durch nationale und internationale nicht-staatliche  
Akteure

**Dissertation**

Zur Erlangung des Grades

Doctor philosophiae (Dr. phil.)

am Institut für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung und  
Rehabilitation

der Philosophischen Fakultät

der Universität Rostock

**vorgelegt von**

Stephan Kehl

aus Marksuhl

Rostock, 2018

**Gutachter:**

Prof. Dr. Katja Koch, Universität Rostock, Institut für Sonderpädagogische  
Entwicklungsförderung und Rehabilitation

Prof. Dr. Ulrike Lüdtke, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Institut für  
Sonderpädagogik

Prof. em. Dr. Hans Weiß

**Jahr der Einreichung:** 2018

**Jahr der Verteidigung:** 2018



# Inhaltsverzeichnis

	<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1</b>	<b>Epistemologische Grundlagen.....</b>	<b>9</b>
1.1	Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan – ein ignoriertes Forschungsgebiet.....	9
1.2	Das wissenschaftliche Erbe Kasachstans und Usbekistans .....	10
1.3	Forschungspraktische Schlussfolgerungen.....	12
<b>2</b>	<b>Gesellschaftspolitische Explikationen.....</b>	<b>19</b>
2.1	Tabellarische Übersicht .....	19
2.2	Herstellung von Staatlichkeit nach innen und außen .....	20
2.3	Wirtschaftliches (Krisen-)Potenzial und soziale Entwicklung.....	23
2.4	Staat und nicht-staatliche Akteure.....	27
2.5	Zusammenfassung.....	32
<b>3</b>	<b>Analyse ausgewählter Politikfelder .....</b>	<b>37</b>
3.1	Sozialpolitik.....	37
3.1.1	Übergang von universellen zu zielgruppenspezifischen Sozialleistungen (1991-1999).....	37
3.1.2	Fehlende Identifikation und Unterstützung von Risikogruppen (2000-2016) .....	41
3.2	Bildungspolitik .....	44
3.2.1	Das (Regel-)Bildungssystem in Kasachstan und Usbekistan.....	44
3.2.2	Sinkende Bildungsausgaben und Rückbau frühkindlicher Förderung (1991-1999) .....	47
3.2.3	Bildungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (2000-2016) .....	49
3.3	Gesundheitspolitik.....	53
3.3.1	Reorganisation des Gesundheitswesens (1991-1999) .....	53
3.3.2	Ungleichheit und fehlende Transparenz (2000-2016).....	56

3.4	Zusammenfassung .....	60
<b>4</b>	<b>Behindertenpolitische Rahmenbedingungen.....</b>	<b>63</b>
4.1	Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion .....	63
4.1.1	Terminologische und inhaltliche Annäherung.....	63
4.1.2	Historische Entwicklung der Defektologie.....	66
4.1.3	Personengruppe.....	73
4.1.4	Epidemiologie .....	74
4.1.5	Bildungssystem .....	76
4.1.6	Diagnostik von Behinderung.....	81
4.1.7	Staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderung .....	83
4.1.8	Zusammenfassung .....	86
4.2	Behindertenpolitik im unabhängigen Kasachstan und Usbekistan.....	89
4.2.1	Personengruppe.....	89
4.2.2	Epidemiologie .....	90
4.2.3	Bildungssystem .....	94
4.2.4	Diagnostik von Behinderung.....	99
4.2.5	Staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderung .....	104
4.2.6	Die nationale Gesetzgebung .....	107
4.2.7	Gegenwärtige Entwicklungen im Bereich Inklusion und Deinstitutionalisierung.....	110
4.2.8	Zusammenfassung .....	114
<b>5</b>	<b>Nationale nicht-staatliche Akteure.....</b>	<b>117</b>
5.1	Ursprünge in der Sowjetunion .....	117
5.1.1	Ziele und Akteure.....	120
5.2	Exkurs: Behindertenrechtsbewegung in der BRD .....	123
5.2.1	Ursprünge des Engagements .....	123

5.2.2	Ziele und Akteure.....	125
5.3	Vergleichende Analyse nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in Deutschland und der Sowjetunion .....	127
5.4	Nicht-staatliche Akteure der Behindertenpolitik in Kasachstan und Usbekistan .....	130
5.4.1	Definition und Untergliederung.....	130
5.5	Aktuelle Entwicklungen .....	134
5.6	Kritik an nicht-staatlichen Akteuren.....	138
5.7	Zusammenfassung.....	140
<b>6</b>	<b>Internationale nicht-staatliche Akteure.....</b>	<b>143</b>
6.1	Definition und Untergliederung .....	143
6.2	Ursprünge und Geschichte internationaler Behindertenpolitik .....	145
6.3	Aktuelle Entwicklungen .....	148
6.4	Exkurs: Prinzipien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Behindertenpolitik .....	151
6.5	Akteure und Projekte in Kasachstan und Usbekistan .....	154
6.6	Internationale Akteure in der Kritik .....	157
6.7	Zusammenfassung.....	162
<b>7</b>	<b>Methodik und Methodologie.....</b>	<b>165</b>
7.1	Empirische Fragestellungen.....	165
7.2	Wahl der Forschungsmethode .....	166
7.3	Erhebungsmethodik und Ablauf der Forschung.....	168
7.4	Positionierung im Feld.....	172
7.4.1	Rolle und Position des Forschenden.....	172
7.4.2	Verantwortung im Forschungsprozess .....	176
7.5	Herausforderungen qualitativer Forschung in Kasachstan und Usbekistan.....	177
7.5.1	Zugang zum Feld .....	177

7.5.2	Offenheit der Interviewpartner .....	179
7.5.3	Kommunikation und Dokumentation .....	181
7.5.4	Schlussfolgerungen für die Auswertung der Daten .....	184
7.6	Auswertung anhand der strukturierenden Inhaltsanalyse .....	186
7.6.1	Kategorienbildung.....	188
7.6.2	Anwendung der strukturierenden Inhaltsanalyse .....	190
<b>8</b>	<b>Ergebnisse der empirischen Forschung (1): Exklusionskreisläufe von Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan .....</b>	<b>196</b>
8.1	Exklusionskreislauf – Ebene (1) .....	196
8.1.1	Finanzielle Absicherung .....	196
8.1.2	Medizinische Versorgung.....	199
8.1.3	Bildungschancen .....	203
8.1.4	Integration in den Arbeitsmarkt .....	209
8.1.5	Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (1) .....	215
8.2	Exklusionskreislauf – Ebene (2) .....	220
8.2.1	Infrastruktur.....	220
8.2.2	Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal.....	222
8.2.3	Zugang zu und Austausch von Informationen .....	227
8.2.4	Statistische Erfassung .....	229
8.2.5	Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (2) .....	231
8.3	Exklusionskreislauf – Ebene (3) .....	235
8.3.1	Gesellschaftliche Vorurteile .....	235
8.3.2	Staatliches und gesellschaftliches Interesse.....	239
8.3.3	Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (3) .....	241
<b>9</b>	<b>Ergebnisse der empirischen Forschung (2): Handlungsspielräume nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan .....</b>	<b>249</b>
9.1	Theoretische Vorgehensweise .....	249

9.2	Handlungsspielräume internationaler Akteure.....	253
9.2.1	<i>Soziokulturelle Lebensweltorientierung</i> : Lebensweltbezug über die Einbeziehung der Alltagserfahrung, lokalen Werte und Traditionen herstellen .....	253
9.2.2	<i>Ergebnisoffene Situationsanalyse</i> : Handlungsbedarf und bestehende Ressourcen identifizieren .....	256
9.3	Handlungsspielräume nationaler nicht-staatlicher Akteure .....	260
9.3.1	<i>Kooperation statt Konfrontation</i> : Mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten .....	260
9.3.2	<i>Entindividualisierung von Exklusion</i> : Gesellschaftliche Benachteiligung mithilfe von Rollenvorbildern aufdecken .....	263
9.4	Handlungsspielräume nationaler und internationaler Akteure vor dem Hintergrund der Exklusionskreisläufe .....	266
9.4.1	Gesellschaftliche Vorurteile und Stereotype.....	267
9.4.2	Geringes staatliches und gesellschaftliches Interesse.....	271
9.4.3	Handlungsspielräume in Bezug auf die weiteren Exklusionsgefahren....	274
9.5	Zusammenfassung.....	277
<b>10</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>282</b>
<b>11</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>287</b>
11.1	Abbildungsverzeichnis .....	287
11.2	Tabellenverzeichnis.....	288
11.3	Zusammenfassung der Interviewleitfäden .....	289
<b>12</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>291</b>



## Einleitung

### **Die Bedeutung Kasachstans und Usbekistans für die Analyse von Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung und der Handlungsspielräume internationaler und nationaler nicht-staatlicher Akteure**

Entgegen dem nur marginalen Interesse in der deutschen Sonder- und Heilpädagogik bietet sich gerade Zentralasien für die Eruierung behindertenpolitischer Fragestellungen aus verschiedenen Gründen an: Die Region unterscheidet sich kulturell, gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich wesentlich stärker von (Ost)Europa als die (zudem besser erforschten) slawisch-sprachigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Dies erlaubt belastbarere Rückschlüsse darauf, wie sich sonder- und heilpädagogische Entwicklungen in Regionen gestalten, in denen nicht nur wirtschaftliche Indikatoren, sondern auch politische und gesellschaftliche Prozesse andere Dynamiken aufweisen. Hinzu kommt, dass mit Ende der Sowjetunion nicht nur enorme wirtschaftliche, ideologische und gesellschaftliche Umbrüche stattfanden, sondern auch die Sonder- und Heilpädagogik weiterhin vor umfassenden Umwälzungen steht. Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung lassen sich deshalb in Zentralasien wie unter einem Brennglas beobachten.

Der repressive bzw. autoritäre Charakter der politischen Systeme Kasachstans und Usbekistans ist dabei zwar kein Alleinstellungsmerkmal dieser beiden Länder in der Region. Jedoch lassen sie sich von anderen Staaten der Region wie Kirgisistan und Tadschikistan dadurch unterscheiden, dass sie einerseits über einen vergleichsweise starken und auf fast allen gesellschaftlichen und regionalen Ebenen präsenten Staat verfügen (vgl. ZIEGLER 2015a). Zum anderen sind Kasachstan und Usbekistan – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – durch ihren Ressourcenreichtum weit weniger auf internationale Unterstützung als ihre Nachbarstaaten angewiesen (s. Kapitel 2.3).

Diese Besonderheiten lassen die Schlussfolgerung zu, dass nationale und internationale nicht-staatliche Akteure in den beiden Ländern vor weitaus größeren Herausforderungen als in anderen Staaten der Region stehen: Denn weder sind sie von nicht-staatlichen Akteuren gleichsam als Surrogat fehlender eigener Spielräume abhängig, noch begünstigt

das repressive System und der vergleichsweise starke Staat überhaupt eine Beteiligung gesellschaftlicher Akteure.

Anhand dieser Einordnung wäre allerdings im regionalen Fokus ebenso die Untersuchung der Handlungsspielräume nicht-staatlicher Akteure in Turkmenistan von Bedeutung; hier jedoch spielten forschungspraktische Gründe eine entscheidende Rolle: Infolge der Abschottung Aschgabats<sup>1</sup> stellt die Untersuchung nicht-staatlicher Akteure vor Ort eine kaum zu realisierende Herausforderung dar.

Abschließend bleibt an dieser Stelle die Frage zu klären, warum mit Kasachstan und Usbekistan zwei Länder in einer vergleichenden Analyse ausgewählt wurden. Inhaltlich relevant und sinnvoll machen diese Anordnung die graduellen Unterschiede zwischen den beiden Ländern. Denn zum einen teilen sie mit der gemeinsamen Vergangenheit als Teilrepubliken der Sowjetunion eine im historischen Kontext zwar relativ kurze, jedoch (nicht zuletzt in der Behindertenpolitik) bis in die Gegenwart massiv hineinwirkende Vergangenheit. Neben dieser gemeinsamen Prägung durch die Sowjetunion spielen dabei auch vergleichbare kulturelle Voraussetzungen als mehrheitlich muslimische Länder eine wichtige Rolle. Zum anderen aber bestehen zwischen den beiden Staaten sowohl in ihrem politischen System als auch ihren wirtschaftlichen Spielräumen nicht unerhebliche Differenzen, sodass zu vermuten ist, dass die sich anhand eines Landes abzeichnenden Handlungsspielräume durch den Vergleich mit der Entwicklung im Nachbarstaat validiert oder überhaupt erst aufgedeckt werden können. Der eindeutig autoritäre Charakter Taschkents macht das Land wiederum besonders interessant für die Analyse der Möglichkeiten der Partizipation nicht-staatlicher Akteure unter den Bedingungen politischer Repression. Zudem ist dort eine ganze Reihe internationaler Akteure aktiv, die die Beantwortung der Frage nach ihrem Einfluss erlauben. Kasachstan dagegen lässt als wirtschaftlich und politisch offeneres System (vgl. Kapitel 2.4) verstärkt Rückschlüsse darauf zu, ob sich zusätzliche Handlungsspielräume mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Öffnung und wirtschaftlichen Entwicklung herausbilden können.

---

<sup>1</sup> Die Schreibweise geografischer Eigennamen und bedeutender gesellschaftlicher Persönlichkeiten orientiert sich an den in Deutschland am weitesten verbreiteten Formen, um, wie SAPPER, WEICHSEL und HUTERER (2007:7) anmerken, keine unnötige „Exotisierung“ zu betreiben. Bei der Transliteration von russischsprachiger Lexik oder Autorennamen in kyrillischer Schrift wird jedoch die wissenschaftliche Form gewählt, um die Auffindbarkeit der Autoren und die Nachprüfbarkeit des Wortschatzes zu erleichtern.

Eine zentrale terminologische Besonderheit, die auch mit den herausfordernden Bedingungen in Kasachstan und Usbekistan in Zusammenhang steht, sei bereits an dieser Stelle angemerkt: Bewusst wird in Rahmen der Forschungsarbeit der Begriff der *Zivilgesellschaft* äußerst behutsam gebraucht; vielmehr soll – wie bereits im Titel deutlich – allgemein von nicht-staatlichen Akteuren gesprochen werden. Darunter sind im Kontext der Forschungsarbeit in erster Linie Akteure zu verstehen, die über einen direkten Bezug zum Thema Leben mit Behinderung verfügen. Dies schließt Elternvereinigungen und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung mit ein, aber beispielsweise keine religiös motivierten Gruppierungen.

Der Verzicht auf den Begriff der Zivilgesellschaft liegt auch in der historischen Besonderheit der beiden Länder als Teilrepubliken der Sowjetunion begründet, infolge derer nicht nur eine Vermischung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren besteht, sondern auch eine anders gelagerte Auffassung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung (vgl. Kapitel 2.4). Denn mit dem westlich geprägten Begriff der *Zivilgesellschaft* sind Vorstellungen über Ziele, Mittel und Formen gesellschaftlicher Aktivität verbunden, die kaum zur Realität in Kasachstan und Usbekistan passen (vgl. LARUELLE 2015). Dies zeigen nicht zuletzt die definitorischen Schwierigkeiten derjenigen Autoren<sup>2</sup>, die bemüht sind, dieses Konzept an den zentralasiatischen Kontext anzupassen (vgl. KNOX & YESSIMOVA 2015; ZIEGLER 2015a; BUXTON 2009; GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005).

### **Kasachstan und Usbekistan im Kontext der entwicklungspolitischen Terminologie**

Die Begrifflichkeiten im Entwicklungskontext haben vor allem seit Mitte des letzten Jahrhunderts eine Reihe von Veränderungen durchlaufen, die die jeweils aktuelle politische Weltordnung genauso wie theoretische Sichtweisen widerspiegeln (MENZEL 2016:27ff). Wenn – um nur einige Beispiele zu nennen – in den 70er Jahren von *Erster*, *Zweiter* und *Dritter Welt* gesprochen wurde, reflektierte dies zunächst die Einteilung der internationalen Politik in die Dichotomie der kapitalistischen und sozialistischen Blöcke. Die 80er Jahre dagegen waren bereits von einer weitergehenden Differenzierung und

---

<sup>2</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl männliche als auch weibliche Personen gemeint sein.

Ökonomisierung in der Klassifizierung geprägt: Staaten wurden in Länder mit *niedrigem, mittlerem* oder *hohem Pro-Kopf-Einkommen* oder auch *Schwellenländer* unterteilt, während die entwickelten Staaten zunächst als *alte Industrieländer*, später dann als *postindustrielle Gesellschaften* betitelt wurden. Mittlerweile ist dagegen vor allem im englischen Sprachraum wieder eine dichotome Unterscheidung in *globalen Norden* und *globalen Süden* en vogue.

Die wechselnde terminologische Verortung von Kasachstan und Usbekistan spiegelt diese Entwicklung wider: Während beide Länder als Teil der kommunistischen Weltordnung zunächst zur zweiten Welt gezählt wurden, hatte nach Auflösung der Sowjetunion lange Zeit der Begriff der Transformationsländer bestand. Dazu zählten aber nicht nur die ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion, sondern auch die postsozialistischen Staaten Mitteleuropas (INTERNATIONAL MONETARY FUND 2000).

In Deutschland dagegen werden Kasachstan und Usbekistan politisch als Entwicklungsländer eingestuft. Diese Einordnung basiert auf der Klassifizierung des Entwicklungsausschusses der OECD (*OECD Development Assistance Committee*, kurz DAC), wo sich neben Kasachstan und Usbekistan und mit Ausnahme des Baltikums sowie Russlands alle weiteren Nachfolgestaaten der Sowjetunion wiederfinden (OECD DEVELOPMENT ASSISTANCE COMMITTEE 2016). Die Klassifikation des DAC wiederum umfasst dabei Länder mit niedrigem und mittlerem Bruttonationaleinkommen (BNE) – eine Einteilung, die von der Weltbank vorgenommen wird und einem BNE (*Gross National Income* – GNI) pro Kopf von 1005\$ bis 12.235\$ entspricht (WORLD BANK 2017b). In einer weitergehenden Differenzierung wäre Usbekistan anhand des BNE dabei einem Land mit *niedrigem mittlerem Einkommen* und damit eher einem klassischen Entwicklungsland, Kasachstan hingegen einem *höheren mittleren Einkommen* und folglich präziser einem Schwellenland zuzuordnen (WORLD BANK 2017c;d).

Sobald jedoch andere als rein einkommensbasierte Indikatoren für die Kategorisierung der beiden Länder herangezogen werden, ist die Problematik einer begrifflichen Zuordnung evident. Denn wenn beispielsweise das BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2017a) u.a. Unterernährung und Hunger in der Bevölkerung, eine geringe Lebenserwartung und hohe Analphabetenrate als zentrale Merkmale von Entwicklungsländern auflistet, wird deutlich, dass Usbekistan – nicht zuletzt infolge des sowjetischen Erbes – kaum in diese Kategorie passt (vgl. Kapitel 3.4). Als ebenso

problematisch erweist sich allerdings auch die Klassifikation Kasachstans als Schwellenland: Diese verfügen aus der deutschen entwicklungspolitischen Perspektive zwar über ein hohes Wirtschaftswachstum, nicht jedoch über ein umfassendes Gesundheits- und Bildungssystem sowie flächendeckenden Möglichkeiten der Energieversorgung ihrer Bevölkerung (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG 2017b). Während Kasachstan in dieser Hinsicht besonders gut abschneiden dürfte, ist Astana aus gesellschaftspolitischer Perspektive kaum mit „klassischen“ Schwellenländern wie Brasilien, Mexico oder auch Malaysia vergleichbar (STAMM 2004:7). Andererseits fallen nach der Klassifizierung der Weltbank anhand des BNE jedoch gleichzeitig Rumänien und Bulgarien genau wie Kasachstan in die Kategorie der Länder mit *höherem mittlerem Einkommen*, werden allerdings nicht als Schwellenländer bezeichnet.

All dies untermauert die immanenten Schwierigkeiten der begrifflichen Zuordnung der beiden Länder zu bestehenden Klassifikationen von Staaten im Entwicklungskontext. Als Konsequenz daraus wird im Rahmen der Forschungsarbeit auf eine solche Klassifizierung Kasachstans und Usbekistans verzichtet werden, nicht zuletzt auch deshalb, um keine vorschnelle Allgemeingültigkeit der Forschungsergebnisse für eine ganze Reihe unterschiedlichster Staaten zu suggerieren.

### **Inhaltliche Vorgehensweise und Aufbau**

Die Forschungsarbeit besitzt in ihrer inhaltlichen Ausrichtung zwei unterschiedliche Schwerpunkte. In den Kapiteln 1-6 stehen Informationen zum Forschungshintergrund im Mittelpunkt, die Kapitel 7-9 setzen sich mit den Forschungsmethoden und der empirischen Beantwortung der beiden Forschungsfragen auseinander. Den inhaltlichen Abschluss bildet ein Ausblick auf offene Fragen und eine Reflexion hinsichtlich der Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse auf andere Regionen.

Der erste Teil der Forschungsarbeit nimmt dabei einen vergleichsweise umfangreichen Stellenwert ein. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass es sich bei Kasachstan und Usbekistan im sonder- und heilpädagogischen Kontext um ein kaum untersuchtes Forschungsgebiet handelt, wie sich in Kapitel 1 zu den epistemologischen Grundlagen zeigen lässt. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei im ersten Kapitel neben der Einordnung des Forschungsthemas auch der Reflexion der sich unterscheidenden

Wissenschaftstraditionen im europäischen und sowjetischen Kontext zu (Kapitel 1.2), was für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den herangezogenen Quellen unverzichtbar ist (Kapitel 1.3). Kapitel 2 (Gesellschaftspolitische Explikationen) dagegen dient einer punktuellen Diskussion von für die Forschungsarbeit relevanten gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Prozessen in Kasachstan und Usbekistan. Zur besseren Einordnung der beiden Länder bietet Kapitel 2.1 zunächst einen tabellarischen Überblick über grundlegende statistische Indikatoren. Daraufhin steht im folgenden Unterkapitel im Vordergrund, wie Kasachstan und Usbekistan mit Mitteln der Innen- und Außenpolitik versuchen, eine positiv besetzte Eigenstaatlichkeit zu erzeugen. Die Frage der Herstellung von Staatlichkeit in den beiden Ländern ist deshalb von besonderem Interesse, weil dadurch – wie in Kapitel 9 zu sehen sein wird – Handlungsspielräume für nationale und internationale nicht-staatliche Akteure entstehen. Auf der anderen Seite zeigen Kapitel 2.3 mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Astanas und Taschkents sowie das folgende Kapitel 2.4 (Staat und nicht-staatliche Akteure) ebenfalls deutlich, vor welchen Herausforderungen nationale wie internationale nicht-staatliche Akteure vor Ort stehen. Kapitel 2.4 ist dabei nicht misszuverstehen als umfassende Einführung in Definition, Untergliederung und Entwicklung nicht-staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan; dies wird ausführlich in den Kapiteln 5 bzw. 6 diskutiert. An dieser Stelle geht es vielmehr um eine grundlegende Einordnung des Verhältnisses zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren.

Die sich anschließende Aufarbeitung der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik in Kapitel 3 ist dabei in zwei zeitliche Abschnitte geteilt: Zum einen umfasst dies die erste Dekade nach der Unabhängigkeit, in der vor allem der Rück- und Umbau der von der Sowjetunion übernommenen Strukturen im Vordergrund stand. Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung der beiden Länder rückten dann ab der Jahrtausendwende auch zunehmend Reformvorhaben in den Vordergrund, die über die reine Abwicklung des sowjetischen Erbes hinausgehen; insofern sind diese Entwicklungen in einem zweiten Zeitraum zusammengefasst. Diese zweite Phase beinhaltet zudem ebenso aktuelle Tendenzen in den Bereichen der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Die in diesem Kapitel erarbeiteten Inhalte dienen in erster Linie dazu, potenzielle Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung aufzudecken, anhand derer die Forschungsinterviews analysiert werden können. Dies hat zur Folge, dass es sich dabei nicht um eine umfassende Darstellung

sozialpolitischer Entwicklungen wie bei SCHARFF (2014), MALTSEVA (2012) oder UNICEF (2013) handeln kann, sondern um eine akzentuierte Betrachtungsweise dieser politischen Handlungsfelder.

Kapitel 4 befasst sich daraufhin mit den behindertenpolitischen Rahmenbedingungen in Kasachstan und Usbekistan. Darin steht zunächst die Behindertenpolitik in der Sowjetunion im Vordergrund, denn ihr theoretisches und praktisches Erbe spielt bis heute in den beiden Ländern eine bedeutende Rolle. Dies betrifft nicht nur rechtliche und terminologische Aspekte, sondern beinhaltet ebenso ein weit verzweigtes und differenziertes Netz von Sonderschuleinrichtungen genauso wie die fachliche Ausbildung von Sonder- und Heilpädagogen. Ohne dieses Vorwissen ist ein vertieftes Verständnis der heutigen Behindertenpolitik Kasachstans und Usbekistans, dessen Analyse den zweiten Teil des vierten Kapitels bildet, kaum möglich. Neben epidemiologischen Fragestellungen werden in den beiden Kapiteln sowohl das Bildungssystem, die Diagnostik und die staatlichen Leistungen für Menschen mit Behinderung behandelt, die bereits eine Reihe der Exklusionsgefahren andeuten, die dann im Kapitel 8 im Vordergrund stehen.

Daran schließt sich die Untersuchung nationaler (Kapitel 5) und internationaler nicht-staatlicher Akteure (Kapitel 6) im Bereich Leben mit Behinderung an, deren Analyse sich ebenfalls einer vergleichenden Struktur bedient. In den beiden Kapiteln geht es dabei zunächst um eine grundlegende Definition und Unterteilung dieser Akteure, wonach aktuelle Entwicklungen und Projekte genauso wie die Kritik an ihnen auseinandergesetzt wird. In Kapitel 5 wurde zudem Raum für eine historisch-vergleichende Analyse nicht-staatlicher lokaler Akteure in der Sowjetunion und der Behindertenrechtsbewegung in Deutschland gelassen, um Bedingungen, Ziele und Vorgehensweise gegenüberstellen und daraus Schlussfolgerungen für nicht-staatliche Akteure in Kasachstan und Usbekistan ziehen zu können.

Im darauffolgenden Kapitel 7 folgt eine Diskussion des empirischen Forschungsansatzes und meiner eigenen Rolle und Verantwortung im Feld. Die Forschung in Kasachstan und Usbekistan war dabei von einer Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet, die in diesem Kapitel einer zusätzlichen Reflexion bedürfen. Allerdings handelt es sich meiner Auffassung nach bei diesen Herausforderungen nicht um grundlegend andere, sondern (qualitativer) Forschung inhärente Schwierigkeiten, die jedoch in diesem Umfeld so evident sind, dass sie

nicht ignoriert werden können. Dies hat auch Konsequenzen für die Auswertung der Daten, was abschließend in Kapitel 7 dargelegt wird.

In Kapitel 8 rücken dann die Ergebnisse dieses ersten Teils der empirischen Forschung hinsichtlich der Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan in den Vordergrund. Die Darstellung der Exklusionsgefahren entspricht dabei nicht einer Abfolge einzelner Faktoren, sondern – wie die Analyse der Forschungsinterviews mithilfe der strukturierenden Inhaltsanalyse (MAYRING 2015) nahegelegt hat – erfolgt als sich gegenseitig verstärkende Exklusionskreisläufe auf verschiedenen Ebenen.

Kapitel 9 beinhaltet abschließend die Untersuchung der Handlungsspielräume nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure, die in einem zweiten empirischen Schritt analog zu Kapitel 8 aus den Forschungsinterviews deduktiv herausgearbeitet werden. Zentral dabei ist die Analyse dieser Handlungsspielräume vor dem Hintergrund der Exklusionsgefahren und die Erarbeitung konkreter Strategien für nationale und internationale nicht-staatliche Akteure.

Der Ausblick (Kapitel 10) geht schließlich nicht nur der Frage nach, inwieweit die Forschungsergebnisse auf andere (Welt)Regionen und Staaten übertragen werden können, sondern widmet sich auch offenen Forschungsfragen, die durch die Ergebnisse der Arbeit aufgeworfen und in der bisherigen wissenschaftlichen Debatte kaum aufgegriffen wurden.



# 1 Epistemologische Grundlagen

## 1.1 Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan – ein ignoriertes Forschungsgebiet

Zentralasien ist paradox. [...] Ohne die große Tradition – städtischen Hochkulturen an den Oasen, die riesigen Steppenreiche, die Blüte des Islam am wichtigsten Handelsweg zwischen Ost und West und die Multikulturalität zwischen Wüsten und Hochgebirgen – ist Zentralasien nicht zu verstehen. Doch der Glanz des Gewesenen lässt alles andere verblassen: Das heutige Zentralasien ist weitgehend terra incognita“ (SAPPER, WEICHSEL & HUTERER 2007:7).

Mit diesen Worten beginnt der deutschsprachige Sammelband *Machtmosaik Zentralasien – Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*, dessen Veröffentlichung jedoch bereits zehn Jahre zurückliegt. Wenn nun aber das heutige Zentralasien insgesamt *Terra incognita* ist, gilt dies erst recht für Menschen mit Behinderung in der Region. Denn selbst in den bestehenden Sammelbänden der Internationalen Sonder- und Heilpädagogik findet sich nicht ein einziger Beitrag zur Situation von Menschen mit Behinderung in Zentralasien (vgl. ALBRECHT, BÜRLI & ERDÉLYI 2006; BÜRLI, STRASSER & STEIN 2009; SEHBROCK, ERDÉLYI & GAND 2013).

Internationale, englischsprachige Veröffentlichungen konzentrieren sich dabei fast ausschließlich auf Beiträge von Unterorganisationen der Vereinten Nationen, wie UNICEF (2012;2013) oder das UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM (UNDP 2009) sowie auf transnationale Akteure, darunter in erster Linie die OECD (2009). Eine der wenigen Ausnahmen bildet hierzu die japanische Wissenschaftlerin KATSUI (2005;2008), die sich in ihrer Dissertation mit den Möglichkeiten und Grenzen einer behindertenpolitischen Zivilgesellschaft in den fünf zentralasiatischen Staaten auseinandersetzte. Obwohl ebenfalls bereits mehr als zehn Jahre alt, ist es auch im englischsprachigen Raum das einzig mir bekannte umfassende Werk zur Situation von Menschen mit Behinderung in Zentralasien.

Dabei ist die Verfügbarkeit wissenschaftlicher Quellen nicht nur in Hinsicht auf die Sekundärliteratur unbefriedigend; selbst innerhalb Kasachstans und Usbekistans findet eine über vereinzelte Beiträge zur Situation der Inklusion oder der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung hinausgehende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht statt. Insofern gilt die Diagnose von NOVIKOV, FREIBURG und JEHL

(1988:153), dass „[d]ie Quellenlage im Bereich des sowjetischen Sonderschulwesens und der Sonderpädagogik [...] besonders prekär [ist]“, auch für ihre zentralasiatischen Nachfolgestaaten.

Diese Ausgangslage stellt unzweifelhaft unter Beweis, dass es sich bei dem Thema Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan um ein weitgehend ignoriertes Themenfeld handelt, was für den Umgang mit der bestehenden Forschungsliteratur von hoher Bedeutung ist. Bevor jedoch die forschungspraktischen Konsequenzen daraus diskutiert werden können, ist zunächst ein Blick auf die besondere Wissenschaftstradition in Kasachstan und Usbekistan zu werfen.

## 1.2 Das wissenschaftliche Erbe Kasachstans und Usbekistans

Denn neben diesem offensichtlichen nationalen und internationalen Desinteresse an dieser Thematik kommt eine wissenschaftstheoretische Besonderheit der beiden Länder hinzu: Als Nachfolgestaaten der UdSSR sind sie in ihrem wissenschaftlichen Erbe stark von der sowjetischen Wissenschaftspolitik und ihren forschungspraktischen Konsequenzen geprägt.

Ein entscheidender Teil davon – die vollständige staatliche Kontrolle des Wissenschaftsbetriebs seit den 30er Jahren sowie seine ideologischen Fesseln – sind hinlänglich bekannt und bereits mehrfach beschrieben (VAN DER VEER 2007:23; LANGFORD 2005:17; JORAVSKY 1989:312; THIELEN 1982:80; BAUER 1952). Beispielhaft lässt sich dies an dieser Stelle nur kurz anhand der *Defektologie*<sup>3</sup> – die sowjetische Bezeichnung für die Wissenschaft der Entwicklung und Förderung von Menschen mit Behinderung (NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:154) – aufzeigen. Denn inhaltlich musste sie sich, wie alle anderen Wissenschaftsdisziplinen auch, am marxistisch-leninistischen Weltbild orientieren (vgl. YEREMENKO 1985:10). Insofern können ihre theoretischen Grundlagen nicht unabhängig von der staatlichen Ideologie insgesamt betrachtet werden. Der marxistisch-leninistische begründete historische Materialismus sowie das Prinzip der dialektischen Entwicklung bildeten somit ihre wissenschaftliche Basis:

---

<sup>3</sup> Die Geschichte der *Defektologie* und die Auswirkungen der politischen Kontrolle der Wissenschaften auf sie werden ausführlicher in Kapitel 4.1.2 dargestellt.

Die sowjetische Defektologie basiert in ihrer Arbeit auf den für alle Zweige der Wissenschaft geltenden dialektisch-materialistischen Prinzipien. [...] Die Lehre der Begründer des Marxismus-Leninismus über das Wesen der Entwicklung, über seine treibenden Kräfte und der Entstehung von Neuem im Laufe der Entwicklung ist der Ausgangspunkt der Fragen der Bildung, des Unterrichtens und der Erziehung von Kindern mit Behinderung (VLASOVA & PEVZNER 1973:126)<sup>4</sup>

Insofern müssen auch die Förderung und Bildung von Kindern mit Behinderung in der Sowjetunion in Auseinandersetzung und Abgrenzung vom westlichen kapitalistischen System verstanden werden. Diese staatliche Durchdringung wissenschaftlicher Tätigkeit lässt sich dabei mit Ausnahme des Baltikums auch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion beobachten, wobei dies in den zentralasiatischen Ländern – in zweifelsohne unterschiedlichem Ausmaß – besonders ausgeprägt ist (LARUELLE 2007).

In epistemologischer Hinsicht aber für die vorliegende Forschungsarbeit entscheidender dürfte noch ein zweiter Aspekt sein. Denn letztlich ebenfalls als Folge der stalinistischen Wissenschaftspolitik unterscheiden sich auch die Standards wissenschaftlichen Arbeitens in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion von denjenigen der westlichen Forschungsgemeinschaft. Wie GRAHAM (1993) in seiner umfassenden Analyse der Geschichte der Wissenschaft in Russland und der Sowjetunion anhand verschiedener Beispiele verdeutlicht, war dies in erster Linie eine Folge der vollständigen Kontrolle des gesellschaftlichen und eben auch wissenschaftlichen Lebens seit den 30er Jahren:

Soviet authors in the twenties attempted to improve scientific research by suggesting changes in research techniques and the use of laboratory equipment; by proposing reforms in publication and [...] by developing quantitative criteria for evaluating the effectiveness of scientific research [...] This research was largely abandoned in the early 1930s as the social sciences withered under Stalin's authoritarian policies. By the time a revival began in the 1960s Western scholars were far ahead in a field in which Soviet authors had been pioneers" (GRAHAM 1993:152).

Der Abstand zwischen den unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen wurde bis zum Ende der Sowjetunion – und auch darüber hinaus – kaum mehr geringer. Dass die sowjetische Wissenschaft noch bis in die 50er Jahre hinein in einer Reihe von Fachbereichen international führend war, führt GRAHAM (1993:200) auch darauf zurück,

---

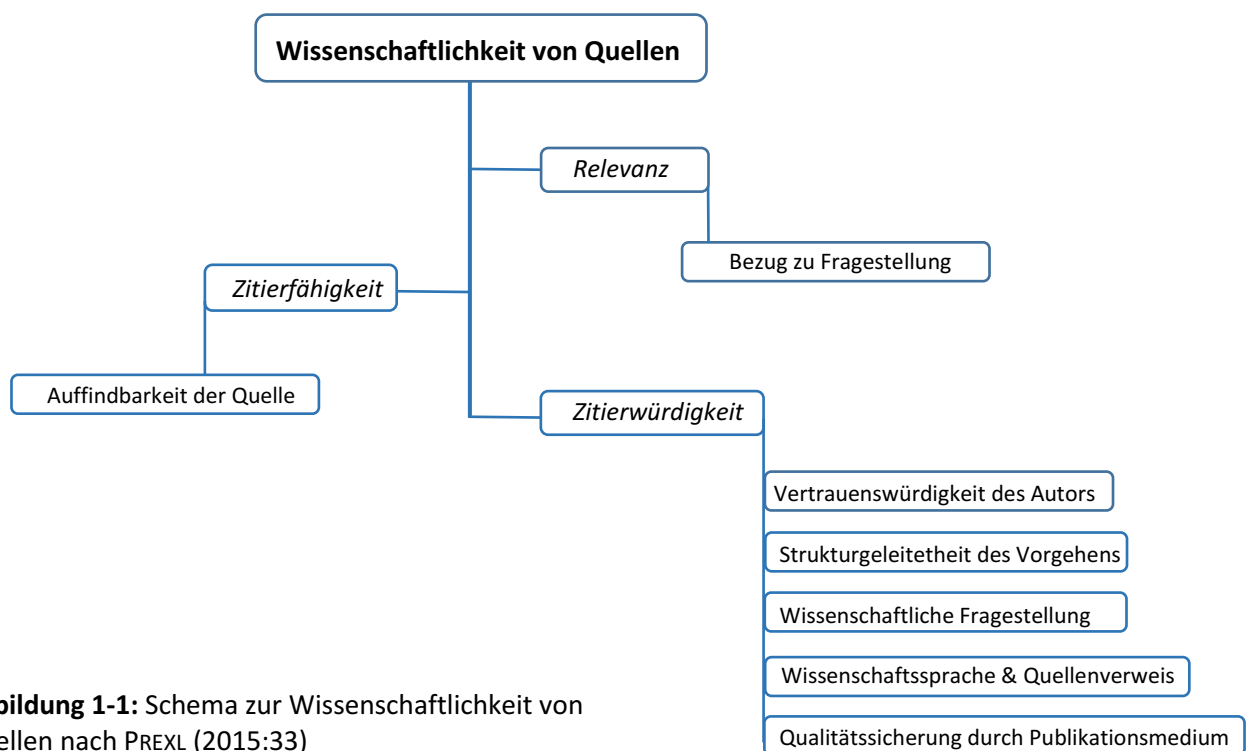
<sup>4</sup> Советская дефектология основывается в своей работе на диалектика-материалистических принципах, общих для всех отраслей наук. [...] Учение основоположников марксизма-ленинизма о сущности развития, о его движущих силах и возникновении нового в ходе развития стало исходным при разработке вопросов изучения, обучения и воспитания аномальных детей.

dass bis dahin Wissenschaftler tätig waren, die noch vor den stalinistischen Säuberungswellen und der staatlichen „Übernahme“ der Wissenschaft mitunter jahrzehntelang Teil der internationalen Forschungsgemeinschaft waren. Lev S. VYGOTSKIJ, der wohl berühmteste Psychologe der Sowjetunion, kann beispielhaft für diese Offenheit der sowjetischen Wissenschaft noch in den 20er Jahren stehen (s. Kapitel 4.1.2; KÖLBL 2006; KEILER 2002). Mit der voranschreitenden staatlichen Dominanz in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aber schwanden auch die Kontakte in das weltweite Forschungsnetzwerk. Dies erklärt zu einem großen Teil die abweichenden wissenschaftlichen Standards und Vorgehensweisen, die Publikationen aus dem postsowjetischen Raum bis heute kennzeichnen. Im Falle von Kasachstan und Usbekistan kommt hinzu, dass die dortige Wissenschaft bis heute wenig in ein internationales Netzwerk von Forschenden eingebunden ist; in der Folge hat sich auch an der wissenschaftlichen Arbeitsweise bisher wenig gewandelt (vgl. OECD/Worldbank 2015). Dabei sind vor allem in Kasachstan Bemühungen deutlich spürbar, die akademische Entwicklung des Landes zu internationalisieren (OECD 2016:69). Beispielsweise in Bezug auf die Platzierung von wissenschaftlichen Artikeln in internationalen Journalen rangiert das Land aber immer noch weit hinter Ländern wie Russland oder Malaysia (OECD 2016:153). Mangels Daten können zwar keine Aussagen über Usbekistan getroffen werden, aufgrund der geringeren Internationalisierung des Bildungssystems dürfte diese Zahl aber noch deutlich geringer sein (vgl. Kapitel 3.2). All dies zeugt davon, dass ein Wandel der sowjetischen Wissenschaftstradition in den beiden Ländern bisher noch nicht vollzogen wurde. Besonders markant wird dieser Umstand, wenn – wie das Beispiel Kasachstan zeigt – in den Universitäten vermehrt Druck auf Dozenten ausgeübt wird, in international anerkannten Fachzeitschriften zu publizieren, das Auseinanderklaffen der Wissenschaftsstandards aber immer wieder offen zutage tritt.

### 1.3 Forschungspraktische Schlussfolgerungen

Die kritische Reflexion und Bewertung der zur Erstellung einer Forschungsarbeit herangezogenen Quellen ist ein zentrales Merkmal wissenschaftlichen Arbeitens (AEPPLI et al. 2016:90; Voss 2016:91). Vor dem Hintergrund aber eines kaum erforschten wissenschaftlichen Themas, wie es in der vorliegenden Dissertation bearbeitet wird, und

einer sich von der europäischen weitreichend unterscheidenden Wissenschaftstradition stellt die Literaturrecherche und Quellenanalyse jedoch eine besondere Herausforderung dar (PREXL 2015:33). Die Konsequenz für das Forschungsthema aus den in den vorangegangenen Unterkapiteln dargestellten Besonderheiten liegt auf der Hand: Gängige Schemen zur Einschätzung von wissenschaftlichen Quellen, wie sie beispielsweise PREXL (2015:33ff; vgl. Abbildung 1-1) vorschlägt, können kaum unreflektiert übernommen werden. Um eine adaptierte Form davon jedoch nutzbar zu machen, soll das Schema als Ausgangspunkt Verwendung finden und deshalb kurz erläutert werden.



Während die *Relevanz* einer Quelle relativ einfach eingeordnet werden kann, ist vor allem die Bewertung der *Zitierwürdigkeit* nicht ohne Weiteres zu treffen. PREXL (2015:35) stellt daher vier Kriterien für die wissenschaftliche Qualität eines Textes auf: Dazu zählen die Behandlung einer wissenschaftlichen Fragestellung, die strukturierte Gliederung, eine wissenschaftliche Terminologie, Bezüge innerhalb des Textes sowie eine angemessene Methodik und theoretische Fundierung. Bei der *Zitierfähigkeit* steht die Frage im Vordergrund, ob die Quelle für den Leser vollständig verfügbar oder nicht allgemein zugänglich ist.

Hinsichtlich der beiden Aspekte – der *Zitierfähigkeit* und der *Zitierwürdigkeit* – existieren jedoch im Rahmen der Forschungsarbeit substantielle Einschränkungen. Denn mit Blick auf die Zitierfähigkeit ist zunächst problematisch, dass einige Werke aufgrund ihrer Publikation in der Sowjetunion oder der gesellschaftspolitischen Lage in Kasachstan und Usbekistan ausschließlich vor Ort verfügbar oder dort aus infrastrukturellen oder politischen Gründen kaum zugänglich sind<sup>5</sup>. Zum anderen fließen in die Forschungsarbeit auch der breiten Öffentlichkeit nicht verfügbare Quellen wie u.a. Positionspapiere internationaler Projekte und nationale pädagogische Konzeptionen ein, die zum Großteil über die Interviewpartner akquiriert werden konnten<sup>6</sup>.

Schwerwiegender als die Frage der *Zitierfähigkeit* dürfte allerdings die Problematik der *Zitierwürdigkeit* wiegen. Augenscheinlich ist dabei, dass Positionspapiere, politische Konzeptionen und auch nationale pädagogische Handreichungen für Eltern von Kindern mit Behinderung<sup>7</sup> kaum den Kriterien der *Zitierwürdigkeit* wissenschaftlicher Quellen genügen können. Allerdings würde eine ausschließliche Einbeziehung solcher Quellen nicht nur bedeuten, die nationale Perspektive von Forschenden in Kasachstan und Usbekistan zu ignorieren, sondern auch wichtige Informationen, denen dann in den Forschungsinterviews weiter nachgegangen werden konnte, unberücksichtigt zu lassen.

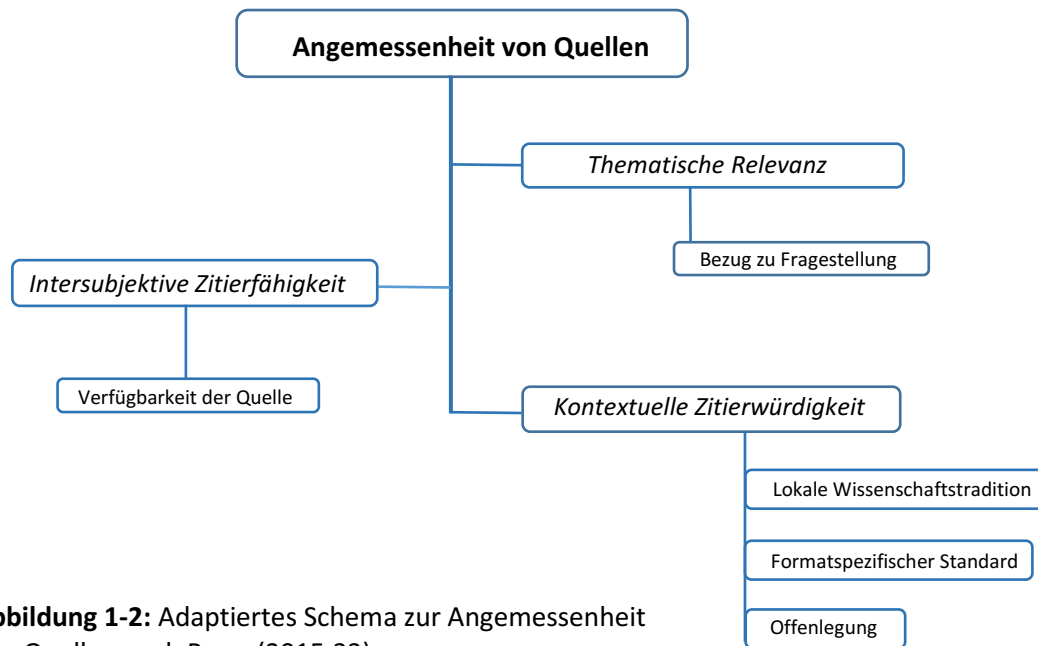
Infolge dieser Überlegungen findet im Rahmen der vorliegenden Promotionsarbeit ein angepasstes Schema zur Einschätzung der verfügbaren Quellen Anwendung (vgl. Abbildung 1-2):

---

<sup>5</sup> Letzteres trifft beispielsweise auf den russischsprachigen Sammelband von TANSYKBAYEVA (2001) – *Die Frau: Ihre Rechte und Freiheiten* zu.

<sup>6</sup> Siehe HUMAN DYNAMICS (o.J.).

<sup>7</sup> So u.a. SHUBINA (2009): *Ein besonderes Kind. Betreuung und Entwicklung*.



**Abbildung 1-2:** Adaptiertes Schema zur Angemessenheit von Quellen nach PREXL (2015:33)

Statt der Wissenschaftlichkeit von Quellen steht hierbei ihre *Angemessenheit* im Vordergrund. Dies bedeutet zunächst, dass von dem starren Gradmesser der Wissenschaftlichkeit abgerückt werden muss und eine forschungspragmatischere Sicht eingenommen wird. Die thematische Relevanz als Ausgangspunkt der Einschätzung einer Quelle bleibt dabei genauso bestehen wie die Begrifflichkeiten der Zitierfähigkeit und der Zitierwürdigkeit. Jedoch gelten diese nicht mehr als solche, sondern nur in spezifizierter Form, nämlich der *intersubjektiven Zitierfähigkeit* und der *kontextuellen Zitierwürdigkeit*. Der Begriff der intersubjektiven Zitierfähigkeit berücksichtigt, dass Dokumente, auf die im Rahmen der Arbeit Bezug genommen wurde, der allgemeinen Forschungsgemeinschaft nicht zugänglich sind. Angelehnt an das Kriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit der qualitativen Forschung (BERGER-GRABNER 2016:129) gilt aber, dass das Zustandekommen der Forschungsergebnisse transparent gemacht werden muss. Dies bedeutet, dass als Minimalkonsens solche nicht öffentlichen Quellen durch den Forschenden selbst verfügbar gemacht werden können, er also dauerhaft über diese Quellen verfügt.

Die kontextuelle Zitierwürdigkeit wiederum nimmt auf die Entstehungsbedingungen der Quellen Bezug. Die lokale Wissenschaftstradition bedeutet, dass beispielsweise für die Einschätzung von Forschungsmaterial aus Kasachstan oder Usbekistan nicht der Vergleich mit der europäischen, sondern der sowjetischen bzw. der eigenen, nach der Unabhängigkeit entstandenen Literatur gilt. Der formatspezifische Standard dagegen

berücksichtigt andere Veröffentlichungen des gleichen Formats. Denn verständlicherweise sind an Elternratgeber grundsätzlich andere Maßstäbe anzusetzen als an genuin wissenschaftliche Literatur.

Der formatspezifische Standard trägt jedoch insofern noch einem weiteren Spezifikum hinsichtlich der Quellen Rechnung, als dass Internetpublikationen einen besonderen Stellenwert in dem vorliegenden Forschungsprojekt einnehmen. Die Einschätzung solcher Quellen ist infolge ihrer Fülle an Informationen und der stark schwankenden Bandbreite an Qualität besonders herausfordernd (AEPPLI et al. 2016:94). Zudem ist aufgrund der Kurzlebigkeit dieser Informationen und die zuweilen vorherrschende vereinfachte Darstellung im Umgang mit Onlinequellen besondere Umsicht geboten (KOLLMANN, KUKERTZ & STÖCKMANN 2012:37). Fehlende „klassische“ Forschungsliteratur machte jedoch die Einbeziehung von Internetpublikationen notwendig (vgl. SANDBERG 2013:68). Dazu gehören vor allem Veröffentlichungen von internationalen Organisationen wie dem *United Nations Development Programme* (UNDP) und UNICEF<sup>8</sup>, die sowohl ausführlichere als auch kompaktere Länderberichte sowie Zusammenfassungen der Lage von Menschen mit Behinderung umfassen. Auch hier gilt jedoch die Berücksichtigung des formatspezifischen Standards. Denn die Wissenschaftlichkeit dieser Quellen schwankt erwartungsgemäß enorm zwischen ausführlichen (Länder)Analysen beispielsweise durch die OECD (vgl. 2009;2012; 2014) und kurzen zusammenfassenden Beiträgen, wie u.a. von UNICEF (vgl. 2012).

Schlussendlich ist infolge dieser Unsicherheiten die *Offenlegung* der wichtigsten Quellen zentral, um ihre Überprüfung durch andere Forschende zu ermöglichen (s. Tabelle 1-1):

---

<sup>8</sup> Siehe hierfür beispielsweise BABAJANIAN et al. (2014), UNICEF (2009; 2013) sowie UNDP (2009).



**Tabelle 1-1:** Ausgewählte Quellen geordnet aus wissenschaftstheoretischer Sicht nach Voss (2016:92)

Zeitungen & Onlineinformationsportale	Publikumszeitschriften & Nachrichtenorganisationen	Fachzeitschriften	Wissenschaftliche Fachzeitschriften
<b>Auswahl von in der Forschungsarbeit häufiger verwendeten Publikationen</b>			
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>nur.kz</b> (staatliches Nachrichtenportal Kasachstans mit Sitz in Almaty)</li> <li>• <b>gazeta.uz</b> (staatliches Nachrichtenportal Usbekistans in russischer Sprache)</li> <li>• <b>fergananews.ru</b> (internationale Nachrichtenagentur über Zentralasien mit Sitz in Moskau)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>EurasiaNet.org</b> (herausgegeben durch das US-amerikanische Harriman Institut der Columbia Universität; zuvor durch die von George Soros finanzierte <i>Open Society Foundation</i> unterstützt)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zentralasien-Analysen</b> (herausgegeben durch Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. h)</li> <li>• <b>Behinderung und internationale Entwicklung</b> (herausgegeben durch Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Third World Quarterly</b></li> <li>• <b>Nationalities Papers</b></li> <li>• <b>Survival</b></li> </ul>

nicht wissenschaftlich



wissenschaftlich

Eine Besonderheit bilden hierbei russischsprachige Onlinezeitungen oder Informationsportale, bei denen selbst ihre quellenspezifische Angemessenheit kaum nachprüfbar ist. Dennoch wurde darauf partiell zurückgegriffen, weil sie aktuelle Debatten widerspiegeln, die von wissenschaftlichen Formaten bisher nicht aufgenommen wurden. Allerdings gilt hier ob der Verlässlichkeit der gebotenen Informationen besondere Vorsicht; deshalb fanden solche Quellen ausschließlich in Ausnahmefällen und in Bezug auf die Situation von Menschen mit Behinderung nur dann Berücksichtigung, wenn sie sich mit Ergebnissen des empirischen Forschungsteils deckten.<sup>9</sup>

Gesellschaftspolitische Onlineinformationsportale wie *nur.kz* auf kasachstanischer und *gazeta.uz* auf usbekischer Seite dienten insofern dazu, aktuelle Debatten und Entwicklungen aufspüren zu können.<sup>10</sup> Die Auswahl dieser beiden Quellen erfolgte zum einen – dies betrifft vor allem das usbekische Nachrichtenportal *gazeta.uz* – aufgrund der Verfügbarkeit einer russischen Sprachvariante und zum anderen infolge der Verbreitung der Portale im virtuellen Raum. Den staatlich kontrollierten Nachrichtenportalen wie *nur.kz*

<sup>9</sup> So gilt dies u.a. für MUMINOV, A. (2014): *90% of people with disability in Kazakhstan are unemployed* oder URALSKWEEK (2015): *Die Erhöhung der staatlichen Leistungen wurden in Kasachstan um ein halbes Jahr verschoben*.

<sup>10</sup> Siehe die Abschaffung der Ausreisvisa für durch den neuen usbekischen Präsidenten MIRSIOJEV oder die Vorschläge von kasachstanischen Politikern, die Hauptstadt Astana zu Ehren NASARBAJEWS umzubenennen (GAZETA 2016; NUR.KZ 2017).

und *gazeta.uz* auf der einen Seite steht mit *fergananews.ru* ein kritisches Portal gegenüber, um unterschiedliche Perspektiven aufnehmen zu können.

Abschließend muss der Mangel an verlässlichen wirtschaftlichen und sozialen Daten im nationalen Kontext Kasachstans und Usbekistans explizit hervorgehoben werden. Denn nicht nur sind diese Indikatoren vor allem in Hinsicht auf wirtschaftliche Gradmesser häufig beschönigend, sondern weichen teilweise auch dramatisch voneinander ab. Für statistische Indikatoren wurde deshalb vor allem auf Veröffentlichungen internationaler Organisationen wie der WELTBANK oder der OECD zurückgegriffen. Unterschieden sich dabei auch signifikant zwei oder mehr dieser Quellen oder existierte überhaupt keine auf internationalen Schätzungen beruhende Statistik, wurden die unterschiedlichen Daten wiedergegeben. Dies gilt dabei besonders für Fragen zu Prävalenz, staatlicher Absicherung und bildungspolitischen Aspekten in Bezug auf Menschen mit Behinderung, weil sich die entsprechenden Daten sowohl in der nationalen als auch internationalen Literatur zum Teil dramatisch unterscheiden. Die im Laufe der Forschungsarbeit angegebenen Statistiken müssen deshalb weniger als absolute Werte, sondern vielmehr als Orientierungsrahmen verstanden werden. Dies mag einen Vergleich der Daten mit anderen Ländern erschweren, erlaubt aber zumindest die Beschreibung allgemeiner Trends im nationalen Kontext.

## 2 Gesellschaftspolitische Explikationen

### 2.1 Tabellarische Übersicht

**Tabelle 2-1:** Usbekistan und Kasachstan im statistischen Vergleich (2014/15) nach INTERNATIONAL MONETARY FUND (2010-16:45); OECD (2016); WORLD BANK (2016a;b;c); UNDP (2015)

	Usbekistan	Kasachstan
	<b>Allgemeine Informationen</b>	
Gesamtbevölkerung	31.299.000	17.500.000
unter 15 Jahren (%)	41,5	39,4
Bevölkerungswachstum (2010-2015)	1,4	1,0
Offizielle Sprachen	Usbekisch, Karakalpakisch	Kasachisch, Russisch
Bevölkerungsdichte	73,6	6,4
Staatsgebiet (in km <sup>2</sup> )	447.400	2.724.900
Human Development Index <sup>11</sup>	114	56
	<b>Wirtschaft</b>	
Bruttonationaleinkommen (BNE) in US-\$ pro Kopf (kaufkraftbereinigt)	5.567	20.867
BIP-Wachstum (2015/2016)	8,0/6,0	1,2/-0,8
Durchschnittliches BIP-Wachstum (2013-2015)	8,1	7,7
Inflationsrate (2015/2016) <sup>12</sup>	8,5/8,4	6,5/13,1
	<b>Gesundheit &amp; Bildung</b>	
Lebenserwartung bei Geburt	68,4	69,4
Anteil der Bevölkerung in Armut (nationaler Standard in %)	14,1	2,8
Vorschulbesuchsquote 2008-2014	25	58
Ausgaben für Gesundheit (in % des BIP)	6,1	4,3
Ausgaben für Bildung (in % des BIP)	6,2 - 12 <sup>13</sup>	3,1

<sup>11</sup> Der HDI umfasst neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf die Lebenserwartung bei der Geburt sowie die zu erwartenden Jahre im Bildungssystem (UNDP 2015:3).

<sup>12</sup> Trotz der stark abweichenden Angaben der Inflationsrate zwischen nationaler und internationaler, aber auch innerhalb internationaler Literatur (vgl. STROHBACH 2015) wird hier für Kasachstan und Usbekistan ausschließlich auf den INTERNATIONAL MONETARY FUND (2010-16:45) zurückgegriffen, um die Daten zumindest miteinander vergleichen zu können.

<sup>13</sup> UNICEF (2013:17) und UNICEF (2008:1)

## 2.2 Herstellung von Staatlichkeit nach innen und außen

Die Regierungen Zentralasiens drängten im Gegensatz zu den baltischen Staaten kaum auf eine Unabhängigkeit von der Sowjetunion (ISAACS & POLESE 2015:372) und auch in der Bevölkerung existierte keine mit westlichen Unionsrepubliken vergleichbare Unabhängigkeitsbewegung (LARUELLE 2007:139). Erst nach der Niederschlagung des Augustputsches 1991 und dem Machtverlust Moskaus schwenkten Usbekistan und Kasachstan auf den Weg Richtung Selbständigkeit ein (ILKHAMOV 2012:121; HALBACH 2007:87f). Auch innerhalb der Eliten der beiden Länder vollzog sich nach der Unabhängigkeit kein Wandel (KUBIECK 1998:29; GHARABAGHI 1994:108): Der usbekische Präsident Islom KARIMOW genauso wie sein Pendant Nursultan NASARBAJEV in Kasachstan, beide bereits zuvor KP-Vorsitzende, wurden nach Auflösung der Sowjetunion Präsidenten ihrer nun souveränen Staaten (HALBACH 2007:87).

Zur Konsolidierung der politischen Macht gehörte auch, die (Eigen-)Staatlichkeit nach innen und außen über eine neue nationale Identität und neue nationale Symbole und Traditionen herzustellen (BAZIN 2010; LARUELLE 2007). In Usbekistan wurde Amir Temur, ein islamischer Eroberer aus dem 14. Jahrhundert, zur Nationalfigur erhoben; Museen zur „richtigen“ Sichtweise der Geschichtsschreibung errichtet und Straßennamen entsprechend geändert. Das in Usbekistan vorherrschende Bild von Amir Temur unterscheidet sich somit naturgemäß von der in Europa dominierenden Sichtweise eines grausamen und rücksichtslosen Heeresführers (LARUELLE 2007:146). Die Lücke, die der Marxismus-Leninismus hinterließ, wurde dabei ideologisch mit der Idee der *Unabhängigkeit* oder *Eigenständigkeit* [*mustaqillik*] gefüllt (FAZENDEIRO 2015:342), was sich auch in der Beseitigung aller Spuren der kommunistischen Vergangenheit und jeglicher positiven Bezüge auf sie zeigte (ILKHAMOV 2012:122f).

In Kasachstan war aufgrund der ethnischen Spaltung des Landes in Russen und Kasachen eine nationalstaatliche Ideologie einer Titularnation nach Auflösung der Sowjetunion unmöglich (CUMMINGS 2003:145; GHARABAGHI 1994:107f). Stattdessen setzte Präsident NASARBAJEV auf eine eher inklusive Strategie der Herstellung einer *kasachstanischen*<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> In der deutschen Alltagssprache kaum geläufig, wird sowohl in der offiziellen als auch alltäglichen Sprache in Kasachstan zwischen *Kasachisch* [kazachskij] als ethnische und *Kasachstanisch* [kazachstanskij] als

Staatlichkeit, wie sich beispielsweise an dem Umgang mit der russischen Sprache, der allgegenwärtigen Betonung der Multiethnizität und Toleranz der Kasachstaner sowie der Konzentration auf die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des Landes als das die Nation einigende Element ablesen lässt (KAZKENOV & ZIEGLER 2015:202; vgl. a. HALBACH 2007:89; LARUELLE 2007:150).

Auch außenpolitisch mussten sich die beiden Staaten erstmals eigenständig positionieren. In Usbekistan wurde die Ideologie der *Unabhängigkeit* [*mustaqillik*] ebenfalls immanenter Bestandteil seiner Beziehungen zu anderen Ländern (vgl. SPECHLER & SPECHLER 2010:163):

The country's foreign policy will be based on the rules as equality, mutual interest, non-interference into the internal affairs of other countries. Our motto [...] will be – to be equal among equals, to be free from big brother's surveillance and mood once and for all (KARIMOW 1992 zit. n. FAZENDEIRO 2015:345).

Ungleichheiten in den Außenbeziehungen oder Kritik gegenüber Taschkent sind nur dann möglich, wenn sie nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden und zumindest der Anschein von gegenseitigem Respekt und Anerkennung gewahrt bleibt. Dabei müssen die *Zukunft Usbekistans als großer Staat* [*kelajagi buyuk davlat*] und seine *Unabhängigkeit* [*mustaqillik*] in der Außenwahrnehmung Usbekistans stets Berücksichtigung finden (FAZENDEIRO 2015:343f). Auch wenn die Außenpolitik Taschkents keinesfalls darauf reduziert werden kann, zeigte sich der Stellenwert dieser zumindest rhetorischen Gleichheit am deutlichsten in dem abrupten Abbruch der Beziehungen zu den USA und der Türkei (vgl. DIERBEN 2007:380). „*Uzbekistan's foreign policy has a logic of its own, based on self-reliance (mustaqillik), and that the willingness to foment and break off cooperation is explained, in part, by a dynamic of recognition*“ (FAZENDEIRO 2015:342).

Die kasachstanische Außenpolitik zeichnet sich dagegen durch eine stärkere *multi-vektorielle* Orientierung aus, was de facto bedeutet, dass Astana bestrebt ist, mit allen Ländern zu kooperieren, solange es den eigenen Interessen dient (CUMMINGS 2003:140). Gleichzeitig unternimmt Kasachstan den Versuch, durch eine gezielte *Nation-branding*

---

staatsbürgerschaftliche Kategorie unterschieden. Ein ethnischer Russe in Kasachstan definiert sich also nie als Kasache, sondern Kasachstaner. Da diese Unterscheidung in Hinsicht auf die ethnische Spaltung des Landes nicht unerheblich ist, soll sie auch im Folgenden beibehalten werden.

Eine ähnliche Differenzierung sieht auch die russische Sprache zwischen *rossijanin* im Sinne eines Staatsbürgers Russlands und einem *ethnischen Russen* [russkij] vor. Auch wenn diese Unterscheidung dabei ebenso im Falle Usbekistans sinnvoll erscheint, wird sie im offiziellen wie informellen Sprachgebrauch kaum benutzt, weshalb auch in der Forschungsarbeit darauf verzichtet wird.

Kampagne in der internationalen Gemeinschaft ein positives, möglichst demokratisch geprägtes Bild des eigenen Landes zu vermitteln (FAUVE 2015). Dafür sorgt nicht zuletzt die Unterstützung internationaler PR-Agenturen und Unternehmen u.a. des ehemaligen britischen Premierministers Tony BLAIR (LEWIS 2016:425). Den Mittelpunkt dieser Strategie bildet jedoch die neue Hauptstadt Astana, die als postmoderne Stadt dem international negativen Image Kasachstans entgegengestellt werden soll (FAUVE 2015). Das Sponsoring des *Pro-Astana* Teams um den erfolgreichen Radsportler Alexander WINOKUROW, die nationale Fluglinie *Air Astana* und wohl auch die Diskussion um eine Umbenennung Kasachstans (HANS 2014) müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. FAUVE (2015:116f) bezeichnet diese Strategie deshalb als *global Astanization*. Kasachstan ist zudem bemüht, nach außen und innen das Bild eines Demokratisierungsprozesses des Landes zu vermitteln, um Legitimität und internationale Anerkennung zu gewinnen (KAZKENOV & ZIEGLER 2015:199). Auch die immer wiederkehrende Betonung der besonderen nationalen Toleranz hat somit nicht nur eine innen-, sondern auch außenpolitische Bedeutung (KAZKENOV & ZIEGLER 2015:207). Tatsächlich haben sich jedoch sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan nach Einschätzung der US-amerikanischen NGO<sup>15</sup> *Freedom House*, die u.a. in *Nations in Transit* die Demokratieentwicklung in den 29 ehemaligen kommunistischen Ländern untersucht, demokratische Indikatoren seit Mitte der 90er Jahre verschlechtert (ZENTRALASIEN-ANALYSEN 2015:17).

Ein letzter wichtiger Bestandteil in der Herstellung von Staatlichkeit bildete dabei vor allem in Usbekistan die politische Instrumentalisierung des Islam in den ersten Jahren der Unabhängigkeit. Denn auch wenn islamische und traditionelle Vorschriften selbst unter sozialistischer Herrschaft in der Alltagskultur weiter existierten (BALDAUF 2007:111), führte die Auflösung der Sowjetunion zweifellos zu einem Bedeutungszuwachs des Islam im gesamten zentralasiatischen Raum (ZIEGLER 2015a; AKBARZADEH 2004; RUMER 2002). Der usbekische Präsident KARIMOW benutzte dabei zunächst dessen Legitimationskraft, indem er den Amtseid auf den Koran ablegte und bereits 1992 eine Pilgerreise nach Mekka unternahm (KRÄMER 2007:67f). Sein Verhältnis zum Islam wandelte sich jedoch schnell: Versuchte er zunächst seine politische Macht durch Übernahme religiöser Praktiken zu

---

<sup>15</sup> Aufgrund ihrer Gebräuchlichkeit verwende ich die englischsprachige Abkürzung NGO statt der deutschen Variante NRO.

festigen, wurden der Islam und die islamische Opposition bereits seit Mitte der 90er Jahre immer stärker unter staatliche Kontrolle gestellt (ILKHAMOV 2012:134; KRÄMER 2007:69f).

Im Unterschied zu Usbekistan ist der Islam in Kasachstan gesellschaftlich weniger relevant (KRÄMER 2007:74; CUMMINGS 2003:145) und spielte deshalb nach der Unabhängigkeit eine eher untergeordnete Rolle in der Herstellung von Staatlichkeit (GHARABAGHI 1994:108). Berücksichtigt werden muss hier jedoch der Unterschied zwischen dem russisch-orthodox geprägten Norden und dem Süden des Landes, wo der Islam in der kasachischen Bevölkerungsmehrheit fest verankert ist (KRÄMER 2007:74).

Die Erstarkung des Islam nicht zuletzt auch infolge der wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen in den 90er Jahren dürften dabei insbesondere in Usbekistan, mit Abstrichen vermutlich auch im Süden Kasachstans zu einer Festigung traditioneller Rollenbilder und -vorstellungen sowie religiös-patriarchaler Traditionen beigetragen haben (ZIEGLER 2015b:335; KARIEVA 2001:54; TANSYKBAYEVA 2001:12; vgl. a. INGLEHART & WELZEL 2005). Dies betrifft in erster Linie die Lebenssituation von jungen Frauen in den Familien ihrer Ehemänner, in denen sie mitunter jeglicher eigenständigen Entscheidungsfreiheit beraubt werden, sodass KADYROVA (2001:50) von „kostenlosen Dienerinnen“ und „Sklavinnen“ spricht. Diese Entwicklung besitzt gerade mit Blick auf die Geburt von Kindern mit Behinderung einen bedeutenden Stellenwert (vgl. Kapitel 8.3.1).

## 2.3 Wirtschaftliches (Krisen-)Potenzial und soziale Entwicklung

Obwohl Kasachstan und Usbekistan nicht nur reich an Erdgas, Öl und Uran sind, sondern auch über andere bedeutende Rohstoffvorkommen verfügen (REMPEL et al. 2007), erlebten die beiden Länder nach Auflösung der Sowjetunion zunächst eine Phase ungekannten wirtschaftlichen Einbruchs (OECD 2016:21; TURGANBAYEV 2013:16ff; ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:243; 327; POMFRET 2006; ALAM & BANERIJ 2000:2). Anhand des Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts und der Entwicklung der Inflation in den Jahren 1991-95 lässt sich dieser wirtschaftliche Niedergang verdeutlichen (s. Tabelle 2-2): So verlor Kasachstan bis 1996 36% seiner Wirtschaftskraft (OECD 2016:21), Usbekistan 19% (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:327). Weder Astana noch Taschkent hatten bis 1999 das BIP aus dem Jahre 1991 wieder erreicht; Usbekistans Wirtschaftsleistung betrug dabei zu diesem Zeitpunkt 96% des

Ausgangswertes, das kasachstanische BIP entsprach nur 63% der ehemaligen Wirtschaftskraft des Landes (ALAM & BANERIJ 2000:2).

**Tabelle 2-2:** Entwicklung des BIP und der Inflation in Usbekistan und Kasachstan 1991-95 (POMFRET 2006:5;8)

	1991	1992	1993	1994	1995
<b>Entwicklung des BIP</b> (in % zum Vorjahr)					
Usbekistan	-1	-11	-2	-4	-1
Kasachstan	-13	-3	-9	-13	-8
<b>Inflation</b> (in % zum Vorjahr)					
Usbekistan	82	645	534	1.568	308
Kasachstan	79	1.381	1.662	1.892	176

Darüber hinaus erlitten sowohl Kasachstan als auch Usbekistan infolge anhaltender Emigrationswellen einen starken Verlust an Humankapital (vgl. OECD 2016:27). Aufgrund der Auswanderung von ethnisch russischen- und – vor allem in Kasachstan – deutschstämmigen Bürgern büßte Kasachstan bis 1996 7,9% seiner Bevölkerung ein, Usbekistan 3,6% (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:247; 326).

Der gesamtwirtschaftliche Einbruch nach Auflösung der Sowjetunion hatte auf die Bevölkerung der beiden Länder verheerende Auswirkungen (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:245; HALBACH 2007:95; GILSTER & HÄTTICH 2007:513;526). Es kam zu einem deutlichen Anstieg der Einkommensarmut (OECD 2016:49) und einer beträchtlichen Verringerung der Sozialleistungen, was die in der Sowjetunion eingeführte soziale Grundsicherung massiv bedrohte (HALBACH 2007:95). Besonders die hohe Inflation in den Jahren 1992/93 führte dazu, dass weite Teile der Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse für Nahrung, Kleidung und Wohnen nicht aus ihrem regulären Einkommen bestreiten konnten, wie STADLBAUER (1994:8) für die wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Raum der GUS dokumentiert.

Das WELTERNÄHRUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN (WORLD FOOD PROGRAMME 2008:19) geht davon aus, dass sich die Armut in Usbekistan, gemessen in einer Kaufkraftparität von vier Dollar, in den Jahren 1993-95 gegenüber dem Zeitraum 1987-88 von 24 auf 63 Prozent fast verdreifacht hat; die Einkommen sanken bis 1994 auf 10% ihres



Ausgangswertes des Jahres 1991. In Kasachstan errechnet das WELTERNÄHRUNGSPROGRAMM einen noch dramatischeren Anstieg der Armut von fünf auf 65 Prozent, was zeigt, dass die Einschnitte in Lebensstandard und Einkommen dort noch deutlich drastischer ausfielen. Erst ab dem Jahr 2000 war vor allem Astana in der Lage, von seinen reichen Erdgas- und ölvorkommen zu profitieren, während Taschkent bereits ab 1996 ein vergleichsweise geringes, aber stabiles Wirtschaftswachstum vorweisen konnte (OECD 2016:26; POMFRET 2006:8). Die Versechsfachung der weltweiten Erdölpreise führte jedoch in Kasachstan zu einem regelrechten Wirtschaftsboom (ROTHACHER 2007:626), sodass Astana in den Jahren 2000-07 eine der weltweit höchsten Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung von durchschnittlich ca. zehn Prozent verzeichnete, die zusätzlich von der Erschließung neuer Öl- und Gasfelder getrieben wurde (OECD 2016:21; TURGANBAYEV 2013:20; ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:248). Usbekistan konnte in dieser Zeit zudem von sich erholenden Preisen für die Hauptexportprodukte Baumwolle und Gold profitieren (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:322).

Kasachstan war jedoch aus zweierlei Gründen in der Lage, stärker von den steigenden Weltmarktpreisen für Öl und Gas zu profitieren. Zum einen erhöhte sich die usbekische Erdgasförderung schon zuvor in den 90er Jahren, zum anderen war der Erschöpfungsgrad der usbekischen Ressourcen bereits wesentlich größer (GÖTZ 2007:451ff). Folglich ist auch die Rohstoffgewinnung in Usbekistan nach 2010 bereits deutlich zurückgegangen, während sie sich in Kasachstan in den Jahren 2000-2010 mehr als verdoppelt (Erdöl) bzw. gar verdreifacht (Erdgas) hat (STROHBACH 2015:25).

Mit dem stabilen Wirtschaftswachstum in den beiden Ländern seit den 2000er Jahren konnten zudem sichtbare Erfolge in der Bekämpfung der Armut erzielt werden (TURGANBAYEV 2013:30). So betrug in Kasachstan der Anteil der Haushalte im Jahre 2000, die in der nationalen Statistik als arm klassifiziert wurden, noch fast 50 Prozent. Bis 2014 ging dieser Anteil auf 2,8% zurück. Auch in Usbekistan ist die Armut nach offiziellen statistischen Daten von 27,5% im Jahre 2001 auf 13,7% 2014 deutlich zurückgegangen (UNICEF 2013). In den beiden Ländern stellt sich jedoch die Frage nach der nationalen Definition der Armutsgrenzen, die als zu gering kritisiert werden (OECD 2016:50; UNICEF 2013:8f). In Kasachstan belief sich diese Grenze noch im Vorkrisenjahr 2014 auf umgerechnet ca. 37€ monatlich (MOJAZARPLATA 2014; vgl. NURGALIEVA 2015:54), in Usbekistan ist die als arm eingestufte Bevölkerung de facto von Ernährungsarmut betroffen

(WORLD FOOD PROGRAMME 2008:22). Neben dieser absoluten Armutsgrenze existiert jedoch dort keine weitere Definition von (relativer) Armut (SHAGAZATOVA 2012:7).

Sowohl die Weltwirtschaftskrise 2008/09 und als auch die gegenwärtig zu beobachtende globale Rezession haben zudem unter Beweis gestellt, wie abhängig vor allem das Wirtschaftswachstum Kasachstans von den Weltmarktpreisen für seine Hauptexportprodukte Öl und Gas ist. Der INTERNATIONAL MONETARY FUND (2010-16:45) rechnet für das Jahr 2016 deshalb sogar mit einem Rückgang der Wirtschaftskraft Astanas um 0,8%. Erstmals seit der Krise im Jahre 2009 dürften aufgrund der hohen Inflation die Realeinkommen in Kasachstan 2016 somit gesunken sein (AHK 2016:18). Dass die offiziellen Wirtschaftsdaten aus Usbekistan dagegen von einem anhaltenden stabilen Wirtschaftswachstum zeugen, dürfte zum einen darin begründet liegen, dass es weit weniger als Kasachstan in die Weltwirtschaft eingebunden ist (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:340; SOTIVOLDEY 2012:4). Denn Taschkent verfolgt im Gegensatz zu Astana eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die durch eine Förderung der inländischen Produktion u.a. im Automobilbau und der Metallverarbeitung bei gleichzeitiger Beschränkung des Imports gekennzeichnet ist (ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:335f; SOTIVOLDEY 2013:4). Allerdings ist bei den offiziell vermeldeten Kennziffern der usbekischen Wirtschaftsleistung stets Vorsicht geboten (STROHBACH 2015:10), sodass sich wirtschaftliche Krisenzeiten häufig weniger in der Entwicklung des BIP als in anderen Indikatoren wie einer Verbilligung des usbekischen Sum gegenüber dem Dollar auf dem Schwarzmarkt widerspiegeln (vgl. ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK 2012:339)<sup>16</sup>.

Trotz der verzeichneten wirtschaftlichen und sozialen Erfolge teilen Kasachstan und Usbekistan mit Blick auf die regionale Ungleichheit und die Prävalenz Armut zwei Charakteristika: Zum einen sind die Gewinne aus dem anhaltenden Wirtschaftswachstum ungleich in den verschiedenen Regionen des Landes verteilt, zum anderen sind Menschen in ländlichen Regionen signifikant häufiger von Armut betroffen (BULUKTAYEV 2015; NURGALIEVA 2015; OECD 2016:54; UNICEF 2013:9f; SCHMITZ & WOLTERS 2012:17f;24). Dabei ist die regionale Ungleichheit in Kasachstan selbst im Vergleich zu Ländern wie Chile oder

---

<sup>16</sup> Der Handel mit US-Dollar oder Euro fand in Usbekistan seit der Unabhängigkeit fast ausschließlich auf dem Schwarzmarkt statt, weil Devisen für die einheimische Bevölkerung de facto nicht erhältlich waren. Der neue usbekische Präsident MIRSIJOJEV versucht jedoch mit dem Ende der strikten Währungskontrollen diesen Handel wieder unter staatliche Aufsicht zu stellen und die Schwarzmärkte auszutrocknen.

Mexico sehr groß (OECD 2016:54). Auch die Höhe der Einkommen in den beiden Ländern unterscheidet sich enorm zwischen den Hauptstädten und den übrigen Regionen (vgl. STROHBACH 2015:27), wobei in Kasachstan mit Astana und Almaty zwei urbane Zentren existieren. Die bestehenden sozialen Unterschiede finden – verglichen mit diesen beiden städtischen Zentren – in einer bis zu fünf Jahre niedrigeren Lebenserwartung in einzelnen Regionen ihren Ausdruck (BULUKTAYEV 2015:65). Auch in Usbekistan ist mit Blick auf die Prävalenz von Armut und die Höhe der Einkommen nicht nur von einer Divergenz Stadt/Land, sondern von einer Teilung zwischen Taschkent und den übrigen Gebieten des Landes auszugehen (STROHBACH 2015:27; UNICEF 2013:8; WORLD FOOD PROGRAMME 2008:29).

## 2.4 Staat und nicht-staatliche Akteure

Als Teilrepubliken der Sowjetunion existierten in Kasachstan und Usbekistan unabhängig von staatlichen Strukturen kaum gesellschaftlich relevante Gruppierungen (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:70). Erst im Zuge der Perestroika unter GORBATSCHOW gewannen nicht-staatliche Akteure an Einfluss, das prominenteste Beispiel dafür bildete die Nevada-Semipalatinsk Bewegung in Kasachstan, die erfolgreich für die Schließung des Atomwaffentestgeländes in Semipalatinsk eintrat (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:84). In Usbekistan entstand 1988 die Bewegung Einheit [*Birlik*] um den Wissenschaftler Abdurahim PULATOW, die sich in erster Linie für kulturelle Belange und eine Aufwertung der usbekischen Sprache einsetzte (HALBACH 2007:90).

Im Rahmen des Auflösungsprozesses der Sowjetunion entwickelte sich dann jedoch eine zuvor unbekannte Aktivität nicht-staatlicher Akteure im gesamten zentralasiatischen Raum. Ihr qualitativer und quantitativer Bedeutungszuwachs ließ sich sowohl auf die nun verfügbare Unterstützung internationaler Geldgeberorganisationen als auch auf die Notwendigkeit zurückführen, Surrogat für die geschwächten sozialstaatlichen Strukturen in der Versorgung der Bevölkerung sein zu müssen (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:83). Vor dem Hintergrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage ging es aber auch darum, einzelnen sozialen Gruppen durch einen Zusammenschluss eine stärkere gesellschaftliche Stimme zu verleihen und ein Unterstützungsnetzwerk aufzubauen, wie beispielsweise die

1991 gegründete *Vereinigung der Geschäftsfrauen Usbekistans* [Associacija Delovych Ženščin Uzbekistana] zeigt (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2011:1).

Trotz dieser positiven Signale einer politischen Öffnung Anfang der 90er Jahre lassen sich die Systeme der beiden Länder unzweifelhaft als autoritär bezeichnen, obwohl die Abstufungen dabei von Kasachstans „softem“ oder „liberalisiertem“ Autoritarismus bis hin zu Usbekistans Klassifikation als repressive Diktatur<sup>17</sup> reichen (ZIEGLER 2015a:5). Denn sowohl der kasachstanische Präsident Nursultan NASARBAJEV als auch sein usbekisches Pendant Islom KARIMOW verfolgten spätestens seit Mitte der 90er Jahre eine Strategie, die in erster Linie der „*autoritären Stabilitätswahrung*“ diene und in Usbekistan dazu führte, dass sämtliche kritischen Stimmen ins Exil gezwungen wurden (HALBACH 2007:91f; vgl. a. ESCHMENT 2007:177; GEIß 2007:155; KUBIECK 1998:32ff).

Vor diesem Hintergrund entstand mit Hilfe westlicher Geldgeber eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die vor allem die Demokratisierung der Region vorantreiben sollten (BUXTON 2009:45). Gleichzeitig verfügten transnationale Akteure wie Weltbank, UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation über weitreichenden Einfluss im Umbau des Gesundheits- und Sozialsystems (AHMEDOV et al. 2014:90; AN 2014:122; ORENSTEIN 2008:84f; GILSTER & HÄTTICH 2007:520).

Die (finanzielle) Abhängigkeit nicht-staatlicher nationaler Akteure von internationaler Unterstützung war dabei lange Zeit sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan immens, weil de facto keine nationalen Finanzierungsquellen bestanden, die wirtschaftliche Situation weiterhin extrem angespannt blieb und der politische Wille zu ihrer Förderung fehlte (KATSUI 2005:110). Dadurch existierte eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen entweder nur auf dem Papier oder ausschließlich zur Gewinnung von Projektgeldern (ILKHAMOV 2005:304). Noch aus der Sowjetunion stammten zudem sogenannte GONGOs, *government organized NGOs*, die eng mit staatlichen Strukturen verwachsen waren und weder eindeutig staatlichen noch nicht-staatlichen Akteuren zugerechnet werden können (KATSUI 2008). Im behindertenpolitischen Bereich zählen dazu insbesondere die bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts gegründeten Gesellschaften gehörloser und blinder Menschen (vgl. Kapitel 7.6).

---

<sup>17</sup> Dies gilt zumindest für die Zeit bis zum Tod von Präsident KARIMOW im September 2016.

Möglichkeiten und Grenzen nationaler wie internationaler nicht-staatlicher Akteure wurden dabei in den beiden Ländern stark von außen- und innenpolitischen Entwicklungen geprägt (KNOX & YESSIMOVA 2015:303; BUXTON 2009:46).

Beispielhaft dafür lassen sich die *Farbenrevolutionen* in Georgien (2003) und der Ukraine (2004) sowie die *Tulpenrevolution* in Kirgisistan (2005) nennen, von denen letztere die weitaus größten Auswirkungen auf die Situation nicht-staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan hatte (vgl. ROSSET & SVARIN 2014:259). Ursächlich dafür dürfte sein, dass die dortigen Proteste den damaligen kirgisischen Staatspräsidenten AKAJEW zum Rücktritt zwangen. Die Furcht vor einer ähnlichen Entwicklung wie im Nachbarland führte dazu, dass die Regierungen Kasachstans und Usbekistans neben der Beschränkung der Versammlungsfreiheit u.a. auch die Registrierung von Nichtregierungsorganisationen – vor allem, wenn sie finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhielten – erschwerten (OLCOTT 2007:393). Wie weitreichend diese Einschnitte waren, zeigte sich auch daran, dass in Usbekistan das von George SOROS gegründete *Open Society Institute* schließen musste (FAZENDEIRO 2015:349).

Seinen Höhepunkt erreichte das Vorgehen der usbekischen Behörden gegen lokale Nichtregierungsorganisationen jedoch erst, als es infolge des Disputs über die Zukunft der Flüchtlinge aus Andijan zum Bruch der Beziehungen zwischen Washington und Taschkent kam. Als Reaktion auf die US-amerikanische Kritik wurde daraufhin die Schließung aller von den Vereinigten Staaten unterstützten Nichtregierungsorganisationen beschlossen (FAZENDEIRO 2015:351; DIERBEN 2007:380). Diese Ereignisse stellten erneut unter Beweis, welchen Stellenwert für Taschkent ein politischer Umgang auf Augenhöhe innehat und wie sehr international offen formulierte Kritik diesem Anspruch zuwiderläuft (FAZENDEIRO 2015:343f). Während sich also in den Jahren um die Jahrtausendwende (1999-2004) ein vergleichsweise liberaler Umgang mit nicht-staatlichen Akteuren in Usbekistan beobachten ließ, sieht BUXTON (2009:46) in diesem Vorgehen gegen Nichtregierungsorganisationen gar eine „*zivilgesellschaftliche Konterrevolution*“ (vgl. ILKHAMOV 2005:297). Aus Sicht der usbekischen Behörden wurden *nicht*-staatliche Akteure damit zu *Anti*-Regierungsorganisationen, die eine Gefahr für die Stabilität des Landes darstellen (LORENZKOWSKI 2006:21; GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:31). Eine weitere unabhängige Entwicklung nicht-staatlicher Akteure sollte zudem dadurch eingeschränkt werden, dass die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zur Kontrolle einem

entsprechenden Ministerium zugeordnet wurden (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:119). Dazu gehörte auch die staatlich veranlasste Gründung von Nichtregierungsorganisationen, was das ohnehin unübersichtliche Netz aus nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren in Usbekistan weiter verkomplizierte (ILKHAMOV 2005:298).

Die in der Bevölkerung existierenden Ängste vor einer Destabilisierung der Region infolge politischer Auseinandersetzungen oder islamistisch motivierter Angriffe wurden dabei sowohl von KARIMOW als auch NASARBAJEW zur Inszenierung als „guter Zar“ oder „weiser Vater“ genutzt. Dadurch wurde ihnen allein ein rechtmäßiger Anspruch auf Führung des Landes zuteil (HEINEMANN-GRÜDER & HABERSTOCK 2007:132). Diese Inszenierung der beiden Präsidenten wurde aufgrund der jahrzehntelangen Prägung der Bevölkerung durch die Sowjetunion, in der sich ausschließlich staatliche Akteure für die Entwicklung des Landes verantwortlich zeichneten, deutlich erleichtert (ZIEGLER 2015b:336). Das Modell eines „starken Staates“ wird somit weiterhin von einer großen Mehrheit der Bevölkerung in Kasachstan und Usbekistan unterstützt (TOLIPOW 2009:2).

Dadurch konnten KARIMOW und NASARBAJEW ihren autoritären Führungsstil auch damit rechtfertigen, alleine auf diesem Weg die soziale Ordnung und Stabilität des Landes gewährleisten zu können, das noch nicht reif für demokratische Veränderungen sei (KUBICEK 1998:34f). Nationale nicht-staatliche Akteure in den beiden Ländern müssen sich mit dieser staatlichen Dominanz arrangieren:

The major source and initiator of transformations is state power, and it guarantees the sovereignty and safety of the society. Non-governmental institutions have to accommodate themselves to the dominating role of the state (DISSENOVA et al. 2002:22 zit. n. GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:25).

Dass dabei in Kasachstan in den letzten Jahren trotzdem vermehrt eine Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Bereich sozialer und medizinischer Dienstleistungen zu finden ist (BUXTON 2009:46; vgl. Kapitel 7.7), kann auf den Einfluss internationaler Akteure zurückgeführt werden (AN 2014:128). Ihr Wirkungskreis umfasst dabei neben der Initiierung von gesetzgeberischen Prozessen u.a. auch die Umsetzung von Pilotprojekten – in der Behindertenpolitik vor allem im Bereich der inklusiven Bildung und De-Institutionalisierung. TURDIEV (2015:19) argumentiert dabei sogar, dass selbst wesentliche Veränderungsprozesse in der usbekischen Behindertenpolitik von internationalen Akteuren in Gang gesetzt wurden.

In der Gesundheitspolitik sind in Kasachstan nicht-staatliche Akteure beispielsweise auf dem Feld der Prävention von HIV/AIDS aktiv (KATSAGA et al. 2012:23). Allerdings mangelt es bisher an zuverlässiger staatlicher Unterstützung auf der einen und fehlenden Kapazitäten bei nicht-staatlichen Akteuren zur Übernahme von mehr Verantwortung auf der anderen Seite (KATSAGA et al. 2012:95). Während nationale nicht-staatliche Akteure in Usbekistan in diesem Bereich kaum eine Rolle spielen, sind internationale Organisationen wie UNICEF, die WHO und die Weltbank ebenfalls in der Gesundheitsprävention engagiert (AHMEDOV et al. 2014:74).

In Kasachstan kam es in den letzten Jahren infolge der steigenden Wirtschaftskraft zu einem zunehmenden Rückzug internationaler Organisationen, was dazu geführt hat, dass nationalen nicht-staatlichen Akteuren eine bedeutendere Rolle zukommt (vgl. ZIEGLER 2015b). International sichtbarstes Zeichen dafür bildet das von Präsident NASARBAJEV (2006) per Dekret erlassene *Konzept der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Kasachstan 2006-2011* [O Konceptii razvitija graždanskogo obščestva v Respublike Kazachstan na 2006-2011 gody] zur Verbesserung der rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Umgebung für lokale nicht-staatliche Akteure (KNOX & YESSIMOVA 2015:312). In Usbekistan stellt das Gesetz *Über die Nichtstaatlichen- und nichtkommerziellen Organisationen* [O hegosudarstvennych<sup>18</sup> nekommerčeskich organizacijach] aus dem Jahr 1999 das wichtigste rechtliche Dokument im Bereich nicht-staatlicher Akteure dar (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2011:3), dessen Erlass noch in die Phase relativer Offenheit staatlicher Strukturen gegenüber nicht-staatlichen Akteuren fällt.

Zwar sind somit insgesamt auch die rechtlichen Bedingungen für nicht-staatliche Akteure in Kasachstan wesentlich besser, (legislative) Zugeständnisse müssen aber wohl zugleich als Versuch gewertet werden, im Rahmen der beschriebenen *Nation-branding* Kampagne in der internationalen Gemeinschaft ein positives, demokratisches Bild des Landes zu vermitteln (FAUVE 2015; KNOX & YESSIMOVA 2015:310; vgl. Kapitel 2.2). Wie rigoros jedoch Astana andererseits bei gesellschaftlichem Protest durchgreift, stellten zuletzt Demonstrationen im April und Mai des Jahres 2016 unter Beweis: Eine geplante

---

<sup>18</sup> Dass in Usbekistan der Begriff [negosudarstvennaja organizacija – „nichtstaatliche Organisation“) und nicht wie in Kasachstan [nepravitel'stvennaja organizacija – „Nichtregierungsorganisation“) im Gesetzestext gewählt wurde, dürfte kein Zufall sein und spiegelt wohl die Furcht der usbekischen Behörden vor regierungskritischen nicht-staatlichen Akteuren wider.



Bodenreform, die es u.a. ausländischen Investoren ermöglichen sollte, kasachstanischen Boden für 25 anstatt der bisherigen 10 Jahre zu pachten, löste bei der Bevölkerung die Furcht vor einem Ausverkauf des Landes insbesondere an China aus (TRIEBE 2016; ESCH 2016). Über 30 Personen wurden daraufhin verhaftet, weil sie in sozialen Netzwerken ihre Teilnahme an den Demonstrationen ankündigten oder Informationen über die geplanten Proteste verteilten (Amnesty International 2017).

Ob Taschkent unter dem neuen Präsidenten MIRSIOJEW nicht-staatlichen Akteuren zukünftig einen größeren Spielraum einräumen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt kaum absehbar. Denn zwar ist MIRSIOJEW fast 20 Jahre jünger als Karimow, gleichzeitig aber fest in dessen politischem System verankert; zudem betonte er immer wieder, dass er die Staatsführung seines Vorgängers fortsetzt. Andererseits lassen sich in der gegenwärtigen Politik Taschkents aber auch Entwicklungen beobachten, die kaum unter KARIMOW hätten stattfinden können. Dazu zählt beispielsweise eine Verbesserung der Beziehung zu den Nachbarstaaten Usbekistans, die Rehabilitierung von ehemals unliebsamen Politikern und Künstlern sowie die Einrichtung einer virtuellen Bürgersprechstunde (Gazeta 2016a; EURASIANET 2016f). ESCHMENT (2016:13) sieht diese Schritte immerhin als „*Charmeoffensive*“ gegenüber der Bevölkerung – ob sich jedoch das Gesicht Taschkents tatsächlich ändern wird, muss die Zukunft zeigen.

## 2.5 Zusammenfassung

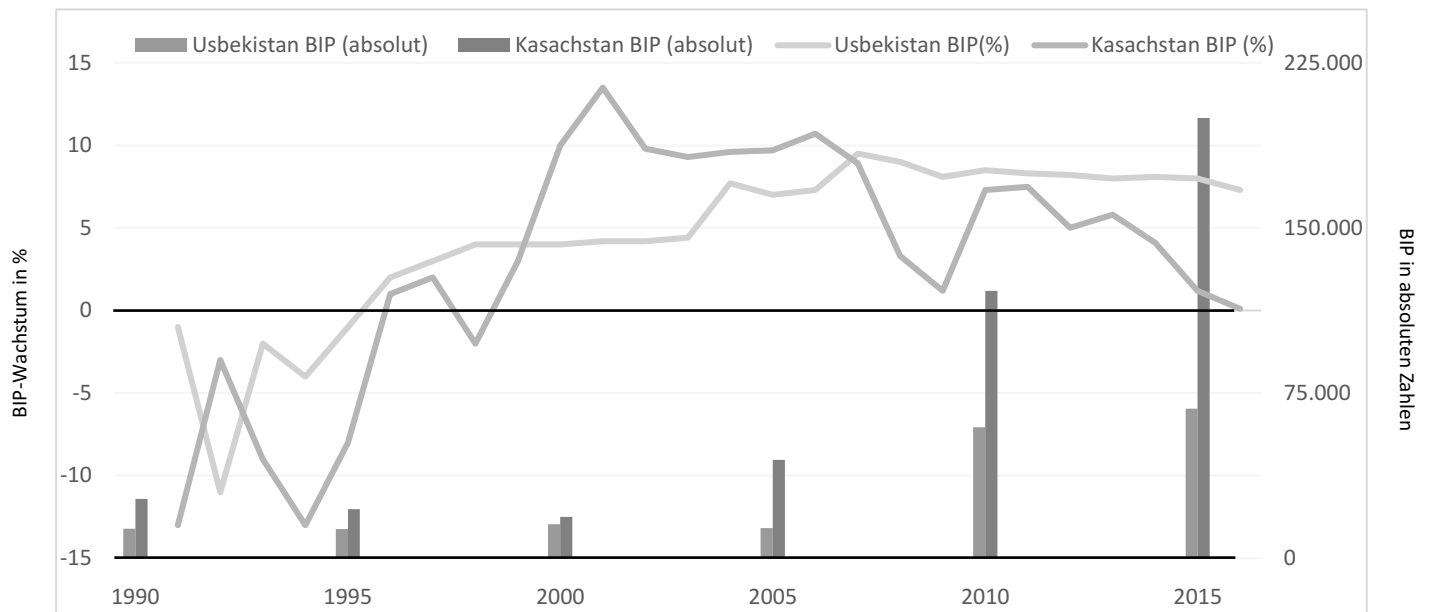
Das erste Jahrzehnt nach Erlangung der Unabhängigkeit war von einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Rezession und sozialen Verwerfungen in den beiden Ländern geprägt, wie der Einbruch des Bruttosozialproduktes bis Mitte der 90er Jahre am deutlichsten zum Ausdruck bringt (Abbildung 2-1). Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs verschlechterte sich auch die soziale Lage der Bevölkerung, in Kasachstan noch weitaus mehr als in Usbekistan. Neben einer gesunkenen Lebenserwartung stieg die Armutsrate drastisch an, was dazu führte, dass Teile der berufstätigen Bevölkerung für ihre Grundbedürfnisse bei Lebensmitteln, Kleidung und Wohnen nicht mehr aufkommen konnten.

In diesem Kontext entstanden eine Reihe von nicht-staatlichen Organisationen, die zum Teil als Ersatz des schwindenden Sozialstaates gegründet wurden und sich vornehmlich aus privaten Netzwerken rekrutierten: „*NGOs had little alternative given the collapse of so*



*many professional and institutional frameworks than to mobilize family and clan links, or older modes of organization“* (BUXTON 2009:45). Ab Mitte der 90er Jahre traten immer mehr internationale nicht-staatliche Akteure auf die politische Bühne in Zentralasien, die sich vor allem für eine Demokratisierung und die Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzten (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2011:1). Organisationen wie Weltbank, WHO und UNICEF besaßen zudem bedeutenden Einfluss im Umbau und der Reorganisation des Sozialstaates und des Gesundheitswesens.

Mit Beginn der 2000er Jahre setzte in Kasachstan ein Wirtschaftsboom ein, der, vor allem getrieben von steigenden Öl- und Gaspreisen, für eine der weltweit höchsten Wachstumsraten und einen bedeutenden Wohlstandzuwachs der Bevölkerung sorgte. Gleichzeitig unterstreicht der Vergleich des Bruttoinlandsprodukts in absoluten Zahlen (s. Abbildung 2-1), wie stark sich Taschkent und Astana im Laufe des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts auseinanderentwickelten – womit sich auch das Kräfteverhältnis in Zentralasien zugunsten Kasachstans deutlich verschoben hat. Der gegenwärtig zu beobachtende Einbruch des kasachstanischen Wirtschaftswachstums verdeutlicht aber gleichermaßen die Achillesferse Astanas: Aufgrund der Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen für Öl und Gas ist es globalen Entwicklungen ausgeliefert, auf die es selbst kaum Einfluss nehmen kann. Auch auf Usbekistan könnte sich die derzeitige Wirtschaftskrise in Russland über den Wegfall von Arbeitsplätzen für Wirtschaftsmigranten auswirken, selbst wenn sich dies bisher nicht in der Entwicklung des BIP widerspiegelt. Denn durch die ausbleibenden Überweisungen fehlt einem bedeutenden Teil der Bevölkerung eine wichtige Einnahmequelle (LILLIS 2015; EURASIANET 2016b).



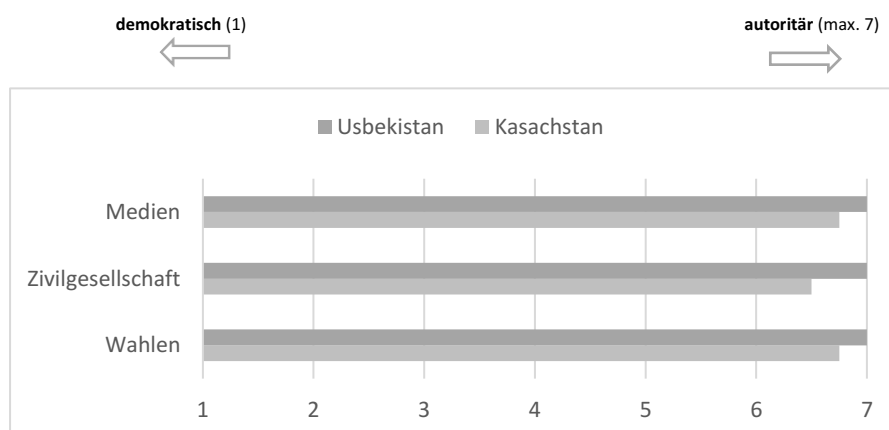
**Abbildung 2-1:** Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Prozent von 1991-2016 sowie in absoluten Zahlen in Usbekistan und Kasachstan (POMFRET 2006:8; WORLD BANK 2016a;b)

So einschneidend auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Auflösung der Sowjetunion waren, so wenig hat sich an der politischen Situation der beiden Länder verändert – wohl auch, weil die Unabhängigkeit dort kaum von einer nationalen Bewegung eingefordert wurde (LARUELLE 2007:139; KUBIECK 1998:29; GHARABAGHI 1994:108). Die Herrschaftselite in Kasachstan und Usbekistan, namentlich KARIMOW und NASARBAJEW, waren deshalb bereits Führer der kommunistischen Partei, bevor sie die ersten Präsidenten ihrer nun unabhängigen Länder wurden. Allerdings galt es, die ideologische Lücke zu füllen, die die Abkehr vom Marxismus-Leninismus hinterlassen hatte. In Usbekistan wurde an dessen Stelle die Vorstellung eines ethnisch homogenen Nationalstaates mit dem Symbol der *Unabhängigkeit* oder *Eigenständigkeit* [*mustaqillik*] gesetzt, dessen Identifikationsfigur nun nicht mehr LENIN, sondern der mittelalterliche Heeresführer Amir TEMUR ist. Auch Taschkents Außenpolitik scheint dabei zum Teil von der unumgänglichen Voraussetzung seiner *Unabhängigkeit* und dem Streben nach internationaler Anerkennung getrieben zu sein, wie der abrupte Abbruch der Beziehungen zu den USA und der Türkei zeigte (FAZENDEIRO 2015; ILKHAMOV 2012:122f; BAZIN 2010).

Astana ist dagegen im Rahmen einer *multi-vektoriellen* Außenpolitik stärker bemüht, neben besonders engen Beziehungen zu Russland auch mit westlichen Staaten enge Kontakte zu pflegen. Innenpolitisch dominiert zumindest offiziell der Verweis auf die nationale Toleranz

und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte, um die schwelenden ethnischen Konflikte nicht zusätzlich zu befeuern (CUMMINGS 2003; GHARABAGHI 1994:107f). Denn der immer wiederkehrende Verweis auf die Multiethnizität des Landes sollte nicht über sich außerhalb der medialen Berichterstattung abspielende Auseinandersetzungen vor allem zwischen Russen und Kasachen, aber auch anderen Ethnien hinwegtäuschen, wie sie im Zuge der Ukraine Krise besonders deutlich wurden (BUDDE & SCHLAGER 2014; vgl. a. LEWIS 2016:426). Hinzu kommen die Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und eingewanderten Kasachen [*oralman*], die der kasachstanische Staat als Gegengewicht zur Abwanderung ethnischer Russen und Deutscher aus dem Ausland zur „Rückkehr“ aufgefordert hatte (DIENER 2005:327). Gemeinsame Integrationsfigur aller Ethnien stellt aber weiterhin Präsident NASARBAJEV dar, dessen Personenkult regelmäßig zu Vorschlägen der Abgeordneten führt, u.a. die Hauptstadt Astana ihm zu Ehren umzubenennen (NUR.KZ 2017). Die Hauptstadt steht dabei auch im Zentrum einer Strategie des innen- und außenpolitischen Marketings [*nation-branding*] Kasachstans (LEWIS 2016:424; FAUVE 2015:111), die das kompromisslose Durchgreifen gegenüber der Opposition und unabhängigen Medien nach innen und außen überdecken soll. Beispielhaft dafür kann die im Jahr 2017 durchgeführte und im Inland heftig beworbene internationale Weltausstellung in der kasachstanischen Hauptstadt stehen.

Tatsächlich muss jedoch mit Blick auf die politische Entwicklung der beiden Länder festgehalten werden, dass von einer Demokratisierung seit Auflösung der Sowjetunion keine Rede sein kann; vielmehr scheint das Gegenteil zuzutreffen – nach Einschätzung der NGO *Freedom House* schneiden Kasachstan und Usbekistan mit Blick auf ihre demokratische Entwicklung gegenwärtig schlechter ab als noch Anfang der 90er Jahre (ZENTRALASIEN-ANALYSEN 2015:17; Abbildung 2-2).



**Abbildung 2-2:** Einschätzung der NGO Freedom House zum Stand ausgewählter demokratischer Indikatoren in Kasachstan und Usbekistan für das Jahr 2014 (ZENTRALASIEN-ANALYSEN 2015:17ff).

KARIMOW und NASARBAJEV rechtfertigten den Mangel oder das vollständige Fehlen demokratischer Strukturen vornehmlich damit, dass dies beide Länder vor dem Abdriften in ethnische Konflikte und separatistische Bewegungen (Kasachstan) bzw. islamistischen Terror (Usbekistan) bewahrte. Mit Verweis auf den tadschikischen Bürgerkrieg und die Revolutionen in Kirgisistan, mittlerweile vor allem auf den Arabischen Frühling und den Ukrainekonflikt präsentierten sich beide Präsidenten damit als Garant von Sicherheit und Stabilität (vgl. a. PILAKOV 2014:302).

Von diesen außen- wie innenpolitischen Entwicklungen waren auch immer wieder die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure direkt betroffen. So verwies beispielsweise Usbekistan infolge des Konfliktes mit Washington alle US-amerikanischen Nichtregierungsorganisationen des Landes. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die BUSH-Administration die usbekischen Behörden offen kritisierte und damit die von KARIMOW verlangte zumindest rhetorische Gleichheit ignorierte:

Karimov appealed explicitly for both Uzbekistan's future as a great state (kelajagi buyuk davlat) and its self-reliance (mustaqillik) to be acknowledged. [...] That pursuit of national independence or self-reliance was stimulated by Tashkent's fixation on equality (tenglik) (FAZENDEIRO 2015:344).

Ob sich das autoritäre System Taschkents unter KARIMOWs Nachfolger MIRSIJOJEV öffnen wird, wie die Lockerung der Internetzensur, die geplante Abschaffung der Ausreisevisa und die Einrichtung virtueller Bürgersprechstunden andeuten, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abzuschätzen.

In dem als soft oder liberalisiert autoritär eingestuften System Astanas (ZIEGLER 2015a) kann dabei vermehrt eine Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in der sozialen Versorgung der Bevölkerung und der Gesundheitsprävention, aber auch bei Gesetzgebungsprozessen beobachtet werden (vgl. KNOX & YESSIMOVA 2015). Auffallendstes Zeichen der Unterstützung nicht-staatlicher Akteure durch die kasachstanische Regierung bildet dabei das *Konzept der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Kasachstan 2006-2011* [O koncepcii razvitija graždanskogo obščestva v Respublike Kazachstan na 2006-2011 gody].

Allerdings müssen solche Bemühungen wohl gleichermaßen vor dem Hintergrund der *Nation-branding* Strategie Astanas gesehen werden (vgl. FAUVE 2015). Denn dieses Konzept hat auch dazu geführt, dass staatlich verordnet Nichtregierungsorganisationen gegründet wurden, von denen einige nicht mehr sind als „*an address and email to present a front or shop window to the outside world*“ (KNOX & YESSIMOVA 2015:310). Die Strategie der staatlich gelenkten Gründung von Nichtregierungsorganisationen wird dabei auch von der usbekischen Regierung verfolgt (ILKHAMOV 2005), die gleichzeitig darum bemüht ist, alle unabhängigen nicht-staatlichen Akteure unter ihre Kontrolle zu bringen.

Vor allem in der Sozial- und Gesundheitspolitik verfügen internationale nicht-staatliche Akteure in den beiden Ländern weiterhin über politischen Einfluss. Dieser Wirkungskreis umfasst dabei u.a. die Initiierung oder Anpassung von Gesetzen (TURDIEV 2015; AN 2014), die Pilotierung von Berufsfeldern wie der Sozialarbeit (UNICEF 2013:34) und die Unterstützung der Gesundheitsprävention in der Bevölkerung (AHMEDOV et al. 2014:74).

### **3 Analyse ausgewählter Politikfelder**

#### **3.1 Sozialpolitik**

##### **3.1.1 Übergang von universellen zu zielgruppenspezifischen Sozialleistungen (1991-1999)**

Die Sozialpolitik nach Erlangung der Unabhängigkeit spielte für alle ehemaligen Sowjetrepubliken insofern eine besondere Rolle, als dass ihre Nachfolgestaaten ein weitreichendes soziales Sicherungsnetz übernahmen. Dieses bestand u.a. aus Preissubventionen, weitreichenden Möglichkeiten der Frühverrentung sowie umfassenden betrieblichen Sozialleistungen (SCHARFF 2014) und bot damit der überwiegenden Mehrzahl der Bürger einen existenzsichernden Lebensstandard (ORENSTEIN 2008:83). Dieses über Jahrzehnte existierende, umfassende Sozialschutzsystem hatte zur Folge, dass die Bevölkerung hinsichtlich der Fürsorgepflicht auch hohe Erwartungen an den nun unabhängigen Nationalstaat hegte (MALTSEVA 2012:62; ORENSTEIN 2008:83), was beide Länder zunächst dazu veranlasst hat, dieses Netz beizubehalten oder gar in Teilen auszubauen (MALTSEVA 2012:171; URINBOZEV 2010:1).

Aufgrund der sich dramatisch verschlechternden wirtschaftlichen Lage drohte das staatliche Wohlfahrtssystem allerdings mittelfristig zusammenzubrechen, was sich in Kasachstan noch deutlicher als in Usbekistan zeigte (SCHARFF 2014). Beide Länder begannen deshalb mit dem Umbau des aus der Sowjetunion übernommenen Sozialstaates – wenn auch ähnlich der Wirtschaftspolitik in unterschiedlichem Tempo. Das gemeinsame Anliegen Kasachstans und Usbekistans bestand indes darin, die zuvor fast universell verfügbaren sozialstaatlichen Leistungen stärker auf tatsächlich bedürftige Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren (MALTSEVA 2012:183; SHAGAZATOVA 2012:11; URINBOZEV 2010:2). In Usbekistan wurden ab 1998 beispielsweise das Kinderbetreuungsgeld und das Familiengeld nur noch an einkommensschwache Familien ausbezahlt (UNICEF 2013:20; s. Tabelle 3-1). Folglich ging die Anzahl der Empfänger staatlicher Leistungen immer weiter zurück, eine Entwicklung, die sich zudem vor dem Hintergrund einer für die Bevölkerung spürbaren Verschlechterung des Lebensstandards vollzog (URINBOZEV 2010:1).

Darüber hinaus unterlag die Distribution einiger staatlicher Leistungen in Usbekistan weitreichenden Veränderungen, indem diese nicht mehr über administrative (staatliche) Einheiten auf lokaler Ebene verteilt, sondern der Selbstverwaltung der *Mahalla*<sup>19</sup> seit Mitte der 90er Jahre übertragen wurde (URINBOZEV 2010:2f; KAMP 2003:34). Die zu Zeiten der Sowjetunion auf eher informeller Ebene agierende *Mahalla* wurde somit rechtlich institutionalisiert und ihr Aufgabenbereich u.a. von der Unterstützung bei Beerdigungen, Hochzeiten und häuslichen Auseinandersetzungen zur Auszahlung von Kindergeld im Jahre 1994 und ab 1996 auch zur Prüfung der Bezugsberechtigung einkommensschwacher Haushalte für staatliche Unterstützung erweitert (KAMP 2003:40). Wie zuvor übt die *Mahalla* darüber hinaus auch eine starke soziale Kontrollfunktion gegenüber ihren Mitgliedern aus und ist ebenfalls für die Meldung illegaler religiöser Organisationen zuständig (URINBOZEV 2010:3ff). Sie bildet damit de facto die Exekutive des Wohlfahrtsstaates auf lokaler Ebene und besitzt weitreichenden Einfluss. Auch wenn die Weltbank mehr Verantwortung für *Mahalla* zur gesellschaftlichen Partizipation in

---

<sup>19</sup> Laut URINBOZEV (2010:3) ist der Begriff Mahalla „commonly used in Uzbekistan to describe the neighborhood or local community which is mostly characterized by common traditions, language, religion and ethnic background.“ Praktisch jeder Bürger Usbekistans gehört damit zu einer bestimmten Mahalla, die gewöhnlich aus 50 bis 150 Haushalten besteht. Die *Mahalla* stellt die wichtigste Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft dar.

Usbekistan einfordert und auch die ASIAN DEVELOPMENT BANK eine positive Haltung ihr gegenüber einnimmt (SHAGAZATOVA 2012:33), scheint sie bisher eher einen restriktiven Einfluss zu entfalten (URINBOZEV 2010:15; KAMP 2003:42). KAMP (2003:57) spricht daher gar von einem „*grassroot absolutism*“.

Denn eine zentrale Schwierigkeit in der Distribution staatlicher Leistungen durch die *Mahalla* besteht darin, dass die für die Berechtigungsprüfung zuständigen Mitglieder über keinerlei Ausbildung im Bereich der Sozialpolitik verfügen (UNICEF 2013:21). Mangels klar definierter Armutsgrenzen (SHAGAZATOVA 2012:7) besteht zudem die Gefahr einer willkürlich nach sozialen Normen oder familiären Verbindungen organisierten Unterstützung (URINBOZEV 2010:11ff). So liegt auch der Verdacht nahe, dass auf Personen mithilfe der staatlichen Sozialleistungen Druck ausgeübt wird, um sozial erwünschtes Verhalten zu fördern. Im Jahr 2001 kritisiert insofern selbst das usbekische Finanzministerium den beträchtlichen Umfang an Korruption, mangelndes Wissen und das offensichtliche Verfolgen eigener Interessen in der *Mahalla*.

Kasachstan begann im Unterschied zu Usbekistan bereits ab 1993 mit internationaler Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, das Sozialsystem grundlegend umzubauen (SCHARFF 2014). Beide internationale Akteure besaßen deshalb einen entscheidenden Einfluss in der Transformation des kasachstanischen Sozialstaates, verfügten gleichzeitig aber kaum über Erfahrung im Umbau eines so umfangreichen Wohlfahrtstaates wie des sowjetischen, was die soziale Lage der Bevölkerung weiter verschlechterte (ORENSTEIN 2008:84f).

Außerdem wurden auch in Kasachstan die Berechtigungskriterien zum Erhalt von Sozialleistungen verschärft, was zu einem starken Rückgang ihrer Empfängerzahl führte – trotzdem erhielten noch 1996 60% der bezugsberechtigten Haushalte keine armutsbezogene Unterstützung (MALTSEVA 2012:183ff). Die kasachstanische Regierung versuchte deshalb ab 1999 durch die Einführung von *zielgerichteter sozialer Unterstützung* [*Targeted Social Assistance*<sup>20</sup>] für einkommensschwache Haushalte dieser Entwicklung entgegenzuwirken (MALTSEVA 2012:199f). Insgesamt sanken die Ausgaben des Sozialstaates dabei gemessen am BIP von 11,2% im Jahre 1992 auf 6,6% 1996 (SCHARFF 2014). Obwohl

---

<sup>20</sup> Zur besseren Nachvollziehbarkeit der meist englischsprachigen Literatur sind die hier gebrauchten Bezeichnungen mit der entsprechenden englischen Übersetzung aufgeführt.

der Rückbau des Sozialstaates deshalb Ende der 90er Jahre zumindest hinsichtlich der allgemeinen Kürzung sozialer Programme und der Verringerung bezugsberechtigter Haushalte als abgeschlossen angesehen werden kann (MALTSEVA 2012:196ff), existierten weiterhin zahlreiche ungelöste Probleme. So waren die bestehenden Programme aufgrund einer ineffektiven Verteilung wenig wirksam und auch Korruption und Missbrauch bei den Sozialleistungen trugen zu ihrer geringen Effektivität bei.

Anfang der 2000er Jahre hatten sich jedoch in den beiden Ländern die Grundzüge des bis heute existierenden Sozialstaates herauskristallisiert, in dem schematisch zwischen *gezielter sozialer Unterstützung bei Armut* [targeted social assistance], *sozialgruppenspezifischer Unterstützung* [social categorical benefits] und *universellen Leistungen* unterschieden werden kann (BABAJANIAN 2014:2; UNICEF 2013:14ff; SHAGAZATOVA 2012:14; s. Tabelle 3-1).

**Tabelle 3-1:** Übersicht ausgewählter Leistungen des Sozialstaates in Usbekistan und Kasachstan ohne Berücksichtigung des Rentensystems (BABAJANIAN, B. et al. 2014:2; UNICEF 2013:14ff; SHAGAZATOVA 2012:14)

Form der Unterstützung	Kasachstan	Usbekistan
<b>Gezielte soziale Unterstützung</b> bei Armut [targeted social assistance]	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für Kinder unter 18 Jahren</li> <li>Wohngeld</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für Kinder unter 14 Jahren</li> <li>Kinderbetreuungsgeld bis zwei Jahre</li> <li>Winterkleidung und Bildungsunterstützung</li> </ul>
<b>Sozialgruppenspezifische Unterstützung</b> [social categorical benefits]	<b>Staatliche Sozialbeihilfen</b> [state social allowances] und <b>besondere staatliche Leistungen</b> [special state benefits] <ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzielle Unterstützung für Erwachsene und Kinder mit Behinderung, deren Beeinträchtigung vor dem 16. Lebensjahr erworben wurde</li> <li>Finanzielle Unterstützung für Erwachsene mit Behinderung bei unzureichender Anzahl von Beitragsjahren</li> <li>Verlust des Hauptverdieners</li> <li>Kinderreiche Familien</li> </ul>	
<b>Universelle Leistungen</b> [universal grants]	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kindergeld bei Geburt</li> <li>Kindergeld für Kinder unter 12 Monaten</li> <li>Unterstützung für Eltern oder Vormünder für die Erziehung von Kindern mit Behinderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Elterngeld und Kindergeld bei Geburt (126 Tage)</li> </ul>



### 3.1.2 Fehlende Identifikation und Unterstützung von Risikogruppen (2000-2016)

Die positive wirtschaftliche Entwicklung in Kasachstan machte eine Verdreifachung der Staatsausgaben zwischen 2000 und 2007 möglich, in deren Rahmen auch das Sozialbudget deutlich anstieg. AN (2014:127) argumentiert dabei sogar, dass die staatliche Sozialpolitik während dieser Zeitspanne in den Mittelpunkt der kasachstanischen Politik gerückt ist. In Usbekistan sind zwar ebenfalls der nominelle Wert der Sozialleistungen sowie der Mindestlohn und die Renten von 2000 bis 2009 deutlich gestiegen (SHAGAZATOVA 2012:11), ihr Anteil am Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ist allerdings gefallen (UNICEF 2013:22). Dies könnte jedoch auch für Kasachstan angenommen werden, lässt sich aber mangels verfügbarer Daten nicht hinreichend klären.

Dennoch befinden sich sowohl Kasachstan als auch Usbekistan auf einem Weg des kontinuierlichen Rückbaus der Versorgungsdichte (OECD 2016:52; UNICEF 2013:20; 2009:27). Denn obgleich die Ausgaben Kasachstans im Bereich des Sozialschutzes [*social protection*] in den 2000er Jahren gestiegen sind, gingen sie im Bereich der sozialstaatlichen Unterstützung und Sozialhilfe von sechs auf vier Prozent des BIP zurück (OECD 2016:52). In Usbekistan ist mit Ausnahme der Bereitstellung von Winterkleidung für Schulkinder der Anteil der Haushalte, die staatliche Unterstützung erhalten, weiter rückläufig (UNICEF 2013:21). So verringerte sich beispielsweise die zu staatlicher Unterstützung berechnete Anzahl der einkommensschwachen Haushalte zwischen 2000 und 2010 von 9,2% auf 1,2%. Der Anteil von Familien, die Kindergeld beziehen, hat sich in demselben Zeitraum auf 13,7% fast halbiert. Zwar ließe sich durchaus argumentieren, dass dies auch auf die erfolgreiche staatliche Politik zur Reduzierung der Armut zurückzuführen sei, allerdings deutet die Literatur daraufhin, dass u.a. auf die *Mahallas* von Seiten der Regierung Druck ausgeübt wird, durch Verringerung der Bezugsberechtigten die offiziell dokumentierte Prävalenz von Armut einzudämmen (KAMP 2003:43).

Neben der Kritik an der Versorgungsdichte in beiden Ländern wird darüber hinaus der Wert der Sozialleistungen zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten als zu gering beurteilt (OECD 2016:50; BABAJANIAN et al. 2014:1, UNICEF 2013:23; SHAGAZATOVA 2012:33). Infolge der mangelnden Effektivität der Einkommensunterstützung kann dadurch nur die Lücke zwischen extrem armen und armen Haushalten geschlossen werden (UNICEF

2013:23). In beiden Ländern sind sie aber zu gering, um aus armen Verhältnissen zu entkommen (BABAJANIAN et al. 2014:1). Ein weiterer Kritikpunkt am Sozialstaat betrifft das Beantragungsverfahren von Sozialleistungen in beiden Ländern. In Usbekistan macht die geringe Bezugsdauer von maximal sechs Monaten häufige Wiederbeantragungen nötig, die als aufwendig und belastend empfunden werden (UNICEF 2013:21). In Kasachstans scheint dieses Verfahren ebenfalls abschreckende Wirkung zu besitzen – besonders bei der Unterstützung für Kinder mit Behinderung (BABAJANIAN et al. 2014:3).

In einem Vergleich der relativen Ausgaben beider Länder fällt dabei auf, dass trotz des Anstiegs der kasachstanischen Ausgaben im Sozialsystem ihr relativer Anteil am BIP mit insgesamt ca. 4,6%<sup>21</sup> deutlich geringer als in Usbekistan (11%) ist (BABAJANIAN et al. 2014:2; SCHARFF 2014; vgl. Tabelle 3-2).

**Tabelle 3-2:** Staatliche Ausgaben im Bereich Sozialschutz in Prozent des BIP 2008 (SCHARFF 2014)

	Sozial- versicherungen	Soziale Unterstützung	Arbeitsmarkt	Mikro- finanzierung	Kinderschutz	Gesamt
Kasachstan	3,4	0,7	0,1	0,2	0,2	<b>4,6</b>
Usbekistan	7,9	0,5	0,0	0,2	2,4	<b>11</b>

In der Beurteilung der Effektivität und des Umfangs des Sozialstaates in den beiden Ländern darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl Kasachstan als auch Usbekistan ein höheres Maß an sozialem Schutz als vergleichbare Länder wie China oder Indien bieten (ORENSTEIN 2008:81). Zweifellos wandelt sich das System aber zu einer zielgruppenorientierten Unterstützung, in dessen Rahmen Berechtigungskriterien immer weiter verschärft werden, um die sozialstaatlichen Ausgaben zu reduzieren. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund einer hohen Anzahl von einkommensschwachen Haushalten in den beiden Ländern, die keine staatliche Unterstützung erhalten (SHAGAZATOVA 2012:33). So beurteilt auch UNICEF den usbekischen Sozialstaat trotz vergleichsweise hoher Ausgaben (2013:55f) gerade mit Blick auf die Unterstützung von Kindern kritisch:

---

<sup>21</sup> SCHARFF (2014) weist auf die Schwierigkeiten bei der Kalkulation des Sozialbudgets hin, das sich je nach Messung und angelegten Kriterien – insbesondere der Frage, welche Ausgaben genau zum Sozialbudget gehören – unterscheiden kann.

Yet Uzbekistan's provision of social services – despite high expenditure – is inadequate, in particular in its coverage of children. The [...] child benefit system [...] continues to shrink in size and has recently begun to shrink in terms of its generosity of provision. [...] Furthermore, weaknesses in the design, targeting, and administration, as well as limited integration into an overall system undermines the systems potential to effectively tackle poverty and vulnerability at the household level.

Obwohl BABAJANIAN et al. (2014:1) Kasachstan einen reifen und umfassenden Sozialstaat attestieren, bleibt auch hier das Problem der Erfassung aller einkommensschwachen Haushalte sowie die geringe Höhe der von ihnen erhaltenen Unterstützung bestehen. Zudem wandelt sich stärker noch als in Usbekistan das dortige Sozialsystem hin zu mehr Eigenverantwortung (OECD 2016:31). Beispielhaft steht dafür eine Ansprache von Präsident NASARBAJEV zur weiteren Entwicklung der kasachstanischen Sozialpolitik, die darauf hindeutet, dass die sozialstaatlichen Leistungen in Kasachstan auf eine geringere Zahl von Empfängergruppen beschränkt werden sollen und gleichzeitig die Selbstverantwortung der Bürger in den Vordergrund rückt:

Jedoch ist jede soziale finanzielle Leistung eine zusätzliche Belastung nicht nur für das Budget, sondern auch für jeden arbeitenden Kasachstaner. Man muss klar verstehen, dass sich die Idee der sozialen Gerechtigkeit nicht in eine soziale Ungerechtigkeit in Bezug auf die arbeitenden Kasachstaner verwandeln sollte. [...] Die staatliche zielgerichtete Unterstützung wird nur bedürftigen Bürgern auf Grundlage der Bewertung ihrer realen Einkommen und Lebensbedingungen zuerkannt. Alle anderen sollten selbst Geld verdienen<sup>22</sup> (NASARBAJEV 2015).

Es bleibt insofern abzuwarten, wie sich das Sozialbudget in wirtschaftlichen Krisenzeiten weiterentwickeln wird, denn bereits 2013 hat auch der stellvertretende Ministerpräsident ORYNBAEV eine Wende in der Wohlfahrtsmentalität und eine stärkere Anlehnung an das angelsächsische Modell gefordert (SCHARFF 2014).

---

<sup>22</sup> Ведь каждая социальная выплата — это дополнительная нагрузка не просто на бюджет, а на каждого работающего казахстанца. Надо чётко понимать, что идея социальной справедливости не должна превращаться в социальную несправедливость по отношению к работающим казахстанцам. [...] Государственная адресная поддержка будет оказываться только нуждающимся гражданам на основе оценки их реальных доходов и условий жизни. Все остальные должны зарабатывать сами.

## 3.2 Bildungspolitik

### 3.2.1 Das (Regel-)Bildungssystem in Kasachstan und Usbekistan

Sowohl das kasachstanische als auch das usbekische Bildungssystem haben seit Ende der Sowjetunion relativ weitreichende institutionelle Veränderungen und vor allem eine Diversifizierung der Bildungsinstitutionen erlebt (OECD/ WORLD BANK 2015; UNESCO 2011:7ff; ZHITNIKOVA 2008:49ff).

In den beiden Ländern markiert dabei allerdings wie zuvor eine vierjährige Grundschulzeit den Beginn der schulischen Bildungslaufbahn. Die Schüler werden jedoch nicht wie in Deutschland üblich nach Beendigung der Grundschulzeit auf verschiedene Schulformen verteilt, sondern verbleiben bis einschließlich der neunten Jahrgangsstufe in demselben Klassenverbund (OECD/THE WORLD BANK 2015:147). In Usbekistan schließt sich an die Primarstufe eine verpflichtende fünfjährige Mittelschulbildung (vergleichbar mit der Sekundarstufe I) und eine ebenfalls obligatorische, drei Jahre dauernde berufsvorbereitende Ausbildung an. Dabei können die Schüler und Schülerinnen zwischen einer eher theoretisch ausgerichteten Ausbildung in Lyzeen oder berufsqualifizierenden Colleges wählen. Die seit 1998 bestehenden Lyzeen sind deshalb im Allgemeinen an eine Hochschule angegliedert, während die Colleges sich eher auf die praxisorientierte, berufliche Vorbereitung in ausgewählten Bereichen wie Transportwesen, Bau, Landwirtschaft und Gesundheitswesen konzentrieren. Allerdings lernen fast 90% aller Absolventen der Mittelschule in den praxisorientierten Colleges. Nach Abschluss beider Schulformen wird der Zugang zu den usbekischen Hochschulen über nationale Aufnahmeprüfungen geregelt, bei denen sich ein Absolvent ausschließlich auf einen Platz in einem Studiengang einer Universität bewerben darf (WORLD BANK 2014:68). Obwohl Usbekistan nicht am Bologna-Prozess teilnimmt (WORLD BANK 2014:90f), ist das Studium ebenfalls in ein (vierjähriges) Bachelor- und (zweijähriges) Masterprogramm eingeteilt. Stand 2014 existierten in Usbekistan 64 Hochschulen, davon 19 Universitäten, 37 post-sekundäre Institutionen (wie Institute), zwei Akademien und sechs Abteilungen ausländischer Hochschulen, darunter die Westminster International University in Taschkent (WORLD BANK 2014:12)

Das Bildungssystem in Kasachstan verfügt ebenfalls über eine verpflichtende neunjährige Schulzeit, nach der entweder weitere zwei Jahre bis zur elften Klasse in der Mittelschule gelernt oder direkt in technische bzw. berufsvorbereitende Bildungseinrichtungen gewechselt werden kann (UNESCO 2011:7ff). Allerdings ist auch der Abschluss nach der neunten Klasse und einer bis zu einem Jahr dauernden Fachausbildung möglich.

Die beruflich-technische Ausbildung in beruflichen Lyzeen, Colleges oder Berufsschulen dauert nach Abschluss der neunten Klasse zwei bis vier, nach Abschluss der elften Klasse dagegen nur ein bis zwei Jahre. Sowohl nach erfolgreicher Beendigung der elfjährigen Mittelschule als auch nach Abschluss der beruflich-technischen Ausbildung ist die Aufnahme eines in der Regel vierjährigen Bachelorprogramms möglich, da Kasachstan bereits 2010 dem Bologna-Prozess beigetreten ist (OECD/THE WORLD BANK 2015:37). Eine Besonderheit des kasachstanischen Bildungssystems bilden dabei die im postsekundären Bereich angesiedelten Colleges, nach deren Abschluss ein auf drei Jahre verkürztes Bachelorstudium aufbauen kann. Wie auch in Usbekistan besteht nach erfolgreicher Beendigung dieses ersten berufsqualifizierenden Abschlusses die Möglichkeit, ein zweijähriges Masterstudium anzuschließen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte bereits an dieser Stelle, dass neben der regulären elfjährigen Ausbildung an den Mittelschulen im Bereich der Sekundarstufe I und II für überdurchschnittlich begabte Schüler mit den *Nazarbayev Intellectual Schools* (NIŠ) in Kasachstan eine besondere Schulform eingerichtet wurde, die im Unterschied zur allgemeinen Sekundarstufe II erst mit dem zwölften Schuljahr abschließt (OECD/THE WORLD BANK 2015:66).

Postsekundar- und Tertiärbereich

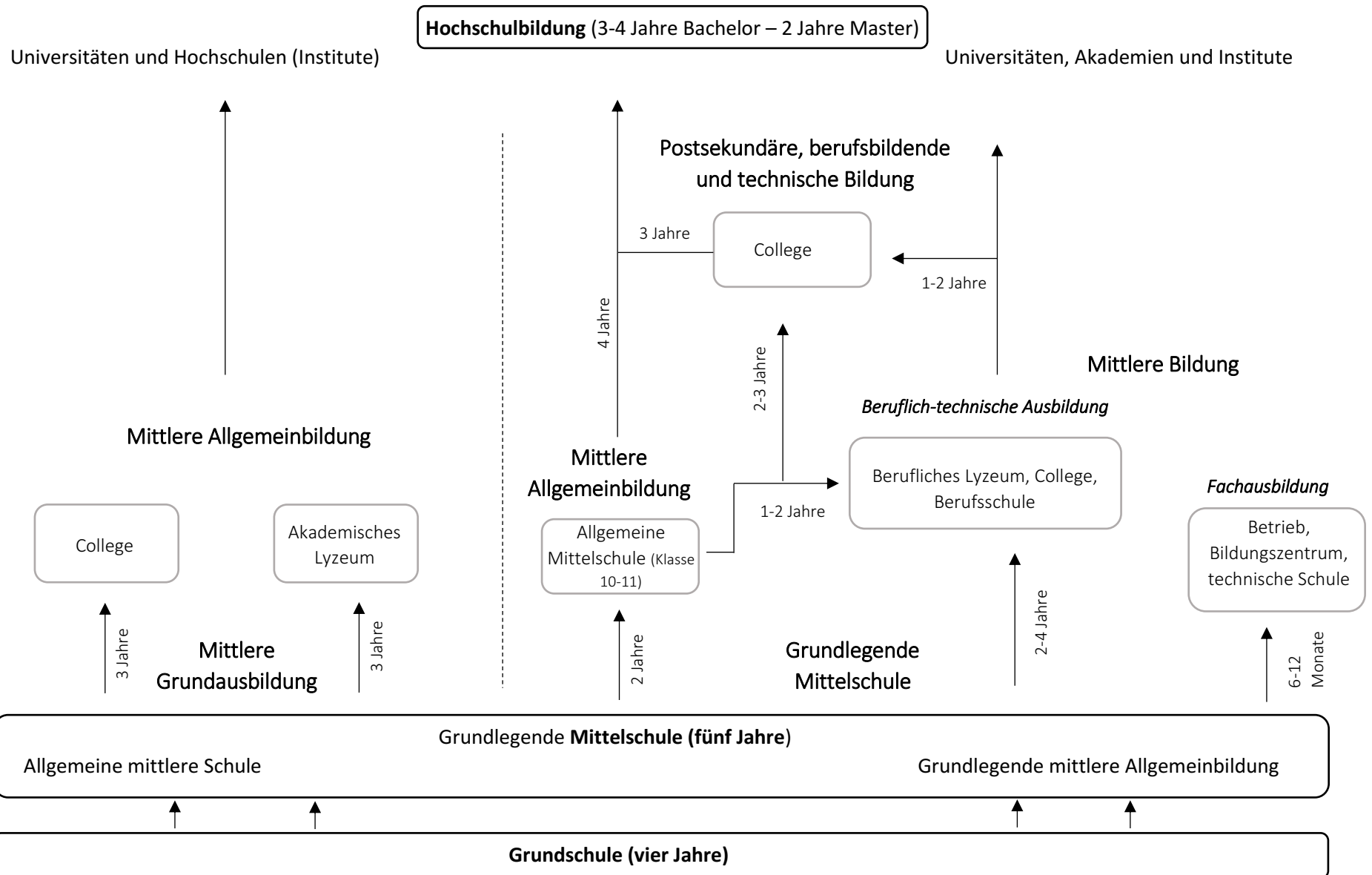
Sekundarstufe I und Sekundarstufe II

Primar-  
bereich

Usbekistan

Hochschulbildung

Kasachstan



### 3.2.2 Sinkende Bildungsausgaben und Rückbau frühkindlicher Förderung (1991-1999)

Die wirtschaftlichen und politischen Umbrüche nach Auflösung der Sowjetunion erfassten in ähnlich einschneidender Art und Weise wie das Sozialsystem auch das Bildungssystem beider Länder (GILSTER & HÄTTICH 2007). HALBACH (2007:95) argumentiert dabei, dass die für die Bevölkerung am deutlichsten wahrzunehmende Verschlechterung im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens stattfand, wie sich auch anhand der staatlichen Ausgaben für die Bildungspolitik ablesen lässt (vgl. Tabelle 3-3). Denn abgesehen von diesem relativen Rückgang der bildungspolitischen Investitionen kommt hinzu, dass das Bruttoinlandsprodukt auch in absoluten Zahlen eingebrochen war und sich deshalb die finanziellen Einschnitte noch wesentlich stärker darstellten, als auf den ersten Blick anhand der prozentualen Veränderungen erkennbar ist. Die im gesamten zentralasiatischen Raum feststellbare Verschlechterung des Bildungswesens (GILSTER & HÄTTICH 2007:524) wurde außerdem dadurch verschärft, dass die Emigration ethnischer Russen und die unzureichende Entlohnung der Lehrkräfte einen spürbaren Lehrermangel zur Folge hatte (TIBI 1996:99;111). Zudem befand sich ein Großteil der Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, aufgrund fehlender staatlicher Investitionen in notwendige Modernisierungsmaßnahmen in einem schlechten baulichen Zustand.

**Tabelle 3-3:** Bildungsausgaben in Prozent des BIP 1990 und 1995 (vgl. GILSTER & HÄTTICH 2007:513)

	1990	1995
Usbekistan	9,5	7,5
Kasachstan	5,8	3,1

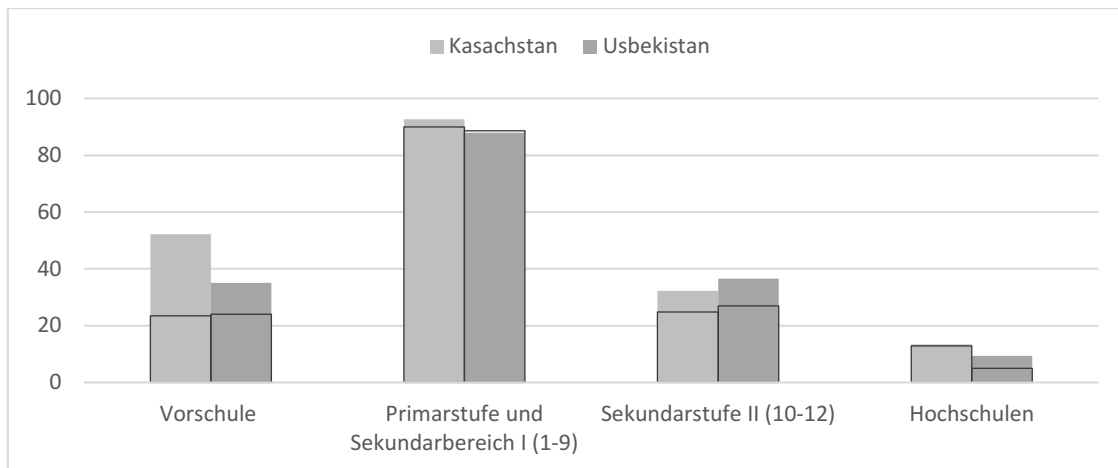
Die Einsparungen in der Bildungspolitik zeigten sich dabei am deutlichsten in der Anzahl der in Vorschuleinrichtungen lernenden Kinder (GILSTER & HÄTTICH 2007:521ff; vgl. OECD 2015:37; UNESCO 2011:9; FALKINGHAM 1999:30; TIBI 1996:97; s. Abbildung 3-2). So wurden in Kasachstan 80% aller Kindergärten Anfang der 90er Jahre geschlossen; Usbekistan erlebte in der ersten Dekade der Unabhängigkeit einen ähnlich starken Einbruch der

Anmeldezahlen (GILSTER & HÄTTICH 2007:521ff). Der drastische Rückgang von Vorschuleinrichtungen lag vor allem darin begründet, dass die staatlichen Unternehmen, die diese Plätze vormals anboten, privatisiert und in vielen Fällen nicht weitergeführt wurden (FALKINGHAM 1999:30). Dass in Kasachstan und Usbekistan Anfang der 90er Jahre auch Gebühren für vorschulische Bildungsangebote eingeführt bzw. angehoben wurden (UNICEF 2013:41; UNESCO 2011:6), dürfte auch dazu beigetragen haben, dass die Anzahl der Vorschüler deutlich gesunken ist. Zudem geht UNICEF (2013:41) davon aus, dass im Falle Usbekistans auch eine andere nationale Politik zugunsten der Förderung von Kindern innerhalb der Familien – teilweise resultierend aus einem hohen Infektionsrisiko und ansteckenden Krankheiten in den Kindergärten – zu einer Verringerung der Anmeldungszahlen führte. Hinzu kommt, dass die steigende Arbeitslosigkeit eine nicht geringe Anzahl von Müttern dazu veranlasst haben dürfte, die Kinder eher zu Hause zu erziehen, als Gebühren für Kindergärten bzw. Vorschulen zu entrichten (vgl. a. GILSTER & HÄTTICH 2007:523).

Auch für den Schulbesuch entstanden durch Ausgaben für Bücher, Mahlzeiten und Anfahrtswege, die in zunehmenden Maßen von den Eltern selbst getragen werden mussten, Mehrkosten. Dies führte zwar nicht zu einer merklichen Verringerung der Anzahl von Schülern im Primarbereich und der Sekundarstufe I (vgl. TIBI 1996:97f), wohl aber in den weiterführenden Schulen und spiegelte sich darüber hinaus in erhöhten Abwesenheitszeiten der Schüler wider (vgl. Abbildung 3-2). Die negativen ökonomischen Prognosen im postsowjetischen Raum dürften dazu geführt haben, dass die familiären Ausgaben für weiterführende Bildungsinstitutionen sanken, weil mangels Arbeitsplatzperspektiven solche Investitionen nicht lohnenswert erschienen.

In inhaltlicher und methodischer Hinsicht dürften in der ersten Dekade nach der Unabhängigkeit in Kasachstan und Usbekistan dagegen kaum Veränderungen stattgefunden haben. TIBI (1996:102f) zumindest geht im Falle Usbekistans davon aus, dass das Curriculum genauso wie Didaktik und Pädagogik noch weitestgehend aus der Sowjetunion übernommen wurden. Somit blieben die Lehrmethoden eher frontal, direktiv und wiesen ein geringes Maß an Interaktion auf, Disziplin hingegen nahm einen besonderen Stellenwert ein.





**Abbildung 3-2:** Veränderung der Anzahl der Lernenden in Prozent der jeweiligen Altersgruppe 1991 und 1996 (vgl. FALKINGHAM 1990:30). Die schwarz eingerahmten Daten spiegeln das Jahr 1996 wieder.

### 3.2.3 Bildungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (2000-2016)

Mit dem einsetzenden Wirtschaftsboom in Kasachstan zu Beginn des neuen Jahrtausends erhöhten sich auch schrittweise die Ausgaben für die Bildungspolitik – von 0,7% des BIP im Jahre 2000 auf 4,1% 2010 (OECD 2016:66). Zudem verfolgt die Regierung ein ehrgeiziges Reformpaket im Bildungsbereich, das sich vor allem im *Staatlichen Programm der Entwicklung der Bildung 2011-2020* widerspiegelt (OECD/THE WORLD BANK 2015:60). Darüber hinaus existieren zahlreiche Programme zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur sowie ein neues Finanzierungsmodell der Schulen (OECD/THE WORLD BANK 2015:81). Allerdings liegt Kasachstan trotz eines Anstiegs der Bildungsausgaben weiter hinter ähnlich wirtschaftsstarken Ländern – die pro Schüler aufgewendeten Kosten bleiben sogar die niedrigsten in ganz Europa und Zentralasien (OECD 2016:66f), wobei die geringen Investitionen im Bereich der Primar- und Sekundarstufe I besonders auffällig sind.

Auch im Vergleich zu Usbekistan gibt Kasachstan prozentual deutlich geringere Anteile des BIP für die Bildungspolitik aus, auch wenn die Daten hinsichtlich der usbekischen Bildungsinvestitionen zwischen 6,2 (UNICEF 2013:17), acht (WORLD BANK 2014:12) und zwölf Prozent (UNICEF 2008:1) schwanken. Allerdings befindet sich Usbekistan damit selbst noch im Rahmen der konservativsten Schätzung oberhalb des OECD-Durchschnitts von knapp sechs Prozent (OECD/THE WORLD BANK 2015:39).

Ein bedeutender Teil der vergleichsweise hohen Bildungsinvestitionen in Usbekistan konzentriert sich jedoch lediglich auf Infrastrukturprojekte im Bereich der akademischen Lyzeen und berufsvorbereitenden Colleges (UNICEF 2013:17; GILSTER & HÄTTICH 2007:526). Und selbst ein beträchtlicher Teil der geringen bildungspolitischen Ausgaben in Kasachstan scheint sich vor allem auf einige wenige Vorzeigeprojekte wie die *Nazarbajev Intellectual Schools* (NIŠ) zu beschränken. Die NIŠ sind als Modellschulen für begabte Schüler entstanden, deren Erfahrung Schritt für Schritt an die übrigen Schulen im Land weitergegeben werden soll. Da die Kosten pro Schüler in den NIŠ jedoch drei Mal höher als im Landesdurchschnitt sind, ist zumindest zweifelhaft, ob dieser Ansatz die breite Masse erreichen kann. Denn zurzeit lernen in den NIŠ nur 0,4% aller Schüler (OECD/THE WORLD BANK 2015:66). Trotzdem ist geplant, englischsprachigen Unterricht in einigen Fächern der zehnten und elften Klassen wie in den NIŠ in allen Schulen Kasachstans einzuführen. Vor dem Hintergrund der Unterschiede zwischen der ländlichen und städtischen Schulinfrastruktur, des Ausbildungsniveaus der Lehrkräfte und vieler lernschwacher Schüler laufen solche Reformvorhaben jedoch Gefahr, eine hohe Anzahl von Bildungsverlierern zu produzieren.

Zum Konzept der NIŠ passend besteht in Kasachstan, aber auch in Usbekistan, eine starke Konzentration auf Olympiaden und lernstarke Schüler, sodass Lehrkräfte ermutigt werden, sich eher auf diese Schüler zu fokussieren (OECD/THE WORLD BANK 2015:168f). Hinzu kommt, dass trotz anderslautender gesetzlicher Vorgaben in Kasachstan Schüler zum Teil nach Leistungsstärke eingeteilt und unerfahrenere Lehrkräfte in den schwächeren Klassen eingesetzt werden. Dies dürfte auch darin begründet liegen, dass die Schulen von staatlicher Seite keine zusätzlichen Ressourcen zur Unterstützung von Schülern mit Lernschwierigkeiten erhalten (OECD/THE WORLD BANK 2015:17). Dies lässt bereits interessante Rückschlüsse auf das Konzept von Behinderung bzw. Inklusion in den beiden Ländern zu, das sich nur auf Kinder mit medizinisch diagnostizierten Behinderungen zu konzentrieren scheint, wodurch der Empfängerkreis sonder- und heilpädagogischer Unterstützung gering bleibt (OECD/THE WORLD BANK 2015:40;104, s. Kapitel 8).

Die in den beiden Ländern geringe Anzahl von Lernern in Vorschuleinrichtungen bleibt dabei besonders mit Blick auf Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten höchst problematisch, da dies nach Eintritt in die Primarstufe dazu führen kann, dass die betroffenen Kinder in kurzer Zeit einen hohen Lernrückstand aufbauen (vgl. GILSTER &

HÄTTICH 2007:523). Zudem existieren auch im schulischen Kontext kaum Möglichkeiten der frühen Unterstützung und Förderung lernschwacher Kinder (OECD/THE WORLD BANK 2015:105; UNICEF 2008:2). Während sich in Kasachstan zumindest aber positive Tendenzen hinsichtlich der Vorschulbesuchsquote zeigen (OECD/THE WORLD BANK 2015:37; vgl. UNESCO 2011:9), gingen die in Vorschuleinrichtungen angemeldeten Kinder in Usbekistan von 2000 bis 2010 um ca. 20% weiter zurück (WORLD BANK 2013).

Hinsichtlich der qualitativen Analyse des Bildungssystems lassen sich die Lernleistungen der Schüler in Kasachstan anhand der Ergebnisse der PISA-Studie<sup>23</sup> vergleichen, an der Kasachstan seit 2009 teilnimmt (OECD/THE WORLD BANK 2015:40f). Dabei schnitten die kasachstanischen Schüler in der Untersuchung aus dem Jahre 2012 trotz leichter Verbesserungen in allen drei Bereichen (Mathematik als Schwerpunkt sowie Lesen und Naturwissenschaft) deutlich unterhalb des Durchschnitts der OECD ab und befinden sich am unteren Ende des Rankings. Zudem fällt der hohe Anteil leistungsschwacher Lerner auf, der fast die Hälfte aller Schüler ausmacht, wohingegen nicht einmal ein Prozent als leistungsstark gilt. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse je nach Unterrichtssprache (Russisch/Kasachisch) in den Schulen stark variieren. Neben den PISA-Ergebnissen wurden diese Unterschiede auch in landesweiten Tests, die seit dem Jahr 1999 durchgeführt werden, bestätigt (UNESCO 2011:15). Entgegen den schwachen Resultaten in der PISA-Studie hat Kasachstan in anderen internationalen Vergleichen deutlich besser abgeschnitten, beispielsweise in der *International Mathematics and Science Study* (TIMSS), allerdings mit sich verschlechternden Resultaten im Verlauf der Jahre 2007-2011.

Ein besonderes Problem in Kasachstan stellen sehr kleine Schulen im ländlichen Raum [*malokomplektnaja škola*] dar (OECD 2015:38). Aufgrund ihrer geringen Lernerzahlen findet in diesen Schulen oft Mehrklassenunterricht statt, auf den die Lehrkräfte aber nur unzureichend vorbereitet sind. Zudem verfügen diese Schulen über eine vergleichsweise schlechte Infrastruktur und bieten häufig eine geringe Unterrichtsqualität. Obwohl dieser Schultypus die Hälfte aller Schulen ausmacht, lernen dort nur elf Prozent aller Schüler. Demgegenüber steht ein Platzmangel in städtischen Schulen, in denen zum Teil in einem Mehrschichtsystem unterrichtet wird. Die OECD (2015:111) kritisiert dabei insgesamt, dass

---

<sup>23</sup>In Bezug auf die Kritik an der Vorgehensweise der PISA-Studie soll an dieser Stelle der Verweis auf die bestehende Literatur dazu genügen (s. HELSPER 2016).

trotz bestehender Bemühungen keine kohärente Strategie zur Verbesserung der Bildung im ländlichen Raum existiert.

Im Vergleich zu Kasachstan liegen für Usbekistan keine internationalen Vergleichsstudien vor, die die Qualität des Bildungssystems messen könnten. Jedoch kamen bereits seit Ende der 90er Jahre mit Durchführung von Bildungsreformen Klagen über nachlassende Standards auf (POMFRET 2006:18). Eine feststellbare Verschlechterung der Bildungsqualität bestätigen darüber hinaus sowohl die Interviewpartner im Rahmen der Forschungsarbeit (INTERVIEW XXIX:426) als auch transnationale Akteure (UNICEF 2013:43; 2011:3). In einer der wenigen Evaluationen der Bildungsqualität in Usbekistan geht UNICEF (2008:3) auf Grundlage einer nationalen Leistungsüberprüfung im Jahre 2006 davon aus, dass sowohl in Mathematik als auch den Lese- und Rechtschreibfähigkeiten nur knapp ein Drittel der Schüler über sehr gute Basissenntnisse verfügt.

Auch die Lehrkräfteausbildung und die Arbeitsbedingungen der Lehrer werden von internationalen Organisationen in den beiden Ländern äußerst kritisch beurteilt (UNESCO 2011:15f; UNICEF 2008:3). Die UNESCO geht davon aus, dass in Kasachstan knapp ein Fünftel der städtischen und fast die Hälfte (42%) der Lehrkräfte in ländlichen Gebieten nicht ausreichend qualifiziert ist. In Usbekistan verfügen nicht einmal zwei Drittel der Lehrkräfte an schulischen Bildungseinrichtungen über einen Hochschulabschluss. Auch die Anreize für eine professionelle Weiterentwicklung in Pädagogik und Didaktik sind nicht hinreichend geklärt (OECD/THE WORLD BANK 2015:172). Infolge einer nur wenig ausgeprägten Verbindung zwischen Studium und Schulpraxis scheinen zukünftige Lehrkräfte zudem nur ungenügend auf ihre Tätigkeit vorbereitet (UNESCO 2011:16).

In den beiden Ländern liegen die Gehälter von Lehrkräften deutlich unterhalb des nationalen Durchschnitts; in Kasachstan entspricht der Anteil von Niedriglöhnen im Bildungsbereich über 80% (OECD 2016:58; GILSTER & HÄTTICH 2007:527). Aufgrund einer hauptsächlich an den durchgeführten Unterrichtsstunden orientierten Bezahlung und einem äußerst geringen Grundgehalt ist die Belastung der Lehrkräfte durch den Unterricht hoch; zudem werden oft Nebentätigkeiten ausgeübt, wie zum Beispiel Nachhilfeunterricht (OECD/THE WORLD BANK 2015:115f). Dies hat zur Folge, dass gerade die gut qualifizierten Lehrkräfte vermehrt eine Anstellung in privatwirtschaftlichen Bereichen suchen und die Schulen deshalb Schwierigkeiten erleben, diese Lehrkräfte zu binden (UNICEF 2008:3). In Usbekistan ist infolge der schlechten Arbeitsbedingungen überhaupt nur die Hälfte der

Universitätsabsolventen pädagogischer Fachbereiche in solchen Berufen angestellt (WORLD BANK 2014:28).

Die geringe Entlohnung der Lehrkräfte erhöht in beiden Ländern außerdem die Anfälligkeit des Bildungssystems für Korruption (OECD 2015:207; GILSTER & HÄTTICH 2007:528), wie sich beispielsweise bei der Vergabe von Vorschulplätzen zeigt. Über die Hälfte der Befragten in einer Umfrage von *Transparency International Global Corruption* gaben an, dass das Bildungssystem in Kasachstan korrupt oder gar sehr korrupt sei. Allerdings – so der Einwand der OECD (2015:208) – bevorzugt die gesellschaftliche Mehrheit trotz der Kritik an der grassierenden Korruption selbst informelle Wege, um notwendige Dienstleistungen zu erhalten. Wie schwerwiegend sich dieses Problem darstellt, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass 16 Prozent aller Korruptionsdelikte in Kasachstan auf den Bildungsbereich entfallen (OECD 2016:67). In Usbekistan dürfte sich die Situation ähnlich oder noch dramatischer darstellen.

### 3.3 Gesundheitspolitik

#### 3.3.1 Reorganisation des Gesundheitswesens (1991-1999)

Wie auch in der Sozial- und Bildungspolitik kam es im Bereich des Gesundheitswesens in Kasachstan und Usbekistan nach der Unabhängigkeit zu einschneidenden Veränderungen. Zwar wurden auf der einen Seite in den beiden Ländern während der Sowjetunion große Fortschritte auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung erzielt, sodass Indikatoren wie die Kindersterblichkeit relativ zum Durchschnittseinkommen der Bevölkerung positiv ausfielen (WFP 2008:40). Zudem stand sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten eine grundlegende medizinische Versorgung durch eine hohe Anzahl von Ärzten und Krankenschwestern kostenfrei zur Verfügung (HATLAND & HAYCOCK 1996:120). Gleichzeitig war das sowjetische Gesundheitswesen aber äußerst ineffizient – beispielsweise hinsichtlich der Versorgung in Krankenhäusern, deren Ausstattung genauso wie das Ausbildungsniveau des Personals zudem oft unzureichend war (AHMEDOV et al. 2014:11; vgl. a. FALKINGHAM 1999:27). Das gesamte Versorgungssystem war deshalb so kostspielig, dass spätestens seit den 80er Jahren schwerwiegende Probleme in dessen Finanzierung bestanden und es in seiner bisherigen Form mit Ende der Sowjetunion nicht mehr

aufrechtzuerhalten war (KATSAGA et al. 2012:15). Die Ausgaben für die Gesundheitspolitik gingen dabei nicht nur in absoluten Zahlen aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs zurück, sondern sanken auch relativ betrachtet zum Bruttoinlandsprodukt deutlich (AHMEDOV et al. 2014:108; KATSAGA et al. 2012:113; HATLAND & HAYCOCK 1996:125). Für die Bevölkerung Kasachstans und Usbekistans hatte dies, wie auch in den meisten anderen Ländern der Region GUS (FALKINGHAM 1999:24), eine Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes zur Folge (UNICEF 2009:31).

Beispielhaft dafür kann die zunehmende Verbreitung von Syphilis, Herz-Kreislauf-Leiden und Erkrankungen stehen, die stark mit Armut und fallendem Lebensstandard in Verbindung gebracht werden können (FALKINGHAM 1999:26f; HATLAND & HAYCOCK 1996:119; vgl. GILSTER & HÄTTICH 2007:513ff). Dass trotz des steigenden Wohlstands in Kasachstan weder Männer noch Frauen bis 2009 die Lebenserwartung von 1990 erreicht hatten, verdeutlicht, wie stark die Einschnitte im Lebensstandard und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung waren (KATSAGA et al. 2012:6). Der Einbruch in der Lebenserwartung war dagegen in Usbekistan deutlich geringer, so wie für die Bevölkerung auch insgesamt die sozialen Auswirkungen des Transformationsprozesses weniger drastisch gewesen sein dürften (FALKINGHAM 1999:26; s. Kapitel 2.3). Trotzdem attestiert das Welternährungsprogramm auch Usbekistan eine Verschlechterung der Ausstattung und Infrastruktur der medizinischen Versorgung sowie einen Rückgang in deren Qualität und Zugänglichkeit nach Erlangung der Unabhängigkeit (WORLD FOOD PROGRAMME 2008:42). Die offiziellen Daten scheinen zudem das Ausmaß der gesundheitlichen Verschlechterung der Bevölkerung verschleiert zu haben, wie FALKINGHAM (1999:25) am Beispiel der Kindersterblichkeit in Kasachstan aufzeigt. Dies dürfte in Usbekistan und wohl auch in der gesamten zentralasiatischen Region auch heute noch der Fall sein (AHMEDOV et al. 2014:5; GILSTER & HÄTTICH 2007:512).

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung litt dabei in erster Linie unter dem Verlust eines bedeutenden Teils ihrer Infrastruktur und des medizinischen Personals. Dies lag wie im Bildungswesen u.a. an der Emigration ethnischer Russen, die vormals im Gesundheitssystem tätig waren und daran, dass Ärzte und Krankenschwestern aus finanziellen Gründen häufiger auf den freien Arbeitsmarkt wechselten (KATSAGA et al. 2012:72).

Infolge des Fehlens langfristiger Reformpläne wirkten zudem die anfänglichen politischen Veränderungen im Gesundheitswesen besonders in Kasachstan chaotisch und willkürlich (KATSAGA et al. 2012:113f; HATLAND & HAYCOCK 1996:119), obwohl in beiden Ländern internationale Akteure wie die Weltgesundheitsorganisation oder UNICEF Umstrukturierungen oder Schwerpunktsetzungen in der Gesundheitspolitik maßgeblich unterstützten (AHMEDOV et al. 2014:90; GILSTER & HÄTTICH 2007:520). Ein wichtiger Schritt zur Institutionalisierung eines neuen Gesundheitssystems bildete in Usbekistan das Gesetz *Über den Gesundheitsschutz* der Bevölkerung von 1996, in dem ein staatlich garantiertes, medizinisches Basispaket verankert wurde, das allen Bürgern kostenlos zur Verfügung steht (AHMEDOV et al. 2014:43f). Dazu zählen die primäre Gesundheitsversorgung (beispielsweise die Familien-, Mutter- und Kindgesundheit und die Behandlung häufig auftretender Erkrankungen) genauso wie die Notfallversorgung und die medizinische Behandlung bei Krankheiten wie Krebs, Tuberkulose, HIV/AIDS oder Syphilis. Alle weiteren medizinischen Dienstleistungen, wie die sogenannte sekundäre oder tertiäre Versorgung bei Spezialisten (Kardiologen, Neurologen etc.) sind außerhalb stationärer Aufenthalte gebührenpflichtig. Die ambulante medikamentöse Versorgung ist ebenfalls – abgesehen von einigen sozialen Gruppen wie Veteranen des Zweiten Weltkrieges und Krebs- oder HIV/AIDS-Patienten – nicht Teil des staatlichen Basispakets. Doch selbst im Rahmen eines stationären Aufenthalts dürfte eine Behandlung Mitte der 90er Jahre das gesamte monatliche Einkommen eines Haushaltes in Usbekistan überstiegen haben (FALKINGHAM 1999:28). Denn den Krankenhäusern fehlten zum Teil die finanziellen Mittel, die staatlich zugesicherten Leistungen zu garantieren; hinzu kamen aufgrund der prekären Lage der Angestellten im Gesundheitswesen informelle Zahlungen an Ärzte und Krankenschwestern (GILSTER & HÄTTICH 2007:519).

Wie in Usbekistan wurde auch in Kasachstan 1996 ein staatlich garantiertes Leistungspaket verabschiedet, das mit Ergänzungen und Erweiterungen bis heute besteht (KATSAGA et al. 2012:51). Darin enthalten waren u.a. die Notfallversorgung, Leistungen für spezifische Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderung und Programme bei ansteckenden Krankheiten (Tuberkulose etc.).

In Usbekistan sehen AHMEDOV et al. (2014:90) insgesamt zwei Reformziele, die allerdings nicht offen kommuniziert wurden: Zum einen sollte der Staat Hauptakteur in der Gesundheitspolitik bleiben, zum anderen sollten die Kosten vermehrt auf die Patienten

umgelegt werden. So war in beiden Ländern eine stärkere Belastung der Bevölkerung u.a. durch den Rückgang der staatlichen Ausgaben für Medikamente spürbar (FALKINGHAM 1999:28; vgl. a. GILSTER & HÄTTICH 2007:519). Zu umfassenden Privatisierungen kam es im Gesundheitswesen in Kasachstan und Usbekistan in den 90er Jahren allerdings nur im Bereich der zahnärztlichen Versorgung und den Apotheken (KATSAGA et al. 2012:24).

### 3.3.2 Ungleichheit und fehlende Transparenz (2000-2016)

Infolge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung nahmen zwar in beiden Ländern ab Ende der 90er Jahre die absoluten Ausgaben in der Gesundheitspolitik wieder zu, gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts stagnieren sie aber sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan seit 1995 (AHMEDOV et al. 2014:37; KATSAGA et al. 2012:42; vgl. Tabelle 3-4).

**Tabelle 3-4:** Staatliche und private Ausgaben im Gesundheitswesen anteilig in % am BIP (AHMEDOV et al. 2014:37; KATSAGA et al. 2012:42)

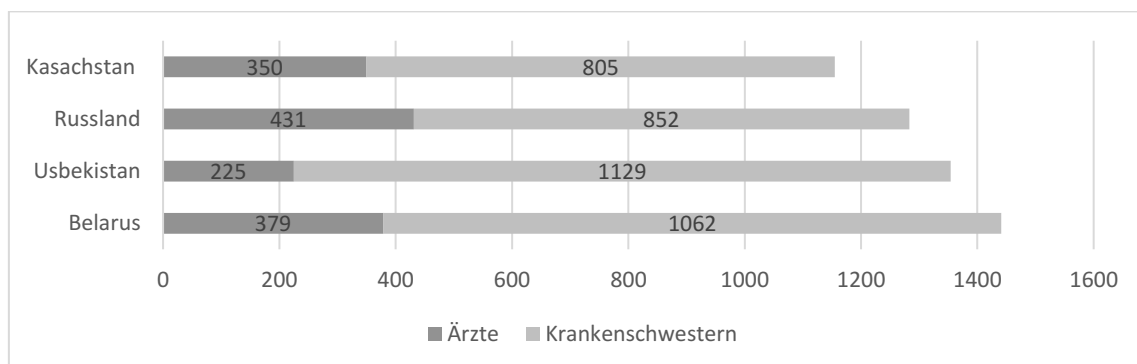
Gesundheitsausgaben gemessen in Prozent des BIP				
	1995	2000	2005	2010
Kasachstan	4,6	4,2	4,1	4,5 (2009)
Usbekistan	6,80	5,30	5,12	5,36

Kasachstan weist dabei mit einem Anteil von unter fünf Prozent bei den Gesundheitsausgaben einen der geringsten Anteile im europäischen Raum der WHO auf. Zudem bestehen innerhalb beider Länder große Ungleichheiten in der Finanzierung des Gesundheitswesens, auch wenn sich diese Unterschiede in Kasachstan in den letzten Jahren etwas verringert haben (KATSAGA et al. 2012:48). Trotzdem variieren die Pro-Kopf-Ausgaben zwischen den verschiedenen Regionen beider Länder weiterhin erheblich, wobei allgemein gilt, dass Gebiete mit höheren Anteilen einkommensschwacher und armer Familien weniger für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ausgeben (OECD 2016:69; WORLD FOOD PROGRAMME 2008:43). So ist in Kasachstan beispielsweise die Lebenserwartung in dem Gebiet Akmola mit 66,1 Jahren um fast zehn Jahre geringer als in Astana (75,74) (KATSAGA et al. 2012:122). Auch in Usbekistan bestehen zwischen den



einzelnen Regionen, insbesondere zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, große Unterschiede u.a. hinsichtlich der Versorgung mit medizinischem Fachpersonal (AHMEDOV et al. 2014:64). Zudem besteht die Gefahr, dass Projekte im Gesundheitswesen von politischen Interessen bestimmt sind, wie sich anhand der kasachstanischen Hauptstadt Astana zeigen lässt, wo kostenintensive moderne Kliniken errichtet werden, die kaum effizient genutzt werden können (KATSAGA et al. 2012:28).

Diese regional ungleiche Verteilung von Ressourcen hat sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan zu deutlichen Unterschieden in der Qualität der medizinischen Versorgung geführt (UNICEF 2009:29). Dies betrifft einerseits Ungleichheiten in der medizinischen Infrastruktur und andererseits das Ausbildungsniveau und die Verteilung behandelnder Ärzte und Krankenschwestern (AHMEDOV 2014: 64; KATSAGA et al. 2012:73). Insgesamt jedoch befinden sich die beiden Länder im Vergleich zu anderen Staaten in der Region GUS in der Spitzengruppe hinsichtlich der quantitativen Versorgung mit Ärzten und Krankenschwestern (AHMEDOV et al. 2014:65; vgl. Abbildung 3-3).



**Abbildung 3-3:** Anzahl der Ärzte und Krankenschwestern in Kasachstan, Russland, Usbekistan und Belarus auf 100.000 Menschen 2012 (AHMEDOV et al. 2014:65)

Infolge der insgesamt unzureichenden Qualität im staatlichen Gesundheitssystem (AHMEDOV et al. 2014:81; KATSAGA et al. 2012:84; UNICEF 2009:29) entwickelt sich verstärkt eine Zweiklassenmedizin, da sich wohlhabendere Haushalte oft sofort an die zunehmende Zahl von privaten medizinischen Einrichtungen und Kliniken wenden (AHMEDOV et al. 2014:44). Das in beiden Ländern selbst im nationalen Vergleich unterdurchschnittliche Gehalt von Medizinern und vor allem Krankenschwestern (GILSTER & HÄTTICH 2007:12) erschwert außerdem die ausreichende Rekrutierung von medizinischem Fachpersonal

(KATSAGA et al. 2012:74) und erhöht das Risiko informeller Zahlungen für Gesundheitsdienstleistungen (AHMEDOV et al. 2014:118).

Dabei kommt die öffentliche Hand in Kasachstan und Usbekistan für einen deutlich geringeren Anteil der gesamten Gesundheitskosten auf als dies Länder Mitteleuropas tun. Denn während in Deutschland gut zwei Drittel der Ausgaben im Gesundheitswesen auf den Staat entfallen, entsprach dieser Anteil 2012 in Kasachstan knapp 58%, in Usbekistan nur 53% (AHMEDOV et al. 2014:40). Der verbleibende Teil der Ausgaben ist in erster Linie auf direkte Zahlungen von Patienten zurückzuführen (AHMEDOV et al. 2014:41;110), wodurch vor allem einkommensschwache Haushalte benachteiligt werden. Finanziell besonders belastend sind dabei die Ausgaben für Medikamente, die bei ambulanter Behandlung nur für einige wenige Gruppen übernommen werden (UNICEF 2013:45f). Allerdings hat sich ihr Empfängerkreis in Kasachstan in den letzten Jahren deutlich erweitert. Zudem sind die privaten Ausgaben anteilig an den gesamten Gesundheitsausgaben in beiden Ländern seit 2000 leicht rückläufig (KATSAGA et al. 2012:47).

Problematisch bleiben finanzielle Aspekte im Gesundheitswesen aber auch deshalb, weil Patienten für eigentlich kostenfrei zur Verfügung stehende Leistungen häufig zahlen müssen, da es an klaren und transparenten Definitionen zur Unterscheidung von kostenpflichtigen und kostenlosen Angeboten mangelt. Außerdem kommt es vor, dass das medizinische Personal aufgrund seines geringen Gehalts informelle Zahlungen verlangt (AHMEDOV et al. 2014:110; KATSAGA et al. 2012:48; UNICEF 2013:45). Die Verbindung von formellen und informellen Zahlungen stellt für ärmere Haushalte und Haushalte, in denen Familienmitglieder eine chronische Krankheit oder Behinderung haben, eine hohe Belastung dar und vermindert ihren Zugang zur Gesundheitsversorgung (WORLD FOOD PROGRAMME 2008:41). Zudem existieren Berichte, dass sich ohne informelle Zahlungen die Qualität der medizinischen Behandlungen verringert (AHMEDOV et al. 2014:110).

Im Ergebnis schneiden Usbekistan und Kasachstan zwar bei quantitativ messbaren Indikatoren wie der Anzahl des medizinischen Fachpersonals, der Krankenhausbetten und der grundlegenden medizinischen Versorgung besser als Länder mit vergleichbarem Einkommen ab (vgl. PORTER et al. 2016:90). Die qualitativen Faktoren bleiben aber insbesondere in Kasachstan unterdurchschnittlich – so ist im Vergleich mit ähnlich wirtschaftsstarken Ländern die Lebenserwartung weiterhin geringer; außerdem sind sowohl die Kinder- und Müttersterblichkeit als auch die Inzidenz von Tuberkulose hoch

(OECD 2016:67f). PORTER et al. (2016:96f)<sup>24</sup> sehen Kasachstan bei der Bewertung von Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung sogar als das schlechteste der untersuchten 133 Länder aufgrund der hohen Suizidrate und einer hohen Sterberate infolge von nicht-ansteckenden Krankheiten. Zudem weist Kasachstan schlechtere Werte als wirtschaftlich vergleichbare Länder bei der Lebenserwartung mit 60 Jahren und der Prävalenz von Adipositas auf. Sowohl Kasachstan als auch Usbekistan schneiden im Vergleich außerdem besonders negativ hinsichtlich der Umweltqualität ab.

Die fehlende Reliabilität der usbekischen Daten lässt zudem vermuten, dass die dortigen realen Gesundheitsindikatoren der Bevölkerung deutlich schlechter als die offiziell bestätigten Angaben sind (GILSTER & HÄTTICH 2007:512). So geht die WELTBANK beispielsweise von einer Lebenserwartung von 68,1 Jahren aus, während die Behörden in Usbekistan 70,5 Jahre für das Jahr 2014 melden (AHMEDOV et al. 2014:6). Zudem scheint die Säuglings- und Kindersterblichkeit unterschätzt zu werden, was auch daran liegen dürfte, dass nicht alle Fälle durch das medizinische Personal gemeldet oder abweichende Definitionen sowie Indikatoren angewendet werden (vgl. (GILSTER & HÄTTICH 2007:512). Insgesamt sind dabei die Datenerhebung- und analyse in Usbekistan kaum aussagekräftig, da sie von verschiedenen Organisationen weitestgehend unabhängig voneinander durchgeführt werden (AHMEDOV et al. 2014:22; UNICEF 2013:44).

Eine besonders vulnerable Gruppe bilden hierbei Menschen mit psychischen Erkrankungen. Zwar wird ihnen in Kasachstan eine umfangreiche Unterstützung garantiert, es fehlt aber an einer kontinuierlichen Umsetzung in der medizinischen Praxis (KATSAGA et al. 2012:109f). Die gesellschaftliche Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Störungen kann außerdem Patienten davon abhalten, im öffentlichen Gesundheitswesen Hilfe aufzusuchen, wie das Beispiel Usbekistan zeigt (AHMEDOV et al. 2014:86f).

---

<sup>24</sup> Dabei handelt es sich um den *Social Progress Index*, der in regelmäßigen Abständen die Entwicklung in Bereichen wie Gesundheit, Ernährung und Umwelt im Verhältnis zur Wirtschaftskraft der Länder untersucht.

### 3.4 Zusammenfassung

Die Analyse der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik in Kasachstan und Usbekistan hat unter Beweis gestellt, dass das Erbe der Sowjetunion in diesen Bereichen sowohl positive als auch negative Folgen für beide Länder mit sich brachte. Denn zwar gehen grundlegende Errungenschaften bildungspolitischer und gesundheitlicher Indikatoren der Bevölkerung wie die fast 100%ige Alphabetisierungsrate sowie eine kostenlose medizinische Basisversorgung auf Reformen und Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion zurück. Allerdings führte der umfassende Wohlfahrtsstaat mit fast universell verfügbaren Leistungen in Verbindung mit dem ineffizienten, krankenhauszentrierten Gesundheitswesen bereits in den 60er Jahren zu schwerwiegenden finanziellen Engpässen in den einzelnen Unionsrepubliken. Zudem wurde die Umwelt beider Länder aufgrund der starken Wasser- und Luftverschmutzung sowie der Übernutzung natürlicher Ressourcen durch das sozialistische Erbe immens belastet (GILSTER & HÄTTICH 2007:511ff).

Der wirtschaftliche Einbruch nach Auflösung der Sowjetunion (s. Kapitel 2.3) machte es dann in Kasachstan und Usbekistan unmöglich, die sozialstaatlichen Versorgungsstrukturen und das kostenintensive Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten. Die spürbarsten Auswirkungen in der Bildungspolitik sind in der drastisch gesunkenen Zahl von Vorschuleinrichtungen in den beiden Ländern zu finden, während in sozialstaatlicher Hinsicht ein bis heute anhaltender Übergang von universellen zu bedarfsorientierten finanziellen Leistungen zu beobachten ist. Das auf stationäre Behandlungen ausgerichtete und umfangreiche Gesundheitswesen erforderte zudem eine deutliche Verringerung der Krankenhäuser, wobei neben einer Verschlechterung der medizinischen Infrastruktur beide Länder ebenfalls unter einer starken Abwanderung ethnischer Russen, im Falle Kasachstan auch vieler deutschstämmiger Bürger litten, die im Gesundheits- und Bildungswesen tätig waren. Die Verschlechterung gesundheitlicher Indikatoren der Bevölkerung wie die deutlich gesunkene Lebenserwartung zeigen das Ausmaß der Einschnitte in Lebensstandard und Versorgung der Bürger, die jedoch in Kasachstan wesentlich dramatischer als in Usbekistan ausfielen.

Infolge dieser Zäsur in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik sehen sich beide Länder bis heute mit weitreichenden Herausforderungen konfrontiert. In der Sozialpolitik vollzieht sich sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan eine anhaltende Verengung des zu

staatlichen Leistungen berechtigten Personenkreises. Dabei hat sich der Anteil der Familien, die beispielsweise Kindergeld erhalten, in Usbekistan zwischen 2000 und 2010 fast halbiert. Wenn dies zum Teil auch Ausdruck der verbesserten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung sein dürfte, bedeutet es auf der anderen Seite doch den Ausschluss vieler einkommensschwacher und bezugsberechtigter Haushalte. Denn die Berechtigungsprüfungen für armutsbezogene Leistungen werden seit Mitte der 90er Jahre von der *Mahalla* durchgeführt, bei deren Erhebungen klare Definitionen zur Feststellung von Armut fehlen und familiäre oder soziale Aspekte eine wichtige Rolle spielen können. Die geringe Bezugsdauer staatlicher Leistungen macht zudem häufig eine erneute Berechtigungsprüfung notwendig. Auch Kasachstan steht dabei in der Kritik, weil die Verfahren zur Feststellung einer Behinderung bei Kindern als belastend für die Familien empfunden werden und viel Zeit der Betroffenen in Anspruch nehmen. Insgesamt beklagen internationale Akteure in beiden Ländern, dass die sozialstaatlichen Leistungen kaum flächendeckend verfügbar sind und zudem aufgrund ihrer geringen Höhe nur die gravierendsten Auswirkungen von Armut eindämmen können. Kasachstan verfolgt dabei die Strategie, die Selbstverantwortung der Bürger zu stärken und ein eher anglo-amerikanisches Verständnis des Wohlfahrtsstaates zu implementieren. Insofern scheint sich der Druck auf Empfänger sozialstaatlicher Leistungen nicht nur im Zeichen der wirtschaftlichen Krise zu erhöhen, wie u.a. die Ansprache von Präsident NASARBAJEV im Jahre 2015 verdeutlichte.

Die beiden größten Herausforderungen im Bildungssystem dürften zum einen in der im internationalen Vergleich niedrigen Bildungsqualität liegen, wie die unterdurchschnittlichen Ergebnisse der PISA-Studie für Kasachstan unter Beweis gestellt haben. Zwar finden fünfjährlich nationale Überprüfungen der Schulen statt, diese orientieren sich aber fast ausschließlich an der Einhaltung gesetzlicher und bürokratischer Vorgaben und weitaus weniger an qualitativen Verbesserungen u.a. im Bereich des Unterrichts. Zum anderen erreicht das Vorschulbildungssystem eine nur unzureichende Zahl von Kindern, sodass Entwicklungsverzögerungen- oder auffälligkeiten zu spät oder erst bei Schuleintritt diagnostiziert werden können. Zudem mangelt es dem Schulsystem an einem Unterstützungsangebot für Schüler und Schülerinnen, die Lernschwierigkeiten aufweisen oder Gefahr laufen, Schulabsentismus zu entwickeln. Der Vernachlässigung lernschwacher Schüler steht dabei in beiden Ländern eine Fokussierung auf erfolgreiche

Lerner gegenüber, beispielsweise hinsichtlich wettbewerbsorientierter schulischer und außerschulischer Olympiaden.

Im Gesundheitswesen stehen in Kasachstan und Usbekistan vor allem die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Gebieten hinsichtlich der Infrastruktur, der öffentlichen Ausgaben und der Versorgung mit medizinischem Personal im Vordergrund. Besonders deutlich fällt dabei der Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Gebieten aus, wobei letztere unter einer Unterversorgung mit Ärzten und Krankenschwestern leiden. Zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung nach Auflösung der Sowjetunion dürfte zum einen beigetragen haben, dass Dienstleistungen im Gesundheitswesen außerhalb eines Basispakets gebührenpflichtig wurden. Zum anderen werden von Patienten mitunter informelle Zahlungen verlangt, selbst wenn eine kostenfreie Behandlung eigentlich staatlich garantiert wird. Aufgrund mangelnder Patienteninformationen und klarer Richtlinien kann sich der Umfang der garantierten medizinischen Leistungen auch von Krankenhaus zu Krankenhaus unterscheiden. Besonders für einkommensschwache Haushalte stellen diese formellen und informellen Zahlungen eine hohe Belastung dar und erschweren ihnen den Zugang zum Gesundheitssystem.

Hinter einer ganzen Reihe der herausgearbeiteten Problemlagen wie der unzureichenden Abdeckung der Bevölkerung durch sozialstaatliche Leistungen verbirgt sich ein Mangel an verlässlichen statistischen Daten zum tatsächlichen Bedarf in beiden Ländern. Ähnliches lässt sich für das Bildungssystem geltend machen: Denn trotz beobachtbarer positiver Veränderungen in Kasachstan existieren beispielsweise keine Daten zu Risikogruppen von Kindern, die Gefahr laufen, die Schule abzubrechen (OECD 2015:94).

## 4 Behindertenpolitische Rahmenbedingungen

### 4.1 Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion

#### 4.1.1 Terminologische und inhaltliche Annäherung

Der Begriff zur Umschreibung der hierzulande als Sonder- und Heilpädagogik verstandenen Praxis der Unterstützung, Bildung und Förderung von Menschen mit Behinderung wurde in der Sowjetunion – und zu weiten Teilen auch noch heute in den Nachfolgestaaten – als *Defektologie* [*Defektologija*] bezeichnet (NOVIKOV, FREIBURG, & JEHLE 1988:152). Der Begriff *Defektologie* meint wörtlich die Untersuchung von Defekten (GINDIS 1999:32). Eine genauere Definition findet sich in der *Konzeption der Sonderbildung und- erziehung von Kindern mit Störungen der geistigen und körperlichen Entwicklung* [*Koncepcija special'nogo obučenija i vospitanija detej s narušenjami umstvennogo i fizičeskogo razvitija*] aus dem Jahre 1989:

Die Defektologie ist die weit verzweigte Wissenschaft über die Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten von Kindern mit Behinderung verschiedener Kategorien (u.a. mit Schädigung des Gehörs, Sehens, Sprechens, Intellekts und der Bewegung) und ihre Erziehung, Bildung sowie berufliche Qualifizierung (DEFEKTOLOGIJA 1989:3).<sup>25</sup>

Zudem lässt sich die *Defektologie* in zwei unterschiedliche Bereiche einteilen: In die Untersuchung der Besonderheiten in der Entwicklung von Kindern mit Behinderung sowie ihre entsprechende Erziehung und Bildung. Die Spezialpädagogik und die Spezialpsychologie bilden diese beiden Bestandteile der *Defektologie* dementsprechend fachterminologisch ab (NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:154).

McCAGG (1989:39f) macht darauf aufmerksam, dass der Begriff *Defektologie* in heutigen Debatten kaum drei Minuten haltbar wäre. Allerdings beinhaltet der Terminus *Defekt* weder im Westen noch in der Sowjetunion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solch negative Konnotation, wie dies heutzutage der Fall ist. Während aber in der Bundesrepublik ab den 60er Jahren verstärkt ein Wandel der Terminologie u.a. in der Frage

---

<sup>25</sup> Дефектология – это многоотраслевая наука о закономерностях и особенностях развития аномальных детей разных категорий (с нарушением слуха, зрения, речи, интеллекта, двигательной сферы и др.), их воспитании, обучении, трудовой подготовке.

der Bezeichnung von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen stattfand (KULIG 2006:23), lässt sich dies für die ehemalige Sowjetunion nicht feststellen. So ist in der DEFEKTOLOGIJA (1991), dem wissenschaftlichen Fachjournal der sowjetischen Behindertenpädagogik, noch 1991 in offizieller Terminologie von *geistiger Zurückgebliebenheit* [*umstvennaja otstalost'*]<sup>26</sup>, Defekten [*defekty*] und *anormalen Kindern* [*anormal'nye dety*] die Rede. Insgesamt folgt die *Defektologie* somit, wie sich auch in der Einteilung verschiedener Formen von geistiger Behinderung in *Deбилität* [*debilnost'*], *Imbezillität* [*imbezilnost'*] und *Idiotie* [*idiotism*] (vgl. MALLER 1991:73; VLASOVA & PEVZNER 1973) zeigt, einem stark medizinisch geprägten Sprachgebrauch.

Die *Defektologie* umfasste dabei die Gehörlosenpädagogik [*Surdopedagogika*], Sehbehindertenpädagogik [*Tiflopedagogika*], Geistigbehindertenpädagogik [*Oligofrenopedagogika*] und Logopädie [*Logopedija*]. Folglich betont GINDIS (1999:32), dass zwei der in den USA größten Behinderungsgruppen – Kinder und Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten und Lernschwierigkeiten – nicht zum primären Gegenstand der *Defektologie* gehörten. Hinzu kommt, dass der Bereich der *Oligofrenopedagogika* in erster Linie Kinder mit leichteren Formen von geistiger Behinderung [*debilnost'*] einschloss und sich die *Defektologie* für Kinder und Jugendliche mit komplexeren Einschränkungen weit weniger verantwortlich zeichnete (vgl. VLASOVA & PEVZNER 1973:37ff). Erst gegen Ende der 80er Jahre schien ein verstärktes Interesse an Fragen der Bildung und Förderung dieser Kinder genauso wie an einer Pädagogik für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten aufzukommen (vgl. MALLER 1991; NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:155). Zudem wurde eine weitere Kategorie ab den 70er Jahren in den Verantwortungsbereich der *Defektologie* übergeben: Kinder und Jugendliche mit einer (*zeitweisen*) *Verzögerung der psychischen Entwicklung* [*vremennaja zaderžka psichičeskogo razvitija*] (NOVIKOV, FREIBURG, & JEHLE 1988:176ff; vgl. folgendes Kapitel 4.1.2).

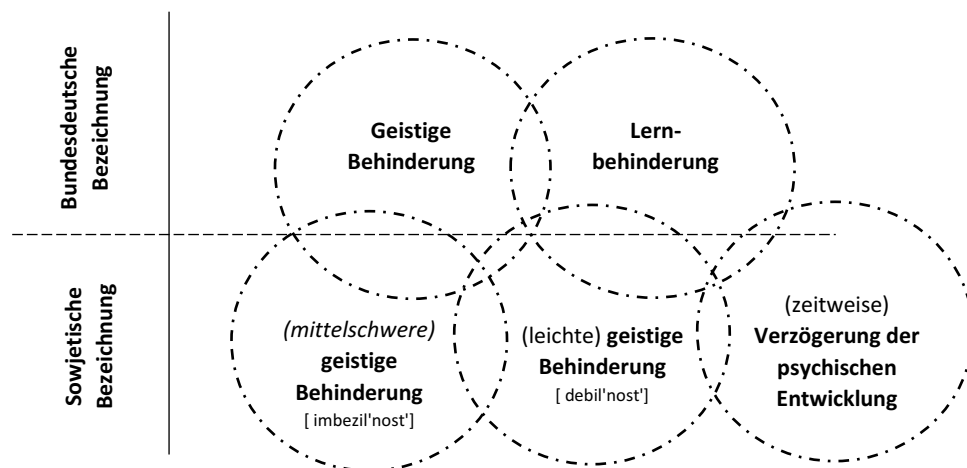
Aufgrund der nur bedingt möglichen Vergleichbarkeit dieser Begrifflichkeiten stellt Abbildung (4-1) den Versuch dar, sowohl zwischen den bundesdeutschen und sowjetischen Bezeichnungen als auch *innerhalb* der nationalen Definition Abweichungen und Überschneidungen darzustellen. Die Abbildung ist jedoch nicht misszuverstehen als

---

<sup>26</sup> Allerdings bildete der Begriff *geistige Zurückgebliebenheit* bereits eine Erneuerung gegenüber der zuvor häufigeren Bezeichnung des *Schwachsinn*s [*slaboumie*] (vgl. YEREMENKO 1985:17f).



sonderpädagogische Klassifizierung unterschiedlicher Formen von Entwicklungsverzögerungen, sondern dient ausschließlich der terminologischen Annäherung an unterschiedliche Begriffstraditionen. So ist davon auszugehen, dass der (bundes)deutsche Begriff *Lernbehinderung* in der sowjetischen Terminologie nicht nur eine (*leichte*) *geistige Behinderung*, sondern die *Verzögerung der psychischen Entwicklung* umfasste. NOVIKOV, FREIBURG und JEHLE (1988:176) weisen andererseits darauf hin, dass Schulformen für Kinder und Jugendliche mit einer *Verzögerung der psychischen Entwicklung* „in bezug auf Schülerkontingent und Zielsetzung weder voll mit der Schule für Lernbehinderte in der Bundesrepublik Deutschland noch mit der Hilfsschule in der DDR deckungsgleich sind.“ Dies erschwert u.a. die Vergleichbarkeit schulischer Einrichtungen und sollte im Folgenden deshalb immer wieder implizit Berücksichtigung finden.



**Abbildung 4-1:** Schnittmengen und Unterschiede verschiedener Begriffstraditionen in der BRD und UdSSR im behindertenpädagogischen Kontext

Die Sonderschuleinrichtungen wurden dagegen – den deutschen und englischen Varianten ähnlich – als *spezielle Schulen* [*special'nye školy*] bezeichnet. Ebenfalls mit der früheren deutschsprachigen Bezeichnung *Hilfsschule* deckungsgleich ist der sowjetische Terminus [*vspomogatel'naja škola*] bezüglich der Schulen für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung (DEFEKTOLOGIJA 1991:31).

Wenn von Menschen mit Behinderung im russischsprachigen Raum die Rede ist, wird im Allgemeinen der Begriff *invalid*<sup>27</sup> gebraucht, der im 19. Jahrhundert zunächst ausschließlich im militärischen Kontext Verwendung fand. Dabei wies auch diese Bezeichnung kaum die negativen Konnotationen auf, die damit heute verbunden werden. Später wurde der Personenkreis, der als *invalid* bezeichnet wurde, erweitert und zur Beschreibung aller Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion genutzt (PHILLIPS 2011:49f). Kinder mit Behinderung wurden dagegen häufig als *nicht-normale Kinder* [*anormal'nye dety*] bezeichnet (vgl. u.a. DEFECTOLOGIJA 1989; GORDIENKO 1985:39).

#### 4.1.2 Historische Entwicklung der Defektologie

Wenn in der Darstellung der sowjetischen Behindertenpädagogik in der Literatur meist von einem medizinisch dominierten Ansatz gesprochen wird (vgl. PHILLIPS 2011; ŠEK 2005), kann diese Beschreibung zwar unzweifelhaft für die Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg geltend gemacht werden, ignoriert aber die besonderen Bedingungen der Wissenschaften allgemein und der *Defektologie* im Speziellen in den Jahren nach der sozialistischen Revolution bis Mitte der 30er Jahre in der Sowjetunion.

Die frühe sowjetische Behindertenpolitik war dabei von verheerenden sozialen Folgen durch den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg und die sozialistische Umstrukturierung der Wirtschaft geprägt. Denn dadurch mussten Anfang der 20er Jahre zum einen die Kriegsinvaliden versorgt und in den Arbeitsmarkt wiedereingegliedert werden (PHILLIPS 2011:50). Zum anderen existierten infolge der sozialen Verwerfungen zu dieser Zeit auch sieben bis neun Millionen obdach- und vormundschaftslose Kinder und Jugendliche [*besprizorniki*] (STOLEE 1988:65).

Wie vor dem bestehenden wirtschaftlichen Hintergrund kaum anders denkbar, dominierte dabei in der Diskussion um die Ursachen der hohen Kriminalität durch die *besprizorniki* die Auffassung einer sozialen Verursachung jugendlicher Delinquenz (BALL 1994; GOLDMAN

---

<sup>27</sup> Mittlerweile wandeln sich die Begrifflichkeiten zur Beschreibung von Menschen mit Behinderung auch in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. So spricht man heute u.a. von *Menschen mit begrenzten Möglichkeiten* [*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*], Menschen mit Behinderung [*ljudi s invalidnostju*] oder speziell in Bezug auf Kinder und Jugendliche von *Kindern mit besonderen Bildungsbedürfnissen* [*deti s osobymi obrazovatel'nymi potrebnostjami*]. Allerdings hat sich dieser Sprachgebrauch bisher nach persönlicher Erfahrung in der allgemeinen Öffentlichkeit wenig durchgesetzt.

1993; JUVILER 1985:266). Allerdings war diese Perspektive auch eine Folge der Neuausrichtung der Wissenschaften im Rahmen der sozialistischen Revolution: „*It was good Marxism to think in terms of the social causation of undesirable as well as desirable personal characteristics of behavior. [...] The influence of the environment became the idée fixe with most pedologists*“ (BAUER 1952:83f).

Die soziale Bedingtheit menschlicher Entwicklung gewann dabei auch in der Debatte um die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung an Bedeutung. Am deutlichsten zeigt sich dies in den frühen Arbeiten von Lev S. VYGOTSKIJ (vgl. KEHL 2012:84ff), laut KEILER (2002) der bedeutendste Psychologe der Sowjetunion. Denn in dem Aufsatz *Die Psychologie und Pädagogik der kindlichen Defektivität* argumentiert VYGOTSKIJ (1975<sup>28</sup>), dass eine Behinderung in erster Linie eine Veränderung der sozialen Beziehungen eines Menschen bedeutet und die Bildung von Kindern und Jugendlichen sich insofern auf soziale Aspekte konzentrieren sollte:

Jeder körperliche Mangel, sei es Blindheit, Gehörlosigkeit oder angeborener Schwachsinn, verändert nicht nur die Beziehungen eines Menschen zur natürlichen Umwelt, sondern wirkt sich vor allem auf seine Beziehungen zu anderen Menschen aus. Eine organische Schädigung oder Störung findet ihren Ausdruck in einem sozial anormalen Verhalten (VYGOTSKIJ 1975:65).

Besonders lehnt VYGOTSKIJ (1975) die bemitleidende Haltung von Eltern, aber auch Pädagogen und Psychologen ab, die erst die negative Konnotation von Behinderung für den Betroffenen selbst verursacht. Insofern kritisiert er auch eine Wissenschaft, die sich ausschließlich auf die *Defekte* dieser Kinder konzentriert – laut VYGOTSKIJ eine Folge der Tradition westeuropäischer Sonderpädagogik, deren Wurzeln im philanthropischen und religiösen Denken liegen. Besonders eindrucksvoll zeigt sich diese Perspektive in der Kritik an den separierenden Sonderschulen, die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung von der restlichen Welt laut VYGOTSKIJ isolieren (VYGOTSKIJ 1975:66). Die Frage nach dem richtigen Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung beschränkt VYGOTSKIJ (1975:72) aber keinesfalls auf die sonderpädagogische Förderung; vielmehr muss sich die Wahrnehmung von Behinderung in der Gesellschaft radikal wandeln:

---

<sup>28</sup> Die Jahresdaten spiegeln den Zeitpunkt der Wiederveröffentlichung von VYGOTSKIJs Schriften wider. Zu datieren sind diese auf den Beginn der 20er Jahre (vgl. KEHL 2012)

In unseren Händen liegt es, so zu handeln, daß das gehörlose, das blinde und das schwachsinnige Kind nicht defektiv sind. Dann wird auch das Wort selbst verschwinden, das wahrhafte Zeichen für unseren eigenen Defekt.

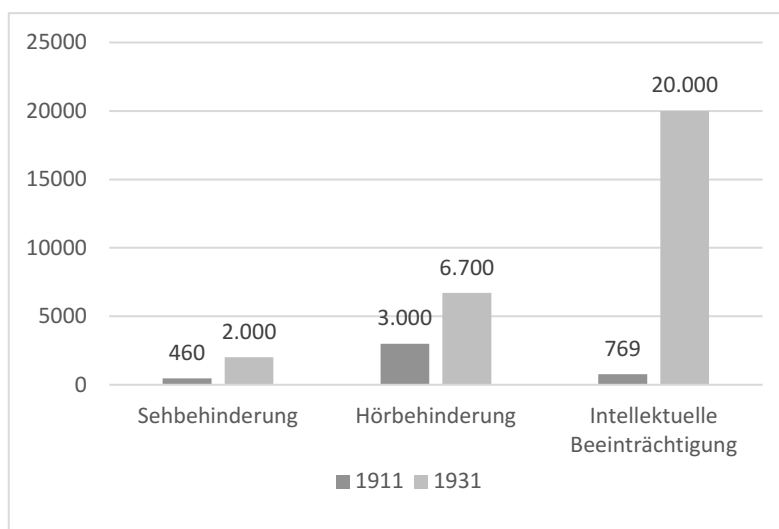
Darin tritt deutlich die Auffassung VYGOTSKIJS hervor, durch die sozialistische Revolution in Russland sowohl die Wissenschaften – und damit ebenso die *Defektologie* – als auch den Menschen radikal zu verändern (KOZULIN 1984). „*Die neue Gesellschaft wird den neuen Menschen schaffen*“ (VYGOTSKIJ 2003:277).

Das nach außen sichtbarste Merkmal der neuen sowjetischen sonderpädagogischen Bildungspolitik sieht McCAGG (1989:55) allerdings in der einsetzenden starken Differenzierung unterschiedlicher Formen von Behinderung – so wurde beispielsweise die Logopädie als eigenständige Disziplin etabliert sowie die Unterscheidungen zwischen Gehörlosigkeit und Schwerhörigkeit, Blindheit und Sehbeeinträchtigung eingeführt. Zudem entstanden Schulen und Klassen für verschiedene Formen von (geistiger) Behinderung, deren Zusammensetzung häufig den Ergebnissen von Intelligenztests folgten. Auch VYGOTSKIJ unternahm dabei im Rahmen seiner *kulturhistorischen Theorie* den Versuch, zwischen geistiger Behinderung und anderen Erscheinungsformen von Entwicklungsverzögerungen zu unterscheiden (VYGOTSKIJ & LURIIA 1992:155ff). Diese Differenzierung und Kategorisierung von Behinderung und die Wahl der passenden Bildungseinrichtung spielten ebenfalls in der späteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung im Rahmen der *Defektologie* eine zentrale Rolle (VLASOVA & PEVZNER 1973:117ff).

Die Bemühungen um die wissenschaftlich korrekte Differenzierung von Behinderung spiegelt dabei ebenso die Überzeugung in der Sowjetunion wider, Bildungsmöglichkeiten zumindest für alle als bildungsfähig angesehenen Gruppen der Gesellschaft zu ermöglichen (vgl. YEREMENKO 1985). Bestandteil dessen war auch die Überführung der sich in privater oder kirchlicher Hand befindenden Einrichtungen zur Pflege und Förderung von Kindern mit Behinderung in die staatliche Obhut bereits kurz nach der Oktoberrevolution 1918 (DEFEKTOLOGIJA 1989:3). Auch in Zentralasien wurden erste staatliche Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gegründet. In dem Aufsatz *Stand der Bildung und Erziehung von Kindern mit Behinderung in der Usbekischen SSR* [*Sostojanie obučenija i vospitanija anormal'nych detej v Uzbekskoj SSR*] nennt GORDIENKO (1985:34f) eine Pflegeeinrichtungen für blinde und gehörlose Menschen in Taschkent sowie ein

Behindertenheim für Blinde in Buchara im Jahre 1920 als erste staatliche Einrichtungen dieser Art. Sonderschulen wurden in Taschkent 1922 für blinde Kinder und später Ende der 30er Jahre in Buchara und Kokand eröffnet. Für die Bildung von Kindern mit geistiger Behinderung stellte die Schule №66 in Taschkent die erste entsprechende Einrichtung in Zentralasien dar.

Insgesamt kam es zu einem umfassenden Ausbau des Sonderschulwesens in den 20er Jahren in der gesamten UdSSR. 1931 beschloss das SOVNARKOM (Rat der Volkskommissare) auch gesetzlich, Bildung für Kinder mit Behinderung verfügbar zu machen (McCAGG 1989:54). Dies schlägt sich ebenfalls in einem deutlichen Anstieg der im Sonderschulwesen untergebrachten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nieder, am stärksten sichtbar im Bereich der geistigen Behinderung, wo die Anzahl der Schüler von 769 im Jahre 1911 auf 20.000 1931 anstieg.



**Abbildung 4-2:** Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Sonderschulwesen nach verschiedenen Formen von Behinderung in den Jahren 1911 und 1931 (McCAGG 1989:50)

Nach dieser vergleichsweise freien wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung in den 20er Jahren (WERTSCH 1985:10) können die Jahre 1928/29 als Wendepunkt in der sowjetischen Wissenschaftspolitik angesehen werden (LANGFORD 2005). „Mit Parteieingriffen, Zensur, Berufsverboten bis hin zur physischen Vernichtung wurden die Wissenschaften mit Beginn der 30er Jahre proletarisch ausgerichtet“ (THIELEN 1982:80). Die einsetzende Kritik erfasste dabei auch die von VYGOTSKIJ begründete *kulturhistorische Theorie* (VYGODSKAYA & LIFANOVA 2000:81). Allerdings erfolgte der gravierendste Einschnitt

in der Entwicklung der sonderpädagogischen Forschung in der UdSSR bereits nach VYGOTSKIJS Tod: Das sogenannte Pädologie<sup>29</sup>-Dekret aus dem Jahre 1936 verbot de facto die Pädologie, in deren Rahmen auch VYGOTSKIJ aktiv war und dessen Schriften deshalb bis in die 50er Jahre hinein verbannt blieben. Inhaltlich wurde das Dekret mit dem zu häufigen Einsatz von Intelligenztests und der daraus resultierenden vorschnellen Überweisung von vernachlässigten Kindern an Sonderschulen begründet (McCAGG 1989:55).

Die Ursachen für das Pädologie-Dekret dürften jedoch weniger in einer inhaltlichen Auseinandersetzung als vielmehr in den politischen Bedingungen zu suchen sein (NOVIKOV, FREIBURG, & JEHLE 1988:166f). Möglich erscheint dabei, dass die durch Individualisierung und Differenzierung geprägte pädologische und defektologische Forschung nicht zur autoritären Staatspädagogik und dem Personenkult STALINS passten. Besonders widersprüchlich ist dabei, dass im Rahmen des Pädologie-Dekrets die biologische Beeinflussung von Entwicklungsverzögerungen und abweichendem Verhalten abgelehnt wurde und damit die gesellschaftliche Umwelt als einzig entscheidender Faktor der Persönlichkeitsentwicklung galt. Denn mag dies auch ideologisch der marxistisch-leninistischen Theorie am nächsten kommen, widerspricht es doch völlig der pädagogischen und wissenschaftlichen Praxis der *Defektologie* als medizinisch geprägte Disziplin (vgl. PHILLIPS 2011; ŠEK 2005). Zwar bildeten VYGOTSKIJS entwicklungspsychologische Theorien nach ihrer Verbannung wieder zu weiten Teilen das wissenschaftliche Fundament der *Defektologie* (vgl. BONDAR' & YEREMENKO 1990:36; SUTTON 1988:73; VLASOVA & PEVZNER 1973). Und auch biologistische Konzepte wie die *moralische Defektivität* wurden vordergründig weiterhin als antiwissenschaftlich und westlich-bourgeois abgelehnt. Jedoch kann von Behinderung als *primär* soziales Problem, wie noch von VYGOTSKIJ Anfang der 20er Jahre formuliert, später kaum noch die Rede sein. Vielmehr dominierte ein klar medizinisch gefasstes Verständnis von (geistiger) Behinderung und dem Entwicklungspotenzial betroffener Kinder und Jugendlicher (vgl. FREJEROV 1964:41; YEREMENKO 1985:10f).

Die bis dahin starke Differenzierung des sowjetischen sonderpädagogischen Bildungssystems und die intensive defektologische Forschung wurden in jedem Fall durch

---

<sup>29</sup> Als Pädologie wurde eine interdisziplinäre Wissenschaft der Pädiatrie, Pädagogik und Kinderpsychologie bezeichnet (KÖLBL 2006:18).

das Pädologie-Dekret für die kommenden Jahrzehnte weitreichend eingeschränkt (vgl. McCAGG 1989:56). NOVIKOV, FREIBURG und JEHLE (1988:163) sehen deshalb in der Behindertenpolitik der Sowjetunion von Mitte der 30er bis Ende der 70er Jahre kaum strukturelle oder numerische Veränderungen. Wie einschneidend die Folgen dieses Dekrets für die defektologische Wissenschaft waren, lässt sich erahnen, wenn man die von IZMAGANBETOVA und LJUBOVSKIJ (1989:8) über 50 Jahre später im Zuge der Perestroika geäußerte Kritik an einer fehlenden wissenschaftstheoretischen Basis der Diagnostik in der Sowjetunion in Betracht zieht:

Alle diese Fragen wurden aktiv in der sowjetischen pädagogischen Wissenschaft der 20er und 30er Jahre ausgearbeitet. Im Land existierten einige wissenschaftlich-forschende und wissenschaftlich-praktische Einrichtungen [...], die sich mit der Ausarbeitung diagnostischer Methoden und organisatorischer Grundlagen der diagnostischen und beratenden Tätigkeit, der Erforschung altersabhängiger Besonderheiten der Entwicklung von Kindern mit und ohne Behinderung [und] der Untersuchung des Einflusses verschiedener Faktoren auf die Entwicklung [...] beschäftigten. Aber diese ganze Arbeit wurde mit dem Erlass «Über die pädagogischen Perversionen im System des Narkompros [Volkskommissariat für Bildungswesen, S.K.]» vom 04. Juli 1936 eingestellt und die Folgen dieses Erlasses sind bis heute spürbar. Versuche, die Forschungstätigkeit in diesem Bereich wiederaufzunehmen, erhalten bisher nicht die notwendige reale Unterstützung.“<sup>30</sup>

Neben dem Pädologie-Dekret wurden sonderpädagogische Bildungseinrichtungen genauso wie das pädagogische Personal ebenfalls durch den Zweiten Weltkrieg dezimiert. Erst das nach dem Tod STALINS einsetzende Tauwetter und CHRUSCHTSCHOWS weitreichende Bildungsreformen im Jahre 1958 eröffneten der defektologischen Forschung neue Möglichkeiten in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung. Im selben Jahr erschien auch das 1969 in *Defektologija* umbenannte wissenschaftliche Journal des *Defektologisch-Wissenschaftlichen Forschungsinstituts* erstmals seit 1931 wieder – allerdings noch unter dem Titel *Special'naja Škola* (McCAGG 1989:56f). NOVIKOV, FREIBURG und JEHLE (1988:168f)

---

<sup>30</sup> Все эти вопросы активно разрабатывались советской педагогической наукой в 20-30-х гг. В стране действовало несколько научно-исследовательских и научно-практических учреждений [...], занимавшихся разработкой диагностических методик и организационных основ диагностической и консультационной работы, изучением возрастных особенностей развития нормальных детей и детей с различными отклонениями, исследованием влияния различных факторов на развитие. [...] Однако вся эта работа была полностью прекращена постановлением «О педагогических извращениях в системе наркомпросов» от 4 июля 1936 г., и результаты этого постановления осушаются до сих пор. Попытки восстановить исследовательскую работу в этой области пока не получает необходимой реальной поддержки.



argumentieren darüber hinaus, dass die sowjetische Führung zu dieser Zeit bestrebt war, die Anforderungen in den allgemeinbildenden Schulen zu erhöhen und infolgedessen wieder ein stärker differenzierendes Schulsystem favorisierte.

Im Rahmen der Bemühungen um eine weitergehende Differenzierung innerhalb der *Defektologie* gelangte Anfang der 70er Jahre der Begriff der *(zeitweisen) Verzögerung der psychischen Entwicklung* [(vremennaja) zaderžka psichičeskogo razvitija] in den Fokus der sowjetischen Behindertenpädagogik. Diese theoretische Konzeption umfasste dabei Kinder als „Grenzfälle zwischen Norm und Pathologie“ (NOVIKOV, FREIBURG & JEHL 1988:169), die in der Regelschule aufgrund schwacher Leistungen oder Verhaltensauffälligkeiten ausgesondert wurden (AFANASEVA 1978:57f; VLASOVA & PEVNER 1973:47f; vgl. Kapitel 4.1.1). Die Analyse der Primärquellen hinsichtlich der Ursachen dieser Entwicklungsverzögerung verdeutlicht wiederum das bereits angedeutet Paradox zwischen ideologischer Doktrin und defektologischer Praxis in der Sowjetunion: Denn während im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in Deutschland seit den 70er Jahren die soziale Verursachung von Behinderung vor allem anhand der überproportionalen Repräsentation von Schülern mit Lernbehinderung aus sozial schwachen Milieus in den Vordergrund gestellt wurde (SPECK 2003:225; SCHMUTZLER 1994), blieb eine solche Debatte in der Sowjetunion aus. Dort wurden dagegen genetische bzw. exogene Ursachen entweder gänzlich ohne deren Beziehung zu wirtschaftlichen oder sozialen Faktoren dafür diskutiert (vgl. GLEZERMANN 1978:9ff) oder – wie im Falle von Alkoholismus (vgl. NOVIKOV, FREIBURG & JEHL 1988:169) – zumindest nicht als Folge gesellschaftlicher Benachteiligung gesehen (SAGDULLAYEV & MOSKOVKINA 1991). Dies war allerdings vor dem Hintergrund einer klassenlosen Gesellschaft, die per Definition keine Schichten kannte, kaum anders denkbar. Einen Schub in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung im Rahmen der *Defektologie* bewirkte dagegen die Zeit der *Glasnost* und *Perestroika*. Nicht nur schienen verstärkt Bemühungen zu existieren, auch Kinder mit mittelschwerer geistiger Behinderung [*dety-imbezily*] zu unterstützen (vgl. MALLER 1991; ZIKOTO 1987), sondern es wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit Internate den bestmöglichen Förderort für diese Kinder darstellen (MALLER & REJDIBOJM 1991:47). Gerade dies war ein Eckpfeiler der sowjetischen *Defektologie*, der zuvor noch gegenüber den aufkommenden integrativen Bemühungen in Westeuropa verteidigt wurde (NOVIKOV, FREIBURG & JEHL 1988:170f). Zudem ermöglichte die politische und gesellschaftliche Öffnung, auch Kritik an bestehenden defektologischen



Praktiken zu üben, insbesondere an der Diagnostik im Rahmen der *Medizinisch-pädagogischen Kommission* (IZMAGANBETOVA & LJUBOVSKIJ 1989).

#### 4.1.3 Personengruppe

Der Begriff *Behinderung* ist in der Sowjetunion untrennbar mit der staatlichen Ideologie des Kommunismus verbunden. Insofern müssen sowohl der Diskurs über Behinderung als auch die gesamte Sozialpolitik der UdSSR vor diesem Hintergrund gesehen werden (ŠEK 2005:382). Zentral für das Verständnis ist der besondere Stellenwert der Erwerbstätigkeit im Rahmen der kommunistischen Gesellschaft. Auch die Würde eines Individuums maß sich an seiner Fähigkeit, nützlich für die Gesellschaft zu sein (DUNN & DUNN 1989:201). Folglich bestand die Definition von Behinderung in der Feststellung des Verlustes der Arbeitsfähigkeit (SEITENOVER & BECKER 2008:5). „*The citizen's social utility was measured in terms of potential role in production, and level of disability was assessed according to a scale of labor potential*“ (PHILLIPS 2011:50).

Ein offizieller Behinderungsstatus wurde nach dem Gesetz *Über die staatlichen Pensionen* [*O gosudarstvennych pensijach*] aus dem Jahre 1956 demnach folgendermaßen festgelegt: „*Das Recht auf eine Behindertenpension haben Arbeiter und Angestellte im Falle des Eintretens einer Behinderung, das heißt eines ständigen oder dauerhaften Verlustes der Arbeitsfähigkeit*“<sup>31</sup>. Die Definition einer Behinderung bezog sich also explizit auf die Fähigkeit einer Person, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und berücksichtigte kaum weitere Faktoren (ŠEK 2005:387)<sup>32</sup>.

Bereits 1921 existierte ein sechsstufiges Modell zur Bestimmung des Verlustes der Arbeitsfähigkeit, das von der Gruppe I, d.h. dem vollständigen Verlust der Arbeitsfähigkeit und der Notwendigkeit dauerhafter Pflege, bis zur Stufe VI, in der die vorher ausgeübte Tätigkeit mit geringfügig verminderter Produktivität fortgesetzt werden kann, reichte

---

<sup>31</sup> Право на пенсию по инвалидности рабочие и служащие имеют в случае наступления инвалидности, то есть постоянной или длительной потере трудоспособности. Пенсия по инвалидности назначается рабочим и служащим независимо от того, когда наступила инвалидность: в период работы, до поступления на работу или после прекращения работы.

<sup>32</sup> Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch in Deutschland bis zur Umbenennung in *Grad der Schädigungsfolgen* (GdS) im Jahre 2007 eine Behinderung im Rahmen des sozialen Entschädigungsrechts als *Minderung der Erwerbsfähigkeit* (MdE) bezeichnet wurde.

(NAGORNOVA & MAKAROVA 2014:31). Das bis zum Ende der Sowjetunion mit leichten Veränderungen übernommene System der Kategorisierung von Behinderung – welches auch heute noch zu weiten Teilen in Kasachstan und Usbekistan Anwendung findet, wird als Teil der Diagnostik in Kapitel 4.1.6 genauer dargestellt.

#### 4.1.4 Epidemiologie

Die allgemeine Anzahl von Menschen mit Behinderung lässt sich aufgrund nicht vorhandener oder zumindest nicht zugänglicher statistischer Daten kaum bestimmen. Möglicherweise waren diese Daten selbst innerhalb der Sowjetunion kaum bekannt: *„But even within the USSR, the dimension of the disabled population [...] is little publicized, and for decades virtually nothing on the subject reached the foreigner’s eye”* (McCAGG & SIEGELBAUM 1989:4f).

Auch DUNN und DUNN (1989:200f) konnten in ihrer Analyse zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion keinerlei unionsweite statistische Daten ausfindig machen. Sie gehen aber davon aus, dass die Anzahl von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion in den 80er Jahren angestiegen ist und damit einem weltweiten Trend folgte. Zum einen trug eine alternde Bevölkerung, zum anderen eine verbesserte medizinische Versorgung dazu bei, dass mehr Menschen einen offiziellen Behinderungsstatus erhielten. Denn Kinder mit Behinderung, die zu einem früheren Zeitpunkt keine Überlebenschancen gehabt hätten, konnten mittlerweile erfolgreich medizinisch betreut werden. Diese Vermutung wird dabei durch die Daten von NOVIKOV, FREIBURG und JEHLE (1988:157) gestützt, die zumindest einen Anstieg des prozentualen Anteils von Lernenden in Sonderschuleinrichtungen ausmachen. Hinzu kommt, dass die defektologische Forschung in den 70er Jahren erstmals seit Jahrzehnten wieder neue wissenschaftliche Impulse setzen konnte.

Auch SEITENOVER und BECKER (2008:25ff) bestätigen den Trend einer höheren Inzidenz von Behinderung in der gesamten Sowjetunion ab Ende der 80er Jahre. Sie führen dies aber auf die einsetzende wirtschaftliche Krise zurück, die die Menschen dazu veranlasste, jedes mögliche verfügbare Einkommen – wie es auch Behindertenpensionen darstellten – in Anspruch zu nehmen.

Einzig FEFELOV (1986:40) gibt zur Prävalenz von Behinderung konkrete Zahlen an: Er errechnet auf Grundlage vorliegender Daten zur Höhe aller Rentenempfänger eine Zahl von ca. 25 Millionen Menschen mit Behinderung, was etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Allerdings handelt es sich bei diesen Angaben mehr um eine grobe Schätzung als verlässliche statistische Erfassung.

Ein weiterer allgemeiner Trend, der sich an dem Anteil von Schülern mit Behinderung der Klassen I-IV in verschiedenen Unionsrepubliken ablesen lässt, dürfte dabei auch für erwachsene Menschen mit Behinderung gelten: Die Prävalenz von (offiziell registrierter) Behinderung unterschied sich enorm zwischen wirtschaftlich stärker und schwächer entwickelten Regionen (NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:158; Tabelle 4-1).

**Tabelle 4-1:** Prozentualer Anteil von Sonderschülern in den Klassen I-IV in der Sowjetunion (SUTTON 1988:84)

Land / Region (1980)	Prozentualer Anteil von Sonderschülern <sup>33</sup>
Russland	3,65
Baltikum	5,82
Kaukasus	1,34
Zentralasien	1,34

Auffallend ist, dass in den Ländern Zentralasiens und dem Kaukasus die geringste Anzahl von Lernern in Sonderschuleinrichtungen existiert. SUTTON (1988:84ff) führt dies zum einen auf eine schwächer entwickelte Diagnostik besonders in ländlichen Gebieten zurück, die die (Früh)Erkennung von Behinderung erschwert. Zum anderen dürften in der Diagnostik – trotz unionsweiter gesetzlicher Regelungen – insgesamt unterschiedliche Kriterien angewendet worden sein, woraus abweichende statistische Daten resultierten. Nicht zuletzt spielten SUTTON zufolge wohl auch finanzielle Aspekte eine wichtige Rolle, da die hohen Pro-Kopf Ausgaben für das Sonderschulwesen in erster Linie für Regionen mit hohem Bevölkerungswachstum und geringerer Wirtschaftskraft eine starke Belastung darstellten.

<sup>33</sup> NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE (1988:157) beziffern den Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung für das Schuljahr 1984/85 auf nur 1,1% aller Schüler in der gesamten Sowjetunion.

Wie unzureichend sich die Erfassung von Kindern mit Behinderung insbesondere in den Unionsrepubliken in Zentralasien gestaltet haben dürfte, verdeutlicht die Kritik GORDIENKOS (1985:39) im Falle der Usbekischen SSR, wo er eine zuverlässige statistische Erhebung dieser Kinder besonders in den ländlichen Regionen als zentrale Herausforderung beschreibt. Dieses Problem scheint sich dabei bis in die Gegenwart fortzusetzen (vgl. Kapitel 8.2.4).

#### 4.1.5 Bildungssystem

Das wichtigste Ziel der Sonderschuleinrichtungen in der Sowjetunion stellte die Erziehung im „*Geiste des Kommunismus*“ und der Erwerb der Fähigkeit zur „*gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit*“ dar, wie YEREMENKO (1985:41) am Beispiel der Schulen für Kinder mit geistiger Behinderung darlegt (vgl. BELJAVSKIJ & MURTUZALIEVA 1989:26; NOVIKOV, FREIBURG & JEHL 1988:172).

Das sonderschulische Bildungssystem war von großer Differenzierung geprägt: Neben den vier Hauptrichtungen der *Defektologie* führt SUTTON (1988:77) am Beispiel Armeniens insgesamt 13 verschiedene Schularten für Kinder mit Behinderung von leichter geistiger Behinderung bis hin zu chronischen Krankheiten an (vgl. Tabelle 4-2).

**Tabelle 4-2:** Anzahl und Arten von Sonderschuleinrichtungen in der Armenischen SSR (SUTTON 1988:77)

Schulart	Anzahl der Schulen
Leichte geistige Behinderung	17
Gehörlosigkeit	1
Hörbeeinträchtigung	1
Blindheit	1
Sehbeeinträchtigung	5
körperliche Behinderung	1
Verzögerung der psychischen Entwicklung (Lernbehinderung)	3
Sprachbehinderung	3
Skoliose	1
Herzprobleme und Rheuma	1
Chronische Krankheiten	7
Nervliche Störungen	1
Verhaltensauffälligkeiten	1
<b>Gesamt:</b>	43

Trotz dieser enormen Differenzierung besuchten NOVIKOV, FREIBURG und JEHL (1988:155) zufolge überhaupt nur 40% aller Kinder und Jugendlichen mit Behinderung eine sonderschulische Bildungseinrichtung. Die übrigen Schüler und Schülerinnen lernten entweder in Regelschulen, wo sie keine entsprechende Unterstützung erhielten oder waren überhaupt nicht eingeschult (DEFEKTOLOGIJA 1989:14; vgl. GORDIENKO 1985:36). Dies betrifft in erster Linie Kinder mit einer stärkeren geistigen Behinderung, die allgemein als „bildungsunfähig“ eingestuft wurden (SUTTON 1988:79). Zudem betonen verschiedene sowjetische Autoren (VLASOVA & PEVZNER 1973:140; STADNENKO 1990) die Schwierigkeiten in der diagnostischen Differenzierung zwischen Kindern mit (leichter) geistiger Behinderung [*dety-oligofreny*] und Kindern mit Lernschwierigkeiten [*dety s vremennoj zaderžkoj psichičeskogo razvitija*]. Der nur langsam voranschreitende Ausbau von Schulen für letztere Personengruppe dürfte dazu beigetragen haben, dass viele Kinder mit minimalen Lernschwierigkeiten oder auffälligem Verhalten in die Schule für geistig Behinderte überwiesen wurden (IZMAGANBETOVA & LJUBOVSKIJ 1989:5; KOROBEJNIKOV 1988:4).

In Zentralasien war – wie schon Tabelle (4-1) vermuten ließ – die Anzahl der Sonderschuleinrichtungen vergleichsweise gering. So existierten in den 80er Jahren in der Usbekischen SSR insgesamt 68 Schulen und Internate für Kinder mit Behinderung – allerdings bei ca. 16 Millionen Einwohnern, während die Armenische SSR nur eine Bevölkerung von drei Millionen zählte. Von den genannten 68 Sonderschuleinrichtungen war die überwiegende Mehrzahl (45) für Kinder mit (leichter) geistiger Behinderung, weitere für blinde und sehbehinderte (9) sowie gehörlose und schwerhörige Kinder und Jugendliche (12). Für körperlich Behinderte stand nur eine Sonderschuleinrichtung zur Verfügung. Darüber hinaus existierten 85 Klassen für Kinder mit geistiger Behinderung sowie 43 Klassen für Kinder mit Lernbehinderung an Regelschuleinrichtungen.

Anstelle schulischer Bildungseinrichtungen existierten für Kinder und Jugendliche mit mittelschwerer geistiger Behinderung [*dety-imbezily*] oder stärkeren motorischen Einschränkungen sogenannte *Kinderheime* [*detdoma*], die nicht dem Bildungsministerium, sondern dem Sozialschutzministerium unterstanden. Daneben schien es aber einzelne Versuche gegeben zu haben, diese Kinder auch in Sonderschuleinrichtungen zu unterrichten (OSOKINA & JUDILEVIČ 1978:43ff). Kinder mit schwerer geistiger Behinderung [*dety-idioty*], zu denen beispielsweise Kinder mit Autismus zählten, wurden dabei in

Einrichtungen des Gesundheitsministeriums überwiesen oder der Pflege in den Familien überlassen (SUTTON 1988:79; PHILLIPS 2011:64). Dementsprechend existierten kaum Förderangebote, wie eine Mutter eines Kindes mit geistiger Behinderung in einem Leserbrief in der Fachzeitschrift *Defektologija* beklagt: „Bei uns in der Stadt [...] werden diese Kinder sich selbst überlassen. Niemand kümmert sich um sie. Die Eltern bekommen eine Rente für das Kind, aber was aus ihm wird, interessiert niemanden“<sup>34</sup> (zit.n. MALLER 1991:69)

Diese starke Ausgrenzung komplexerer Formen von Behinderung hatte zur Folge, dass, wie SUTTON (1988:79) berichtet, beispielsweise Kinder mit körperlicher Behinderung in den Sonderschulen weit weniger komplexe Beeinträchtigungen aufwiesen als in Großbritannien. So konnten laut Bildungsministerium der UdSSR dort keine Kinder und Jugendlichen aufgenommen werden, die sich nicht selbstständig bewegen oder versorgen konnten sowie individuelle Pflege benötigten. Auch war nicht vorgesehen, Kinder mit Epilepsie oder Inkontinenz einzuschulen (VLASOVA & PEVZNER 1973:165). Dieser Aspekt wirkt sich bis heute auf die Situation von Kindern und Jugendlichen mit stärkeren Beeinträchtigungen in Kasachstan und Usbekistan aus (s. Kapitel 8.1.3).

Die schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung vollzog sich dabei fast ausschließlich in segregierenden Strukturen, meist in Form von Internaten. Im Falle von Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung machten diese Internate dabei 95% aller schulischen Bildungseinrichtungen aus (NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:177; vgl. SUTTON 1988:89; DEFECTOLOGIJA 1989:5ff):

In der Sozialpolitik für Kinder mit Behinderung galt das gleiche Prinzip wie für erwachsene Behinderte: Erstens, die Gewährleistung von finanzieller staatlicher Unterstützung und Privilegien und zweitens die Isolation in segregierenden Einrichtungen. Im ganzen Land wurden Schulinternate, Lehrinternate, Technikum-Internate, berufsvorbereitende technische Einrichtungen, Sanatorien und Kinderheime [...] gegründet (ŠEK 2005:393).

Da sich staatliche Einrichtungen als bessere Erzieher verstanden, wurde auf Eltern großer Druck ausgeübt, ihre Kinder den Internaten zu überlassen. Zudem dürfte es für beide meist berufstätigen Elternteile mangels Alternativen kaum Entscheidungsspielraum gegeben

---

<sup>34</sup> У нас в городе [...] такие дети предоставлены самим себе, никто о них не заботится. Родители получают пенсию на ребенка, а что дальше с ним будет, никого это не волнует.

haben (NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE 1988:177). Die Erziehung von Kindern mit Behinderung in der eigenen Familie galt damit sowohl aus professioneller wie gesellschaftlicher Sichtweise als falsch:

In the absence of available resources to assist parents in caring for their children in the home setting, many parents indeed were compelled to place these children in *internaty* [...]. Those refused often were criticized, since the choice to raise an exceptional child in the home was seen by many medical professionals, social workers, and the general republic as irresponsible and unwise (PHILLIPS 2011:65).

Im Jahre 1979 existierten bereits 1500 Internate und Kinderheime in der Sowjetunion, die insgesamt 360.000 Personen beherbergten, von denen rund ein Sechstel eine Behinderung aufwies (MADISON 1988:180). Die Qualität dieser Internate variierte dabei dramatisch (PHILLIPS 2011:65). So existierten eher positive Beispiele (SUTTON 1988:79) genauso wie negative Darstellungen (FEFELOV 1986:19). MADISON (1989:181) kritisiert u.a. eine unzureichende medizinische Versorgung und Alltagsunterstützung sowie einen Mangel an Krankenschwestern in diesen Einrichtungen. Zudem schien ein geringes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten zu existieren, sodass junge Menschen mit Behinderung dort über eintönige Tätigkeiten klagten. Gemein allen Einrichtungen, selbst den qualitativ besseren, war die umfassende Segregation von Menschen mit Behinderung und ihre daraus resultierende Unsichtbarkeit in der Gesellschaft. ŠEK (2005:389) begründet dies damit, dass sich die Sowjetunion selbst das Bild eines Staates ausschließlich gesunder Bürger vor dem Hintergrund des Systemwettkampfes mit den USA gab. Deshalb sollten soziale Probleme – wie sie letztlich Menschen mit Behinderung darstellten – nicht öffentlich sichtbar sein.

Allerdings scheint es kaum gerechtfertigt, das sowjetische Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ausschließlich aus heutiger Perspektive zu beurteilen, wie SUDDABY (1988:154) zu bedenken gibt:

[...] [T]o those Western educationists concerned with liberal ideas of integrating those who are different into mainstream education, the Soviet approach to handicapped pupils will seem retrogressive and even demeaning to the handicapped. In Soviet eyes an education system that expects the handicapped child to cope in the same educational conditions as normal children is to be condemned.

Die Analyse der defektologischen Literatur aus der Sowjetunion verdeutlicht, dass die Unterbringung von Kindern mit Behinderung in Internaten tatsächlich vielmehr als einzig richtige, den Bedürfnissen der Kinder entsprechende Möglichkeit angesehen wurde: „*Ein wichtiger organisatorischer und fördernd-erzieherischer Aspekt stellt die Existenz von*

*Internaten und verlängerten Aufenthalten für Tageskinder dar. Ohne diese verliert die Sonderschule ihren Sinn“<sup>35</sup> (YEREMENKO 1985:45).*

Möglichkeiten tertiärer Bildung oder der beruflichen Qualifizierung boten sich für Jugendliche mit Behinderung innerhalb der Sonderschulinternate, in berufsbildenden oder technischen Schulen sowie in speziellen Fortbildungskursen. In der Usbekischen SSR existierten laut MADISON (1989:183) fünf berufsvorbereitende Schulen, in denen u.a. die Reparatur von Radios und Fernsehern, die Herstellung von Schuhen und der Beruf des Buchhalters erlernt werden konnten. Entgegen dem vornehmlichen Ziel der Sonderschuleinrichtungen, Kinder und Jugendliche mit Behinderung besonders auf praktische und berufliche Tätigkeit vorzubereiten, kritisierten sowohl sowjetische Defektologen als auch westliche Analysten die äußerst geringen Wahlmöglichkeiten von Berufen, ihr niedriges Prestige und die geringe Nachfrage danach (DUNN & DUNN 1989:226; GORDIENKO 1985:39). Dabei beschränkten sich die Ausbildungsmöglichkeiten meist auf einfachere Handarbeiten, möglicherweise, wie PHILLIPS (2011:68) vermutet, um weniger Ressourcen im Bereich der Hochschulausbildung zu beanspruchen. BONDAR' und YEREMENKO (1990:37) weisen zudem darauf hin, dass die Sonderschulen häufig nicht entsprechend den industriellen Standards ausgestattet waren und Werkzeuge sowie Materialien fehlten. Erschwerend kam hinzu, dass selten ausreichende Kontakte zur Industrie bestanden. Folglich erhielt fast die Hälfte der Schulabgänger von Sonderschuleinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung keinen Arbeitsplatz.

Zudem berichtet FEFELOV (1986:16), dass es für Menschen mit Behinderung kaum möglich war, sich in eine Universität einzuschreiben, da dafür eine medizinische Untersuchung absolviert werden musste. Möglichkeiten der Ausbildung in Regeleinrichtungen waren insofern für Menschen mit Behinderung stark begrenzt (ŠEK 2005:395). Einige versuchten deshalb, ihre Behindertenkategorie (s. Kapitel 4.1.6) zu „reduzieren“, um unbürokratischer in die Universitäten aufgenommen zu werden, was aber wiederum zu einer Verringerung der staatlichen Unterstützung führte (PHILLIPS 2011:68f).

---

<sup>35</sup> Важным организующим и коррекционно-воспитательным фактором является наличие интерната и продленного дня для приходящих детей. Без этого вспомогательная школа теряет свой смысл.



#### 4.1.6 Diagnostik von Behinderung

##### (a) Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Die Differenzierung und richtige Zuweisung von Kindern mit Behinderung zu einer entsprechenden Sonderschuleinrichtung bildete für die sowjetische *Defektologie* ein zentrales Thema (vgl. IZMAGANBETOVA & LJUBOVSKIJ 1989:5; KOROBEJNIKOV 1988:4; VLASOVA & PEVZNER 1973). Verantwortlich dafür zeichnete sich die sogenannte *Medizinisch-Pädagogische Kommission* [*mediko-pedagogičeskaja komissija* - MPK] (SUDDABY 1988:141f). Lehrkräfte, Erzieher oder eine örtliche Poliklinik konnten Kinder bei Auffälligkeiten in der Entwicklung an die zuständige MPK überweisen (DEFEKTOLOGIJA 1989). Zwar war die Zusammensetzung dieser Kommissionen interdisziplinär ausgerichtet und umfasste Logopäden, Psychoneurologen (oder Psychiater) sowie Sonder- und Heilpädagogen [*defektology*] (VLASOVA & PEVZNER 1973:154), allerdings deuten die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit auf eine eher medizinische Orientierung hin. Denn obwohl neben einer Anamnese und medizinischen Analyse auch eine psychologisch-pädagogische Untersuchung vorgesehen war, beschränkte sich letztere häufig auf ein kurzes Gespräch und die Anwendung einzelner psychologischer Verfahren, die kaum miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Darüberhinausgehende Faktoren, wie die Entwicklungsgeschichte, der (vor)schulische Unterricht sowie die Persönlichkeit der Eltern oder der Lehrkraft, wurden dagegen kaum berücksichtigt (IZMAGANBETOVA & LJUBOVSKIJ 1989:6). STADNENKO (1990:3) beklagte zudem den Mangel an Psychologen und psychologischem Wissen in den Kommissionen.

Neben der Überweisung von Kindern mit Auffälligkeiten in Sonderschuleinrichtungen war die MPK auch für die Beratung der Eltern und Pädagogen für Fragen der Behandlung, Erziehung und Bildung von Kindern mit leichten Beeinträchtigungen zuständig, die in Regelschulen untergebracht waren. Bei Streitfragen hinsichtlich der richtigen Beschulung eines Kindes mit Behinderung entschied die nationale Abteilung der MPK. Auch für die Diagnostik von Kindern mit komplexeren Behinderungen, deren „*Zustand der Gesundheit und des Intellekts*“ keine Beschulung zuließ, zeichnete sich diese Kommission verantwortlich (VLASOVA & PEVZNER 1973:154).

Die Anfänge der Perestroika Mitte der 80er Jahre machten es dabei möglich, dass Kritik an der Arbeit der MPK offen formuliert werden konnte. IZMAGANBETOVA und LJUBOVSKIJ (1989:3ff) räumten deshalb eine ganze Reihe von Schwierigkeiten in der Arbeit der Kommissionen ein. Sie beklagten u.a. eine Überlastung, die dazu führte, dass zum einen viel zu wenig Zeit für die Untersuchung der Kinder zur Verfügung stand und zum anderen, dass die Mitarbeiter der MPK häufig wechselten sowie unzureichend für diese Tätigkeit qualifiziert waren. Außerdem wurden auffällige Kinder oft zu spät an die MPK überwiesen. Ein grundlegendes Problem sahen sie außerdem in der Ausarbeitung und Anwendung methodischer Standards in den Untersuchungen. Dies alles hatte zur Folge, dass häufig Fehldiagnosen gestellt wurden und ein Teil der Kinder fälschlicherweise in Sonderschuleinrichtungen überwiesen wurde und ein anderer, der spezielle Unterstützung benötigen würde, in Regelschulen verblieb. IZMAGANBETOVA und LJUBOVSKIJ bezeichneten die *Hilfsschule* [*vspomogatel'naja škola*] in ihrer Kritik deshalb auch als *Sammelplatz* [*svaločnoe mesto*] für alle Kinder, die nicht in die Regelschule passen.

Einen gewissen Teil dazu trugen nach den Worten der Autoren auch die Eltern von Kindern mit Behinderung bei, die versuchten, ihre Kinder möglichst in Regelschulen zu belassen. Die meisten MPKs aber, so IZMAGANBETOVA und LJUBOVSKIJ, bezogen die Eltern in keiner Weise in die Untersuchung ein und erwarteten, dass sie ihre Empfehlungen kritiklos übernehmen.

#### (b) Erwachsene Menschen mit Behinderung

Die diagnostische Einteilung von erwachsenen Menschen mit Behinderung erfolgte in der Sowjetunion anhand dreier Behindertengruppen oder- kategorien in Abhängigkeit des Verlustes der Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit. Gruppe I entsprach einem vollständigen Verlust der Arbeitsfähigkeit und die Notwendigkeit ständiger Betreuung. Die zweite Behindertengruppe schloss die Fortsetzung der bisherigen beruflichen Tätigkeit aus, bedeutete aber die grundsätzliche Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit unter bestimmten Bedingungen. In der dritten Behindertengruppe lag der Verlust der Erwerbstätigkeit nur bis zu maximal zwei Drittel vor, sodass eine Beschäftigung in Teilzeit oder in weniger anspruchsvoller Arbeit möglich blieb. Der Gruppe III entsprachen dabei ca. 70 bis 80% aller Menschen mit Behinderung (MADISON 1989:170ff).

Die Einteilung von Menschen mit Behinderung in diese Gruppen wurde durch die sogenannte *Medizinisch-Arbeitstechnische Expertenkommission* [*vračebno-trudovaja ekspertnaja komissija* - VTEK] vorgenommen (MADISON 1989:170f). Die Untersuchung der VTEK umfasste dabei neben der Bestimmung der Behindertengruppe u.a. die Feststellung des Ausmaßes des Verlustes der Arbeitsfähigkeit, ihren Grund sowie die Bedingungen und Arten von Tätigkeiten, die von der betroffenen Person noch ausgeübt werden können. Die VTEK wurde dann aktiv, wenn bei Patienten in Krankenhäusern oder Polikliniken die *Ärztlich-beratenden Kommissionen* [*vračebno-konsul'tativnaja komissija*] eine allgemeine, dauerhafte Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit diagnostizierten. Nachuntersuchung im Rahmen der VTEK waren für Menschen mit Behinderung der Kategorie I einmal in zwei Jahren, für Gruppe II und III einmal jährlich mit wenigen Ausnahmen vorgesehen.

Die zentrale Aufgabe der VTEK war neben der diagnostischen Tätigkeit die Formulierung einer konkreten Arbeitsplatzempfehlung. Allerdings, so kritisiert MADISON (1989:173), beschränkte sich die Arbeit der meisten VTEKs auf die Untersuchung der Patienten und war weniger auf ihre berufliche Rehabilitation gerichtet. Zudem wurden die Empfehlungen der Arbeit wissenschaftlicher Institute der Sowjetunion im Bereich der Arbeitsmarktintegration oft nicht beachtet oder waren den Kommissionen gänzlich unbekannt.

Die VTEKs setzten sich aus drei ärztlichen Experten, einem Internisten, einem Chirurgen sowie einem Neuropathologen, einem Repräsentanten der Sozialschutzbehörden und einem Vertreter der Handelsunion für Fragen konkreter Arbeitsplatzperspektiven zusammen. Damit ist auch in der Wahl des beteiligten Fachpersonals der Mangel an behindertenpädagogischem oder psychologischem Wissen im Bereich der beruflichen Rehabilitation offensichtlich.

Für den Fall, dass Menschen mit Behinderung nicht mit der Einschätzung der VTEKs übereinstimmten, existierte außerdem die Möglichkeit, eine erneute Untersuchung in einem höher angesiedelten VTEK auf nationaler oder regionaler Ebene zu beantragen.

#### 4.1.7 Staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderung

Entscheidend für das Verständnis der sowjetischen Behindertenpolitik ist die aus der in Abhängigkeit zur Erwerbsfähigkeit resultierende hierarchische Auffassung verschiedener Behinderungsformen. Menschen, die eine Behinderung im Krieg oder während der

Ausübung beruflicher Tätigkeiten erworben hatten, besaßen mehr Privilegien als andere Gruppen (PHILLIPS 2011:59). „*Soviet policy draws a sharp distinction between the disabled workers – the person who has a certain job seniority and standing in a work collective – and the person who cannot claim this status*“ (DUNN & DUNN 1989:201). Insofern existierten neben der Einteilung von Behinderung in drei offizielle Gruppen weitere drei hierarchisch geordnete Kategorien (FEFELOV 1986:6): (1) Behinderung aufgrund von Kriegs- und Wehrdienst, (2) Behinderung im Rahmen der Erwerbstätigkeit und (3) infolge allgemeiner Erkrankungen. FEFELOV (1986:6) macht darauf aufmerksam, dass die dritte Gruppe die zwar quantitativ größte war, aber gleichzeitig den durch staatliche Unterstützung am wenigsten abgesicherten Personenkreis darstellte.

Besonders benachteiligt waren dadurch Kinder mit Behinderung unter 16 Jahren, die bis 1980 zur Inanspruchnahme spezifischer behinderungsbezogener staatlicher Leistungen [*posobija po invalidnosti*] nicht berechtigt waren (MADISON 1989:177) und Menschen mit geistiger Behinderung. Der Begriff *Kinder mit Behinderung* [*dety-invalidy*] kam dabei erst im Jahre 1979 im Rahmen des von der UN proklamierten Jahres des Kindes auf (ŠEK 2005:393). Die Gruppe der Menschen, die ihre Behinderung von Geburt an oder in der frühen Kindheit erwarb, war auch finanziell am stärksten benachteiligt (FEFELOV 1986:7). Zudem musste sie verschiedene Voraussetzungen im Erwachsenenalter erfüllen, um behinderungsbezogene staatliche Leistungen zu erhalten, wozu u.a. der Nachweis darüber gehörte, dass weder Verwandte noch ein gesetzlicher Vormund existierte, der sie unterstützen könnte. Insofern schlussfolgert MADISON (1989:180) in Hinsicht auf Berechtigungskriterien und Höhe der Leistungen für diesen Personenkreis, dass „*probably only the most helpless and poverty stricken qualified, and given the miserly amounts, most barely survived.*“

Allerdings beschreibt PHILLIPS (2011:52f) auch gegenüber den Veteranen des Zweiten Weltkrieges eine ambivalente Politik: Zum einen wurde versucht, sie mit Pensionen und Vergünstigungen davon abzuhalten, sich aus Unzufriedenheit gegen die Partei zu wenden. Zum anderen aber sollte das Bild eines heroischen Krieges durch den Anblick von verwundeten Soldaten nicht beeinträchtigt werden, sodass sie häufig in sozialer Isolation lebten (FEFELOV 1986; INDOLEV 1998):

This dual approach to addressing disability – the provision of state support for the material needs of the disabled, but within a culture of stigma and social isolation –

was to characterize Soviet disability policy through-out most of the twentieth century“ (PHILLIPS 2011:53).

Die staatliche Unterstützung für Veteranen und andere Personen mit Behinderung, die diese Beeinträchtigung nach ihrem 16. Lebensjahr erworben hatten, vollzog sich dabei in erster Linie über sogenannte *Behindertenrenten oder- pensionen* [*pensija po invalidnosti*]. Für ihre Inanspruchnahme mussten zwei Bedingungen erfüllt werden (MADISON 1989:174): Zum einen sollte das Ausmaß an Verlust der Arbeitsfähigkeit die Voraussetzung für die Aufnahme in eine der drei Behindertengruppen erfüllen. Zum anderen – wenn eine Behinderung nicht im Rahmen einer Erwerbstätigkeit erworben wurde – ist das Vorliegen einer bestimmten Anzahl von Berufsjahren [*staž*] notwendig. Dadurch unterschied sich auch der Prozentsatz der Rente, den Menschen mit Behinderung in Form von Pensionen erhalten konnten: Eine Behinderung, die in Verbindung mit einer Erwerbstätigkeit auftrat, berechnete sich in der Kategorie I zu einer Behindertenpension in Höhe von 110 Prozent der Altersrente, eine Behinderung außerhalb dieses Kontextes nur zu 100 Prozent. In der Kategorie II waren die Prozentsätze jeweils um 10 Prozent geringer.

Die maximal erreichbare Höhe einer Behindertenpension in der Gruppe I und II lag dabei 1980 bei 120 Rubel, in der Gruppe III bei 60. Kinder mit Behinderung der Gruppe I und II erhielten 20 Rubel. Erwachsene Personen, die von Geburt an behindert waren, bekamen mit maximal 16 Rubel die geringste finanzielle Unterstützung. Selbst sowjetische Wissenschaftler bezeichneten diese staatliche Leistung als „unbedeutend“ (MADISON 1989:177; vgl. Tabelle 4-3).

**Tabelle 4-3:** Minimale und maximale Höhe und Art der Behindertenpension bzw. staatlichen Unterstützung nach Behindertengruppe in den Jahren 1980/81 (MADISON 1989:178f)

	Ab 18 Jahren bei Berechtigung zur Rente Behindertenpension [ <i>pensija po invalidnosti</i> ]	Ab 18 Jahren bei Behinderung von Kindheit an Staatliche Unterstützung [ <i>posobie po invalidnosti</i> ]	Bis 16 Jahre für Kinder und Jugendliche mit Behinderung Staatliche Unterstützung [ <i>posobie po invalidnosti</i> ]
I	75 - 120 Rubel	8,5 – 16 Rubel	20 Rubel
II	50 - 120 Rubel	8,5 – 16 Rubel	20 Rubel
III	26 - 60 Rubel	k.A.	keine Unterstützung

Neben den direkten finanziellen Leistungen weist MADISON (1989:183) auf einige weitere Privilegien für Menschen mit Behinderung hin: Dazu zählten Hilfen in der Mobilität, wie Rollstühle und die kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Allerdings kritisiert FEFELOV (1986:7ff) insbesondere die Qualität technischer Hilfsmittel wie Prothesen, orthopädischer Schuhe oder auch Rollstühle. Zu den qualitativen Mängeln kam außerdem eine quantitativ unzureichende Versorgung hinzu (DUNN & DUNN 1989:207), die auch innerhalb der Sowjetunion diskutiert wurde (DEFEKTOLOGIJA 1988:15). Zudem verhinderte die unzugängliche Infrastruktur eine eigenständige Mobilität von Menschen mit Behinderung. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit die Möglichkeiten einer kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vor allem für körperlich behinderte Menschen sinnvoll genutzt werden konnten (FEFLOV 1986:3).

#### 4.1.8 Zusammenfassung

Die Wissenschaft der *Defektologie* ist aufs engste mit der historischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung der Sowjetunion verknüpft. So spiegelte sich zunächst in dem Ausbau des Sonderschulwesens nach der Oktoberrevolution sowie der vorrangigen Bedeutung sozialer Aspekte von Behinderung die Vorstellung der Veränderung des Menschen durch die sozialistische Gesellschaft wider (KNOX & STEVENS 1993; KOZULIN 1984). Es dominierte in der Psychologie und *Defektologie* die Perspektive einer sozialen Verursachung menschlichen Verhaltens, die, entgegen ihrer späteren Inhaltsleere, zunächst weit mehr als ein sozialistisches Lippenbekenntnis darstellte (vgl. NOVIKOV, FREIBURG & JEHLE (1988:166; BAUER 1952). Am deutlichsten erscheint diese Überzeugung in den frühen Schriften Lev S. VYGOTSKIJ, in denen er Behinderung gleichsam als „soziale Verrenkung“ betrachtet (VYGOTSIJ 1975:66) und das isolierende System der Sonderschulen kritisiert: „*It is necessary to liquidate the isolated, invalid-oriented education of the blind and to erase the demarcation between the special and the normal schools*“ (VYGOTSKIJ 1993:108). Obwohl VYGOTSKIJ (1991) kaum ein gemeinsames Lernen aller Kinder befürwortete, stand er ebenso dem Prinzip einer größtmöglichen Homogenität beispielsweise in Gruppen von Kindern mit geistiger Behinderung kritisch gegenüber. Anfang der 30er Jahre verstärkte sich dann der politische Druck auf die Wissenschaften drastisch, in Einklang mit den marxistisch-leninistischen Grundlagen zu agieren. Die

gravierendste Auswirkung für die *Defektologie* bestand dabei in dem sogenannten *Pädologie-Dekret* aus dem Jahre 1936, infolgedessen nicht nur die Schriften VYGOTSKIJS für knapp 20 Jahre in den Archiven verschwanden, sondern auch die defektologische Forschungstätigkeit weitreichend eingeschränkt wurde. Davon konnte sie sich, nach Meinung von IZMAGANBETOVA und LJUBOVSKIJ (1989:8), bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion in wissenschaftlicher Hinsicht nicht mehr erholen.

In ihrer praktischen Ausrichtung verfolgte die *Defektologie* – in offensichtlichem Widerspruch zum Inhalt des Pädologie-Dekrets – eine möglichst genaue diagnostische Differenzierung von Behinderung und die entsprechende Förderung in segregierenden Sonderschulen bzw. Internaten (vgl. VLASOVA & PEVZNER 1973). Dafür lassen sich zwei völlig unterschiedliche Erklärungsansätze finden: ŠEK (2005:389f) zufolge war diese Segregation die Konsequenz der „*propagandistischen Scheinheiligkeit dieser Zeit, als man die offizielle Anerkennung sozialer Probleme praktisch vermieden hat*“. Sowjetische Autoren heben dagegen die Überzeugung hervor, dass nur in Internaten und Sonderschulen die notwendige Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gewährleistet werden konnte (vgl. YEREMENKO 1985:45). Ähnlich geteilt ist die Einschätzung der sowjetischen Behindertenpolitik insgesamt. Während einige westliche Forschende mit Einschränkungen zu einem eher positiven Bild kamen (vgl. DUNN & DUNN 1989; SUDDABY 1988:154; SUTTON 1988), lassen sich die kritischsten Darstellungen in Publikationen der sowjetischen Behindertenrechtsaktivisten finden (vgl. FEFELOV 1986).

Einen gleichermaßen fördernden wie isolierenden Umgang beschreibt PHILLIPS (2011:52) jedenfalls auch für die Versorgung von verwundeten Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die zwar genügend Unterstützung erhalten sollten, um Protesten vorzubeugen, auf der anderen Seite aber auch vom öffentlichen Leben ausgeschlossen blieben. Trotzdem standen sie an der Spitze einer ausgeprägten Hierarchie innerhalb von Menschen mit Behinderungen, die je nach Verlust der Arbeitsfähigkeit in die Gruppen I bis III eingeteilt wurden (MADISON 1989:171). Im Mittelpunkt der Definition von Behinderung stand in der Sowjetunion die Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit, was den allgemeinen Prinzipien der kommunistischen Ideologie und der einzigartigen Bedeutung gesellschaftlich wertvoller Tätigkeit entsprach (ŠEK 2005:385, vgl. YEREMENKO 1985).

Diese Konzentration auf die Arbeitsfähigkeit eines Menschen hatte vor allem für die Anerkennung von Kindern mit Behinderung bzw. Erwachsenen mit angeborener geistiger



Behinderung, die am Ende dieser Hierarchie standen und als weniger wertvoll für die Gesellschaft erachtet wurden, schwerwiegende Folgen:

According to the Soviet functional approach, which privileged work capacity as the primary criterion for citizenship, some disabled persons were deemed less “useful” for society (disabled children, and the intellectually and mentally disabled, for example), and thus were offered fewer entitlements (PHILLIPS 2011:59).

Diese Hierarchie spiegelte sich also auch in der finanziellen Unterstützung durch den Staat wider, die für Menschen mit angeborenen Behinderungen selbst nach Einschätzung sowjetischer Wissenschaftler viel zu niedrig war (MADISON 1989:177).

Ähnlich dem Diskurs der Behindertenrechtsbewegung in Deutschland (KÖBSELL 2012:10), sieht ŠEK (2005:391; 393) in der Herangehensweise der sowjetischen Sozialpolitik einen paternalistischen Zugang zu Menschen mit Behinderung, der sie in Abhängigkeit von Staat, Pädagogen und Ärzten zur Dankbarkeit ihren Helfern gegenüber verpflichtete. Der körperbehinderte Rechtsaktivist FEFELOV (1986:51) bestätigt diese Einschätzung anhand seiner Erfahrungen in der Sowjetunion:

Die Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderung wird durch das gesellschaftliche System diktiert: Das Motto: «Wer nicht arbeitet, der isst nicht» existiert unsichtbar in jeder sowjetischen Familie. [...] Und ein *Mensch mit Behinderung, der nirgendwo arbeitet, erhält eine Rente*. Dieser Begriff dringt ständig in Hirn, Haut und Knochen jedes sowjetischen Menschen. Und ein Mensch, vor allem ein Mensch mit Behinderung, ist verpflichtet, sich schuldig zu fühlen, dass er selbst eine miserable Pension hat, aber den Staat bestiehlt<sup>36</sup>.

Ein positiver Aspekt der Konzentration auf die Arbeitsfähigkeit in der Feststellung von Behinderung zeigte sich aber an der – zumindest im Vergleich mit jenen Daten nach Zusammenbruch der Sowjetunion – hohen Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung: 1980 waren 40% (MADISON 1989:183) und 1987 noch 30% (DUNN & DUNN 1989:228) aller Menschen mit Behinderung erwerbstätig. Darunter befanden sich knapp 80% der Menschen in der Behindertengruppe III. Die Quote der beiden anderen Gruppen war dementsprechend allerdings mit zehn bzw. neun Prozent deutlich geringer (DUNN &

---

<sup>36</sup> Отношение к инвалидам продиктовано самой системой общества. Лозунг «кто не работает — тот не ест» незримо существует в каждой советской семье. [...] А ведь инвалиду, нигде не работающему, пенсию платят'. Это понятие постепенно впитывается в мозг, кожу и кости каждого советского человека. И человек, тем более инвалид, обязан чувствовать себя виноватым, что своей хоть и нищенской пенсией, но «обкрадывает» государство.



DUNN 1989:228). Zudem war der Personenkreis der hör- und sehbehinderten Menschen aufgrund relativ starker Selbstvertretungsorganisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitsplätze in geschützten Unternehmen anbieten konnten, bevorteilt (MADISON 1989:191; vgl. Kapitel 5.1). Eine Vereinigung zur Vertretung der Interessen von allen Menschen mit Behinderung wurde erst wieder in den 80er Jahren im Zuge der Perestroika unter GORBATSCHOW zugelassen, was deutlich macht, dass Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen neben den Kriegsveteranen zu einer vergleichsweise privilegierten Gruppe zählten.

Der erst gegen Mitte der 80er Jahre in der Sowjetunion einsetzende gesellschaftliche Wandel erklärt auch zu einem großen Teil, warum eine Abkehr des vorherrschenden medizinischen Modells von Behinderung, wie in Europa oder Nordamerika geschehen, nicht stattfinden konnte: Da auch die Wissenschaft der *Defektologie* eng mit der gesamten staatlichen Ideologie verbunden war, bedeutete Kritik daran auch gleichzeitig Kritik am kommunistischen System. Zudem können bedeutende Veränderungen der deutschen Behindertenpolitik auf das Engagement von Eltern und Menschen mit Behinderung selbst zurückgeführt werden (vgl. KÖBSELL 2012), was in der Sowjetunion fast unmöglich war: *„Die «Lösung» des Problems [der Behinderung, S.K.] führte zum Ende ihrer Diskussion im öffentlichen Diskurs. Das Thema [...] wurde praktisch bis Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre nicht problematisiert“*<sup>37</sup> (ŠEK 2005:394).

## 4.2 Behindertenpolitik im unabhängigen Kasachstan und Usbekistan

### 4.2.1 Personengruppe

Laut dem Gesetz *Über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Usbekistan* [*O socialnoj zaščiščennosti invalidov v Respublike Uzbekistan*] vom Jahre 1991, das 2008 und 2013 mit Ergänzungen versehen wurde, gilt ein Mensch als behindert, *„der in Verbindung mit einer begrenzten Lebensaktivität [žiznedejatel'nost'] infolge des Vorhandenseins von körperlichen, geistigen, psychischen oder sensorischen*

---

<sup>37</sup> «Решенность» проблемы приводила к закрытости ее обсуждения в публичном дискурсе. Тема инвалидности до конца 80-х – начала 90-х годов практически не проблематизировалась.

*(Sinnes)Störungen [...] soziale Hilfe und Schutz benötigt. Die begrenzte Lebensaktivität ist ein vollständiger oder teilweiser Verlust der Fähigkeit oder Möglichkeit selbstständiger Versorgung, Bewegung, Orientierung, Kommunikation, Kontrolle des Verhaltens, der Wahrnehmung von Bildungsangeboten sowie der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit.“<sup>38</sup>*

Ähnlich dieser Definition wird ein Mensch mit Behinderung in Kasachstan in dem zuletzt im Dezember 2015 ergänzten Gesetz *Über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Kasachstan* [*O socialnoj zaščite invalidov v Respublike Kazachstan*] als eine Person definiert, „die eine Schädigung der Gesundheit mit dauerhafter Störung der Funktionen des Organismus aufweist, die – bedingt durch Erkrankungen, Körperverletzungen (Verletzungen, Traumata, Quetschungen), deren Folgen sowie Defekte – zu einer Begrenzung der Lebenstätigkeit [*žiznedejatel'nost'*] und der Notwendigkeit ihres sozialen Schutzes führt“<sup>39</sup>.

Beide Definitionen lassen die Verwurzelung der Perspektive auf Menschen mit Behinderung in dem von der Sowjetunion übernommenen medizinischen Modell deutlich erkennen und betonen in ihrer Ausrichtung in erster Linie die Bedeutsamkeit von Schutz und Hilfe. Zugleich wird eine direkte Verbindung zwischen einer vorliegenden biologisch definierten Störung und deren Auswirkung auf Tätigkeits- und Handlungsoptionen von Menschen mit Behinderung hergestellt, ohne soziale Fragestellungen miteinzubeziehen.

#### 4.2.2 Epidemiologie

Die Datenlage zu Menschen mit Behinderung ist in Kasachstan und Usbekistan – wie bereits in der Einleitung thematisiert – äußerst widersprüchlich. Zwar existieren im Gegensatz zur Sowjetunion eine Reihe von Statistiken, diese aber unterscheiden sich zum Teil dramatisch.

---

<sup>38</sup> Лицо, которое в связи с ограничением жизнедеятельности вследствие наличия физических, умственных, психических или сенсорных (чувственных) нарушений [...] и нуждается в социальной помощи и защите. Ограничение жизнедеятельности лица — полная или частичная утрата лицом способности или возможности осуществлять самообслуживание, передвижение, ориентацию, общение, контроль за своим поведением, а также заниматься обучением и трудовой деятельностью.

<sup>39</sup> Инвалид - лицо, имеющее нарушение здоровья со стойким расстройством функций организма, обусловленное заболеваниями, увечьями (ранениями, травмами, контузиями), их последствиями, дефектами, которое приводит к ограничению жизнедеятельности и необходимости его социальной защиты.

Offiziellen Zahlen der usbekischen Regierung zufolge waren 2013 2,3% der Bevölkerung oder 800.000 Menschen aller Altersgruppen in Usbekistan von einer Behinderung betroffen (UNICEF 2013:35). SCOTT und METE (2008:38) berichten dagegen bereits im Jahre 2003 von 817.000 offiziell registrierten Menschen mit Behinderung – angesichts der steigenden Bevölkerungszahl entsprach dies einem Anteil von 3,2%.

Ein Anstieg der Inzidenz von Behinderung ließ sich dabei nach METE, BRAITHWAITE & SCHNEIDER (2008:5) in den 90er Jahren in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion beobachten, was insbesondere durch die rapide Verschlechterung der Gesundheitsindikatoren und des Gesundheitswesens verursacht wurde, aber auch wirtschaftliche Gründe hatte. Dieser Trend scheint sich aber für Usbekistan umgekehrt zu haben, wie anhand der aktuellen Daten deutlich wird, denn die Inzidenz von Behinderung begann bereits seit 1999 trotz steigender Bevölkerungszahl kontinuierlich zu sinken.

**Tabelle 4-4:** Anzahl der Neuregistrierungen offiziell anerkannter Behinderung aller Altersgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 1996-2002 (ZAGIRTDINOVA 2005:214)

	1996	1997	1998	1999	2001	2002
Neuregistrierungen	82.600	80.900	81.700	80.400	63.095	59.101
Gesamtbevölkerung	23.348.600	23.772.300	24.135.500	24.487.700	25.000.000	25.500.00

In Kasachstan dagegen scheint sich die Tendenz einer zunehmenden Prävalenz von Behinderung fortzusetzen. Denn während noch 2006 405.000 Menschen mit Behinderung offiziell registriert wurden (SEITENOVA & BECKER 2008:37), erhöhte sich ihre Zahl bis 2015 auf 626.000 (OFFIZIELLE SEITE DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KASACHSTAN 2016). Folglich stieg auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,7 auf knapp 3,7%.

Internationalen Schätzungen der OECD zufolge sind ca. 14% der Bevölkerung von einer Behinderung in Industrienationen betroffen. Zwar spricht dafür auch der vergleichsweise hohe Anteil älterer Bevölkerungsgruppen (vgl. METE, BRAITHWAITE & SCHNEIDER 2008:5), allerdings erscheint auch mit Blick auf Entwicklungsländer eine Prävalenz von Behinderung

von ca. zehn Prozent wirklichkeitsnah<sup>40</sup>. In einer Studie untersuchten SCOTT & METE (2008) deshalb die Häufigkeit von Behinderung in drei Regionen Usbekistans anhand des Fragenkatalogs der *Washington Gruppe zur Statistik von Behinderung* (2010) (vgl. MADANS 2014). In Anlehnung an die Definition von Behinderung der *ICF – der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit* – (WHO 2004) stand hierbei nicht die Frage nach einer Behinderung, sondern einer Funktionseinschränkung im Vordergrund. Die Fragen bezogen sich folglich auf die sechs Bereiche Sehen, Hören, Bewegung, Lernen, Kommunikation und Selbstständigkeit und eruierten, inwieweit eine Funktionseinschränkung auf diesen Gebieten vorliegt.

Dabei zeigte sich, dass knapp zwölf Prozent (befragt wurden Menschen über sieben Jahre) der Bevölkerung schwerwiegende [severe] Probleme oder eine vollständige Einschränkung (z.B. Blindheit oder Gehörlosigkeit) in mindestens einem der abgefragten Bereiche angaben. Diese Diskrepanz zu den nationalen Daten wird umso deutlicher, je älter die Befragten werden: Während die Prävalenz von Behinderung bei Menschen über 66 Jahren in Usbekistan offiziell ca. zehn Prozent beträgt, liegen nach der Studie von SCOTT und METE bei über 65% dieser Altersgruppe mindestens eine vollständige Funktionseinschränkung oder schwerwiegende Probleme vor. Dieser Anteil beläuft sich bei den sieben bis 16-Jährigen auf fünf Prozent (SCOTT & METE 2008:56).

Von den etwa 800.000 Menschen mit Behinderung in Usbekistan handelt es sich nach den aktuellsten Zahlen bei ca. 81.000 bzw. 0,8% um Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (UNICEF 2012a:3<sup>41</sup>). Geht man aber von den genannten fünf Prozent der sieben bis 16-Jährigen aus, die eine schwerwiegende oder vollständige Funktionseinschränkung aufweisen, würde sich für 2012 alleine für diese Altersgruppe eine Zahl von ca. 223.000 ergeben (SCOTT & METE 2008:56; vgl. USBEKISCHES VOLKSBIIDUNGSMINISTERIUM 2016). Auch UNICEF (2013:24) kommt

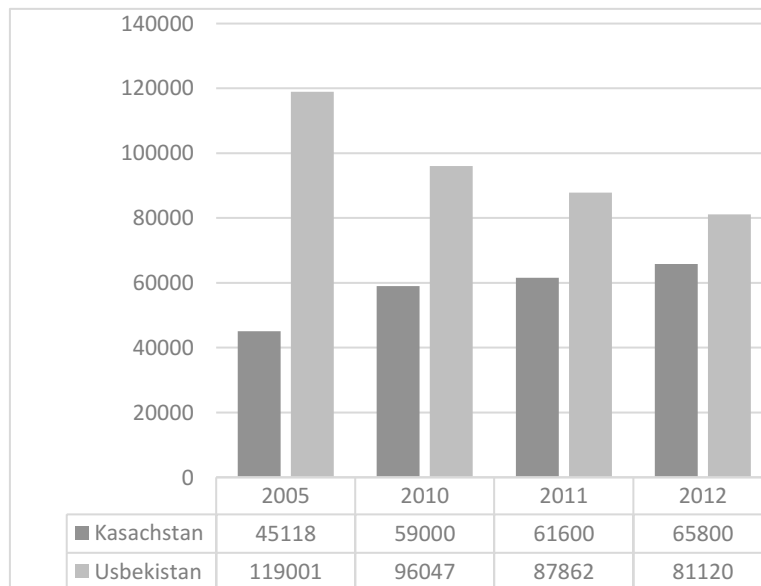
---

<sup>40</sup> MONT (2007:5) argumentiert, dass die häufig anzutreffenden Unterschiede von Industrienationen und Entwicklungsländern in der Prävalenz von Behinderung eher auf andere Erhebungsmethoden und nicht objektiv beobachtbare Faktoren zurückzuführen sind. So sind im globalen Durchschnitt laut WHO (2011:8) zwischen 15,6 und 19,4 Prozent aller Menschen von einer Behinderung betroffen; 2,2 bis 3,8 Prozent von einer sehr schwerwiegenden Beeinträchtigung. Allerdings gibt es auch Einschätzungen, die von einem vier bis zehn prozentigen Anteil von Menschen mit Behinderung ausgehen (METTS 2000:65f).

<sup>41</sup> Verschiedene Quellen geben stark abweichende Daten hinsichtlich der Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung an (97.000 nach UNDP 2012:1; 150.000 laut UNICEF 2009:37).

in einer Studie zu dem Ergebnis, dass in ca. 5,5% aller Haushalte Kinder mit Behinderung oder chronischen Krankheiten leben, aber nur 3,4% offiziell registriert sind.

Entgegen der Entwicklung in Usbekistan zeigt sich bei der Anzahl von Kindern mit Behinderung in Kasachstan eine gegenläufige Tendenz – ihre Prävalenz hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Waren 2005 noch ca. 45.000 Kinder mit Behinderung registriert, stieg ihre Anzahl bis 2012 auf 65.000 (vgl. Abbildung 4-3).



**Abbildung 4-3:** Anzahl der registrierten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung bis 18 Jahre in Usbekistan und Kasachstan im Vergleich (nach UNICEF 2012a:3 und UNICEF 2012b:4)

Nach offiziellen Angaben ist die Anzahl von 65.000 Kindern mit Behinderung in den letzten Jahren in Kasachstan unverändert geblieben (OFFIZIELLE SEITE DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KASACHSTAN 2016). Anderen Quellen zufolge waren bereits 2012 über 150.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung registriert (KARGAŽANOVA 2015:58, vgl. a. OECD 2009:88). Diesen höchst unterschiedlichen Daten liegt vermutlich eine variierende statistische Zählweise zugrunde: Während das Arbeits- und Sozialschutzministerium sich auf die Kinder und Jugendlichen konzentriert, die eine Berechtigung für offizielle staatliche finanzielle Unterstützung aufweisen, gibt das Bildungsministerium ausschließlich Zahlen für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen an (UNICEF 2012b:4)<sup>42</sup>.

<sup>42</sup> Das KASACHSTANISCHE BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM (2013:20) unterscheidet zudem zwischen 65.844 Kindern mit Behinderung [dety-invalidov] sowie insgesamt 148.652 Kindern mit begrenzten

Aufgrund der unterschiedlichen Datenlage variiert auch der prozentuale Anteil von Kindern mit Behinderung in Kasachstan zwischen 1,33 und 3,1%. Grundsätzlich ist aber der Trend zu einem Anstieg der Zahlen evident (TOMINI et al. 2014:21; OECD 2009:88). Ursächlich dafür könnten zum einen die bessere Identifikation vulnerabler Personengruppen (UNICEF 2012b:4), zum anderen stärkere finanzielle Anreize (s. Kapitel 4.2.5) sein. Weitere Ursachen für diese höchst unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Ländern werden in Kapitel 8 als Teil der empirischen Forschungsergebnisse diskutiert.

### 4.2.3 Bildungssystem

Hinsichtlich der Struktur des Bildungssystems existiert in Usbekistan und Kasachstan bisher noch weitestgehend das von der Sowjetunion übernommene Modell eines mehrgliedrigen sonderpädagogischen Schulsystems, das für unterschiedliche Formen von Behinderung spezialisierte Bildungseinrichtungen vorsieht (UNICEF 2013:33). Diese umfassende Differenzierung und Kategorisierung in der Förderung von Kindern mit Behinderung zeigt sich deutlich in den alleine 13 verschiedenen behinderungsspezifischen Gruppen, die in usbekischen Sondervorschuleinrichtungen ausgewiesen werden können – von gehörlosen Kindern bis hin zu Kindern mit einer Tuberkuloseinfektion (vgl. BESCHLUSS DES MINISTERKABINETTS DER REPUBLIK USBEKISTAN 2017).

Mit Blick auf die Besuchsquote von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im Vorschulbereich lässt sich zwar in beiden Ländern eine Zunahme diagnostizieren (UNICEF 2012a:8; UNICEF 2012b:12; TOMINI et al. 2014:39). Allerdings zeigen die Daten für Kasachstan auch, dass immer noch rund zwei Drittel aller Kinder mit Behinderung im Alter zwischen drei und sechs Jahren keine Vorschuleinrichtung besuchen. Dies erhält im schulischen Bereich durch die Schätzung der OECD (2009:91) Unterstützung, wonach zwischen 4.723 und 55.000 Kinder mit komplexerer Behinderung überhaupt keine Bildungseinrichtung besuchen. Auch TOMINI et al. (2014:38) kommen auf Basis der Daten des Sozialschutz- und Arbeitsministeriums zu dem Schluss, dass 46 Prozent der 7-18-Jährigen in Kasachstan in keiner Bildungseinrichtung registriert sind. In Usbekistan dürfte

---

Möglichkeiten in der Entwicklung [dety s ograničennymi vozmožnostjami v razvitii], führt aber nicht aus, worin genau der Unterschied zwischen beiden Gruppen besteht.

sich ein ähnliches Bild zeigen, was aber infolge fehlender bzw. variierender statistischer Werte nicht abschließend zu klären ist.

Innerhalb der Sonderschulen dominieren Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche mit vollständiger Sehbehinderung (und Sehbeeinträchtigung), Gehörlosigkeit (und Schwerhörigkeit), geistiger Behinderung (und Lernbehinderung<sup>43</sup>) körperlicher Behinderung sowie stärkerer Sprachbehinderung lernen (SHOUMAROV et al. 2009:5). Bei dem überwiegenden Teil dieser Einrichtungen handelt es sich um Sonderschulinternate (UNICEF 2012a).

**Tabelle 4-5:** Arten und Anzahl von Sonderschulen und Sonderschulinternaten 2013 in Kasachstan (KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM 2014:97) und Usbekistan (USBKISCHES VOLKSBIIDUNGSMINISTERIUM 2016) im Vergleich

Schulart	Anzahl der Schulen 2013/14	
	in Usbekistan	in Kasachstan
Gesamtbevölkerung	31.500.00	16.500.00
Kinder und Jugendliche mit Behinderung bis 18 Jahre	81.120 – 150.000	65.000 – 138.513
Sehbehinderung	13	10
Hörschädigung	18	19
Sprachbehinderung	1	9
geistige Behinderung	52	47
Lernbehinderung ( <i>Verzögerung der psychischen Entwicklung</i> )	/	14
körperliche Behinderung	1	3
Verhaltensauffälligkeiten	3	k.A.
<b>Gesamt:</b>	<b>88</b>	<b>102</b>

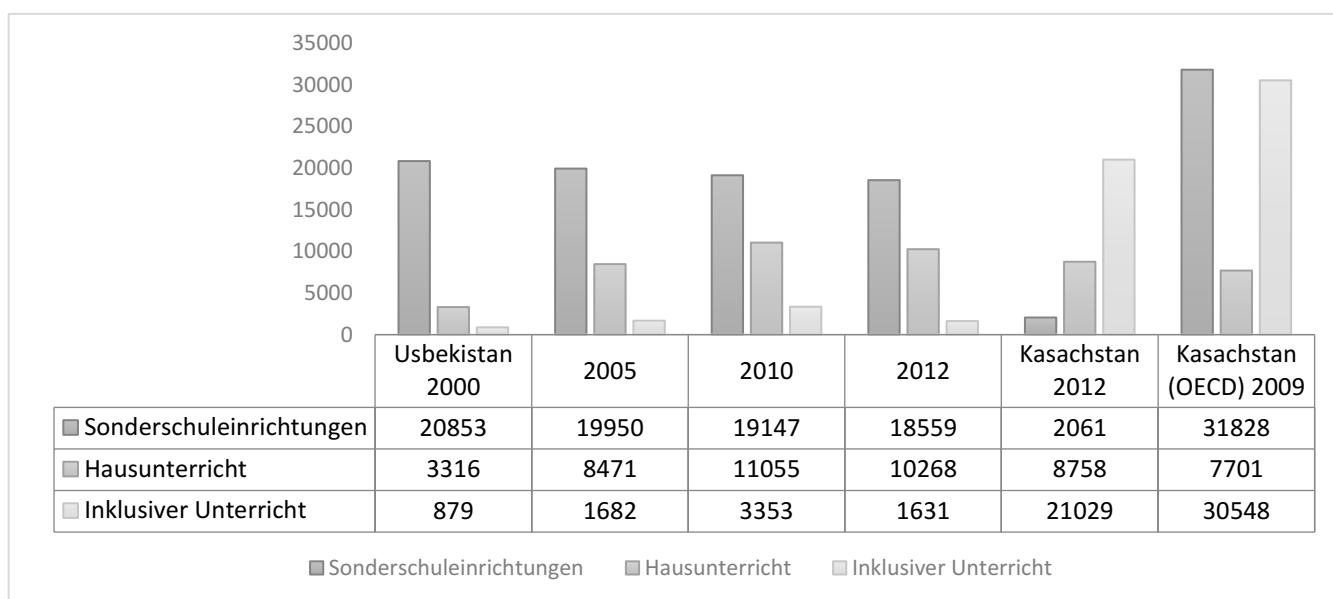
Obwohl Kasachstan nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Usbekistans aufweist, lassen sich kaum nennenswerte quantitative Unterschiede in den Sonderschuleinrichtungen finden. Auffällig ist zudem, dass – zumindest im Vergleich zu Deutschland (vgl. KLEMM 2013:12) –

<sup>43</sup> Zwar existiert der Begriff *Lernbehinderung* [*zaderžka psichičeskogo razvitija*] auch in Usbekistan und wird in Gesetzestexten und Publikationen verwendet; allerdings waren keinerlei Informationen über spezifische Sonderschuleinrichtungen oder -internate für diese Gruppe auszumachen. Anzunehmen ist, dass sie in Usbekistan hauptsächlich in allgemeinbildenden Schulen oder speziellen Gruppen in Schulen für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung untergebracht sind (vgl. INTERVIEW III:4-7).

überhaupt keine bzw. eine nur geringe Anzahl Schulen für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten existieren.

Hinsichtlich quantitativer Verschiebungen je nach Schulart ist nach UNICEF (2012a:8) in den Jahren 2000 bis 2012 ein starker Anstieg von Kindern mit Behinderung in Usbekistan zu verzeichnen, die zu Hause unterrichtet werden (3.316 – 10.268). Ebenfalls deutlich hat sich demnach die Anzahl der Kinder mit Behinderung in Regelschulen erhöht (879 – 1631), während weniger Schüler und Schülerinnen mit Behinderung in Sonderschuleinrichtungen lernen (20.853 – 18.559). Trotzdem nehmen die Sonderschulinternate weiterhin den wichtigsten Stellenwert in der Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ein. Noch auffälliger sind der geringe Anteil von Kindern mit Behinderung in Sonderschulinternaten und der entsprechend hohe Teil von inklusiv beschulten Kindern nach Daten von UNICEF (2012b:12) im Falle Kasachstans. Die OECD (2009:91) hingegen gibt völlig konträr dazu stehende statistische Daten wider (s. Abbildung 4-4). In jedem Fall unterliegt der auch von TOMINI et al. (2014:41) genannte hohe Anteil von Kindern mit Behinderung in inklusiven Settings (30-40%) zwei zentralen Einschränkungen: Zum einen werden dabei nicht eingeschulte Kinder und Jugendliche mit komplexerer Behinderung (4.723 – 55.000) nicht eingerechnet, zum anderen erhalten nur zwischen zwölf (OECD 2009:91) und 42% (TOMINI et al. 2014:41) dieser Kinder Unterstützung bei dem Besuch einer Regeleinrichtung – was vor allem in ländlichen Regionen mangels Alternativen vorkommen dürfte (OECD 2009:74). Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass die auf den ersten Blick hohe Anzahl von Kindern mit Behinderung in der Inklusion schlicht die Folge einer „Umetikettierung“ dieser Kinder ist. Ähnlich der Situation in Usbekistan werden in Kasachstan außerdem etwa 13% aller Kinder und Jugendlichen mit Behinderung zu Hause unterrichtet.





**Abbildung 4-4:** Entwicklung des Anteils von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung nach Förderort 2000-2012 in Usbekistan (UNICEF 2012a:8) und 2012 bzw. 2009 in Kasachstan (UNICEF 2012b:12; OECD 2009:91)

Abgesehen von den allgemeinbildenden Schulen existieren in Usbekistan spezielle berufsbildende Einrichtungen für Jugendliche mit Behinderung. Diese Sonderschulcolleges [*special'nye professional'nye kolledži*] zeichnen sich für die Berufsbildung von Menschen mit Behinderung verantwortlich und sind auf die Bereiche der Textilindustrie, Wartung und Reparatur von Radio und Fernsehern, Schumacher, Handwerk und Strickwaren spezialisiert. Darüber hinaus gibt es Kurse im Bereich Buchführung mit IT-Fortbildungen (UNDP 2012:12). In Kasachstan hat sich zwar die Anzahl der Jugendlichen mit Behinderung, die eine berufsbildende (Regel-)Schule besuchen, von ca. 500 im Jahre 2002 auf 2061 im Jahre 2012 erhöht (TOMINI et al. 2014:43), allerdings existieren keine spezialisierten berufsbildenden Einrichtungen in Kasachstan (OECD 2009:76). Berufsvorbereitender Unterricht wird dabei häufig von Sonderschulen für Jugendliche ab 12 Jahren angeboten; jedoch beschränken sich die beruflichen Perspektiven auch hier u.a. auf Schuhmacher, Landwirt, Friseur oder Schneider. Abgesehen davon existieren Stipendien für Studierende mit Behinderung an kasachstanischen Hochschulen.

Die Sonderschulcolleges in Usbekistan stellen bisher nahezu die einzige Möglichkeit für Jugendliche mit Behinderung dar, eine Berufsausbildung zu absolvieren, was vor allem der mangelnden Zugänglichkeit allgemeiner weiterbildender Schulformen geschuldet ist. Weder gibt es beispielsweise Gebärdensprachdolmetscher, noch sind die Einrichtungen

barrierefrei gestaltet (UNICEF 2013:51). Wenn Menschen mit Behinderung studieren, wird dies mehr durch informelle Hilfen – wie Kollegen, Freunde, Absprachen mit Lehrkräften – als durch formelle Unterstützung gewährleistet. Ein Studium bleibt damit in hohem Maße von dem individuellen Hilfesystem und den Voraussetzungen des Einzelnen abhängig. Allerdings kann eine höhere staatliche Unterstützung während des Studiums gezahlt werden (vgl. INTERVIEW II:115).

Neben dem schulischen Bildungssystem existieren in Usbekistan sechs Internate in der Form von Pflegeeinrichtungen für insgesamt 1.403 Kinder und Jugendliche von vier bis 18 Jahren mit schwererer geistiger Behinderung – sogenannte *Muruvvat* Heime (UNICEF 2012a:4). Darüber hinaus leben ca. 2.900 Kinder mit und ohne Behinderung ohne gesetzlichen Vormund in 23 Kinderheimen (*Mehribonlik*). In Kasachstan stehen neben dem schulischen Bildungssystem 20 sogenannte *Rehabilitationszentren* (Tagesfördereinrichtungen) zur Verfügung, in denen ca. 2.400 Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein individuelles Rehabilitationsprogramm erhalten. Kinder und Jugendliche mit schwerer geistiger und/oder körperlicher Behinderung werden (ohne schulischen Bildungsanspruch) in sogenannten *medizinisch-sozialen Einrichtungen* untergebracht, von denen je nach Quellenlage zwischen 21 und 27 Einrichtungen mit insgesamt knapp 3000 Kindern und Jugendlichen mit Behinderung existieren. Ergänzt wird das Förder- und Betreuungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Kasachstan darüber hinaus durch *psychologisch-medizinisch-pädagogische Beratungsstellen*, 129 *psychologisch-pädagogische Korrekturräume*, 558 *Logopädische Zimmer* (u.a. an Schulen) und 165 *Einrichtungen zur Pflege von Kindern mit Behinderung zu Hause* (TOMINI et al. 2014:36).

**Tabelle 4-6:** Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan nach Alter sowie quantitativer Vergleich nach Bildungseinrichtung basierend auf TOMINI et al. (2014:43) und UNICEF (2012a:8)

Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung	Vorschulische Bildung 0-7	Schulische Bildung 7-16	Nachschulische Bildung 16-18	Hochschul- bildung
	Sondervorschuleinrichtungen (Usbekistan: 11.095) (Kasachstan: 8.613)	Sonderschulen & Sonderschulinternate (Usbekistan: 18.559) (Kasachstan: 2.061/31.828)	Sonderschulcolleges (Usbekistan: 2.500) Sonderschulen	Allgemeine Hochschulen
	oder			
	Regelkindergärten (Kasachstan: 13.030)	Regelschulen (Usbekistan: 1.631) (Kasachstan: 21.029)	Regelschule, Lyzeum oder College	
	oder			
	Unterricht zu Hause	Unterricht zu Hause (Usbekistan: 10.268) Kasachstan: 8.758)	-	
Usbekistan: <i>Muruvvat</i> (1.403) und <i>Mehribonlik</i> (2.900) Heime Kasachstan: <i>Rehabilitationszentren</i> (2.386) und <i>medizinisch-soziale Einrichtungen</i> (2.901)				

#### 4.2.4 Diagnostik von Behinderung

##### (a) Kinder und Jugendliche mit Behinderung bis 16 Jahre

Der Ergänzung des Gesetzes *Über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Usbekistan* [*O socialnoj zaščiščënnosti invalidov v Respublike Uzbekistan*] aus dem Jahre 2008 zufolge wird eine Behinderung bei Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahre durch eine *medizinisch-beratende Kommission* [*vračebno-konsul'tativnaja komissija*], die an die Polikliniken angegliedert ist, festgestellt. Die Kommission setzt sich aus verschiedenen medizinischen Experten wie Kinder- und Jugendmedizinern, Therapeuten und Psychiatern zusammen (vgl. UNICEF 2012a:2f). Der damit verbundene Erhalt eines medizinischen Zertifikats ist gleichbedeutend mit der Berechtigung zur Inanspruchnahme staatlicher Leistungen – jedoch beträgt dessen Gültigkeit häufig nur ein oder zwei Jahre. Abgesehen von der Diagnostik der *medizinisch-beratenden Kommission* wird der Gesundheitszustand von Kindern mit Behinderung zweijährlich in einer Klinik untersucht

(UNICEF 2012a:2f). Für Kinder zwischen fünf und 18 Jahren ist für die Überweisung zwischen verschiedenen Sondereinrichtungen und von einer Sonder- zu einer Regeleinrichtung die sogenannte *Psychologisch-Medizinisch-Pädagogische Kommission* (PMPK) [*psichologo-mediko-pedagogičeskaja komissija*] zuständig (INTERVIEW III:42-44).

Entscheidend aber für die Schullaufbahn von Kindern mit Behinderung ist die sogenannte *Medizinisch-Psychologisch-Pädagogische Kommission* (MPPK) [*mediko-psichologo-pedagogičeskaja komissija*]. Diese Kommission ist für Kinder mit Behinderung im Alter von zwei bis sieben verantwortlich und überweist sie an Sondervorschuleinrichtungen im Bereich Sprachentwicklungsstörung, Hör- oder Sehschädigung und körperlicher sowie geistiger Behinderung. Darüber hinaus ist sie verpflichtet, die vorher gestellte Diagnose der Ärzte zu überprüfen. Vor der Einschulung findet ebenfalls eine Untersuchung der Kinder durch die MPPK statt, die dann die Grundlage für die Überweisung an die Sonderschule darstellt (HUMAN DYNAMICS o.J.). Die Arbeit der MPPK wurde von den interviewten Experten aufgrund ihrer Defizitorientierung und mangelnden Differenzierung äußerst kritisch beurteilt (vgl. INTERVIEW I:32-36; III:47-49; VI:20-22) und wird deshalb als zentraler Teil des segregierenden Bildungswesens unter Kapitel 8.1.3 genauer analysiert.

Die kasachstanische Regierung hat im Bereich der Früherkennung von Behinderung im Jahre 2008 durch das Gesetz *Über die Einführung der Methode des integrierten Managements von Krankheiten im Kindesalter und der Entwicklung im frühen Kindesalter in der Republik Kasachstan* eine neue Regelung beschlossen, im Rahmen derer Behinderungen bei Kindern unter fünf Jahren in Ersteinrichtungen des Gesundheitswesens diagnostiziert werden sollen. Um darüber hinaus Risikogruppen zu identifizieren, werden in Geburtshäusern- und kliniken sowie anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens standardisierte Screenings durchgeführt. Ein Beispiel dafür ist das 2003 eingeführte Screening der physio-psychischen Entwicklung von Kindern. Die dadurch identifizierte Risikogruppe wird dann an ebenfalls an eine sogenannte PMPK [*psichologo-mediko-pedagogičeskaja komissija*] überwiesen (vgl. UNICEF 2012b:3).

Die PMPK wiederum überprüft die vorher gestellte Diagnose und entscheidet über die weiteren Maßnahmen der Behandlung, Bildung und Erziehung des Kindes – dazu gehört u.a. die Ausarbeitung einer Empfehlung zur psychologischen, medizinischen, pädagogischen und sozialen Hilfe und die Bestimmung einer passenden Schulform. Die PMPK setzt sich aus Psychologen, Logopäden, Behindertenpädagogen und Sozialarbeitern

zusammen (KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM 2004). Ähnlich der Situation in Usbekistan berichten auch MARKOVA und SULTANALIEVA (2013) in Kasachstan von einem defizitorientierten und medizinischen Ansatz der PMPK zumindest auf lokaler und städtischer Ebene.

#### (b) Erwachsene Menschen mit Behinderung

Ebenfalls ein Relikt der sowjetischen Behindertenpolitik stellt in Usbekistan die diagnostische Erfassung von erwachsenen Menschen mit Behinderung in drei Gruppen je nach ihrer Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit dar. Zu der ersten Gruppe gehören Menschen, die nicht erwerbstätig sein können und ständige Pflege benötigen. Gruppe II wird in den von ihnen vorher ausgeübten Berufen als nicht erwerbsfähig definiert, ist aber nicht auf ständige Hilfe angewiesen. Menschen mit Behinderung der Gruppe III mit einem Behinderungsgrad von 50% oder weniger sind dem Gesetz zufolge in der Lage, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen (UNICEF 2013:24).

Erstellt wird diese Diagnostik für alle Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung ab 16 Jahren von der sogenannten *Medizinisch-Arbeitstechnischen Expertenkommission* [*vračebno-trudovaja ékspertnaja komissija* - VTEK], die neben der Einschätzung zu Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit auch verantwortlich dafür ist, ein individuelles Rehabilitationsprogramm (IPR) zu entwickeln. Dieses Programm enthält sowohl Empfehlungen für passende berufliche Tätigkeiten der betreffenden Person als auch rehabilitative Maßnahmen. Die Entscheidung der VTEK ist bindend für das Management von Unternehmen, Institutionen, Organisationen und öffentlichen Gesellschaften (UNICEF 2013:50). Je nach Behinderung kann der Behinderungsstatus nach sechs Monaten, einem oder mehreren Jahren erneut überprüft werden (UNICEF 2012a:3).

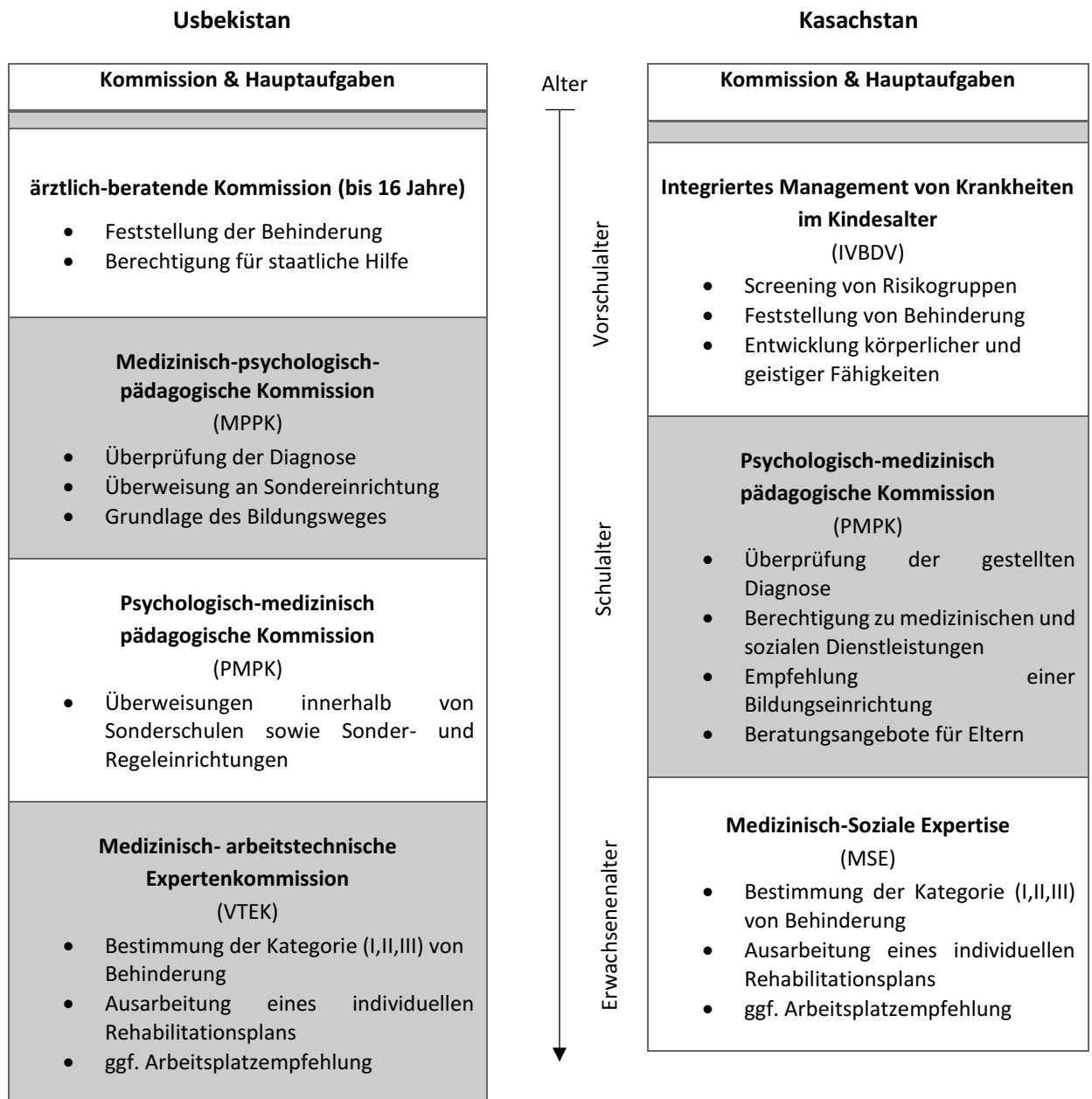
Auch die VTEKs setzten sich fast ausschließlich aus medizinischen Experten zusammen. Darüber hinaus kritisiert UNICEF (2012a:3), dass „*in reality, these commissions usually lack substantiated standards for assessment, standardized assessment methods that could be used during medical examination, and criteria for assessing the individual condition*“. Die Nachteile, die sich für die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt daraus ergeben, werden in Kapitel 8.1.4 eingehend untersucht.

Zwar existiert eine ähnliche Einteilung von Behinderung durch die mit der VTEK vergleichbaren *Medizinisch-Sozialen Expertise* [*Mediko-social'naja ékspertiza* - MSE] auch in Kasachstan (KASACHSTANISCHES JUSTIZMINISTERIUM 2005), die Zuschreibung einer der drei Kategorien basiert dabei allerdings auf über den Verlust der Erwerbsfähigkeit hinausgehenden Faktoren (SEITENOVA & BECKER 2008:6ff). So orientierte sich Kasachstan bereits 1992 als erstes der GUS-Staaten bei der Bestimmung der Behinderungskategorie auch an der Einschränkung alltäglicher Tätigkeiten (*Activity of Daily Living* – ADL) der WHO<sup>44</sup>, was gleichermaßen den Kriterien der *Washington Group* zur Messung von Behinderung entspricht. Zur Erstellung der entsprechenden Behinderungskategorie werden neben den Einschränkungen des täglichen Lebens auch der gesundheitliche Zustand sowie das notwendige Maß an alltäglicher Hilfe berücksichtigt.

Die Stellungnahme der MSE nach Abschluss der Diagnostik muss dabei folgende Punkte enthalten: Eine klinische und funktionale Analyse, Evaluation des sozialen Status und des Arbeitsmarktstatus, Kategorie und Maß der Einschränkung der Tätigkeiten des alltäglichen Lebens, eine Rehabilitationsprognose, die Ursache der Behinderung sowie der Termin zur Neuuntersuchung und abschließend der Bedarf des Einzelnen an sozialer Unterstützung sowie medizinischer und sozialer Rehabilitation (vgl. Abbildung 4-5).

---

<sup>44</sup> SEITENOVA & BECKER (2008:10) argumentieren, dass sich die Modernisierung der Definition von Behinderung an noch in Forschungseinrichtungen der Belarussischen SSR entwickelten methodischen Standards orientiert.



**Abbildung 4-5:** Zusammenfassende Darstellung der Diagnostik von Menschen mit Behinderung

## 4.2.5 Staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderung

### (a) Kinder und Jugendliche mit Behinderung bis 16 Jahre

Bei Vorliegen eines medizinischen Zertifikats – ausgestellt durch die *medizinisch-beratende Kommission* – zahlt der usbekische Staat eine finanzielle Unterstützung für Kinder mit Behinderung unter 16 Jahren in Höhe von zwei Mindestlöhnen, was – Stand Ende 2014 – in etwa 236.800 Sum, nach staatlichem Wechselkurs<sup>45</sup> also ca. 95\$ entspricht. Jedoch wird bei der Unterbringung von Kindern mit Behinderung in staatlichen Internaten der Zuschuss nicht ausgezahlt. Gesetzlich zugesichert wird allen Personen mit Behinderung eine kostenlose Versorgung mit notwendigen Medikamenten und Hilfsmitteln (u.a. Rollstühle und Prothesen) sowie eine medizinische Behandlung und Unterstützung in der Mobilität. Darüber hinaus existieren steuerliche Vergünstigungen für Eltern von Kindern mit Behinderung (UNICEF 2012a:5).

In Kasachstan ist die Unterstützung von Kindern mit Behinderung ebenfalls an das staatlich definierte Existenzminimum bzw. den Mindestlohn gekoppelt. Da Kinder unter 16 Jahren genau wie in Usbekistan keiner Behinderungsgruppe zugeordnet sind, ist ihre staatliche Unterstützung auf einen Anteil von 105% des Mindestlohnes beschränkt. 2014 betrug das Existenzminimum 19.966 Tenge, woraus sich eine finanzielle Leistung von ca. 20.000 Tenge (ca. 120\$) ergibt. Neben zusätzlichen steuerlichen Entlastungen und Vergünstigungen erhalten Familien, die ein Kind mit Behinderung zu Hause erziehen, eine weitere finanzielle Unterstützung für dessen Betreuung in der Höhe eines Mindestlohnes (UNICEF 2012b:9; TOMINI et al. 2014:34).

### (b) Erwachsene Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung ab 16 Jahren erhalten in Usbekistan und Kasachstan noch auf Grundlage des in der Sowjetunion eingeführten Systems je nach Kategorie – d.h. Schweregrad der Behinderung – eine unterschiedlich hohe finanzielle Unterstützung des Staates [*posobie po invalidnosti*], die sich nach einem bestimmten Prozentsatz der

---

<sup>45</sup> Allerdings erhält man Euro oder Dollar nur über einen Schwarzmarktkurs, der gegenüber dem staatlichen Wechselkurs um ca. 30-40 Prozent teurer ist.



Mindestrente richtet. Die weitaus größte Gruppe in Usbekistan bilden Menschen mit Behinderung der Kategorie II (71%). Ihnen wird monatlich eine staatliche Unterstützung von 50 Prozent der Mindestrente zugesichert (UNICEF 2013:24). Stand Anfang 2015 bedeutete dies nach staatlichem Wechselkurs ca. 47\$. Für Menschen mit einer Behinderung der Kategorie I und II von Kindheit an werden 100 Prozent der Mindestrente (231.575 Sum – ca. 94\$) ausgezahlt. Neu ist darüber hinaus das Dekret der usbekischen Regierung, wonach alleinstehende alte Menschen und Menschen mit Behinderung mit kostenlosen Lebensmitteln und Hygieneartikeln versorgt werden sollen (ZENTRALASIEN-ANALYSEN 2015:21), allerdings dürfte der bezugsberechtigte Personenkreis gering sein.

Für die Inanspruchnahme einer *Rente* aufgrund von Behinderung [*pensija po invalidnosti*] verlangt der Gesetzgeber (dies gilt nicht für Behinderungen von Kindheit an) je nach Alter des Betroffenen eine steigende Zahl von minimalen Beitragsjahren, außer bei Behinderungen, die aus einem Arbeitsunfall resultieren (vgl. *Usbekisches Gesetz Über die staatliche gesetzliche Rentenversorgung der Bürger 1993*). Der finanzielle Anspruch wird in einer Kombination aus der jeweiligen Behinderungskategorie und der Anzahl der Beitragsjahre und vorherigem Einkommen bemessen (UNICEF 2013:28). Wenn bei Eintritt einer Behinderung keine Beitragsjahre vorliegen und die Behinderung keine Folge eines Arbeitsunfalls ist, beträgt die staatliche Unterstützung 142.100 Sum (AZIZOV 2014).

Ein wichtiger Einschnitt im Sozialsystem für Menschen mit Behinderung wurde in der usbekischen Gesetzgebung im Jahre 2010 vollzogen, indem staatliche finanzielle Leistungen für Menschen der Behinderungsgruppe III gestrichen wurden (BENUA 2011). Darüber hinaus ist es möglich, dass finanzielle Ansprüche bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht mehr geltend gemacht werden können, weil die Behinderungskategorie durch die zuständige Kommission bei der anstehenden Untersuchung verringert wird – auch wenn keine gesetzlichen Vorgaben dazu existieren (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:12). Die Folgen dieser Praxis für die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt sollen in Kapitel 8.1.4, finanzielle Aspekte in Kapitel 8.1.1 genauer beleuchtet werden.

In Kasachstan sind die finanziellen Leistungen des Staates für Menschen mit Behinderung ähnlich ausdifferenziert wie in Usbekistan. Abgesehen von einigen steuerlichen Vorteilen orientieren sie sich in erster Linie an der Behinderungskategorie. In dem Gesetz *Über staatliche soziale Leistungen bei Behinderung, bei Verlust des Hauptverdienenden und nach*

*Alter* [O gosudarstvennyh social'nyh posobijach po invalidnosti, po slučaju poteri kormil'za i po vozrastu v Respublike Kazachstan] wird die Höhe dieser Unterstützung in Artikel 12 folgendermaßen festgelegt: Menschen mit Behinderung der Kategorie I erhalten 142% des staatlichen Existenzminimums [prožitočnyj minimum]; Menschen der Behinderungskategorie II 111% (bei Behinderung von Kindheit an 116%) bzw. 78% (91% bei Behinderung von Kindheit an) in der Kategorie III. Für das Jahr 2015 ergibt sich damit eine finanzielle Leistung von 16.663 Tenge (ca.90\$) bis 30.663 Tenge (ca. 165\$).

Die Höhe staatlicher Leistungen für Menschen mit Behinderung wurde dabei vor allem 2007/08 deutlich angehoben und bleibt seitdem relativ stabil. Insgesamt ist die finanzielle Unterstützung in Kasachstan im regionalen Vergleich entsprechend der Wirtschaftskraft am höchsten (TOMINI et al. 2014:34).

**Tabelle 4-7:** Behinderungsgruppe, prozentualer Anteil der Mindestrente und entsprechende finanzielle Unterstützung für Menschen mit Behinderung ab 16 Jahren

Behinderungs- gruppe	Gesetzliche finanzielle Unterstützung & Geldwert (01/2015)	
	in Usbekistan	in Kasachstan
I	<b>100% der Mindestrente</b>	<b>142 % des Existenzminimums</b>
	231.575 Sum (ca. 94\$)	30.663 Tenge (ca. 165\$ <sup>46</sup> )
II	<b>50% - 100% der Mindestrente</b>	<b>111 - 116 % des Existenzminimums</b>
	115.787 Sum (ca.47\$)	23.714 Tenge (ca. 128\$)
	231.575 Sum (ca. 94\$)	24.782 Tenge (ca. 133\$)
III		<b>78 - 91 % des Existenzminimums</b>
	<b>seit 2010 keine Unterstützung</b>	16.663 Tenge (ca.90\$)
		19.441 Tenge (ca.105\$)

<sup>46</sup> Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise (s. Kapitel 2.3) hat sich der entsprechende Wert in Dollar – trotz nominellen Anstiegs der finanziellen Leistungen im Januar 2016 – deutlich verringert.

#### 4.2.6 Die nationale Gesetzgebung

In Usbekistan sind seit der Unabhängigkeit zahlreiche Gesetze erlassen worden, die zu einer Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung beitragen sollen. An dieser Stelle alle Gesetze aufzuzählen, würde den Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit bei Weitem überschreiten; deshalb wird hier nur auf die wichtigsten Dokumente eingegangen. Hinsichtlich der Gewährung einer medizinischen Versorgung ist dem Gesetz *Über den Erhalt der Gesundheit der Bürger* [*Ob ochrane zdorov'ja graždan*] aus dem Jahre 1996 zu entnehmen, dass Menschen mit Behinderung – explizit werden hier auch Kinder mit Behinderung erwähnt – das Recht auf eine medizinisch-soziale Hilfe, alle Formen der Rehabilitation, die Versorgung mit Medikamenten und weitere Hilfen in Bezug auf vergünstigte Möglichkeiten der Mobilität gewährt werden. Dazu zählen auch die kostenlose medizinisch-rehabilitative Versorgung in staatlichen Einrichtungen sowie die Gewährleistung einer häuslichen Pflege.

Im Hinblick auf schulische Bildung und die Wahl einer Schulform für Kinder mit Behinderung spielt das *Bildungsgesetz* [*zakon ob obrazovanii*] aus dem Jahre 1997 eine wichtige Rolle. Zu nennen wäre hier zunächst der Artikel 4 (*Das Recht auf Bildung*), in dem jedem Bürger – und jedem Menschen, der sich in Usbekistan aufhält – das Recht auf Bildung garantiert wird. Von Interesse für die Forschungsarbeit ist diesem Zusammenhang auch der Artikel 23. Darin heißt es, dass „für die Bildung und medizinische Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit körperlicher oder geistiger Behinderung [...] spezielle Einrichtungen bestehen.“<sup>47</sup>

Besonders bedeutsam in Bezug auf die gesetzliche Verankerung der Rechte von Menschen mit Behinderung ist das Gesetz *Zum sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Usbekistan* [*O social'noj zaščičennosti invalidov v Respublike Uzbekistan*], das 1992 in Kraft getreten ist und 2008 sowie 2013 mit Ergänzungen und Veränderungen versehen wurde. Hier stehen in erster Linie die Artikel 16 (*Vorschulbildung für Kinder mit Behinderung*) und 17 (*Die allgemeinbildende und spezielle Mittelstufe sowie Berufs- und*

---

<sup>47</sup> Для обучения, воспитания и лечения детей и подростков с отклонениями в физическом или психическом развитии, а также нуждающихся в длительном лечении, создаются специализированные образовательные учреждения (GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN 1997: Gesetz über die Bildung).

*Hochschulausbildung*) im Zentrum des Interesses. Zwar heißt es in beiden Paragraphen einerseits, alle Regeleinrichtungen – von der Vorschulbildung bis hin zur Hochschulausbildung – stünden allen Kindern und Jugendlichen mit Behinderung offen. Allerdings findet sich in beiden Absätzen die Einschränkung, dass sich bei Notwendigkeit<sup>48</sup> diese Bildung in spezialisierten Schulen vollziehen könne.

Die Situation von erwachsenen Menschen mit Behinderung betreffend, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit, ist im selben Gesetz der Artikel 25 (*Gewährleistung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung*) bedeutsam, in dem festgehalten wird, dass mindestens drei Prozent der Arbeitsplätze in einem Unternehmen ab 20 Arbeitnehmern für Menschen mit Behinderung bereitgehalten werden müssen; bei Nichteinhaltung dieser Richtlinie drohen dem Unternehmen Strafzahlungen. Darüber hinaus existiert die Möglichkeit, für Menschen mit Behinderung spezialisierte Unternehmen sowie Abteilungen zu schaffen und die Pflicht staatlicher Behörden, Menschen mit Behinderung, die eine berufliche Tätigkeit zu Hause ausüben, logistisch zu unterstützen. Bezugnehmend auf die Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur ist an erster Stelle das Kapitel 2 mit den dazugehörigen Artikeln 9 (*Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung bei Planung und Bau von Objekten der sozialen Infrastruktur*) sowie 10 (*Gewährleistung der Barrierefreiheit von Gebäuden der sozialen Infrastruktur, Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, Kommunikationsmittel und Informationen*) hervorzuheben. Artikel 9 sieht darüber hinaus vor, dass bei Fragen der Barrierefreiheit von Gebäuden auch Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung einbezogen werden sollten.

Abschließend nimmt in diesem Kontext auch das Gesetz über *Die Garantie der Rechte des Kindes* [*O garantijach prav rebënka*] vom Jahre 2008 einen wichtigen Stellenwert ein. Insbesondere der Artikel 25 (*Garantien der Rechte sozial gefährdeter Kinder auf eine familiäre Umgebung*) behandelt wichtige Aspekte der Barrierefreiheit. „Bildungs-, medizinische- und kulturelle Einrichtungen sollten für einen freien Zugang für Kinder mit

---

<sup>48</sup> Der Gesetzestext sieht keine genaueren Erklärungen vor, worin genau diese „Notwendigkeit“ besteht und lässt damit großen Interpretationsspielraum.

*Behinderung und Kindern mit Mängeln in der körperlichen und (oder) geistigen Entwicklung angepasst sein.“<sup>49</sup>*

Alles in allem attestiert UNICEF (2013:51) Usbekistan sogar einen der weltweit fortschrittlichsten gesetzlichen Rahmen in Bezug auf die Verankerung einer barrierefreien Umwelt, wobei die Frage der Verbindlichkeit und Bedeutung von Gesetzen aber noch offenbleibt. Zudem sieht TURDIEV (2015) im Vergleich mit der Behindertenrechtskonvention der UN noch zahlreiche Schwachstellen der Gesetzgebung, insbesondere mit Blick auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt.

Auch in Kasachstan wurde im Laufe der vergangenen Jahre ein umfassender rechtlicher Rahmen zum Schutz von Menschen mit Behinderung geschaffen. An dieser Stelle soll ebenfalls auf die wichtigsten Gesetze eingegangen werden, die die Rechte von Menschen mit Behinderung betreffen.

Zentraler Bestandteil davon ist das Gesetz *Über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Kasachstan* [*O socialnoj zaštite invalidov v Respublike Kazachstan*] von 2005 bzw. in seiner überarbeiteten Form aus dem Jahr 2015. Darin enthalten sind zentrale Regelungen zu Rechten von Menschen mit Behinderung, u.a. zur *medizinischen und sozialen Rehabilitation* (Artikel 20 bzw. 21), die neben rehabilitativer Therapie und der Versorgung mit technischen Hilfsmitteln auch die Unterstützung in der Kommunikation betonen. Darüber hinaus ist in Artikel 25 (*Sicherstellung der Zugänglichkeit von Objekten der sozialen Infrastruktur für Menschen mit Behinderung*) eine barrierefreie Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr und bei Neubauten verankert, was auch – wenn es sich um Wohngebiete oder Objekte kommunaler Dienstleistungen handelt – durch die Einbeziehung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung kontrolliert werden soll. Im Bereich der Arbeitsmarktintegration existieren in Kasachstan ähnliche Vorgaben wie in Usbekistan: So wird im Artikel 31 (*Sicherstellung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung*) ebenfalls eine Arbeitsplatzquote von zwei bis vier Prozent von Unternehmen verlangt. Auch das selbstständige Unternehmertum von Menschen mit Behinderung soll unterstützt werden.

---

<sup>49</sup> Образовательные, медицинские и культурно-просветительские учреждения должны быть приспособлены для свободного доступа детей-инвалидов и детей с недостатками физического и (или) психического развития (GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (2008b): *Über die Garantie der Kinderrechte*).

Speziell an Kinder mit Behinderung richtet sich das Gesetz *Über die soziale und medizinisch-pädagogische korrektive Unterstützung von Kindern mit Behinderung* [*O socialnoj i mediko-pedagogičeskoj korekcionnoj podderžke detej s ograničennymi vozmožnostjami*] aus dem Jahre 2002. Das Gesetz beinhaltet die Gewährleistung kostenloser sozialer und medizinischer Behandlungen und Untersuchungen in öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sowie eine darüber hinausgehende Unterstützung durch Beratungsstellen oder medizinisch-soziale Einrichtungen. Neben der Zusicherung kostenloser Bildung vom Vorschulbereich bis zur Sekundarstufe steht auch hier die Versorgung mit technischen Hilfsmitteln im Vordergrund (UNICEF 2012b:2). Wichtiger Bestandteil dieses Gesetzes ist auch, dass die Überweisung von Kindern mit Behinderung in Sonderschuleinrichtungen nur mit Einverständnis der Eltern oder eines anderen gesetzlichen Vormunds erfolgen kann (TOMINI et al. 2014:31).

In Bezug auf die Kindern und Jugendlichen mit Behinderung garantierten Rechte betonen die Artikel 31, 32 und 33 im Gesetz *Über die Rechte des Kindes* [*O pravach rebënka*] neben medizinischer, juristischer und sozial-ökonomischer Unterstützung auch die Verpflichtung staatlicher Einrichtungen zur Bereitstellung der notwendigen Voraussetzungen für die Bildung, Berufsvorbereitung und Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung. Allerdings lassen sich in diesen Gesetzestexten – ähnlich der Lage in Usbekistan – keine gesetzlichen Garantien finden, wo sich Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung vollziehen sollten.

#### 4.2.7 Gegenwärtige Entwicklungen im Bereich Inklusion und Deinstitutionalisierung

Gesetzliche Zielvorgaben hinsichtlich der Inklusion lassen sich in Usbekistan im *Plan des Bildungssektors 2013-2017* [*Plan sektora obrazovanija*] finden (vgl. REPUBLIK OF UZBEKISTAN 2013), in dem zwar keine allgemeine Verbindlichkeit der Inklusion verankert ist, jedoch weitere Schritte zur Verbesserung ihrer rechtlichen Mechanismen, der Zugänglichkeit von Bildungseinrichtungen (Zugangswege, Rampen, Fahrstühle usw.) sowie die Erstellung spezifischer Literatur und der methodischen Gewährleistung des gemeinsamen Unterrichts festgeschrieben werden. Diesen durchaus progressiven und breiten Ansatz zur Implementierung von Inklusion unterstreicht auch die Hervorhebung einer verbesserten

Ausbildung von Lehrkräften und einer Umgestaltung des bisherigen Unterrichts: „Unbedingt sollte betont werden, dass die Veränderung des Bildungssystems mit dem Ziel der Inklusion oft fälschlicherweise als einfache Integration von Kindern mit Behinderung in allgemeine Klassen verstanden wird, ohne notwendige Veränderungen in der Lehr/Lernumgebung [...]“<sup>50</sup> Wiederum wird ebenfalls herausgestellt, dass Eltern von Kindern mit Behinderung die Wahl einer Bildungseinrichtung selbst treffen können. Außerdem hält der usbekische Gesetzgeber in der *Resolution zur inklusiven Bildung* (2010) [*resoljuzija po inkljuzivnomu obrazovaniju*] weitere Schritte und Maßnahmen zur Umsetzung einer inklusiven Bildungspolitik sowohl im vorschulischen als auch schulischen Bereich fest: Angefangen bei einer effektiver gebündelten Information über Kinder mit Behinderung und einem besser koordinierten Informationsaustausch zwischen den beteiligten Einrichtungen bis hin zu konkreten Fragen der Inklusion im schulischen Bereich. Abschließend wäre an dieser Stelle noch der bereits etwas ältere *Nationale Handlungsplan – Bildung für Alle* (2002) [*Nacional'nyj plan dejstvija ODV*] zu nennen, im Rahmen dessen sowohl rechtlich-politische Verbesserungen an der Situation von Menschen mit Behinderung und eine Vertiefung der Inklusion als auch die Veränderung des gesellschaftlichen Bildes von Behinderung angestrebt werden. Darüber hinaus sollen konkrete Schritte unternommen werden, um die schulische Inklusion von staatlicher Seite verstärkt zu unterstützen. Der Gesetzgeber betont in dem gerade genannten *Plan des Bildungssektors* sogar, dass das „Problem der inklusiven Bildung einen der Bereiche darstellt, die an erster Stelle im Nationalen Handlungsplan – Bildung für Alle vorkommen.“<sup>51</sup> Inklusion insgesamt aber als allgemeines politisches Ziel zu proklamieren, wäre voreilig, denn trotz dieser Initiativen und Gesetze lässt sich der *Nationalen Strategie der Entwicklung der inklusiven Bildung 2015-2017* [*Nacional'naja strategija razvitija inkljuzivnogo obrazovanija na 2015-2017*] entnehmen, dass es einstweilen bis auf eine Reihe politischer Dokumente keine umfassende Politik inklusiver Bildung gibt (HUMAN

---

<sup>50</sup> Необходимо подчеркнуть, что изменение системы образования с целью обеспечения «инклюзивности», часто неправильно понимается как просто включение детей с особыми потребностями в обычные классы, без внесения необходимых изменений в обучающую среду [...] (REPUBLIC OF UZBEKISTAN 2013:56).

<sup>51</sup> Проблема инклюзивного образования – является одним из направлений, выдвинутых на первый план в Национальном плане Действия ОДВ (PLAN SEKTORA OBRAZOVANIJA 2013:55).

DYNAMICS o.J.). Ein wichtiger Schritt in diese Richtung jedoch stellt jedoch ebendieses Dokument dar, mit dessen Hilfe die Bemühungen Usbekistans auf dem Gebiet der Inklusion erstmals gebündelt dargestellt und systematisch weitere Schritte geplant werden.

In Bezug auf die Deinstitutionalisierung könnte das *Nationale Zentrum der sozialen Integration von Kindern* [*Republikanskij centr social'noj adaptazii detej*] in Taschkent durch das Programm *Entwicklung des Prozesses der Deinstitutionalisierung in Usbekistan 2014-2016* [*Razvitie prozessa de-instituzionalizazii v Uzbekistane na 2014-2016 gody*] einen wichtigen Beitrag leisten (RZSAD 2014). Hierbei stehen verschiedene Ansätze im Vordergrund: Unter anderem ein verbessertes Frühwarn- und hilfesystem für Risikofamilien – beispielsweise psychologische Unterstützung für Frauen, die in der Entscheidungsfindung über den Verbleib ihres Kindes sind. Außerdem ist auch eine öffentliche Kampagne über die negativen Folgen der Institutionalisierung Teil des Programms.

Für die Entwicklung der Deinstitutionalisierung in Kasachstan ist besonders das Gesetz *Über spezielle soziale Dienstleistungen* [*O special'nych social'nych uslugach*] aus dem Jahre 2008 von Bedeutung. Auf Basis der litauischen Rechtslage wurde gemeinsam von staatlichen und nicht-staatlichen nationalen und internationalen Organisationen ein Gesetz erarbeitet, dass Personen und Familien in *schweren Lebenssituationen* [*tjažėlaja žiznennaja situacija*] Unterstützung gewähren soll, wozu neben Menschen mit Behinderung auch Kinder und Jugendliche mit auffälligem Verhalten zählen (AN 2014:129ff). Diese sozialen Dienstleistungen, die dem Verständnis nach dem Berufsfeld der *Sozialen Arbeit* entsprechen, können sowohl von staatlichen Organisationen als auch von NGOs durch staatliche Finanzierung angeboten werden. Den stationären Pflegeeinrichtungen wurde es so durch das Gesetz möglich, Tagespflegezentren einzurichten, die mittelfristig zu einer Deinstitutionalisierung in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung führen sollen. Außerdem entstanden mithilfe des Gesetzes sogenannte *Heimpflegezentren* [*homecare departments*], die durch die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen die häusliche Versorgung und Unterbringung von Kindern mit Behinderung gewährleisten sollen. Dabei garantiert der Staat eine bestimmte Anzahl von sozialen Dienstleistungen, die kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich inklusiver Bildung ist festzuhalten, dass dieses Prinzip zwar auch im Gesetz *Über die Bildung* [*Ob Obrazovanii*] verankert ist, sich daraus allerdings keine Rückschlüsse



auf eine Zielgruppe oder Rechtsansprüche ziehen lassen. Das *Staatliche Bildungsentwicklungsprogramm 2011-2020* [*Gosudarstvennaja programma razvitija obrazovanija v RK na 2011-2020 gody*] hat sich aber zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Anzahl der Schulen, die die Voraussetzungen zur Inklusion erfüllen, auf 70 Prozent zu erhöhen. Gleichmaßen sollen 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung an inklusiven Schulen lernen (PRÄSIDENT DER REPUBLIK KASACHSTAN 2010). Auch hinsichtlich einer inklusiven Hochschulausbildung sieht das Programm Veränderungen vor: Demnach ist geplant, dass alle Universitäten durch *beratend-praktische Zentren* die Inklusion von Studierenden mit Behinderung, u.a. durch die Einbeziehung von Behindertenpädagogen, erleichtern müssen (TOMINI et al. 2014:32).

Hinsichtlich der Inklusion besitzen außerdem die *Empfehlungen zur Organisation von integrierter (inklusive) Bildung von Kindern mit Behinderung* [*Rekomendazii po organizacii integrirovannogo (inkluzivnogo) obrazovanija detej s ograničennymi vozmožnostjami v pazvitii*] aus dem Jahre 2009 besondere Bedeutung (KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM 2009). Zwar wird nicht zwischen den Begriffen *inklusive* und *integrativer* Bildung unterschieden, aber es werden klare Bedingungen für die Möglichkeiten der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen gemacht: So können auf schriftlichen Wunsch der Eltern in Abstimmung mit der empfohlenen Bildungsform der PMPK und Leitungsebene der Schule sowohl inklusive als auch spezialisierte Klassen eröffnet werden. Dabei wird unter Punkt 26 hervorgehoben, dass die Eltern die freie Wahl einer Schulform und Kinder mit Behinderung das Recht auf jede beliebige allgemeinbildende Schule besitzen – allerdings unter Berücksichtigung der Besonderheiten eines Kindes. Im Rahmen dieser Empfehlung wird auch die Gestaltung individualisierter Unterrichtspläne und Lehrmethoden für Kinder mit Behinderung gefordert; zudem werden klare Vorgaben zu technischen, materiellen und personellen Bedingungen in der Schule genannt, in der mindestens zehn Kinder mit Behinderung lernen. Allerdings wird die Inklusion von Kindern mit schwerer geistiger Behinderung, psychopathologischen Störungen und häufigen epileptischen Anfällen grundsätzlich nicht gestattet.

#### 4.2.8 Zusammenfassung

Das Kapitel 4.2 diene in erster Linie dazu, die behindertenpolitischen Rahmenbedingungen zu analysieren, die für das Verstehen der Exklusionsgefahren und der Handlungsspielräume nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure von Bedeutung sind (vgl. Kapitel 8 & 9).

Denn bereits die selbst im nationalen Kontext enorm schwankende und im internationalen Vergleich zudem geringe Prävalenz von Behinderung lässt darauf schließen, dass bei weitem nicht alle Menschen mit Behinderung statistisch erfasst werden und dadurch keine staatliche Unterstützung erhalten. Diesen Verdacht bestätigt auch eine Studie von SCOTT und METE (2008) in Usbekistan, die deutlich höhere Kennwerte der Epidemiologie von Behinderung im nationalen Kontext zutage förderte. Auch wenn rein statistische Analysen somit wenig Aussagekraft besitzen, lassen sich in den beiden Ländern zumindest unterschiedliche Entwicklungstrends in der Prävalenz von Behinderung ausmachen: Während in Kasachstan die Anzahl von Menschen mit Behinderung in den letzten Jahren zugenommen hat, ist ihre Zahl in Usbekistan rückläufig (TOMINI et al. 2014:21, OECD 2009:88). Die Ursachen für diese disparate Entwicklung sind kaum vollständig aufzudecken; jedoch scheint sich in Usbekistan eine rigidere Praxis in der Vergabe eines offiziellen Behindertenstatus durchzusetzen, die einen Teil der zurückgehenden Prävalenz erklären könnte (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:12; BENUA 2011).

Ein Behindertenstatus wird dabei in Anlehnung an das sowjetische Modell in den Kategorien I bis III je nach Verlust der Arbeitsfähigkeit für Personen über 16 Jahre vergeben. Sowohl die Höhe der staatlichen finanziellen Unterstützung als auch der Umfang der medizinischen Versorgung unterscheiden sich zwischen diesen Kategorien. Die diagnostische Tätigkeit der Kommissionen für Erwachsene und Kinder mit Behinderung steht dabei – wie schon im Rahmen der sowjetischen *Defektologie* – in Kasachstan und Usbekistan in der Kritik, weil sie häufig defizitorientiert, wenig standardisiert und unter enormen Zeitdruck abläuft (vgl. MARKOVA & SULTANALIEVA 2013).

Die Kritik an den behindertenpädagogischen Kommissionen ist aber bei Weitem nicht die einzige Gemeinsamkeit der gegenwärtigen Behindertenpolitik Kasachstans und Usbekistans mit der sowjetischen *Defektologie*; auch das System der Bildung und Förderung von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung insgesamt stammt noch

größtenteils aus der sozialistischen Vergangenheit der beiden Länder. Das mag angesichts des enorm differenzierten Sonderschulsystems in der Sowjetunion nicht verwundern, deren Umbau kaum ohne Weiteres zu realisieren wäre. Zu den Schwerpunkten der Förderung und Bildung von Kindern mit Behinderung zählen weiterhin die Gehörlosen-, [surdopedagogika], die Sehbehinderten- [tiflopedagogika] und Geistigbehindertenpädagogik [oligofrenopedagogika] sowie die Logopädie [logopedija]; andere Entwicklungsschwierigkeiten, wie beispielsweise Verhaltensauffälligkeiten oder komplexere Formen von Behinderung, gehören weit weniger zum Gegenstand der Sonder- und Heilpädagogik in Kasachstan und Usbekistan. Kinder und Jugendliche mit komplexeren Behinderungen erhalten deshalb meist überhaupt keinen schulischen Unterricht oder nur äußerst eingeschränkt im häuslichen Kontext (OECD 2009).

Obwohl im Sonderschulsystem Internate auch weiterhin die am weitesten verbreitete Schulform sind und in Usbekistan neue Einrichtungen entstehen (vgl. INTERVIEW XV), zeigen sich in diesem Bereich auch positive Entwicklungen. Denn das segregierende und auf der Beschulung in Internaten basierende Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderung wird mittlerweile auch von offiziellen Elternratgebern kritisch bewertet (vgl. SHUBINA 2009:8f; ČIČERINA et al. 2010):

Zahlreiche Untersuchungen [...] haben bewiesen, dass, wenn das Kind von seiner natürlichen, liebenden Umgebung getrennt wird, dies zu ernsthaften Rückständen in der Entwicklung führt. [...] Das Resultat davon besteht darin, dass sich beim Kind das Interesse an seiner Umwelt verringert. [...] Bei Kindern mit Behinderung kann der Verbleib in Internaten dazu führen, dass dies die Ursache für ernsthaftere Störungen darstellt <sup>52</sup> (ČIČERINA 2010:24).

Nicht zuletzt auch infolge finanzieller Anreize für die Erziehung von Kindern mit Behinderung in den Familien sind ebenfalls vermehrt inklusive oder zumindest integrative Bemühungen in Kasachstan erkennbar, die allerdings zumeist ohne zusätzliche Unterstützung für Kinder mit Behinderung umgesetzt werden (TOMINI et al. 2014:41). Alternativen zu den Internaten bilden sich hier auch durch sogenannte Tagespflegeeinrichtungen heraus, die im Rahmen neuer gesetzlicher Vorgaben aufgebaut

---

<sup>52</sup> Многочисленные исследования [...] доказывают, что если ребенок оторван от естественной любящей среды, это приводит к серьезному отставанию в развитии. [...] Результатом всего этого является того, что у ребенка снижается интерес к происходящему вокруг. [...] В отношении ребенка с инвалидностью такая мера, как помещение его в интернатное учреждение, может стать причиной более серьезных нарушений.

werden. Astana verfolgt dabei sogar das Ziel, im Rahmen des *Staatlichen Bildungsentwicklungsprogramms 2011-2020* [*Gosudarstvennaja programma razvitija obrazovanija v RK na 2011-2020 gody*] bis 2020 70% aller Schulen barrierefrei umzugestalten.

Zu den positiven Entwicklungen seit Auflösung der Sowjetunion ist gleichermaßen die umfassende Gesetzeslage zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung zu zählen, die insbesondere im Bereich der Barrierefreiheit in den beiden Ländern zu einer der fortschrittlichsten weltweit zählen kann (UNICEF 2013:51). Allerdings ist die Umsetzung der legislativen Richtlinien kaum durchgängig gewährleistet, sodass ihr tatsächlicher Nutzen bisher kaum zu bewerten ist.

## 5 Nationale nicht-staatliche Akteure

### 5.1 Ursprünge in der Sowjetunion

Vor dem Hintergrund der sowjetischen Ideologie, die den Staat als bestmöglichen Versorger und Erzieher verstand (FEFELOV 1986:19) wird deutlich, wie wenig Spielraum diese Ideologie für Initiativen und Aktivismus von Bürgern selbst ließ. Gleichmaßen konnte jede Kritik an einer Dimension des gesellschaftlichen Lebens – in diesem Fall am Lebensstandard und an den Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung – als antisowjetische Kritik am System als Ganzes aufgefasst werden (RAYMOND 1989). Nichtsdestotrotz lassen sich auch in der Sowjetunion nicht-staatliche Akteure in der Behindertenpolitik finden, die aber zum Teil auf enormen staatlichen Widerstand stießen. Zu diesen nicht-staatlichen Akteuren können die *Allrussische Gesellschaft Blinder* [*vserossiskoe obščestvo slepych – VOS*] und die *Allrussische Gesellschaft Gehörloser* [*vserossiskoe obščestvo gluchich – VOG*], die in den Jahren 1925 bzw. 1926 gegründet wurden, sowie ihre regionalen Ableger gezählt werden (PHILLIPS 2011:69). Zudem wurde bereits gegen Ende des Bürgerkriegs 1921 auf Basis bereits bestehender Genossenschaften und auf Beschluss des *Rates der Volkskommissare*<sup>53</sup> [*sovet narodnych komissarov – SNK*] die *Allrussische Produktions- und Konsumvereinigung von Menschen mit Behinderung* [*vserossiskoe proizvodstvenno-potrebitel'skoe ob'edinenie invalidov – VIKO*] ins Leben gerufen (INDOLEV 2000). Gleichzeitig zeigen die Verflechtung von Staat und nicht-staatlichen Strukturen – wie schon die Gründung der VIKO unter Beweis stellt – wie schwer eine dichotome Zuordnung dieser Akteure zu diesen Kategorien fällt. Denn alle drei Organisationen gehen zwar auf die Initiative von Menschen mit Behinderung zurück, unterstanden aber einem Ministerium bzw. dem Ministerkabinett und befanden sich damit unter direkter Kontrolle der Kommunistischen Partei (PHILLIPS 2011:69).

Vor allem die VOG und VOS waren – wie in der Sowjetunion üblich – mit landesweiten, aber dem nationalen Zentrum unterstellten Abteilungen stark hierarchisch aufgebaut, erhielten dadurch aber auch weitreichende Unterstützung durch den Staat, insbesondere in Bezug auf die Erwerbsmöglichkeiten für blinde und gehörlose Menschen (KATSUI 2005:103;

---

<sup>53</sup> Bei dem *Rat der Volkskommissare* handelt es sich um die Regierung Sowjetrusslands von 1917 – 1946.

2008:22). Menschen mit Behinderung wurden dabei hauptsächlich in segregierten Arbeitskollektiven oder Genossenschaften [*artel'* oder *rabfak*] angestellt, die Arbeits- und Ausbildungseinrichtungen boten. PHILLIPS (2011:69; 2009) beschreibt diese Einrichtungen als eine Art selbstständige Miniaturstadt mit eigener Infrastruktur und kulturellem Leben sowie Unternehmen. Obwohl eine solche segregierende Struktur aus heutiger Sicht kritisch zu beurteilen ist, gab es vor dem Hintergrund der tatsächlichen oder scheinbaren Unmöglichkeit der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt auch positive Folgen dieser Segregation, dank derer sich u.a. eine Gehörlosenkultur entwickeln konnte (PHILLIPS 2011:70).

Die VIKO wurde zu einem großen Teil durch Mittel von verwundeten Veteranen des Bürgerkriegs gegründet und in einer eher demokratischen Struktur organisiert. Neben dem primären Ziel der Verbesserung der materiellen Lage von Menschen mit Behinderung durch ihren Zusammenschluss in Genossenschaften ließ die VIKO Wohnhäuser, Berufsschulen, Kindergärten und Erholungszentren sowie Sportanlagen bauen. Aufgrund des Anstiegs der Anzahl von Menschen mit Behinderung infolge des Zweiten Weltkrieges wurde die VIKO 1948 unter die direkte Leitung des Ministerrates der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) gestellt, wodurch sie an Selbstständigkeit verlor und u.a. nicht mehr eigenständig Pensionen an ihre Mitglieder auszahlen konnte. Nachdem die VIKO (1939 umbenannt in die *Allrussische Union der Genossenschaften von Menschen mit Behinderung*) 1953 mit dem *Russischen Rat der Gewerbe-genossenschaft* vereinigt wurde, existierten gegen Ende der 50er Jahre insgesamt 4.252 Genossenschaften mit ca. 220.000 Angestellten mit Behinderung (PHILLIPS 2011:69; KAMENEVA 2004; INDOLEV 2000).

Allerdings setzte bereits Mitte der 50er Jahre die Zerschlagung der VIKO ein: Auf Beschluss der Partei und des Ministerrates von 1956 wurde zunächst ein großer Teil der Unternehmen in die staatliche Industrie überführt, ehe 1960 alle Genossenschaften, nicht nur die von Menschen mit Behinderung, vollständig beseitigt wurden (INDOLEV 2000). Ein Grund dafür dürfte die Überzeugung gewesen sein, nur staatliches Eigentum allein entspreche den Prinzipien des Aufbaus des Kommunismus und den Interessen des Volkes (KAMENEVA 2004; INDOLEV 2000). PHILLIPS (2011:70) argumentiert außerdem, dass die VIKO für den Staat insofern als Bedrohung gelten konnte, als dass dort Menschen mit Behinderung vergleichsweise unabhängig von staatlichen Strukturen tätig waren und die Genossenschaften zu einem kollektiven Bewusstsein und Protest hätten beitragen können.

Erst 1988 im Zuge der Öffnung unter GORBATSCHOW wurde die *Allrussische Gesellschaft von Menschen mit Behinderung* [*vserossiskoe obščestvo invalidov – VOI*] wiederhergestellt (INDOLEV 2000).

**Tabelle 5-1:** Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion am Beispiel Russlands

Bezeichnung	Bestehen	Mitglieder	Zentrale Aufgaben
<i>Allrussische Gesellschaft Blinder</i> (VOS)	1925 -	Blinde und Menschen mit Sehbehinderung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherung von Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung</li> <li>• Bereitstellung von Arbeitsplätzen</li> <li>• Schaffung eines gemeinsamen kulturellen Lebens und Austauschmöglichkeiten</li> <li>• Sinnstiftung für Menschen mit Behinderung und Erhöhung des sozialen Status</li> </ul>
<i>Allrussische Gesellschaft Gehörloser</i> (VOG)	1926 -	Gehörlose und Menschen mit Hörbeeinträchtigung	
<i>Allrussische Produktions- und Konsumvereinigung von Menschen mit Behinderung</i> (VIKO)  (1939 umbenannt in <i>Allrussische Union der Genossenschaften von Menschen mit Behinderung</i> )	1921 -1960	vor allem Menschen mit körperlicher Behinderung	
<i>Allrussische Gesellschaft von Menschen mit Behinderung</i> (VOI)	1988 -	Alle Formen von Behinderung	

Neben diesen Organisationen gab es auch immer wieder einzelne nicht-staatliche Akteure, die sich mit anderen zusammenschlossen oder sich individuell für Menschen mit Behinderung einsetzten.

Ausgangspunkt dafür bildeten häufig Schulinternate, in denen Menschen mit angeborenen (körperlichen) Behinderungen untergebracht waren. Dies lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen (vgl. INDOLEV 1998). Zum einen existierten nach dieser vergleichsweise abgesicherten Unterbringung kaum Möglichkeiten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder in weiterführenden Bildungseinrichtungen zu lernen. Zum andern konnten die Wenigsten auf familiäre oder andere soziale Kontakte zurückgreifen und erhielten im Vergleich zu anderen Personengruppen die geringste staatliche Unterstützung:

An dieser Stelle ist es angebracht, die besondere Rolle von Menschen mit angeborenen Behinderungen in der Vereinigung und im Kampf für [ihre, S.K.] Rechte zu erwähnen. Während Erwachsene, im Laufe des Krieges verwundete Menschen immerhin einige Privilegien besaßen und diese nicht riskieren wollten, gehörten Menschen mit einer angeborenen Behinderung zu einer stärker benachteiligten Gruppe, die nichts zu verlieren hatte<sup>54</sup> (INDOLEV 2000:27).

Drittens scheinen die sowjetischen Internate für Menschen mit Behinderung eine aus staatlicher Perspektive kaum intendierte Funktion besessen zu haben, die wiederum deutlich macht, wie sie zu einem Ursprungsort nicht-staatlicher Aktivität in der Behindertenpolitik werden konnten: Menschen mit Behinderungen war es möglich, sich dort über ihre Erfahrungen auszutauschen und so ein erstes Bewusstsein für ihre gesellschaftliche Benachteiligung zu entwickeln (INDOLEV 1998). Insofern scheint das Fazit von (PHILLIPS 2011:71) gerechtfertigt, dass das individuelle Engagement nicht-staatlicher Akteure am ehesten durch körperliche behinderte Aktivisten geprägt wurde, die in staatlichen Institutionen aufgewachsen.

### 5.1.1 Ziele und Akteure

Übergreifendes Ziel einer Reihe von nicht-staatlichen Akteuren in der Sowjetunion stellte die Gründung einer Vereinigung von Menschen mit Behinderung ähnlich der Selbstvertretungsorganisationen gehörloser (VOG) und blinder (VOS) Menschen dar, die nach der Zerschlagung der VIKO als einzige erhalten blieben (PHILLIPS 2011:75).

Ein Beispiel für das Engagement einzelner nicht-staatlicher Akteure bildet Gennadi GUSKOV (PHILLIPS 2009; INDOLEV 1998; FEFELOV 1986). GUSKOV – aufgrund einer Polio-Erkrankung körperlich beeinträchtigt – setzte sich für die Schaffung sogenannter Wohn-Arbeitskomplexe ein, die es auch Menschen mit schwereren körperlichen Behinderungen ermöglichen sollten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (INDOLEV 2000). Wie GUSKOV in seiner Autobiografie berichtet (INDOLEV 1998), waren es in erster Linie die Isolation, Beschäftigungslosigkeit und Abhängigkeit von Menschen mit körperlicher Behinderung,

---

<sup>54</sup> Здесь как раз уместно отметить особую роль в объединении и борьбе за права именно инвалидов с детства. Ведь взрослые инвалиды войны все же имели некоторые льготы и не хотели ими рисковать, тогда как инвалиды с детства относились к наиболее ущемленной категории и терять им было нечего.



denen er mit seiner Initiative entgegenwirken wollte. Trotz anfänglicher Erfolge wurde er später von den sowjetischen Behörden in unterschiedliche Internate zwangsüberwiesen, um seinen Wirkungskreis zu minimieren, nachdem er stärker in Dissidentenkreisen engagiert war (PHILLIPS 2009).

Einen weiteren zentralen nicht-staatlichen Akteur in der Behindertenpolitik der Sowjetunion stellte Jurii KISELEV dar (RAYMOND 1989; FEFELOV 1986). KISELEV, Initiator einer ersten Demonstration von Kriegsinvaliden im Jahre 1955, versuchte zunächst durch eine erneute Protestaktion auf die schwierige Situation von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion aufmerksam zu machen. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl gelang er jedoch zu der Überzeugung, andere Mittel zur Erreichung seiner Ziele einsetzen zu müssen. Infolgedessen kam er mit anderen Bürgerrechtsaktivisten [*pravozaščitniki*], unter ihnen auch Andrej SACHAROV, in Kontakt und kooperierte in seiner Tätigkeit mit westlichen Massenmedien (INDOLEV 2000). Den wichtigsten Beitrag KISELEVs bildete die Gründung einer *Handlungsgruppe zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung* [*inicijativnaja grupa po zaščite prav invalidov v SSSR*] im Mai 1978, gemeinsam mit den körperlich beeinträchtigten Aktivisten Valerij FEFELOV und Faizulla KHUSAINOV. Den Anlass zur Gründung der Handlungsgruppe stellte laut RAYMOND (1989:236) die Helsinki Konferenz zur Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa dar: „*In the aftermath of Helsinki, [...], they – like many others – sensed an opportunity to join forces.*“ Grundlegendes Anliegen der *Handlungsgruppe* war die Schaffung der seit 1960 nicht mehr existierenden allgemeinen Selbstvertretungsorganisation von Menschen mit Behinderung sowie nachfolgend die Verbesserung des Pensionssystems, aber auch der öffentlichen Infrastruktur und der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Im Programm der Gruppe von 1978 werden als Ziele außerdem genannt:

- (1) to collect and disseminate information on the situation of the disabled in the USSR, (2) to petition before competent Soviet organs for the improvement of social security for the disabled, (3) to garner help from world opinion in the event that their appeals were turned down; and (4) to establish contact with international organizations for the disabled (RAYMOND 1989:237)

Die Entscheidung zur Schaffung einer solchen Gruppe sieht FEFELOV (1986:61) darin begründet, „[...] dass in der gegebenen Situation nur Menschen mit Behinderung selbst, ohne einen ihnen gewaltsam aufgedrängten Vormund – das Sozialministerium – ihr

*Schicksal lösen können und sollen.*<sup>55</sup> Die Handlungsgruppe befürwortete und forderte ganz im Gegensatz beispielsweise zu der Behindertenrechtsbewegung in Deutschland (s. folgendes Kapitel) die Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch – auch religiös motivierte – Wohltätigkeitsprojekte, die unter dem sowjetischen System als „*offiziell fremdartig*“ galten, da allein der Staat das Monopol in der Versorgung von Menschen mit Behinderung für sich in Anspruch nahm (FEFELOV 1986:19):

Außerdem möchten wir uns an die Bevölkerung des Landes wenden, da es möglich ist, dass viele Menschen Wohltätigkeitsvereine oder Gruppen verschiedener Hilfen für Menschen mit Behinderung [...] gründen wollen. [...] Wohltätigkeitsvereine existieren auf der ganzen Welt, sind aber faktisch in der UdSSR verboten<sup>56</sup>“ (FEFELOV 1986:62).

In den von ihnen veröffentlichten *Informationspapieren* [*bjulleteny*] kritisierte die Handlungsgruppe außerdem die offizielle sowjetische Politik gegenüber Menschen mit Behinderung und stellte Informationen für Betroffene zusammen (PHILLIPS 2009). Infolgedessen wurde die Gruppe trotz der ausdrücklichen Stellungnahme für das kommunistische System von den Behörden als oppositionell eingestuft, wodurch es u.a. zu Hausdurchsuchungen und Bedrohungen kam (RAYMOND 1989; FEFELOV 1986). Mit der schlussendlichen Emigration FEFELOVs als einziger Alternative gegenüber einer drohenden Verhaftung ließ die Aktivität der Gruppe nach, da die verbliebenden Mitglieder kaum die Arbeit in gleichem Maße weiterführen konnten (RAYMOND 1989). Im Umgang mit Aktivisten dominierte INDOLEV (1998) zufolge das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche: Neben Drohungen, Verhören und Hausdurchsuchungen wurden Aktivisten im Falle einer Kooperation mit dem Staat Vergünstigungen wie eine neue Wohnung oder Zugang zu Universitäten in Aussicht gestellt.

Entgegen diesen offenen Formen von Protest wurden informelle Netzwerkvereinigungen von Menschen mit Behinderung wie *Prometheus* oder *Korchaginets*, die vor allem für in

---

<sup>55</sup> Понимая, что в ложившейся ситуации только сами инвалиды, без насильственно навязанного им опекуна — Министерства Социального обеспечения — могут и должны решать свою судьбу [...].

<sup>56</sup> Вместе с этим мы хотели обратиться к населению страны, так как возможно многие люди захотели бы организовать благотворительные общества и группы различной помощи инвалидам [...]. Благотворительные общества существуют во всем мире, но фактически запрещены в СССР.

Isolation lebende Menschen schriftliche Kommunikationswege eröffneten, seit Beginn der 70er Jahre viel eher toleriert (PHILLIPS 2009; INDOLEV 2000).

Eine andere Möglichkeit, zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung beizutragen, ohne in Konflikt mit den sowjetischen Behörden zu kommen, bestand darin, sich verstärkt im Bereich Sport zu engagieren, was laut PHILLIPS (2011:73) im Einklang mit der sozialistischen Fokussierung auf die physische Gesundheit der Bevölkerung stand. Darüber hinaus bildete die Verbindung von behinderungsspezifischen Angelegenheiten mit diesem Thema eine der wenigen Möglichkeiten, nicht-staatliche Organisationen offiziell zu registrieren.

## 5.2 Exkurs: Behindertenrechtsbewegung in der BRD

### 5.2.1 Ursprünge des Engagements

In der Bundesrepublik Deutschland geht die Entwicklung nicht-staatlicher Organisationen in der Behindertenpolitik in erster Linie auf die Initiative von Eltern von Kindern mit Behinderung zurück; 1958 entstand aus diesem Engagement die *Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind*. Im gleichen Zeitraum wurde ebenfalls von Eltern der *Verband Deutscher Vereine zur Förderung spastisch gelähmter Kinder* ins Leben gerufen. Dabei stand die Förderung der betroffenen Kinder sowie die Entlastung der Eltern im Vordergrund. U.a. dieses Engagement führte zum Ausbau von behindertenpädagogischen Einrichtungen sowie etwas später zur Errichtung von Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Insbesondere die *Lebenshilfe* setzte sich auch für kleinere Wohneinheiten im Gegensatz zu den Anstalten oder Internaten ein. Schritt für Schritt wurde bis Mitte der 70er Jahre ein flächendeckendes Versorgungs- und Fördersystem für Menschen mit Behinderung aufgebaut – in dem sie selbst allerdings kaum Mitbestimmungsrecht besaßen (KÖBSELL 2012:8-9).

Es war die Zeit der „Behinderer“, der Fachleute, die vorgaben besser als die Betroffenen selbst zu wissen, was gut für diese war – und die deswegen auch meinten, die Interessen behinderter Menschen am besten vertreten zu können. An Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen war nicht zu denken (KÖBSELL 2012:8)

Gerade diese umfassendere Förderung durch spezialisierte sonderpädagogische Einrichtungen und Elterninitiativen führte dazu, dass Jugendliche mit Behinderung

begannen, sich zunehmend selbst zu organisieren (MÜRNER & SIERCK 2009:11). Dieser Bewusstseinswandel wurde nicht zuletzt von den einsetzenden gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Die Studenten- und Frauenbewegung in Deutschland trugen zu einer gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung bei, die in erster Linie junge Menschen mit körperlicher Behinderung das Selbstbewusstsein für eigene Aktivitäten verliehen (KÖBSELL 2009:218).

Erstes sichtbares Zeichen dieses Wandels war die Gründung des *Clubs 68 – Club Behinderter und ihrer Freunde e.V. (CeBeeF)* in Hamburg im Jahre 1968. Weitere vier Jahre später bildeten zehn dieser Clubs eine Bundesarbeitsgemeinschaft, sodass sich der Schwerpunkt ihrer Arbeit von der Freizeitgestaltung auch mehr und mehr zu kommunalpolitischen Aufgaben wandelte, um Barrieren im Alltag abzubauen (KÖBSELL 2012:9). 1974 initiierten Gusti STEINER und Ernst KLEE den Volkshochschulkurs *Bewältigung der Umwelt*, im Rahmen dessen sie auch Straßenbahnblockaden und Rollstuhltrainings für Menschen ohne Behinderung durchführten (KLEE 1980:235ff). Den Berichten KLEES (1980:243) lässt sich entnehmen, dass in der Bundesrepublik noch in den 70er Jahren ähnliche Vorurteile existierten, wie sie Behindertenrechtsaktivisten aus der Sowjetunion beschrieben:

Als ich mir später die Tonbänder abhörte, fiel mir etwas auf, was ich während der Aktion nicht bemerkt hatte: Die Gegner der Straßenbahnblockade betonten immer, «die arbeiten ja nicht» oder «berufstätige Leute über eine halbe Stunde in der Trambahn sitzen zu lassen!» Sie unterscheiden sehr genau zwischen Produktiven und Nichtproduktiven.

Mehr und mehr setzte sich damit auf Seiten der Aktivisten die Erkenntnis durch, dass nicht etwa eine Behinderung zur gesellschaftlichen Ausgrenzung führen *muss*, sondern die Exklusion aus einer vorurteilhaften Gesellschaft und behindernden Umwelt resultiert (KÖBSELL 2009:217).

Die zentrale Kritik an den bisher bestehenden Behinderteninitiativen bestand nun darin, dass bei denjenigen, deren Mitglieder aus Menschen mit und ohne Behinderung bestanden, ausschließlich Menschen ohne Behinderung die tatsächlichen Entscheidungen trafen. „*Die behinderten Frauen und Männer in diesen Initiativen waren mehr oder weniger soziales Beiwerk*“ (MÜRNER & SIERCK 2009:12-13). Allerdings vertraten die unterschiedlichen Gruppierungen, die sich mit der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft auseinandersetzten, unterschiedliche Standpunkte, weshalb von einer

Behindertenrechtsbewegung gegen Ende der 70er Jahre noch nicht gesprochen werden konnte (KÖBSELL 2012:13).

Einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung einer solchen Bewegung leistete dann 1980 ein Gerichtsurteil, dem zufolge einer Urlauberin eine Minderung ihres Reisepreises zugestanden wurde, weil sich zurzeit ihres Urlaubs 25 Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung in ihrem Hotel aufhielten. Die darauffolgende Demonstration von 5000 meist behinderten Teilnehmern wirkte wie ein Verstärker der aufkommenden Bewegung: *„Die Demonstration bewirkte einen Selbstbewusstseinsschub für die sich entwickelnde Behindertenrechtsbewegung durch das Gefühl des gemeinsamen Kampfes, der gemeinsamen Stärke“* (KÖBSELL 2012:14). Ein weiterer wichtiger Schritt zur Entwicklung einer solchen Bewegung entstand aus Protest gegen das *UNO-Jahr der Behinderten* 1981, der vor allem von den *Krüppelgruppen* ausging (MÜRNER & SIERCK 2009:66ff; s. nächstes Kapitel).

### 5.2.2 Ziele und Akteure

Das dem UNO-Jahr der Behinderten und der damaligen Zeit insgesamt zugrundeliegende gesellschaftliche Bild von Behinderung war von der Vorstellung sozialer Wohltaten geprägt:

Behinderte Menschen galten Ende der 1970er und auch noch weit in die 1980er als unmündig, hilf- und harmlos – weshalb sie auf ihre nichtbehinderten „Wohltäter“ verwiesen wurden, die sie dem gesellschaftlichen Auftrag gemäß bevormundeten und Selbstvertretung verhinderten (KÖBSELL 2012:10).

Menschen mit Behinderung stellten vielmehr die Objekte der Behindertenhilfe als Subjekte bzw. Bürger mit Rechten dar. Gegen diese Sichtweise wehrten sich in erster Linie die 1978 von Franz CHRISTOPH und Horst FREHE initiierten *Krüppelgruppen*, deren erster Ableger in Bremen gegründet wurde (MÜRNER & SIERCK 2009).

Dabei wurde der Begriff *Krüppel* gewählt, um die bestehende Distanz zwischen Menschen mit und ohne Behinderung auszudrücken:

Immer wieder werden wir danach gefragt, warum wir uns als Krüppel bezeichnen bzw. warum wir unsere Zeitung Krüppel-Zeitung nennen. Der Begriff Behinderung verschleiert für uns die wahren gesellschaftlichen Zustände, während der Name Krüppel die Distanz zwischen uns und den sogenannten Nichtbehinderten klarer aufzeigt. Durch die Aussonderung in Heime, Sonderschulen oder Rehabilitationszentren werden wir möglichst unmündig und isoliert gehalten. [...] Ehrlicher erscheint uns daher der Begriff Krüppel, hinter dem die Nichtbehinderten

sich mit ihrer Scheinintegration [...] nicht so gut verstecken können. (KRÜPPELZEITUNG 1981/1:2)

Zudem wollte man sich nach Vorbild der Frauengruppen zunächst ausschließlich untereinander – d.h. mit anderen Menschen mit Behinderung – über „*gemeinsame Analysen von Zerstörungen austauschen*“ (FREHE zit. n. KÖBSELL 2012:12). Horst FREHE beschreibt die Emotionen, die zur Gründung der *Krüppelgruppen* führten, folgendermaßen: „*Uns hat wütend gemacht, dass man komplett über uns verfügt hat. Das wir nicht als Personen wahrgenommen wurden, sondern nur als Anschauungsobjekte, über die andere dann ihre Reden halten [...]*“ (FREHE in MÜRNER & SIERCK 2009:46). Aus diesem Grund wurden Menschen ohne Behinderung aus den *Krüppelgruppen* ausgeschlossen. 1979 erschien ebenfalls erstmals die *Krüppelzeitung*, die bis 1985 publiziert wurde und deren Redaktion ausschließlich aus Autoren mit Behinderung bestand. Inhaltlich wurden dabei unterschiedlichste Themenkomplexe wie die Heimsituation, Eugenetik und die deutsche Behindertenpolitik angesprochen (MÜRNER & SIERCK 2009:9).

Im Rahmen des UNO-Jahres der Behinderten 1981 kam es zudem zur Gründung der *Aktionsgruppe gegen das UNO-Jahr*, bei der es sich um eine informelle Vereinigung von Menschen mit körperlicher Behinderung und ohne Beeinträchtigung handelte, deren Ziel die medienwirksame Störung der wichtigsten Veranstaltungen in diesem Jahr bildete (KÖBSELL 2012:14). Die Aktivisten forderten vor allem ein Selbstbestimmungsrecht, um sich aus der Vormundschaft von Menschen ohne Behinderung befreien zu können. Allerdings sahen sie diesen Anspruch im UNO-Jahr überhaupt nicht repräsentiert, sondern vielmehr eine Selbstbelobigung der Helfer, sodass „*Franz CHRISTOPH betont[e], dass das «Jahr der Behinderten» in Wirklichkeit das «Jahr der nichtbehinderten Wohltäter» sei*“ (MÜRNER & SIERCK 2009:68). Durch die Besetzung der Bühne kurz vor der Rede des Bundespräsidenten CARSTENS zur Eröffnung des UNO-Jahres am 24. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle konnten die Aktivisten ihr Anliegen öffentlichkeitswirksam vorbringen: Keine Reden, keine Aussonderung, keine Menschenrechtsverletzungen (KÖBSELL 2012:15f). Einer der zentralen Beiträge der Aktivisten bildete die Durchführung eines *Krüppeltribunals* gegen Ende des UNO-Jahres, bei dem Menschenrechtsverletzungen an Menschen mit Behinderung diskutiert wurden. Zu diesen Punkten gehörten die Situation in Heimen und Werkstätten, Behördenwillkür, Mobilität und u.a. die Lebenssituation von Frauen mit Behinderung.

Insofern lassen sich drei Kernpunkte der aufkommenden Behindertenrechtsbewegung herausarbeiten: Keine Segregation, die Ablehnung eines Wohltätigkeitsdenkens und die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht:

Die traditionelle Umgangsweise erklärte behinderte Menschen für unmündig und hilflos, weshalb ihre Interessen von Nichtbehinderten wahrgenommen werden „mussten“. Dagegen setzte die Behindertenrechtsbewegung die Forderung nach politischer Selbstvertretung und Selbstbestimmung, um so von den (geschlechtslosen) Objekten der „Wohltäter“ zu Subjekten ihrer Leben zu werden (KÖBSELL 2012:17).

In einer Ausgabe der KRÜPPELZEITUNG liest sich der Standpunkt für das Selbstbestimmungsrecht und den Einsatz dafür besonders deutlich:

Ich bin selbstbewusst. Ich trete für mich selber ein. Ich brauch niemanden, meine Interessen zu vertreten. Niemand kann meine Interessen so nachdrücklich vertreten wie ich. [...] Ich lasse mir die vorschnelle Auskunft eines Beamten nicht gefallen, wenn er auf Grund irgendwelcher angeblichen Vorschrift meine Anträge ablehnt. Wenn nötig, gehe ich vor Gericht (LECHNER 1981:10).

Mittlerweile hat sich die Form des Engagements der Behindertenrechtsaktivisten deutlich gewandelt: Ging es zunächst um den Protest mithilfe spektakulärer Aktionen, arbeiten nun die aus der Bewegung entstandenen Organisationen auch mit den großen Behindertenverbänden zusammen. In dieser Hinsicht „ist [sie, S.K.] nicht mehr so sehr eine Bewegung der Straße, sondern mehr der Gremien [...]“ (KÖBSELL 2012:46)

### 5.3 Vergleichende Analyse nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in Deutschland und der Sowjetunion

In der vergleichenden Analyse nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in der Sowjetunion und der Behindertenrechtsbewegung in der Bundesrepublik fällt zunächst der unterschiedliche gesamtgesellschaftliche Kontext auf: Zwar dominierten in beiden Fällen jüngere Menschen mit körperlichen Behinderungen, die sich – wenn auch in stark unterschiedlichem Maße – gegen die Isolation und Abhängigkeit in Einrichtungen wandten, allerdings geschah dies in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesses, an deren Spitze die Studenten- und Frauenbewegung standen. Nicht zuletzt dürfte auch die in den 70er Jahren bereits existierende Förderung im Rahmen von Sondereinrichtungen und Elterninitiativen zu

einem beginnenden Bewusstseinswandel von Menschen mit Behinderung beigetragen haben. In der Sowjetunion kann von einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess keine Rede sein; hier scheinen vielmehr die finanziell und sozial äußerst prekäre Lage und die Frage nach einer sinnhaften Tätigkeit die Aktivisten dazu bewegt zu haben, sich zu engagieren. Die Entwicklung eines geteilten Bewusstseins für die eigenen Problemlagen ist dabei sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland in gewisser Weise durch ein segregierendes Förder und- Versorgungssystem unterstützt worden.

Die unterschiedliche soziale Lage von Menschen mit Behinderung in den beiden Ländern spiegelt sich am deutlichsten in der jeweiligen Haltung gegenüber einem *von außen* kommenden Hilfesystem wider. Für die Behindertenrechtsbewegung in Deutschland stellte das paternalistische Wohltätigkeitsdenken und das Fehlen eines Selbstbestimmungsrechts einen zentralen Kritikpunkt dar, was in dem Artikel *Hilfe und Gewalt sind eine Einheit* in der KRÜPPELZEITUNG (1981/1:67) kulminiert:

Wir können uns im Verhältnis zum Helfer nicht der Degradierung zum Objekt der Hilfe entziehen. Das Verhältnis zum Helfer ist daher ein direktes Gewaltverhältnis. Der Helfer hat die Macht, in jeden Bereich unserer Lebensrealität ohne Rechtfertigung hineinzuwirken. [...] Die Zuständigkeit entspricht der des Sklavenhalters.

Nicht-staatliche Akteure in der Sowjetunion dagegen forderten gerade ein *Mehr* an staatlichen und nicht-staatlichen Unterstützungsangeboten. So wandte sich die *Handlungsgruppe zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion* ausdrücklich an den Staat, um eine stärkere soziale Unterstützung vor allem in Bezug auf die Höhe der Pensionen zu erreichen, aber auch an die Gesellschaft zur Gründung von Wohltätigkeitsvereinen, da sie den Staat nicht in der Lage sah, seiner Verantwortung nachzukommen:

Das ist notwendig, weil die Instanzen der sozialen Fürsorge entweder nicht wollen oder überhaupt nicht mit ihrer Arbeit in Bezug auf Menschen mit Behinderung und Ältere zurechtkommen. Alles in allem ist der Staat daran nicht interessiert<sup>57</sup> (FEFELOV 1986:61).

---

<sup>57</sup> Это необходимо, поскольку органы соцобеспечения либо не хотят, либо совершенно не справляются со своей работой по отношению к инвалидам и престарелым. Судя по всему, государство не заинтересовано в этом.



Dies wirft unweigerlich die Frage auf, inwieweit zunächst die materielle Sicherheit von Menschen (mit und ohne Behinderung) gewährleistet sein muss, um die Forderungen nach Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aufzustellen und eine größere Gruppe für ein gemeinschaftliches Anliegen gewinnen zu können. Exemplarisch kann dies auch für den Aspekt der Arbeitsmarktintegration gelten: Während die Behindertenrechtsbewegung in Deutschland im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe den Standpunkt der Abschaffung der segregierenden Werkstätten vertrat (MÜRNER & SIERCK 2009:84), war selbst die Gründung einer Kooperative von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion kaum möglich; hier ging es nicht um die Abschaffung einer segregierenden Struktur, sondern vielmehr um die Schaffung elementarer sinnstiftender Arbeitsmöglichkeiten unabhängig der Frage, in welchem Rahmen sich diese vollziehen. Die *Handlungsgruppe* in der Sowjetunion forderte selbst die Einrichtung von besonderen Stadtgebieten für Menschen mit schwerer Beeinträchtigung in der Mobilität (FEFELOV 1986:62).

Von besonderem Interesse ist auch der Bezug der jeweiligen Gruppen zu internationalen Abkommen. Während die deutsche Behindertenrechtsbewegung sich gerade in Opposition zu dem UNO-Jahr der Behinderten 1981 formierte, beklagte die 1978 entstandene *Handlungsgruppe* in der Sowjetunion das mangelnde Interesse des Staates für dieses Jahr: „*We love our homeland and we would like to see it in the front ranks of people who realizing humane actions. And it would be shameful to realize that our government has not responded to this UN initiative*“ (zit. n. RAYMOND 1989:238). Gleichmaßen ist die Bedeutung der Schlussakte der Helsinki Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hervorzuheben, die der Gründung der *Handlungsgruppe* in der Sowjetunion als „Starthilfe“ und in dieser Funktion zum Teil wohl als Ersatz einer nicht existierenden nationalen Bewegung diene.

Zusammenfassend stand damit für die Behindertenrechtsbewegung in Deutschland im Vordergrund, sich aus der Abhängigkeit von Nichtbehinderten zu befreien und ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu gewinnen. Insofern wandte sie sich gegen das verbreitete Wohltätigkeitsdenken und eine *bevormundende* Unterstützung sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene, wohingegen die Forderung nach einer existenzsichernden Hilfe für Menschen mit Behinderung unabhängig ihrer Form in der Sowjetunion zentral war. Schnittstellen beider Gruppierungen ergaben sich insbesondere hinsichtlich der Kritik an der unzugänglichen Infrastruktur.

**Tabelle 5-2:** Gemeinsamkeiten und Unterschiede nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in der Sowjetunion und der Behindertenrechtsbewegung der Bundesrepublik

	BRD	Sowjetunion
<i>Gemeinsamkeiten</i>	➤ Verbesserung der Mobilität und Arbeitsmarktintegration	
<b>Ziele</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ende der Fremdbestimmung</li> <li>• Abschaffung der segregierenden Heime &amp; Werkstätten</li> <li>• Ende des Wohltätigkeitsdenkens</li> <li>• Gegensatz zu großen Behindertenverbänden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzliche Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage</li> <li>• Schaffung grundsätzlicher (auch segregierender) Arbeitsmöglichkeiten</li> <li>• Förderung nichtstaatlicher Wohltätigkeit</li> <li>• Gründung einer Vereinigung von Menschen mit Behinderung</li> </ul>
<i>Unterschiede</i>		
<i>Gemeinsamkeiten</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ ausgehend von in erster Linie jüngeren Menschen mit körperlicher Behinderung</li> <li>➤ vorherrschendes Bild der Unmündigkeit von Menschen mit Behinderung</li> <li>➤ Isolation und Abhängigkeit in Einrichtungen</li> </ul>	
<b>Ursprung &amp; Hintergrund</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Studenten- und Frauenbewegung</li> <li>• Gegnerschaft zum UNO-Jahr 1981</li> <li>• Elterninitiativen und flächen-deckender Ausbau des Sonderschulwesens</li> <li>• Frankfurter Gerichtsurteil</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• prekäre, beschäftigungslose Lebenslage</li> <li>• Helsinki Konferenz bzw. Schlussakte</li> </ul>
<i>Unterschiede</i>		

## 5.4 Nicht-staatliche Akteure der Behindertenpolitik in Kasachstan und Usbekistan

### 5.4.1 Definition und Untergliederung

Mit Ende der Sowjetunion entstanden sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan eine Reihe neuer, unabhängiger Organisationen, die die bisher bestehenden Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung ergänzten (KNOX &

YESSIMOVA 2015; GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005; vgl. Kapitel 2.4). In Abgrenzung zu den staatlich organisierten Vereinigungen der VOG und VOS verfügten sie über eine höhere Autonomie von staatlichen Strukturen und lassen sich demnach eher „klassischen“ Nichtregierungsorganisationen zuordnen (KATSUI 2008:22). Sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan ist dabei in sprachlicher Hinsicht seltener von *Nichtregierungsorganisationen* [nepravitel'stvennye organizacii], sondern *nichtkommerziellen Organisationen* [nekommerčeskie organizacii] die Rede. In Usbekistan ist zudem noch in offiziellem Sprachgebrauch die Zusammensetzung der Begriffe der Nichtstaatlichen- und nichtkommerziellen Organisation [negosudarstvennaja nekommerčeskaja organizacija] geläufig<sup>58</sup>.

Trotz des Aufkommens neuer Organisationen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung spielen regierungsnahe Vereinigungen (GONGOs) im gesamten zentralasiatischen Raum weiterhin eine wichtige Rolle (KATSUI 2005), sodass sie einen bedeutenden Teil nicht-staatlicher Akteure in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung ausmachen. Wie in den übrigen ehemaligen Teilrepubliken in der Sowjetunion existierten nach ihrer Auflösung in Kasachstan und Usbekistan die Vereinigung gehörloser und blinder Menschen und die erst 1988 wiedergegründete *Allgemeine Gesellschaft von Menschen mit Behinderung* (VOI). Hinsichtlich ihrer historisch gewachsenen Angebots und- Versorgungsstruktur für ihre Mitglieder unterschieden sich diese drei Organisationen jedoch weitreichend: „*Until the 1990s the [deaf and blind people organisations] acquired their own faculties, workshops and different properties. [...] Whether the foundation was good or not, that is another question. But anyway, they had something, while we [the disabled people's organisations] had nothing*“ (zit. n. KATSUI 2005:105).

Diese Unternehmen sind jedoch mittlerweile kaum wettbewerbsfähig (UNDP 2009:59), sodass es an Aufträgen und Arbeit mangelt. Trotz der gesamtwirtschaftlichen Erholung in Kasachstan und Usbekistan wurden außerdem auch in den zurückliegenden Jahren weitere steuerliche und wirtschaftliche Vergünstigungen der Selbstvertretungsorganisationen

---

<sup>58</sup> GIFFEN, EARLE und BUXTON (2005:83) sprechen in englischer Sprache von [Non-governmental Organisations]. In Gesetzestexten in russischer Sprache wird aber in Usbekistan der Terminus [negosudarstvennyj] gebraucht, was sich eher mit [nicht-staatlich] übersetzen lässt (vgl. GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN 1999).

(DPOs) gekürzt (KATSUI 2005:125). Trotzdem spiegelt sich die historisch gewachsene Ungleichheit zwischen den beiden großen, staatlich organisierten Selbstvertretungsorganisationen und anderen Vereinigungen auch heute noch in der Anzahl der Beschäftigten wider: So entfallen drei Viertel aller der mit Hilfe von DPOs angebotenen Arbeitsplätze in Usbekistan auf die Gesellschaft gehörloser bzw. blinder Menschen (UNDP 2012:11).

Ihre Aufgabe besteht insofern immer noch in erster Linie darin, wohlfahrtsstaatliche Angebote und geschützte Arbeitsplätze für ihre Mitglieder zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der engen Verbindungen zum Staat ähnelt ihre hierarchische Organisation der Struktur staatlicher Institutionen (FRÖHLICH 2012:380; KATSUI 2005:103). Diese Struktur bestimmt auch die Möglichkeiten der Kooperation: Ausschließlich die Spitze der DPO auf nationaler Ebene kann in Verhandlungen zur Konzeption und Umsetzung von Gesetzen treten, während die einzelnen Abteilungen in den Gebieten und Städten mit der jeweiligen Stadt- oder Gebietsregierung zusammenarbeiten (KATSUI 2005:105f). Die Aufgaben dieser Unterabteilungen konzentrieren sich vor allem auf das Anbieten sozialer und medizinischer Dienste sowie die Durchführung von Kultur-, Freizeit- und Bildungsangeboten (FRÖHLICH 2012:380). Diese zentralisierte Struktur und die Nähe der großen DPOs zur Regierung erhöht dabei die Gefahr von Korruption und Machtmissbrauch durch die Machtfülle der Vorsitzenden (KATSUI 2005:114). So existieren beispielsweise Berichte über Machtkämpfe innerhalb der *Usbekischen Gesellschaft von Menschen mit Behinderung* und interne Klagen über Korruption und Vetternwirtschaft.

Allerdings scheint auch die tatsächliche Repräsentation von Menschen mit Behinderung in diesen (Selbstvertretungs)Organisationen eher gering, wenn selbst in der ehemaligen kasachstanischen Hauptstadt Almaty nur 11% von ihnen beispielsweise Mitglied in der VOI sind – viele Betroffene scheinen kaum über Existenz oder Aktivität dieser Organisationen informiert (KATSUI 2005:129).

Die im Zuge der Perestroika und nach Auflösung der Sowjetunion aufkommenden Selbstvertretungsorganisationen (DPOs) und Elternvereinigungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung entstanden dabei zum einen als Reaktion auf die wirtschaftlich prekäre Lage und die dadurch fehlende staatliche Versorgung, wie FRÖHLICH (2012:381) am Beispiel Russlands zeigt. In Zentralasien spielte dafür der Rückgriff auf traditionelle Familien- oder Klanverbindungen vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs beruflicher

und institutioneller Strukturen eine wichtige Rolle (KNOX & YESSIMOVA 2015:310; BUXTON 2009:45). Meist entwickelten sich solche Akteure in den städtischen Zentren auf Initiative einzelner, gut ausgebildeter Personen (BUXTON 2009:44). Dabei kommt Eltern von Kindern mit Behinderung, wie auch in den 50er Jahren in der Bundesrepublik, ein zentraler Stellenwert zu:

Wir hatten, haben und werden eine sehr hohe Motivation haben. Wir sind Eltern. Wir haben solche Kinder und deshalb sind wir bereit kostenlos zu arbeiten, selbst eigenes Geld zu investieren, um die Welt zu ändern, das Leben unserer Kinder besser zu machen (INTERVIEW XXII:46-48).

Zum anderen wurde eine ganze Reihe nicht-staatlicher Organisationen durch internationale Akteure ins Leben gerufen, die häufig die reine Laufzeit eines Projekts nicht überdauerten (KNOX & YESSIMOVA 2015:304; KATSUI 2008:23). Rein quantitative Angaben zu existierenden NGOs sind daher kaum aussagekräftig – auch deshalb, weil die Unterabteilungen der großen Selbstvertretungsorganisationen ebenfalls eigenständig registriert werden (KATSUI 2008:23). Mit Blick auf ausschließlich aktive NGOs waren in Usbekistan im Jahre 2005<sup>59</sup> von 465 Nichtregierungsorganisationen 74 im Bereich Behinderung registriert, was einem Anteil von knapp 16% entspricht (KATSUI 2005:110). In Kasachstan spricht das UNDP (2009:59) von ca. 200 NGOs im Bereich Leben mit Behinderung, von denen allerdings nur ungefähr 90 aktiv sind. Zu beachten ist dabei allerdings, dass auch hier sowohl staatsnahe Selbstvertretungsorganisationen als auch deren regionale Ableger eingerechnet sind. Eine Übersicht aus dem Jahre 2004 macht aber deutlich, dass der Bereich Leben mit Behinderung bei den nicht-staatlichen Akteuren in Kasachstan, besonders aber in Usbekistan eine wichtige Rolle spielt.

---

<sup>59</sup> Mangels aktuellerer Daten muss auf diese bereits mehr als 10 Jahre zurückliegenden Werte zurückgegriffen werden.

**Tabelle 5-3:** Übersicht der Tätigkeitsfelder von Nichtregierungsorganisationen in Kasachstan und Usbekistan aus dem Jahre 2004 (nach GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:92).

Bereich	Kasachstan	Usbekistan
Kinder/Jugend	105	56
Gesundheit	87	46
Bildung/Wissenschaft	83	38
Umweltschutz	81	38
Menschen mit Behinderung	75 <sup>60</sup>	74
Frauen	71	41

Neuere Daten hinsichtlich der gesamten Anzahl von Nichtregierungsorganisationen schwanken stark zwischen 330 und 5.100 (Usbekistan) sowie 800 und 20.000 (Kasachstan), was vor allem daran liegt, dass eine hohe Anzahl davon lediglich auf dem Papier existiert und inaktiv ist (KNOX & YESSIMOVA 2015:304; ASIAN DEVELOPMENT BANK 2015;2011).

## 5.5 Aktuelle Entwicklungen

Die in Kapitel 2.4 geschilderte Lage von nationalen nicht-staatlichen Akteuren in Usbekistan machte bereits die herausfordernden Bedingungen, unter denen sie dort existieren, deutlich. So sollen beispielsweise intransparente, aufwendige und teure Anmeldeverfahren mitunter verhindern, dass sich Nichtregierungsorganisationen registrieren lassen können (KATSUI 2005:118f, 2008:24). Selbst kleinere Selbsthilfegruppen im Bereich Leben mit Behinderung erleben solche Schwierigkeiten, deren Mitglieder von großer Skepsis staatlicher Strukturen gegenüber ihrer Organisation berichten, insbesondere, wenn sie Unterstützung aus dem Ausland erhalten (vgl. Kapitel 2.4). Aufgrund eines neuen Gesetzes müssen darüber hinaus alle Treffen von Vertretern von nicht-staatlichen Strukturen mit Ausländern mehrere Wochen vorher beim Justizministerium angemeldet werden (INTERVIEW XXIX). All dies schränkt auch die Möglichkeit zur Kooperation mit internationalen Geldgebern ein. Vor allem nach den Vorfällen in Andijan und den Farbenrevolutionen beschreibt LORENZKOWSKI (2006:21) nicht-staatlicher Akteure deshalb aus staatlicher

---

<sup>60</sup> KNOX und YESSIMOVA (2015:304) sprechen von nur 7% aller Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich Leben mit Behinderung aktiv sind.

Perspektive als Bedrohung, was zu einer „*feindlichen Haltung*“ ihnen gegenüber geführt hat.

Die usbekische Regierung ist dabei bemüht, alle Entwicklungen im Bereich nicht-staatlicher Akteure zu kontrollieren und der staatlichen Aufsicht zu unterstellen. In diesem Licht sind auch durchaus positive Veränderungen in diesem Bereich zu sehen, beispielsweise die bereits einige Jahre zurückliegende Gründung der NANGOUZ, eine nationale Vereinigung von nicht-staatlichen Akteuren, unter deren Schirmherrschaft sich rund 150 Nichtregierungsorganisationen versammeln (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2011). Besondere Aufmerksamkeit im Bereich der nicht-staatlichen Akteure zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung verdient dabei die Gründung des sogenannten *Konsultativen Rates* [*konsul'tativnyj sovet*] im Jahre 2012, der sich aus Vertretern von 28 nationalen und lokalen DPOs, staatlichen Einrichtungen (u.a. Arbeits- und Sozialschutzministerium) und – als Beobachter – internationalen Organisationen zusammensetzt<sup>61</sup>. In der Entwicklung nicht-staatlicher Akteure in Usbekistan sieht TURDIEV (2015:10) deshalb u.a. in der Begleitung von Gesetzgebungs- und Implementationsprozessen trotz ihrer insgesamt schwierigen Lage deutliche Verbesserungen:

[T]he disability rights advocates among the persons with disabilities became more skilled and empowered, the groups of parents of children with disabilities emerged, DPOs shifted from rivalry into collaboration mode by establishing national level structure «Consultative Council of DPOs».

Obwohl der *Konsultative Rat* Teil der *Nationalen Assoziation von NGOs* (NANGOUZ) ist, stellt er durchaus eine neue Entwicklung im Bereich nicht-staatlicher Strukturen auf dem Gebiet der Behindertenpolitik in Usbekistan dar. Er ist u.a. beauftragt, der Exekutive und Legislative Vorschläge zur Weiterentwicklung der rechtlichen Basis und Sozialpolitik zum Schutz von Menschen mit Behinderung zu unterbreiten und die Tätigkeiten der Selbstvertretungsorganisationen zu koordinieren. Seine Hauptaufgabe besteht zurzeit aber darin, einen *Nationalen Handlungsplan zur Ratifizierung und Umsetzung der Behindertenrechtskonvention* der UN zu entwickeln, mithilfe dessen die Anforderungen zur Ratifizierung der Konvention erfüllt werden sollen (TURDIEV 2015). Sowohl national als auch

---

<sup>61</sup> Die Homepage des *Konsultativen Rates* war bei Abschluss der Promotionsarbeit nicht erreichbar; ob dies auf politische, wirtschaftliche oder schlicht technische Gründe zurückzuführen ist, kann zu diesem Zeitpunkt nicht aufgeklärt werden.

international wird diese Entwicklung als wichtiger Schritt zur einer aktiveren Beteiligung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft gewertet: „*This new institution of disability civil society has been highly recognized by the international and national stakeholders as the perspective partner for civil society development in Uzbekistan*“ (TURDIEV 2015:17). Gleichermaßen laufen Verhandlungen einiger DPOs mit Parteien, um die politische Repräsentation von Menschen mit Behinderung, beispielsweise durch Abgeordnete mit Behinderung, zu verbessern. In der Bewertung des Konsultativen Rates unterscheiden sich allerdings die Erfahrungen der Interviewpartner im Rahmen der Forschungsarbeit deutlich (vgl. Kapitel 9). Interessanterweise ging die Gründung des *Konsultativen Rates* zwar von zivilgesellschaftlichen Strukturen mit internationaler Unterstützung aus, allerdings sagten die Vertreter der DPOs kurz vor dem ersten Treffen ihre Teilnahme ab. Dieser Fall veranschaulicht, wie die usbekische Regierung bestrebt ist, die Kontrolle über alle gesellschaftlichen Entwicklungen zu behalten und sich als (einziger) zentraler Akteur zu positionieren.

In Bereichen, die aus usbekischer Regierungsperspektive als wenig bedrohlich erscheinen, ist jedoch die Tendenz einer sich abzeichnenden Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zu erkennen, wie das im Januar 2015 in Kraft getretene Gesetz *Zur sozialen Partnerschaft* [*O social'nom partnërstve*] zeigt. Darin wird die Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen der *Zivilgesellschaft* [*graždanskoe obščestvo*] im Bereich der sozio-ökonomischen Entwicklung Usbekistans geregelt. Einer der ersten Resultate dieses Gesetzes war die Gründung eines aus Nichtregierungsorganisationen bestehenden *Gesellschaftlichen Rates* [*obščestvennyj sovet*] unter Anleitung des Ministeriums für Arbeit und Sozialschutz im Dezember 2015. Wiederum wird dadurch deutlich, wie sich die usbekische Regierung als Initiator dieser Entwicklung darstellen und nicht-staatliche Aktivität zu beaufsichtigen versucht.

Das usbekische Gesetz *Zur Sozialen Partnerschaft* dürfte dabei von den Erfahrungen Kasachstans beeinflusst sein. Bereits 2005 verabschiedete das Land unter Beteiligung von UNICEF ein Gesetz *Zu staatlichen sozialen Aufträgen* für Nichtregierungsorganisationen, mit Hilfe dessen es nicht-staatlichen Akteuren ermöglicht wurde, staatliche Fördergelder im Bereich der sozialen Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten und sich damit von internationaler Unterstützung schrittweise unabhängiger zu machen (KNOX & YESSIMOVA 2015:304; AN 2014:128; vgl. a. BHUIYAN & AMAGOH 2011:240). Die neue Gesetzgebung



fürhte dabei zu einer drastisch ansteigenden Zahl von nicht-staatlichen Organisationen besonders im sozialen Bereich, bedeutet aber gleichzeitig auch die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung (vgl. FRÖHLICH 2012:382).

Die Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Bereich der sozialen Versorgung der Bevölkerung wurde dabei weiter durch das Gesetz *Über spezielle soziale Dienstleistungen* [*O special'nych social'nych uslugach*] ausgebaut. Das Gesetz erweitert die staatlichen Möglichkeiten der Finanzierung von NGOs als sozialer Dienstleister und soll u.a. auch dem Empfängerkreis staatlicher Hilfe vergrößern. Aus der Perspektive staatlicher Strukturen scheinen vor allem jedoch die damit verbundenen geringeren Kosten von Interesse zu sein (vgl. FRÖHLICH 2012).

Ein Novum bildete die Erarbeitung des Gesetzes aber auch insofern, als dass erstmals Vertreter nicht-staatlicher Akteure im Bereich Leben mit Behinderung an dem Gesetzgebungsprozess beteiligt waren (AN 2014:129). Allerdings, so kritisiert die ASIAN DEVELOPMENT BANK (2015), ist ihr tatsächlicher Einfluss bei wichtigen politischen Entscheidungen äußerst begrenzt und spielt sich eher in beratenden Gremien hinsichtlich der Grundversorgung vulnerabler Gruppen ab. Inwieweit politische Bekenntnisse, wie beispielsweise das Dekret des Präsidenten aus dem Jahre 2006 zur *Konzeption der zivilgesellschaftlichen Entwicklung 2006-2011* oder ähnliche Programme sich überhaupt auf politische Entscheidungsprozesse auswirken können, bleibt deshalb abzuwarten (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2015).

Erschwerend kommt hinzu, dass vor allem kleinere NGOs von enormen finanziellen Schwierigkeiten berichten, da sie der Staat nur unzureichend unterstützt und Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen kaum entwickelt sind (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2015). Die finanziellen Schwierigkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen hängen nicht zuletzt damit zusammen, dass sich mit dem starken Wirtschaftswachstum seit den 2000er Jahren viele internationale Geldgeber aus Kasachstan zurückgezogen haben (BUXTON 2009:48). Zwar gibt es staatliche Projektausschreibungen, aber die Beantragung gestaltet sich äußerst aufwendig; zudem scheinen sie wenig transparent und sind von Korruption gekennzeichnet, sodass kaum von einem fairen Wettbewerb um diese Ressourcen gesprochen werden kann (KNOX & YESSIMOVA 2015:314).

## 5.6 Kritik an nicht-staatlichen Akteuren

Vor dem Hintergrund der schwierigen Bedingungen für nicht-staatliche Akteure infolge der staatlichen Dominanz, fehlender finanzieller Spielräume und kaum vorhandener gesellschaftlicher Erfahrung in diesem Bereich ergeben sich eine Reihe von komplexen Herausforderungen.

Denn zunächst einmal ist für die Gründung einer nicht-staatlichen Organisation ein hohes Maß an sozialem Kapital, aber auch betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und Wissen über Behinderung selbst nötig – sowie auch die Unterstützung von dafür aufgeschlossenen Experten (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013). Vorsitzende sind deshalb oft vergleichsweise wohlhabend und gut ausgebildet – im Gegensatz zu den Mitgliedern (KATSUI 2005:131f). Fehlende finanzielle Möglichkeiten haben zudem zur Folge, dass sich nicht-staatliche Akteure mehr an den Geldgebern – seien es internationale Akteure oder lokale Regierungen – orientieren als an ihrer eigentlichen Zielgruppe (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:96ff). Die von internationalen Akteuren übernommenen Konzeptionen und Ideen werden deshalb teilweise nur von den Nichtregierungsorganisationen selbst verstanden und besitzen kaum Relevanz für die Mehrheit von Menschen mit Behinderung.

Auch innerhalb von Nichtregierungsorganisationen spiegelt sich dieser Kontrast zwischen Leitungsebene und Mitgliedern wider: Fortbildungen und Seminare richten sich häufig nur an den Vorsitzenden einer Organisation, die meisten Mitglieder aber – zum Teil nicht einmal deren Stellvertreter – sind über die Veranstaltungen informiert. Diese Struktur hat außerdem zur Folge, dass Aktivität und Erfolg einer DPO in erster Linie von ihrer Leitung abhängt – was wiederum eine hohe Anfälligkeit für Korruption birgt und die Bedeutung persönlicher Kontakte hervorhebt (KATSUI 2005:133).

Auf der anderen Seite können Vorsitzende versuchen, persönliche Vorteile aus Kooperationen mit internationalen oder nationalen Partnern zu ziehen, anstatt tatsächliche Veränderungen in gesetzlicher, gesellschaftlicher oder praktischer Ebene zu erreichen. Denn unter den bestehenden wirtschaftlichen Bedingungen können NGOs eher zur Generierung von Einkommen und Bildung sozialer Netzwerke genutzt werden (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:103). In diesem Sinne sehen internationale Experten den bisherigen Beitrag von Selbstvertretungsorganisationen in der behindertenpolitischen Debatte kritisch (vgl. Kapitel 9).

Die prekäre finanzielle Situation zahlreicher Nichtregierungsorganisationen führt zudem in den beiden Ländern zu einem ausgeprägten Konkurrenzkampf und scharfen Wettbewerb um Fördergelder und Ressourcen (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:97), was zur Folge hat, dass sich Nichtregierungsorganisationen kaum über bestehende Entwicklungsprojekte und Fördermöglichkeiten austauschen (KATSUI 2005:117):

Während FRÖHLICH (2012:385) zudem hinsichtlich russländischer staatsnaher Selbstvertretungsorganisationen (GONGOS) im Bereich der Behindertenpolitik die enge Beziehung zu staatlichen Strukturen als durchaus positiven Aspekt zur Umsetzung und Einhaltung bestehender Gesetze bewertet, hebt KATSUI (2005:107) im zentralasiatischen Kontext den daraus resultierenden apolitischen Charakter der großen DPOs hervor, der offene Kritik an der Situation von Menschen mit Behinderung unmöglich macht:

In this way, GONGOs tend to be a part of the government without reflecting the real needs of disabled people, despite the big space that they occupy in the disability sector. Due to the fear of the “war” [gegen die Regierung, S.K.], GONGOs have difficulty in raising disability as a social issue and as a result reinforce the status quo.

Die Konzentration auf soziale, medizinische und kulturelle Dienstleistungen der großen DPOs, so auch die Kritik von FRÖHLICH (2012:38), bleibt in einer paternalistischen Auffassung von Behinderung verhaftet, die Menschen mit Behinderung als grundsätzlich hilfebedürftig sieht und die Notwendigkeit von Rehabilitation und Schutz hervorhebt (vgl. TURDIEV 2015:16). Insofern fällt dann auch das Fazit von KATSUI (2005:143) hinsichtlich der Arbeit von staatsnahen Selbstvertretungsorganisationen aus: *„Without any significant change, however, most of these DPOs remain a part of the discriminating mechanism against their will.“*

Auch bei kleineren DPOs steht die Organisation von Feierlichkeiten und Festen oder die Nachfrage nach konkreter wirtschaftlicher und sozialer Hilfe an erster Stelle. Dabei fördert der Staat gerade solche sozialen Projekte, die grundsätzlich eher unpolitisch sind. Dies betrifft umso mehr die Entwicklung in Kasachstan, wo der Staat vermehrt soziale Dienstleistungen an nicht-staatliche Akteure auslagert. Infolge der dadurch entstehenden (finanziellen) Abhängigkeit ist es für diese Organisationen nicht nur schwieriger, Kritik zu üben, sondern es ermöglicht staatlichen Strukturen auch, die Verantwortung für die Qualität der Versorgung der Bevölkerung abzugeben (KNOX & YESSIMOVA 2015:311).

Diese Problematiken spiegeln jedoch auch die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der NGOs und deren Vorsitzenden wider, sodass es kaum gerechtfertigt erscheint, nicht-staatliche Akteure in Zentralasien mit den Erwartungen aus Europa oder den USA zu vergleichen. Zugleich kann aufgrund des komplexen Geflechts aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren kaum von einer kritischen Haltung nicht-staatlicher Akteure gegenüber regierungsnahen Strukturen ausgegangen werden.

## 5.7 Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieses Kapitels bildete eine vergleichende Untersuchung nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in der Sowjetunion und der Behindertenrechtsbewegung in der BRD. Zentrale Differenzen in ihren Zielen ergaben sich vor allem hinsichtlich der Positionierung in Bezug auf die (staatlich) organisierten Unterstützungssysteme. Während die Behindertenrechtsaktivisten in Deutschland sich klar gegen eine solche bevormundende Hilfe zur Wehr setzten und ihre Unabhängigkeit davon in den Vordergrund rückten, verlangten ihre Gegenüber in der Sowjetunion gerade ein *Mehr* an sozialstaatlicher Unterstützung. Dies wirft unweigerlich die Frage auf, inwiefern für stärker an politischer Partizipation und (individueller) Unabhängigkeit interessierte Selbstvertretungsorganisationen in Kasachstan und Usbekistan nicht ebenfalls ein stabileres Netz an sozialer Sicherung existieren muss. Gerade vor dem Hintergrund der Kritik an nicht-staatlichen Akteuren in den beiden Ländern (vgl. FRÖHLICH 2013; KATSUI 2005) sollte dies Berücksichtigung finden.

In Kasachstan und Usbekistan sind Menschen mit Behinderung somit seltener an Ideen des *Empowerments* oder (gesellschaftlicher und politischer) Partizipation, sondern eher an konkreter materieller Hilfe interessiert. Diese Erfahrung teilt auch KATSUI (2005:132) in der Analyse der zivilgesellschaftlichen Entwicklung im Bereich Leben mit Behinderung in Zentralasien:

DPOs try to implement new ideas by collaborating with international actors. Nevertheless, members are not interested in these long-time goals of independence and empowerment when they are concerned about material need in their daily life. (KATSUI 2005:132).

Wenn solche Konzeptionen „von außen“ implementiert werden sollen, scheinen sie deshalb höchstens für die häufig überdurchschnittlich gut ausgebildeten

Führungspersonlichkeiten der (meist urbanen) Nichtregierungsorganisationen angemessen, nicht aber für die Mehrheit der Menschen mit Behinderung. Als besonders problematisch erweist sich hierbei zusätzlich die Tatsache, dass Unterstützungsangebote nicht-staatlicher Akteure von den am stärksten marginalisierten Gruppen – Menschen mit komplexer körperlicher und/oder geistiger Behinderung – wenig in Anspruch genommen werden können, da sie kaum repräsentiert werden oder die Angebote nicht barrierefrei sind (KATSUI 2005:143).

Trotz aller Schwierigkeiten ist die Aktivität nicht-staatlicher Akteure im Bereich Leben mit Behinderung zumindest im Vergleich zu anderen Gebieten sogar relativ hoch, was ihren Stellenwert für die Entwicklung der Behindertenpädagogik und sogar den darüberhinausgehenden Aspekt des zivilgesellschaftlichen Engagements hervorhebt. Insbesondere Eltern von Kindern mit Behinderung und Betroffene selbst besitzen – unter der Bedingung entsprechender individueller Voraussetzungen – mitunter eine hohe Motivation, ihre eigene Situation oder die Situation ihrer Kinder zu verbessern. Dies macht sie zu direkten Adressaten internationaler Organisation, aber auch zu Multiplikatoren neuartiger Konzeption im pädagogischen, medizinischen und psychologischen Bereich. Offen dabei ist, inwieweit die Vorsitzenden solcher DPOs an tatsächlichen Veränderungen interessiert sind, von denen nicht nur sie selbst oder ihr engster sozialer Kreis profitiert. Zudem ist das Verhältnis zwischen einzelnen Nichtregierungsorganisationen insofern problematisch, als dass es meist von starker Konkurrenz geprägt ist. Denn zwischen ihnen herrschen vor dem Hintergrund fehlender finanzieller Unterstützung Konflikte um Informationen und Ressourcen, die eine weitergehende Kooperation zwischen den Organisationen und damit auch das Eintreten für die Rechte von Menschen mit Behinderung erschweren.

Entgegen dieser Kritik existieren durchaus auch positive Beispiele hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen sowie zwischen Nichtregierungsorganisationen in den beiden Ländern. Die Erarbeitung des Gesetzes *Über spezielle soziale Dienstleistungen* ist ein Beispiel dafür in Kasachstan; in Usbekistan wirkt der *Konsultative Rat*, ein Zusammenschluss verschiedener DPOs im Bereich Behinderung, an der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention mit. Aber selbst der eng in staatliche Strukturen eingebundene *Konsultative Rat* kann nur in einem von der Regierung gebilligten Rahmen agieren.

Die vor allem in Kasachstan mittlerweile relativ weit verbreitete staatliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen zur Erbringung sozialer Dienstleistungen ist dabei ein weiteres Beispiel, wie nicht-staatliche Akteure agieren können. Auf der anderen Seite birgt dies die Gefahr der Abhängigkeit von staatlichen Strukturen. Hand in Hand geht damit eine höhere Anfälligkeit für Korruption und Machtmissbrauch – verstärkt durch die meist intransparenten staatlichen Projektausschreibungen. Zudem bleibt die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen meist projektgebunden und kurzfristig.

Abgesehen von der inhaltlichen Kritik an der Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure bleibt insgesamt festzuhalten, dass in Kasachstan und Usbekistan ein generelles Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Entwicklungen aufseiten staatlicher Akteure herrscht. Denn beide Staaten sind daran interessiert, ihre gesellschaftliche Dominanz ebenfalls gegenüber Nichtregierungsorganisationen auszuüben. Die relative Offenheit der kasachstanischen Behörden gegenüber nicht-staatlicher Aktivität darf insofern nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dies sich nur unter staatlicher Kontrolle vollziehen darf: *„From the perspective of the Kazakh state, nongovernmental organizations can improve the efficiency of state institutions, but only if they are closely monitored by authorities”* (KAZKENOV & ZIEGLER 2015:207).

## 6 Internationale nicht-staatliche Akteure

### 6.1 Definition und Untergliederung

Wenn von internationaler Kooperation bzw. transnationalen nicht-staatlichen Akteuren in der Behindertenpolitik im folgenden Kapitel die Rede ist, gilt es, für die Zielsetzung der Forschungsarbeit zwischen vier verschiedenen Organisationsformen zu differenzieren.

Zum einen unterscheidet sich der Hintergrund dieser Akteure, die entweder die entwicklungspolitische Exekutive einzelner Staaten bilden oder als Unterorganisationen transnationaler Bündnisse wie der Vereinten Nationen (UN<sup>62</sup>) agieren können. Zum anderen sind es die Vereinten Nationen selbst, die über politische Entscheidungsprozesse im Rahmen internationaler Konventionen oder Abkommen Einfluss nehmen können. Prominentestes Beispiel dafür in der Behindertenpolitik ist zurzeit zweifelsohne die Behindertenrechtskonvention. Davon lassen sich drittens transnationale Akteure unterscheiden, die vornehmlich das Ziel der kreditfinanzierten Wirtschaftshilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch soziale Projekte verfolgen. Hinzu kommen abschließend noch internationale Nichtregierungsorganisationen, die meist aus einem westlichen Kontext stammen, aber in der Projektarbeit im Entwicklungskontext tätig sind. Zu der eingangs genannten entwicklungspolitischen Exekutive der Nationalstaaten gehören Entwicklungsagenturen, die zwar unabhängig in ihrer Tätigkeit sind, aber nichtsdestotrotz einem bestimmten nationalen Kontext entstammen. Dazu lassen sich beispielsweise die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit), USAID und JICA (Japan International Cooperation Agency) zählen. Hauptauftraggeber der GIZ, die 2011 aus der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) hervorgegangen ist, ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Schwerpunktsetzungen ihrer Tätigkeit umfassen neben der Förderung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Umweltschutz auch das Themenfeld Bildung (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG 2008:9). Allerdings findet zwar der Bereich Leben mit

---

<sup>62</sup> Auch hier verwende ich aufgrund der stärkeren Gebräuchlichkeit die englische Abkürzung UN und nicht die deutsche Variante VN.

Behinderung in der Entwicklungsagenda der GIZ Berücksichtigung (s. Kapitel 6.4), spielt aber in ihrer praktischen Tätigkeit im zentralasiatischen Kontext bisher kaum eine Rolle. Deshalb ist die japanische Entwicklungsagentur JICA, deren Vorläuferorganisationen bereits in den 50er Jahren gegründet wurden (JAPAN INTERNATIONAL COOPERATION AGENCY 2017), in der behindertenpolitischen Projektarbeit insbesondere in Usbekistan von wesentlich zentralerer Bedeutung.

Hinsichtlich der Unterorganisationen der Vereinten Nationen (UN) lassen sich für den Bereich Leben mit Behinderung UNICEF (United Nations Children Emergency Fund), die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), das UNDP (United Nations Development Programme) und die WHO (Weltgesundheitsorganisation) in der Entwicklungszusammenarbeit nennen. Während Ziele und Tätigkeit von UNICEF und der Weltgesundheitsorganisation auch im europäischen Kontext medial präsent sind, ist das UNDP weitaus weniger bekannt. Dabei verfügt es gerade im entwicklungspolitischen Diskurs der UN über einen zentralen Stellenwert (TELLERIA 2017:2143). Das UNDP wurde in den 60er Jahren gegründet, um nachhaltige Entwicklungsstrategien durch die Nutzung gemeinschaftlichen Wissens anderer UN-Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO zu bündeln, die zuvor relativ unabhängig voneinander agierten (BROWNE 2011:1ff). Mittlerweile ist das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in über 170 Ländern mit dem Primärziel der Armutsbekämpfung aktiv (UNDP 2017).

Drittens gehören zu den Akteuren, deren Hauptaufgabe in der gesamtwirtschaftlichen Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern besteht und die im zentralasiatischen Kontext von Bedeutung sind, die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank (ADB). Während die Weltbank dabei seit über 70 Jahren existiert und zunächst mit dem Ziel der Finanzierung des Wiederaufbaus der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Staaten beauftragt wurde (WORLD BANK 2017e), handelt sich bei der ADB um eine genuin für den asiatischen Kontext ins Leben gerufene Entwicklungsinstitution (ASIAN DEVELOPMENT BANK 2017). Gegründet in den frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, sollte sie der Entwicklung in einer Region dienen, die damals noch zu einer der weltweit ärmsten zählte.

Schlussendlich sind davon transnationale bzw. internationale Nichtregierungsorganisationen, die in der Behindertenpolitik in Kasachstan und Usbekistan



in erster Linie (Pilot)Projekte durchführen und lokale nicht-staatliche Akteure fördern, zu differenzieren. Zu diesen Akteuren lassen sich beispielsweise die SOROS-Stiftung oder WORLD VISION INTERNATIONAL zählen, das von 2008 bis 2010 das Projekt *Community Based Rehabilitation Project for People with Disabilities* in Taschkent durchgeführt hat (vgl. Kapitel 6.5).

## 6.2 Ursprünge und Geschichte internationaler Behindertenpolitik

Die ersten Bemühungen auf transnationaler Ebene zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung gehen auf die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück (LORD et al. 2010:3). Dabei sind vor allem die Erklärungen der Vereinten Nationen zu den *Rechten von behinderten Menschen* sowie spezifisch zu den *Rechten von Menschen mit geistiger Behinderung* zu nennen. Beide Konventionen setzten zum ersten Mal explizit das Thema Menschenrechte in Bezug auf Behinderung auf die internationale Agenda – auch wenn sie weiterhin in einer medizinischen Perspektive verhaftet blieben. Großen Anteil an der erwachenden internationalen Aufmerksamkeit an diesem Thema dürfte auch die Behindertenrechtsbewegung in den USA und Europa besessen haben, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren des letzten Jahrhunderts begann, individual-medizinische Vorstellungen von Behinderung zu hinterfragen und Konzepte eines selbstbestimmten Lebens [*independent living*] zu unterstützen (KETT, LANG & TRANI 2009:653). „Behinderung“ wurde im Kontext dieser Bewegung und der gesellschaftlichen Veränderungen damit erstmals in der Öffentlichkeit als ein politisches Thema wahrgenommen, das in unmittelbarer Nähe zu menschenrechtlichen Fragen steht.

Zur gleichen Zeit erfolgten auch erste Initiativen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit (KETT, LANG & TRANI 2009:652f). Dabei stand zunächst vor allem die Versorgung mit einer behinderungsspezifischen Unterstützungsstruktur durch medizinische Hilfe und Rehabilitation in Entwicklungs- und Schwellenländern im Vordergrund. Zu diesem Zweck wurden erste Formen der *Gemeindenahen Rehabilitation* [*community-based rehabilitation - CBR*] in der internationalen Zusammenarbeit entwickelt. Diese Herangehensweise entstand aus der Kritik, dass westliche Konzepte der institutionalisierten, auf urbane Gebiete konzentrierten Behindertenhilfe in Entwicklungsländern aufgrund fehlender wirtschaftlicher Ressourcen

kaum realisierbar sind (BIEWER 2006:140; WEIGT 2009:310). Zwar lassen sich unter dem Begriff der *Gemeindenahen Rehabilitation* verschiedene Konzeptionen je nach Schwerpunktsetzung subsumieren, gemeinsames Anliegen ist jedoch die Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch lokale, in der Gemeinschaft verwurzelte Aktivitäten (LORENZKOWSKI 2005:47). Folglich sollte ein Großteil der notwendigen medizinisch-rehabilitativen Förderung durch Personal allgemeiner Versorgungseinrichtungen sowie häufig die Familienangehörigen selbst übernommen werden, die durch Qualifizierungsangebote weitergebildet wurden. Ziel dieser Vorgehensweise war zudem, Menschen mit Behinderung nicht von ihrem gewohnten Lebensumfeld zu trennen (TIRMUSANI, VREEDE & WIRZ 2002:559f).

In der internationalen Gemeinschaft intensivierten sich aber erst in den 80er Jahren die Bemühungen, das Thema Leben mit Behinderung auf der politischen Bühne sichtbarer zu machen, wie beispielsweise die Erklärung des Jahres 1981 durch die Vereinten Nationen zum *Internationalen Jahr der Behinderten* verdeutlicht (LORD et al. 2010:3). In dessen Rahmen kam es in einigen Regionen auch zu nationalen Förderprogrammen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Zudem wurde 1982 der *Weltaktionsplan für behinderte Menschen* durch die Generalversammlung der UN angenommen. Dessen wichtigste Punkte bezogen sich auf eine globale Strategie zur Prävention, Rehabilitation und Chancengleichheit, um Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben und der nationalen Entwicklung zu ermöglichen. Das Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft, Menschen mit Behinderung in Politik und Entwicklungsprogramme einzubeziehen, nahm insofern in den 80er Jahren deutlich zu.

1993 erfolgte dann mit der Verabschiedung der *Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für behinderte Menschen* ein Dokument, das in Teilen als Vorläufer der Behindertenrechtskonvention von 2006 gilt (LORD et al. 2010:4). Besonders in Artikel 32 der Behindertenrechtskonvention, der sich mit der internationalen Kooperation zwischen Staaten, Regierungen und transnationalen Akteuren befasst, spiegeln sich zentrale Aspekte dieser *Rahmenbestimmungen*. Denn die insgesamt 22 Artikel betonen die Bedeutung des Engagements der Staaten in der Entwicklungszusammenarbeit, um zur Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung beizutragen. Allerdings stellten sie kein rechtlich bindendes Instrument dar und besaßen somit vornehmlich Absichtscharakter (KETT, LANG & TRANI 2009:654).

Trotz dieser Absichtserklärungen und eines spürbaren Bedeutungszuwachses des Themas blieben Menschen mit Behinderung in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit weithin unsichtbar. GRECH (2016a:10; vgl. KETT, LANG & TRANI 2009:651) sieht dies vor allem in der Einstellung internationaler Akteure, Behinderung als spezifisches Thema für einen eng gefassten Kreis von Experten zu betrachten, begründet. Folglich klagten Organisationen häufig über mangelndes Wissen in diesem Bereich und bewerteten das Thema Behinderung als nicht relevant bzw. als nur eines von vielen in der Entwicklungszusammenarbeit. Hinzu kommt, dass mitunter die zu hohen Kosten für die fehlende Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung angeführt wurden. Aber auch Vorurteile und Stereotype trugen zu ihrem Ausschluss aus der Entwicklungszusammenarbeit bei. Beispielhaft lässt sich dies an ihrer fehlenden Einbeziehung in Projekte zur Prävention von HIV/Aids belegen, was dem verbreiteten Vorurteil geschuldet war, Menschen mit Behinderung seien sexuell nicht aktiv (KETT, LANG & TRANI 2009:654f). All dies hatte zur Folge, dass das Thema Behinderung vornehmlich als Wirkungskreis zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wohltätigkeitsveranstaltungen angesehen wurde (GRECH 2016a:10).

Wie weitreichend die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungskooperation war, unterstreicht in besonderer Weise ihre Abwesenheit in der Formulierung der Millenniumsentwicklungsziele [*Millennium Development Goals*] der Vereinten Nationen im Jahr 2000 (vgl. LORD et al. 2010:5):

The Millennium Development Goals (MDGs) had been set and disability was nowhere to be seen; development report after another ignored disability; and policies and measures addressing poverty reduction, health, HIV/AIDS, education, gender equality, humanitarian concerns, environmental and climatic issues, among others, were designed and set without disability within their scope and remit. In the meantime, practices such as community-based rehabilitation (CBR), strongly promoted by the World Health Organization, were growing exponentially to fill this void, alongside international organisations working in these so-called 'developing countries' (GRECH 2016a:5).

Menschen mit Behinderung spielten damit bis zur Jahrtausendwende in der konkreten Entwicklungszusammenarbeit außerhalb spezifischer Unterstützungsmaßnahmen wie der *Gemeindenahen Rehabilitation* kaum eine Rolle.

### 6.3 Aktuelle Entwicklungen

Lange Zeit galt das Thema Behinderung damit als Themengebiet, dass sich ausschließlich an Akteure mit entsprechend spezifischem Wissen richtet und demnach nicht als allgemeiner Teil der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden kann (HOCHWARTER 2009:29f; WEIGT 2006:307). Vor diesem Hintergrund war deshalb die Auffassung verbreitet, dass zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung nur gesondert ausgearbeitete Programme genutzt werden können (DIXON 2008:24). Dieser Blickwinkel begann sich erst mit der Jahrtausendwende zu wandeln, was sich beispielhaft an der Etablierung der *Global Partnership for Disability and Development* (GPDD) der *Weltbank* aus dem Jahr 2002 ablesen lässt, die in ihrer Zielsetzung eine Verbindung von sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit mit dem Thema Behinderung unterstützte (LORENZKOWSKI 2005:48). Auf europäischer Ebene forderte die im Jahre 2003 durch die *Europäische Kommission* beschlossene *Guidance Note on Disability and Development* die Mitgliedsstaaten zu einer inklusiven Entwicklungszusammenarbeit auf.

Während jedoch der menschenrechtlich basierte Ansatz zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung bereits in den 90er Jahren an Bedeutung gewann, spiegelt erst die Verabschiedung der *Behindertenrechtskonvention* durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen 2006 die tatsächliche Verankerung dieser Perspektive in der internationalen Gemeinschaft wider (LORD et al. 2010:3). Denn im Rahmen der *Behindertenrechtskonvention* werden Menschen mit Behinderung nicht als Objekte wohlthätiger Fürsorge, sondern als aktive Inhaber von Rechten, deren Nicht-Beachtung einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt, gesehen. In der internationalen Entwicklungspolitik setzte sich damit ein *menschenrechtsbasierter Ansatz* [*human-rights based approach*] in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung durch. Gleichmaßen vollzieht die *Behindertenrechtskonvention* auch die Abkehr von einem individual-biologistisch verstandenen *medizinischen Modell* von Behinderung, dem ein *soziales Modell* entgegengesetzt wird. Zentral dafür ist die Unterscheidung zwischen einer (biologischen) *Schädigung* [*impairment*] und einer gesellschaftlich produzierten *Behinderung* [*disability*], die in erster Linie auf die institutionelle, infrastrukturelle und soziale Benachteiligung von Menschen mit Behinderung zurückzuführen ist. „*Impairment as a form of embodied difference is defined often within a medical context and disability is*

*the negative social reaction to those differences*” (GOODLEY & SWARTZ 2016:71). Wichtig ist deshalb nicht nur die Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsinitiativen, sondern auch ihre aktive Partizipation daran.

Darüber hinaus besitzt die *Behindertenrechtskonvention* auch für den Themenkomplex Behinderung und Entwicklung weitreichende Implikationen (GRECH 2016a:5; ESSER 2012:5; HOCHWARTER 2009:29; DIXON 2008:19).). Artikel 32 fordert die Vertragsstaaten explizit dazu auf, die Interessen von Menschen mit Behinderung in den Programmen der internationalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen. Diese Forderung wurde unter dem Begriff des *disability mainstreaming* bekannt (CHATAIKA & MCKENZIE 2016:424). „*Disability mainstreaming entails the consideration of disability at all levels of the development cycle (planning, implementation, monitoring and evaluation) for the benefit of both disabled and non-disabled people*” (CHATAIKA & MCKENZIE 2016:425). Mittlerweile ist diese Perspektive der Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in Planung, Umsetzung und Evaluierung von Entwicklungsprogrammen eher unter dem Schlagwort der *disability-inclusive development* (DID) verbreitet – ohne jedoch über eine allgemein anerkannte Vorstellung darüber zu verfügen, was genau dieser Begriff praktisch umfasst (GRECH 2016a:6). Übereinkunft scheint nur darüber zu bestehen, dass Menschen mit Behinderung im Rahmen eines menschenrechtsbasierten Ansatzes als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft und Inhaber von Rechten in alle Entwicklungsprozesse einbezogen werden müssen. Außerdem stehen Entwicklungsinstitutionen,- politik und- programme in der Verantwortung, die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung fortlaufend zu berücksichtigen.

Inhaltlich wurde die Forderung der Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie durch die wechselseitige Beziehung von Armut und Behinderung in den Vordergrund gerückt (GRECH 2016b:220; BERGHS 2014:28; LORD et al. 2010:22). Armut erhöht demnach u.a. durch einen fehlenden Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, zu sauberen Wasser und aufgrund schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen und der damit verbundenen erhöhten Gefahr von Unfällen das Risiko einer Behinderung. Gleichzeitig besitzen Menschen mit Behinderung infolge einer multidimensionalen Benachteiligung in der Gesellschaft weitaus weniger Chancen, ein lebenssicherndes Einkommen zu generieren und sind deshalb häufiger von Armut betroffen (YEO 2001, s. Kapitel 6.1.1). Die WELTBANK und die WHO betonen deshalb in dem

ersten *World Report on Disability* aus dem Jahre 2011 diese Verknüpfung und gehen davon aus, dass 20% der ärmsten Menschen weltweit eine Behinderung aufweisen (GRECH 2016b:220)<sup>63</sup>. Weniger als zwei Prozent haben zudem Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und rehabilitativen Maßnahmen. Diese Auffassung dürfte maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Menschen mit Behinderung in der Nachfolgestrategie der *Millennium Development Goals*, der *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* [*Sustainable Development Goals - SDG*] aus dem Jahr 2015 nun explizit Erwähnung fanden (GRECH 2016a:4).

Auch im Konzept der Gemeindenahen Rehabilitation (CBR) vollzogen sich vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Auffassung von Behinderung und Entwicklungspolitik konzeptionelle Veränderungen. Öffentlich sichtbar wurde dies durch das Positionspapier der ILO (International Labour Organisation), UN und WHO im Jahre 2004, in dem sich der CBR-Begriff von einem Erbringen von Dienstleistungen zu einem allgemeinen Teil der Gemeinde- oder Stadtentwicklung [*community development*] verändern sollte, der sowohl die Rehabilitation als auch die Armutsbekämpfung sowie die soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung insgesamt umfasst. Fünf Schlüsselkomponenten – Gesundheit, Bildung, Lebensunterhalt, soziale Inklusion und Empowerment bilden dabei die Grundlage dieser Konzeption (WHO 2010:24). Insgesamt besitzt damit die Vorstellung der CBR ebenfalls einen stärker menschenrechtlich fundierten Ansatz (HOCHWARTER 2009:35).

Trotz dieser positiven Fortschritte wird die mangelnde Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Entwicklungszusammenarbeit in der Forschungsliteratur weiterhin kritisiert (CHATAIKA & McKENZIE 2016:424; KETT, LANG & TRANI 2009:650). Zudem bemängeln MANNING, JOHNSON und ACKER-VERNEY (2016:294), dass die Idee einer *inklusiven Entwicklungszusammenarbeit* zu einer Homogenisierung von Behinderung geführt hat und Unterschiedlichkeiten in den Bedürfnissen nur unzureichend berücksichtigt werden (vgl. GRECH 2016a:16). Die häufig niedrige offizielle Prävalenz von Menschen mit Behinderung in Entwicklungs- und Schwellenländern kann außerdem dazu führen, dass internationale Akteure und politische Entscheidungsträger eine *inklusive Entwicklungspolitik* nur auf dem Papier verfolgen, weil es dem Thema in ihren Augen dadurch an Signifikanz fehlt (KETT, LANG

---

<sup>63</sup> GRECH (2016b:221) jedoch gibt zu bedenken, dass zu dem Themenkomplex Armut und Behinderung bisher kaum belastbare empirische Studien vorliegen.

& TRANI 2009:656). CHATAIKA & McKENZIE (2016:425) argumentieren deshalb sogar, dass sich ohne eine differenzierte Betrachtung von Behinderung die Idee einer *inklusiven Entwicklung* zu einer Barriere für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung entwickelt, weil internationale Akteure ihre scheinbar ausreichende Integration in Entwicklungsprogramme vorschnell proklamieren (MEEKOSHA & SOLDATIC 2011:1393). „Where there is no deliberate effort to mainstream disability issues within development work, disabled people may continue to remain invisible and relegated to the margins of society” (CHATAIKA & McKENZIE 2016:425). Denn wo jeder grundsätzlich zuständig ist, fühlt sich letztlich niemand tatsächlich verantwortlich (BLACK & STIENSTRA 2016:289). Zudem kann die Finanzierung behinderungsspezifischer Projekte deutlich darunter leiden, dass die verfügbaren Mittel in allgemeine Projekte internationaler Akteure fließen. Die Idee, die Interessen von Menschen mit Behinderung in allen Phasen von Entwicklungsprogrammen zu integrieren, bleibt daher ohne effektive Implementationsstrategie und Möglichkeiten ihrer tatsächlichen Durchsetzbarkeit nur eine Handlungsabsicht (CHATAIKA & McKENZIE 2016:425) – zumal die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung in Entwicklungsprojekten bisher nicht flächendeckend Bedingung ihrer Umsetzung ist (KETT, LANG & TRANI 2009:657).

#### 6.4 Exkurs: Prinzipien der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Behindertenpolitik

In Deutschland ist das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zuständig (LORD et al. 2010:22f). Umgesetzt werden dessen Maßnahmen in erster Linie durch die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) und die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW).

In der behindertenpolitischen Konzeption markierte WEIGT (2006:308) zufolge das politische Strategiepapier *Behinderung und Entwicklung* aus dem Jahre 2006 einen Paradigmenwechsel in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die mittlerweile auf einem menschenrechtlich basierten, inklusiven Entwicklungsansatz beruht und der das soziale Modell von Behinderung zugrunde liegt. Mit dem Aktionsplan *Inklusion von Menschen mit Behinderung* (2013-2015) wurde die Auffassung von Behinderung als

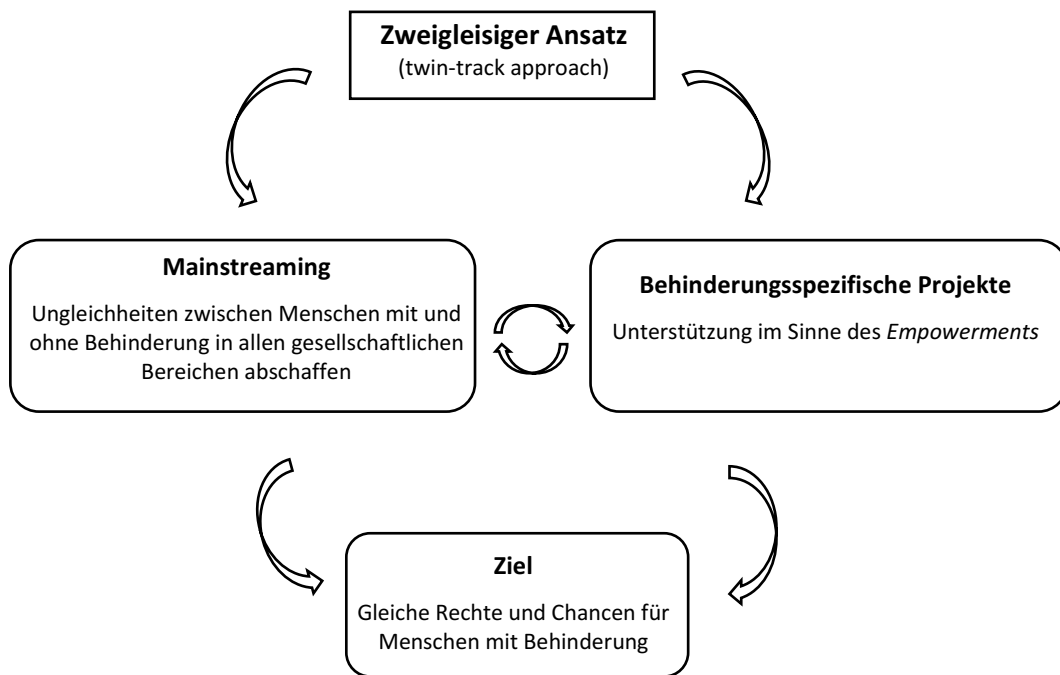


Querschnittsthema der Entwicklungszusammenarbeit manifestiert (BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG 2013). Zentraler Bestandteil ist der menschenrechtsbasierte Ansatz, der sechs Prinzipien berücksichtigt, welche auf den allgemeinen Menschenrechten und der *Behindertenrechtskonvention* der UN basieren. Dazu gehören (1) die Förderung von Respekt gegenüber Menschen mit Behinderung, (2) die Sicherstellung einer barrierefreien Umgebung in physischer, institutioneller und ökonomischer Hinsicht sowie der Zugänglichkeit von Information und Kommunikation, (3) die Chancen- und Gendergleichheit als auch die allgemeine Nicht-Diskriminierung, (4) die Förderung und Sicherung der Rechte von Kindern mit Behinderung und (5) die Teilhabe sowie Empowerment von Menschen mit Behinderung und abschließend (6) die Stärkung der Verantwortlichkeit [*accountability*] staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gegenüber Menschen mit Behinderung (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT 2012).

Damit ist auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Anerkennung verankert, dass die Thematik der Behinderung als Querschnittsthema der Entwicklungskooperation in allen Bereichen der Politik- und Programmebene impliziert sein muss (ESSER 2012:5). Entscheidend dabei ist, dass Menschen mit Behinderung konsequent in Erarbeitung, Umsetzung und Kontrolle von Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden (HOCHWARTER 2009:33).

Allerdings bietet eine solche thematische Integration von Behinderung als ausschließliches Querschnittsthema aller Bereiche die Interpretation an, Menschen mit Behinderung nicht explizit durch spezifische Programme zu unterstützen, da dies einer inklusiven Gesellschaft widersprechen könnte (HOCHWARTER 2009:32). In der deutschen – und ebenfalls der internationalen – Entwicklungspolitik hat sich deshalb ein zweigleisiger Ansatz [*twin-track approach*] durchgesetzt (LORD et al. 2010:23; s. Abbildung 6-1).





**Abbildung 6-1:** Graphische Darstellung eines zweigleisigen Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit (nach ESSER 2012:5)

Damit soll sichergestellt werden, dass Menschen mit Behinderung auf der einen Seite fortlaufend in die allgemeine Entwicklungskooperation einbezogen, gleichzeitig aber auch durch spezifische Programme unterstützt werden (LORENZKOWSKI 2005:47). Denn zum Teil lassen solche Programme erst die Partizipation von Menschen mit Behinderung zu – wenn etwa gehörlosen Kindern durch technische Hilfsmittel die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht ermöglicht oder der Selbstvertretungsanspruch von DPOs durch gezielte Maßnahmen unterstützt wird. Entscheidend ist, dass es sich bei einer spezifischen Förderung nicht um isolierte Sonderprogramme, sondern um Maßnahmen zur Förderung der gemeinsamen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben handelt (HOCHWARTER 2009:37). Inwieweit dieser Ansatz tatsächlich abseits der schriftlichen Erklärungen in der deutschen Entwicklungskooperation eingehalten wird, ist im Rahmen dieser Forschungsarbeit kaum nachprüfbar. Ein Blick auf die aktuellen Projekte der GIZ in Usbekistan zeigt, dass Menschen mit Behinderung dort keinerlei spezifische Erwähnung finden; sie firmieren vermutlich verallgemeinernd unter der angeführten Unterstützung für „benachteiligte Gruppen“, wie beispielsweise anhand des Projekts *Intra-regionale und lokale wirtschaftliche Entwicklung* in Zentralasien zu sehen ist (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT 2017).

## 6.5 Akteure und Projekte in Kasachstan und Usbekistan

Bei der Frage nach Akteuren und Projekten der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Leben mit Behinderung gilt es entsprechend der Vorgehensweise in Kapitel 6.1 mehrere Bereiche zu unterscheiden, die behindertenpolitische Bedeutung besitzen. Zum einen können internationale Abkommen oder Verträge als Anlass für gesetzgeberische Prozesse und Vorhaben dienen, so wie beispielsweise die Unterzeichnung der *Rahmenkonvention von Dakar* (2000) in Usbekistan zu der Ausarbeitung des nationalen Handlungsplans *Bildung für alle* (2003) führte. Ebenfalls wurden *Die Konvention der UN über die Rechte des Kindes* (1989) und die *Salamanca-Konvention* (1994) von Usbekistan und Kasachstan unterzeichnet. Das zurzeit prominenteste Beispiel ist sicherlich die *Behindertenrechtskonvention*, an deren Umsetzung in nationales Recht durch den *Konsultativen Rat* erstmals Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung in Usbekistan aktiv beteiligt sind; in Kasachstan wurde die Behindertenrechtskonvention bereits im Jahre 2015 ratifiziert. Auch Ergänzungen zum Gesetz *Zur sozialen Sicherheit von Menschen mit Behinderung in Usbekistan* wurden unter dem Einfluss des UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM (UNDP) vorgenommen, um (zumindest auf dem Papier) stärker internationalen Standards einer menschenrechtlichen Perspektive zu entsprechen (TURDIEV 2015:19). Eine ähnliche Bedeutung besaß das UNDP auch für kasachstanische Gesetzestexte zur Verbesserung sozialer Dienste für Menschen mit Behinderung (UNDP 2012).

Gleichermaßen können Projekte gemeinsam mit internationalen nicht-staatlichen Akteuren die Ausarbeitung nationaler Strategien bewirken. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und internationalen Akteuren im Rahmen des Projekts *Inklusive Bildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Usbekistan* ist ein aktuelles Beispiel dafür. Zentraler Bestandteil dieses Projekts ist die Zusammenführung und Planung verschiedener Maßnahmen im Bereich der Inklusion gemeinsam mit den usbekischen Ministerien (HUMAN DYNAMICS o.J.).

Folglich argumentiert TURDIEV (2015:10), dass alle bisherigen entscheidenden Entwicklungen im Bereich der Behindertenpolitik und- pädagogik in Usbekistan von internationalen, bilateralen oder multilateralen Organisationen ausgingen. Auch das Konzept sozialer Dienstleistungen und der sozialen Arbeit wurde in Kasachstan von UNICEF

vorangetrieben; zudem geht die staatliche Unterstützung von nicht-staatlichen Akteuren für das Erbringen solcher sozialen Dienstleistungen ebenfalls auf das Engagement von UNICEF zurück (AN 2014:128).

Auch mit Blick auf theoretische Konzeptionen sind internationale Organisationen in den beiden Ländern zentrale Akteure. TURDIEV (2015:8) betont, dass das *soziale Modell* von Behinderung in Usbekistan durch Organisationen wie dem UNDP und JICA eingeführt wurde. Erst darauf aufbauend verwenden auch nationale nicht-staatliche Akteure aktiv dieses Modell. Die Umsetzung des Konzepts der *Gemeindenahen Rehabilitation* (CBR) in Usbekistan geht ebenfalls auf die Initiative der JICA zurück.

Trotz der Bedeutung in der Initiierung von Gesetzestexten und der Implementation neuer behindertenpolitischer Konzeptionen sind internationale Akteure in der konkreten Projektarbeit am sichtbarsten engagiert – auch wenn dies mittlerweile weniger für Kasachstan gilt. Dort hat die Anzahl der Projekte, die durch internationale nicht-staatliche Akteure initiiert wird, aufgrund des eigenen starken Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren abgenommen (vgl. GIFFEN EARLE & BUXTON 2005:93):

Als Folge davon werden Sponsoren verstärkt in der heimischen Wirtschaft gesucht oder finanzielle Mittel durch staatliche Ausschreibungen zur Förderung sozialer Projekte akquiriert. Die SOROS-Stiftung engagiert sich dabei weiterhin in Kasachstan im Rahmen ihrer *Strategie für die Jahre 2014-2017* für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit geistiger Behinderung auf Lernen und Arbeit und unterstützt u.a. Publikationen, die sich diesem Thema widmen (SOROS 2016). Zu den noch in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen gehört das von der EU initiierte Projekt zur Förderung von Frauen mit Behinderung in Kasachstan, das allerdings bereits im Jahre 2011 endete. Das Projekt war vor allem darauf gerichtet, Führungs- und Managementfähigkeiten von Organisationen von Frauen mit Behinderung sowie ihr Netzwerk und ihre Kooperation mit der Regierung in Bezug auf Fragen von Behinderung und Gleichheit zu stärken (EU 2011).

Zu den wichtigsten internationalen Projekten in Usbekistan lässt sich zunächst das von der UNESCO, dem Kulturzentrum der Asiatisch-Pazifischen Entwicklungsbank und Japan durchgeführte Projekt zur *Einrichtung experimenteller Gruppen in Kindergärten und Schulen zur Einführung inklusiver Bildung* (2006-2008) zählen, in dessen Rahmen sogenannte *Unterstützungszentren [resursnyj centr]* in Taschkent und Andijan aufgebaut wurden. Diese Zentren sind u.a. dafür verantwortlich, Seminare zur Inklusion zu

veranstalten, Qualifizierungsangebote für Pädagogen auszuarbeiten und Lehrmaterialien für Kinder mit Behinderung zu erstellen.

Weiterhin ist hierbei das Projekt *Grundlegende Bildung für Kinder mit Behinderung (Basic Education for children with special needs 2006:3)* der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) von 2006 – 2009 zu nennen. Die Ziele des Projekts, an dem 18 Sonder- und Regelschulen aus verschiedenen Regionen Usbekistans teilnahmen, stellten (1) die Verbesserung der Lehrqualität, des sozialen Selbstbewusstseins und der Integration von Kindern mit Behinderung in ausgewählten Pilotklassen, (2) die Erstellung von Fortbildungsmodulen sowie didaktisch-methodischen Materialien für Lehrkräfte im Unterricht von Kindern mit Behinderung sowie deren Einbeziehung in die allgemeine Lehrerausbildung und (3) die Hervorhebung der Vorteile inklusiven Unterrichts am Beispiel der Pilotklassen dar.

Von 2014 bis 2016 wurde außerdem das bereits kurz beschriebene Projekt *Inklusive Bildung für Kinder mit Behinderung in Usbekistan* durchgeführt. Dieses Projekt hatte zum Ziel, mithilfe lokaler Partnerorganisationen in einzelnen Pilotklassen und -kindergärten Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam zu unterrichten und ebenfalls Informationszentren [*resursnyj centr*] an den fünf Projektstandorten (u.a. Taschkent und Samarkand) einzurichten.

Über die schulische Inklusion hinausgehend zielte das Projekt *ACCESS (Promoting Accessibility, Civic Consciousness, Employment, and Social Support for People with Disabilities)* des *United Nation Development Programs* (UNDP 2010) gemeinsam mit dem *Ministerium für Arbeit und sozialen Schutz der Bevölkerung Usbekistans* darauf ab, in einer integrativen Herangehensweise unterschiedlichen Hindernissen einer Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung entgegenzuwirken. Insofern war das Projekt darauf ausgerichtet (1) ein öffentliches Bewusstsein für die soziale Dimension von Behinderungsfragen herzustellen und ein positives Bild von Behinderung zu kreieren, (2) die Verbesserung der Umsetzung des vorhandenen rechtlichen Rahmens zu gewährleisten, (3) die Barrierefreiheit auszuweiten und (4) Unterstützungsmöglichkeiten zur Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Als Beispiel der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Deinstitutionalisierung lässt sich das Projekt *Community Based Rehabilitation Project for People with Disabilities* in Taschkent (2008-2010) nennen, das durch die *Japan International Cooperation Agency* (JICA) finanziert und von *WORLD VISION UZBEKISTAN* durchgeführt wurde (HONDA 2010). In

einem mehrdimensionalen Ansatz wurde in fünf lokalen, städtischen Pilotgemeinschaften [*Mahalla*] ein Hilfsnetzwerk aufgebaut, um die Hauptzielgruppe des Projekts, Kinder und Jugendliche mit Behinderung, mit medizinischen und sozialen Maßnahmen familiennah unterstützen zu können. Darüber hinaus stand im Vordergrund, Kinder mit Behinderung und deren Familien aktiv in diese Arbeit miteinzubeziehen sowie ein öffentliches Bewusstsein für Stigmata und Diskriminierung herzustellen. Zentrales Anliegen des Projekts war damit, lokalen Akteuren Möglichkeiten und Alternativen zur institutionalisierten Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung aufzuzeigen (HONDA 2010:34).

## 6.6 Internationale Akteure in der Kritik

Die Kritik an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auch außerhalb der Behindertenpolitik existiert seit Jahrzehnten und hinterfragt vor allem ihre grundsätzliche Wirksamkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern (SÜLZER & ZIMMERMANN 2013; LACHMANN 2010; KEVENHÖRSTER & VAN DEN BOOM 2009). Allerdings ist es nicht Ziel der Forschungsarbeit, den allgemeinen Effekt der Entwicklungszusammenarbeit zu eruieren (vgl. dazu STOCKMANN, MENZEL & NUSCHELER 2016:562ff; ROTTENBURG 2002). Vielmehr stehen die konkreten Kritikpunkte der Tätigkeit von internationalen nicht-staatlichen Akteuren im Vordergrund, die in der behindertenpolitischen Debatte Bedeutung besitzen.

Zu diesen relevanten Kritikpunkten gehört die unreflektierte Übertragung westlicher Konzepte auf einen gesellschaftspolitischen Kontext, der von dem Ursprungsort dieser Ideen enorm abweicht (CHATAIKA & McKENZIE 2016:431; BERGHS 2014:39; SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:23; ADAMSON 2002:183). Dies betrifft in der Behindertenpolitik in erster Linie die Idee eines menschenrechtlich basierten Ansatzes zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung und die Dominanz des sozialen Modells von Behinderung (GOODLEY & SWARTZ 2016; MEEKOSHA & SOLDATIC 2011; TURMUSANI, VREEDE & WIRZ 2002; STONE & PRIESTLEY 1996). So hinterfragt u.a. GRECH (2016a:8), welchen tatsächlich erfahrbaren Nutzen deklarierte politische Rechte für Menschen mit Behinderung besitzen können, die in ihrem Alltag um das tägliche Überleben kämpfen müssen und deren Staaten kaum Interesse und Ressourcen für ihre Unterstützung besitzen:

[W]hile rights and policies may look good on paper, they mean very little in practice for the poorest who struggle to eat, who have more immediate and practical needs, who may not even know what their rights are and who do not have the means to seek redress. All of this alongside lack of political commitment and resources, economic crises and neoliberal cost-cutting [...] leaves a vacuum filled only by good intentions.

KATSUI (2005:147ff) schildert diese Erfahrung anhand eines Projekts einer finnischen DPO, die mithilfe eines politischen Modells von Behinderung zur Stärkung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung in Zentralasien beizutragen versuchte. Die Dominanz hindernder lokaler Faktoren – sei es hinsichtlich der wirtschaftlichen oder politischen Situation sowie der Einstellung der Gesellschaft – stellten jedoch die Übertragbarkeit dieses Konzepts für viele Teilnehmende infrage. Denn zwar ist eine angemessene medizinische und soziale Versorgung von Menschen mit Behinderung im Rahmen eines menschenrechtlich basierten Ansatzes die Aufgabe staatlicher Akteure (KATSUI 2008:24). Gleichzeitig ist damit deren Nicht-Erfüllung ein Verstoß gegen die Rechte von Menschen mit Behinderung. Aber fraglich bleibt letztlich, inwieweit eine solche Perspektive in Kasachstan und vor allem Usbekistan umsetzbar ist.

Stattdessen, so TURMUSANI, VREEDE & WIRZ (2002:561), ist denkbar, dass unter bestimmten sozioökonomischen Bedingungen und fehlenden staatlichen rehabilitativen und medizinischen Dienstleistungen kaum eine Alternative zu einem Wohltätigkeitsansatz in der Behindertenpolitik [*charity approach*] besteht. Die zum Teil einseitige Betonung gesellschaftlicher Barrieren zur Entstehung einer Behinderung im Rahmen des sozialen Modells läuft dabei vielmehr sogar Gefahr, zur Vernachlässigung einer politischen Dimension von Behinderung zu führen (SINGAL 2010:422). „*The prevention of impairment is not a priority within a human rights model and yet it seems that an injustice is done where preventable impairments are not dealt with by the health system*“ (CHATAIKA & MCKENZIE 2016:431). Denn wo Behinderung hauptsächlich aus Unterernährung, Krankheit oder anderen vermeidbaren Ursachen resultiert, wird der Staat letztlich dadurch aus seiner Verantwortung entlassen, dass die Entstehung einer (biologischen) Schädigung [*impairment*] im Gegensatz zu einer (gesellschaftlichen) Behinderung [*disability*] nicht hinterfragt wird.

[T]his binary firmly establishes impairment as natural and fact. [...] The conceptualization of disability within the hegemonic human rights framework has been defined as distinctly social and processes of marginalisation, exclusion and discrimination sit outside the (impaired) body (MEEKOSHA & SOLDATIC 2011:1394).

Diese einseitige Orientierung am sozialen Modell läuft dabei Gefahr, den Bedarf an verlässlicher und qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung in der internationalen Kooperation zu schwächen (GRECH 2016b:227). PHILLIPS (2011:117f) beschreibt genau dies im Rahmen einer Kooperation zwischen einer schwedischen NGO und ukrainischen Nichtregierungsorganisationen. Denn dabei verzichteten die schwedischen Organisatoren bewusst auf eine medizinische Komponente bei der Implementierung der Unterstützung von Menschen mit einer Wirbelsäulenverletzung. Was allerdings vor dem Hintergrund eines funktionierenden Sozialstaates und vor allem Gesundheitssystems in Nordeuropa seine Berechtigung besitzt, verliert seine Bedeutung, wenn die staatliche Gesundheitsversorgung und das medizinische Personal kaum über Wissen und Ressourcen verfügen, Menschen mit einer Behinderung zu unterstützen:

The Ukrainians [...] repeatedly asked Oskar [name of the Swedish trainer, S.K.] [...] for information and advice on questions of medical care and intervention. In the context of a system of medicine that is very poor, understaffed, and low-tech, mortality rates for spinally injured persons are high, and proper immediate and long-term medical care is extremely important. However, Oskar refused to engage on this point. [...] The RG representatives [Swedish DPO, S.K.] dismissed this situation-specific form of knowledge that contradicted the Swedish model, and an opportunity to adapt the program to local conditions was lost (PHILLIPS 2011:118).

Somit lässt sich die Frage aufwerfen, ob für ein primär soziales Modell ausreichende medizinische und finanzielle Ressourcen existieren müssen (GRECH 2016b:227).

Neben dieser grundsätzlichen Kritik an dem menschenrechtlich basierten Ansatz und einer einseitigen Dominanz des sozialen Modells werden auch Fragen hinsichtlich der Universalität von Werten kritisch diskutiert. Dazu zählt beispielsweise das Primat individueller Autonomie und Unabhängigkeit, wie es sich auch in der *Independent Living Bewegung* in den USA und Europa widerspiegelt. Denn die Unabhängigkeit von Familie oder Gemeinschaft ist keinesfalls in allen Gesellschaften ein allgemein als erstrebenswert angesehenes Ziel (CHATAIKA & MCKENZIE 2016:430f; SWARTZ & BANTJES 2016:29). Dies ist zweifellos auch für den zentralasiatischen Kontext anzunehmen (KATSUI 2005).

Besonders viel Kritik wird in der Forschungsliteratur jedoch an der Implementierung inklusiver Bildung im Entwicklungskontext geübt (HUMMEL & WERNING 2016; SINGAL & MUTHUKRISHNA 2016; MILES 2007; ELEWEKE & RODDA 2002). PROYER (2013) wirft dabei die Frage auf, inwieweit inklusive Bildung überhaupt in Ländern gelingen kann, in denen



Konformität weitaus wichtiger als Individualität ist. Stärker spielen jedoch pragmatische Erwägungen wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen eine wichtige Rolle. Denn weil für die Umsetzung inklusiver Bildung stets die Geberländer als Referenz gelten, deren Idealvorstellung von inklusiver Bildung übernommen werden soll, ignoriert diese Vorgehensweise fast vollständig die kontextuelle und kulturelle Umgebung sowie Stärken und Schwächen bestehender lokaler Bildungssysteme (SINGAL & MUTHUKRISHNA 2016:200; MILES 2007). Dabei geben HUMMEL und WERNING (2016:24) zu bedenken, dass selbst im europäischen Kontext verschiedene Vorstellungen von Inklusion existieren, die dann zu unklaren Konzeptionen in den Empfängerländern führen können. Der Druck, den internationale Akteure zur Umsetzung der Inklusion aufbauen, kann zudem vor dem Hintergrund fehlender Voraussetzungen Isolation und Frustration bei Eltern sowie Kindern und Jugendlichen mit Behinderung hervorrufen (ELEWEKE & RODDA 2002:115). MILES (2007:22) stellt deshalb grundsätzlich die Frage, inwieweit eine erfolgreiche inklusive Bildung überhaupt in Ländern mit geringen Ressourcen umgesetzt werden kann – berücksichtigt man zudem, dass selbst in den Industriestaaten eine Reihe ungeklärter Fragen und Probleme bei deren Umsetzung bestehen.

Meaningful 'inclusion' is hardly a realistic proposition in the typical hugely crowded classrooms where isolated teachers with little support, no equipment and tiny (often unpaid) salary, struggle to give a smattering of education to half the world's children, many of whom have unnoticed impairments, chronic illnesses and disabling nutritional deficiencies."

Die in Kapitel 4 beschriebene Umsetzung inklusiver Bildung in Kasachstan und Usbekistan scheint diese Bedenken zu bestätigen.

Nicht zuletzt bedingt durch Schwierigkeiten dieser Art mangelt es internationalen Projekten häufig an der Legitimität in der lokalen Bevölkerung (LACHMANN 2010:123) und Regierungen von Empfängerländern halten an westlichen Konzepten nur pro forma in nationalen Dokumenten fest (MILES 2007). Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, dass infolge des Pilotcharakters der meisten Projekte mit Ende deren Laufzeit auch die nationalen oder lokalen Regierungen ihre Unterstützung zurückfahren (SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:199; KEVENHÖRSTER & VAN DEN BOOM 2009:193; ELEWEKE & RODDA 2002:115). KUIPERS und SABUMI (2016:458) machen diese Kritik auch für zahlreiche Projekte im Bereich der *Gemeindenahen Rehabilitation* geltend, was TURDIEV (2015:14f) ebenfalls für die Programme in Usbekistan bestätigt:



Similarly to the previous CBR project, advanced social rehabilitation and peer support technologies introduced through the project did not receive much support by the government affiliated offices and mainly lived only during the project life.

Aufgrund der Hierarchie zwischen internationalen nicht-staatlichen Akteuren und den Empfängerländern spiegeln die Projektziele kaum den tatsächlichen Bedarf vor Ort wider, sondern vollziehen sich unter dem finanziellen Druck und damit den Prioritäten der Geberorganisationen (BLACK & STIENSTRA 2016:289; HUMMEL & WERNING 2016:25).

Entgegen den politischen Absichtsbekundungen bleibt abschließend die grundsätzliche Frage zu stellen, welchen Stellenwert Menschen mit Behinderung in der Arbeit transnationaler Akteure einnehmen. Noch 2010 wurden nur fünf Prozent aller Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung verwendet. Zudem spielen Menschen mit geistiger Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit fast überhaupt keine Rolle (GRECH 2016a:10). Möglicherweise erscheint ihre Unterstützung für internationale Akteure aufgrund dessen zu aufwendig, dass sie in möglichst kurzer Zeit sichtbare Ergebnisse mit zeitlich und finanziell begrenzten Ressourcen erzielen müssen (HUMMEL & WERNING 2016:25).

Genau darin liegt ein Risiko der Fokussierung internationaler Unterstützung auf Programme inklusiver Bildung, denn dadurch finden Menschen mit komplexerer Behinderung kaum Berücksichtigung. So werden beispielsweise im Rahmen der Projekte *Inklusive Bildung für Kinder mit Behinderung in Usbekistan* und *Grundlegende Bildung für Kinder mit Behinderung der Asiatischen Entwicklungsbank* fast ausschließlich Kinder in inklusiven Klassen beschult, die in der Lage sind, dem allgemeinen Curriculum zu folgen (RAHIMOV & SECHKIN 2008:18).

Diese Entwicklung könnte durch die Idee der *disability inclusive development* und der damit einhergehenden Homogenisierung von Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt werden. Ungeachtet der individuellen (Behinderung, Geschlecht, Ethnie, Alter, Schicht) sowie kontextuellen (Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft) Besonderheiten laufen die Entwicklungsprojekte Gefahr, aufgrund einer generalisierenden Vorgehensweise gerade die Zielgruppen auszuschließen, die von internationaler Unterstützung am meisten profitieren könnten (GRECH 2016a:16).

## 6.7 Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieses Kapitels bildete die Unterteilung internationaler nicht-staatlicher Akteure in vier verschiedene Gruppierungen: (1) Nationale Entwicklungsagenturen wie die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) oder die *Japan International Cooperation Agency* (JICA), (2) die Vereinten Nationen (UN) und ihre Unterorganisationen wie UNICEF oder das *United Nations Development Programme* (UNDP), (3) internationale Kreditinstitute wie die *Weltbank* oder die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) und (4) international tätige Nichtregierungsorganisationen wie WORLD VISION.

Alle vier Akteure spielen seit den späten 60er bzw. Anfang der 70er Jahre eine Rolle in der behindertenpolitischen Entwicklungszusammenarbeit, in der es zunächst darum ging, staatliche Unterstützungssysteme für Menschen mit Behinderung in Entwicklungs- und Schwellenländern aufzubauen. Auf Ebene der Vereinten Nationen lassen sich zudem die Erklärungen zu den *Rechten von behinderten Menschen* sowie den *Rechten von Menschen mit geistiger Behinderung* nennen. Als Ursprung des damit aufkommenden politischen bzw. menschenrechtlichen Fokus in der Behindertenpolitik können die Behindertenrechtsbewegungen in Nordamerika und Europa betrachtet werden, die – die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten reflektierend – das Thema Behinderung erstmals mit einer sozialpolitischen Komponente verbanden. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention durch die Vollversammlung der UN im Jahre 2006.

Allerdings wurden Menschen mit Behinderung trotz zahlreicher Absichtserklärungen und Konventionen in der Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit weitestgehend ignoriert (CHATAIKA & McKENZIE 2016:424). So wurden beispielsweise die Themen Armutsbekämpfung oder regionale Entwicklung ohne die Berücksichtigung ihrer Interessen entworfen und umgesetzt. Deutlichster Ausdruck dessen sind die *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen: Menschen mit Behinderung finden dort keinerlei spezifische Erwähnung (GRECH 2016a:4). Erst beginnend mit der Jahrtausendwende rückten sie stärker in den Fokus internationaler Akteure. Seitdem dominieren Schlagwörter wie *disability mainstreaming*, also die andauernde Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in Planung, Umsetzung und Evaluierung von Entwicklungsprogrammen und die *disability*

*inclusive development* (DID). Allerdings scheint weiterhin über den genauen Inhalt dieser Begriffe kaum Konsens zu bestehen. Zudem existieren Befürchtungen, dass sich die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit nur pro forma vollzieht und Unterschiede zwischen ihnen eingeebnet werden.

Dabei sind besonders in Usbekistan internationale Akteure wie die *Japan International Cooperation Agency* (JICA), die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) oder UNICEF in der behindertenpolitischen Arbeit präsent, während sich aus Kasachstan mit dem zunehmenden Wirtschaftswachstum zahlreiche internationale Organisationen zurückgezogen haben. Allerdings beklagt TURDIEV (2015:20) im Falle Usbekistans, dass sich mit Blick auf die tatsächliche Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit über Absichtserklärungen hinausgehende Veränderungen nicht eingestellt haben:

Analysis of the development assistance policies and regulations of major development agencies with the respect to disability inclusion validate the rationality and value of including persons with disabilities in all kinds of development programs. However, in reality, these believes cannot be proved due to a failure of their execution at country levels, at least in the case of Uzbekistan.

Immer wieder stehen darüber hinaus der „Export“ westlicher Ideen, Konzeptionen und Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit im Fokus der Kritik, was beispielhaft für die Schwierigkeiten eines menschenrechtlich basierten Ansatzes in der Behindertenpolitik gelten kann.

Aber auch mangelnde Kenntnis der lokalen Bedingungen (KATSUI 2005:145) und voneinander abweichende Vorgehens- und Arbeitsweisen spielen hierbei eine wichtige Rolle. In einer der wenigen Evaluationen der Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Organisationen im Bereich Leben mit Behinderung schildert LORENZKOWSKI (2006:21) diese Folgen solch einer fehlenden Abstimmung in Usbekistan: *„In order to meet the request of international donors NGOs have to meet certain grant requirements and a specific technical language seems to be superficial.“* Auch in der Arbeitsweise der lokalen Partnerorganisation existieren Schwierigkeiten, die nur mittels zeitintensiver Unterstützung gelöst werden können. Deshalb schlussfolgert er, dass internationale Organisationen ihre Erwartungen verringern müssen, um nachhaltige Veränderungen in der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren zu erzielen (LORENZKOWSKI 2006:21). Das aktuellste Beispiel liefert dafür die immense Unterstützung der inklusiven Bildung in der

Entwicklungszusammenarbeit, ebenfalls deutlich erkennbar an der Anzahl der in diesem Bereich durchgeführten Projekte. Inwieweit aber Inklusion in Ländern mit geringeren eigenen bildungspolitischen und finanziellen Ressourcen tatsächlich nachhaltig umgesetzt werden kann, wird in der Forschungsliteratur äußerst kritisch bewertet (vgl. HUMMEL & WERNING 2016:24; SINGAL & MUTHUKRISHNA 2016:200; MILES 2007:115; ELEWEKE & RODDA 2002:115).

## 7 Methodik und Methodologie

### 7.1 Empirische Fragestellungen

Der empirische Forschungsteil dient zur Analyse zweier unterschiedlicher Fragestellungen. Das eigentliche Ziel der Arbeit, Handlungsspielräume für nationale und internationale nicht-staatliche Akteure in der Unterstützung der Inklusion von Menschen mit Behinderung zu identifizieren, stellt dabei erst den zweiten Schritt dar. Denn dazu bedarf es zunächst der Analyse, welche Exklusionsgefahren in Kasachstan und Usbekistan denn überhaupt die Inklusion von Menschen mit Behinderung einschränken (s. Kapitel 8). Ausgehend davon lassen sich dann in einem zweiten Schritt die Handlungsspielräume definieren und auf diese Exklusionsgefahren beziehen (Kapitel 9).

Die Forschungsfragen in Bezug auf die Exklusionsgefahren und die Handlungsspielräume lassen sich zudem weiter differenzieren:

(1) Welche Exklusionsgefahren existieren in Kasachstan und Usbekistan für Menschen mit Behinderung?

- In welcher konkreten Form treten Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan auf?
- Was sind die den Ausgrenzungsprozessen zugrundeliegenden Mechanismen?
- Welche Rolle spielt dabei das sowjetische defektologische Erbe?
- Existiert innerhalb der Exklusionsgefahren eine hierarchische Ordnung?
- Durch welche Prozesse werden diese Exklusionsgefahren aufrechterhalten?

(2) Welche Handlungsspielräume besitzen nationale und internationale nicht-staatliche Akteure in der Unterstützung der Inklusion von Menschen mit Behinderung?

- Wodurch wird die Handlungsfähigkeit nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure eingeschränkt?
- Welche positiven Handlungsspielräume können diesen zentralen Problemfeldern ihrer Handlungsfähigkeit entgegengesetzt werden?
- Wie können die Handlungsspielräume vor dem Hintergrund der Exklusionsgefahren genutzt werden?
- Welche Schlussfolgerungen können daraus für die (behindertenpolitische) Entwicklungszusammenarbeit gezogen werden?

## 7.2 Wahl der Forschungsmethode

Die Wahl einer geeigneten Vorgehensweise für den jeweiligen Forschungsgegenstand ist zweifelsohne von herausragender Bedeutung für den Erkenntnisgewinn (BERGER-GRABNER 2016:118f). Dabei ist die Dominanz quantitativ-empirischer Methoden, die sich in der gesamten Erziehungswissenschaft vor allem infolge der PISA-Studien herauskristallisiert hat (TILLMANN 2016:7), gleichermaßen in der sonder- und heilpädagogischen Forschung zu beobachten (KOCH & ELLINGER 2016). Der Forschungskomplex *Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan* ist allerdings vor allem aufgrund seiner interkulturellen Ausrichtung durch eine Reihe von forschungsmethodischen Besonderheiten gekennzeichnet, für die eine qualitative Analyse unverkennbar besser geeignet ist (BETTMANN & ROSLON 2013). Zu diesen Aspekten gehören sowohl forschungspraktische als auch inhaltliche Faktoren.

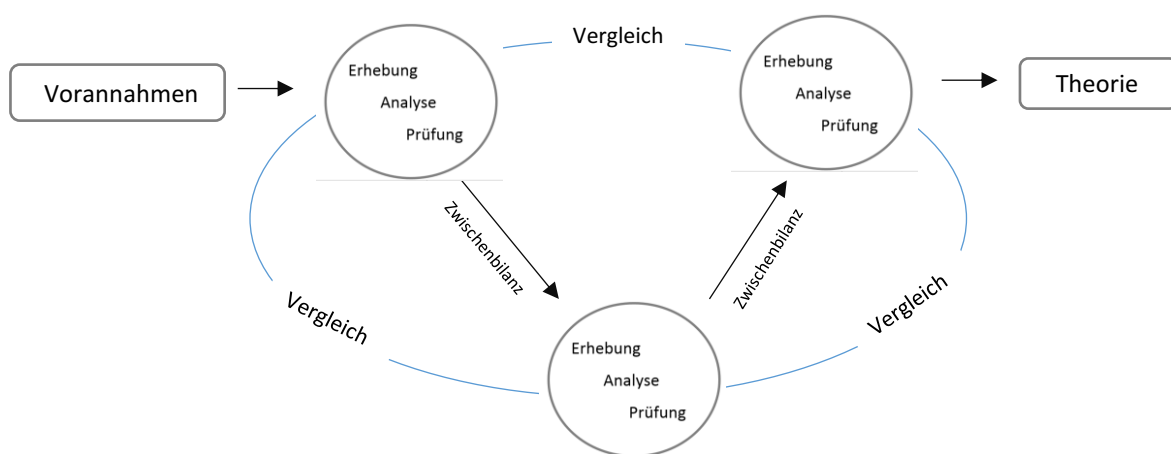
Zu den forschungspraktischen Einflüssen ist die Frage zu zählen, inwiefern es für eine aussagekräftige quantitative Analyse überhaupt möglich gewesen wäre, einen ausreichenden Zugang zu forschungsrelevanten Personengruppen zu erhalten. Dies hängt zum einen mit der ungenauen statistischen Datenlage in beiden Ländern in Bezug auf Menschen mit Behinderung zusammen (s. Kapitel 4.2.2). Zum anderen ist der Zugang zum Feld über Kommunikationsmittel wie E-Mail, Fax oder Telefon deutlich schwieriger als im europäischen Kontext (vgl. HALTERMANN 2013:152). Folglich war damit zu rechnen, dass eine fehlende Internetpräsenz oder falsche Kontaktdaten potenzieller Ansprechpartner kaum einen ausreichend Rücklauf von Erhebungs- und/oder Fragebögen generierende Kontaktaufnahme ermöglichen. Dies gilt umso mehr für einzelne Forscher ohne institutionelle Unterstützung seitens größerer Organisationen.

Abgesehen von diesen forschungspraktischen Aspekten gaben letztlich inhaltliche Faktoren den Ausschlag für die Wahl einer qualitativen Forschungsmethodik. Denn für die Untersuchung sozialer Exklusionsgefahren eignen sich insgesamt eher qualitative Verfahren (CHERENI 2017; KATSUI 2005). Dies lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass sozialen Exklusionsgefahren multiple Ursachen zugrundeliegen, deren Zusammenspiel erst durch eine qualitative Analyse offengelegt werden kann (CHERENI 2017). So geht es – den Forschungsfragen folgend – nicht darum, *ob* überhaupt Exklusionsgefahren existieren oder *ob* Korrelationen zwischen ihnen bestehen. Vielmehr steht im Vordergrund, *wie* diese

Exklusionsgefahren miteinander verschränkt sind. Diese Faktoren lassen sich im Rahmen einer qualitativen Analyse am besten herausarbeiten, weil sie offenere und reflektiertere Antworten als quantitative Vorgehensweisen zulässt (MAYRING 2002:69). Dies gilt erst recht für das Forschungsumfeld in Kasachstan und Usbekistan (vgl. Kapitel 7.5).

Das zirkuläre Vorgehen der qualitativen Forschung (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2009:177; s. Abbildung 7-1) ermöglicht eine generelle Offenheit in der Vorgehensweise, die wesentlich besser zu den Unsicherheiten des Forschungsgegenstandes passt. Jeder Forschungszyklus besteht dabei aus der Erhebung, Analyse, Prüfung und Zwischenbilanz einer Untersuchungseinheit, wobei die daraus gezogenen Schlussfolgerungen in den nächsten Fall einfließen (BERGER-GRABNER 2016:130). Aus einzelnen Erkenntnissen werden Zusammenhangsvermutungen entwickelt, die sich durch weitere Hypothesen bestätigen oder widerlegen lassen und damit geprüft und kontrolliert werden (MAYRING 2002:36). Aufgrund dieses zirkulären Vorgehens ist der gesamte Forschungsprozess flexibel gegenüber Neufassungen, Ergänzungen und Revidierungen des theoretischen Konzepts (MAYRING 2002:24ff).

So ließ sich dadurch nicht nur den Besonderheiten der Forschung in Kasachstan und Usbekistan besser Rechnung tragen, sondern es bestand auch die Möglichkeit, inhaltliche Überlegungen zu erweitern. Da nur unzureichend wissenschaftliche Literatur zur Lage von Menschen mit Behinderung in den beiden Ländern vorliegt, war davon auszugehen, dass sich während der empirischen Untersuchung zuvor nicht gestellte Fragestellungen entwickeln, die dann im Rahmen dieser qualitativen Vorgehensweise noch aufgenommen werden können.



**Abbildung 7-1:** Zirkuläres Modell des Forschungsprozesses (nach FLICK 2010:128)

### 7.3 Erhebungsmethodik und Ablauf der Forschung

Die Untersuchung der in Kapitel 7.1 formulierten Forschungsfragen wurde in Kasachstan und Usbekistan mittels 29 leitfadenbasierter Interviews<sup>64</sup> vorgenommen.

Diese Interviewform lässt zwar einerseits noch möglichst freie Äußerungen der Gesprächspartner zu, auf der anderen Seite ist sie jedoch auf eine konkrete Problemstellung fokussiert – anders als etwa das *narrative Interview* (BERGER-GRABNER 2016:141f; DEPNER 2015:78; MAYRING 2002:67;72). Dadurch war es möglich, die Interviews in Hinblick auf die Forschungsfragen in der Analyse zielführender miteinander zu vergleichen und ihnen gemeinsame Aspekte herauszuarbeiten. Zentral für diese Form des Interviews ist, wie bereits kurz angedeutet, die Orientierung des Gesprächs an einem Leitfaden (s. Anhang 11.3). Allerdings soll bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass eine idealtypische Vorgehensweise, bei der eine schrittweise Umsetzung leitfadenbasierter Interviews vorgesehen ist (vgl. MAYRING 2002:71), in der konkreten Feldforschung in Kasachstan und Usbekistan kaum möglich war. Beispielsweise war nicht durchgängig vorhersehbar, wer genau oder wie viele Gesprächspartner sich bei den Interviews einfinden werden. Eine zu starke Orientierung an einem erstellten Leitfaden könnte deshalb sogar nachteilig sein, sodass HALTERMANN (2013:166) zu Recht betont, dass fremdkulturelle Forschung stets als Hybrid aus Improvisation und Methode zu begreifen ist. Solche „Forschungszufälle“ können vielmehr auch als Gewinn betrachtet werden, wenn sich unerwartet Interviewpartner zu einem Gespräch bereit erklären (vgl. BETTMANN & ROSLON 2013:21). Dies bedeutete nun nicht, sich völlig auf die Improvisation als Methode zu verlassen (CAPPAI 2008:7), heißt aber, diese zuzulassen und weniger als Störfaktor, sondern als gewinnbringenden Aspekt in der Forschung zu betrachten.

Mit Blick auf den Ablauf der Interviews stand dabei immer eine kurze biografische Sequenz zu Beginn im Vordergrund, die in erster Linie dazu diente, eine angenehme Gesprächsatmosphäre zu schaffen (vgl. LEONTIY 2013:129). Erst danach wurden inhaltliche Fragen besprochen. Um während des Interviews das Vertrauen der Befragten nicht zu

---

<sup>64</sup> Auf den Begriff des *Experteninterviews* wird hier verzichtet, weil meinem Forschungsinteresse folgend alle von mir interviewten Gesprächspartner Experten sind (vgl. Meuser & Nagel 2009). Wichtiger erscheint dagegen die unterschiedliche Art des Wissens der Gesprächspartner herauszuarbeiten.



verlieren, kamen problematische und besonders sensible Aspekte, wie zum Beispiel die Rolle von gesellschaftlichen Vorurteilen oder die staatliche Unterstützung, erst am Ende des Interviews zur Sprache (vgl. BERGER-GRABNER 2016:142).

Bevor jedoch die genauere Vorgehensweise der Interviews erläutert werden kann, ist zunächst einmal die Frage zu klären, nach welchen Kriterien Gesprächspartner als relevant für das Forschungsinteresse erschienen (vgl. BOGNER, LITTIG & MENZ 2014:7ff). PRZYBORSKI und WOHLRAB-SAHR (2014:119ff) folgend war entscheidend, dass die Gesprächspartner „über ein spezifisches Rollenwissen verfügen, solches zugeschrieben bekommen und diese besondere Kompetenz für sich selbst in Anspruch nehmen.“ Die Autoren unterscheiden weiterhin in Anlehnung an MEUSER und NAGEL (2005/1991) zwischen *Betriebs-*, *Deutungs-* und *Kontextwissen*. Dadurch lassen sich nicht nur die für die Forschungsarbeit relevanten Personengruppen identifizieren, sondern auch dem jeweiligen Wissensbereich zuordnen. Eltern von Kindern mit Behinderung sowie Menschen mit Behinderung selbst (n=10) verfügen dabei zweifellos über ein bestimmtes *Betriebswissen*, also „*Wissen über Abläufe, Regeln und Mechanismen in institutionalisierten Zusammenhängen*“ (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:121). BOGNER, LITTIG & MENZ 2014 (2014:18) sprechen hierbei in ähnlicher Weise von *Prozesswissen* der Interviewpartner:

Die Befragten haben aufgrund von Erfahrungen, aufgrund einer persönlichen Nähe zu Ereignissen ein bestimmtes Wissen. Prozesswissen ist also weniger Fachwissen im engeren Sinne, sondern eine Form des Erfahrungswissens.

Zudem folgt diese Vorgehensweise dem Verständnis von Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache. Um aber möglichst umfangreiche Informationen generieren zu können, wurde dieses Betriebs- oder Prozesswissen durch das *Kontext- und Deutungswissen* von professionellen Sonder- und Heilpädagogen (n=6) und Mitarbeitern staatlicher sowie nicht-staatlicher Strukturen (n=13) im Rahmen der Forschungsinterviews ergänzt (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:121).

Neben der Frage, *wie* die Daten erhoben werden sollen, ist außerdem zu klären, *wie hoch* die Anzahl der Fälle sein muss, um belastbare Antworten auf die Forschungsfragen zu erhalten. Dabei habe ich mich an dem Vorgehen des *Theoretical Samplings* orientiert (BERGER-GRABNER 2016:133; PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:181). Der Fokus liegt hier nicht auf einer bestimmten Anzahl von Interviews, sondern auf der theoretischen Sättigung der Forschungsfragen, wodurch sich die Auswahl der Interviewpartner nach dem Stand der

Theoriebildung richtet. Um dies zu erreichen, werden Unterschiede zwischen den Gesprächspartnern minimiert und maximiert (vgl. KEMPF 2013:126). Bezogen auf die vorliegende Forschungsarbeit bedeutete dies zunächst, Menschen mit verschiedenen Formen von Behinderung sowie aus unterschiedlichen Altersgruppen einzubeziehen. Dementsprechend finden sich unter den Interviewpartnern sowohl Menschen mit Hör- und Sehbehinderung als auch motorischen Beeinträchtigungen. Menschen mit geistiger Behinderung – in erster Linie Kinder und Jugendliche – fanden dagegen über die Gespräche mit Familienangehörigen Berücksichtigung. Zwar könnte man einwenden, dass Menschen mit geistiger Behinderung nicht selbst als Interviewpartner im Sinne einer *emanzipativen Forschung* (vgl. SINGAL 2010) ausgewählt wurden. Dies ist allerdings zum einen der Erhebungsmethodik geschuldet: Nicht primär das subjektive Erleben von Betroffenen, sondern eben das geschilderte Betriebswissen steht im Fokus der Untersuchung. Zum anderen ist es forschungspraktisch schwierig, mit erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung in Kontakt zu treten, da die überwiegende Mehrheit in staatlichen Einrichtungen lebt, die nicht ohne weiteres besucht werden können. Neben Menschen mit Behinderung wurden diesem Prinzip folgend Sonder- und Heilpädagogen auf verschiedenen Ebenen – von Sonderschullehrkräften bis hin zu Professoren und Leitern nationaler Förder- und Bildungszentren – befragt. Bezogen auf die nationalen nicht-staatlichen Akteure fanden sowohl mit kleinen lokalen NGOs als auch mit national agierenden Nichtregierungsorganisationen Interviews statt; bei transnationalen Organisationen nicht nur mit internationalen, sondern auch lokalen Mitarbeitern. Allerdings muss an dieser Stelle die Einschränkung getroffen werden, dass sich in erster Linie Personen aus den städtischen Zentren in den Forschungsinterviews wiederfinden und ländliche Regionen aus logistischen Gründen nur durch Informationen über Dritte einbezogen werden konnten.

Zudem ließe sich einwenden, dass die Perspektive staatlicher Akteure durch die Interviews keine Berücksichtigung im Sinne der Maximierung und Minimierung von Unterschieden findet. Dies ist in erster Linie jedoch darauf zurückzuführen, dass unter den herausfordernden Bedingungen in Kasachstan und Usbekistan gerade die eigene Wahrnehmung nicht-staatlicher Akteure mit Blick auf ihre Handlungsspielräume von Bedeutung ist. Denn staatliche Akteure in Zentralasien sind, so die Erfahrung von KATSUI (2005:48), nicht nur außerordentlich stark an einer „*Imagewahrung*“ (vgl. LEONTIY

2013:131) gegenüber Außenstehenden interessiert, auch die Sorge und Angst vor negativen Konsequenzen infolge einer kritischen Einschätzung dürfte das notwendige Vertrauensverhältnis für offene Gespräche kaum zulassen.

Zwar wurden die Interviews entsprechend dem zyklischen Vorgehen einer qualitativen Erhebung in mehreren Forschungsphasen durchgeführt. Allerdings sollte man sich bewusst machen, dass vollkommen eindeutige Forschungszyklen oder eine Chronologie der Forschung wie beispielsweise bei DEPNER (2015:87) infolge des dauerhaften Aufenthaltes im Feld (s. Kapitel 7.4.1) kaum rekonstruiert werden können. Die gesamte Forschung glich eher einem permanenten Prozess der (quasi-)methodischen *Triangulation*: Alltägliche Erfahrungen sowie Beobachtungen und zahlreiche offene Kommunikationssituationen standen über einem Zeitraum von insgesamt vier Jahren in einem ständigen reflexiven Abgleich mit den Interviews und der Forschungsliteratur.

Wenn im Folgenden trotzdem einzelne Phasen der Forschung genannt werden, handelt es sich dabei nur um Schwerpunkte und eine eher der Nachvollziehbarkeit dienende Zusammenfassung. So ließe sich zunächst von einer anfänglichen Orientierungsphase Ende 2014/Anfang 2015 sprechen, während derer im Rahmen von Schulbesuchen und der Kontaktaufnahme per E-Mail erste Gespräche geführt und damit grundlegende Beobachtungen im Forschungsfeld angestellt wurden. Nach Abschluss dieser Orientierungsphase lassen sich zusammenfassend vier zeitliche und inhaltliche Schwerpunktsetzungen in den Forschungszyklen bestimmen. Auf einen ersten Forschungszyklus im Mai und Juni des Jahres 2015 in Usbekistan folgte eine zweite intensive Phase der Feldforschung im September des gleichen Jahres. Der März 2016 ist als dritter Forschungszyklus anzusehen, der zudem erstmals in Kasachstan durchgeführt wurde; ein letzter Forschungszyklus erfolgte im Mai und Juni 2016 in beiden Ländern. Insgesamt fanden damit 29 Interviews statt – 13 davon mit dem Schwerpunkt Kasachstan, 16 konzentrieren sich auf Usbekistan.

Die überwiegende Mehrzahl der Interviews wurde in russischer Sprache von mir ohne Dolmetscher durchgeführt. Zwei der 29 Interviews fanden zudem in Usbekisch mit einer dem Interviewpartner vertrauten Person als Dolmetscher statt, weitere drei Interviews auf Wunsch der Gesprächspartner in Englisch, zwei in deutscher Sprache (zur Problematik der Sprache s. Kapitel 7.5.3). Für die Durchführung der Interviews wurde dabei stets ein den Gesprächspartnern vertrauter Ort gewählt. Ebenso heterogen wie diese verschiedenen

Orte gestaltete sich auch ihr zeitlicher Rahmen: Die Länge der Interviews variierte zwischen 20 Minuten und mehreren Stunden.

Die Vorgehensweise des *Theoretical Samplings* ermöglichte es dabei, die Forschungsfragen mit zunehmender Dauer der Untersuchung zu präzisieren, bis eine ausreichende inhaltliche Tiefe für ihre Beantwortung erreicht wurde. So wurden in den vier Forschungszyklen auch unterschiedliche Schwerpunkte in den Interviews thematisiert: Ging es zunächst stärker um religiöse und gesellschaftliche Vorbehalte über Behinderung und die Entwicklung der Inklusion, standen im zweiten Forschungszyklus sich aus den Gesetzestexten und der Literatur ergebene Fragen zu der finanziellen Absicherung und dem Bildungssystem in Usbekistan im Vordergrund. Der dritte Forschungszyklus diente – wiederum auf einem Literaturstudium basierend – der Analyse der Lage von Menschen mit Behinderung in Kasachstan, während der vierte und letzte Zyklus verbliebene Forschungslücken besonders hinsichtlich des Engagements von Menschen mit Behinderung in der Zivilgesellschaft und der Rolle internationaler Akteure in beiden Ländern schließen sollte.

## 7.4 Positionierung im Feld

### 7.4.1 Rolle und Position des Forschenden

Die Reflexion der eigenen Rolle als Forschender ist – gerade im fremdkulturellen Kontext – zentraler Bestandteil einer qualitativen empirischen Untersuchung. Denn zum einen ist jede Bedeutungszuschreibung im Feld das Resultat der eigenen Vorerfahrungen (HAHNHÖRSTER 2014:110). Zum anderen sind die Forschungsergebnisse Produkt konkreter sozialer Interaktion, die sich nicht von der Person des Forschenden trennen lassen. Denn würden beispielsweise *„die Interviewten einer anderen Person ihre Geschichte erzählen, würden sie anders und anderes erzählen“* (REICHERTZ 2016:195).

Diese unterschiedlichen Zu- und Einordnungen können für den Forschungsprozess zugleich hinderlich und befördernd sein (KEMPF 2013:111). Unzweifelhaft ist meine<sup>65</sup> subjektive Nachvollziehbarkeit der Situation von Menschen mit Behinderung in Kasachstan und

---

<sup>65</sup> Um die Abhängigkeit des Forschungsprozesses und der Ergebnisse von meiner Person auch sprachlich sichtbar zu machen, wird im Folgenden das Pronomen der ersten Person (Singular) bewusst eingesetzt.

Usbekistan durch einen doppelt „fremden“ Hintergrund als nicht-behinderter, europäischer Forscher äußerst begrenzt. Damit drängt sich unmittelbar die Frage auf, inwiefern es überhaupt möglich ist, im Rahmen einer solchen doppelten Fremdheit eine ausreichende *Nähe zum Gegenstand* (MAYRING 2002:146) herzustellen, um offene, auf gegenseitigem Vertrauen basierende Gespräche führen zu können.

Umgekehrt bedeutet dies: Wie würde es die Ergebnisse der Forschung verändern, wenn ich selbst eine Behinderung hätte oder Vater eines Kindes mit Behinderung wäre? Einerseits ist durchaus vorstellbar, dass die Gesprächspartner dadurch eher Vertrauen fassen könnten, weil man die zentrale (Lebens-)Erfahrung als behinderter Mensch teilt. Dies betrifft insbesondere sensible Bereiche wie das Erleben von Vorurteilen in Gesellschaft und Familie. Andererseits zeigt die Erfahrung der japanischen Wissenschaftlerin KATSUI (2005), die in Zentralasien zu Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung geforscht hat, dass eine Behinderung im europäischen Kontext für Menschen in Zentralasien etwas grundsätzlich anderes darstellen kann. Damit besteht die Gefahr, aufgrund *eines* gemeinsamen Merkmales vor dem Hintergrund zahlreicher (möglicherweise wichtigerer) Unterschiedlichkeiten ein oberflächliches Verstehen anzunehmen, worunter nicht nur die für den Forschungsprozess wichtige Naivität des Forschenden leidet (vgl. GIRTLE 2009:107f). Denn überspitzt formuliert könnte man fragen: Würde ich als beispielsweise sehbehinderter westeuropäischer Forscher die Mutter eines Kindes mit Down-Syndrom besser oder auf andere Weise verstehen? Und würde Sie mir überhaupt ein anderes Verstehen ihrer persönlichen Lage zutrauen?

Zweitens gilt es zu reflektieren, welcher Einfluss meiner Position als von außen kommender Forscher zukommt. Der erstmalige Zugang zum Feld ist dadurch ohne Zweifel erschwert, da es an persönlichen Beziehungen und damit Kontakten fehlt (vgl. Kapitel 7.5.1). Zugleich gibt hierzu jedoch wiederum die Erfahrung von KATSUI (2005:36) in Zentralasien wesentlichen Aufschluss darüber, wie gerade die Position als Außenstehender für sensible Forschungsbereiche von Vorteil sein kann. Denn bewusst oder unbewusst können lokale Forscher unter den Bedingungen eines autoritären Systems ein Risiko für die Interviewpartner darstellen. In ähnlicher Weise argumentiert MIJIČ (2013:102f):

Die Wahrscheinlichkeit, dass zu einer ‚außenstehenden Person‘ außerhalb der aktuellen Interviewsituation zukünftig noch weitere Kontakte bestehen werden, wird vermutlich als verschwindend gering eingestuft. Es kann von den Rednerinnen also plausibel angenommen werden, dass das Verhalten in der Interviewsituation

keinerlei Folgen im eigenen Alltag zeitigen wird, was sich wiederum positiv auf ihre Offenheit und Authentizität auswirken kann.“<sup>66</sup>

Andererseits muss man sich als kulturfremder Forscher im Klaren darüber sein, dass ein unmittelbares Verstehen der anderen Kultur unmöglich ist, weil sie für den Außenstehenden eine *sekundäre Wirklichkeit* ist, der die eigene *primäre Sozialisation* vorausgeht (KOKEMOHR 2008:323):

Weil sich kulturspezifische Kohärenz stets auch aus den primären Wirklichkeiten der Sprecher speist, sind Analysen und Interpretationen durch den fremden Forscher doppelt begrenzt. Was immer Analyse und Interpretation erbringen, ist also eine sekundäre Repräsentation, für die es ein Wahrheitskriterium im Sinne primärer Wirklichkeit prinzipiell nicht gibt.

Infolge dieser Komplexität ist ein längerfristiger Aufenthalt im Feld für den Forschungsprozess von besonderer Bedeutung (ROSENTHAL 2015:106). Denn dies erlaubt nicht nur den Zugang zu impliziten gesellschaftlichen und kulturellen Wissensbeständen (KEMPF 2013:101), sondern dient auch dem Aufbau von Vertrauen zu Gesprächspartnern, das besonders im Falle der Forschung in Usbekistan unumgänglich war (KATSUI 2005:35). Durch die beruflich bedingte, insgesamt vierjährige Verlagerung meines Lebensmittelpunktes nach Usbekistan und später Kasachstan konnte diesem Aspekt verstärkt Rechnung getragen werden. Wenn also KURT (2011:72) argumentiert, dass „*die aus der eigenen Vertrautheitssphäre mit ins Feld gebrachten Erwartungen enttäuscht [werden und] die eigene Position mühsam ausgehandelt [...] werden [muss]*“, bildete dies nicht etwa den Beginn eines Forschungsprozesses ab, sondern entsprach den Regeln des täglichen Miteinanders. Durch den längerfristigen Aufenthalt vor Ort konnte ich mir ebenfalls fließende Russischkenntnisse aneignen, die für die Feldforschung eine zentrale Voraussetzung darstellen (vgl. KEMPF 2013; MIJIČ 2013). Allerdings stellt die russische Sprache zwar noch immer die *Lingua Franca* in Zentralasien dar, außerhalb der städtischen Zentren wird sie in Usbekistan aber keinesfalls mehr von allen beherrscht.

Die im Laufe meines Aufenthaltes gemachten Erfahrungen flossen zwar nicht direkt in die Forschungsarbeit ein, konnten jedoch dazu beitragen, bestehende Forschungsfragen in den

---

<sup>66</sup> Trotz meiner Position als Außenstehender bin ich mir bewusst, dass die nicht-staatlichen Akteure in Usbekistan ein hohes Risiko eingegangen sind, überhaupt einem Gespräch zuzustimmen (vgl. u.a. INTERVIEW XV; XXVII; XXIX) und hoffe daher, keine von mir nicht intendierten Folgen ausgelöst zu haben.

Interviews zu konkretisieren und ggf. zu erweitern (vgl. KEMPF 2013:110). Meine eigene Tätigkeit im Hochschulsystem in beiden Ländern verknüpft mit einer Reihe von (beruflich bedingten) Schulbesuchen hat beispielsweise tagtäglich die Frage nach der didaktisch-methodischen Ausbildung, professionellen Unterstützung, Bezahlung und Überlastung von lokalen Lehrkräften aufgeworfen, um nur einige Aspekte zu nennen. Die für einen europäischen Blick auffällige Unsichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in beiden Ländern hat in ähnlicher Weise eine Reihe von Forschungsfragen nach sich gezogen. Gleichmaßen drängte sich die Frage nach einer barrierefreien Umgebung in einem solchen Maße auf, dass der Behauptung einer Gesprächspartnerin, dieses Problem sei bereits in den städtischen Zentren gelöst, aus eigener Erfahrung vehement widersprochen werden musste. Der Aufenthalt vor Ort diente somit auch der Kontrastierung der erhobenen Daten (vgl. ROSENTHAL 2015:111).

Zudem ermöglichte dieser mehrjährige Aufenthalt, zumindest einem Teil der impliziten gesellschaftlichen Wissensbestände nachzuspüren und dann in den Interviews zu thematisieren. Dazu zählt in Usbekistan beispielsweise die Rolle von jungen Frauen in den Familien der Ehemänner, deren Situation in der Gesellschaft kaum offen thematisiert wird. Für die Menschen aber, mit denen ich vor Ort gearbeitet habe, stellte sich diese Frage mit solcher Dringlichkeit, dass mir bewusst wurde, welcher Druck auf Frauen bei der Geburt eines Kindes mit Behinderung lasten muss. Zu diesen impliziten Wissensbeständen gehört aber auch die kollektive Erfahrung des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs eines Gesellschaftssystems, der zwar ebenfalls kaum thematisiert wird, aber Erwartungen und Vorstellungen in Zentralasien gegenüber staatlichem Handeln enorm geprägt hat. Meine alltägliche Erfahrung vor Ort hat in diesem Sinne unzweifelhaft auch die Herausarbeitung der Handlungsspielräume nicht-staatlicher Akteure beeinflusst (vgl. Kapitel 9).

Nicht zuletzt gehört zu einer Feldforschung auch das leibliche und psychische Empfinden (ROSENTHAL 2015:113). Das persönliche Durchleben zweier kasachstanischer Winter hat in mir immer wieder die Frage aufgeworfen, inwieweit eine in unseren Breitengraden erlebte Barrierefreiheit überhaupt im Falle Zentralasiens Sinn machen kann, wenn zwar ein Bordstein abgesenkt, Schnee und Eis aber eine Fortbewegung im Rollstuhl grundsätzlich unmöglich machen. Meine Tätigkeit im Bildungssystem hat darüber hinaus besonders den ideologisch-konformistischen Druck, dem Studierende in beiden Ländern ausgesetzt sind,

und gleichzeitig die Überlastung und administrative Gängelung der Lehrkräfte – wenn auch aus privilegierter Perspektive – einprägsam vor Augen geführt.

#### 7.4.2 Verantwortung im Forschungsprozess

An dieser Stelle scheint es mir notwendig, auf einige zentrale Merkmale meines Forschungsprozesses hinzuweisen. Infolge meines mehrjährigen Aufenthaltes in Zentralasien habe ich mit Bekannten, Freunden, Kollegen und (späteren) Interviewpartnern zahlreiche Gespräche geführt, die, wie gerade gezeigt, den Forschungsprozess entscheidend geprägt haben. Allerdings flossen diese Anregungen nur indirekt in meine Untersuchung mit ein, denn wie GIRTLE (2009:98) vertrete ich die Auffassung, dass Forschung ohne Wissen der beteiligten Gruppe oder Personen ihnen gegenüber unfair ist.

Aufgrund der hohen Sensibilität der Forschungsthematik, insbesondere gegenüber den nicht-staatlichen Akteuren in Usbekistan, aber auch gegenüber den erlebten Vorurteilen in Familie und Gesellschaft, ist die Gewährleistung der Anonymität der Gesprächspartner meine wichtigste Verantwortung. Dies bedeutet zum einen, dass, wie allgemein üblich, alle Verweise auf Namen, Organisationen, örtliche Begebenheiten etc. in den Interviews geschwärzt und ausschließlich mir selbst bekannt sind. Zudem verzichte ich darauf, Interviewsteckbriefe oder Datenbögen (vgl. MAYRING 2002) anzufertigen, um mögliche Rückschlüsse auf mir bekannte Personen durch Dritte zu vermeiden.

Außerdem war für mich von besonderer Bedeutung, dass die Gesprächspartner die Kontrolle über ihre Äußerungen im Interview vollständig selbst behalten, weshalb ich – sofern möglich – ihnen das Interviewtranskript zur Überprüfung vorgelegt habe. Durch diese *kommunikative Validierung* (BERGER-GRABNER 2016:129) konnte ich mich rückversichern, dass alle Informationen richtig notiert und verstanden wurden und keine Passagen existieren, die auf die Identität der befragten Person schließen lassen könnten.

Abschließend gilt es zu reflektieren, inwieweit die Gesprächspartner nur „Forschungswerkzeug“ (vgl. KATSUI 2005:30) meiner eigenen Untersuchung waren. Dem ist aus meiner Perspektive entgegenzuhalten, dass sich aufgrund des langen Aufenthaltes im Feld zu einer Reihe von Gesprächspartnern eine Beziehung entwickelte, die weit über die Dichotomie Forscher – Beforschte hinausgeht. Für die Frage der Ausnutzung von Gesprächspartnern als Forschungswerkzeuge, so zeigen die Erfahrungen von SINGAL



(2010:420), spielt ebenfalls die Erhebungsmethode eine wichtige Rolle. Denn in Studien gaben Menschen mit Behinderung an, qualitative Methoden zu bevorzugen, da sie Raum für persönliche Erfahrungen und eine kontextuelle Einordnung der Fragen lassen. Die eingesetzte Form von leitfadenbasierten Interviews konnte damit auch die Interessen von Menschen mit Behinderung im Forschungsprozess besser berücksichtigen.

## 7.5 Herausforderungen qualitativer Forschung in Kasachstan und Usbekistan

### 7.5.1 Zugang zum Feld

Die Gewinnung von Interviewpartnern ist zwar in jeder empirischen Untersuchung von zentraler Bedeutung (BERGER-GRABNER 2016:133), stellt jedoch im interkulturellen Forschungskontext durch eine „*Verdopplung der Feldzugangskomplexität*“ eine besondere Herausforderung dar (LEONTIY 2013:127). Dies hat zunächst einmal forschungspraktische Ursachen: Der Zugang zu potenziellen Gesprächspartnern über eine „anonyme“ Kontakthanbahnung per E-Mail oder Telefon war in Kasachstan und Usbekistan deutlich problematischer, als dies in Deutschland zu erwarten gewesen wäre. Beispielsweise erwies sich die internetbasierte Recherche von Nichtregierungsorganisationen in Usbekistan als unmöglich, in Kasachstan zumindest als schwierig. Entweder fehlten entsprechende Auftritte vollständig oder die Kontaktdaten waren falsch – nur in Ausnahmefällen gelang es daher, über solche Kanäle Interviewpartner zu gewinnen (vgl. HALTERMANN 2013:152). Zweitens spielt im postsowjetischen Raum insgesamt das soziale Kapital eines Menschen im Sinne eines Netzes aus Beziehungen und Kontakten eine bedeutendere Rolle als in westlichen Kontexten. Dies betrifft nicht nur geschäftliche Beziehungen, sondern auch das Bildungswesen, den Arbeitsmarkt oder medizinische Dienstleistungen. LEONTIY (2013:124) führt dies auf den während der Sowjetunion herrschenden Mangel an wirtschaftlichem Kapital zurück:

Die postsozialistische Gesellschaft zeichnet sich durch eine Präferenz für soziales Kapital im Bourdieu'schen Sinne aus: die Nutzung eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens.

Umgekehrt resultiert daraus, dass Personen, die nicht in dieses Beziehungsnetz involviert sind – wie es Forschende aus dem Ausland zwangsläufig sind – auf Widerstand treffen, an Informationen innerhalb dieser Gemeinschaft zu gelangen.

Während aber LEONTIY ihre Erfahrungen in der Ukraine schildert, ist dieser Aspekt für die Forschung in Kasachstan und Usbekistan aus zweierlei Gründen noch bedeutsamer. Zum einen geht die Bedeutung eines sozialen Netzes aus Familie und Klan im zentralasiatischen Kontext weit über die kollektive Erfahrung des Lebens in der Sowjetunion hinaus (SCHATZ 2004). Zum anderen sind gerade bei sensiblen Forschungsfragen ohne persönliche Beziehungen kaum Gesprächspartner zu gewinnen (vgl. Kapitel 7.4).

Die Folgen für die Feldforschung, die LEONTIY (2013:127) beschreibt, gelten jedoch unzweifelhaft auch für den Zugang zum Feld in Kasachstan und Usbekistan: Kontakt- oder Vertrauenspersonen mit ausreichend sozialem Kapital spielen zur Gewinnung von Kontakten eine entscheidende Rolle. Infolge meines mehrjährigen Aufenthaltes im Feld hatte ich das Glück, über solche Kontakte zu verfügen, was sich gerade für die Gespräche mit nicht-staatlichen Akteuren in Usbekistan als unschätzbarer Wert herausstellte. Denn für das Interview mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen war dort sogar die zweimalige Empfehlung über solche Vertrauenspersonen notwendig: Nach einer ersten Kontaktaufnahme und einer Reihe von Zusagen seitens der nicht-staatlichen Akteure wurden nach und nach alle vereinbarten Treffen abgesagt, da jeder Austausch zwischen Vertretern von NGOs und Ausländern mehrere Monate vorher im Justizministerium angemeldet werden muss. Dies war den Interviewpartnern allerdings wohl zunächst selbst nicht bewusst, weshalb die Absagen kurzfristig und bereits nach Abschluss der Planung der Forschungsreise versendet wurden. Erst über einen weiteren Interviewpartner vor Ort, der in ihren Augen über ausreichend soziales Kapital verfügte, willigten sie einem spontanen Treffen ein.

Gleichzeitig ist es an dieser Stelle wichtig, sich über die Nachteile einer solchen Vorgehensweise im Klaren zu sein. Denn forschungspraktisch war die Gewinnung von Interviewpartnern neben der theoriegeleiteten Orientierung im Sinne des *Theoretical Samplings* zwangsläufig durch das Verfahren des *Snowball-Samplings* geprägt, also der Gewinnung von Kontakten über die Beziehungen der Kontakte (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:184). Dadurch bewegt sich der Forschende unweigerlich in einem bestimmten Netzwerk, in dem tendenziell ähnliche Ansichten vertreten werden und sich anders

gelagerte Auffassungen deshalb nur unzureichend in der Forschung wiederfinden können. Dieses Problem wird dadurch verstärkt, dass ich möglicherweise gerade mit Personen ein vertrautes Verhältnis aufbauen konnte, die, wie sich in vielen offenen Kommunikationssituationen gezeigt hat, in ihren Überzeugungen und Ansichten meinen eigenen Positionen näherstanden. Dies beinhaltet auch ganz pragmatische Aspekte wie zum Beispiel das Teilen einer gemeinsamen Sprache, meist Englisch oder Russisch. Hinzu kommt, dass ethnische Zugehörigkeiten im Rahmen meiner Forschung zwar nur eine äußerst untergeordnete Rolle spielten, jedoch (unbewusst) Über- bzw. Unterrepräsentationen bestimmter ethnischer Gruppen existieren könnten. Beispielsweise ist nicht auszuschließen, dass ich in Usbekistan häufiger mit tadschikischen Interviewpartnern ins Gespräch gekommen bin, weil sie Russisch oft fließend beherrschen. Dieser Aspekt ist nicht unbedeutend, da ein Usbeke über Usbekistan und Menschen mit Behinderung vor Ort möglicherweise ganz anders berichtet hätte als ein Angehöriger der tadschikischen Minderheit, dessen Wahrnehmung eine ganz eigene Sicht auf das Land prägt.

Abhilfe konnte hier zumindest schaffen, dass Schneeballsystem über verschiedene Zugänge „in Gang zu bringen“ (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:185). Aufgrund meiner mehrjährigen Tätigkeit vor Ort hatte ich die Gelegenheit, Beziehungen über verschiedene Ebenen aufzubauen: Über Studierende, Kollegen, Bekannte und Freunde sowie akademische Projekte.

### 7.5.2 Offenheit der Interviewpartner

Auch hinsichtlich der Offenheit der Interviewpartner gilt es, einige zentrale Erfahrungen meiner Forschung in Kasachstan und Usbekistan zu reflektieren. Dieser Aspekt besitzt zwar keineswegs nur in der interkulturellen Forschung Bedeutung (vgl. BERGER-GRABNER 2016:129; OLTSMANN 2016), aber sowohl das sowjetische Erbe einer geschlossenen Gesellschaft als auch die Sensibilität der untersuchten Forschungsfelder führten in Kasachstan und Usbekistan dazu, dass die Offenheit der Gesprächspartner in den Interviewsituationen stark variierte.

Denn nicht nur spezifische Fragestellungen zu nicht-staatlichen Akteuren in der Behindertenpolitik besitzen eine unvermittelt politische Dimension. Auch Fragen zur

Situation von Menschen mit Behinderung allgemein beinhalten immer eine soziale sowie wirtschaftliche Komponente und werden damit unweigerlich politisch eingefärbt (vgl. INTERVIEW I; XVII). Zurückhaltung und Misstrauen können dabei sowohl aus Furcht vor negativen Konsequenzen als auch aus der „*Problematik der Imagewahrung*“ bei den Gesprächspartnern resultieren (LEONTIY 2013:131). Beide Aspekte verstärken dabei die Gefahr der Selbstzensur in den Interviews (vgl. KATSUI 2005:152).

Meine Position als von außen kommender Forscher mag zwar, wie in Kapitel 7.4.1 gezeigt, die Sorge verringert haben, dass die Inhalte des Gesprächs bekannt werden. Gleichzeitig scheint es aber zu den angesprochenen impliziten Wissensbeständen in Zentralasien zu gehören, dass man sich, wenn überhaupt, gegenüber Außenstehenden grundsätzlich nicht kritisch über das eigene Land äußert. Besonders in Usbekistan ist öffentliche Kritik äußerst problematisch, nicht zuletzt, weil sie dem propagierten Bild eines erfolgreichen, sich stets entwickelnden Staates widerspricht. Das Prinzip der „*Gesichtswahrung*“ – übertragen auf das eigene Land – spielte somit in den Interviewsituationen eine nicht unbedeutende Rolle. Deutlich wurde deshalb, wie entscheidend ein vertrautes Verhältnis zwischen mir und meinen Gesprächspartnern war. In Bezug auf die Gütekriterien qualitativer Forschung spricht BERGER-GRABNER (2016:129f; vgl. MAYRING 2002:146) hierbei von der „*Nähe zum Untersuchungsgegenstand*“. Der längerfristige Aufenthalt im Feld führte dabei mitunter zu einem widersprüchlichen Verhältnis von Nähe und Distanz (vgl. hierzu KEMPF 2013:104). Einerseits war ich als Europäer eindeutig Außenstehender, gleichzeitig aber als vor Ort arbeitende Lehrkraft eng in die lokalen Strukturen eingebunden. Dadurch entstanden auch zu Interviewpartnern zum Teil sehr vertraute Beziehungen, die zwar einerseits für mein Forschungsthema unumgänglich, jedoch aus methodologischer Perspektive nicht unproblematisch sind:

Es [gilt] gleichzeitig interessiert genug zu sein, um dem erfahrenen Leid gerecht zu werden, und ausreichend ‚desinteressiert‘, um die wissenschaftliche ‚Objektivität‘ und ‚Neutralität‘ nicht nur faktisch aufrechtzuerhalten, sondern auch gegenüber den InterviewpartnerInnen deutlich zu signalisieren (MIJIČ 2013:103).

Existierte dieses Vertrauen nicht, waren bestenfalls allgemeine Auskünfte zur Situation von Menschen mit Behinderung möglich. Noch in einer ersten Orientierungsphase hat sich diese Problematik beispielhaft in Usbekistan gezeigt. Nachdem ein Vertreter nicht-staatlicher Strukturen fast eine gesamte Stunde im Interview über die Aktivität der

Organisation berichtete, habe ich unvermittelt nach bestehenden Schwierigkeiten für Menschen mit Behinderung in Usbekistan gefragt. Seine Antwort war schlicht, darüber nicht sprechen zu können.

Diese Erfahrung hat zudem deutlich gemacht, dass die Gesprächsführung und die Art der Fragestellung dieser Sorge vor negativen Konsequenzen und der Imagewahrung angepasst werden müssen. Auch LEONTIY (2013:131) beschreibt, wie ihre Gesprächspartner in der Ukraine kaum auf direkte Nachfragen nach Problemen und Konflikten eingingen. Im Forschungsprozess in Kasachstan und Usbekistan hat es sich deshalb als zielführend erwiesen, Fragen so zu formulieren, dass die Interviewpartner für eine ehrliche Beantwortung nicht direkt Kritik an staatlichen Strukturen äußern mussten. So bildete die Abschlussfrage des dritten und vierten Forschungszyklus immer, welche drei Wünsche in Bezug auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung sich die Gesprächspartner von einem „Flaschengeist“ erfüllen lassen wollten (s. Anhang 11.3). Insbesondere bei staatlichen Einrichtungen wie Hochschulen habe ich ebenfalls versucht, meine Wortwahl an den offiziellen Sprachgebrauch anzupassen (zur Sprache der Interviews s. Kapitel 7.5.3). So ist in Kasachstan und Usbekistan beispielsweise in russischer Sprache üblich, nicht von *Verbesserung* [*ulučšenie*] von Gesetzen o.Ä. zu sprechen, sondern – wörtlich übersetzt – von deren *Perfektionierung* oder *Vervollkommnung* [*soveršenstvovanie*]<sup>67</sup>.

### 7.5.3 Kommunikation und Dokumentation

Die sprachliche Herausforderung ist wohl auf den ersten Blick das auffälligste Merkmal fremdkultureller Forschung. Allerdings deckt sie nur auf und spitzt zu, worüber im intrakulturellen Zusammenhang häufig hinweggegangen wird. Denn das Teilen einer gemeinsamen Sprache ist keinesfalls mit demselben Erfahrungshorizont gleichzusetzen (vgl. MIJIČ 2013:97): Schon der sowjetische Psychologe Lev VYGOTSKIJ unterschied zwischen dem (individuellen) *Sinn* und der (gesellschaftlichen) *Bedeutung* eines Wortes (vgl. KÖLBL 2006:61).

---

<sup>67</sup> Vergleiche dazu u.a. den BESCHLUSS DES MINISTERKABINETTS DER REPUBLIK USBEKISTAN (2017).

In der interkulturellen Forschung ist dieser Unterschied jedoch evident, weil sich das Verstehen des fremdkulturellen Kontextes vor dem Hintergrund der eigenen Sozialisation oder des „*eigenen Relevanzsystems*“ (vgl. MIJIČ 2013:105) vollzieht:

Der Versuch einer Übersetzung im strengen Sinne dürfte von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Der Sozialforscher verfügt im Dialog stehend über keine Werte, von der aus ihm eine neutrale Inbezugsetzung der kulturfremden mit der eigenen Herkunftsperspektive möglich wäre“ (SCHRÖER 2013:68).

Die subjektiven Begriffsvorstellungen werden damit automatisch auf eine andere Gesellschaft übertragen (NOHL 2008:283). Immer wieder hat sich mir insofern die Frage gestellt, inwieweit ich mit den Gesprächspartnern tatsächlich über dasselbe spreche, wenn von *invalidy*, also Menschen mit Behinderung, die Rede ist. Insofern könnte man in Anlehnung an VYGOTSKIJ argumentieren, dass sich in der fremdkulturellen Forschung nicht nur der *subjektive Sinn*, sondern auch die *gesellschaftliche Bedeutung* eines Wortes unterscheidet. Beispielhaft verdeutlicht dies das im Kontext von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung von Gesprächspartnern mehrmals verwendete russische Wort [*sglazit'*], das in etwa so viel wie „mit einem bösen Blick verhexen oder verfluchen“ bedeutet. Darin kommen abergläubische Vorstellungen zum Ausdruck, die in der deutschen Gesellschaft weit weniger präsent sind und deshalb in ihrer Bedeutung nur unzureichend durch eine wörtliche Übersetzung wiedergegeben werden können.

Hinzu kommt, dass vor allem für meine Gesprächspartner in Usbekistan Russisch nicht die Muttersprache darstellte und somit ihrerseits eine Übertragung gesellschaftlicher Bedeutung aus dem Usbekischen oder Tadschikischen und meinerseits aus dem Deutschen ins Russische notwendig war. Gleiches gilt für die Interviews, die in englischer Sprache durchgeführt wurden.

Auf die Einbeziehung eines Dolmetschers oder kulturvertrauten Co-Interpreten bei der Auswertung der Daten (vgl. SCHRÖER 2013) wurde aus Gründen verzichtet, die sich in Kapitel 7.4.2 wiederfinden: Die Anwesenheit einer von mir engagierten dritten – gerade im Feld verwurzelten – Person hätte für die Gesprächspartner eine potenzielle Gefahr im Sinne der bewussten oder unbewussten Weitergabe von Informationen bedeuten können (vgl. MIJIČ 2013:204). Dies gilt auch für die Bearbeitung der Transkripte im Rahmen einer Zusammenarbeit mit einem Co-Interpreten: Auch dabei hätte nicht ausgeschlossen werden können, dass mir nicht bewusste Hinweise auf Personen oder Projekte existieren, die –

intendiert oder nicht – weitergetragen hätten werden können. Allerdings habe ich bei der Auswertung der Daten auf einen *nicht* kulturvertrauten Muttersprachler zurückgegriffen, wenn meiner Auffassung nach unklare Stellen in der Übersetzung vorlagen.

Um ein Bewusstsein für die Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Bedeutung von Wörtern zu entwickeln, ist, wie ENZENHOFER und RESCH (2013:210) hinsichtlich der translatorischen Anforderungen an Forschende ausführen, neben der Sprachen- auch die Kultur-, Text-, Transfer- und Fachkompetenz wichtig. Da sie aufgrund ihrer praktischen und inhaltlichen Relevanz für die Forschung in Kasachstan und Usbekistan besonders bedeutsam waren, möchte ich hier nur auf die Kultur- und Fachkompetenz eingehen.

In der Kulturkompetenz spiegeln sich kulturelle oder milieuspezifische Konventionen einer Sprache (ENZENHOFER & RESCH 2013:210). Ein gutes Beispiel dafür ist die in Kapitel 7.5.2 beschriebene Differenzierung des deutschen Begriffes [*Verbesserung*] zwischen der wörtlichen Übersetzung [*ulučšenie*] und der verbreiteteren Umschreibung [*soveršenstvovanie*]. Zudem gehören zu diesen Konventionen ebenfalls gesellschaftliche Übereinkünfte in der Gesprächsführung, wie die in Kasachstan und Usbekistan üblichen umfassenden privaten Erkundigungen zu Beginn selbst eher geschäftlicher Unterhaltungen.

Hinsichtlich der Fachkompetenz gilt es, solche Begriffe zu differenzieren, die sich inhaltlich zwischen der deutschen, englischen und russischen Sprache in der Behindertenpädagogik unterscheiden. So umfasst der Begriff der *Lernbehinderung* trotz der sprachlichen Ähnlichkeit zu einer *learning disability* keinesfalls die gleiche Zielgruppe (vgl. KENNETH & FORNESS 2000). Gleiches gilt für dessen russische Variante der *Verzögerung der psychischen Entwicklung* [*zaderžka psichičeskogo razvitija*] (vgl. NOVIKOV, FREIBURG & JEHL 1988:176). Diese Unterschiede ließen sich durch weitere Beispiele oder sogar insgesamt für den Begriff der *Behinderung* geltend machen (s. Kapitel 4.1.1).

Die Gesprächsführung in der Fremdsprache sowie die Übersetzung fordert daher keine wortwörtliche Übersetzung, sondern eine Ähnlichkeit insbesondere nach inhaltlichen Kriterien (BITTNER & GÜNTHER 2013:188). Auf dieser Grundlage sind sowohl die Interviews geführt als auch die Übersetzung der Auszüge aus den Transkriptionen angefertigt worden. Um die Differenzierbarkeit der Fachbegriffe zu gewährleisten und durch einen ständigen Abgleich ihres Bedeutungskontextes einer inhaltlichen Ähnlichkeit am ehesten gerecht zu werden, wurden die Interviews in der jeweils genutzten Sprache transkribiert. Ein

derartiges Vorgehen vermeidet vorschnelle, womöglich falsche Übersetzungen und erwies sich besonders zu Beginn der Interviews als hilfreich, als die fachterminologische Differenzierung noch nicht in allen Begriffen vorgenommen werden konnte. Dies liegt vor allem in der mangelnden Verfügbarkeit russischsprachiger Literatur zur Behindertenpädagogik begründet, weil in älteren Lehrbüchern Begriffe wie *Frühförderung* [*rannee vmešatel'stvo*] oder *Verhaltensauffälligkeit* [*deviantnoe povedenie*] nicht vorkommen.

Da in den Interviews der inhaltliche Aspekt im Vordergrund stand, das heißt, *was* und nicht *wie* die Befragten berichteten, wurde zudem darauf verzichtet, nonverbale Äußerungen in die Transkription aufzunehmen (vgl. BERGER-GRABNER 2016:135; MAYRING 2002:91). Aus demselben Grund wurden sprachliche Fehler, sofern von mir eindeutig als solche identifizierbar, in den Interviews korrigiert, was gleichzeitig die Lesbarkeit der Auszüge verbessern soll.

Allerdings war es nicht möglich, in allen Transkriptionen das gesamte Gespräch wiederzugeben. Denn einige Interviewpartner willigten aufgrund der Sorge um ihre Anonymität nicht in eine Aufzeichnung des Gesprächs ein. Diese Interviews sind zur besseren Differenzierung als *Zusammenfassung* gekennzeichnet. Auf eine detaillierte Beschreibung der Interviewpartner sowie des Zeitpunktes und Ortes der Durchführung im Sinne eines *methodischen Steckbriefes* (vgl. BERGER-GRABNER 2016:136) wird im Rahmen der Forschungsarbeit zur Wahrung der Anonymität ebenfalls verzichtet.

Meine eigenen Beiträge in den Interviews sind kursiv hervorgehoben; die Wiedergabe der Teilnehmenden erfolgt in einfacher, nicht kursiver Schrift. Wenn zudem mehrere Personen an der Interviewsituation beteiligt waren, sind die Beiträge der zweiten Personen durch Unterstreichungen, der dritten durch eine kursive Hervorhebung und Unterstreichung und einer vierten durch fett markierte Absätze zu differenzieren.

#### 7.5.4 Schlussfolgerungen für die Auswertung der Daten

Welche Schlussfolgerungen sind nun aus diesen Besonderheiten der Feldforschung in Kasachstan und Usbekistan für die Auswertung der Interviews zu ziehen?

Die Charakteristika der Datenerhebung legen meiner Auffassung nach zunächst einmal eine grundlegende erkenntnistheoretische Bescheidenheit nahe. Auch wenn im Allgemeinen



Übereinkunft darüber herrscht, dass qualitative Forschung keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben kann (MAYRING 2002:35), sei an dieser Stelle noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass die Daten nicht ohne Weiteres Schlussfolgerungen für den gesamten nationalen Kontext Kasachstans und Usbekistans zulassen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass dadurch jegliche Generalisierbarkeit der Forschungsergebnisse unmöglich wäre. Dies jedoch kann, im Gegensatz zur quantitativen Methodik, nicht alleine aus den gewonnenen Daten und deren Repräsentativität heraus begründet werden, sondern bedarf einer *argumentativen Verallgemeinerung*: Diese „muss explizit, argumentativ abgesichert begründen [...], welche Ergebnisse auf welche Situationen, Bereiche, Zeiten hin generalisiert werden können“ (MAYRING 2002:35f). In der Darstellung der Forschungsergebnisse in Kapitel 8 bzw. 9 werden die Interviews deshalb permanent in einem wechselseitigen Prozess der Triangulation auf die Forschungsliteratur bezogen. Die Frage der Generalisierbarkeit wird im Ausblick (Kapitel 10) der Forschungsarbeit thematisiert, in dem die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse auf andere Regionen im Vordergrund steht.

Zusätzlich erscheint mir notwendig, sich noch einmal explizit bewusst zu machen, wie entscheidend die Gespräche mit den Interviewpartnern und damit auch die Forschungsergebnisse im Spannungsfeld von Vertrauen und Unvertrautheit mit der Person des Forschenden verbunden sind:

Die Forschungsarbeit, das Aushandeln von Teilnehmerrollen, die Konstituierung des Forschungsfeldes, als dies lässt sich von der Person des Forschers nicht trennen, erhält also per Definition eine subjektive Note. [...] Jegliche Bemühungen des Forschers im Feld neutral zu bleiben, [können, S.K.] also nur zum Scheitern verurteilt sein (HALTERMANN 2013:162f).

In sensiblen Forschungsfeldern, wie sie in der vorliegenden Arbeit untersucht wurden, stellt sich dieses Problem zweifellos noch einmal dringlicher. Wäre nämlich das soziale Kapital eines anderen Forschenden stärker oder schwächer ausgeprägt, würde sich auch der Gesprächsverlauf ändern. „*Changing the interviewer changes the interview results, even if the new interviewer asks the same questions*“ (SCHEURICH 1995:240).

Aber nicht nur die Forschungsinterviews sind unmittelbar mit der Person des Forschenden verknüpft, der gesamte Forschungsprozess ist von dessen (impliziten) Vorwissen geprägt:

[M]ost decisions taken during the research process reflect preconceptions, i.e. pre-analyses; so, in practice, conceptualization, data collection, data analysis, and interpretation are iterative und irreducibly linked“ (BERGMAN & COXON 2005).

Damit besteht nun die Gefahr, eine zuvor bereits implizite entwickelte Theorie im Forschungsprozess nur zu bestätigen (Baur & Blasius 2014:46) – was zu der geforderten Offenheit qualitativer Vorgehensweisen in offensichtlichem Widerspruch steht. Bezogen auf meine eigene Forschungsarbeit ließe sich beispielsweise kritisch anmerken, dass ich nicht thematisiert habe, *ob* überhaupt Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan existieren, sondern nur, *welche* diese konkret sind und welche Verbindungen zwischen ihnen bestehen.

Da es sich bei diesen Problemen aber um immanente Schwierigkeiten von qualitativer (und quantitativer) Forschung handelt, lassen sich diese kaum vermeiden, sondern die Forschungsschritte nur offenlegen, um eine *intersubjektive Nachvollziehbarkeit* zu gewährleisten (REICHERTZ 2016:83). Deshalb ist meiner Auffassung nach zentral, eine Methode zu wählen, die in dem Prozess der Datenauswertung diese intersubjektive Nachvollziehbarkeit am ehesten sicherstellen kann. Dafür eignet sich in besondere Weise die strukturierende Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015), weil sie „*sowohl die Auswertungsaspekte als auch die Auswertungsregeln so exakt [definiert], dass ein systematisches, intersubjektiv überprüfbares Durcharbeiten möglich wird*“ (MAYRING & FENZL 2014:545).

## 7.6 Auswertung anhand der strukturierenden Inhaltsanalyse

Die Vorteile der strukturierenden Inhaltsanalyse für die Auswertung der Interviews lassen sich meines Erachtens am besten anhand der Bedenken ihrer Kritiker aufzeigen. Denn dass es sich bei der Inhaltsanalyse weniger um ein (Sinn-)rekonstruktives Verfahren, sondern vielmehr um eine Klassifizierung des Materials handelt (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:189), erweist sich für das vorliegende Forschungsvorhaben als besser geeignet. Aufgrund dessen stehen nämlich gerade nicht die „*impliziten Bedeutungen, wie sie in der Art und Weise einer Formulierung [...] zum Ausdruck kommen*“ im Vordergrund (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014:189). Denn die Schwierigkeiten im Forschungsprozess, wie sie in den

vorangegangenen Kapiteln reflektiert wurden, lassen ein Herausfiltern dieser impliziten Sinnstrukturen meines Erachtens kaum zu.

Vielmehr steht bei der Auswertung anhand der strukturierenden Inhaltsanalyse die Klassifizierung und die Kategorisierung der Interviews anhand theoriegeleiteter (Vor)Annahmen im Vordergrund. Nun ließe sich einwenden, dass damit der Kritik von BAUR und BLASIUS (2014:46) Vorschub geleistet wird, im Forschungsprozess *„aus einer spezifischen Perspektive zu argumentieren, bestimmte Aspekte zu übersehen und [die] eigenen Vorurteile in den Forschungsprozess zu tragen“*. Allerdings kann dies gerade auch für die impliziten Vorerwartungen, die sich in hermeneutisch-interpretativen Verfahren in der Deutung der Texte *„als mehrfaches Herantragen des eigenen Vorverständnisses“* (MAYRING & FENZL 2014:545) widerspiegeln, geltend gemacht werden – nur dass diese *impliziten* Vorannahmen nicht systematisch offengelegt werden. Dies ist meiner Auffassung nach vor allem vor dem Hintergrund einer konstruktivistischen Perspektive problematisch, denn:

Wir haben es nie mit der Wirklichkeit schlechthin zu tun, sondern immer nur mit Bildern der Wirklichkeit, also Deutungen. Die Zahl der jeweils möglichen Deutungen ist groß, subjektiv aber durch das Weltbild des Betreffenden meist nur auf eine einzige scheinbar mögliche und erlaubte begrenzt“ (WATZLAWICK 1977:91).

Diese Problematik lässt sich nicht durch ein stärker regelgeleitetes Vorgehen, wie es bei der Inhaltsanalyse der Fall ist, umgehen. Es macht die unweigerlich bestehenden *impliziten* Vorannahmen der Forschenden jedoch *explizit* und damit Schritt für Schritt nachvollziehbar.

Diesem Ziel wird die *strukturierende Inhaltsanalyse* dadurch gerecht, dass die Kategorien, mittels derer die Interviews gefiltert werden, deduktiv aus einem vorangehenden Literaturstudium gebildet werden (MAYRING 2015:85). Dies garantiert auf der einen Seite eine theoriegeleitete Einordnung des erhobenen Materials, lässt aber gleichzeitig Raum für eine Ausdifferenzierung dieser Kategorien durch die Ergänzung weiterführender Untergliederungen und entspricht damit dem zentralen Prinzip der Offenheit in der qualitativen Forschung (vgl. REICHERTZ 2016:14; SANDBERG 2013:48).

Zuletzt sei an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich darauf verwiesen, dass der Prozess der Kategorienbildung natürlich auch durch meinen Aufenthalt im Feld beeinflusst wurde. Wenn beispielsweise im folgenden Abschnitt die unzugängliche Infrastruktur als

eine aus dem Literaturstudium hervorgehende Kategorie definiert wird, ist diese Einschätzung zweifellos auch durch meine eigene Erfahrung im Feld geprägt. Ähnliches gilt für die Erlebnisse von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung, die ich in einer Reihe von (privaten) Gesprächen und Begegnungen immer wieder vorfand.

### 7.6.1 Kategorienbildung

Die *Kategoriendefinition* ist ein zentraler Schritt der Inhaltsanalyse (MAYRING 2015:85) und für die logische Klassifizierung des Materials entscheidend. Zur Bestimmung dieser Kategorien wurde sowohl allgemeine Literatur zur Situation von Menschen mit Behinderung in Entwicklungs- und Schwellenländern (u.a. WAPLING 2016; MITRA et al. 2013), vor allem aber spezifische Materialien hinsichtlich ihrer Lage in Kasachstan und Usbekistan (u.a. BABAJANIAN et al. 2014; UNICEF 2013; UNDP 2009; SCOTT & METE 2008; SEITENOVER & BECKER 2008; KATSUI 2005; 2008) analysiert. Einen zentralen Beitrag zur Bildung der Kategorien leistete auch die Untersuchung des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens beider Länder sowie der behindertenpolitischen Rahmenbedingungen in den Kapiteln 3 und 4. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass die beschriebene Umlagerung von Kosten auf private Haushalte im Gesundheitswesen oder die geringe Bezahlung von Fachkräften in diesem Bereich auch Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung hat. Veränderungen der staatlichen Unterstützung in Usbekistan und die insgesamt geringen staatlichen Leistungen werfen zudem die Frage nach ihrer finanziellen Absicherung auf (vgl. Kapitel 4.2.5). Unmittelbar daran anknüpfend stellt sich vor dem Hintergrund des aus der Sowjetunion übernommenen segregierenden Schulsystems (vgl. Kapitel 4.2.3) die Frage nach den Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Dadurch lassen sich bereits vier Exklusionsgefahren identifizieren: Die *finanzielle Absicherung* (TOMINI et al. 2014:35; UNICEF 2012b:6; UNDP 2009:58; BRAITHWAITE & MONT 2008:12), die *medizinische Versorgung* (SULEJMEANOVA 2014:58; UNDP 2009:59; KATSUI 2005:55), die *Bildungschancen* (KARGAŽANOVA 2015:85; TOMINI et al. 2014:38; MARKOVA & SULTANALIEVA 2013; OECD 2009:76) sowie die *Integration in den Arbeitsmarkt* (TURDIEV 2015:23; UNICEF 2013:12; UNDP 2009:59; 2012; SCOTT & METE 2008:47; KATSUI 2005:77).

Diese Faktoren lassen sich auch in Untersuchungen zu Entwicklungs- und Schwellenländern finden. MITRA et al. (2013:3) verweisen auf die dort häufig anzutreffende multidimensionale Benachteiligung von Menschen mit Behinderung. Diese spiegelt sich sowohl in einer geringeren Teilhabe am Bildungssystem (vgl. HOOGEVEEN 2015), einem verminderten Zugang zum Arbeitsmarkt (WORLD BANK 2009; MITRA 2008) sowie zum Gesundheitswesen (GWATKIN et al. 2007) als auch in einem – von Einzelfall zu Einzelfall sich unterscheidenden – höheren Armutsrisiko im Vergleich zu Industriestaaten (MEYER & MOK 2008).

Die Untersuchung der behindertenpolitischen Rahmenbedingungen in der Sowjetunion lässt aber noch weitere Exklusionsgefahren annehmen: Infolge der Fokussierung auf wenige Gruppen von Menschen mit Behinderung stellt sich die Frage nach der *Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal*, das zudem unter einer unzureichenden Bezahlung und einem geringen gesellschaftlichen Prestige leidet (vgl. Kapitel 3.2). Ohne Zweifel gilt dies gleichermaßen für den Bereich der Sonder- und Heilpädagogik (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013; SHOMAXMUDOVA 2010:7; OECD 2009:66; SHOUMAROV et al. 2009:172ff). Darüber hinaus hat die segregierende Behindertenpolitik der Sowjetunion noch eine weitere Folge: Die *Infrastruktur* war zu keinem Zeitpunkt auf eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am öffentlichen Leben ausgerichtet (PHILLIPS 2009; ŠEK 2005; FEFELOV 1986). Zusätzlich dürfte die *unzuverlässige statistische Erfassung*, wie sie auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu finden ist (ROBSON 2013), die Identifizierung und damit Unterstützung von Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan enorm erschweren (OECD 2009:85; SCOTT & METE 2008; METTS 2000:60). Bereits im vierten Kapitel wurde diese unzureichende Erfassung in der Behindertenpolitik in den beiden Ländern deutlich. Die finanzielle Abhängigkeit von Menschen mit Behinderung wird dabei dadurch verstärkt, dass sie sich häufig ihrer Rechte nicht bewusst sind, weil ihnen der *Zugang zu Informationen* fehlt (KATSUI 2005:57). Ähnliches gilt auch für Eltern von Kindern mit Behinderung (SULEJMENOVA 2014:38; MARKOVA & SULTANALIEVA 2013).

Zudem besteht in den *gesellschaftlichen Vorurteilen* (BABAJANIAN 2014; KARGAŽANOVA 2015; UNDP 2012; KATSUI 2008:22) eine zentrale Exklusionsgefahr, die nicht zuletzt auch durch eine segregierende Behindertenpolitik in der Sowjetunion geprägt sein dürfte. Schließlich muss die Situation von Menschen mit Behinderung vor dem Hintergrund des *geringen staatlichen und gesellschaftlichen Interesses* an ihrer Unterstützung gesehen werden, wie

u.a. die Einschnitte im Sozialsystem und die rigide Praxis der Handhabung der Behindertengruppe in Usbekistan unter Beweis stellen (BENUA 2011; vgl. ELEWEKE & RODDA 2002:188).

Damit ergeben sich zehn deduktiv bestimmte Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan (Tabelle 7-1):

- (1) Finanzielle Absicherung
- (2) Medizinische Versorgung
- (3) Bildungschancen
- (4) Integration in den Arbeitsmarkt
- (5) Infrastruktur
- (6) Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal
- (7) Zugang zu und Austausch von Informationen
- (8) Statistische Erfassung
- (9) Gesellschaftliche Vorurteile
- (10) Staatliches und gesellschaftliches Interesse

### 7.6.2 Anwendung der strukturierenden Inhaltsanalyse

Zur exakten Zuordnung von Interviewpassagen zu einer Kategorie soll das von MAYRING (2015:97) vorgeschlagene dreistufige Verfahren, bestehend aus der *Definition* der Kategorie, einem *Ankerbeispiel* und der *Kodierregel*, angewendet werden. Unter Ankerbeispielen sind konkrete Textstellen zu verstehen, die beispielhaft für diese Kategorie stehen. Klare Kodierregeln ermöglichen indes die Abgrenzung der Ankerbeispiele, wenn aufgrund von Ähnlichkeiten dabei Schwierigkeiten bestehen. In der Tabelle 7-1 finden sich eine Übersicht der einzelnen Kategorien und die Zuordnung der Interviewstellen.

Die im Rahmen dieser deduktiven Kategorienbildung aufgestellten zehn Exklusionsgefahren wurden daraufhin in einem ersten Schritt als strukturgebende Folie zur Analyse der Forschungsinterviews genutzt. In einem zweiten Schritt wurden dann anhand des Materials Unterkategorien dazu gebildet, die die spezifische Wirkungsweise der Exklusionsgefahren in Kasachstan und Usbekistan aufzeigen. Diese Vorgehensweise gestattete nicht nur die Ausdifferenzierung der einzelnen Exklusionsgefahren, sondern verdeutlicht auch deren Komplexität. Denn gerade diese Unterkategorien ermöglichten es,

die Forschungsfrage zu klären, wie sich die Exklusionsgefahren in Kasachstan und Usbekistan manifestieren und welche Unterschiede es innerhalb der oft als homogen wahrgenommenen Gruppe „der Behinderten“ gibt.

In dem Prozess der Kategorienbildung und -zuordnung entwickelte sich allerdings zunehmend die Schwierigkeit, selbst mithilfe einer eindeutigen Kodierung die verschiedenen Kategorien voneinander abzugrenzen. Denn sehr häufig waren Exklusionsgefahren nicht auf einen einzelnen Aspekt zurückzuführen, sondern durch verschiedene, sich gegenseitig verstärkende Faktoren bedingt.

Dies führte zu der Überlegung, diese Faktoren nicht als einzelne Exklusionsgefahren zu begreifen, sondern als sich gegenseitig aufrechterhaltende Kreisläufe auf verschiedenen Ebenen. Anhand fehlender Arbeitsplatzchancen für Menschen mit Behinderung lässt sich diese Überlegung kurz verdeutlichen: Dass Menschen mit Behinderung überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kann auf einer ersten Ebene aus fehlenden Bildungschancen resultieren, da Kinder und Jugendliche mit Behinderung vor allem in einem segregierenden Sonderschulsystem mit geringer Bildungsqualität untergebracht sind und es kaum Fachkräfte für die Integration in den Arbeitsmarkt gibt (Ebene 1). Aber selbst wenn Menschen mit Behinderung über die geforderte Qualifikation für eine Arbeitsstelle verfügen, bleibt die fehlende infrastrukturelle Voraussetzung auch in städtischen Zentren eine große Herausforderung (Ebene 2). Hinter diesen beiden Aspekten existiert jedoch in den gesellschaftlichen Vorurteilen eine dritte Ebene, die die Anstellung von Menschen mit Behinderung drastisch einschränkt: Die gesellschaftliche Haltung ihnen gegenüber ist von Mitleid und Vorbehalten geprägt, sodass sie über kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt verfügen. Eine solche Verstärkung der Exklusionskreisläufe existiert allerdings auch von einer unteren auf eine höhere Ebene: Wegen der fehlenden Infrastruktur sind Menschen mit Behinderung kaum in der Gesellschaft sichtbar, infolgedessen können sich Vorbehalte ihnen gegenüber kaum abbauen.

Im folgenden Kapitel 8 werden die Ergebnisse der empirischen Forschung deshalb zwar zunächst anhand der einzelnen Exklusionsgefahren getrennt voneinander dargestellt, anschließend aber in der Analyse der Exklusionskreisläufe in ihrer Gegenseitigkeit in Beziehung gesetzt. Diese Darstellung der Ergebnisse orientiert sich dabei an der Vorgehensweise der *argumentativen Interpretationsabsicherung* (MAYRING 2002:145). Denn letztendlich handelt es sich bei diesem Prozess des In-Beziehung-Setzens der

Exklusionsgefahren um eine Interpretation der Daten, die nicht bewiesen, aber argumentativ abgesichert werden kann. Dafür wird, wenn vorhanden, auf die existierende Literatur zu Menschen mit Behinderung in beiden Ländern zurückgegriffen.

Explizit hervorgehoben werden soll an dieser Stelle auch, dass dem Forschungsinteresse folgend weniger die durchaus beobachtbaren positiven Veränderungen auf dem Gebiet der Behindertenpolitik in den beiden Ländern im Fokus der Analyse standen, sondern ebendiese Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass damit allgemeine Tendenzen des gesellschaftlichen Ausschlusses von Menschen mit Behinderung aufgedeckt werden sollen und nicht einzelne staatliche Maßnahmen ihrer Unterstützung.

**Tabelle 7-1:** Übersicht der empirischen Vorgehensweise in Bezug auf die Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan



Kategorie und Definition	Unterkategorie	Ankerbeispiele	Kodierregeln
<b>Finanzielle Absicherung</b>  (staatlich zugesicherte materielle und finanzielle Unterstützung)	<p>Insbesondere Familien mit Kindern mit Behinderung und Menschen mit stärkeren Beeinträchtigungen besitzen ein erhöhtes Armutsrisiko</p> <p>Die Anerkennungsverfahren sind aufwendig, psychisch belastend und intransparent</p>	<p>„Nein, es reicht nicht. Es ist natürlich super, dass sie die Unterstützung angehoben haben, aber wenn es nur für irgendetwas reichen würde! Für die Behandlungen, die Medizin“ (XIII:217-218).</p> <p>„And it is difficult for families to confirm the disability of their children because it demands at least twice to be in hospital and it is costly, because in a city you somehow may stay in hospital but for rural areas it is more expensive“ (XXVI:277-280).</p>	Hinweise auf den Umfang oder die Inanspruchnahme staatlicher Hilfen [Absicherung]
<b>Medizinische Versorgung</b>  (Leistungen und Fachwissen im Gesundheitswesen)	<p>Der Zugang zum Gesundheitswesen ist aus finanziellen Gründen eingeschränkt</p> <p>Fehlendes Wissen des medizinischen Personals führt zu unzutreffenden Diagnosen und Entwicklungsprognosen</p> <p>Staatliche medizinische Dienstleistungen und Hilfsmittel decken nur den Mindestbedarf und sind von unzureichender Qualität</p>	<p>„Heute hat mich eine Frau angerufen, sie benötigt eine Operation und man fordert von ihr Geld. Sie hat ihre Wohnung verkauft, um das zu bezahlen. [...] Ich habe unsere Ärzte gefragt: «Ist das ok, dass sie dafür bezahlt?» «Ja, ok». Jetzt ist die ganze Medizin für Erwachsene kostenpflichtig“ (XXIX:357-361).</p> <p>„Die Ärztin kam zu mir nach Hause [...] und sagte: «Bei Ihnen ist alles gut, alles wunderbar». Ich sage: «Das stimmt nicht! Ich habe ein zweites Kind [...], ich weiß, wie sich Kinder entwickeln!»“ (XI:147-150).</p> <p>„Wir haben ein staatliches Programm, ja, irgendein minimales, auf das das Kind Anspruch hat, das war es, weiter muss man selbstständig gehen. Das heißt, wenn ich in eine Poliklinik gehe und man eine Massage nach staatlichem Programm macht, sind das zehn Minuten, 15. Aber ich brauche 40 Minuten“ (XI:65-68).</p>	Umfang und Qualität der medizinischen Versorgung und Beratung [Medizin]
<b>Bildungschancen</b>  (Erfassung, Förderung und Bildung von Kindern mit Behinderung von 0 – 18)	<p>Kinder und Jugendliche mit Behinderung sind unzureichend in das Bildungssystem eingebunden</p> <p>Die Qualität sonderpädagogischer und inklusiver Bildung ist gering</p> <p>Besonders benachteiligt sind Kinder mit stärkeren kognitiven oder motorischen Beeinträchtigungen und sozio-emotionalen Auffälligkeiten</p>	<p>„[I]f you wish to bring your child for early intervention services, even if you are the richest person in that country, you will not be able to do it. Honestly – we just don't have“ (XXVI: 237-239).</p> <p>„I don't want to say that it doesn't give knowledge. He learned something. But mostly the school is just to keep a child for a time from the morning to the afternoon“ (XXVIII:219-221).</p> <p>„[Kinder] mit psychischen Störungen, die von morgens bis abends einfach mit Medikamenten vollgestopft werden, werden nicht unterrichtet“ (XXII:331-332).</p>	Qualität und Umfang schulischer und vorschulischer Bildung [Bildungschancen]
<b>Integration in den Arbeitsmarkt</b>  (Chancen und Perspektiven von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt)	<p>Der Arbeitsmarkt bietet Menschen mit Behinderung kaum Perspektiven</p> <p>Die gesetzlichen und behindertenpolitischen Rahmenbedingungen erschweren die Anstellung von Menschen mit Behinderung</p>	<p>„Wissen Sie, die Frage nach der Arbeitsplatzbeschaffung ist sehr kompliziert. [...] Aber was Menschen mit Behinderung betrifft, unter Berücksichtigung ihrer physischen und psychophysischen Möglichkeiten, ja, ihre weiteren Arbeitsbereiche sind sehr begrenzt“ (IX:326-331).</p> <p>„The understanding of the situation of people with disability is very poor because VTEK experts, they are doctors. They see the physical impairment of people and they just give their recommendation based on this impairment. And they just identify the first group or second group or third group of disability. And that is all“ (XXVIII:3-6).</p>	Aspekte der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung [Arbeitsmarkt]

	Menschen mit Behinderung arbeiten verstärkt in informellen Beschäftigungsverhältnissen mit geringem Lohn und fehlender sozialer Absicherung	„Im Kern geht es um zwei Probleme, die wir genannt haben – Unterbeschäftigung und Schattenwirtschaft. [...] Sie [Menschen mit Behinderung, S.K.] sind in diesem Sinne nicht geschützt, wenn es um ein Unternehmen geht, [...] das ihnen weniger zahlt als anderen“ (VIII:243-248).	
<b>Infrastruktur</b>  (Qualität und Verbreitung barrierefreier Infrastruktur)	Die Infrastruktur ist zu weiten Teilen für Menschen mit Behinderung unzugänglich  Gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit werden in ihrer Umsetzung nicht überwacht	„Kinos und [...] irgendwelche kulturelle Einrichtungen, die für diese Menschen bereit sein sollten. [...] Kinder vielleicht oder Erwachsene mit Behinderung wollen, sie wollen, aber sie wissen, dass sie [...] einfach nicht hereinkommen. Und selbst wenn sie hineinkommen, können sie sich nicht setzen, weil dort für sie nichts angepasst ist“ (IX:308-313).  „Die Rampen sind bei uns mehr geworden. [...] Eine andere Frage ist... [Es gibt, S.K.] eine Rampe und vor ihr steht ein Baum. Also es gibt eine Rampe und dann?“ (XXIX:254-255).	Zugänglichkeit öffentlicher und privatwirtschaftlicher Einrichtungen [Infrastruktur]
<b>Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal</b>  (Fachpersonal für die Arbeit mit Kindern und erwachsenen Menschen mit Behinderung)	Die Ausbildung von Fachkräften in behindertenpädagogischen Disziplinen ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht unzureichend  Die schulische Diagnostik von Behinderung ist defizitorientiert und wenig standardisiert	„Es gibt jetzt in Kasachstan keine Behindertenpädagogen auf gutem Niveau. [...] Die Menschen wollen nicht in die Behindertenpädagogik oder Logopädie, weil das Gehalt gering ist, es ist nicht interessant, nicht angesehen“ (XI:172-175).  „Bei Auffälligkeiten wird sehr schnell die Notwendigkeit einer Sonderbeschulung diagnostiziert. Es gibt Fälle, in denen ohne weiteres eine Beschulung in Regeleinrichtungen möglich wäre, z.B. im Falle von Epilepsie. Es fehlt ein Assessment der Fähigkeiten, stattdessen werden die ursprünglich von einer ärztlichen Kommission erstellten Diagnosen fast immer bestätigt“ (I:32-38).	Professionalität, Umfang und Ausbildung des pädagogischen (nicht medizinischen) Fachpersonals [Fachpersonal]
<b>Zugang zu und Austausch von Informationen</b>  (fehlendes Wissen Betroffener über staatlich garantierte Rechte, Informationen und finanzielle Unterstützung)	(Bildung von Unterkategorie nicht sinnvoll)	„This is also because of disability community. They also don't have much understanding of their rights“ (XV:100-101).  „Das ist so ein Problem, wenn die Leute nicht wissen, wo sie anknöpfen können, was sie machen und wie sie leben können. [...] Den Menschen sind diese ganzen Informationsregister nicht bewusst, wie viel, wo, was, wie“ (XVI:15-21).	Fehlendes Wissen bei Betroffenen selbst; keine direkte Benachteiligung durch andere [Informiertheit]
<b>Statistische Erfassung</b>  (Erfassung und Definition von Behinderung)	Es fehlt eine einheitliche nationale Strategie der Erfassung von Menschen mit Behinderung  Die bestehende Definition von Behinderung schließt Teile der Bevölkerung von Unterstützung aus	„Bei uns werden alle staatlichen Programme einfach, man kann sagen, Pi mal Daumen berechnet. Unverständlich. Sind es 120, warum 120 Kinder, warum nicht 90, nicht 220 [...]? Also selbst die staatlichen Programme basieren nicht auf klaren statistischen Daten und dem Bedarf“ (XXI:19-23).  „Wenn Sie auf die Definition von Behinderung in unserem Land schauen – diese entspricht eher der Definition eines medizinischen Modells, das heißt diese Herangehensweise ist rein aus der Sichtweise des Vorhandenseins einer Schädigung [impairment, S.K.] [...] Aus diesem Verständnis folgt auch die Messung“ (VIII:40-44).	Fragen der Definition, Erhebung und Auswertung statistischer Daten zu Menschen mit Behinderung [Erfassung]

<p><b>Gesellschaftliche Vorurteile</b></p> <p>(Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung)</p>	<p>Ein Familienmitglied mit Behinderung verringert den sozialen Status der Familie</p> <p>Mütter von Kindern mit Behinderung sind großem Druck durch ihren Ehemann und dessen Familie ausgesetzt</p> <p>Die bemitleidende Sichtweise auf Behinderung führt zu einer passiven Haltung und niedrigem Selbstbewusstsein von Menschen mit Behinderung</p>	<p>„Die Eltern haben Angst, [...] wenn es in der Familie ein solches Kind gibt, dass der Bruder oder die Schwester keine angesehene Arbeit bekommt. [...] Oder nicht heiraten kann“ (XXII:589-593).</p> <p>„In der Familie meines Mannes denkt man, dass, wenn ich ein Kind mit Behinderung geboren habe, ich kein Recht auf meine eigene Meinung habe, dass ich das Leben des Vaters meines Kindes zerstört habe; sie halten das für eine Schande“ (VII:13-15).</p> <p>„Zu den Menschen mit Behinderung gibt so eine Einstellung – er ist behindert, er ist arm, soll er zu Hause sitzen, wir helfen ihm mit irgendetwas, soll er sich erholen. [...] Als ob ein Mensch mit Behinderung so ein dekoratives Element der Menschheit wäre, der Pflege braucht. Sehr selten sieht jemand eine Behinderung als Ressource, als eine wichtige Ressource der Entwicklung, das, was er erreichen kann, das, was er machen kann“ (XXV:147-152).</p>	<p>Stellung und Ansehen von Menschen mit Behinderung in Familie und Gesellschaft [Vorurteile]</p>
<p><b>Staatliches und gesellschaftliches Interesse</b></p> <p>(Motivation staatlicher und gesellschaftlicher Akteure zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung)</p>	<p>(Bildung von Unterkategorie nicht sinnvoll)</p>	<p>„I think, it is very common in many countries, when the government has some financial problems, budget problems, [...] they start cutting on social policy, social programs, social assistance. So this is happening“ (XV:422-424).</p> <p>„If they have resources to build wonderful bridges and buildings – it means they have resources. And even in terms of public works, they could organize public works not just for construction but also for social services as in many countries. [...] So for me, I don't know, they probably think that it is not a very significant issue“ (XXVI:130-135).</p>	<p>Beispiele fehlenden staatlichen oder gesellschaftlichen Interesses zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung [Interessiertheit]</p>

## 8 Ergebnisse der empirischen Forschung (1): Exklusionskreisläufe von Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan

### 8.1 Exklusionskreislauf – Ebene (1)

#### 8.1.1 Finanzielle Absicherung

1. Insbesondere Familien mit Kindern mit Behinderung und Menschen mit stärkeren Beeinträchtigungen besitzen ein erhöhtes Armutsrisiko

Zwar hat in Usbekistan und in Kasachstan der nominelle Wert der behinderungsbezogenen Sozialleistungen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ist er jedoch gesunken (SCOTT & METE 2008:39; vgl. a. UNICEF 2013:22; BABAJANIAN et al. 2014; SEITENOVER & BECKER 2008:25). „*Die Leute überleben mit 40.000, maximal 40.000 [Tenge; knapp über 100€, S.K.], die ein Mensch mit Behinderung bekommt*“ (INTERVIEW XVI:13). TOMINI et al. (2014:35; vgl. a. UNDP 2009:58) betonen deshalb, dass ein Familienmitglied mit Behinderung das Armutsrisiko und die Gefahr sozialer Exklusion in Kasachstan erhöht – trotz in den letzten Jahren erreichter wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen (BABAJANIAN et al. 2014). Dies kann zur Folge haben, dass staatliche Leistungen, die zum Beispiel der Unterstützung von Kindern mit Behinderung dienen sollten, in beiden Ländern für grundlegende Bedürfnisse der Familie aufgewendet werden müssen.

Die staatliche Unterstützung für eine Mutter, die ein Kind mit Behinderung hat, beträgt [in Usbekistan, S.K.] 250.000 Sum. Ich habe das [...] durch die Kosten für Milch geteilt. Davon bekomme ich im Monat 100 Liter Milch. Nur für 100 Liter Milch reicht die Pension. Und von dieser Pension leben mindestens die Mutter und dieses Kind.“ (Interview XXIX:370-373).

Allerdings lässt sich ein kausaler Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung vor dem Hintergrund des insgesamt geringen Einkommens der Bevölkerung nicht ohne Weiteres konstruieren. Denn SCOTT und METE (2008:48) belegen in einer empirischen Studie in drei Regionen Usbekistans hinsichtlich der Verbindung zwischen Armut, Schulbesuch, Erwerbstätigkeit und dem Vorliegen einer Behinderung, dass ein offizieller Behinderungsstatus nicht mit einem statistisch signifikant niedrigeren *Pro-Kopf*

*Haushaltskonsum [per capita household consumption]* korreliert. BRAITHWAITE und MONT (2008:11) weisen darauf hin, dass der Anteil von Familien in Armut (23%), in denen ein Mensch mit offiziell registrierter Behinderung lebt, sogar geringer ist, als bei anderen Familien (27%).

Dabei zeigen diese Ergebnisse aber keinesfalls, dass das staatliche Versorgungssystem *alle* Menschen mit Behinderung ausreichend unterstützt; vielmehr gilt es, die Heterogenität innerhalb der oft als homogen wahrgenommenen Gruppe *der Behinderten* zu berücksichtigen. Betrachtet man die Ergebnisse genauer, kommen BRAITHWAITE und MONT (2008:12) zu dem Schluss, dass zwar für leichtere und mittelschwere Formen von Behinderung kein Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung in Usbekistan besteht, sehr wohl aber eine signifikante Korrelation bei stärkeren Einschränkungen – zum Beispiel Blindheit oder Gehörlosigkeit.

Hinzu kommt, dass auch für Familien mit Kindern mit Behinderung ein verstärkter Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung besteht (METE, BRAITHWAITE & SCHNEIDER 2008:14). UNICEF (2013:24) kommt in einer Studie in Usbekistan zu dem Schluss, dass die Sozialleistungen für Familien wenig effektiv sind, da ihr Wert zu gering ist. Zusätzliche Kosten für Kinder mit Behinderung, z.B. im Bereich Betreuung, schulischer Bildung oder spezieller Ausstattung, bleiben dadurch unberücksichtigt. Dieser Eindruck bestätigt sich in den Forschungsinterviews: *„Nein, es reicht nicht. Es ist natürlich super, dass sie die Unterstützung angehoben haben, aber wenn es nur für irgendetwas reichen würde! Für die Behandlungen, die Medizin“* (INTERVIEW XIII:217-218). So können Familien, in denen ein Kind mit Behinderung lebt, das höhere Ausgaben für Medikamente verlangt, unter das Existenzminimum fallen (UNICEF 2009:25). Außerdem kann es in Usbekistan zu Verzögerungen bei der Auszahlung von Sozialleistungen kommen, was durch die zuständige lokale Verwaltungsbehörde [*Mahalla*] maßgeblich beeinflusst wird (UNICEF 2013:20).

Ungeachtet der Höhe der staatlichen Leistungen stellt sich anhand der von SCOTT & METE (2008) aufgedeckten Diskrepanz zur Prävalenz von Behinderung sowie der allgemein unzuverlässigen Datenlage in Kasachstan und Usbekistan (s. Kapitel 4.2.2) die Frage, inwieweit überhaupt alle bezugsberechtigten Haushalte erreicht werden. Denn während die OECD (2016:53) in Kasachstan von einer fast 100%igen Abdeckung behinderungsspezifischer Leistungen spricht, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass

in dieser Statistik nur diejenigen Menschen mit Behinderung erfasst werden können, denen ein offizieller Behindertenstatus zuerkannt wurde; ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dürfte dagegen trotz bestehender Einschränkungen weiterhin keine entsprechende Unterstützung erhalten. Im Rahmen einer Studie hinsichtlich der Gewährung staatlicher Leistungen konnte UNICEF (2013:24) für Usbekistan nachweisen, dass im Jahre 2010 nur knapp jede zweite der untersuchten Familien mit Kindern mit Behinderung staatliche Leistungen für dieses Kind erhielt.

Obwohl der statistische Anteil von Kindern mit Behinderung in Kasachstan höher als in Usbekistan ist, bleibt er deutlich unter den durchschnittlichen fünf Prozent im weltweiten Vergleich (WHO 2011:8). Folglich ist zu vermuten, dass auch in Kasachstan ein nicht unerheblicher Teil der Familien mit Kindern mit Behinderung trotz Bezugsberechtigung ohne staatliche Hilfe lebt.

## 2. Die Anerkennungsverfahren sind aufwendig, psychisch belastend und intransparent

Einen Teil der unzureichenden Abdeckung von Familien könnte darauf zurückgeführt werden, dass die Anerkennungsverfahren einer Behinderung häufig als willkürlich und für Betroffene belastend beschrieben werden (UNICEF 2013:24; BABAJANIAN 2014 et al.). Zudem stellen sie vor allem für Familien aus ländlichen Regionen eine finanzielle Hürde dar: *„[I]t is difficult for families to confirm the disability of their children because it demands at least twice to be in hospital and it is costly, because in a city you somehow may stay in hospital but for rural areas it is more expensive“* (INTERVIEW XXVI:277-280). Hinzu kommen häufige Berechtigungsüberprüfungen, die selbst nach der medizinisch bestätigten Diagnose verlangt werden: *„Ein Kind mit Down-Syndrom soll jedes Jahr kommen und sich zeigen, [die Behinderung, S.K.] beweisen“* (INTERVIEW XXIX:727-728).

Dies betrifft jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche mit Behinderung, sondern setzt sich zum Teil auch im Erwachsenenalter fort (INTERVIEW XXIX:687). Durch diese häufigen Überprüfungen der Kommissionen eröffnet sich die enorme Anfälligkeit dieses Systems für Korruption sowie die Bedeutung sozialen Kapitals, um eine bessere Kategorie zu erhalten (KATSUI 2005:54). Zwar können SCOTT und METE (2008:47) in der genannten Studie einen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Status einer Familie bzw. eines Menschen

mit Behinderung und der Wahrscheinlichkeit, offiziell als behinderter Mensch anerkannt zu werden, nicht konsistent nachweisen. Allerdings variiert nach ihren Ergebnissen die Wahrscheinlichkeit der Zuerkennung je nach Region, was davon ausgehen lässt, dass die Regelung der Zuerkennung einer Behinderung unterschiedlich gehandhabt wird. Gleichmaßen haben Frauen eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit beim Vorhandensein einer Behinderung offiziell registriert zu werden als Männer (SCOTT & METE 2008:56).

Zudem scheint sich in der Verschärfung von Berechtigungskriterien eine weitere Entwicklung zu vollziehen, die jedoch in erster Linie für Usbekistan Gültigkeit besitzt. Aufgrund einer 2013 vom usbekischen Ministerkabinett erlassenen Resolution ist durch die Veränderung von Berechtigungskriterien davon auszugehen, dass sich die Versorgungsdichte fortlaufend verringert (BENUA 2011). Dies betrifft auch die staatlichen Leistungen für Menschen mit Behinderung. Insofern spricht ein Interviewpartner davon, *„dass es im Ganzen einen Trend gibt, dass sich [die staatlichen Leistungen, S.K.] verringern, d.h. es gibt eine Verschärfung der Kriterien für die Auszahlung von sozialer Unterstützung“* (INTERVIEW VIII:108-109). Ursache dafür ist laut BENUA (2011) eine Anordnung aus dem Jahre 2010, der zufolge die Aufsicht über die Nutzung sozialstaatlicher Haushaltsmittel dem Finanzministerium übergeben wurde. Dies führte nach Aussage von Mitarbeitern der *Medizinisch-Arbeitstechnischen Expertenkommission* (VTEK) dazu, dass *„ihnen mit dem Ziel der Einsparung von Haushaltsmitteln ein Hinweis von oben gegeben wurde, die Anzahl der Menschen mit Behinderung der ersten und zweiten Gruppe zu verringern“* (BENUA 2011). Die im Rahmen der Forschungsarbeit durchgeführten Interviews bestätigen diese Vermutung: *„I know several people who didn't have to go through the reexamination but they were forced to come and their groups have been changed from two to three. From one to two, even. To be paid less or to be paid zero“* (INTERVIEW XV:431-434).

### 8.1.2 Medizinische Versorgung

#### 1. Der Zugang zum Gesundheitswesen ist aus finanziellen Gründen eingeschränkt

Neben der Frage einer ausreichenden finanziellen Unterstützung durch den Staat spielt das Gesundheitswesen aufgrund der Bedeutung der medizinischen Versorgung für Menschen



mit Behinderung eine besonders wichtige Rolle. Der wirtschaftliche Kollaps in Usbekistan und Kasachstan, aber auch anderen Ländern der GUS, führte unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit zu einer deutlichen Verschlechterung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung (METE, BRAITHWAITE und SCHNEIDER 2008:5). Folglich kritisiert die OECD (2009), dass das kasachstanische Gesundheitssystem dem Bedarf der Bevölkerung nicht gerecht wird. Zudem steigt die Ungleichheit hinsichtlich des Zugangs zu vorhandenen Angeboten, was besonders einkommensschwache Familien und Familien in ländlichen Regionen betrifft. Der Mangel an staatlichen Angeboten führt außerdem dazu, dass medizinische Dienstleistungen kostenpflichtig werden. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Versorgung von Menschen mit Behinderung:

Unfortunately, the coverage of people with disability [...] by health care services decreased significantly as a result of reforms in the health care system. [...] Moreover, expansion of the range of paid services led to significantly limited access to medical services (UNDP 2009:59).

Einen weiteren Grund für diese mangelnde medizinische Versorgung in Kasachstan und Usbekistan sieht KATSUI (2005:55) in der weit verbreiteten Korruption. Zwar gibt es medizinische Behandlungen für Menschen mit Behinderung, jedoch stehen diese nicht allen gleichermaßen zur Verfügung, *„because the services are not available when disabled people do not have enough prerequisites for getting the services such as accessibility and extra money for treatment“* (KATSUI 2005:55).

Gerade finanzielle Aspekte spielen hierbei eine entscheidende Rolle:

Heute hat mich eine Frau angerufen, sie benötigt eine Operation und man fordert von ihr Geld. Sie hat ihre Wohnung verkauft, um das zu bezahlen. [...] Ich habe unsere Ärzte gefragt: «Ist das ok, dass sie dafür bezahlt?» «Ja, ok». Jetzt ist die ganze Medizin für Erwachsene kostenpflichtig (INTERVIEW XXIX:357-361).

Unter Berücksichtigung des erhöhten Bedarfs an medizinischer Versorgung und Betreuung, dessen Menschen mit Behinderung oder chronischen Krankheiten in der Regel bedürfen, eröffnet sich damit ihre erhöhte finanzielle Belastung.



## 2. Fehlendes Wissen des medizinischen Personals führt zu unzutreffenden Diagnosen und Entwicklungsprognosen

Der von SEITENOVA und BECKER (2008:62) beklagte Mangel an unzureichendem Wissen und Fähigkeiten von Ärzten und Krankenschwestern birgt vor allem für Kinder mit Behinderung eine Reihe von Risiken. Eine der schwerwiegendsten Folgen ist eine zu spät erfolgende Diagnose vorliegender Entwicklungsschwierigkeiten. *„Bei uns erhalten die Kinder erst mit vier die Diagnose. Oder mit sieben. Sie verpassen die wichtigste Periode der Entwicklung des Kindes bis drei Jahre“* (INTERVIEW XXIV:426-428). Dies scheint in erster Linie eine Folge mangelnden Wissens zu sein: *„Die Ärztin kam zu mir nach Hause [...] und sagte: «Bei Ihnen ist alles gut, alles wunderbar». Ich sage: «Das stimmt nicht! Ich habe ein zweites Kind [...], ich weiß, wie sich Kinder entwickeln!»“* (INTERVIEW XI:147-150). Neben dem mangelnden Wissen bleibt dem medizinischen Personal auch zeitlich kaum Raum, sich individuellen Auffälligkeiten von Kindern zu widmen:

[E]ine Krankenschwester hat ganze sechs Minuten in der Woche für die Durchführung von Gesprächen sowie der Beratung der Eltern in der Pflege und Ernährung der Kleinkinder Zeit. Fragen der Entwicklung bleiben in der Mehrzahl der Fälle außerhalb ihrer Tätigkeit. Wie die Analyse gezeigt hat, kennen die Krankenschwestern einfach die Besonderheiten der Entwicklung der Kinder nicht<sup>68</sup> (SULEJMENOVA 2014:58).

Besonders für weniger auffällige Entwicklungsverzögerung wie beispielsweise Autismus gibt es in Kasachstan zwar ein vorgesehenes Screening, aber *„es funktioniert nicht, weil man kein Personal vorbereitet hat. Man hat keine Experten ausgebildet, sie können das nicht. Sie haben keine Instrumente, wie sie das feststellen können“* (INTERVIEW XXII:539-541). Infolgedessen ist die ursprünglich gestellte Diagnose häufig falsch: *„Viele Kinder haben eine falsche Diagnose. Zum Beispiel, wenn ein Kind autistische Merkmale hat, allerdings viele das nicht kennen, nicht einmal davon gehört haben“* (INTERVIEW X:134-137).

Aufgrund der Unwissenheit von Ärzten und Krankenschwestern werden häufig keine angemessenen Behandlungen oder Beratungen durchgeführt, sodass Eltern von Kindern mit Behinderung fast ausschließlich von negativen Entwicklungsprognosen berichten (vgl.

---

<sup>68</sup> [...] у медсестры всего 6 минут в неделю на проведение бесед, консультирование семьи по вопросам ухода, питания детей раннего возраста. Вопросы развития в большинстве случаев остаются вне поля ее деятельности. Как показал анализ, медсестры просто не знают особенностей развития детей.

INTERVIEW XI:182; XIV). Hinzu kommt, dass Ärzte häufig die Unterbringung in Heimen befürworten und den Eltern dementsprechend dazu raten. Da die Eltern in den allermeisten Fällen keine Erfahrung mit dem Thema Behinderung haben, vertrauen sie dem Rat der Ärzte: „*The first person they [die Eltern, S.K.] face is the doctor. The doctors recommendation is: «Send to an institution! An institution is the best place to take care!»* (INTERVIEW XV:210-211).

### 3. Staatliche medizinische Dienstleistungen und Hilfsmittel decken nur den Mindestbedarf und sind von unzureichender Qualität

Zwar erhalten Kinder mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan medizinische Unterstützung wie Massagen, Arzneimittel u.a., aber die staatlich garantierten Maßnahmen werden als unzureichend empfunden. Damit liegt es hauptsächlich an den Eltern, zusätzlich für ihr Kind passende rehabilitative Maßnahmen zu finden und zu bezahlen.

Wir haben ein staatliches Programm, ja, ein minimales, auf das das Kind Anspruch hat. [...] Das heißt, wenn ich in die Poliklinik gehe und im Rahmen des staatlichen Programmes eine Massage lassen mache, sind das 10 oder 15 Minuten. Aber ich brauche 40 Minuten. In der Poliklinik bezahlt der Staat eine solche Zeit nicht (INTERVIEW XI:65-68).

Dabei verstärkt sich dieses Problem dadurch, dass sich infolge der geringen Gehälter im Gesundheits- und Bildungswesen die tatsächlich gut ausgebildeten Fachkräfte häufig selbstständig machen, um ein höheres Einkommen zu erzielen. Damit fallen diese Leistungen aber nicht unter die staatlich garantierten Programme, wie eine Mutter in Kasachstan schildert:

Dann ist er [der Arzt, S.K.] weggegangen und hat eine eigene Praxis aufgemacht, weil er das Gehalt, das er dort [im staatlichen Zentrum, S.K.] bekommen hat, überhaupt nicht angemessen fand. Also, das ist absolut minimal und die Arbeitsbelastung ist riesig, dieser Moment ist sehr kompliziert. [...] Genauso unser Sporttrainer. [...] Erst war er auch dort, dann ist er in eine private Praxis gegangen, weil das dort finanziell weitaus günstiger ist (INTERVIEW XI:56-61).

Dabei kritisiert UNICEF (2013:24) auch in Usbekistan eine qualitativ und quantitativ unzureichende medizinische Versorgung. Mehr als die Hälfte der Kinder sind demnach ohne medizinische Aufsicht, wurden nicht regelmäßig untersucht oder konnten keine

Medikamente nehmen. Trotz der progressiven gesetzlichen Vorgaben erhielten ein Drittel der Kinder mit Behinderung nicht die für sie benötigte spezielle Lebensunterstützung; 60-75% fehlt der Zugang zu bestimmten Hilfsmitteln (z.B. Krücken), Prothesen, akustischen Hilfen oder Brillen. Zu dem gleichen Ergebnis kommen METE, BRAITHWAITE und SCHNEIDER (2008:22) in der bereits angeführten Studie.

In Kasachstan scheint die Versorgung mit technischen Hilfsmitteln besser als in Usbekistan, allerdings steht hier die Frage nach der Qualität dieser Leistungen und die lange Wartezeit im Vordergrund: „*Wir bekommen kostenlose [orthopädische, S.K.] Stiefel, aber wir nutzen sie nicht, weil sie nicht wirklich bequem sind. Mir gefallen sie überhaupt nicht. Wir haben über ein Jahr auf sie gewartet*“ (INTERVIEW XIII:193-195). Außerdem führt die beschriebene, eng begrenzte Auffassung von Behinderung als *Schädigung (impairment)* dazu, dass beispielsweise hörbeeinträchtigten Kindern ohne offiziellen Behinderungsstatus keine kostenlosen Hörgeräte zur Verfügung gestellt werden (INTERVIEW XXI:84-85).

### 8.1.3 Bildungschancen

1. Kinder und Jugendliche mit Behinderung sind unzureichend in das Bildungssystem eingebunden

Der umfassende Ausschluss von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung aus dem Bildungssystem nimmt bereits im Vorschulalter seinen Anfang. Denn weder in Kasachstan noch in Usbekistan existiert ein staatliches, systematisches Angebot zur Frühförderung (SULEJMENTOVA 2014:20), sodass Kinder mit Behinderung bis zum Alter von drei Jahren kaum oder keine Bildungsangebote erhalten. Eine Interviewpartnerin hebt dabei das fast vollständige Fehlen frühpädagogischer Förderung in Usbekistan hervor: „*If you wish to bring your child for early intervention services, even if you are the richest person in that country, you will not be able to do it. Honestly – we just don't have* (INTERVIEW XXVI: 237-239).

Einen Kindergarten besuchen überhaupt nur ein Drittel aller Kinder mit Behinderung in Kasachstan (TOMINI et al. 2014:38); in den Forschungsinterviews ist sogar nur von einem Viertel die Rede, weil keine neuen Kindergärten eröffnet werden (INTERVIEW XXI:127-130) und dementsprechend spezialisierte Einrichtungen fehlen. Dies betrifft vor allem Kinder

mit stärkeren Beeinträchtigungen: „*Es gibt bei uns keine solchen Kindergärten für solche Kinder*“ [mit stärkerer körperlicher Behinderung, S.K.] (INTERVIEW XIII:8-9). Regelkindergärten dagegen nehmen Kinder mit Behinderung nur äußerst begrenzt auf (INTERVIEW IX:199-200). Zwar sind mangels Daten keine vergleichbaren Zahlen für Usbekistan verfügbar, aber sowohl die Studie von SCOTT und METE (2008:50f) als auch die in Kapitel 3 und 4 dargestellten statistischen Daten und die allgemein geringere Vorschulbesuchsquote lassen darauf schließen, dass die usbekische Sonder- und Heilpädagogik vor ähnlichen Herausforderungen steht. Zudem werden beispielsweise für die Aufnahme in Regelkindergärten grundlegende kognitive und soziale Fähigkeit vorausgesetzt, die durch eine Kommission überprüft werden (INTERVIEW XXVIII:143-145) und den Zugang für Kinder mit Behinderung erschweren.

Die in beiden Ländern existierenden, vergleichsweise gut ausgestatteten *Rehabilitationszentren* (Kasachstan) bzw. *Zentren der sozialen Integration* (Usbekistan) nehmen Kinder nur ein bis drei Monate auf, wonach wieder eine Wartezeit von mehreren Monaten entsteht, in der die Familie kaum eine Anlaufstelle hat. Zudem können sie den vorhandenen Bedarf kaum decken.

[Y]ou know how early intervention service [name of centre, S.K.] works? It is a long queue of families and the family can visit the service during one month and that's it. Maybe they will manage to come again, just one month, and I explained that «guys, it is better to come once in a month in two or three years than spend one month. You will not get any results» (INTERVIEW XXVI:192-196).

Eine Mutter eines Kindes mit Behinderung beschreibt insofern den Mangel an Möglichkeiten für ihr Kind: „*Wir wissen nicht, wohin wir gehen können. Es gibt nichts anderes [...]. Ich sitze drei Monate zu Hause. Das ist eine große Pause* (INTERVIEW XIII:44-45). Im Hinblick auf die schulische Laufbahn kommen SCOTT und METE (2008:50f) in der angeführten Studie in Usbekistan zu dem Ergebnis, dass das Vorliegen eines offiziellen Behinderungsstatus die Wahrscheinlichkeit des Besuches einer Schule bei sieben bis 14-Jährigen um 24 Prozent, bei 15 bis 18-Jährigen sogar um fast 50 Prozent verringert. Damit bleibt auch nach Erreichen des schulpflichtigen Alters ein Großteil der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan ohne oder mit geringen Bildungschancen. Nach Daten von TOMINI et al. (2014:39) ist annähernd die Hälfte aller Kinder mit Behinderung nicht durch das kasachstanische Bildungssystem erfasst, KARGAŽANOVA (2015:85) spricht von einem Viertel aller Kinder mit Behinderung.

Die Forschungsinterviews in Usbekistan geben Hinweise darauf, dass auch dort zahlreiche Kinder mit Behinderung nicht beschult werden:

Die Grundstücke sind territorial unter den Lehrkräften aufgeteilt. Und zu Beginn eines neuen Schuljahres sollte jeder Lehrer in das Haus gehen, wo es ein sieben-jähriges Kind gibt, fragen, ob sie zur Schule bereit sind. [...] Und das Haus, in dem ein Kind mit Down-Syndrom lebt, umgehen die Lehrkräfte, dort wohnt doch ein Behinderter, wozu sollen wir dorthin gehen?“ (INTERVIEW XXIX:378-383).

Insbesondere bei weiterführenden Schulformen könnte sich aus Sicht der Eltern zudem eine Investition in die Bildung ihrer Kinder mit Behinderung nicht auszahlen. „*Viele Eltern sagen: «Was ist das für dich? Wozu brauchst du das? Wo wirst du später arbeiten? Wo willst du hingehen? Wozu? Für dich ist es so schon schwer»*“ (INTERVIEW XI:343-344). Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Möglichkeiten berufsqualifizierender Bildung äußerst begrenzt sind. In Usbekistan existieren nur vier spezialisierte Colleges, in denen Menschen mit Behinderung berufsvorbereitend ausgebildet werden - in Kasachstan gibt es bisher überhaupt kein systematisches berufsbildendes Angebot (OECD 2009:76).

Bei uns in Kasachstan sind alle Programme, alle Projekte im Bereich der Rehabilitation nur auf Kinder mit Behinderung ausgerichtet. [...] Aber der weitere Weg der Entwicklung ab 16 Jahren, sie gehen praktisch auf die Straße und können nichts und werden praktisch von niemandem gebraucht (INTERVIEW XVIII:54-58).

## 2. Die Qualität sonderpädagogischer und inklusiver Bildung ist gering

Doch selbst im Falle des Besuchs einer Sonderschuleinrichtung oder inklusiven Klasse wurde sowohl in Usbekistan als auch Kasachstan die Qualität dieser Bildungsangebote in der Literatur (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013) und den Forschungsinterviews kritisiert: „*Jetzt lernen sie elf Klassen und bekommen wahrscheinlich irgendein Zertifikat, aber wenn man das realistisch betrachtet, ist das Wissen sehr schwach* (INTERVIEW XI:354-355). Schulen für Kinder mit geistiger Behinderung scheinen eher eine verwahrende als fördernde Funktion zu besitzen: „*I don't want to say that it doesn't give knowledge. He learned something. But mostly the school is just to keep a child for a time from the morning to the afternoon*“ (INTERVIEW XXVIII:219-221). Allerdings existieren auch in den Sondereinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit körperlichen Beeinträchtigungen niedrige Standards:

Jetzt bekommt man nicht einmal einen Abschluss. Jetzt gibt es dort so ein niedriges Bildungsniveau in diesen Internaten. Und ich weiß das, ich habe lange Zeit als Gehörlosenpädagoge in solchen Schulen gearbeitet. [...] Es gibt nicht das notwendige Niveau an Wissen in diesen Schulen. [...] Weil es keine Kontrollen gibt, überhaupt keine Anforderungen (INTERVIEW XXIX:415-417).

Eine der Ursachen dafür könnte in der ungenügenden Versorgung mit Lehrmaterialien- und büchern liegen, was in beiden Ländern aufgrund der Mehrsprachigkeit der Bevölkerung eine besondere Herausforderung darstellt (OECD 2009:73).

Neben den Sonderschuleinrichtungen existieren in beiden Ländern auch vermehrt Formen inklusiver Bildung (s. Kapitel 4.2.7). Aber in der Mehrheit der Fälle bedeutet dies entweder eine Klasse von Kindern mit Behinderung in einer Regelschule zu eröffnen (INTERVIEW XXIII:241-242) oder die schlichte „Integration“, sprich Unterrichtung von Kindern mit Behinderung in Regelschulen ohne professionelle Begleitung (OECD 2009:74; INTERVIEW XXVIII:158). Letzteres geschieht häufig in ländlichen Regionen, wo es an Sonderschuleinrichtungen mangelt und abgesehen von den Internaten keine anderen Möglichkeiten der Beschulung bestehen. In der Folge ist weder das Bildungsprogramm noch die Ausstattung der Schule für Kinder mit Behinderung angepasst, wie eine Mutter von ihren Erfahrungen in den Regelschulen berichtet:

«In der Klasse gibt es 36 Menschen. Wie soll sie da lernen? [...] Sie wird das Programm nicht schaffen» Warum? Weil das schulische Programm [...] nicht individuell ist. Es ist nicht für individuelle Tests und Bedürfnisse gemacht (INTERVIEW XI:248-250).

Zwar beginnt sich in erster Linie in Kasachstan ein Unterstützungssystem für Kinder mit Behinderung in inklusiven Klassen zu entwickeln (TOMINI et al. 2014:41), aber bisher lernt die Mehrheit dieser Kinder weiter ohne spezielle Begleitung (OECD 2009:72). Außerdem scheint das Prinzip des Tutors, also eines Begleiters für Kinder mit Behinderung im schulischen Alltag, noch eher unbekannt (INTERVIEW XVII:117). Die Lehrkräfte sind deshalb mit der Inklusion überfordert:

Also entweder beschäftigen wir uns nur mit ihnen [den Kindern mit Behinderung, S.K.] oder wir beschäftigen uns mit den anderen Kindern. Entweder ist er ohne Aufmerksamkeit oder die ganze Gruppe (INTERVIEW XVII:174-176)

Zudem befürchten Eltern, dass ihre Kinder mit Behinderung von Mitschülern diskriminiert und ausgegrenzt werden können (INTERVIEW XVI:333-337; INTERVIEW XV:130-131). In den Forschungsinterviews wurde deshalb sogar die Befürchtung geäußert, dass die Einführung

der Inklusion mehr Schaden als Nutzen bringen könnte, was nicht zuletzt an dem Mangel frühpädagogischer Unterstützung liegt:

Wie stecken wir einen Gehörlosen oder Geistigbehinderten in einen Kindergarten, in einen Regelkindergarten? Das sind Dummheiten. [...] Wenn wir wollen, dass unsere Kinder in Regelschulen lernen, dann schaffen Sie ihnen die Bedingungen dafür im frühkindlichen Alter! Und das meint die Identifikation und pädagogische Hilfe [...] (INTERVIEW XXI:160-163).

3. Besonders benachteiligt sind Kinder mit stärkeren kognitiven oder motorischen Beeinträchtigungen und sozio-emotionalen Auffälligkeiten

Für Kinder mit stärkeren kognitiven, motorischen oder sozio-emotionalen Einschränkungen besteht häufig nicht einmal die Möglichkeit des Besuchs einer Sonderschule. In Usbekistan sind sie dabei sogar per Gesetz von der Aufnahme in eine sonderschulpädagogische Einrichtung ausgeschlossen (TURDIEV 2015:17).

A mom from [Name der Region, S.K.] crying, stating that her child is eight years old, he is not accepted even for the special school. I said: «Why?» «Because the psychoneurologist did not give the *spravka* [notwendige Bescheinigung, S.K.] that he can go to the special school» (INTERVIEW XXVIII:269-271).

Auch in Kasachstan sind selbst Sonderschuleinrichtungen beispielsweise für Kinder mit körperlicher Behinderung infrastrukturell nicht ausreichend ausgestattet. Es fehlen u.a. Rampen und Fahrstühle (INTERVIEW XIII:150). In der Folge wenden die Sonderschulen strenge Kriterien bei der Aufnahme von Schülern mit Behinderung an. „*Sie nehmen in diese Schule für körperliche Störungen Kinder ohne solchen auffälligen* [Behinderungen, S.K.] auf, *keine Kinder im Rollstuhl* (INTERVIEW XXII:435-437).

Der Mangel an sonderpädagogischen Einrichtungen (INTERVIEW IX:140-141), der durch die Schließung von Sonderschulen in den 1990ern noch verstärkt wurde, führt dazu, dass Kinder mit komplexeren Beeinträchtigungen häufiger zu Hause und dort wenig bis überhaupt nicht unterrichtet werden (OECD 2009:73; INTERVIEW XIII:95-96; XXI:311-312; XXII:443). Sofern die Eltern ihre Kinder nicht in Sonderschulinternaten unterbringen wollen, bleibt dies oft als einzige Alternative. Allerdings ist die Frage nach der Qualität des angebotenen Unterrichts – abgesehen von der Isolation innerhalb der Familie und dem mangelnden Kontakt zu Gleichaltrigen – ein besonders kritischer Aspekt (SHOMAXMUDOVA 2010:7). Es ist schwer nachvollziehbar, ob



[i]rgendwelche Fortbildungen für diese Lehrer existieren. Oder auf Grundlage welcher Kriterien die Lehrer dafür ausgewählt werden. Auf Grundlage welcher Kriterien wird das Curriculum zusammengestellt? [...] In diesem Fall ist nicht nur das Problem, dass die Kinder überhaupt zu Hause lernen, sondern die Qualität des Unterrichts zu Hause. Das steht sehr stark infrage. Das heißt hier gibt es eine ganze Reihe von Fragen“ (INTERVIEW VIII:158-168).

Auch eine Studie der OECD (2009:72) kommt zu dem Schluss, dass der Hausunterricht unterfinanziert ist, unregelmäßig stattfindet und zu häufig von Lehrkräften durchgeführt wird, die keine entsprechende pädagogische Ausbildung besitzen. Die Gruppe der zu Hause unterrichteten Kinder umfasst in erster Linie verhaltensauffällige Kinder und Kinder mit komplexeren Behinderungen (vgl. INTERVIEW III:13-14, 62-63). Dies liegt zum Großteil darin begründet, dass beispielsweise für die Zielgruppe der verhaltensauffälligen oder hyperaktiven Kinder in beiden Ländern kaum Bildungsprogramme existieren. „*There is no program for attentional disorder or hyperactive children*“ (INTERVIEW XXVI:173-174).

Für Kinder und Jugendliche mit stärkeren kognitiven Beeinträchtigungen bleibt außerhalb der Familie häufig nur die Unterbringung in einem *Muruvvat* Heim (Usbekistan) oder einer *medizinisch-sozialen Einrichtung* (Kasachstan; s. Kapitel 4.1.5). Trotz anders lautender gesetzlicher Vorgaben wird dabei in der Praxis letztlich noch immer von *Bildungsunfähigkeit* [*ne obučaemyj*] gesprochen (INTERVIEW III:65-66; XXII:361-362). Dementsprechend dienen diese Einrichtungen eher der Verwahrung als Förderung (INTERVIEW XIV:148-151), da die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nicht berechtigt sind, am schulischen Lernprogramm teilzunehmen (OECD 2009:74). Trotz beobachtbarer Verbesserungen im Bereich der Deinstitutionalisierung und Förderung (INTERVIEW XXIV:385-388; INTERVIEW III:73-74) kritisieren Eltern, dass man in solchen Heimen Kinder mit komplexeren Formen von Behinderung, „*mit psychischen Störungen, die von morgens bis abends mit Medikamenten vollgestopft werden, nicht unterrichtet*“ (INTERVIEW XXII:331-332). Häufig finden sich in den Internaten auch pädagogisch vernachlässigte bzw. von ihren Eltern verlassene Kinder, bei denen sich infolge fehlender Förderung Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten anhäufen: „*But actually, they* [Kinder mit Behinderung, S.K.] *become severe. I mean, their health and mental level. [...] I mean, they are not properly looked after*“ (INTERVIEW XXVIII:117-120).

Es ist das Schrecklichste, ich fahre doch in die Kinderheime, [...] solch ein Haus, wo alle leben. Einer sitzt dort und faltet die Zunge und ein andere hat keine Beine. [...]



Wir haben kein solches Verständnis, diese Leute zu teilen. [...] Das ist schrecklich, dass sie dort wohnen (INTERVIEW XIV:148-151).

#### 8.1.4 Integration in den Arbeitsmarkt

##### 1. Der Arbeitsmarkt bietet Menschen mit Behinderung kaum Perspektiven

Insgesamt gehen in Usbekistan nur fünf Prozent<sup>69</sup> aller Menschen mit Behinderung über 16 einer Erwerbstätigkeit nach (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:8). In Kasachstan scheint diese Zahl sogar noch geringer – nach Angaben des UNDP (2009:69) arbeiten nur drei Prozent aller Menschen mit Behinderung im erwerbsfähigen Alter. Zu Bedenken gilt hier allerdings, dass ein nicht geringer Teil inoffiziell arbeiten dürfte und – vor allem in kleineren Unternehmen – kaum Anreize hat, einen Behinderungsstatus offiziell anerkennen zu lassen (SEITENOVER & BECKER 2008:35).

Eine Ursache für die geringe Beschäftigungsquote liegt darin, dass viele noch in der Sowjetunion existierende Betriebe für Menschen mit Behinderung aus Rentabilitätsgründen schließen mussten und nicht adäquat ersetzt werden konnten:

In the context of the labour market tension as a consequence of market transformations disabled people are almost non-competitive. Many enterprises traditionally employing this category of people have shut down or stopped operation. New jobs are not being created (UNDP 2009:59).

Ein Mensch mit Sehbehinderung bestätigt diese Entwicklung in Usbekistan:

Früher gab es spezielle Firmen und Werkstätten, mittlerweile allerdings weniger. Heutzutage gibt es auf dem Arbeitsmarkt eine starke Konkurrenz. Während der Sowjetunion gab es mehr solche Unternehmen (INTERVIEW IV:35-37).

Es fehlen vor allem Investitionen, sodass noch bestehende Unternehmen kaum konkurrenzfähig sind. Selbst wenn Menschen mit Behinderung dort angestellt sind, vergehen oft Monate, bis Aufträge und damit Arbeit angeboten wird. Zudem besitzen die Arbeiten häufig eine geringe Gewinnschöpfung, da keine fertigen Produkte produziert und sich vornehmlich auf Reparaturarbeiten konzentriert wird (INTERVIEW XVIII:283-285).

---

<sup>69</sup> Die vergleichsweise hohe Zahl von 30% Erwerbstätigkeitsquote, genannt bei UNICEF (2013:12) konnte unter der angegebenen Quelle (UNDP 2012) nicht verifiziert werden.

Besonders für gehörlose und Menschen mit Sehbehinderung stellt dieser Rückgang einen Verlust an Arbeitsmöglichkeiten dar, obwohl beispielsweise in Usbekistan noch über drei Viertel der Stellen in solchen Betrieben Teil der Gesellschaft gehörloser bzw. blinder Menschen sind (UNDP 2012:11; vgl. KATSUI 2005). Allerdings sind diese Tätigkeiten in den meisten Fällen Teil einer segregierenden Struktur:

There is a tendency: children enter school after graduating from the kindergarten for deaf children and after the boarding school, they are employed in different production units of DPOs<sup>70</sup>. They receive a room in a dormitory belonging to the units (UTHEPBERGENOVA 2002:21 zit. n. KATSUI 2005:77).

Überdies drohen auch diese Formen der Erwerbstätigkeit für Menschen mit Behinderung zu verschwinden. Nach Veränderungen der usbekischen Gesetzeslage 2008 und 2013 wurden Unternehmen von Selbstvertretungsorganisationen existenzsichernde steuerliche Vorteile gestrichen (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:14; UNDP 2012:11f). In Kasachstan existieren noch 33 berufsbildende und produzierende Unternehmen der Gesellschaft blinder und 18 Unternehmen der Gesellschaft gehörloser Menschen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, die eine Behinderung aufweist, ist jedoch gering:

Sehbehinderte, Gehörlose, Menschen mit noch irgendwelchen Erkrankungen, sie haben ihre Betriebe und der Idee nach sollte der Staat ihnen Aufträge geben, damit sie Geld verdienen. Der Staat gibt das, aber die Frage liegt woanders, diese Unternehmen decken nur 10-15 Prozent der Menschen mit Behinderung ab (INTERVIEW XVIII: 218-222).

Auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt es für Menschen mit Behinderung kaum Perspektiven, insbesondere, wenn man bedenkt, dass es auch für Nichtbehinderte in beiden Ländern problematisch ist, eine Anstellung zu finden, die einen abgesicherten Lebensstandard bietet:

Wissen Sie, die Frage nach der Arbeitsplatzbeschaffung ist sehr kompliziert. [...] Wir haben jetzt so eine Situation, wenn die Arbeitsplatzbeschaffung nicht nur Menschen mit Behinderung betrifft – das ist insgesamt, im Allgemeinen ein Problem. [...] Aber was Menschen mit Behinderung betrifft, unter Berücksichtigung ihrer physischen und psycho-physischen Möglichkeiten, ja, ihre weiteren Arbeitsbereiche sind sehr begrenzt“ (INTERVIEW IX:326-331).

---

<sup>70</sup> Bei den sogenannten DPOs handelt es sich um *Disabled People Organisations*, die im Gegensatz zu NGOs per Definition von Menschen mit Behinderung geleitet werden.

Deshalb stellt sich die Arbeitsplatzsuche für Menschen mit Behinderung, die keine Selbstvertretungsorganisationen und damit staatliche Unterstützung für ihre Erwerbstätigkeit in Anspruch nehmen können, noch schwieriger dar. Dies betrifft vor allem Menschen mit geistiger Behinderung, die in beiden Ländern fast keine Möglichkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden und damit wiederum verstärkt sozialer Exklusion ausgesetzt sind:

[...] [D]ie berufliche Anstellung von Menschen mit geistiger Behinderung. Das ist bei uns das Problem Nummer eins. Das heißt, wenn ein Mensch geistig behindert ist, unseren [...] Dokumenten nach hat er kein Recht zu arbeiten (INTERVIEW XXIV:195-198).

## 2. Die gesetzlichen und behindertenpolitischen Rahmenbedingungen erschweren die Anstellung von Menschen mit Behinderung

Zwar gibt es auf dem ersten Arbeitsmarkt sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan die Regelung für Unternehmen ab einer bestimmten Größe, mindestens drei Prozent ihrer Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung bereitzuhalten. Allerdings stellt sich hier die Frage nach der Kontrolle dieser staatlich vorgegebenen Quoten: *„Wenn Sie unsere Gesetzgebung gesehen haben, es gibt eine drei Prozent Quote. Wer passt auf diese drei Prozent Quote auf? Wer führt ein Monitoring durch?“* (INTERVIEW XXV:193-194).

Neben der Quotenregelung erhalten Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen, einige steuerliche Erleichterungen. Trotzdem scheinen diese Maßnahmen wenig effektiv, da sie sich nicht in einer höheren Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung widerspiegeln. Obwohl im Jahre 2010 18.555 Jobs durch Quotenregelungen in Usbekistan bereitgehalten werden sollten, waren nur 7.559 Menschen dadurch angestellt (UNDP 2012:9). Problematisch ist darüber hinaus, dass die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in Usbekistan im Rahmen der Quotenregelung auf Kosten der Arbeitgeber eingerichtet werden müssen (UNDP 2012:10). Ebenfalls wird vom Arbeitgeber eine Zertifizierung dieser Arbeitsplätze gefordert. Alles in allem ist damit die Schaffung dieser Jobs wenig lukrativ; Unternehmer aber, die diese Quote nicht erfüllen, sind

angehalten eine finanzielle Strafe in Höhe eines durchschnittlichen Jahresgehalts eines Arbeitnehmers dieses Unternehmens zu entrichten.<sup>71</sup>

Bürokratische Hürden auf dem Arbeitsmarkt können auch Menschen mit Behinderung in Kasachstan davon abhalten, einen offiziellen Behinderungsstatus zu beantragen:

Viele Bürger mit Behinderung versuchen ihre Krankheiten zu verbergen, denn im Falle ihres Entdeckens entstehen bürokratische Barrieren. [...] Selbst, wenn ein Unternehmen will, kann es nicht immer einen Menschen mit Behinderung einstellen“<sup>72</sup> (MUMINOV 2014).

Zudem fehlt es vollständig an einer beruflichen Begleitung von Menschen mit Behinderung, die damit auf sich allein gestellt sind. „*Es gibt keinen Dienst, der mit ihnen arbeiten und sagen würde: «Wir sind bei dir. Wir überwinden jede Schwierigkeit»*“ (INTERVIEW XXIV:612-613).

Als weiteres Hindernis für eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt muss auch die Tätigkeit der *Medizinisch-Arbeitstechnischen Expertenkommission* (VTEK) in Usbekistan bzw. der *Medizinisch-Sozialen Expertise* (MSE) in Kasachstan angesehen werden. Das UNDP (2012:7) stellt heraus, dass in der Arbeit der VTEK keine allgemein akzeptierten Standards zur Empfehlung von Arbeitsplätzen oder geprüfte Methoden zur Erstellung solcher Standards existieren (vgl. SCOTT & METE 2008:47). Außerdem ist fraglich, wie die Angemessenheit einer Erwerbstätigkeit oder der Arbeitsbedingungen bestimmt wird. Grund dafür könnte auch der fast ausschließlich medizinische Hintergrund der Experten der Kommissionen sein, da die Möglichkeit, soziale oder pädagogische Experten einzustellen, fast nie praktiziert wird (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:11). Deshalb geben die Kommissionen kaum eine über die Zuordnung zu einer bestimmten Behindertengruppe hinausgehende Empfehlungen zur Arbeitsplatzsuche:

The understanding of the situation of people with disability is very poor because VTEK experts, they are doctors. They see the physical impairment of people and they just give their recommendation based on this impairment. And they just identify the first group or second group or third group of disability. And that is all (INTERVIEW XXVIII:3-6).

---

<sup>71</sup> Jedoch werden diese Regelungen wiederum aufgrund mangelnder staatlicher Kontrollen nicht konsequent angewendet (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:12).

<sup>72</sup> Многие граждане с ограниченными возможностями пытаются скрыть наличие недуга, так как в случае его раскрытия возникают бюрократические барьеры [...] Поэтому, даже если бизнесмены хотят, они не всегда могут привлекать к труду людей с инвалидностью.

Dabei bieten die Kommissionen in beiden Ländern häufig nicht nur wenig Unterstützung, sondern können sogar nachteilige Effekte für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt bewirken (UNDP 2012:7f): Für Menschen mit Behinderung der Gruppe I werden keine, bei Gruppe II nicht immer Empfehlungen zur Erwerbstätigkeit oder beruflichen Rehabilitation ausgestellt (INTERVIEW XIV:43-45), weil sie zunächst als nicht erwerbsfähig gelten. In der Praxis scheinen bereits Menschen mit Behinderung in der zweiten Gruppe über kaum Chancen auf eine Erwerbstätigkeit zu verfügen: „*But actually when you go to the grassroots level VTEK and people of the second group of disability they automatically say incapable of work*” (INTERVIEW XXVIII:26-27).

Diese Regelung führt zu grotesk anmutenden Entscheidungen über die Arbeitsfähigkeit von Menschen mit Behinderung: „*We have the project manager of UNDP who has second group of disability who has the spravka [Bescheinigung, S.K.] «incapable of work». But he is the project manager of UNDP*” (INTERVIEW XXVIII:33-34). Auch die *Vereinigung von Menschen Behinderung* (UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE 2014:11) in Usbekistan kritisiert, dass „*in unserem veralteten System der Feststellung von Behinderung der weltbekannte [...] Professor Stephen Hawking eine Bescheinigung der VTEK über die Arbeitsunfähigkeit erhalten und arbeitslos werden würde.*“<sup>73</sup> Zwar können Menschen mit Behinderung die Einstufung ihrer Arbeitsfähigkeit innerhalb einer Kategorie im Rahmen eines rechtlichen Prozesses anfechten, allerdings laufen sie damit Gefahr, Ansprüche auf eine Pension beispielsweise durch die Veränderung der Kategorie zu verlieren (UNDP 2012:8). Insofern zieht das UNDP (2012:8) das Fazit, dass „*the requirements for the employment of a person with disability, in accordance with the VTEK’ conclusions and employment recommendations, often reduces the likelihood of their employment*”. All dies festigt die Tendenz der Anstellung von Menschen mit Behinderung in informellen Erwerbsverhältnissen.

---

<sup>73</sup> При нашей устаревшей системе определение инвалидности всемирно известный ученый, фактически парализованный инвалид, профессор Стивен У. Хокинг, получил бы заключение ВТЭК о нетрудоспособности и был бы безработным.

### 3. Menschen mit Behinderung arbeiten verstärkt in informellen Beschäftigungsverhältnissen mit geringem Lohn und fehlender sozialer Absicherung

2010 lag das durchschnittliche Monatseinkommen von Menschen mit Behinderung in Usbekistan mit 265.800 Sum deutlich unter dem von nicht behinderten Erwerbstätigen (476.400 Sum) (vgl. UNICEF 2013:49f). Menschen mit der Behinderungskategorie I und II verdienten in den Jahren 2008 – 2010 dabei am wenigsten (UNDP 2012:11).

Wie aus den durchschnittlichen Gehältern zu erkennen, arbeiten Menschen mit Behinderung häufig in Beschäftigungsverhältnissen, die eine geringe Qualifikation benötigen und entsprechend schlecht bezahlt werden. Da selbst für die nichtbehinderte Bevölkerung die Gehälter oft kaum ausreichend sind, stellt sich dieses Problem für Menschen mit Behinderung in verschärfter Form dar. Infolge der bürokratischen Hürden durch die zuständigen Kommissionen spielen zudem inoffizielle Wirtschaftsbereiche eine wichtige Rolle. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderung häufig über keine Arbeitnehmerrechte verfügen:

Im Prinzip geht es um die Probleme, die wir genannt haben – Unterbeschäftigung und Schattenwirtschaft. [...] Sie [Menschen mit Behinderung, S.K.] sind in diesem Sinne nicht geschützt, wenn es um ein Unternehmen geht, [...] das ihnen weniger zahlt als anderen. Dabei sind die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung allgemein höher. Sie benötigen Medizin und spezielle Hilfen“ (INTERVIEW VIII:243-248).

Die Bedeutung des informellen Arbeitsmarktes bei Menschen mit Behinderung dürfte ebenfalls mit der existierenden Praxis der Gewährung von Behinderungspensionen zusammenhängen. Wie SCOTT und METE (2008:53) nachweisen können, verringert sich die Wahrscheinlichkeit ökonomischer Aktivität (d.h. erwerbstätig sein oder aktiv eine Erwerbsarbeit suchen) um über 50 Prozent, wenn ein offizieller Behinderungsstatus zuerkannt wurde. METE, BRAITHWAITE und SCHNEIDER (2008:10) führen diese hohe Korrelation – neben Faktoren wie einem niedrigeren Bildungsabschluss – auch darauf zurück, dass Menschen mit Behinderung bei einer offiziellen Anstellung Gefahr laufen könnten, die staatlichen Leistungen nicht mehr zu erhalten. Dazu passt die Kritik der UZBEK SOCIETY OF DISABLED PEOPLE (2014:12), dass es dazu kommen kann, dass, *„wenn ein Mensch mit Behinderung arbeitet, bei der nächsten anstehenden Untersuchung alle Einschränkungen in der Ausführung einer beruflichen Tätigkeit wegfallen, indem man ihn in*

*die dritte Behinderungskategorie überführt<sup>74</sup>.*“ Bei Verlust des Arbeitsplatzes würde dies dann den Wegfall jeglichen Einkommens bzw. jeglicher Unterstützung bedeuten. Der Eindruck, dass das System der Gewährung staatlicher Hilfen zu einer verstärkten Anstellung in der informellen Wirtschaft in Usbekistan beiträgt, bestätigt sich in den Interviews: *„Ja, leider ist es in der Praxis so, dass mit dem Erhalt einer Arbeitsstelle die staatliche Unterstützung wegfällt“* (INTERVIEW III:57-58).

Betroffene befinden sich auch in Kasachstan unter Umständen in der Situation, zwischen einer höheren staatlichen Unterstützung und der Wahrscheinlichkeit, angestellt zu werden, entscheiden zu müssen, da Arbeitgeber Menschen der Kategorie I und II leichter durch die Ergebnisse der Kommission ablehnen können. *„Die erste [Behinderungsgruppe, S.K.] arbeitet nicht, die zweite – nach Ermessen des Arbeitgebers, er hat das Recht sie entweder zu nehmen oder nicht, in der dritten muss er sie nehmen“* (INTERVIEW XIII:88-89). Eine ähnlich rigide Praxis in der Herabstufung der Behinderungsgruppe scheint allerdings in Kasachstan nicht zu bestehen.

#### 8.1.5 Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (1)

Die in Kapitel 8.1 diskutierten Exklusionsgefahren – unzureichende Bildungschancen, mangelnde finanzielle Absicherung, fehlende Integration in den Arbeitsmarkt, schlechte medizinische Versorgung – lassen sich kaum getrennt voneinander begreifen. Vielmehr muss ihre Verbindung als Kreislauf einer exkludierenden Struktur verstanden werden, in der sich Faktoren gegenseitig verstärken.

So kann die unzureichende staatliche Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderung dazu führen, dass Eltern eine Beschulung ihrer Kinder im Internat bevorzugen. Denn ein Kind mit Behinderung stellt insbesondere für einkommensschwache Haushalte eine hohe finanzielle und zeitliche Belastung dar, weshalb eher in die nicht-behinderten Kinder investiert wird: *„Die Unterbringung und z.B. Verpflegung in Internaten und Sonderschulen ist kostenlos, damit wird ein falscher Anreiz für die Eltern gesetzt. Man*

---

<sup>74</sup> *„Доходит до того, что если инвалид работает, то ему при очередном освидетельствовании вообще снимают степень ограничения способности к трудовой деятельности, переводя его на третью группу инвалидности, и практически полностью снимают с социального обеспечения.“*

*könnte hier von einer Dependency-trap sprechen, also einer Abhängigkeitsfalle“* (INTERVIEW I:28-30). Diese Erfahrung teilen auch Mitarbeiter einer staatlichen Einrichtung in Usbekistan zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung: *„Aufgrund von finanziellen Aspekten wird eine Überweisung in Internate oft bevorzugt“* (INTERVIEW VI:4-5). Daraus wird deutlich, dass der Erhalt des segregierenden Bildungswesens verschiedene Wurzeln hat, die ausschließlich mit der Veränderung einer bildungspolitischen Komponente nicht gelöst werden können.

Auch für Kasachstan ist dieser Zusammenhang nachweisbar, obwohl die finanzielle Absicherung für Familien mit Kindern mit Behinderung höher ist (TOMINI et al. 2014:35). So berichtet die OECD (2009:61), dass

[p]overty of families of children with disabilities and the lack of resources available from public sources, are identified as lying at the root of many current problems. For example, the large number of children living in institutions is sometimes attributed to the provision of food and clothing.

Mindestens genauso wichtig wie die Höhe der finanziellen Absicherung durch den Staat ist die Möglichkeit der Eltern, weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wenn ein Kind mit Behinderung im Haushalt lebt. Denn aus dem Mangel vorschulischer Bildungsangebote sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan resultiert, dass in allererster Linie Mütter gezwungen sind, mit dem Kind zu Hause zu bleiben:

Bei mir klappt es nicht mit einer Arbeit, ich weiß überhaupt nicht, wo ich sie lassen kann. Nur wenn ich zum Beispiel eine Nanny für den ganzen Tag einstelle und dann geht dafür das ganze Gehalt weg (INTERVIEW XIII:221-222).

Die Mutter eines Kindes mit Behinderung muss sich damit zwischen der Unterstützung des Kindes oder einer Erwerbstätigkeit entscheiden: *„Die Mutter muss zu Hause mit dem Kind sitzen, also sich mit ihm beschäftigen oder zur Arbeit gehen. [...] Das Problem ist so ein geschlossener Kreislauf, der sich wiederum auf die Finanzierung auswirkt“* (INTERVIEW XI:128-132).

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass eine Re-Integration von Kindern mit Behinderung in einkommensschwache Familien ohne weiterführende Unterstützung sogar gegenteilige Effekte haben könnte (UNICEF 2013:34):

There is some concern that action to return children to families, if not accompanied by other interventions to address household poverty, will threaten to stall or even reverse processes of deinstitutionalisation. In addition, returning children to families who are unable to provide for them economically is also a concern.



Erschwert wird die finanzielle Situation von Familien von Kindern mit Behinderung aber auch dadurch, dass die staatlichen Leistungen im medizinischen Bereich oft nur den Mindestbedarf für Menschen mit Behinderung decken und zusätzliche Behandlungen notwendig sind: *„Das, dass wir irgendeine Unterstützung erhalten – das ist unbedeutend für diese Kinder, weil die medizinische Behandlung sehr teuer ist“* [...] (INTERVIEW XIII:209-210). Ähnliches gilt für die Bildungschancen von Kindern mit Behinderung. Erst durch zusätzliches (finanzielles) Engagement der Familie, beispielsweise durch privaten Förderunterricht, wird das Entwicklungspotenzial der Kinder genutzt: *„Wenn ich die Lehrkräfte frage, sagen sie, «Ja, schlecht, sie hat eine drei, aber ein bisschen wird kommen, wenn Sie sie für kostenpflichtige Privatstunden anmelden»“* (INTERVIEW XIX:34-36). Dieses Engagement hängt jedoch häufig allein von den Müttern ab:

You know, living with a child with disability, it is a lot of money investment. You need to earn, and we have mothers whose husband refused, I mean to live and left the family. But this woman has to work and bring up their children (INTERVIEW XXVIII:83-84).

Da aufgrund fehlender zeitlicher und fachlicher Ressourcen darüber hinaus eine Diagnose von Auffälligkeiten häufig zu spät erfolgt, werden Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern mit Behinderung ausgelassen. Infolge falscher Prognosen von Ärzten kann in den Familien zudem weniger Anreiz bestehen, in die Bildung dieser Kinder zu investieren, wie eine Mutter eines Kindes mit Cerebralparese selbst im Umgang mit Ärzten erlebt hat:

Die Ärzte haben gesagt, dass sie wahrscheinlich ganz bald stirbt, wenn sie nicht stirbt, wird sie aus dem Bett nicht aufstehen können, sie wird behindert und nicht sitzen, nicht sprechen und Sie werden sie das ganze Leben mit dem Löffel füttern (INTERVIEW XI:143-145).

In Verbindung mit dem Mangel an staatlichen Bildungsangeboten führt dies nicht selten zu einer Überforderung der Mütter: *„Ich zum Beispiel, ich werde müde. Jeden Tag mit ihr, stehe mit ihr auf, mache etwas, beschäftige mich mit ihr [...] Ich verstehe, dass ich mich mit ihr beschäftigen muss, aber ich kann das nicht“* (INTERVIEW XIII:389-391).

Infolge der niedrigen Bildungsqualität in Sonderschuleinrichtungen oder inklusiven Klassen besitzen Menschen mit Behinderung geringere Chancen auf eine gut bezahlte Erwerbstätigkeit. Selbst wenn Angebote auf dem ersten Arbeitsmarkt existieren, können diese Stellen deshalb häufig nicht besetzt werden:

Zum Beispiel von der Bank kommt eine Anfrage: Wir würden gern jemanden einstellen. Aber [es gibt] keine Kinder, die im Rollstuhl sitzen würden und funktionierende Hände und dazu noch gutes Wissen haben, das heißt ein Institut [meint Hochschulbildung, S.K.] abgeschlossen haben. Es gibt sehr wenige solcher Menschen mit Behinderung, die ein Institut abgeschlossen haben [...] (INTERVIEW XI:322-325).

Doch selbst wenn Menschen mit Behinderung einen Hochschulabschluss besitzen, scheinen die Arbeitsplatzperspektiven gering: „*Ich habe [die Universität, S.K.] mit Auszeichnung bestanden. Ich dachte, jetzt werde ich gebraucht, aber es hat sich gezeigt, dass dies gar nicht so ist* (INTERVIEW XXV:14-16). Alternativen zum ersten Arbeitsmarkt wie spezielle Unternehmen von Selbstvertretungsorganisationen sind kaum wettbewerbsfähig und bieten außerdem nur für eine Minderheit von Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz. „*Und wegen der wirtschaftlichen Änderung [...] ist die Produktion, die diese Fabriken machen, nicht gefragt. Deshalb braucht man das nicht und die Arbeitsstellen sind verlorengegangen*“ (INTERVIEW II:133-136).

Erschwerend kommt hinzu, dass Menschen mit Behinderung aufgrund der hauptsächlich in Internaten und Sonderschuleinrichtungen erfahrenen Sozialisation über wenig Erfahrung im sozialen Umgang verfügen (UNDP 2012:4) und eine berufliche Begleitung oder Integrationshilfe fast vollständig fehlen:

In unserer Gesetzgebung sind kaum zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderung vorgesehen, außer für Menschen mit Sehbehinderung. [...] In gesetzgeberischer Hinsicht gibt es so etwas nicht (INTERVIEW XXIX:34-37).

Den Kommissionen, die Menschen mit Behinderung bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen sollen, mangelt es an klaren Richtlinien und Vorstellungen zur möglichen Arbeitsplatzgestaltung. *[T]he understanding of working abilities and opportunities of VTEK experts is very limited. They consider that people with disabilities can only work in special places and special institutions*“ (INTERVIEW XXVIII:30-32). Zudem können bürokratische Hürden trotz staatlicher Subvention eine Einstellung von Menschen mit Behinderung erschweren.

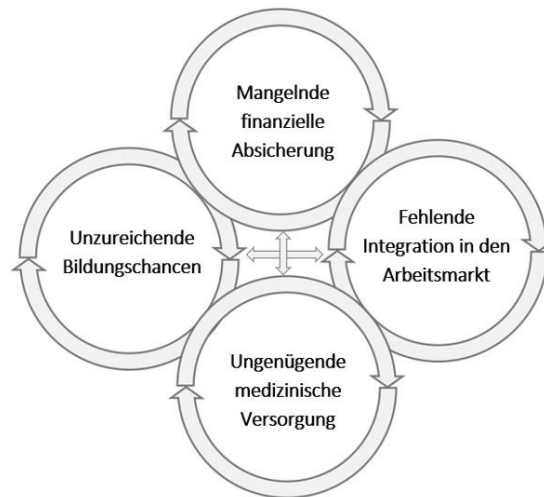
Die starre Einteilung nach Behinderungsgruppen und der Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit stellt Betroffene damit häufig vor die Wahl, entweder eine höhere staatliche Unterstützung zu erhalten oder die Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern (INTERVIEW XIV:81-85). Dieser Trend wird in Usbekistan zusätzlich durch die Verschärfung von

Berechtigungskriterien und der daraus resultierenden Gefahr verstärkt, bei einer offiziellen Erwerbsarbeit den Anspruch auf staatliche Gelder zu verlieren. Infolgedessen sind Menschen mit Behinderung häufig in informellen Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Zudem wird ihre Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt in beiden Ländern unterdurchschnittlich entlohnt (vgl. INTERVIEW XIV:72-73).

Diese prekäre finanzielle Lage aufgrund mangelnder beruflicher Perspektiven wirkt sich wiederum auf die Möglichkeiten aus, sich eine angemessene medizinische Versorgung leisten zu können. Wie in Kapitel 3.3 gezeigt, ist eine Vielzahl medizinischer Behandlungen kostenpflichtig; außerdem werden infolge der geringen Gehälter im Gesundheitswesen häufig informelle Zahlungen von den Patienten verlangt.

Sowohl in ihren Bildungschancen als auch auf dem Arbeitsmarkt sind Menschen mit stärkeren, vor allem kognitiven Beeinträchtigungen besonders benachteiligt. Häufig erhalten sie entweder zu Hause kaum oder keine schulische Bildung oder werden in Internaten von schulischen Bildungsprozessen sowie später dem Arbeitsmarkt zu weiten Teilen ausgeschlossen. *„Der Hausunterricht – das ist so ein Nullprogramm, das ist einfach zum Geldverdienen“* (INTERVIEW XVI:286-287). Menschen mit geistiger Behinderung werden fast vollständig vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt (INTERVIEW XXIV:195-198). In der Folge verbleiben sie in überbelegten Internaten, in denen kaum Förderung stattfindet. *„[...] [Die] medizinisch-sozialen Einrichtungen für Erwachsene [...] sind bei uns überfüllt. 600-700 Erwachsene befinden sich in den Internaten, die für 250-300 Plätze ausgelegt sind“* (INTERVIEW XXIV:177-180). Einzige Alternative zu Internaten ist der Verbleib in den Familien, in denen Kinder und Erwachsene mit Behinderung kaum sichtbar sind: *„Most of them are maybe in institutions or they are locked in the house“* (INTERVIEW XV:263-264).

Die in diesem Unterkapitel analysierte komplexe Verbindung zwischen den einzelnen Exklusionsgefahren lässt sich dabei auf einer ersten Ebene als sich gegenseitig verstärkender Kreislauf darstellen (vgl. Abbildung 8-1).



**Abbildung 8-1:** Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (1)

## 8.2 Exklusionskreislauf – Ebene (2)

### 8.2.1 Infrastruktur

#### 1. Die Infrastruktur ist zu weiten Teilen für Menschen mit Behinderung unzugänglich

Das Fehlen einer barrierefreien Infrastruktur kann im Allgemeinen auf zwei Faktoren zurückgeführt werden: Zum einen wurde zu Zeiten der Sowjetunion kaum unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung städtebaulich geplant (PHILLIPS 2009; ŠEK 2005; FEFELOV 1986). Zum anderen trägt der allgemein schlechte Zustand der städtischen und vor allem der ländlichen Infrastruktur zu der erheblich eingeschränkten Mobilität von Menschen mit Behinderung bei.

Infrastrukturelle Fragen beziehen sich jedoch nicht nur auf den öffentlichen Raum, sondern auch auf kulturelle, soziale und medizinische Einrichtungen genauso wie auf das Bildungssystem. Schulische Regeleinrichtungen sind dabei für Kinder und Jugendliche mit Behinderung weitgehend unzugänglich (SHOMAXMUDOVA 2010:7; RAHIMOV & SECHKIN 2008:14). Dies betrifft nicht allein ältere Einrichtungen; ebenso sind modernere Schulen kaum barrierefrei:

Also es gibt keine Rampen, überhaupt keine Fahrstühle, das heißt man würde sich wünschen, dass eine neue Schule, die man baut, unter Berücksichtigung dieser Anpassungen gemacht würde, um die Arbeit zu erleichtern (INTERVIEW XVII:349-351).

Gleiches gilt für das Hochschulsystem beider Länder, in dem kaum barrierefreie Einrichtungen existieren. *„Auch das Institut selbst ist wenig vorbereitet, das heißt, Rampen, Fahrstühle und Ähnliches“* (INTERVIEW XI:357-358).

Zwar ist der allgemeine Zustand der Infrastruktur als auch die Berücksichtigung ihrer barrierefreien Gestaltung in Kasachstan etwas besser als in Usbekistan, allerdings sieht KARGAŽANOVA (2015:60f) auch in Kasachstan in der mangelnden Infrastruktur ein Haupthindernis in der Umsetzung der Inklusion. So gelten bisher noch 96% der Vorschulen und 83% der weiterführenden Schulen als nicht für Kinder und Jugendliche mit Behinderung geeignet; zudem sind mehr als 70% der sozialen Infrastruktur und des öffentlichen Nahverkehrs nicht barrierefrei:

Kinos und [...] irgendwelche kulturellen Einrichtungen, die für diese Menschen zugänglich sein sollten. [...] Kinder, vielleicht, oder Erwachsene mit Behinderung wollen, [...] aber sie wissen, dass sie [...] einfach nicht hereinkommen. Und selbst wenn sie hineinkommen, können sie sich nicht setzen, weil dort für sie nichts angepasst ist (INTERVIEW IX:308-313).

In Usbekistan kommt erschwerend hinzu, dass die meisten Straßen mit einem künstlich angelegten Graben, der zur Abkühlung in den Sommermonaten Wasser führen sollte, beginnen und abschließen. Dies ist vor allem für Menschen mit Sehbehinderung problematisch. *„Wenn ich die Straße überquere denke ich oft nicht an den Weg, sondern an diesen Graben, daran, dass ich dort auf jeden Fall hineinfalle [...]“* (INTERVIEW XXV:384-386).

## 2. Gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit werden nicht überwacht

Die Frage einer barrierefreien Umgebung ist deshalb für beide Länder von besonderem Interesse, weil, wie in Kapitel 4.2.6 gezeigt, die Gesetzgebung für zentrale Bereiche des öffentlichen Lebens die Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderung fördert.

Doch selbst bei Neubauten und unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben besteht das Risiko, solche Regelungen nur pro forma zu erfüllen und die tatsächlichen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu ignorieren (INTERVIEW IX:30-31). So kommt es vor, dass neu errichtete Rampen entweder viel zu kurz und steil sind oder aus Material bestehen, das bei

ungünstigen Witterungsbedingungen für eine Benutzung ungeeignet, weil z. B. zu glatt ist (INTERVIEW XXIX:262-264).

[...] [D]ie Rampen sind bei uns mehr geworden. [...] Eine andere Frage ist... [Es gibt] eine Rampe und vor ihr steht ein Baum. Also es gibt eine Rampe und dann? [...] (INTERVIEW XXIX:254-255).

Aufgrund mangelnder Kontrollen in der Umsetzung bestehender oder neuer Gesetze können deshalb kaum Fortschritte in der Barrierefreiheit der Infrastruktur erzielt werden:

[T]he uzbek government enacted a disability-related construction law which includes norms and standards to create accessible physical conditions for disabled people. This law is applied to any newly constructed building. However, the implementation of this law is not monitored and thus not binding“ (KATSUI 2005:120).

Ein barrierefreier Umbau der Infrastruktur ist allerdings mit relativ hohen finanziellen Belastungen verbunden, was die Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben schwieriger gestaltet: *„Die Frage nach der Infrastruktur ist immer eine sehr empfindliche Frage, weil dies sehr teuer ist“* (INTERVIEW VIII:197-198). Insofern wird sich gerade in diesem Aspekt zeigen, inwieweit beide Länder über gesetzgeberische Prozesse hinausgehend bereit sind, auch höheren finanziellen Aufwand zu betreiben, um die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

## 8.2.2 Ausbildung von pädagogischem Fachpersonal

1. Die Ausbildung von Fachkräften in behindertenpädagogischen Disziplinen ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht unzureichend

Die Ausbildung behindertenpädagogischen Fachpersonals in Kasachstan und Usbekistan konzentriert sich noch immer größtenteils auf vier Arten von Behinderung (vgl. SHOUMAROV et al. 2009:172ff). Dazu zählt die Geistigbehindertenpädagogik [*oligofrenopedagogika*], die Gehörlosenpädagogik [*surdopedagogika*], die Sehbehindertenpädagogik [*tiflopedagogika*] sowie die Logopädie [*logopedija*]. Infolgedessen fehlen Fachkräfte für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit anderen Entwicklungsschwierigkeiten, wie eine Interviewpartnerin in Usbekistan berichtet: *„We do not prepare students to work with autistic children, with behavioral disorders, with multiple disorders and even with more severe, profound intellectual disabilities, unfortunately“* (INTERVIEW XXVI:165-167).

Masterstudiengänge sind in Usbekistan zurzeit ausschließlich für die Bereiche Logopädie, Geistigbehindertenpädagogik und Gehörlosenpädagogik vorgesehen. Auch in Kasachstan beklagen Eltern, dass Fachkräfte beispielsweise für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Autismus vollständig fehlen: „*Wir haben keine solchen Fachkräfte, es gibt überhaupt kein Wissen darüber*“ (INTERVIEW XXII:223). Die kasachstanische Hochschulausbildung bereitet Sonderpädagogen also ebenfalls nicht vor, insbesondere mit Kindern mit komplexeren Behinderungen zu arbeiten. Dieses fehlende Wissen wurde bei einer Fortbildung besonders deutlich, wie Vertreter einer NGO berichten:

Wir haben eine Fortbildung für Fachkräfte gerade der Internate für Kinder mit intellektuellen Störungen durchgeführt, wohin man, im Prinzip, unsere Kinder schickt, aber sehr schwierige. Und als sie [die Lehrkräfte, S.K.] sie [die Fortbildnerin, S.K.] gehört haben, waren sie schockiert, dass es sich gezeigt hat, dass man mit unseren Kindern arbeiten kann (INTERVIEW XXII:449-452).

Außerdem existieren in beiden Ländern bisher keine Studiengänge im Bereich der Frühförderung von Kindern mit Behinderung (INTERVIEW XXVI:208; s. Kapitel 8.1.3). Damit ergibt sich eine wissenschaftliche Lücke in der Ausbildung, die erkennen lässt, dass das Ausbildungssystem der Behindertenpädagogik in Kasachstan und Usbekistan noch auf sowjetischen Strukturen basiert. Hinzu kommt die Überfrachtung des Curriculums mit ideologischen Inhalten (LARUELLE 2007:154), was Raum für fachspezifisches Wissen nimmt. Neben dem oftmals nicht vorhandenen Fachwissen im Bereich der Behindertenpädagogik ist auch die flächendeckende Versorgung mit Sonder- und Heilpädagogen nicht gewährleistet. In Usbekistan gibt es nur in Taschkent - und dort wiederum nur an der Taschkenter Staatlichen Pädagogischen Universität – das Fach Sonder- und Heilpädagogik [*Defektologija* oder vermehrt auch *korrekcionnaja pedagogika*] (vgl. SHOMAXMUDOVA 2010:6). Dies hat zur Folge, dass in Sonderschuleinrichtungen häufig Regelpädagogen mit keiner oder nur geringer Zusatzqualifikation arbeiten: „*[I]n der Tat ist es so, dass Regelpädagogen oft in Sonderschuleinrichtungen arbeiten. Aber es existieren Angebote zur Fort- und Weiterbildung*“ (INTERVIEW III:81-82). Außerdem kennen Pädagogen häufig neue Regelungen nicht und handeln nicht den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend (vgl. INTERVIEW III:66-69). Gleichmaßen kritisiert die OECD (2009:66) im Falle Kasachstans, dass 90% der Lehrkräfte in Sonderschuleinrichtungen über keine entsprechende Qualifikation in diesem Bereich verfügen.

Ein Grund für die geringe Anzahl von Behindertenpädagogen könnte auf das niedrige Prestige und geringe Gehalt zurückzuführen sein, sodass nur wenige Studienanfänger diesen Beruf auswählen und der qualitative sowie quantitative Mangel verstärkt wird (vgl. INTERVIEW XV:332-333).

Es gibt jetzt in Kasachstan keine Behindertenpädagogen auf gutem Niveau. [...] Die Menschen wollen nicht in die Behindertenpädagogik oder Logopädie, weil das Gehalt gering ist, es ist nicht interessant, nicht angesehen (INTERVIEW XI:172-175).

Offen bleibt auch die Frage der Qualität der Aus- und Weiterbildungen. So räumt eine Fortbildungskraft auf dem Gebiet der Inklusion ein, dass *„wir selbst [Fortbildungen, S.K.] durchführen, aber es gibt einen gewissen Unprofessionalismus, den wir durch eigene Recherchen [samoobrazovanie, S.K.] überdecken“* (INTERVIEW XVII:53-54). Damit zeigt sich, dass die Regellehrkräfte kaum auf die Förderung und Bildung von Kindern mit Behinderung in inklusiven Settings vorbereitet sind, weil dies in ihrer Ausbildung zuvor keine Rolle spielte:

Man hat uns weder psychologisch noch professionell auf solche Kinder vorbereitet. Das heißt, ja, wir haben psychologische Seminare, pädagogische Seminare durchgenommen, aber über die Arbeit mit Kindern mit Behinderung wurde nicht gesprochen (INTERVIEW XVII:108-110).

Aufgrund dessen fehlt beispielsweise die Erfahrung, wie man mit Kindern mit sozio-emotionalen Auffälligkeiten im inklusiven Unterricht umgehen könnte (INTERVIEW XVII:229-232). Es scheint zudem an der Einbeziehung von Sonder- und Heilpädagogen in den inklusiven Unterricht zu mangeln, wodurch bestehendes Wissen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ignoriert wird:

Auf irgendeiner Etappe hat man die Behindertenpädagogen davon vollständig ausgeschlossen. Warum bereiten wir Studenten nach diesen vier Spezialisierungen vor? Weil man das alles begrenzt hat und gesagt hat, die Behindertenpädagogen werden sich mit den Sonderschulen befassen und so weiter (INTERVIEW XXIII:351-354).

Allerdings scheinen auch Sonder- und Heilpädagogen kaum Entwicklungspotenzial in Kindern mit geistiger Behinderung zu sehen: *„And then I wanted to ask a defectologist to work with him extra time. So I can pay. They said «you don't need to waste, there is no need, he is in the mentally group. You want more than his capability»“* (INTERVIEW XXVIII:237-239). Grundsätzlich unbeachtet in der Ausbildung von Sonder- und Heilpädagogen scheint bisher der Bereich der beruflichen Rehabilitation. So gibt es bisher keine Ausbildung im Bereich



der Beschäftigungs- oder Ergotherapie [*occupational therapy*], die Menschen mit Behinderung auf eine berufliche Tätigkeit vorbereiten könnte, obwohl dies bereits in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wie Russland, Belarus und der Ukraine, praktiziert wird (UNDP 2012:3; INTERVIEW XXVI:293-295).

Eng verknüpft damit ist auch die Frage der Ausbildung von Sozialpädagogen oder Sozialarbeitern. Wie UNICEF (2013:34) anmerkt, gibt es zwar mittlerweile Absolventen von drei Hochschulen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in Usbekistan; allerdings wurden bereits erprobte und eingesetzte Umschulungen für pädagogische Fachkräfte wiedereingestellt. Außerdem hat sich das Nationale Team der Sozialarbeiter aufgelöst, da es an Arbeitsmöglichkeiten fehlte und sie beispielsweise kaum in die Arbeit der VTEKs integriert wurden (vgl. UNDP 2012:7). Laut dem UNDP (2012:4) ist dies ein Grund, weshalb keine klaren Richtlinien in der Ausarbeitung der individuellen Rehabilitationsprogramme (IPR) in Bezug auf Arbeitsplatzmöglichkeiten existieren. Auch in Kasachstan ist der geplante Ausbau des Bereiches der Sozialarbeit wenig fortgeschritten, was wiederum in erster Linie in der niedrigen Bezahlung seinen Ursprung haben dürfte. *„Die Sozialarbeit ist bei uns, soweit ich weiß, keine sehr beliebte Arbeit. Weil sie heute noch geringfügig bezahlt wird“* (INTERVIEW IX:103-105). Zudem mangelt es ihnen gleichermaßen an fachlichem Wissen, wie eine Mutter eines Kindes mit Behinderung kritisiert (INTERVIEW XI:123-125).

## 2. Die schulische Diagnostik von Behinderung ist defizitorientiert und wenig standardisiert

In Kapitel 8.1.2 wurde bereits die zu spät erfolgende medizinische Diagnostik von Kindern mit Behinderung aufgrund fehlenden Wissens und zeitlicher Ressourcen von Ärzten und Krankenschwestern analysiert. Aber auch die über die Schullaufbahn von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung entscheidenden Kommissionen (*PMPK* oder *MPPK*) schränken aufgrund ihrer defizitorientierten Arbeitsweise und dem unzureichenden Fachwissen die Entwicklungschancen von Kindern mit Behinderung ein:

Bei Auffälligkeiten wird sehr schnell die Notwendigkeit einer Sonderbeschulung diagnostiziert. Es gibt Fälle, in denen ohne weiteres eine Beschulung in Regeleinrichtungen möglich wäre, z.B. im Falle von Epilepsie. Es fehlt ein Assessment der Fähigkeiten, stattdessen werden die ursprünglich von einer ärztlichen Kommission erstellten Diagnosen fast immer bestätigt. Denn es kommt häufig vor,

dass Gutachter aus der ärztlichen Kommission auch in der MPPK arbeiten. Darüber hinaus fehlt eine Differenzierung des Schweregrades von Behinderung, z.B. bei der Diagnose von Autismus (INTERVIEW I:32-38; vgl. VI:20-22).

MARKOVA und SULTANALIEVA (2013) sehen zumindest in Teilen dieser Kommissionen noch eine sowjetisch dominierte Denkweise, die medizinische Aspekte und die Segregation von Kindern mit Behinderung unterstützt. Dieser Eindruck wird auch von Eltern von Kindern mit Behinderung bestätigt: *„You know, people who make decisions – the same soviet union system”* (INTERVIEW XXVIII: 277-278).

Zudem wird in Usbekistan vor allem das Fehlen standardisierter diagnostischer Verfahren und der Mangel an zeitlichen Ressourcen und Fachwissen kritisiert: *„There are still even no standards. [...] Now they do completely bullshit, [...] Because they do not have experts and even human resources to allocate time and do it properly”* (INTERVIEW XXVII:146-152).

Auch in Kasachstan wird die Arbeit der für die Schullaufbahn von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zuständigen Experten trotz Verbesserungen und positiven Beispielen (INTERVIEW IX:51; MARKOVA und SULTANALIEVA 2013) als unzureichend empfunden: *„Wissen, Fertigkeiten, Erfahrung – das haben unsere Experten der PMPK nicht. Nicht genügend. Man kann nicht sagen, dass sie sie überhaupt nicht haben, aber unzureichend. Und drittens – natürlich, die geringe Anzahl der PMPKs“* (INTERVIEW XXII:382-384).

Da in beiden Ländern zu wenige dieser diagnostischen Zentren existieren, stehen die Kommissionen unter enormen Zeitdruck (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013; INTERVIEW XXII:384). Infolgedessen kann es zu falschen Diagnosen kommen, die die weiteren Entwicklungschancen von Kindern mit Behinderung tiefgreifend beeinflussen:

Bei uns gibt es einen Teil der Bevölkerung, dem eine falsche Diagnose gestellt wurde. Das sind zum Beispiel Waisenkinder. Das heißt pädagogisch vernachlässigte Kinder, denen man die Diagnose geistige Behinderung stellt. Und diese Diagnose zurückzunehmen ist praktisch unmöglich (INTERVIEW XXIV:199-204).

Zwar sind die Empfehlungen der PMPK weder in Usbekistan noch Kasachstan rechtlich bindend – die endgültige Entscheidung obliegt gesetzlich den Eltern – in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle werden aber ihre Entscheidungen nicht infrage gestellt (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013). In einem Projekt der *Asiatischen Entwicklungsbank* in Usbekistan entschieden sich beispielsweise nur neun Prozent der Eltern für eine andere als

von der Kommission empfohlene Bildungseinrichtung für ihr Kind (RAHIMOV & SECHKIN 2008:8).

Auf der anderen Seite ist davon auszugehen, dass viele Kinder, deren Schwierigkeiten im Bereich Lernen, Verhalten oder Sprache kaum sichtbar sind, nicht in den Fokus der Kommissionen gelangen und ohne spezifische Förderung in Regeleinrichtungen aufgrund fehlender frühpädagogischer Diagnostik lernen. So existiert beispielsweise in Usbekistan keine Diagnostik von Lernschwierigkeiten oder -behinderung [dety s zaderžkoj psichičeskogo razvitija]:

We do not have this concept here. All we do have is this Dyslexia and Dysgraphia [Lese- und Rechtschreibschwäche, S.K.] only. And that's it. From soviet period we call them «dety s zaderžkoj psichičeskogo razvitija». [...] But it is not diagnosed at all. (INTERVIEW XXVI:171-173)

Dies hat zur Folge, dass viele betroffene Kinder entweder in der Regelschule ohne spezielle Unterstützung oder in Sonderschuleinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung untergebracht sind (INTERVIEW III:4-7).

### 8.2.3 Zugang zu und Austausch von Informationen

Wie in Kapitel 3.1 dargestellt, ist der Sozialstaat Kasachstans und Usbekistans trotz der bestehenden Probleme im Vergleich zu ähnlich wirtschaftsstarken Ländern immer noch relativ umfassend. Auch für Menschen mit Behinderung sind vor diesem Hintergrund u.a. steuerliche Erleichterungen und Privilegien vorgesehen. Die Forschungsinterviews allerdings haben gezeigt, dass vielen Betroffenen die Informationen zu diesen Unterstützungsangeboten fehlen. *„Das ist so ein Problem, wenn die Leute nicht wissen, wo sie anknöpfen können, was sie machen und wie sie leben können. [...] Den Menschen sind diese ganzen Informationsregister nicht bewusst, wie viel, wo, was, wie“* (INTERVIEW XVI:15-21).

Infolgedessen können sie vorhandene Privilegien, die vom Staat garantiert werden, nicht nutzen. *„[M]ost of the disabled people cannot enjoy the decreasing but anyways existing privileges only because they are not aware of them“* (KATSUI 2005:57). Denn der Zugang zu diesen Leistungen ist auch deshalb erschwert, weil Informationen selten öffentlich ausreichend sichtbar gemacht werden (KATSUI 2005:57). Menschen mit Behinderung

kennen damit ihre eigenen Rechte nur unzureichend: *„This is also because of the disability community. They also don't have much understanding of their rights”* (XV:100-101).

Schon in den städtischen Zentren ist es für Eltern von Kindern mit Behinderung problematisch, Beratungsangebote hinsichtlich der Entwicklung ihrer Kinder zu erhalten. Viele Eltern wissen nicht, an wen sie sich hinsichtlich der Förderung ihrer Kinder wenden können. *„Alles war eine selbstständige Suche, das heißt über Verwandte, Suchen mithilfe des Internets, ich habe gesucht, wo, was, wie“* (INTERVIEW XI:22-24; vgl. INTERVIEW: XIII:283-284). Infolgedessen fehlt den Eltern auch Wissen darüber, wie sie mit ihren Kindern zu Hause umgehen können. *„Parent's don't have skills, how to take care of the child with disability at home”* (INTERVIEW XV:196-197). Eine Ursache dafür liegt darin, dass zwischen Eltern von Kindern mit Behinderung kaum Austausch auf institutioneller Ebene stattfindet und Informationen folglich nicht weitergegeben werden können: *„Etwas Organisiertes, Nationales – bei uns gibt es so etwas nicht. Jeder ist für sich, jeder selbst, alles selbst“* (INTERVIEW XIII:358-359).

Wenn bereits in den Städten ein beschränkter Zugang zu Informationen besteht, so stellt sich dies in ländlichen Regionen noch wesentlich schwieriger dar. *„In der Provinz ist das sehr kompliziert. Ich war in den Gebietszentren, wenn man vom Gebietszentrum 20 Kilometer wegfährt, dann weiß man dort schon absolut nichts“* (INTERVIEW XXIX: 129-131).

Da häufig auch Eltern von Kindern mit Behinderung nicht wissen, welche Rechte ihnen beispielsweise im Bereich der inklusiven Beschulung zustehen, können sie kaum für ihre Kinder gegenüber staatlichen Strukturen eintreten:

They may want to keep their child at home rather than send him or her to a specialized correctional school, but they fear that the system will backfire and hurt the child even more, so they agree to place the child into a correctional school against his or her will (MARKOVA & SULTANALIEVA 2013).

Auch RAHIMOV und SECHKIN (2008:15) berichten in der Evaluation des Projekts *Grundlegende Bildung für Kinder mit Behinderung* der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in Usbekistan, dass die im Projekt engagierten Eltern zwar durchaus bereit waren, die Rechte ihrer Kinder zu schützen, allerdings besaßen sie kein Wissen oder gar eine Strategie dazu, dies in der Realität auch umzusetzen. Selbst wenn Kinder mit Behinderung in inklusiven Klassen ausgegrenzt und gemobbt werden, scheinen viele Eltern einen direkten

Konflikt zu scheuen: „*Parents don't raise this issue as a problem. They just keep quiet. They don't want to create problems*“ (INTERVIEW XV:130-131).

#### 8.2.4 Statistische Erfassung

##### 1. Es fehlt eine einheitliche nationale Strategie der Erfassung von Menschen mit Behinderung

Wie in Kapitel 4.2.2 gezeigt, existieren widersprüchliche statistische Angaben zur Anzahl von Kindern und Erwachsenen mit Behinderung in Kasachstan wie Usbekistan. Zu einem Großteil dürften die Abweichungen an der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Gesundheits-, Arbeits- und Bildungsministerium liegen<sup>75</sup>. Die Koordination und der Austausch zwischen den Ministerien scheinen dabei gering, sodass sich die jeweils herausgegebenen Zahlen deutlich unterscheiden (OECD 2009:85). Dieser Eindruck wird auch von den Interviewpartnern in Kasachstan bestätigt:

Das System der statistischen Erfassung in Kasachstan hat weder eine Konzeption, noch eine klare Orientierung [napravlennost', S.K.] in der zwischenbehördlichen Sammlung statistischer Daten. Weil Kinder mit Behinderung sich im System des Gesundheitswesens, im System des Sozialschutzes und im Bildungssystem befinden. Und deshalb macht es jeder auf seine Weise (INTERVIEW XXI:5-9).

Allerdings ist eine klare statistische Erfassung eine Voraussetzung dafür, dass alle Familien und Menschen mit Behinderung die ihnen zustehende Unterstützung erhalten können. Wie auch die Untersuchung von SCOTT und METE (2008) im Falle Usbekistans gezeigt hat, bleibt ein großer Teil der Bezugsberechtigten ohne staatliche Unterstützung, nicht zuletzt deshalb, weil das Versorgungssystem in beiden Ländern auf ungenauen statistischen Daten basiert:

Bei uns werden alle staatlichen Programme einfach, man kann sagen, Pi mal Daumen berechnet. Unverständlich. Sind es 120, warum 120 Kinder, warum nicht 90, nicht 220 – niemand kann das sagen, weil es eine Summe gibt, sie haben sie festgelegt und von Jahr zu Jahr bleibt sie. Also selbst die staatlichen Programme basieren nicht auf klaren statistischen Daten und dem Bedarf (INTERVIEW XXI:19-23).

---

<sup>75</sup> In Usbekistan wurde vor kurzem die Zuständigkeit des Arbeitsministeriums in der Behindertenpolitik auf das Gesundheitsministerium übertragen (INTERVIEW XV:396-400).

Das Resultat ist eine Unterschätzung der Anzahl von Menschen mit Behinderung, die Unterstützung benötigen - was nach Vollendung der Volljährigkeit mit dem Austritt aus dem Bildungssystem noch verschärft wird. „*Sie sind 18 Jahre alt und dann? Wer erfasst sie? Niemand tut dies. Sie sind nirgendwo fixiert*“ (INTERVIEW XXI:60-61).

## 2. Die bestehende Definition von Behinderung schließt Teile der Bevölkerung von Unterstützung aus

Eine Ursache für die im internationalen Vergleich niedrige Prävalenz ist, wie in Kapitel 4.2.1 angedeutet, auf die Frage der Definition von Behinderung zurückzuführen. Insofern argumentiert METTS (2000:60), dass zumindest Teile der starken Unterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrienationen in der Art der Erhebung begründet liegen. So wenden Entwicklungsländer vor allem *impairment-screenings*, bei denen nach einer bestimmten Schädigung („Blindheit“, „schwerwiegende Hörbeeinträchtigung auf beiden Ohren“) gefragt wird, an, während Industrienationen eher *disability-screenings* („Schwierigkeit eine Treppe hochzusteigen“) benutzen. Wie SCOTT und METE (2008) in ihrer Studie gezeigt haben, ergibt sich für Usbekistan bei Anwendung eines *disability-screenings* eine Prävalenz von Behinderung, die den internationalen Erfahrungen entspricht. Die Definition von Behinderung in Kasachstan und Usbekistan basiert aber in erster Linie auf dem Vorliegen einer Schädigung, denn eine Behinderung wird durch die Gruppierung im Rahmen einer Expertenkommission und der Einteilung nach Behinderungskategorien bestimmt, obwohl die Frage nach Einschränkungen der Aktivitäten im täglichen Leben mittlerweile Teil der Diagnostik ist (TURDIEV 2015:11; SEITENOVER & BECKER 2008:14):

Wenn Sie auf die Definition von Behinderung in unserem Land schauen – diese entspricht eher der Definition eines medizinischen Modells, das heißt diese Herangehensweise ist rein aus der Sichtweise des Vorhandenseins einer Schädigung [*impairment*, S.K.] [...] Aus diesem Verständnis folgt auch die Messung (INTERVIEW VIII:40-44).

Auch wenn SEITENOVER und BECKER (2008:63) argumentieren, dass sich Kasachstan den Standards der ICF seit Ende der Sowjetunion angenähert hat, sehen Experten bisher keine fundamentalen Veränderungen in der Definition von Behinderung:

Seit der Sowjetunion gibt es Behinderte der ersten, zweiten und dritten Gruppe, Behinderte nach verschiedenen Formen von Erkrankungen, das Herz oder bei

jemanden die Leber, aber die Frage nach der Einschränkung der Lebenstätigkeit durch die Erkrankung stellt niemand gesondert fest (INTERVIEW XXI:65-69).

Die Folge davon ist, dass bei der Messung von Behinderung durch das Prisma der Schädigung Gruppen herausfallen, die in ihrer Lebenstätigkeit spezielle Unterstützung benötigen. Wenn beispielsweise ein Kind eine Hörschädigung zweiten Grades aufweist, aber keine weitere Störung vorliegt, besitzt es keinen Anspruch auf ein vom Staat zur Verfügung gestelltes Hörgerät. *„Deshalb ist auch die ganze Statistik unverständlich, weil es eine unverständliche Haltung zum eigentlichen Terminus, Begriff gibt, was ist eine Begrenzung der Lebenstätigkeit [...]?“* (INTERVIEW XXI:92-94).

Da weder in Kasachstan noch in Usbekistan Daten zu Menschen mit Behinderung vorliegen, die aus einer Befragung der Haushalte hervorgegangen wären (SEITENOVER & BECKER 2008:37) und auch eine solche Begrenzung der Lebenstätigkeit erfassen könnten, bleibt dieses Problem bisher ungelöst. Zumindest zukünftig könnte sich die Datenlage in Usbekistan hinsichtlich Erfassung von Kindern mit Behinderung insofern verbessern, als dass UNICEF begonnen hat mit der *Washington Gruppe zur Statistik von Behinderung* der UN zusammenzuarbeiten (INTERVIEW VIII:15-16).

### 8.2.5 Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (2)

Die in Kapitel 8.2.1 bis 8.2.4 analysierten Exklusionsgefahren sind wiederum nicht als einzelne voneinander unabhängige Aspekte zu verstehen, sondern als Kreislauf sich gegenseitig verstärkender Faktoren. Allerdings beeinflussen sich diese Faktoren auf der Ebene (2) nicht nur untereinander, sondern verstärken ihrerseits die erste Ebene der Exklusionsgefahren.

Diese Verbindung lässt sich anhand der für Menschen mit Behinderung zu weiten Teilen unzugänglichen Infrastruktur in beiden Ländern verdeutlichen. Zwar gibt es gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit von Gebäuden und Einrichtungen, diese werden aber oft nur pro forma umgesetzt und weisen nicht die notwendige Qualität auf, damit sie tatsächlich die Mobilität von Menschen mit Behinderung verbessern können. *„Sie machen es einfach nur, um es zu machen. Für das Häkchen“* (INTERVIEW XXIX:273). Die unzugängliche Infrastruktur wirkt sich dabei nicht nur unmittelbar auf die Verfügbarkeit von medizinischen Dienstleistungen, sondern auch auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

aus, bei der sich bereits die grundlegende Frage nach der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes stellt: „Für sie [eine Person mit Behinderung, S.K.] ist es schwer, dorthin zu fahren, dorthin zu gelangen und dies alles“ (INTERVIEW XXIV:610-611). Alternativen zum öffentlichen Nahverkehr sind jedoch zu teuer, weil ein Großteil der staatlichen Absicherung für medizinische Behandlung aufgewendet werden muss.

Public transport is not accessible. They cannot use the bus. But to get to the bus, they have to walk a long time. To pick a cap – that is expensive. With the pension they can't afford it, because all budget expenditures are for medicine and all kind of that things (INTERVIEW XV: 222-225).

In gleicher Weise sind – ebenfalls trotz ambitionierter staatlicher Pläne – die meisten Regelbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung kaum zugänglich. „Natürlich, bei uns gibt es alte Schulen, und sie [...] sind schlicht in technischer Hinsicht nicht dafür [für die Inklusion, S.K.] geeignet“ (INTERVIEW XVII:346-347). Neben dieser infrastrukturellen Komponente sind die Regelpädagogen nicht auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung vorbereitet:

[H]ier gibt es eher eine fehlende fachliche Bereitschaft. Also, man hat uns das nicht unterrichtet und jetzt denke ich, es gibt wenige Leute, die ein Rezept kennen würden, wie man mit diesen Kindern arbeiten könnte (INTERVIEW XVII:241-243).

Dadurch wird die positive Absicht einer inklusiven Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in ihr Gegenteil verkehrt: „Der Unprofessionalismus führt zur Entstellung der Idee der inklusiven Bildung“ (INTERVIEW XXIII:380-381).

Darüber hinaus führt die defizitorientierte Sichtweise in der Diagnostik, die die Kompetenzen und Ressourcen der Kinder kaum berücksichtigt, immer wieder dazu, dass selbst Kinder mit kleineren Schwierigkeiten in der Entwicklung in Sondereinrichtungen überwiesen werden. „Es findet kaum eine Differenzierung des Schweregrades einer Behinderung statt. Die Fähigkeiten dieser Kinder werden nicht beachtet“ (INTERVIEW III:47-48). Dadurch wird deutlich, wie eng die fehlenden Bildungschancen von Kindern mit Behinderung mit der qualitativ und quantitativ unzureichenden Ausbildung von Sonder- und Heilpädagogen, die sich in sowjetischer Tradition nur auf vier Behinderungsformen konzentriert, verknüpft sind. Wie sich bereits an den Bildungschancen gezeigt hat, sind hier vor allem Menschen mit komplexeren Behinderungen wie Autismus oder Verhaltensauffälligkeiten ausgeschlossen; gleichermaßen fehlt der Themenkomplex Frühförderung im Hochschulsystem vollständig.



Sagen wir es so: Mit Kindern mit intellektuellen Beeinträchtigungen [...], also für Kinder mit Autismus, die zusätzlich noch eine Verhaltensstörung haben, mit ihnen beschäftigt man sich überhaupt nicht, weil man nicht weiß, wie (INTERVIEW XXII:153-155).

Was für den schulischen Bereich gilt, besitzt auch Bedeutung für die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Da es keine Ausbildung im Bereich der beruflichen Rehabilitation gibt, fehlen Fachkräfte, die Menschen mit Behinderung bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen könnten. Ebenfalls ist das Feld der Sozialarbeit bisher in beiden Ländern eine Randerscheinung ohne tatsächliche Einbeziehung in die Arbeit mit Menschen mit Behinderung. *„Unsere Sozialarbeiter – wir haben vermutet, dass das eine prestigeträchtige Arbeit wird, aber sie haben bisher nichts davon, weder Gehalt noch Prestige, nichts“* (INTERVIEW XXIV:499-501).

Insgesamt fehlen damit Fachkräfte, die Menschen mit Behinderung und Eltern über ihre staatlich zugesicherten Rechte sowie Bildungs- und Fördermöglichkeiten informieren könnten: *„Pädagogen, Ärzte und Behindertenpädagogen [kennen] die Rechte von Menschen mit Behinderung nicht. Es herrscht also ein Mangel an Wissen.“* (INTERVIEW III:67-69). Der eingeschränkte Zugang zu Informationen verstärkt damit nicht nur das Fehlen von Bildungs- und Fördermöglichkeiten von Kindern mit Behinderung, sondern auch ihre ohnehin schon unzureichende Absicherung: *„Das heißt, das fehlende Bewusstsein der Menschen für die Informationen führt auch zur materiellen Minderung des sozialen Lebens“* (INTERVIEW XVI: 27-28).

Dabei wird deutlich, dass die in Kapitel 8.1.1 aufgeworfene Frage der mangelnden Abdeckung bezugsberechtigter Haushalte auch eine Folge der ungenauen statistischen Erfassung von Menschen mit Behinderung ist. Eine Ursache dafür könnte im fehlenden Austausch der zuständigen staatlichen Strukturen liegen:

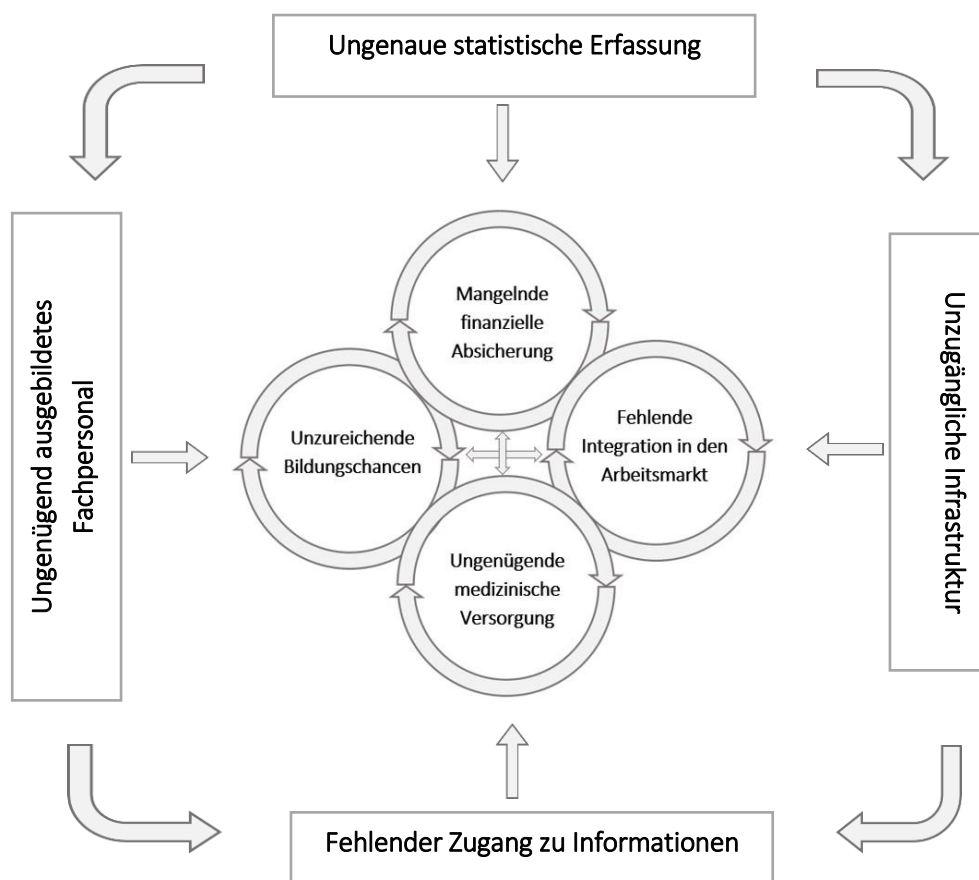
Bei uns in Kasachstan [haben] kaum 2,5% [der Kinder eine Behinderung, S.K]. Das zeugt von der schlechten Identifizierung und schlechten Qualität der Zusammenarbeit der Strukturen medizinischer und pädagogischer Einrichtungen“ (INTERVIEW XXI:32-34).

Da die statistischen Erhebungen sowohl in Usbekistan als auch Kasachstan nicht nur ungenau sind, sondern hauptsächlich auf der Frage nach einer vorliegenden Schädigung basieren, wird ein großer Teil der Menschen mit Behinderung nicht mit den für sie notwendigen medizinischen, rehabilitativen und pädagogischen Maßnahmen versorgt:

[W]ir haben keine Definition der Funktionsfähigkeit eines Menschen. Wenn wir zum ICF – der internationalen Klassifikation der Funktionalität – übergehen würden, ja, wir würden den Menschen von einer anderen Position aus betrachten (INTERVIEW XXIV:595-598)

Gleichzeitig würde damit auch der offiziell erhobene Anteil von Menschen mit Behinderung steigen: „Wenn der Prozess des Monitorings über das Sammeln der Daten von medizinischen Kommissionen erfolgt, dann bekommen Sie eine Statistik. Verändert sich die Definition, [...] verändert sich auch die Statistik“ (INTERVIEW VIII:54-57).

Wiederum verringert sich dadurch die Möglichkeit von Menschen mit Behinderung, am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft teilzunehmen, denn benötigte technische Hilfsmittel werden mangels Erfassung nicht zur Verfügung gestellt. Zudem dürfte die quantitative Ausbildung vom pädagogischen Fachpersonal auch deshalb unzureichend sein, weil der aus den statistischen Daten resultierende Bedarf wesentlich niedriger als der tatsächliche ist.



**Abbildung 8-2:** Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (2)

## 8.3 Exklusionskreislauf – Ebene (3)

### 8.3.1 Gesellschaftliche Vorurteile

#### 1. Ein Familienmitglied mit Behinderung verringert den sozialen Status der Familie

Eines der größten Hindernisse für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft stellen Vorurteile und Stereotype ihnen gegenüber in beiden Ländern dar. Daraus resultieren tiefgreifende Folgen für die Familien und hier besonders die Mütter von Kindern mit Behinderung. Denn die Geburt eines solchen Kindes hat einen niedrigeren sozialen Status der Familie zur Folge. *„Es gibt manchmal die Fälle, [...] dass die Leute darauf aufmerksam machen, dass diese Familie nicht gut sein kann, weil es dort ein Kind mit Behinderung gibt“* (INTERVIEW II:157-159). Besonders für Familien mit öffentlichem Ansehen stellt ein Kind mit Behinderung deshalb eine Bedrohung für diesen Status dar:

The parents of that girl refused to take her to their family, so the sister decided to bring up this child. Because the sister's husband is a high-level official. They don't want to other people know about their tragedy in their family, so they decided just to forget about the child (INTERVIEW XXVIII:76-79).

Zu den sozialen Folgen gehört auch, dass sich dadurch zum Beispiel die Verheiratung anderer Kinder der Familie als schwieriger erweist. *„Wenn es in einer Familie ein Kind mit Behinderung gibt, [...] beginnt man zu versuchen, dieses Kind zu verstecken. Denn sie denken, dass man unsere Kinder, unsere Töchter, nicht als Ehefrauen akzeptiert“* (INTERVIEW V:172-175).

Dies ist sowohl in Usbekistan als auch – unter Berücksichtigung der ethnischen Besonderheiten mit einer im Süden des Landes eher traditionell orientierten Bevölkerungsschicht – auch in Kasachstan der Fall. *„Die Eltern haben Angst, [...] wenn es in der Familie ein Kind mit einer solchen Diagnose gibt, dass der Bruder oder die Schwester keine angesehene Arbeit bekommt. [...] Oder nicht heiraten kann“* (INTERVIEW XXII:589-593).

Um solche Folgen zu vermeiden, werden Familienmitglieder mit Behinderung, insbesondere Kinder, zum Teil zu Hause versteckt, damit Nachbarn und Bekannte keine Kenntnis davon nehmen können:

Ich zum Beispiel, eine sehr gute Bekannte von mir, die ich seit der Kindheit kannte, ich dachte immer, dass sie zwei Kinder haben und dann habe ich erfahren, dass sie

drei Kinder haben und ein Kind ist bei ihnen zu Hause, das sie praktisch niemals irgendwem zeigen und nirgendswohin mit sich nehmen (INTERVIEW XXII:323-326).

Die Geburt eines Kindes mit Behinderung wird somit immer noch als Schande empfunden – und unter Umständen insbesondere in Usbekistan als Strafe Gottes für eine begangene Sünde: „[...] [S]ie sagen noch: *«Das ist eine Strafe Gottes. Du hast etwas falsch gemacht. Deshalb hat dich Gott bestraft und deshalb solltest du diese Sünde verbergen»*“ (INTERVIEW V:222-223). Ähnliches konstatiert eine Studie des UNDP (2012:6): *„It is a shame for the family. That is why parents do not show their daughter to anyone, because neighbors would point fingers at her. People would whisper that maybe her parents are also sick”*. Diese Scham bezieht sich dabei keinesfalls nur auf schwerwiegende Behinderungen, sondern scheint auch kleinste Abweichungen von der gesellschaftlichen Norm zu betreffen:

Ich kenne unsere Nachbarin, deren Junge sich einen Finger in der Tür eingeklemmt hat und dem gesagt wurde, dass man wahrscheinlich diesen Finger amputieren muss. [...] Deshalb fing sie an zu beten: *«Gott, bitte tu uns keine Schande an!»* Sie halten das für eine Schande, verstehen Sie?“ (INTERVIEW V:179-182).

Dabei vermischen sich religiöse und abergläubische Überzeugungen, um das „Unglück“ einer Behinderung abzuwenden. So ist es im postsowjetischen Raum vor allem bei ethnischen Russen verbreitet, zur Abwendung von „bösen Blicken“ [*sglazit'*] eine Stecknadel zu tragen – und dies gilt auch für Personen, die mit Menschen mit Behinderung arbeiten. *„Einige Menschen, die an dieses Negativ [der Behinderung, S.K.] glauben, sagen: «Tragen Sie unbedingt eine Stecknadel, ich bitte Sie, tragen sie eine große Stecknadel oder so etwas»“* (INTERVIEW XVI:204-206).

## 2. Mütter von Kindern mit Behinderung sind großem Druck durch ihre Ehemänner und dessen Familie ausgesetzt

Aufgrund dieses negativen Bildes von Behinderung kommt es vor, dass die Familien bei der Geburt eines solchen Kindes auseinanderfallen (INTERVIEW XXII:106). Allerdings darf an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden, dass diese Konsequenzen viel eher eine Mutter eines Kindes mit Behinderung betreffen. Vor dem Hintergrund der im zweiten Kapitel geschilderten Situation von jungen Frauen in den Familien ihrer Ehemänner

eröffnet sich der soziale Druck, dem diese Frauen mit der Geburt eines Kindes mit Behinderung zum Teil ausgesetzt sind:

[S]ie [eine junge Frau, S.K.] verwandelt sich in eine Braut und dann verwandelt sie sich einfach in eine Sklavin. Nicht in allen Familien. [Aber] oft passiert das so. Der Status dieser jungen Frau besteht darin, dass sie sich die ganze Zeit um alle Familienangehörigen kümmern muss, angefangen beim Vater des Mannes, dann seine Mutter und alle weiteren Mitglieder. Sie muss immer am Herd stehen, das Mittagessen zubereiten, das Haus aufräumen und sogar waschen (INTERVIEW V:73-80).

Infolge dieser Position werden in erster Linie Mütter für die Behinderung des Kindes verantwortlich gemacht werden.

Die Geburt eines Kindes mit Behinderung kann zu massiven Spannungen in der Familie führen. Es kommt häufig vor, dass Männer die Familie dann verlassen. Frauen werden moralisch häufiger für die Behinderung eines Kindes verantwortlich gemacht, weil sie der „Bote“ des Kindes sind (INTERVIEW I:76-79).

*„In der Familie meines Mannes denkt man, dass, wenn ich ein Kind mit Behinderung geboren habe, ich kein Recht auf meine eigene Meinung habe, dass ich das Leben des Vaters meines Kindes zerstört habe; sie halten das für eine Schande“* (INTERVIEW VII:13-15). Väter verlassen somit nicht selten die Familie – möglicherweise auch unter dem Druck ihrer Mütter: *„Eine wichtige Rolle spielen Schwiegermütter, die ihrer Schwiegertochter sagen: «Du hast ein schlechtes Kind geboren! In unserer Familie gab es so etwas noch nicht!»“* (INTERVIEW V:97-100).

Obwohl diese Tendenz in Usbekistan wesentlich ausgeprägter als in Kasachstan ist, kommt es auch dort vor, dass die Familien mit der Geburt eines Kindes mit Behinderung auseinanderbrechen. *„Für gewöhnlich beschuldigen die Verwandten des Ehemanns die Mutter. Bei uns ist das sehr stark. Und nicht nur in kasachischen Familien“* (INTERVIEW XXII:564-565).

### 3. Die bemitleidende Sichtweise auf Behinderung führt zu einer passiven Haltung und niedrigem Selbstbewusstsein von Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung gegenüber dominiert eine Sichtweise, die in erster Linie von Mitleid und Bedauern geprägt ist. Sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan werden sie damit nicht als aktive gesellschaftliche Mitglieder, sondern vielmehr als hilfebedürftige Objekte wahrgenommen.

Zu den Menschen mit Behinderung gibt so eine Einstellung – er ist behindert, er ist arm, soll er zu Hause sitzen, wir helfen ihm mit irgendetwas, soll er sich erholen. [...] Als ob ein Mensch mit Behinderung so ein dekoratives Element der Menschheit wäre, der Pflege braucht. Sehr selten sieht jemand eine Behinderung als Ressource, als eine wichtige Ressource der Entwicklung, das, was er erreichen kann, das, was er machen kann (INTERVIEW XXV:147-152).

Eine vom UNDP (2012:6) durchgeführte Studie in den usbekischen Städten Taschkent, Samarkand und Sharisabsz unter Angestellten in öffentlichen, staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, die im Bereich des Sozialschutzes tätig sind, förderte ebenfalls solche Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung zutage. Die Haltung ihnen gegenüber sei von Mitleid geprägt und ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten werden unterschätzt; außerdem werde Behinderung oftmals mit Krankheit gleichgesetzt. Dies gilt ebenso für Kinder mit Behinderung, die in erster Linie als gesellschaftlicher Ballast angesehen werden (INTERVIEW XXIV:389-391) und vornehmlich Mitleid erregen: *„Die Gesellschaft denkt: «Oh, wie leid mir dieses Kind tut, oh, wie leid»“* (INTERVIEW V:192). Diese gesellschaftliche Wahrnehmung scheint von den Medien und Journalisten verstärkt zu werden:

Und solche Filme, sie bilden solche Stereotype heraus. Oder Sendungen. [...] Sie zeigen eine ganze Sendung [über sehbehinderte Menschen, S.K.] – «obwohl sie den Himmel nicht sehen, können sie»... [...] Ich sage schon, Leute, Journalisten, das muss man so mit uns nicht machen, erzählen sie normal, aber so wie Sie das machen: «Obwohl er den Himmel nicht sieht, obwohl er das Gesicht seiner Mutter nicht gesehen hat» und noch so etwas denken sie sich aus. [...] Sie bilden doch solche Stereotype heraus, verstehen Sie? (INTERVIEW XXV:311-318).

Inwieweit vor allem in Usbekistan der islamische Glaube dafür eine Rolle spielt, ist bisher schwer zu analysieren. Klar ist, dass – ähnlich wie auch im Christentum (vgl. MÜRNER & SIERCK 2009:128) – Menschen mit Behinderung als grundsätzlich hilfsbedürftig angesehen werden. *„Der Islam bemitleidet: «Unsere armen Kinder, die Armen, Unglücklichen, lasst uns ihnen zwei Rubel geben, hier nimm das Geld» – das wars“* (INTERVIEW V:227-229). Diese bemitleidende Haltung gegenüber Menschen mit Behinderung dürfte aber ebenso aus der Institutionalisierung und der medizinischen Betrachtungsweise resultieren (vgl. KATSUI 2005).

Kinder und Jugendliche mit Behinderung können unter Einfluss dieser gesellschaftlichen Wahrnehmung kaum zu selbstständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen. *„Due to the created low self-esteem, PWDs [people with disability, S.K.]*

*tend to isolate themselves. This isolation causes mental pain, which often leads to self-blaming and mental pain*" (KATSUI 2008:22). Besonders negativ ist dabei die Wahrnehmung von Menschen mit geistiger Behinderung, die allgemein als gesellschaftliche Last empfunden werden.

Eine Folge all dieser Aspekte könnte die von einigen Interviewpartnern kritisierte fordernde oder passive Einstellung von Menschen mit Behinderung sein. „*Ich bin immer auf solch eine Psychologie gestoßen, wenn sie [Menschen mit Behinderung, S.K.] sich immer beklagen, dass es sehr schwer ist*" (INTERVIEW XXV:11-12). Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderung zum Teil eine Haltung entwickeln, in der sie die gesellschaftliche Wahrnehmung als Objekt der Hilfsbedürftigkeit übernehmen: „*Sometimes I came to the understanding, people with disabilities, they speculate with their disabilities. [...] I mean, «I am a disabled, I don't need... I want»*" (INTERVIEW XXVIII:324-325). Deshalb waren sie nach Erfahrung dieses Interviewpartners beispielsweise weniger an der Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt, sondern vielmehr an medizinischen Programmen interessiert.

### 8.3.2 Staatliches und gesellschaftliches Interesse

In Kasachstan und Usbekistan wurden in den letzten Jahren durchaus eine Reihe von staatlichen und nicht-staatlichen Programmen initiiert, um die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern (s. Kapitel 4.2.7). Insofern wäre es sicherlich nicht gerechtfertigt, davon auszugehen, es bestünde überhaupt kein öffentliches Interesse an ihrer Unterstützung. Zudem spiegeln Möglichkeiten der barrierefreien Umgestaltung der Infrastruktur, aber auch eine entsprechende medizinische Versorgung genauso wie eine ausreichende soziale Absicherung zweifellos die finanziellen Ressourcen wider, die Kasachstan und in deutlich geringerem Maße Usbekistan zur Verfügung stehen.

Allerdings zeigt sich bei einer tiefgreifenderen Analyse, dass dies letztlich eine Frage der gesellschaftlichen bzw. politischen Priorisierung ist. Insofern stellen begrenzte finanzielle Mittel keine ausreichende Erklärung für die umfassende Exklusion von Menschen mit Behinderung dar:

If they have resources to build wonderful bridges and buildings – it means they have resources. And even in terms of public works, they could organize public works not just for construction but also for social services as in many countries. [...] So for me, I

don't know, they probably think that it is not a very significant issue" (INTERVIEW XXVI:130-135).

Staatliche Kürzungen – besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten – betreffen deshalb in erster Linie soziale Programme, die auch zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung vorgesehen sind: *„I think, it is very common in many countries, when the government has some financial problems, budget problems, they start cutting on social policy, social programs, social assistance. So this is happening“* (INTERVIEW XV:422-424). Denn im Vergleich zu anderen Aufgaben des Staates, wie der Schaffung wirtschaftlichen Wachstums und neuen Arbeitsplätzen scheint die Unterstützung von Menschen mit Behinderung eine weitaus weniger wichtige Rolle zu spielen.

And as I see, in governmental officials they are very busy with other tasks and duties and the «tiny little sister», the social protection and the protection of people with disabilities, they just always forget about this in comparison with much more, in their perspective, important tasks (INTERVIEW XXVI:39-42).

Dieses politische Desinteresse spiegelt sich in der Gesellschaft wider, denn wenn Menschen nicht persönlich oder im Familienkreis von einer Behinderung betroffen sind, scheint dieses Thema für sie keine Rolle zu spielen (INTERVIEW XXV:91-92). Somit stoßen auch Veranstaltungen für (staatliche) Akteure in der Behindertenpolitik auf wenig Interesse:

Es ist schwer, sie zu motivieren, wir bemühen uns zu erklären, dass auch die Mahalla arbeiten muss und auch die Ärzte müssen arbeiten und auch die Eltern müssen arbeiten. [...] Wir haben 50 Menschen erwartet und es kamen neun aus der Mahalla (INTERVIEW X:289-294).

Gleichermaßen bildet das fehlende gesellschaftliche Interesse an Menschen mit Behinderung auch die Tatsache ab, dass *Der Rat der Republik Kasachstan für Fragen von Menschen mit Behinderung* nicht, wie zum Beispiel *Das Komitee der Frauen und Kinder* oder *Der Jugend* beim Präsidenten, sondern der Regierung angesiedelt ist, wodurch er weit weniger Einfluss besitzt (INTERVIEW XVIII:153-157).

Somit scheint zwar auf den ersten Blick das Interesse zu existieren, Entwicklungen u.a. im Bereich der De-institutionalisierung und der Inklusion voranzutreiben, allerdings ohne konkrete finanzielle Unterstützung seitens des Staates (INTERVIEW XXVI:126-127). Dies zeigt sich auch bei der Umsetzung der Inklusion: *„Sie verstehen das nicht, dass das Geld zusammen mit dem Kind kommen sollte [...], sondern zählen die Rampen. Aber was hat das [die Inklusion, S.K.] mit den Rampen zu tun?“* (INTERVIEW XXI:181-182). Die Interviewpartner



kritisieren insofern, dass die zuständigen politischen Vertreter letztlich überhaupt kein Verständnis haben, worum es sich bei inklusiver Bildung handelt (INTERVIEW XXIX:556-557), wodurch klare gesetzliche Regelungen zu ihrer Umsetzung noch fehlen (INTERVIEW IX:214-216).

Dies könnte ferner seine Ursachen darin haben, dass so gut wie keine Menschen mit Behinderung in wichtigeren politischen Positionen arbeiten (INTERVIEW XXV:189-190). Dadurch lassen sich kaum konkrete Veränderungen erzielen:

Wir geben Vorschläge, gesetzgeberische Akte, aber das ist vielleicht wenig effektiv, weil die Mehrheit unserer Vorschläge eine konkrete Entscheidung verlangt und das machen unsere Beamten und Abgeordneten kaum (INTERVIEW XXIX:174-176).

Dabei stehen bildungspolitische und gesellschaftliche Ziele und die Entwicklung der Inklusion zum Teil sogar im klaren Widerspruch zueinander, was die Frage aufwirft, inwiefern eine tatsächliche Umsetzung inklusiver Praktiken überhaupt möglich ist. Denn MARKOVA und SULTANALIEVA (2013) berichten, dass das wettbewerbsorientierte Schulsystem in Kasachstan, das auf dem Vergleich der Schulen auf Basis der Noten aufbaut, wenig Anreize schafft, Kinder mit Behinderung in die Regelklassen aufzunehmen: *„Thus the pressure on schools to show the highest possible ratings undermines the incentives for social justice. Many schools avoid admitting children with special needs.“*

### 8.3.3 Analyse des Exklusionskreislaufes – Ebene (3)

Dieser dritte Exklusionskreislauf ermöglicht nun die hinter den beiden ersten Ebenen stehenden Faktoren zu erkennen, die zur Exklusion von Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan beitragen. Denn die omnipräsenten Vorurteile und Stereotype sind nicht nur eine zentrale Ursache für ihre mangelnden Bildungs- und Arbeitschancen, sondern verringern auch den Zugang zu Informationen sowie ihre materielle Absicherung. So ist beispielsweise anzunehmen, dass in der Entscheidung für Internate die Bedrohung des sozialen Status einer Familie eine Rolle spielt, wenn ein Kind mit Behinderung geboren wird:

So, therefore, if there is a child with disability in the family, your family values or cultural mentality things, are somehow under threat. So that's why you try to hide or send your child to institutions. Because you want your other children to be married and you have grandchildren and so on (INTERVIEW XV:187-191).

Es liegt daher nahe anzunehmen, dass ein Teil der Kinder und Jugendlichen, die nach den Daten der OECD (2009) überhaupt nicht im Bildungssystem zu finden sind, zu Hause isoliert werden: *„Solche Kinder, sie verstecken sie häufig, also verbergen sie. Sie können sie zum Beispiel nicht in die Schule schicken, um zu sie kein unnötiges Mal zu zeigen“* (INTERVIEW XVII:385-386).

Das geringe Ansehen von Sonder- und Heilpädagogen dürfte dabei eine Folge dieser Vorurteile sein, denn ein Großteil des medizinischen und pädagogischen Personals sieht infolge der geringen Erwartungshaltung Menschen mit Behinderung gegenüber kaum Entwicklungspotenzial. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Eltern und ihr Engagement für ihre Kinder aus: *„Because they believe those doctors and teachers who say «No, there is no need to waste time and money spent for this child». And they didn't even give an effort to do better. It is a pity for us“* (INTERVIEW XXVIII:265-267). Selbst wenn Eltern ihre Kinder mit Behinderung trotz der gesellschaftlichen Vorurteile unterstützen möchten, dürfte dies zu ihrer passiven Haltung beitragen:

Menschen mit Behinderung haben eine Art konsumierender Einstellung. [...] Diese Mentalität kommt von den Eltern, die Eltern kümmern sich sehr um diese Menschen, weil die Menschen mit Behinderung selbst nicht können, so glauben die Eltern und dann glauben das die Menschen mit Behinderung (INTERVIEW XXVII:17-22).

All das hat zur Folge, dass Eltern weniger bereit sind, in die Entwicklung ihrer Kinder zu investieren und damit Bildungschancen ungenutzt lassen. Zudem kommt es vor, dass sie aufgrund der großen Furcht vor der Diagnose einer Behinderung Auffälligkeiten solange wie möglich ignorieren (INTERVIEW XXII:546-550; SULEJMENTOVA 2014:38). Dies verstärkt unmittelbar die Schwierigkeiten der Diagnostik, die bereits aufgrund fehlenden Wissens des medizinischen und pädagogischen Personals bestehen.

Vorurteile und die damit verbundene gesellschaftlich produzierte Scham können außerdem dazu beitragen, dass Familien vermeiden, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, indem sie ihre Kinder isolieren. In besonderer Weise gilt dies für ländliche Regionen, in denen diese Tendenz noch stärker ausgeprägt ist (KATSUI 2005:95f). *„Viele Menschen, viele Familien wenden sich an niemanden. Wenn ein solches Kind geboren wird, verstecken sie es und gehen nicht zu Ärzten“* (INTERVIEW V:92-93). Dies könnte eine Erklärung dafür liefern, warum laut einer Studie von UNICEF nur knapp die Hälfte aller Haushalte mit einem Kind mit Behinderung staatliche Leistungen erhält.

Selbst die Entwicklung der Inklusion wird sich kaum ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Vorbehalte voranbringen lassen, da Eltern von Kindern mit Behinderung immer wieder über negative Erfahrungen in ihrem Umfeld berichten: *„Ich bin gegen die inklusive Bildung, weil ich denke, dass unsere Gesellschaft absolut nicht bereit dazu ist. Ich habe ein Kind mit Behinderung. Ich würde ihn nicht in eine Regelschule geben, weil ich nicht will, dass man mein Kind dort hänselt“* (INTERVIEW XVI:334-347). Diese Erfahrung wird von anderen Interviewpartnern in beiden Ländern bestätigt: *„When we talked to the parents, they were not sending their child to school, because he was bullied from other kids. Because his speech was not clear. And other kids were laughing and sometimes beating him“* (INTERVIEW XV:129-131). Gerade Eltern von Kindern ohne Behinderung können aufgrund der negativen gesellschaftlichen Sichtweise eine zentrale Barriere darstellen:

Und in der [...] Schule, das war natürlich ein Alptraum. Dorthin sind sehr schwierige Kinder hingegangen, alle mit intellektuellen Beeinträchtigungen. Dann ist es so gekommen, dass, wenn wir im September gekommen sind, schon im Dezember die Eltern der Kinder ohne Behinderung eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft geschrieben haben (INTERVIEW XXII:156-159).

Kinder mit Behinderung scheinen von den Lehrkräften in Regelschuleinrichtungen wesentlich kritischer als ihre Altersgenossen ohne Behinderung bewertet zu werden, möglicherweise, da auch beim pädagogischen Fachpersonal eine negative Sichtweise auf Behinderung dominiert:

These children are always under control. If there is something wrong, for example, an ordinary child can bite, can be aggressive but for a child with Down-Syndrome or a mental disability, the child, if he does something like this, they always see through this diagnosis. He is examined (INTERVIEW XXVIII:148-151).

Neben dem Einfluss auf Bildungschancen spielen diese Vorbehalte auch auf dem Arbeitsmarkt eine große Rolle (KATSUI 2005:62). In einem Forschungsinterview berichtet eine Person mit körperlicher Behinderung von ihren Erfahrungen während der medizinischen Untersuchung zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit:

Als ich die Hauptkommission durchlaufen habe, hat mir der Haupttherapeut gesagt: «Was wird aus dir für ein Bauingenieur?» Das Problem ist, dass ich eine Behinderung habe, und die Menschen glauben, dass Menschen mit Behinderung keine Bauingenieure sein können, oder Lehrer und so weiter (INTERVIEW XIV:35-39).

Diese Beispiele legen wiederum die Schlussfolgerung nahe, dass es keinesfalls ausreichend ist, die Qualifikation von Menschen mit Behinderung zu verbessern oder die Arbeit der

Fachkräfte zu professionalisieren, sondern dass gleichermaßen die Vorurteile in der Gesellschaft verändert werden müssen (vgl. TURDIEV 2015). Denn diese Vorbehalte behindern die Anstellung von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt:

Als ich mich um eine Arbeit beworben habe, kommst du dahin und es kommt vor, dass man dich wie einen leeren Platz anschaut und das war's. [...] Mir haben sie gesagt, wer bist du? «Du bist doch krank, wie willst du diese Tätigkeit machen? Geh weg von hier» (INTERVIEW XIV:227-228).

Menschen mit Behinderung werden damit insgesamt vom Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen, weil auch eine selbstständige Tätigkeit aufgrund der bestehenden Vorurteile schwer zu realisieren ist: *„Man gibt Menschen mit Behinderung keine Kredite. Er bezahlt die Schulden nicht, er ist doch behindert. Wovon? Er bezahlt sie doch nicht, er hat doch kein Einkommen“* (INTERVIEW XI:385-387).

Zusätzlich zu dieser äußeren Barriere durch Vorbehalte von Arbeitgebern und Schwierigkeiten aufgrund der schlechten Infrastruktur kommt eine innere Barriere bei Menschen mit Behinderung hinzu, die sich durch die familiäre und gesellschaftliche (be)mitleidende Haltung ihnen gegenüber entwickelt hat: *„Weil es für sie [eine Person mit Behinderung, S.K.] schwierig ist, dorthin zu kommen [...] und das alles. Und sie sagt: «Oh, wahrscheinlich werde ich das nicht machen.» Es ist schwer für einen Menschen diese Barriere zu überschreiten“* (INTERVIEW XXIV:610-612).

Jedoch beschränken sich diese gesellschaftlichen Stereotype nicht nur auf die Familie, das Bildungswesen oder den Arbeitsmarkt, sondern umfassen das gesamte öffentliche Leben. Dazu gehören auch politische Entscheidungsträger, die die gleichen Vorurteile in Bezug auf Menschen mit Behinderung teilen. Deutliches Beispiel dafür gibt die Abgeordnete des kasachstanischen Parlaments und Tochter von Präsident NASARBAJEV Dariga NASARBAJEWA:

Ich denke, von Zeit zu Zeit sollte man die Kinder auf einen Ausflug in ein Kinderheim mitnehmen, in Internate für Kinder mit Behinderung, damit sie sehen, welches Resultat unüberlegter, frühzeitiger Geschlechtsverkehr hat. Und diese kindlichen Scheusale, diese Behinderten, zeigen, sollen sie nur sehen<sup>76</sup> (OLEGLURIE-NEW 2013; vgl. INTERVIEW XIV:213-214).

---

<sup>76</sup> Я считаю, что время от времени детей нужно водить на экскурсию в дома ребенка, в интернаты для детей-инвалидов, чтобы они видели, что вот каков результат непродуманной половой жизни — преждевременной. И детей этих — уродов показать, инвалидов, пусть смотрят.

Die mangelnde politische Interessiertheit entsteht insofern ebenfalls aus den bestehenden Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung. Dies betrifft auch die fehlende Nachhaltigkeit und Effektivität von Gesetzen, beispielsweise hinsichtlich infrastruktureller Veränderungen, deren Implementation kaum überwacht wird (vgl. KATSUI 2005:120). Dies lässt sich durch die Erfahrung einer Interviewpartnerin mit einer körperlichen Behinderung anschaulich verdeutlichen, die trotz mehrerer Versuche erfolglos die Durchsetzung einer benutzbaren Rampe an einem öffentlichen Gebäude zu erreichen versuchte: *„Sie haben sich nicht einmal herabgelassen, diese Bauvorschriften und Regeln des Anfertigens [von Rampen, S.K.] in die Hand zu nehmen!“* (INTERVIEW XXIX:541-542).

Vor allem in Bezug auf die Versorgungsdichte der staatlichen Absicherung und der Gewährleistung von Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung macht sich dieses fehlende staatliche Interesse bemerkbar. Denn die Verringerung der Anzahl von Kindern mit Behinderung in Usbekistan ist nur in Verbindung mit den relativ hohen staatlichen Ausgaben zu begreifen, die aus Sicht staatlicher Akteure keinen gesellschaftlichen Mehrwert versprechen: *„Because it is expensive. That’s it“* (INTERVIEW XXVI:267). Eine ähnliche Analyse scheint für die ungenauen Daten in Kasachstan zu gelten:

Das Ministerium für Gesundheit und soziale Entwicklung, sie versuchen sich, wie man sagt, mit allen möglichen Mitteln von Menschen mit Behinderung loszusagen. [...] Für das Ministerium gibt es da nichts Gutes, weil sich dann die Zahl der Menschen erhöht, denen man soziale Dienste leisten muss (INTERVIEW XXI:62-71).

Insofern ließe sich argumentieren, dass ungenaue und unvollständige statistische Daten keineswegs zufällig aus der mangelnden Kooperation zwischen den zuständigen Ministerien hervorgehen, sondern bewusst aufrechterhalten werden, um staatliche Ausgaben zu minimieren. KATSUI (2005:58) sieht dies auch als Ursache für den mangelnden Zugang zu Informationen für Betroffene: *„This system of information delivery makes already passive people remain ignorant. Ignorance of disabled people is systematically produced so that governments do not need to devote too many resources on them.“*

Politische Akteure haben deshalb wenig Interesse daran, selbst die bestehenden ungenauen statistischen Daten zu analysieren, sondern gehen von Schätzungen beispielsweise hinsichtlich des Bedarfs an Vorschuleinrichtungen aus:

Niemand zählt, wie viele Kinder es in seinem Gebiet gibt, weil das Screening mal so, mal so funktioniert. [...] Nicht ein Bürgermeister, nicht ein Leiter der Bildungsverwaltung analysiert die Ergebnisse der statistischen Daten, dies sind

Prognosen. Das bedeutet, wie die Zahlen wachsen und wie er ein Netz zur Erfassung der Kinder aufbauen muss. Das ist das Fehlen von Politik und politischem Willen [...] (INTERVIEW XXI:137-145).

Während aufgrunddessen Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung fehlen (OECD 2009), dürfte die Motivation zur Schließung dieser Lücke gering sein, weil staatliche Akteure kaum gesellschaftliches Potenzial in Kindern und Jugendlichen mit Behinderung erkennen. Finanzielle Aspekte könnten zudem eine Rolle für die dominierende Auffassung der schlichten Integration von Kindern mit Behinderung in Regelklassen, d.h. ohne weitergehende Unterstützung, sein: *„Wir [...] haben erklärt, dass eine inklusive Bildung finanzielle Ausgaben verlangt und eine integrierte nicht. Sie haben einfach ein Kind gebracht – und dann sieh selbst zu“* (INTERVIEW XXIX:560-562).

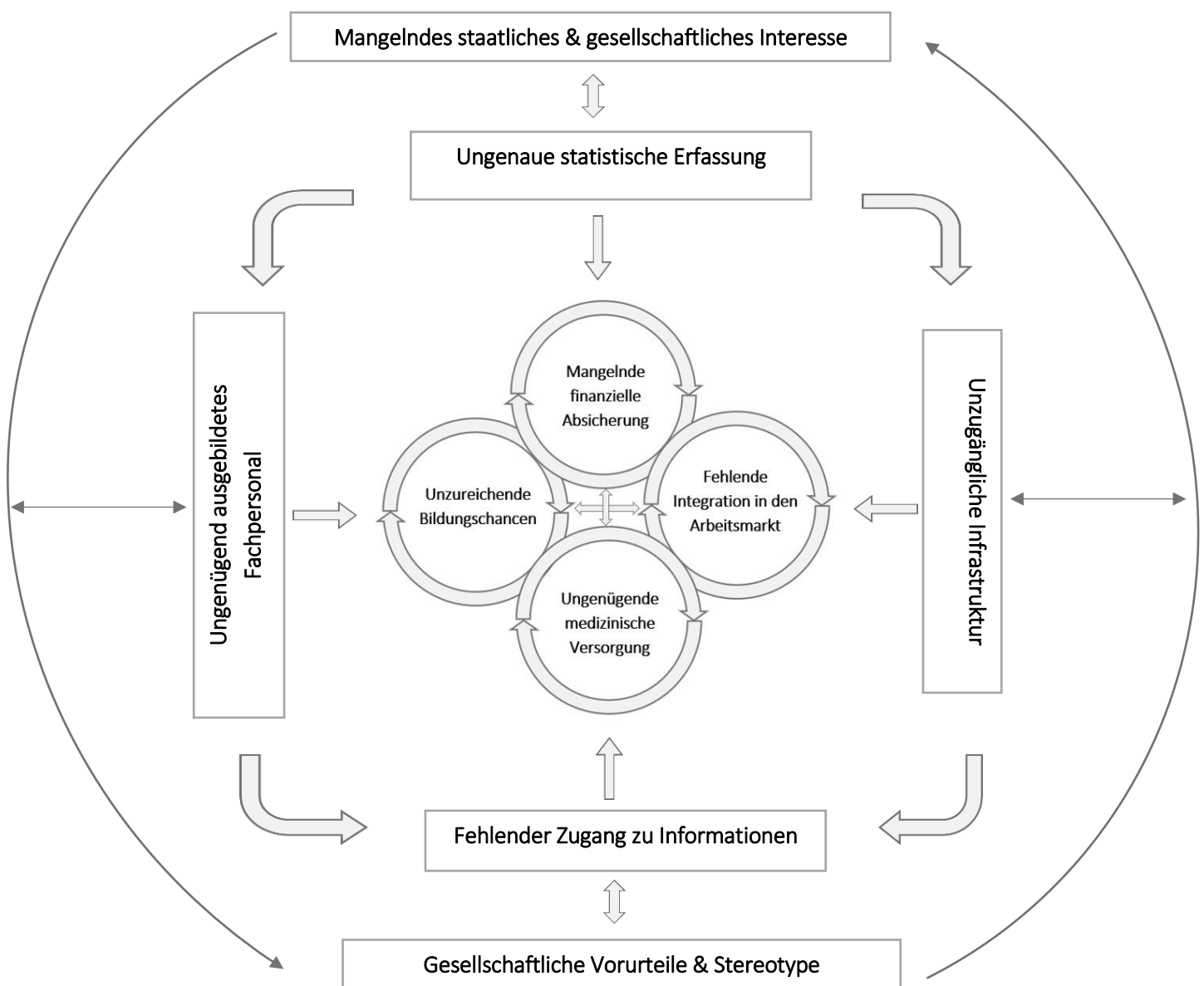
Das in beiden Ländern überwiegende kompetitive Schulsystem, das auf dem Vergleich von Noten basiert, läuft unzweifelhaft den Vorstellungen der Inklusion entgegen und lässt kaum Raum für individuelle Förderung der Kinder: *„[Die Noten, S.K.] beeinflussen das Rating der Schule. [...] Bei uns ist die Vorgabe, dass wir dem Programm folgen müssen, weil bei uns ein Thema für eine Stunde vorgesehen ist“* (INTERVIEW XVII:284-286). Dass sich, wie in Kapitel 3.2 gezeigt, die Förderung vor allem auf leistungsstarke Schüler konzentriert und kaum Angebote für lernschwache Schüler existieren, unterstreicht das mangelnde gesellschaftliche Interesse daran.

Insgesamt sind die gesellschaftlichen Vorbehalte damit unzweifelhaft ein zentrales Kriterium für die Exklusion von Menschen mit Behinderung. *„Die größten Barrieren – was ist das? Das sind nicht die Treppen, nicht die Autos, sondern die wichtigste Barriere – das ist die Einstellung. Das ist die Einstellung des Volkes und der Menschen zu Menschen mit Behinderung“* (INTERVIEW XXV:140-142). Der Umgang mit ihnen in der Öffentlichkeit ist somit weiterhin von Scham und Unsicherheit geprägt (INTERVIEW I:20). *„Sie [Menschen mit Behinderung, S.K.] sitzen entweder in den Internaten oder zu Hause. Die Gesellschaft ist noch nicht bereit, sie die ganze Zeit zu sehen“* (INTERVIEW XXIV:446-447).

Andererseits dürfen aber nicht die Verbindungen der unteren beiden Kreisläufe auf die Vorurteile und das staatliche Interesse vernachlässigt werden. Denn die aus der bestehenden Segregation im Bildungswesen, der schlechten Infrastruktur und der geringen Integration in den Arbeitsmarkt resultierende Unsichtbarkeit von Menschen mit Behinderung wirkt wiederum auf die existierenden Vorurteile ihnen gegenüber zurück, da

mangels Erfahrungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung kaum Stereotype abgebaut werden können (vgl. Abbildung 8-3). Vor allem zementiert sich auf diese Weise das Bild, dass Menschen mit Behinderung passiv und in erster Linie auf Hilfe angewiesen sind. Dies zeigt, wie ein Interviewpartner berichtet, die Reaktion von Eltern, deren Kinder mit Behinderung eine Arbeitsstelle gefunden haben: „«Ich», sagt sie [die Mutter, S.K.], «hätte niemals gedacht, dass mein Kind mir Geld bringen wird»“ (INTERVIEW XXIX:619-620). Menschen mit Behinderung verharren somit jedoch in einer passiven Haltung, abhängig von staatlichen Leistungen, sodass sie nicht als starke Interessengruppe wahrgenommen werden können. Dies wiederum verringert das staatliche Interesse, sich aktiv für sie einzusetzen.

Die Entwicklung behindertenpolitischer Fortschritte bleibt deshalb von der Interessiertheit Betroffener und einzelner wichtiger Unterstützer abhängig. So geht beispielsweise eine der größten Initiativen im Bereich früher Bildung und Unterstützung für Familien mit Behinderung in Usbekistan, das *Nationale Zentrum der sozialen Integration der Kinder*, auf die Initiative der Tochter des Präsidenten zurück und genießt deshalb enorme Unterstützung (INTERVIEW XV:468-475). Allerdings handelt es sich dabei um einen Einzelfall eines solchen Engagements, die politische Interessiertheit insgesamt scheint im Sinne struktureller, nachhaltiger Veränderungen in den beiden Ländern gering.



**Abbildung 8-3:** Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (3)



## 9 Ergebnisse der empirischen Forschung (2): Handlungsspielräume nationaler und internationaler nicht- staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan

### 9.1 Theoretische Vorgehensweise

In diesem zweiten zentralen Schritt der empirischen Analyse stehen nun die Handlungsspielräume internationaler und nationaler nicht-staatlicher Akteure im Vordergrund. Methodisch wird dazu wiederum auf die *strukturierende Inhaltsanalyse* nach MAYRING (2015:85) zurückgegriffen. Ausgangspunkt dieser Analyse bildet die in den Kapiteln 5 und 6 genannte Kritik im Bereich der nationalen und internationalen nicht-staatlichen Akteure, die als Kategorien fungiert, anhand derer die Forschungsinterviews nach Lösungsstrategien- oder ansätzen analysiert werden können. Diese daraus gewonnenen Ergebnisse werden dabei im Sinne der Unterkategorien bei den Exklusionsgefahren dargestellt. Diese Lösungsansätze, die nach zuvor bestimmten Kodierregeln aus dem Forschungsmaterial extrahiert wurden, werden zudem erneut durch ein spezifisches Ankerbeispiel verdeutlicht (s. Tabelle 9-1).

Dafür ist nun allerdings zuallererst die Frage zu klären, welche der erarbeiteten Probleme in der Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure als Kategorien eingesetzt werden sollen. Wenn beispielsweise die zu geringe Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen kritisiert wird, spiegelt dies zwar unzweifelhaft einen wichtigen Kritikpunkt wider, lässt aber eine über die Forderung nach ihrer stärkeren Beachtung hinausgehende Analyse kaum zu. Gleiches gilt für die Einbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Aktivität nicht-staatlicher Akteure sowie die fehlende Expertise im ländlichen Raum und die damit verbundene Konzentration auf urbane Zentren. Genauso lässt sich auf Seiten von nicht-staatlichen Akteuren in Kasachstan und Usbekistan zwar die herrschende Konkurrenz um finanzielle Ressourcen kritisieren. Allerdings können davon ausgehend – abgesehen von einer Förderung kooperativer Aktivität – kaum positive Handlungsspielräume definiert werden.

Deshalb gilt es bei der Kategorienwahl solche handlungseinschränkende Aspekte herauszuarbeiten, denen positive Optionen entgegengestellt werden können und die als

zentral für die Handlungsfähigkeit nicht-staatlicher Akteure angesehen werden können. Gleichzeitig ist eine Bündelung dieser Aspekte notwendig, um aussagekräftige Lösungsansätze aufdecken zu können, die durch ihren heuristischen Wert in der Lage sind, allgemeine Leitlinien der Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan abzubilden.

Konkret auf internationale Akteure und die an ihnen geäußerte Kritik bezogen, stand in Kapitel 6.6 insbesondere die kaum reflektierte Übertragung westlicher Konzeptionen in der Entwicklungszusammenarbeit im Fokus. Im Rahmen der Behindertenpolitik zählten dazu u.a. Fragen eines menschenrechtlich basierten Ansatzes sowie die Bedeutung des sozialen Modells von Behinderung. Gleichmaßen umfasste diese Diskussion auch aktuelle behindertenpolitische Idealvorstellungen, wie beispielsweise die inklusive Bildung oder die Forderung der *Independent Living* Bewegung. Alle diese genannten Kritikpunkte lassen sich in ihrem Kern meiner Auffassung nach unter die Frage der *Anschlussfähigkeit* der Tätigkeit internationaler Akteure subsumieren. Da internationale Akteure häufig ihre eigenen Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit durchsetzen, fehlt es an der Einbeziehung lokaler Akteure und Ressourcen. Der Projektcharakter und die kurze Dauer der überwiegenden Mehrzahl von internationalen Programmen führen außerdem dazu, dass mit Ende eines Projekts auch die Unterstützung durch staatliche Strukturen eingestellt wird, weil sie andere Prioritäten verfolgen und dadurch finanzielle Mittel fehlen. Insgesamt mangelt es damit an der *Nachhaltigkeit* internationaler Programme.

Damit konnten bereits zwei zentrale Kategorien – die fehlende Anschlussfähigkeit sowie Nachhaltigkeit in der Tätigkeit internationaler Akteure – gebündelt werden, anhand derer die Forschungsinterviews nach Lösungsansätzen untersucht werden können.

In Bezug auf nationale nicht-staatliche Akteure steht der Umgang mit der *Staatlichen Repression* ihnen gegenüber im Vordergrund. Denn zweifelsohne beschneidet diese staatliche Dominanz den Einfluss und die Bedeutung von nicht-staatlichen Akteuren in Kasachstan und Usbekistan am stärksten. Insofern gilt es zu analysieren, welche Handlungsspielräume nicht-staatliche Organisationen gegenüber ihnen feindlich oder zumindest skeptisch eingestellten staatlichen Strukturen besitzen. Doch selbst unter den politischen Bedingungen Usbekistans scheinen beispielsweise Eltern von Kindern mit Behinderung oft den Ausschlag für Veränderungen zu geben: „*It is changing but very slowly. [...] In most cases, changes are initiated by parents*“ (INTERVIEW XXVIII:308-310). Dies stellt

unter Beweis, dass sich für nationale nicht-staatliche Strukturen in den beiden Ländern ein Möglichkeitsraum zur Entwicklung der Behindertenpolitik bietet. Ziel dieser zweiten empirischen Analyse ist deshalb, diesen Handlungsspielraum genauer zu eruieren.

Neben der von außen kommenden staatlichen Repression sind nicht-staatliche Akteure auch durch eine Reihe innerer Problematiken gekennzeichnet. So scheint sich ein Großteil von Menschen mit Behinderung überhaupt nicht der Existenz solcher nicht-staatlichen Strukturen bewusst zu sein oder kein Interesse daran zu besitzen. Aber auch innerhalb von Selbstvertretungsorganisationen erschweren die Diskrepanz zwischen Leitungsebene und Mitgliedern die Teilhabe einer größeren Zahl von Menschen mit Behinderung. Wenn dafür zweifelsohne auch ökonomische Gründe zu suchen sind, zeigen diese Probleme doch, dass die überwiegende Mehrzahl von Menschen mit Behinderung über *keine geteilte Identität als gesellschaftlich benachteiligte Gruppe* verfügt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sie aufgrund ihrer weitreichenden Isolation die gesellschaftliche Diskriminierung internalisieren und folglich nicht äußeren Bedingungen zuschreiben können (KATSUI 2008:22, s. Kapitel 8.3.1). Auch vor dem Hintergrund einer interaktionistischen Konzeption von Identität, wie sie beispielsweise von GOFFMANN (1963:140) vertreten wird, wäre eine solche ausbleibende Identifikation mit der eigenen Gruppe [*In-group-Ausrichtung*] eine Folge fehlender Interaktionsmöglichkeiten, wodurch die „normale“ Mehrheitsgesellschaft der einzige Bezugspunkt [*out-group-Ausrichtung*] bleibt. Lösungsansätze müssen deshalb an den Bedingungen zur Entwicklung einer solchen gemeinsamen Identität ansetzen.

An dieser Stelle soll noch einmal explizit darauf hingewiesen werden, dass diese Kategoriendefinition ein ebenso wichtiges wie letztlich subjektiv bestimmtes Verfahren ist; während aber die Gefahr besteht, dass dieser Schritt bei anderen Vorgehensweisen implizit und damit verschleiert bleibt, ermöglicht die Offenlegung der Herausbildung dieser Kategorien ihre intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Nachprüfbarkeit (vgl. MAYRING & FENZL 2014:545).

**Tabelle 9-1:** Übersicht der empirischen Vorgehensweise zu den Handlungsspielräumen nationaler und internationaler Akteure

Kategorie und Definition	Unterkategorie	Ankerbeispiele	Kodierregeln
<b>Internationale Akteure</b>			
<b>Fehlende Anschlussfähigkeit</b>  (Von außen kommenden Interventionen, Konzepten und Trainings wird die Relevanz für den Kontext in Kasachstan und Usbekistan abgesprochen)	<i>Soziokulturelle Lebensweltorientierung:</i> Lebensweltbezug über die Einbeziehung der Alltagserfahrung, lokalen Werte und Traditionen herstellen	<i>"[I]f you start talking about something in their daily life, for example, one child has problems when it goes to hospital or clinic, how they were treated. If you start from that specific case and start poorly from that situation and link it to the human rights, then you can bring them into the topic. Or transportation problems. Or accessibility problems" (XV:112-116).</i>	Ansatzpunkte zur Übertragbarkeit von Konzepten auf den jeweils spezifischen lokalen Kontext [Anschluss]
<b>mangelnde Nachhaltigkeit</b>  (kurzzeitigen und projektorientierten Programmen mit bereits vor Beginn festgelegten Zielen fehlen häufig langfristige Resultate)	<i>Ergebnisoffene Situationsanalyse:</i> Handlungsbedarf und bestehende Ressourcen identifizieren	<i>"So, participation in projects that perpetuate the dichotomy of this one child who is atypically developing while there are 25 other children who are not homogeneously typically developing, does not help inclusive education at all. [...] So, it means looking at inclusive education from the point of view who is not in school and putting him there rather than ask, "Ok, how is this school in this community working", "What are the needs of the entire community and how can we make it work for everyone and provide him with the support?" (XX:144-169)</i>	Möglichkeiten der Veränderung in Zielsetzung, Planung und Durchführung von Projekten [Nachhaltigkeit]
<b>Nationale Akteure</b>			
<b>Staatliche Repression nicht-staatlicher Akteure</b>  (Dominanz, Kontrolle und Misstrauen staatlicher Strukturen gegenüber Formen nicht-staatlicher Aktivität)	<i>Kooperation statt Konfrontation:</i> Mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten	<i>„Wir sagen, wir müssen dies und das machen, und um das zu machen, muss man nicht viel denken, wir schlagen es Ihnen selbst vor, wie man das macht. [...] Das heißt, wir haben schon entschieden, dass besser als sprechen, fordern, schimpfen, vielleicht zeigen ist? Und dass das wirklich möglich ist. [...] Das heißt, nicht kritisieren, nicht vor Gericht klagen, nicht fordern, sondern seine Vorschläge präsentieren“ (XXII:487-498).</i>	Wege, der staatlichen Dominanz und Unterdrückung zu begegnen [Kooperation]
<b>Keine geteilte Identität als gesellschaftlich benachteiligte Gruppe</b>  (Menschen mit Behinderung definieren sich aufgrund ihrer Isolation nicht als gemeinsame, von der Gesellschaft diskriminierte Gruppe)	<i>Entindividualisierung von Exklusion:</i> Gesellschaftliche Benachteiligung mithilfe von Rollenvorbildern sichtbar machen	<i>"In Institutions, or even outside, where children or adults with disabilities sitting with their family at home, they are not so different in institutions. In their life. Because they are just part of the small community, their family. They are not outside of the family. That's why they don't think. They are not getting a chance even to think deliberately or consider some things. So, this is very important to become self-confident" (XV:176-180).</i>	Möglichkeiten zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität, die die gesellschaftlichen Bedingungen von Exklusion in den Vordergrund rückt [Identität]

## 9.2 Handlungsspielräume internationaler Akteure

### 9.2.1 *Soziokulturelle Lebensweltorientierung*: Lebensweltbezug über die Einbeziehung der Alltagserfahrung, lokalen Werte und Traditionen herstellen

Besonders mit Blick auf die Implementierung einer *menschenrechtlich* dominierten Sichtweise auf Behinderung stand in Kapitel 6.6 die Frage im Vordergrund, inwieweit eine solche Perspektive in Kasachstan und vor allem Usbekistan im Kontext der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Um der Skepsis Betroffener gegenüber offener Kritik an staatlichen Strukturen im Sinne dieses Ansatzes entgegenzuwirken, schlugen die Interviewpartner im Rahmen der Forschungsarbeit eine Vorgehensweise vor, die die praktischen Konsequenzen dieser Konzeption für den Einzelnen in den Vordergrund rückt, anstatt sich auf ihr theoretisches Grundgerüst zu berufen:

[I]f you start talking about something in their daily life, for example, one child has problems when it goes to hospital or clinic, how they were treated. If you start from that specific case and start poorly from that situation and link it to the human rights, then you can bring them into the topic. Or transportation problems. Or accessibility problems (INTERVIEW XV:112-116).

Diese Herangehensweise besitzt den Vorteil, dass Betroffene damit zunächst abstrakt wirkende Konzepte direkt auf ihre Lebenswirklichkeit beziehen und ihre Bedeutung für ihr alltägliches Leben nachvollziehen können. Während also beispielsweise GRECH (2016a:8) die Frage aufwirft, inwieweit eine menschenrechtlich basierte Perspektive auf Behinderung in einem Entwicklungskontext überhaupt Bedeutung tragen kann, ist es ihre Übersetzung in alltägliche Erlebnisse der Menschen vor Ort, die diese Konzepte für sie erfahrbar macht (vgl. FRÖHLICH 2012).

Wie sich eine Übersetzung solcher Konzeptionen beispielhaft vollziehen kann, beschreibt KATSUI (2005:166ff) anhand einer kasachstanischen Leiterin einer Selbstvertretungsorganisation, die das Konzept des *Independent Living* vor dem Hintergrund der lokalen Bedingungen für Betroffene greifbar macht: Wo Menschen mit Behinderung häufig in den eigenen vier Wänden isoliert werden, ist bereits das erstmalige Verlassen der Wohnung ein bedeutsamer Schritt eines unabhängigeren Lebens. Die Teilnehmerin eines Projekts berichtet dementsprechend:

I didn't know that it was so easy for me to go out from my house because every stair is an obstacle and you never know who will help you next time. (...) First of all, I changed my way of living by going to the seminar by leaving my house because before this I thought I was destined to stay at home and we are a burden for other people (zit. n. KATSUI 2005:164).

Neben der Übersetzung der Konzepte in die Alltagserfahrung der Menschen vor Ort ist gleichermaßen die Frage nach den Werten der lokalen Bevölkerung entscheidend. Denn in der Entwicklungszusammenarbeit werden viele dieser von außen herangetragenen Konzeptionen als mit bestehenden Wertvorstellungen nicht kompatibel empfunden (Kapitel 6.6). Dies betrifft auch die Behindertenpolitik: So argumentieren beispielsweise lokale Beamte in Usbekistan damit, dass die Idee der Inklusion nicht mit bestehenden Wertvorstellungen und Traditionen zu vereinen sei (INTERVIEW XXIX:550-551). Auch wenn sich dies wohl kaum inhaltlich begründen lässt, spiegelt diese Haltung enormen Widerstand gegenüber äußeren Einflüssen wider und zeigt, dass die betroffene Bevölkerung internationale Programme häufig als ihnen aufgezwungen empfindet (GRECH & SOLDATIC 2016). Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit benötigen deshalb insgesamt eine *soziokulturelle Lebensweltorientierung* (vgl. LACHMANN 2010:122). FRÖHLICH (2012:376) untermauert diese Überlegung am Beispiel Russlands:

[...] The discussion of human rights does not receive the same response as it does in Western societies, where the principles of individual rights and liberty are taken more seriously. Thus, it is problematic [...] to employ a human rights based approach regarding the social repression of the disabled in a political and cultural context that is so different from its origins [...] Instead, the thematic focus on social inequalities and the poor living conditions of children with disabilities and their families has a greater chance of resonating with society (FRÖHLICH 2012:376).

Diese Wertschätzung für Kinder und Familie, die Fröhlich am Beispiel Russlands beschreibt, ist auch in der usbekischen und kasachstanischen Gesellschaft zu finden (vgl. TURDIEV 2015), wie die Interviewpartner im Rahmen der Forschungsarbeit betonen (INTERVIEW I:67-69). Behindertenpolitische Veränderungen sind also dann möglich, wenn sie an diesen gesellschaftlichen Überzeugungen verankert werden.

Mit Blick auf die in Kapitel 6.6 geäußerte Kritik der mangelnden Anschlussfähigkeit westlicher Konzeption auf den Entwicklungskontext wäre dementsprechend zu entgegnen, dass es die Übersetzung dieser Konzepte in die lokalen (Wert-)Vorstellungen ist, durch die sie für Menschen mit Behinderung auch in Kasachstan und Usbekistan Bedeutung

entwickeln können. Ihre grundsätzliche Ablehnung ist damit genauso falsch wie die unreflektierte Übertragung.

Dabei können nicht nur in der Bevölkerung anzutreffende Werte und Überzeugungen eine Anschlussfähigkeit ermöglichen, sondern auch soziopolitische Narrative, die der Bevölkerung scheinbar zunächst politisch verordnet werden, wie sich anhand der kasachstanischen Innenpolitik zeigen lässt: Infolge der Teilung des Landes in ethnische Russen und Kasachen betreibt die kasachstanische Führung eine Innenpolitik, die ständig bemüht ist, den multinationalen und deshalb toleranten Charakter des *kasachstanischen* Volkes hervorzuheben (s. Kapitel 2.2). Internationale Akteure können bei der Implementierung von Projekten zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung auf dieses innen- oder staatspolitisches Narrativ zurückgreifen. Neben einer *soziokulturellen Lebensweltorientierung* innerhalb der Bevölkerung hat dies auch den Vorteil der verstärkten Einbindung staatlicher Strukturen (s. Kapitel 9.4). Denn wie fest dieser Glaube an die Toleranz des eigenen Volkes verankert ist, zeigt sich auch in den Forschungsinterviews, in denen Sonderpädagogen mit *Deutungswissen* in der behindertenpolitischen Debatte zur Inklusion ebenfalls von diesem Narrativ Gebrauch machten: „*Das alles geht letztlich von der Mentalität des Volkes aus. Das kasachstanische Volk ist an sich sehr tolerant. Und in dieser Frage [der Inklusion, S.K.] ist es auch tolerant und moralisch dazu bereit*“ (INTERVIEW IX:236-238). Auch wenn die gelebte Praxis dazu in scharfem Kontrast stehen mag (s. Kapitel 8.3.1), kann dies unzweifelhaft eine *soziokulturelle Lebensweltorientierung* von Projekten unterstützen.

Schwerwiegender jedoch mag der Einwand wiegen, dass sowohl das Narrativ der Toleranz als auch die Wertschätzung von Menschen mit Behinderung als vulnerable Gruppen den Leitlinien eines menschenrechtlich basierten Ansatzes oder den Vorstellungen der gleichberechtigten Anerkennung von Menschen mit Behinderung widersprechen. Ungeachtet der Frage, wie stark solche Vorstellungen tatsächlich in den Gesellschaften der Geberorganisationen verankert sind, haben die entwicklungspolitischen Fehlentwicklungen jedoch unter Beweis gestellt, dass ohne eine solche kulturelle Anschlussfähigkeit internationale Programme kaum funktionieren können.

### 9.2.2 *Ergebnisoffene Situationsanalyse*: Handlungsbedarf und bestehende Ressourcen identifizieren

Anstatt langfristiger Veränderungen stehen in der Entwicklungszusammenarbeit häufig leichter zu publizierende und sichtbare Resultate der Projektarbeit im Vordergrund. Dadurch bleibt in der Anfangsphase von Projekten weder Raum noch Zeit, den tatsächlichen Bedarf an Unterstützung vor Ort zu eruieren (SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:301). Dies hängt mit dem Rechtfertigungsdruck internationaler Akteure in ihren Heimatländern oder vor den geldgebenden Nationen zusammen:

Donors, particularly government donors, are accountable to the tax payers of their home country. So, they have tremendous pressure to come up with the results before they do the implementation (INTERVIEW XX:101-103).

Einher mit dieser Verpflichtung gegenüber den Geldgebern geht jedoch häufig auch eine fehlende Kenntnis der regionalen Bedingungen:

In der internationalen Zusammenarbeit werden nach relativ kurzen Konzeptions- und Planungsphasen Entscheidungen über mehrere Millionen USD getroffen und in eine ergebnisorientierte Planung mit detaillierten Indikatoren übersetzt, ohne dass bisherige Evaluationen und Studien zum Thema verpflichtend analysiert werden oder gar ein vertiefender Diskurs mit den zukünftigen Nutznießern der Intervention geführt wird (SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:325).

Diese „detaillierten Indikatoren“ sind allerdings deshalb problematisch, weil wichtige Bausteine, die über Misserfolg und Erfolg von Projekten entscheiden können, den handelnden Akteuren vorher kaum zugänglich sind. Dazu gehört nicht nur die in Kapitel 9.2.1 angesprochene *soziokulturelle Lebensweltorientierung* und das bewusste Anknüpfen an die Alltagserfahrungen der Menschen und ihre Werte sowie Traditionen. Vielmehr geht es dabei beispielsweise um die Frage, welches überhaupt die zentralen lokalen Akteure sind, die zur Umsetzung einer Intervention von Bedeutung sind. Die Situation vor Ort ist meist wesentlich komplexer, als aus den zur Verfügung stehenden Dokumenten herausgelesen werden kann. Diese Erfahrung betrifft unmittelbar die Projekte im Bereich der Behindertenpolitik in Kasachstan und Usbekistan:

[I]f they come with a rigid idea, programs, timeframes, strategies, that's not going to be successful. At least based on my previous experience with [name of organization, S.K.], when they start working, they see much more work that is not out of the project documents. A lot of complex situations, you know, like mentality or cultural things, political things. [...] Reading the reports, reading the papers, initiate studies and



prepare your program documents and strategy is not effective. It is not enough effective (INTERVIEW XV:277-283).

Internationale Akteure erleben aus diesen Gründen während der Implementierungsphase häufig einen „Realitätsschock“, wie LORENZKOWSKI (2006:21) aus der Projektarbeit zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung in Usbekistan berichtet.

Eine *ergebnisoffene Situationsanalyse* ist somit wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der behindertenpolitischen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. SÜLZER & ZIMMERMANN (2013:338f), wie die Forderungen, die die Interviewpartner in Kasachstan und Usbekistan an internationale Akteure in ihrer Projektplanung stellen, zeigen:

They should come with more general conceptual ideas, before they come and do some project or program. [...] I would say, they should have one year pilot project [...] To understand the situation. Be there, understand: Who are the stakeholders? Who are the players? Who are the parents, what's the relationship? How are the institutions? What other causes? You know, all these problems. Then work on a long-term project document. It should be at least five years. Not two or three years. Because, I remember from my previous projects in [name of organisation, S.K.] and [name of organisation, S.K.]. We started the two-year project. At the end of the second year, we said «Now, the project should start!» And the same with [name of organisation, S.K.]. «Now the project should start, because we know who we are working with! And now we have the local key players. Now we understand what are the core problems.» But when we understand, the project is over. Or the money is over. We have to report. We need to spend all the money and deliveries, all these problems (INTERVIEW XV:276-294).

Der eingangs angesprochene Legitimierungsdruck internationaler Akteure gegenüber ihren Geldgebern zieht jedoch nach sich, dass sich Projekte eher an den Prioritäten der finanzierenden Staaten und weniger der betroffenen Länder orientieren (BLACK & STIENSTRA 2016:289; HUMMEL & WERNING 2016:25). Um dieser Problematik entgegenzusteuern, wäre im Rahmen einer *ergebnisoffenen Situationsanalyse* zunächst überhaupt die Frage nach dem konkreten Unterstützungsbedarf vor Ort zu stellen.

Die Priorisierung inklusiver Bildung bildet hierfür ein Beispiel aus der entwicklungspolitischen Praxis in Zentralasien. Anstatt einer umfassenden Analyse des Handlungs- und Unterstützungsbedarfs einer (Schul-)Gemeinde stehen quantitative Indikatoren zur Legitimierung des Projekts im Vordergrund. Zudem verhindert die Konzentration auf die Integration *diagnostisch erfasster* Kinder mit Behinderung einen

tatsächlich inklusiven Fokus, bei dem nicht ein Kind, sondern die Weiterentwicklung der Schule, von der alle Lernende profitieren können, zentraler Ansatzpunkt ist:

So, the international project approach to inclusive education very often is, we come to the school, we assess the building, we provide a lot of money for rehabilitation and infrastructure. We make accessible toilets, we can check the school schedule if the children with disability can stand on the first floor if there is no elevator. [...]. You send teachers to a training, maybe a couple of weeks, maybe for three or four different times. And that is within the architecture of aid: You can say what you have done, you can demonstrate what you have done and you can account for the funding, you can tick the boxes – that is easy to count. But what is really difficult to catch is the continuous support for the teachers. To say: «Who else is in your class»? Because if it is just about getting the child with a disability in a school, we create the impression that we really only care about the child with a disability and the other 25 or 35 children in the class we don't care about at all. When actually, depending on where you are in Central Asia, half of them might have a developmental delay. [...]. So, participation in projects that perpetuate the dichotomy of this one child who is atypically developing while there are 25 other children who are not homogeneously typically developing, does not help inclusive education at all. [...] So, it means looking at inclusive education from the point of view who is not in school and putting him there rather than ask, «Ok, how is this school in this community working, what are the needs of the entire community and how can we make it work for everyone and provide him with the support (INTERVIEW XX:143-179)?

Hier wäre es Aufgabe einer vorangehenden Situationsanalyse solche Fehleinschätzungen in der Projektausrichtung zu vermeiden. Die immer wieder geäußerte Kritik der fehlenden Berücksichtigung der Heterogenität von Behinderung oder Lernschwierigkeiten gehört hierzu genauso wie die Anerkennung der Diversität des Entwicklungskontextes: Die Unterschiede zwischen Menschen mit Behinderung in städtischen Zentren und im ländlichen Raum; die sich oft vom übrigen Land dramatisch unterscheidenden Lebensbedingungen in der Hauptstadt; die Besonderheit multipler Exklusionsgefahren aufgrund von Ethnie, Geschlecht oder Religion.

Die Konsequenz dieser fehlenden Bedarfsanalyse lässt sich auch anhand eines weiteren Beispiels aus dem behindertenpolitischen Kontext in der Entwicklungszusammenarbeit belegen. So eröffnete die Analyse der Exklusionsgefahren in Kasachstan und Usbekistan, dass die Ausbildung von Sonder- und Heilpädagogen und die fehlende frühpädagogische Unterstützung als wichtige Eckpunkte die Teilhabe von Menschen mit Behinderung erschweren. Diese Aspekte scheinen jedoch bisher kaum in den Fokus internationaler Akteure gerückt zu sein:

It is the role of international development organizations to bring all this here in a professional sustainable way and do it finally but so far, they not managed to do it. [...] Probably they didn't understand it or they are too busy with other tasks" (INTERVIEW XXVI:260-254).

Dabei ist die Entwicklungspolitik traditionell auf Mechanismen in den Partnerländern gerichtet, die unzureichend oder überhaupt nicht funktionieren. SÜLZER und ZIMMERMANN (2013:199) sprechen hierbei von einer *Defizitfalle*. Denn Ausgangspunkt für diesen Vergleich und die Identifikation eines Mangels ist immer die eigene Kultur, die als Referenz für die Entwicklung im Partnerland dient. Allerdings resultiert aus dieser Vorgehensweise, dass – wie in Kapitel 6.6 gezeigt – mit Ende eines Projekts auch häufig die Unterstützung durch nationale bzw. lokale Akteure eingestellt wird, weil es an Ressourcen für weitere Investitionen mangelt, der politische Wille fehlt oder andere Prioritäten verfolgt werden. Mit Blick auf die behindertenpolitische Entwicklungszusammenarbeit ist gerade deshalb ein Perspektivenwechsel auf die vorhandenen Ressourcen nötig, der es ermöglicht, in lokalen Strukturen verankerte Lösungsstrategien aufzudecken. Ausgangspunkt dieser Analyse könnte beispielsweise die Frage bilden, warum es trotz der engen Verbindung zwischen Armut und Behinderung Menschen mit Behinderung gibt, die *nicht* in diesem Kreislauf gefangen bleiben oder sich selbst überhaupt nicht als arm definieren. Diese Perspektive jedoch findet in der internationalen Entwicklungsdebatte kaum Widerhall: „*But this resistance and resilience slips out in cyclical framings of the disability/poverty relationship, removing altogether the chance to recognise and build upon existing strengths*“ (GRECH 2016b:229).

Mit Blick auf die existierenden Ressourcen in Kasachstan und Usbekistan wäre zum Beispiel zu fragen, ob das sowjetische Erbe in der Behindertenpolitik auch als Chance in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung zu begreifen sein könnte. Anstatt eine Abschaffung aller segregierenden Bildungseinrichtungen zu verfolgen, eröffnet eine realistischere Perspektive der Grenzen und Möglichkeiten inklusiver Bildung in Kasachstan und Usbekistan basierend auf den bestehenden Ressourcen einen anderen Blickwinkel. Denn die Inklusion ausnahmslos aller Kinder ist weder in Europa noch Amerika Realität und kaum vor dem Hintergrund der herrschenden Bedingungen in Zentralasien umsetzbar. Wesentlich realistischer dagegen ist die Öffnung sonderpädagogischer Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit komplexeren Behinderungen, die bisher isoliert zu Hause oder

in Heimen kaum oder gar nicht unterrichtet werden (s. Kapitel 8.1.3). Demgegenüber lässt sich eine inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen durchsetzen, die nur geringere kognitive oder motorische Schwierigkeiten aufweisen. Bisher jedoch wurden diese beiden Aspekte nicht systematisch zusammengedacht:

Das ist, worüber wir ständig sprechen. Mit leichten Beeinträchtigungen können wir alle Kinder in die Inklusion überführen und dann können die Kinder, die sich zu Hause befinden, [...] auf die freien Plätze in den Sonderschulen gelangen (INTERVIEW XXII:438-440).

Auch hinsichtlich der didaktischen Umsetzung der Inklusion an den Schulen wäre ein Rückgriff auf vorhandene Ressourcen in den beiden Ländern möglich. Denn während Lehrkräfte sich häufig überfordert und unvorbereitet im Umgang mit Kindern mit Behinderung fühlen, existieren längst, vor allem im ländlichen Raum, Formen inklusiver Beschulung, die jedoch nicht als solche gekennzeichnet werden. Die sich dort vor dem Schlagwort der Inklusion vollziehende Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung könnte also einen Ansatzpunkt liefern, wie Lehrkräfte, Eltern und Schüler bisher dies geleistet haben, über welche Ressourcen sie verfügen und welche Unterstützung sie tatsächlich benötigen (INTERVIEW I:6-8).

### 9.3 Handlungsspielräume nationaler nicht-staatlicher Akteure

#### 9.3.1 *Kooperation statt Konfrontation*: Mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten

Die Analyse der Handlungsspielräume nicht-staatlicher nationaler Akteure ist in Kasachstan und Usbekistan von Vorherrschaft, Kontrolle und Misstrauen staatlicher Strukturen gegenüber nicht-staatlichem Engagement geprägt (s. Kapitel 2.4). Besonders in Usbekistan scheinen kaum Optionen jenseits der staatlichen Dominanz des gesellschaftlichen Lebens zu bestehen: „*Er [der Staat, S.K.] sieht uns als Gegner. Als Alternative. Opposition. [...] Sie denken, dass wir ihnen Probleme verursachen, sie zwingen zu arbeiten*“ (INTERVIEW XXIX:530-537). Aber auch in Kasachstan sind es vor allem Nichtregierungsorganisationen mit den Themenschwerpunkten Menschenrechte und Demokratieförderung, die auf staatliches Misstrauen stoßen (KNOX & YESSIMOVA 2015:310).

Nicht-staatliche Akteure können deshalb im zentralasiatischen Kontext kaum unabhängig von staatlichen Strukturen, sondern nur in *Kooperation* mit ihnen existieren (vgl. GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:116). Es wäre somit vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen schlicht unrealistisch, von nicht-staatlichen Akteuren eine Positionierung *gegen* staatliche Strukturen zu erwarten, wie ein Interviewpartner betont:

In Uzbekistan, the space for DPOs to exist is very, very narrow and in many cases, there are organizations inherited from Soviet times and so they are very co-opted by the government. And I would not expect these organizations to have any advocacy capacity or to reflect any relationship to democracy and political representation that is substantially different to the government that has co-opted them (INTERVIEW XX:80-84).

Diese somit fast zwangsläufig kooperative Form der Existenz weist ohne Zweifel eine Reihe von Nachteilen auf: Nicht-staatliche Akteure sind damit abhängig von finanzieller Unterstützung durch staatliche Aufträge, was ihren Spielraum zur kritischen Reflexion staatlichen Handelns weiter minimiert. Zudem ermöglicht dies staatlichen Strukturen, ihre Verantwortung zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung auf nicht-staatliche Akteure abzuwälzen – besonders, wenn Kritik an Qualität und Umfang dieser Leistungen aufkommt (KNOX & YESSIMOVA 2015:311).

Jedoch eröffnen sich in dieser kooperativen Beziehung durch die zunehmende Übertragung sozialer Dienstleistungen an nicht-staatliche Akteure vor allem in Kasachstan neue Handlungsspielräume für Nichtregierungsorganisationen (s. Kapitel 5.7). Denn die Anerkennung, dass nicht-staatliche Akteure über höhere Kompetenzen in bestimmten Bereichen verfügen, kann die Legitimität ihrer Tätigkeit in den Augen der Gesellschaft und staatlicher Strukturen stärken. Gleichmaßen besitzen nicht-staatliche Akteure damit die Möglichkeit, ein Netzwerk aufzubauen sowie grundlegende Fähigkeiten in Management und Organisation zu erwerben (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:124). Einer Studie zur Entwicklung der Zivilgesellschaft in Kasachstan zufolge sind deshalb gerade auf dem Gebiet sozialer Dienstleistungen bedeutende Fortschritte in der Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren erzielt wurden:

The nature of state-society relations has therefore moved on significantly in recent years, participants claimed. Government increasingly sees NGOs as ‘partners’ in service provision and is prepared to increase grants available to them to deliver welfare/social services given their closeness to the point of delivery and understanding of local needs (KNOX & YESSIMOVA 2015:213).

Nun gestaltet sich zwar die derzeitige Situation in Usbekistan wesentlich schwieriger für nicht-staatliche Organisationen, aber Reformansätze des neuen Präsidenten MIRSIJOJEV deuten an, dass sich eine vorsichtige Öffnung des Landes vollziehen könnte (s. Kapitel 2.4). Auch das Gesetz *Über die soziale Partnerschaft* aus dem Jahre 2014 spricht dafür, dass eine ähnliche Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen in Zukunft auch in Usbekistan wahrscheinlicher werden dürfte.

Entscheidend in dem Verhältnis zwischen Staat und nicht-staatlichen Akteuren ist deshalb, sich einer Strategie zu bedienen, die sich grundlegend von einem westeuropäischen Verständnis zivilgesellschaftlicher Aktivität, wie es beispielsweise im Rahmen der Behindertenrechtsbewegung in Deutschland Anwendung fand, unterscheidet. Eine größere Nichtregierungsorganisation im Bereich Leben mit Behinderung in Kasachstan bezeichnet dieses Verhältnis als „flexibel“: „Das heißt nicht kritisieren, nicht vor Gericht klagen, nicht fordern, sondern seine Vorschläge präsentieren“ (INTERVIEW XXII:501-502). Eine enge Kooperation mit staatlichen Strukturen kann insofern den Wirkungskreis von Selbstvertretungsorganisationen vergrößern, wenn konkrete Lösungsstrategien angeboten werden:

Wir sagen, wir müssen dies und das machen, und um das zu machen, muss man nicht viel denken, wir schlagen es Ihnen selbst vor, wie man das macht. [...] Das heißt, wir haben schon entschieden, dass besser als sprechen, fordern, schimpfen, vielleicht zeigen ist? Und dass das wirklich möglich ist (INTERVIEW XXII:487-498).

Entscheidend bleibt dabei aber, dass sich der Staat als Initiator gesellschaftlicher und behindertenpolitischer Veränderungen positionieren kann und aus seiner Sicht nicht Gefahr läuft, von nicht-staatlichen Akteuren übergangen oder gar kritisiert zu werden. Die Erfahrung eines Interviewteilnehmers aus Usbekistan verdeutlicht, wie stark sich der Staat dort alle Entwicklungen zu eigen machen versucht und sich selbst als einziger Initiator von Veränderungen begreift:

[W]e wanted to promote a new approach. All organizations on a national level, representations [...], all these unions, make them all work united. That approach we tried to promote. [...] They liked it and we wanted to meet but one day before that event, [...], DPOs said, «we can't go. We can't make this meeting happen». But after three days we received [...] an invitation letter from [...] NANGOUZ [National Association of nongovernmental noncommercial organizations of Uzbekistan, S.K.]. [...] We received an invitation letter from the NANGOUZ, that NANGOUZ is now initiating establishing a union of DPOs. [...] It should be there initiated, not from the civil society or a foreign organizations initiative (INTERVIEW XV:25-43).

Die Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure in Kasachstan und Usbekistan kann somit kaum in der Konfrontation mit staatlichen Strukturen liegen, sondern darin, als Dienstleister und Problemlöser aufzutreten (vgl. GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:25). Dieser Handlungsspielraum nicht-staatlicher Akteure ist jedoch keineswegs unbeweglich; vielmehr stellt er die Basis für einen sich ständig vollziehenden Aushandlungsprozess zivilgesellschaftlicher Aktivität dar: „[S]paces for participation are fluid and are constantly ‘opening and closing through struggles for legitimacy and resistance, co-optation and transformation’ (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:124).

### 9.3.2 *Entindividualisierung von Exklusion*: Gesellschaftliche Benachteiligung mithilfe von Rollenvorbildern aufdecken

Die Diskriminierung im Alltag und die gesellschaftlichen Vorurteile werden aufgrund ihrer Isolation häufig von Menschen mit Behinderung selbst internalisiert, wodurch die bei einer Behinderung bestehende Exklusion als ausschließlich individuelles Problem aufgefasst wird (KATSUI 2008:22). Bei dieser Isolation spielt es letztlich nur eine untergeordnete Rolle, wo sie stattfindet. Dies kann sich gleichermaßen innerhalb der Familie wie auch in staatlichen Institutionen vollziehen:

In Institutions, or even outside, where children or adults with disabilities sit with their family at home, they are not so different in institutions. In their life. Because they are just part of the small community, their family. They are not outside of the family. That’s why they don’t think. They are not getting a chance even to think deliberately or consider some things. So, this is very important to become self-confident (INTERVIEW XV:176-180).

Die Folge davon ist, dass Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan fehlt, was ROBINSON (zit. n. COLERIDGE 2006:55) als zentrales Merkmal von Selbsthilfegruppen sieht und damit auch als Ausgangspunkt der Entwicklung einer gemeinsamen sozialen Identität als gesellschaftlich benachteiligte Gruppe angesehen werden kann: „*Being in the same boat, knowing what it is like, sharing experience [...]*“.

Die Entwicklung einer gemeinsamen sozialen Identität kann deshalb in erster Linie über die *Entindividualisierung von Exklusion* erreicht werden. Dies bedeutet, dass Menschen mit Behinderung individuell erlebte Benachteiligung durch den Austausch von Erfahrung als gesellschaftlich produziert und die ihr zugrundeliegenden exkludierenden Faktoren



erkennen können: „*This is about deliberation of the situation. It is about understanding the context*“ (INTERVIEW XV:175). Eine interaktionistische Konzeption von Identität nach GOFFMANN (1959; 1963) unterstreicht diese Fähigkeit, infolge der Identifizierung als benachteiligte Gruppe ein gemeinsames Bewusstsein exkludierender gesellschaftlicher Bedingungen zu entwickeln: „*Die Erfahrung, als diskreditierte Person von der Gesellschaft nicht akzeptiert zu werden, kann dazu führen, sich mit gleicherweise Stigmatisierten zu verbünden*“ (SPECK 2003:223).

Damit stellt sich nun die Frage, in welcher Form ein solcher Austausch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Situation in Kasachstan und Usbekistan sowie der bestehenden Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung stattfinden kann. Eine direkte Form dieses Aufbrechens der Isolation und die Herstellung eines intersubjektiven Bewusstseins wäre die Durchführung von Seminaren und Trainings. Solche Trainings mit kritischem Fokus auf die gesellschaftlich produzierte Exklusion von Menschen mit Behinderung sind jedoch erstens im politischen Kontext Usbekistans und Kasachstans kaum realistisch; zweitens steht auch für die Mehrzahl der Menschen mit Behinderung selbst die finanzielle, medizinische und soziale Unterstützung durch Selbstvertretungsorganisationen häufig an erster Stelle (INTERVIEW XXVII:24-25). Bereits die Ziele der Behindertenrechtsaktivisten in der Sowjetunion waren weniger von Unabhängigkeit von gesellschaftlicher und staatlicher Hilfe, sondern vielmehr durch die Forderung nach stärkerer Unterstützung gekennzeichnet (vgl. Kapitel 5.3).

Vor diesem Hintergrund ist deshalb auch der Austausch im Rahmen eines verstärkten Engagements im sozialen, medizinischen und kulturellen Bereich bedeutsam. Der Stellenwert solcher Angebote für die Entwicklung eines Bewusstseins exkludierender Faktoren wird erneut in einem historischen Vergleich deutlich: Das Erkennen der gesellschaftlichen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung war sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland in gewisser Weise durch ein entwickeltes (segregierendes) Förder- und Versorgungssystem unterstützt worden. Auch die Gruppe um die von KATSUI (2005:161) beschriebene mehrfachbehinderte Kasachstanerin, die im Rahmen der Interpretation des *Independent Living* Konzepts für den zentralasiatischen Kontext im vorangegangenen Kapitel angeführt wurde, stellte ihren ersten Kontakt zu ihren Mitstreitern in einem Rehabilitationszentrum her.



Genau diese Verbindung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Versorgungsstrukturen und sich entwickelndem Aktivismus von Menschen mit Behinderung belegen auch ARCHESON und WILLIAMSON (2001:99) am Beispiel Nordirlands:

Our sample of informants had not met other disabled people in settings other than those provided by welfare institutions, so it was not surprising to find that these early attempts at social movement organising that we studied were closely associated with these settings and often highly dependent on them. These micro-mobilization contexts did support a process of group formation.

Wenn aber gleichzeitig in der Abhängigkeit von diesen Leistungen auch ein nicht unerhebliches Risiko besteht, bedeutet dies, dass Handlungsspielräume von nicht-staatlichen Akteuren in einem stärkeren Selbstbestimmungsrecht und einer Weiterentwicklung des existierenden Hilfesystems in Kooperation mit staatlichen Strukturen liegen (vgl. THOMSON 2006).

Die Bedeutung medizinisch-sozialer Hilfe wird zwar auch nicht aus einer menschenrechtlich basierten Perspektive in Abrede gestellt (KATSUI 2005:183), allerdings erkennt sie den immanenten Zusammenhang zwischen beiden Sichtweisen. Die (soziale) Unterstützung von Menschen mit Behinderung ist nicht nur Voraussetzung einer stärker die strukturelle Diskriminierung betonenden Perspektive, sondern legt auch ihren Grundstein dafür. Durch das Aufbrechen einer auf Isolation beruhenden Individualisierung von Behinderung, auch durch (zunächst) segregierende Hilfeleistungs- und Unterstützungsangebote, wird die Schaffung eines Bewusstseins gemeinschaftlicher Problemlagen und Interessen erst möglich, das zur Formierung einer sozialen Gruppe führen kann.

Ein solcher Austausch kann jedoch dann vor allem neue Perspektiven eröffnen, wenn über *authentische Rollenvorbilder* ein unterschiedliches Maß an Erfahrung von Inklusion und Exklusion in diesen Strukturen aufeinandertrifft. Authentizität bedeutet dabei, dass sich Menschen mit Behinderung mit diesen Rollenvorbildern identifizieren und ihre eigene Lebenssituation wiederfinden können – beispielsweise muss der soziale Status der Rollenvorbilder auch mit dem eigenen vergleichbar sein (SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:289). Dies betrifft nicht nur internationale Akteure, deren Lebenswirklichkeit sich meist dramatisch vom Kontext in Kasachstan und Usbekistan unterscheidet. Auch innerhalb dieser Länder bestehen infolge der Gefälle zwischen den urbanen Zentren und den Regionen weitreichende Unterschiede. Findet aber diese Heterogenität Berücksichtigung,

können Rollenvorbilder für die *Entindividualisierung von Exklusion* eine entscheidende Rolle spielen:

So, I would say, the peer to peer approach is very good. So other peers with disability who have an advanced life [...], are more included in society, talk with other people with disability, who have been victim of these problems. [...] [T]here are some few youths with disabilities who are pretty much active and advanced, [...], they understand about their rights and are advocating their rights (INTERVIEW XV:161-169).

#### 9.4 Handlungsspielräume nationaler und internationaler Akteure vor dem Hintergrund der Exklusionskreisläufe

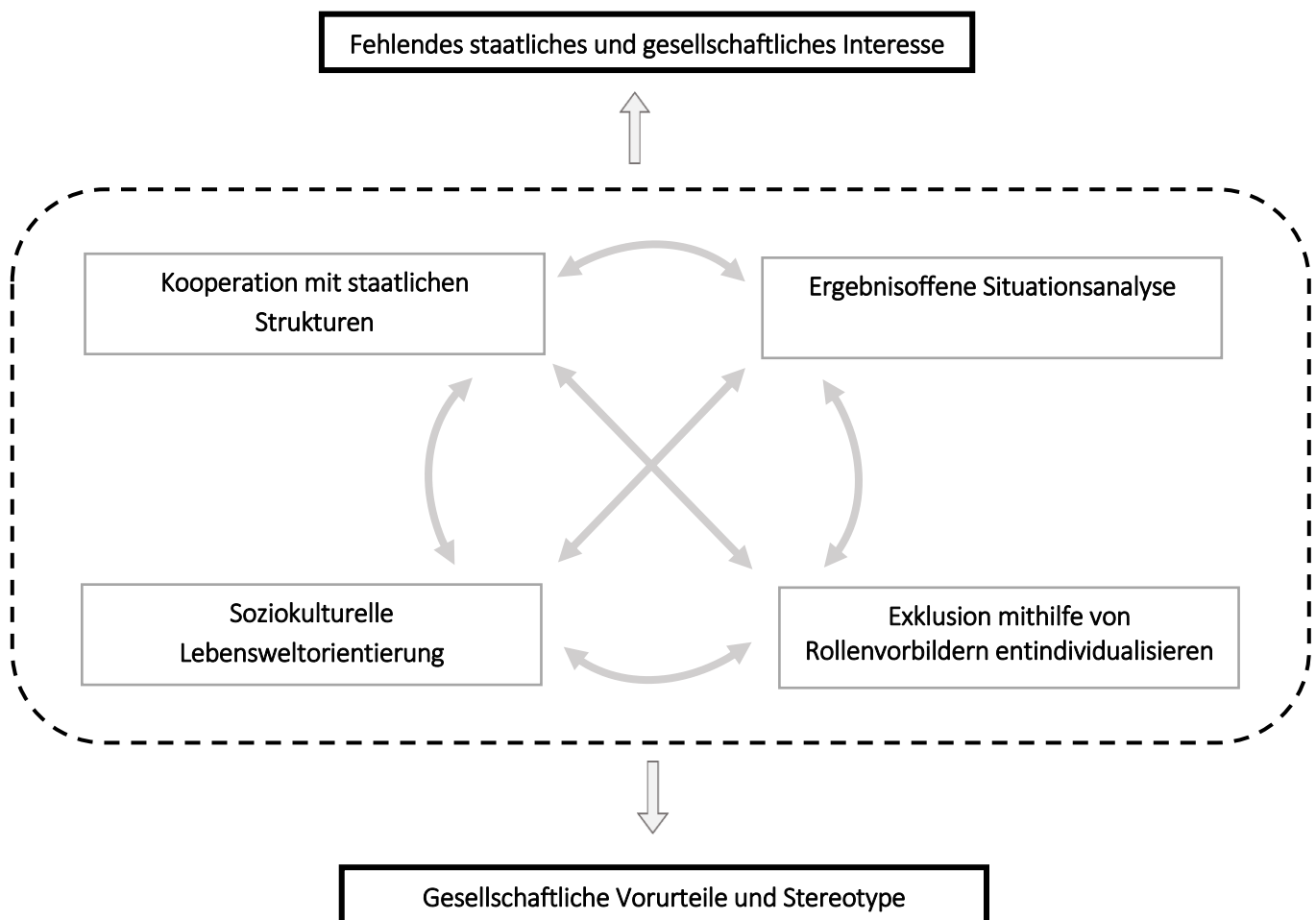
Wenn die Exklusionskreisläufe aus Kapitel 8 auf theoretischer Ebene als Ausgangspunkt für die konkrete Tätigkeit von nationalen und internationalen nicht-staatlichen Akteuren anzusehen sind, dann bedarf es anschließend einer Analyse der Handlungsspielräume vor dem Hintergrund dieser komplexen Exklusionsgefahren.

Dafür ist zunächst die Berücksichtigung ihrer hierarchischen Ordnung wichtig: Denn es wird kaum praktisch umsetzbar sein, alle Exklusionsgefahren gleichermaßen im Rahmen eines einzelnen Projekts oder Programmes abzudecken. Realistisch ist es vielmehr, die den Exklusionsgefahren der ersten und zweiten Ebene zugrundeliegenden Mechanismen zu priorisieren. Das fehlende gesellschaftliche und staatliche Interesse sowie die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung wurden insofern auf einer dritten Ebene als entscheidende exkludierende Faktoren herausgearbeitet, die letztlich allen weiteren Formen von Exklusion vorausgehen. Sie sind damit der Überbau eines *autopoietischen Systems* (MATURANA & VARELA 2009:55f), das die Exklusion von Menschen mit Behinderung in einem selbsterhaltenden Kreislauf manifestiert.

Deshalb müssen diese beiden Aspekte als immanenter Bestandteil jeder Intervention Berücksichtigung finden, bevor konkrete Exklusionsgefahren der Ebene eins und zwei fokussiert werden können. In einem nächsten Schritt werden deshalb die Handlungsspielräume zunächst auf die Exklusionsgefahren des fehlenden staatlichen Interesses und der gesellschaftlichen Vorurteile bezogen.

Dabei wird zum einen deutlich, dass die Handlungsspielräume der beiden Akteure nicht getrennt voneinander analysierbar, sondern als miteinander verbundene Ansätze zu denken sind (s. Abbildung 9-1). Zum anderen lässt sich im Gegensatz zu der vorangegangenen theoretischen Analyse bei der praktischen Umsetzung der

Handlungsspielräume kaum zwischen nationalen und internationalen nicht-staatlichen Akteuren trennen. Vielmehr müssen die *Kooperation mit staatlichen Strukturen*, eine *ergebnisoffene Situationsanalyse*, die *soziokulturelle Lebensweltorientierung* sowie die *Entindividualisierung von Exklusion* grundlegende Merkmale der Tätigkeit aller Akteure sein.



**Abbildung 9-1:** Handlungsspielräume internationaler und nationaler Akteure in Bezug auf die Exklusionsgefahren der Ebene drei

#### 9.4.1 Gesellschaftliche Vorurteile und Stereotype

In Bezug auf die gesellschaftlichen Vorurteile stehen nicht-staatliche Akteure gleichzeitig vor zwei Herausforderungen: Sie müssen „nach innen“ Menschen mit Behinderung gegenüber ein positives Selbstbild vermitteln und gleichermaßen „nach außen“ dem negativen Bild von Behinderung in Kasachstan und Usbekistan entgegenwirken. Die im

vorangegangenen Kapitel diskutierte *Entindividualisierung von Exklusion durch Rollenvorbilder* bietet genau diese Chance, potenzielle Handlungsoptionen zunächst für Menschen mit Behinderung selbst in den Vordergrund zu rücken:

It is here that role models become extremely important, and are one of the keys to programme development in this regard. A principle reason why disabled people have low expectations, low ambitions and often prefer to live on handouts, is because they have not had opportunities to develop a vision of what could be (COLERIDGE 2006:7).

Wenn diese positiven Rollenvorbilder also für die *Entindividualisierung von Exklusion* gleichsam „nach innen“ eine tragende Rolle spielen, besitzen sie in der kritischen Herausforderung gesellschaftlicher Vorurteile auch „nach außen“ einen zentralen Stellenwert. Denn nicht nur Menschen mit Behinderung selbst fehlen positive Rollenvorbilder, auch innerhalb der Gesellschaft Kasachstans und Usbekistans ist das Thema Behinderung fast ausschließlich negativ besetzt und mit geringen Erwartungen an das individuelle Entwicklungspotenzial verknüpft. Dabei muss es gerade Bestandteil einer *ergebnisoffenen Situationsanalyse* in der Projektplanung sein, solche positiven Rollenvorbilder zu identifizieren. Auf diese Weise können auch traditionelle, internalisierte Denkstrukturen im familiären Umgang mit Menschen mit Behinderung selbst verändert werden, wie ein Interviewpartner in Usbekistan schildert:

Her parents are very much conservative parents. Especially her dad. Very strong traditional views [...]. She has been kept at home until 30 and something. What was a good successful approach, changing her parents mind and [her, S.K.] mind is that she met with other peers with disability who were already advanced. Who have been more included. Broke that stereotype and stigma and went out as a part of the society (INTERVIEW XV:152-156).

Diese Rollenvorbilder müssen sich also keinesfalls nur auf Menschen mit Behinderung beschränken, sondern umfassen auch deren Eltern. Gerade im Kontext von Kasachstan und Usbekistan, wo die Entwicklung eines Kindes mit Behinderung aufgrund der zu geringen staatlichen Investitionen von den Familien und meist den Müttern abhängt, können erlebte positive Beispiele neue Perspektiven schaffen:

[N]ow, we have some parents clubs. [...] [A]t least parents can meet and exchange their experiences and programs. They help each other. It is the only one good thing in this field, where we can honestly say it is good. Because even without professionals, they know something and from their own experience and innovations and from reading the internet and trying (INTERVIEW XXVI:245-249).

Abgesehen von der Bedeutung von Rollenvorbildern und der ergebnisoffenen Situationsanalyse spielt auch die *soziokulturelle Lebensweltorientierung* eine wichtige Rolle in der Herausforderung gesellschaftlicher Vorurteile und Stereotype. Denn diese Perspektive beinhaltet nicht nur, Konzeptionen und Projektziele kulturell zu legitimieren, sondern auch durch eine Verknüpfung von lokalen Werten und Traditionen zu einer veränderten Sichtweise auf Behinderung beizutragen. Wenn so beispielsweise die familiären Bindungen sowohl in der kasachstanischen als auch usbekischen Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen (GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:68), kann dies ebenso für die Unterstützung von Kindern mit Behinderung geltend gemacht werden. Ein Interviewpartner beschreibt insofern das Eintreten der Eltern für ihre Kinder als Teil lokaler Werte: *„Ich würde das Engagement der Eltern bzw. Mütter nicht im Gegensatz zur Tradition sehen in dem Sinne, als dass die Sorge und Verantwortung für die eigenen Kinder ja ein wichtiger Teil der Traditionen darstellen“* (INTERVIEW I:67-69). Wenn so vor dem Hintergrund lokaler Werte und Traditionen auch eine weitergehende Teilhabe und Unterstützung von Menschen mit Behinderung legitimiert werden kann, wird dies entgegen den gesellschaftlichen Vorurteilen zu einem immanenten Bestandteil der eigenen kulturellen Überzeugungen. Auch hierbei können lokale Rollenvorbilder eine tragende Rolle spielen. Denn als Bindeglied zwischen nicht-staatlichen Akteuren und Menschen mit Behinderung vor Ort können sie zunächst kulturfremd erscheinende Werte und Konzeptionen in lokale Traditionen und Einstellungen übertragen. Genau eine solche Übersetzung durch Rollenvorbilder hat sich in der in Kapitel 9.2.1 beschriebenen Umwandlung des Konzeptes des *Independent Living* auf den zentralasiatischen Kontext vollzogen: Die in Seminaren von internationalen Akteuren ausgebildete Trainerin war aufgrund ihrer lokalen Verwurzelung in der Lage, dieses Konzept für die Teilnehmenden erlebbar zu machen, indem sie direkt an ihren Erfahrungen anknüpfte (KATSUI 2005:170f). Wichtig war dabei, dass sie als selbst mehrfachbehinderte Kasachstanerin für die Mehrheit der Teilnehmenden ein authentisches Rollenvorbild darstellen konnte. Damit bleiben zwar auf der einen Seite die Ideen einer internationalen Behindertenrechtsbewegung erhalten, werden aber gleichzeitig vor dem Hintergrund der lokalen Erfahrungen und Möglichkeiten interpretiert:

You don't have to do it exactly like they do it in Japan, but you need to understand the bottom line. Fundamental issues. [...] You don't have to take the same way. You should take the way, which is acceptable here. And effective here (INTERVIEW XV:355-357).

Gleichmaßen ist es Aufgabe internationaler Akteure, solche lokalen, authentischen Rollenvorbilder mit dem notwendigen Wissen und den Fähigkeiten auszustatten, um selbst aktiv zu werden. Entscheidend ist dabei nicht der Bildungsstand oder der familiäre Hintergrund, sondern die Einstellung, zu einem Wandel beitragen zu wollen (INTERVIEW XV:360-364).

Wichtig dabei ist, dass die Verknüpfung der Unterstützung von Menschen mit Behinderung mit nationalen Traditionen und Werten durch lokale Autoritätspersonen oder der Regierung Unterstützung findet:

[I]f elderly or the part of the society that has more dominance or authority in community, if they say, «This is our tradition, this is our culture, we should value everyone». If it comes from up, or even from government [...] then this will work, too (INTERVIEW XV:192-195).

Die *Kooperation mit lokalen (staatlichen) Strukturen* sichert somit die Nachhaltigkeit von Projekten und kann gleichmaßen zu einem Wandel der gesellschaftlichen Sichtweise auf Behinderung beitragen. Besonders im Kontext Kasachstans und Usbekistans, in dem staatlichen Akteuren eine zentrale Rolle zukommt und die Gesellschaft insgesamt nicht-staatlicher Aktivität skeptisch gegenübersteht (vgl. Kapitel 2.4), können die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung nur in einer kooperativen Strategie verändert werden. Diese Strategie gilt es vor allem dann zu nutzen, wenn – wie in Usbekistan der Fall – Personen aus dem (unmittelbaren) Machtzentrum an einer Unterstützung von Menschen mit Behinderung interessiert sind. Denn dem *Nationalen Zentrum der sozialen Integration von Kindern* (RZSAD) steht eine Tochter des verstorbenen Präsidenten KARIMOW vor. Eine solche individuelle Involviertheit zentraler Persönlichkeiten müssen sich nicht-staatliche Akteure gerade vor dem Hintergrund des allgemein geringen staatlichen Interesses zunutze machen: „I think, this is one of the factors, [...] why disability, working with children and inclusive education is keeping in the forward and running“ (INTERVIEW XV:472-474).

Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung können in Kooperation mit staatlichen Strukturen auch über konkrete Lösungsstrategien den gesellschaftlichen Vorbehalten entgegenwirken, indem sie als kompetente Problemlöser auftreten. Diese Vorgehensweise kann zudem den geringen gesellschaftlichen Erwartungen entgegengesetzt werden und das von Abhängigkeit geprägte Bild von Behinderung aufbrechen.

### 9.4.2 Geringes staatliches und gesellschaftliches Interesse

Wenn die *Kooperation zwischen lokalen staatlichen Strukturen und nicht-staatlichen Akteuren* als zentral für die Herausforderung gesellschaftlicher Vorurteile herausgearbeitet wurde, gilt dies genauso für das insgesamt geringe staatliche und gesellschaftliche Interesse an Menschen mit Behinderung.

Bisher jedoch verlaufen, so das Urteil von TURDIEV (2015:11ff), Kooperationen internationaler Organisationen mit nationalen nicht-staatlichen Akteuren und Betroffenen in Usbekistan eher auf symbolischer Ebene ab; das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen. Eine Interviewpartnerin teilt diese Erfahrung im Rahmen vorangegangener Projekte internationaler Akteure:

In terms of cooperation with local government structures it is almost not sustainable at all, unfortunately. I mean, we have these excellent evaluations, and everything is great and good, but from my personal perspective as a professional [...] only these two things are significant: New social services and increased social allocations for social services and public awareness (INTERVIEW XXVI:23-34).

Entscheidend ist daher, die Interessiertheit staatlicher Strukturen an der Unterstützung von Menschen mit Behinderung und damit an einer Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren zu stärken. Dafür können sich nicht-staatliche Akteure das außenpolitische Ziel Kasachstans und Usbekistans der internationalen Anerkennung zunutze machen, denn wie Kapitel 2.2 unter Beweis gestellt hat, versuchen beide Länder, eine nationale (Eigen-)Staatlichkeit über ein positives – und vor allem im Falle Usbekistans – international gleichberechtigtes Bild des eigenen Landes nach innen und außen herzustellen. Dazu gehört auch die durch staatliche Programme gelenkte Unterstützung nicht-staatlicher Akteure. So zeigt ein Teilnehmer im Rahmen einer Studie von KNOX und YESSIMOVA (2015:310), wie der kasachstanische Staat die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivität als Teil internationaler Anerkennung sieht:

The issue for the Government of Kazakhstan is that we want to raise our democratic profile on the international stage with developed countries. One aspect of international respectability is to show the existence of a well-developed civil society. The Government put in place a programme [Development of Civil Society 2006–11] to assist in achieving this with associated indicators of performance.

Nicht-staatliche Akteure müssen also ihr Engagement für Menschen mit Behinderung mit den Bemühungen um eine positive Außendarstellung Kasachstans und Usbekistans verknüpfen.

Mit Blick auf die Anerkennung in der internationalen Gemeinschaft kommt ebenfalls der Politik der Vereinten Nationen und der in diesem Kontext entstehenden Abkommen und Konventionen eine bedeutende Rolle zu. Für die Bereiche der Stärkung von Frauenrechten und des Umweltschutzes hebt BUXTON (2009:53) beispielsweise die Bedeutung offizieller UN-Politik hervor, auf die sich nicht-staatliche Akteure in Zentralasien stützen. Auch Interviewteilnehmer betonen die Bedeutung internationaler Abkommen (INTERVIEW XXIX:220). Im Falle der Behindertenpolitik existiert gerade durch die Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention, deren Ratifizierung in Kasachstan bereits abgeschlossen ist und in Usbekistan unter Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen vorbereitet wird, eine ähnliche Möglichkeit, auf die offizielle Politik der Vereinten Nationen zu rekurrieren. Dies dürfte für nicht-staatliche Akteure in autoritären Staaten von weitaus größerer Bedeutung sein als für Betroffene in westlichen Industriestaaten – denn schon die *Schlussakte der Helsinkikonferenz* konnte als „Starthilfe“ für die Aktivisten in der Sowjetunion gelten (s. Kapitel 5.1). Mögen die greifbaren und tatsächlichen Veränderungen, die sich aus Konventionen und ähnlichen Übereinkünften ergeben, zunächst minimal sein, so bieten sie doch besonders gesellschaftlich benachteiligten Gruppen eine Möglichkeit, sich entgegen ihrer permanenten Marginalisierung Gehör zu verschaffen. Denn infolge der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und der internationalen Priorisierung inklusiver Bildung fungiert das Feld der Behindertenpolitik zurzeit als Bereich, in dem internationale Anerkennung und Prestige durch positive Entwicklungen im eigenen Land erreicht werden können. Ein Interviewpartner fasst in diesem Sinne die Bemühungen der usbekischen Regierungen im Bereich inklusiver Bildung zusammen: „*So, this is again, my assumption, to showcase. «We are doing here»*“ (INTERVIEW XV:458).

Im Sinne der Handlungsspielräume ließe sich dabei von einer *soziokulturellen Lebensweltorientierung von oben* sprechen, da aufgrund des hohen Stellenwertes internationaler Konventionen ihre Bedeutung für den lokalen Kontext unmittelbar hergestellt wird. Diese Legitimierungsstrategie ist jedoch auf ein bestimmtes Zeitfenster



begrenzt. „*Probably now it is a unique opportunity for development organizations to do something comprehensive and sustainable*“ (INTERVIEW XXVI:50-51).

Während dieser Aspekt eher auf die nationalstaatliche Ebene zielt, bietet sich auf lokaler Ebene eine weitere Strategie der Einbeziehung staatlicher Strukturen und damit der Herstellung von Interessiertheit an. Wenn lokale Partner einen Vorteil oder eine Erleichterung ihrer alltäglichen Arbeit durch die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Strukturen erkennen, sind sie auch offener gegenüber einer Zusammenarbeit (vgl. SÜLZER & ZIMMERMANN 2013:289):

Despite the general hostile attitude of the Uzbek government it is possible to work with local authorities. If a certain activity is perceived as being helpful for the daily work, individuals in the employment centres for example are willing to take responsibility for them (LORENZKOWSKI 2006:21).

In der *Kooperation mit staatlichen Strukturen* müssen nicht-staatliche Akteure somit konkrete Lösungsstrategien anbieten, mit denen sie die Interessiertheit unterstützen können. Auch GIFFEN, EARLE und BUXTON (2005:120ff) argumentieren, dass trotz des staatlichen Misstrauens selbst in Usbekistan verstärkt Kooperationen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen auf lokaler Ebene zu finden sind. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn ihre Tätigkeit aus der Sicht lokaler Behörden als nützlich angesehen wird und konkrete Probleme gelöst werden können.

Diese Perspektive kann dadurch Unterstützung finden, dass nicht-staatliche Akteure im Rahmen einer *ergebnisoffenen Situationsanalyse* zutage fördern, welche Vorteile behindertenpolitische Veränderungen der lokalen Bevölkerung insgesamt bringen – u.a. in Bezug auf die inklusive Bildung. Zudem können dadurch weniger die Defizite, als die Ressourcen in den Vordergrund gestellt werden, um zu demonstrieren, dass ein behindertenpolitischer Wandel unter den lokalen Bedingungen tatsächlich möglich ist. Gleichzeitig können solche Ressourcen – genauso wie Rollenvorbilder – von staatlichen Akteuren zur Unterstützung eines positiven Images gegenüber internationalen Akteuren genutzt und damit ihre Interessiertheit an der Thematik gestärkt werden.

Ein konkretes Beispiel, wie gerade *Rollenvorbilder* mit Behinderung durch eine positive Positionierung auf der internationalen Bühne die Interessiertheit staatlicher Strukturen in Kasachstan und Usbekistan herstellen, bildet die Unterstützung der beiden Staaten für die paraolympischen Mannschaften und die prominente Berichterstattung über die Erfolge der

jeweiligen Teams (vgl. GAZETA 2017; GAZETA 2016b; NUR.KZ 2016). Zudem können der dadurch stattfindende Austausch von Menschen mit Behinderung und die erlebten positiven Beispiele zur *Entindividualisierung von Exklusion* beitragen.

#### 9.4.3 Handlungsspielräume in Bezug auf die weiteren Exklusionsgefahren

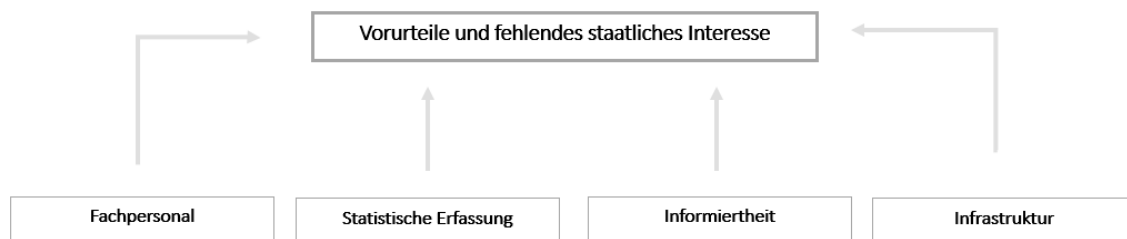
Die vorangegangenen beiden Unterkapitel haben deutlich gemacht, dass als Eckpfeiler aller nicht-staatlichen Programme die Exklusionsgefahren der Ebene drei über die Bereiche der *Kooperation mit staatlichen Strukturen*, der *Situationsanalyse*, der *soziokulturellen Lebensweltorientierung* und der *Entindividualisierung von Exklusion durch Rollenvorbilder* zentraler Ansatzpunkt sein müssen.

Programme, Projekte oder Interventionen beziehen sich jedoch seltener ausschließlich auf diese beiden Aspekte, sondern zielen auf konkrete Handlungsfelder wie beispielsweise die Verbesserung der Bildungschancen oder der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung. Da diese einzelnen Exklusionsgefahren aber nicht unabhängig voneinander existieren, sondern vielmehr Teil eines komplexen Exklusionskreislaufes auf mehreren Ebenen sind, können nachhaltig orientierte Programme kaum auf eine einzelne Exklusionsgefahr abzielen. Andererseits ist es – wie bereits angedeutet – unrealistisch zu erwarten, internationale oder nationale nicht-staatliche Akteure seien in der Lage, alle Exklusionsgefahren aufzugreifen.

In Hinblick auf die Exklusionsgefahren der Ebene 2 bedeutet dies deshalb, dass Projekte zur besseren Ausbildung pädagogischen Fachpersonals, der statistischen Erfassung, der Informiertheit Betroffener oder der Infrastruktur unmittelbar mit der Frage des staatlichen Interesses und den gesellschaftlichen Vorurteilen verbunden sind (vgl. Abbildung 9-2). Anhand zweier Beispiele lassen sich diese Verbindung veranschaulichen: Programme zur Entwicklung einer besseren statistischen Erfassung von Menschen mit Behinderung sind ineffektiv, wenn das – wenn auch häufig nicht offen zutage tretende – Desinteresse staatlicher Strukturen an verlässlicheren Daten nicht ebenfalls Berücksichtigung findet. In der praktischen Umsetzung hat dies u.a. zur Folge, dass bereits bei der Planung von Projekten im Austausch mit staatlichen Strukturen zur Sprache kommen muss, welche Auswirkungen eine veränderte Datenlage zum Beispiel auf die nationale Sozialpolitik hat.

Ähnliches lässt sich mit Blick auf die Infrastruktur vor Augen führen. Da das staatliche und gesellschaftliche Interesse an realen Verbesserungen in der Barrierefreiheit gering ist, finden gesetzliche Veränderungen und bauliche Vorgaben dazu häufig nur pro forma Beachtung.

Exemplarisch zeigt sich hier wiederum die Bedeutung der Exklusionsgefahren der Ebene drei und der Handlungsspielräume für nicht-staatliche Akteure: Erst wenn bei der Implementierung solcher Projekte staatlichen Strukturen praktikable und lösungsorientierte Vorschläge, die an der Lebensrealität der Bevölkerung ansetzen, unterbreitet werden, sind nachhaltige Veränderungen erwartbar. Gleichmaßen zentral ist eine *Situationsanalyse*, die herausarbeiten kann, wie lokale Gemeinschaften in ihrer Gesamtheit von infrastrukturellen Veränderungen profitieren können. Schlussendlich müssen Menschen mit Behinderung selbst Verantwortung für behindertenpolitische Veränderungen übernehmen, was aber infolge der Individualisierung von Exklusion kaum geschieht. Die Herausbildung einer Identität als soziale Gruppe, deren gesellschaftliche Exklusion sich auch in einer unzugänglichen Infrastruktur widerspiegelt, ist muss damit wesentlicher Bestandteil solcher Projekte sein.



**Abbildung 9-2:** Handlungsspielräume bezogen auf die Ebene zwei der Exklusionsgefahren

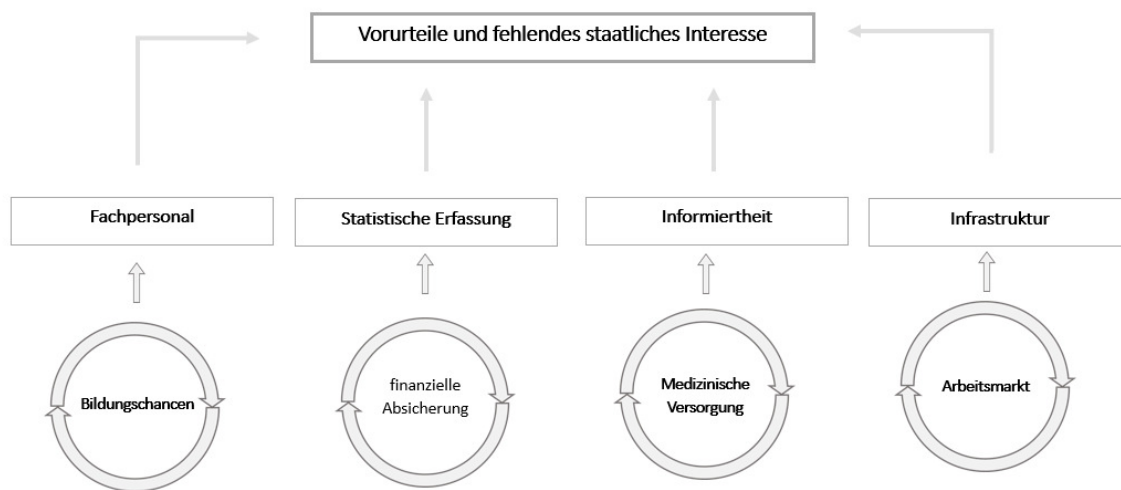
Stehen auf der anderen Seite Exklusionsgefahren der Ebene eins im Fokus von Projekten, ist es kaum ausreichend, ausschließlich die Handlungsspielräume gegenüber den Vorurteilen und dem staatlichen und gesellschaftlichen Desinteresse auszuschöpfen. Vielmehr müssen sich dort auch die hierarchisch übergeordneten Faktoren der Ebene zwei wiederfinden (vgl. Abbildung 9-3).

Konkrete Beispiele können diese Beziehung erneut verdeutlichen: Denn während es beispielsweise möglich wäre, das pädagogische Fachpersonal in intraindividuellen Leistungsbewertung weiterzubilden, ohne gleichzeitig konkrete Programme zur inklusiven Bildung umzusetzen, ist dies umgekehrt kaum denkbar. Gleichzeitig müssen aber die

Exklusionsgefahren der Ebene drei – das geringe staatliche Interesse und die gesellschaftlichen Vorurteile – Berücksichtigung finden. Wenn sich beispielsweise ein durch internationale Akteure initiiertes Projekt die Förderung inklusiver Bildung zum Ziel gesetzt hat, bedeutet dies, im Rahmen einer *Situationsanalyse* Lehrkräfte im Land aufzuspüren, die bereits – bewusst oder unbewusst – über authentische Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen. Ansatzpunkte dafür existieren gerade in den häufig vernachlässigten und mit geringen Ressourcen ausgestatteten ländlichen Regionen, wo Schüler mit und ohne Behinderung mangels Alternativen gemeinsam lernen. Wenn eine solche offene Projektplanung dabei insgesamt Problemfelder aufgedeckt, die stärker die Interessen der lokalen Akteure als der internationalen Organisationen berücksichtigen, erhöht dies zweifelsohne die Motivation staatlicher Strukturen, diese Projekte zu unterstützen.

Ein zweites Beispiel unterstreicht die Komplexität der Exklusionsgefahren der Ebene 1. Zwar können nicht-staatliche Akteure sich die Verbesserung der Infrastruktur zum Ziel setzen und (zunächst) Fragen der Arbeitsmarktintegration ausklammern. Eine Unterstützung von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt jedoch, die die Frage der infrastrukturellen Erreichbarkeit eines Arbeitsplatzes ignoriert, muss zwangsläufig scheitern. Eine konkrete Vorgehensweise, wie den gesellschaftlichen Vorurteilen als zentrale Exklusionsgefahr der Ebene drei dabei entgegengewirkt werden kann, bietet PHILLIPS (2011:125) als *Strategie der Personalisierung* an: Vorbehalte auf dem Arbeitsmarkt konnten im Rahmen eines Projektes bereits durch einen informellen Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung aufgebrochen werden, weil der Begriff der Behinderung zuvor ausschließlich negativ besetzt war. Beispielhaft zeigt sich daran wiederum die Bedeutung von Rollenvorbildern zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Vorurteilen.

Exklusionsgefahren der Ebene eins sind deshalb im Spiegelbild der konkreten Intervention besonders komplex, weil sie inhaltlich die Einbeziehung beider übergeordneter Ebenen notwendig machen. Gleichzeitig konzentriert sich ein Großteil internationaler Programme auf diese Bereiche – möglicherweise ein Grund, warum nachhaltige Ergebnisse häufig ausbleiben. Denn zu selten wird genau dieser komplexen Struktur Rechnung getragen.



**Abbildung 9-3:** Handlungsspielräume bezogen auf die Ebene eins der Exklusionsgefahren

## 9.5 Zusammenfassung

Den Ausgangspunkt für die empirische Analyse der Handlungsspielräume nationaler und internationaler nicht-staatlicher Akteure in diesem Kapitel bildete die Herausarbeitung zentraler Schwierigkeiten ihrer Tätigkeit. In diesem Kontext wurden die *fehlende Anschlussfähigkeit* der Programme und ihre *mangelnde Nachhaltigkeit* auf Seiten internationaler Akteure als zentrale Aspekte benannt. Mit Blick auf nationale nicht-staatliche Akteure standen die *staatliche Repression* sowie eine nur *schwach ausgeprägte Identität bei Menschen mit Behinderung als gesellschaftlich benachteiligte Gruppe* im Vordergrund. Anhand dieser deduktiv bestimmten Kategorien wurden daraufhin Lösungsansätze aus den Forschungsinterviews herausgearbeitet.

Eine Anschlussfähigkeit der Programme internationaler Akteure kann demzufolge anhand einer *soziokulturellen Lebensweltorientierung* stattfinden: Ausgehend von der Alltagserfahrung der lokalen Bevölkerung sowie von ihren Werten und Traditionen müssen Konzepte, die aus einem anderen Kontext stammen, an die regionalen Bedingungen angepasst werden. Lokale Wertvorstellungen sind in diesem Sinne nicht im Widerspruch zu internationalen Konzepten zu sehen, sondern als Möglichkeit ihrer kulturellen Implementierung. Wenn beispielsweise TURDIEV (2015:16) argumentiert, dass sich in der usbekischen Gesellschaft ein hohes Maß an Wertschätzung zum Schutz vulnerabler Gruppen finden lässt, kann dies als legitimierende Erklärung die Anschlussfähigkeit

westlicher Konzeptionen an die gesellschaftlichen Vorstellungen in Kasachstan und Usbekistan erhöhen:

For example, organisations of parents with disabled children enjoy higher acceptance and are more likely to hold state institutions accountable than many other NGOs, because they appeal to the universal value of the 'children of our nation' rather than to specific human rights-based, anti-discrimination norms. Thus, they are all the same able to partly overcome social exclusion of their disabled children (FRÖHLICH 2011:376).

Zudem ließe sich fragen, warum beispielsweise religiöse Werte zur Unterstützung benachteiligter Gruppen, die sowohl in Kasachstan als auch Usbekistan nach Ende der Sowjetunion deutlich sichtbarer geworden sind (vgl. Kapitel 2), nicht zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung eingesetzt, sondern in der internationalen Zusammenarbeit weitestgehend ignoriert werden (vgl. KUIPERS & SABUMI 2016:458): „[T]here are a lot of business men who try to give charity money because of religious values (INTERVIEW XV:358-360).

Die ausbleibende Nachhaltigkeit ist nach den Ergebnissen der Forschungsinterviews auf das Fehlen einer *ergebnisoffenen Situationsanalyse* zurückzuführen. Ihr Ziel besteht in der Herausarbeitung eines tatsächlichen Handlungs und- Unterstützungsbedarfs, der weniger die Prioritäten der Geberorganisationen, als die Interessen lokaler Akteure widerspiegelt. Wesentlicher Bestandteil dessen ist die Berücksichtigung von bestehenden Ressourcen, anstatt sich einseitig an Defiziten zu orientieren.

Hinsichtlich der nationalen nicht-staatlichen Akteure kommt vor dem Hintergrund der staatlichen Repression in Kasachstan und Usbekistan nur eine *kooperative Strategie* infrage. Denn zum einen verfügen die historisch gewachsenen großen Selbstvertretungsorganisationen über enge Verflechtungen mit staatlichen Organen, die ihnen eine gewisse Legitimität verleiht, aber gleichzeitig kritische Positionen unterbindet. Zum anderen treten auch vermehrt kleinere Nichtregierungsorganisationen insbesondere in Kasachstan über staatlich finanzierte soziale Dienstleistungen in eine solche Verflechtung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Strukturen ein. Um greifbare behindertenpolitische Veränderungen zu erreichen, sind deshalb die Mittel, wie sie aus der Behindertenrechtsbewegung in Westeuropa oder Nordamerika bekannt sind, kaum effektiv. Vielmehr müssen nicht-staatliche Akteure eine Strategie verfolgen, die konkrete

Problemlösekompetenzen in den Vordergrund rückt und gleichzeitig staatlichen Strukturen eine positive Außendarstellung ermöglicht.

Als Ursache für die *schwach ausgeprägte Identität als gesellschaftlich diskriminierte Gruppe* wurde sowohl die Isolation von Menschen mit Behinderung in Institutionen als auch den eigenen Familien herausgestellt. Um exkludierende Faktoren deshalb nicht als eigenes Versagen, sondern gesellschaftlich produziert aufzufassen, muss diese Isolation aufgebrochen werden. Der Handlungsspielraum nicht-staatlicher Akteure ist jedoch zum größten Teil auf soziale, kulturelle oder medizinische Dienstleistungen beschränkt. Denn zum einen lässt die staatliche Politik fast ausschließlich diese Räume zu; zum anderen ist die Mehrheit aller Menschen mit Behinderung genau auf solche Hilfen angewiesen. Wiederum zeigt dabei aber ein historischer Vergleich, dass gerade solche – auch segregierenden – Hilfesysteme der Ursprungsort einer gemeinsamen Identität und gesellschaftlicher Aktivität von Menschen mit Behinderung waren. Auch die Erfahrungen von ARCHESON und WILLIAMSON (2001) im Falle Nordirlands untermauern diesen Zusammenhang.

Zwei weitere Aspekte sind in dieser Hinsicht von zentraler Bedeutung: Wichtig ist, dass tatsächlich alle Menschen mit Behinderung von diesen Angeboten profitieren können und Menschen mit komplexeren Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen bleiben; zweitens müssen Menschen mit Behinderung auf positiv besetzte Rollenvorbilder treffen können:

[T]hey are a showcase. As a role model, [...], to demonstrate. That's why I always believe in that capacity building, empowerment. Human resource development of disabled. You know, changing policies, bringing new ideas or building factories – those things are important. But there are not going to be sustainable, if you don't push people forward. Maybe in long-term, but that's going to be a more promising approach (INTERVIEW XV:368-372).

Der Stellenwert eines die medizinische Unterstützung betonenden Ansatzes bedeutet jedoch keinesfalls, dass der Wandel des aus der Sowjetunion stammenden *medizinischen Paradigmas* zu einem *sozialen Modell* von Behinderung in Kasachstan und Usbekistan unmöglich wäre; im Gegenteil, das Interesse von Behindertenpädagogen (ZAGIRTDINOVA 2005) und NGOs (HAYOT 2007) an diesem Modell und den Fragen des *Empowerments* von Menschen mit Behinderung (KATSUI 2008:24) ist deutlich vernehmbar. Das Wissen nicht-staatlicher Akteure um die staatliche Dominanz und das Misstrauen gegenüber politischer Partizipation haben jedoch dazu geführt, dass Selbstvertretungsorganisationen in

Zentralasien den menschenrechtlichen Ansatz erweitern und eher die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren in den Vordergrund rücken. Dies lässt sich dabei nicht nur als lokale Interpretation eines menschenrechtlichen Ansatzes im Sinne der *soziokulturellen Lebensweltorientierung* auffassen, sondern kann gleichzeitig auch den Ausgangspunkt eines beginnenden Wandels des medizinischen Modells hin zu einem Modell, dass die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen betont, markieren (KATSUI 2008:24; ŠEK 2005; ZAGIRTDINOVA 2005). Schlussendlich wäre es damit auch falsch, in der Frage nach dem *medizinischen, sozialen und/oder menschenrechtlich* basierten Ansatz in der Behindertenpädagogik von kulturell bestimmten Kategorien zu sprechen, wie die Kritik an internationalen Akteuren zum Teil suggeriert (vgl. Kapitel 6.6); vielmehr ist die konkrete Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in einem bestimmten gesellschaftspolitischen Kontext zu berücksichtigen, nach dem sich Konzeptionen nicht zwischen (generell) passend und unpassend, sondern kontextuell – und damit veränderlich – zwischen relevant und irrelevant unterscheiden lassen können.

Um diese Handlungsspielräume konkret mit den zuvor in Kapitel sechs gefundenen Exklusionsgefahren in Beziehung zu setzen, ist in einem ersten Schritt die hierarchische Verbindung dieser exkludierenden Faktoren wichtig: Denn als Exklusionsgefahren der Ebene drei gehen das fehlende gesellschaftliche und staatliche Interesse an Menschen mit Behinderung sowie die verbreiteten Vorurteile den weiteren Exklusionsgefahren der Ebene zwei und eins voraus. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Vorurteile eröffnet sich zunächst der Stellenwert positiver Rollenvorbilder. Denn ihre Wirkung richtet sich sowohl in gesellschaftlicher Hinsicht nach außen, als auch in Bezug auf Menschen mit Behinderung nach innen. Nach außen, indem dem negativen Bild von Behinderung positive Beispiele entgegengesetzt werden. Nach innen, weil sie auch Menschen mit Behinderung selbst eine erweiterte Handlungsfähigkeit vermitteln können. Zudem tragen internationale Akteure über eine *soziokulturelle Lebensweltorientierung* ihrer Programme auch zur Verankerung eines positiven Begriffes von Behinderung bei, indem sie ihn in Verbindung zu nationalen Werten und Traditionen bringen. Dabei sind es gerade die Rollenvorbilder, die eine Übersetzung dieser Konzeptionen in den nationalen Kontext vornehmen können.

Auf der anderen Seite müssen sich internationale wie nationale nicht-staatliche Akteure das Bestreben Kasachstans und Usbekistans, Anerkennung innerhalb der internationalen



Gemeinschaft zu erlangen, zunutze machen, um dem gering ausgeprägten staatlichen Interesse an der Unterstützung von Menschen mit Behinderung entgegenzuwirken. Nach Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention durch die Generalversammlung der UN im Jahre 2006 scheint sich ein Möglichkeitsfenster geöffnet zu haben, das dem Thema Behinderung international Relevanz verleiht und damit als Ansatzpunkt genutzt werden sollte, um staatliche Strukturen dauerhaft in die Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure im Bereich der Behindertenpolitik einzubinden.

Abschließend stand in Kapitel 9 im Vordergrund, wie sich konkrete Interventionen auf die Exklusionsgefahren der Ebene eins und zwei beziehen können. In diesem Kontext ist erneut die Berücksichtigung ihrer hierarchischen Ordnung von Bedeutung. Denn wenn exkludierende Faktoren der ersten Ebene wie Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung im Fokus stehen, werden Interventionen ohne Berücksichtigung der ihnen übergeordneten Aspekte der Ebene zwei ineffektiv bleiben. So ist eine Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt (Ebene eins) ohne die Berücksichtigung der infrastrukturellen Voraussetzungen (Ebene zwei) nicht denkbar. Demgegenüber wäre es möglich, infrastrukturelle Barrieren zu beseitigen, ohne konkrete Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt mitzudenken. Gemeinsamer Bestandteil aller Interventionen müssen jedoch die Vorurteile und das fehlende staatliche Interesse als zentrale Exklusionsgefahren der Ebene drei sein.

## 10 Ausblick

Die bereits in Kapitel 7.5.4 begonnene Reflexion hinsichtlich der Übertragbarkeit der gewonnenen Forschungsergebnisse auf weitere Regionen ist sicher eine der wichtigsten offenen Fragen dieser Arbeit. Denn Kasachstan und Usbekistan teilen aufgrund ihrer Vergangenheit als sowjetische Teilrepubliken politische, ökonomische und gesellschaftliche Berührungspunkte, die sie von anderen Regionen deutlich unterscheiden. Politisch, weil beide Nachfolgestaaten ein enorm zentralistisches sowie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringendes Staatswesen übernommen haben, das kaum mit der häufig gering ausgeprägten staatlichen Präsenz in Entwicklungs- und Schwellenländern vergleichbar sein dürfte, selbst wenn es sich ebenfalls um nicht-demokratische Staaten handelt. Zu dieser staatlichen Präsenz gehört aber ebenso ein enorm differenziertes und vergleichsweise entwickeltes Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem, das trotz aller Einschnitte noch immer verhältnismäßig großzügig ist (ORENSTEIN 2008:81). In der behindertenpolitischen Debatte zeigt sich dies durch ein differenziertes Sonderschulsystem, das – je nach Perspektive – eine zusätzliche Herausforderung oder Ressource für internationale Programme darstellen kann (vgl. UNICEF 2013:33).

Ökonomisch, weil trotz der vergleichsweise geringen Wirtschaftsleistung in beiden Ländern ein durch Bodenschätze getriebenes Wirtschaftswachstum herrscht, das sie von ressourcenarmen Entwicklungs- und Schwellenländern erheblich unterscheidet. Dadurch eröffnen sich auch sozial- und bildungspolitische Spielräume, die zweifelsohne eine relativ privilegierte Perspektive widerspiegeln.

Und nicht zuletzt in gesellschaftlicher Hinsicht nehmen Kasachstan und Usbekistan eine ambivalente Stellung ein: Zwar handelt es sich bei beiden Staaten um islamisch geprägte Gesellschaften; ihre Religiosität jedoch hebt sich von anderen Ländern mit muslimischer Glaubensmehrheit deutlich ab. Denn nicht nur verschwimmen häufig Religion und Tradition, auch die gesellschaftliche Verwurzelung des Islam ist insgesamt weniger stark. Außerdem stehen nicht nur staatliche Strukturen, sondern auch weite Teile der Gesellschaft zivilgesellschaftlicher und staatskritischer Aktivität mit großen Vorbehalten gegenüber. Dies mag auf den ersten Blick allein eine Folge der umfassenden staatlichen

Repression sein, besitzt aber bei einer detaillierteren Analyse auch gesellschaftshistorische Ursachen. Denn die kollektive Erfahrung des vollständigen Zusammenbruchs staatlicher Strukturen und der Verlust sozialer Sicherheit, aber auch eines ideologischen Grundgerüsts nach Auflösung der Sowjetunion haben zu einer Verstärkung konservativer Denkmuster in den postsozialistischen Gesellschaften geführt (vgl. Kapitel 2.2).

Sind die Forschungsergebnisse somit auf die beiden betrachteten Staaten beschränkt?

Mitnichten, wie ein Blick auf die am Beispiel Kasachstans und Usbekistans aufgedeckten Exklusionskreisläufe (Kapitel 8) verdeutlicht: Wenn die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung und das eingeschränkte gesellschaftliche wie staatliche Interesse an ihrer Unterstützung als Überbau eines autopoietischen Systems herausgearbeitet wurden, so ist die Frage zu stellen, ob ein solcher Exklusionsprozess nicht auch in anderen Regionen stattfindet. Denn zwar wird im (weltweiten) akademischen Diskurs der Sonder- und Heilpädagogik stets von Anerkennung und menschenrechtsbasierten Perspektiven in Bezug auf Menschen mit Behinderung gesprochen, die gesellschaftliche Realität dürfte aber weiterhin eine andere sein. Selbst in Deutschland ist die erste Assoziation zu Menschen mit geistiger Behinderung von fast 90 Prozent der Bevölkerung noch immer „hilfsbedürftig“; deutlich mehr als die Hälfte empfindet „Mitleid“ (LEBENSHILFE 2014:7). Wie realistisch ist es dann, mit diesen Begriffen im Entwicklungskontext zu agieren, dessen gesellschaftliche Realitäten noch weitaus weniger dem Ideal der behindertenpädagogischen Debatte entsprechen?

Genauso berechtigt wäre die Frage, ob Regierungen auch jenseits von Kasachstan und Usbekistan tatsächlich an behindertenpolitischen Fragestellungen interessiert sind oder eher – wenn nicht mehr zu ignorieren – dem Druck einzelner nicht-staatlicher Akteure nachgeben? Denn die entscheidenden behindertenpolitischen Veränderungen gingen auch in Deutschland zumeist auf Behindertenrechtsaktivisten und Elternvereinigungen zurück (vgl. Kapitel 5.2). Der Ausschuss der Vereinten Nationen, der Deutschland im Rahmen der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention nach deren Umsetzung überprüft, hat aktuell eine ganze Reihe kritischer Anmerkungen zur hiesigen Behindertenpolitik (UNITED NATIONS 2015). Exklusionskreisläufen dürften Menschen mit Behinderung also keinesfalls nur in Kasachstan und Usbekistan ausgesetzt sein.

In ähnlicher Weise können auch die vier identifizierten Handlungsspielräume (Kapitel 9) über Kasachstan und Usbekistan hinaus als bedeutende Bestandteile der Aktivität

nationaler wie internationaler nicht-staatlicher Akteure gelten. Ohne Zweifel sind zwar die Handlungsspielräume nicht-staatlicher Akteure in weniger autoritären Staaten weitaus größer, sodass nicht ausschließlich kooperative Strategien für sie infrage kommen. Durch die Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen – beispielsweise mit Blick auf die politische Repräsentation – sind jedoch auch in der Bundesrepublik entscheidende Fortschritte durch Menschen mit Behinderung erzielt wurden (KÖBSELL 2012). Gleichmaßen erscheint die Anpassung von behindertenpolitischen Konzepten durch eine *soziokulturelle Lebensweltorientierung* sowie eine *ergebnisoffene Situationsanalyse* als bedeutende Bedingung für eine nachhaltige Wirksamkeit. Ein Blick auf die gegenwärtige Auseinandersetzung im Rahmen der Umsetzung inklusiver Bildung demonstriert diese Problematik und verdeutlicht, dass – aus welchen Gründen auch immer – keinesfalls Einigkeit darüber herrscht, welcher Bildungsanspruch sich für Kinder und Jugendliche mit Behinderung aus der Behindertenrechtskonvention ableiten lässt. Während dabei die weltweite Gültigkeit inklusiver Bildung in Usbekistan zuweilen infrage gestellt wird (INTERVIEW XXIX:550-551), ist ein Teil der politischen Entscheidungsträger hierzulande davon überzeugt, dass sich inklusive Bildung „nur“ auf einen grundsätzlichen Bildungsanspruch bezieht und daher ausschließlich auf den Entwicklungskontext angewendet werden sollte:

Wenn auch der Besuch von Förderschulen inklusive Bildung genannt werden darf, dann hätte Deutschland schon seit Jahrzehnten ein inklusives Bildungssystem und es gäbe in der Tat keinerlei Handlungsbedarf. Im konservativen Lager wird daher argwöhnisch vermutet, dass die BRK [Behindertenrechtskonvention, S.K.] eigentlich für die Entwicklungsländer geschrieben sei und Deutschland rundherum nichts angehe (WOCKEN 2012:77-78).

Es herrscht also nicht nur in Kasachstan und Usbekistan eine weitreichende Unklarheit hinsichtlich des Bedeutungsumfangs behindertenpolitischer Begriffe, was meines Erachtens darauf zurückzuführen ist, dass ihre Tragweite vor dem Hintergrund der lokalen Bedingungen, Überzeugungen und Erfahrungen kaum systematisch eruiert wurde. Denn erst wenn diese Konzepte auf einen gesellschaftlichen Resonanzboden treffen, der ihre Notwendigkeit in einem spezifischen Kontext legitimiert, kann eine gesellschaftliche Übereinkunft ihrer Bedeutsamkeit erzielt werden.

Die aus der Beschäftigung mit der Behindertenpolitik „von außen“ gewonnene kritische Perspektive auf den hiesigen Kontext ist zweifelsohne ebenso ein wesentliches

Forschungsergebnis. Diese kritische Perspektive bezieht sich dabei im Anschluss an die behindertenpolitischen Herausforderungen in Kasachstan und Usbekistan insbesondere auf Fragen nach der Umsetzung einer inklusiven Bildungspolitik. Nach einer Erhebung der Lebenshilfe (2014:11) stehen auch hierzulande drei Viertel aller Eltern schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher der bisherigen Implementation inklusiver Bildung kritisch gegenüber – und dies nach jahrzehntelanger Erprobung integrativer Modelle und vor dem Hintergrund wesentlich größerer finanzieller Ressourcen im Vergleich zu Kasachstan und Usbekistan. Kann inklusive Bildungspolitik dann überhaupt vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer finanzieller Spielräume und sich unterscheidender gesellschaftlicher Bedingungen funktionieren?

Diese Frage weist gleichzeitig auf das größte Manko meiner eigenen Forschungsarbeit hin: Von Beginn an habe ich mich auf exkludierende Faktoren, auf Dinge, die in Kasachstan und Usbekistan in der Behindertenpolitik kritischer Reflexion bedürfen, konzentriert. Positive Beispiele galten damit mehr als Ausnahmen von der Regel, die zwar nicht vernachlässigt werden dürfen, aber gleichermaßen nicht als repräsentativ angesehen werden können. Deshalb ist es Aufgabe zukünftiger Forschung, diese Lücke zu schließen und den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit auf eine ressourcenorientierte Behindertenpolitik zu lenken, die ausgehend von dem, was funktioniert, und nicht dem, was *nicht* funktioniert, tragfähige und nachhaltige Ergebnisse mit den Partnerländern entwickelt.

Allerdings ist wohl fraglich, inwiefern ein solch umfassender Umbau der Entwicklungszusammenarbeit realistisch ist. Denn die Funktionsweise der Entwicklungspolitik hat sich seit ihrem Beginn in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts kaum gewandelt. Die *a priori* Bestimmung von Programmzielen, der enge, an Entwicklungen im Geberland gerichtete Projektfokus sowie die fehlende Orientierung an bestehenden Unterstützungsnetzwerken und Ressourcen ist letztlich, mit den Worten eines Interviewpartners, „*the architecture of the aid*“ (INTERVIEW XX:120). Fast genauso alt wie die Entwicklungshilfe selbst ist somit auch ihre kritische Begleitung.

Auf der anderen Seite darf dies nicht bedeuten, deshalb auf Kritik an der bestehenden Entwicklungszusammenarbeit zu verzichten, weil ihr umfassender Umbau aus derzeitiger Perspektive kaum umsetzbar erscheint. Gerade für eine – auch kleinschrittige – Weiterentwicklung bietet die vorliegende Forschungsarbeit eine Reihe von Ansatzpunkten. Sei es hinsichtlich der konsequenten Kooperation mit staatlichen Strukturen, dem Einsatz

von Rollenvorbildern oder der soziokulturellen Lebensweltorientierung von Projekten. Dafür ist zunächst gar kein vollständiger Umbau der Entwicklungszusammenarbeit notwendig, sondern nur ihre schrittweise Anpassung und Erweiterung. Gleichfalls bin ich davon überzeugt, dass die unüberhörbare Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit früher oder später die Blickrichtung einer Ressourcen- und Bedarfsorientierung übernehmen muss, wenn sie in den Geberländern immer stärker aufgrund ausbleibender Ergebnisse hinterfragt wird.

## 11 Anhang

### 11.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Schema zur Wissenschaftlichkeit von Quellen nach PREXL (2015:33) .....	13
Abbildung 1-2: Adaptiertes Schema zur Angemessenheit von Quellen nach PREXL (2015:33).....	15
Abbildung 2-1: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Prozent von 1991-2016 sowie in absoluten Zahlen in Usbekistan und Kasachstan (POMFRET 2006:8; WORLD BANK 2016a;b).....	34
Abbildung 2-2: Einschätzung der NGO Freedom House zum Stand ausgewählter demokratischer Indikatoren in Kasachstan und Usbekistan für das Jahr 2014 (ZENTRALASIEN-ANALYSEN 2015:17ff)..	36
Abbildung 3-1: Grafische Darstellung des kasachstanischen und usbekischen (Regel-)Bildungssystems (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE 2016a;b).....	45
Abbildung 3-2: Veränderung der Anzahl der Lernenden in Prozent der jeweiligen Altersgruppe 1991 und 1996 (vgl. FALKINGHAM 1990:30). Die schwarz eingerahmten Daten spiegeln das Jahr 1996 wieder. ....	49
Abbildung 3-3: Anzahl der Ärzte und Krankenschwestern in Kasachstan, Russland, Usbekistan und Belarus auf 100.000 Menschen 2012 (AHMEDOV et al. 2014:65).....	57
Abbildung 4-1: Schnittmengen und Unterschiede verschiedener Begriffstraditionen in der BRD und UdSSR im behindertenpädagogischen Kontext .....	65
Abbildung 4-2: Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Sonderschulwesen nach verschiedenen Formen von Behinderung in den Jahren 1911 und 1931 (McCAGG 1989:50).....	69
Abbildung 4-3: Anzahl der registrierten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung bis 18 Jahre in Usbekistan und Kasachstan im Vergleich (nach UNICEF 2012a:3 und UNICEF 2012b:4).....	93
Abbildung 4-4: Entwicklung des Anteils von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung nach Förderort 2000-2012 in Usbekistan (UNICEF 2012a:8) und 2012 bzw. 2009 in Kasachstan (UNICEF 2012b:12; OECD 2009:91) .....	97
Abbildung 4-5: Zusammenfassende Darstellung der Diagnostik von Menschen mit Behinderung .....	103
Abbildung 6-1: Graphische Darstellung eines zweigleisigen Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit (nach ESSER 2012:5) .....	153
Abbildung 7-1: Zirkuläres Modell des Forschungsprozesses (nach FLICK 2010:128).....	167
Abbildung 8-1: Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (1) .....	220
Abbildung 8-2: Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (2) .....	234
Abbildung 8-3: Kreislauf der Exklusion von Menschen mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan – Ebene (3) .....	248
Abbildung 9-1: Handlungsspielräume internationaler und nationaler Akteure in Bezug auf die Exklusionsgefahren der Ebene drei.....	267
Abbildung 9-2: Handlungsspielräume bezogen auf die Ebene zwei der Exklusionsgefahren.....	275
Abbildung 9-3: Handlungsspielräume bezogen auf die Ebene eins der Exklusionsgefahren .....	277

## 11.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1-1: Ausgewählte Quellen geordnet aus wissenschaftstheoretischer Sicht nach Voss (2016:92) .....	17
Tabelle 2-1: Usbekistan und Kasachstan im statistischen Vergleich (2014/15) nach INTERNATIONAL MONETARY FUND (2010-16:45); OECD (2016); WORLD BANK (2016a;b;c); UNDP (2015).....	19
Tabelle 2-2: Entwicklung des BIP und der Inflation in Usbekistan und Kasachstan 1991-95 (POMFRET 2006:5;8) .....	24
Tabelle 3-1: Übersicht ausgewählter Leistungen des Sozialstaates in Usbekistan und Kasachstan ohne Berücksichtigung des Rentensystems (BABAJANIAN, B. et al. 2014:2; UNICEF 2013:14ff; SHAGAZATOVA 2012:14) .....	40
Tabelle 3-2: Staatliche Ausgaben im Bereich Sozialschutz in Prozent des BIP 2008 (SCHARFF 2014).....	42
Tabelle 3-3: Bildungsausgaben in Prozent des BIP 1990 und 1995 (GILSTER & HÄTTICH 2007:513) ..	47
Tabelle 3-4: Staatliche und private Ausgaben im Gesundheitswesen anteilig in % am BIP (AHMEDOV et al. 2014:37; KATSAGA et al. 2012:42) .....	56
Tabelle 4-1: Prozentualer Anteil von Sonderschülern in den Klassen I-IV in der Sowjetunion (SUTTON 1988:84) .....	75
Tabelle 4-2: Anzahl und Arten von Sonderschuleinrichtungen in der Armenischen SSR (SUTTON 1988:77) .....	76
Tabelle 4-3: Minimale und maximale Höhe und Art der Behindertenpension bzw. staatlichen Unterstützung nach Behindertengruppe in den Jahren 1980/81 (MADISON 1989:178f) .....	85
Tabelle 4-4: Anzahl der Neuregistrierungen offiziell anerkannter Behinderung aller Altersgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung 1996-2002 (ZAGIRTDINOVA 2005:214) .....	91
Tabelle 4-5: Arten und Anzahl von Sonderschulen und Sonderschulinternaten 2013 in Kasachstan (KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM 2014:97) und Usbekistan (USBKISCHES VOLKSBIIDUNGSMINISTERIUM 2016) im Vergleich .....	95
Tabelle 4-6: Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Usbekistan und Kasachstan nach Alter sowie quantitativer Vergleich nach Bildungseinrichtung basierend auf TOMINI et al. (2014:43), UNICEF (2012a:8) .....	99
Tabelle 4-7: Behinderungsgruppe, prozentualer Anteil der Mindestrente und entsprechende finanzielle Unterstützung für Menschen mit Behinderung ab 16 Jahren .....	106
Tabelle 5-1: Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung in der Sowjetunion am Beispiel Russlands .....	119
Tabelle 5-2: Gemeinsamkeiten und Unterschiede nicht-staatlicher Akteure der Behindertenpolitik in der Sowjetunion und der Behindertenrechtsbewegung der Bundesrepublik .....	130
Tabelle 5-3: Übersicht der Tätigkeitsfelder von Nichtregierungsorganisationen in Kasachstan und Usbekistan aus dem Jahre 2004 (nach GIFFEN, EARLE & BUXTON 2005:92).....	134
Tabelle 7-1: Übersicht der empirischen Vorgehensweise in Bezug auf die Exklusionsgefahren für Menschen mit Behinderung in Kasachstan und Usbekistan .....	192
Tabelle 9-1: Übersicht der empirischen Vorgehensweise zu den Handlungsspielräumen nationaler und internationaler Akteure .....	252



## 11.3 Zusammenfassung der Interviewleitfäden

### Einführung

- Persönliche Einführung und Vorstellung
- Erklärung des Forschungsinteresses
- Informationen zur Interviewsituation  
→ Umgang mit den Interviews (Anonymität); Kontrolle der Transkripte durch Interviewpartner
- Raum für Fragen der Teilnehmenden

### Tätigkeitsprofil der Teilnehmenden

- Kurzvorstellung der Teilnehmenden: Sprechimpuls über die Kurzbeschreibung ihrer Tätigkeit setzen
- Persönliche Eckdaten oder Ziele der Organisation bzw. Tätigkeitsbereich  
→ Hinweis: Nur für die Orientierung im Gespräch (nicht notiert!)

### Thematische Diskussion

- Thematische Schwerpunktsetzung in Abhängigkeit der Erfahrung der Gesprächspartner
- Abschließend Sprechimpuls zu Möglichkeiten einer verbesserten Unterstützung von Menschen mit Behinderung  
→ drei Wünsche, die durch einen Flaschengeist erfüllt werden

#### Betriebswissen von Menschen mit Behinderung

- Erleben von Stereotypen und Vorurteilen
- Persönliche Erfahrung mit staatlichen Institutionen (u.a. Gesundheits- und Bildungssystem)
- Eigene familiäre Erfahrung mit dem Thema Behinderung
- Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt

#### Kontextwissen von Sonder- und Heilpädagogen

- Gesellschaftliche Sichtweise auf Behinderung
- (Sozial)Staatliche Unterstützung von Menschen mit Behinderung
- Arbeitsmarkt- und Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung

### **Betriebs- und Kontextwissen nicht-staatlicher Akteure**

- Beziehung zu und Umgang mit staatlichen Strukturen
- Herausforderungen und Schwierigkeiten in der alltäglichen Arbeit
- Einfluss und Stellenwert nicht-staatlicher Akteure in der Behindertenpolitik
- Möglichkeiten der Unterstützung der Inklusion von Menschen mit Behinderung

### **Abschluss**

- Absprache zur Überprüfung der Transkripte (persönliches Treffen oder per E-Mail)
- Eigene Unterstützung anbieten
  - Angebote zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen oder Seminaren
  - Möglichkeiten der Unterstützung aus Deutschland?

## 12 Literaturverzeichnis

- AEPPLI, J., GASSER, L., GUTZWILLER, E. & TETTENBORN, A. (2106): *Empirisches wissenschaftliches Arbeiten Ein Studienbuch für die Bildungswissenschaften*. Verlag Julius Klinkhardt. Bad Heilbrunn
- ADAMS, L. L. 2004. Cultural Elites in Uzbekistan: Ideology Production and the State. In JONES-LUONG (Ed.): *The Transformation of Central Asia: States and Societies from Soviet Rule to Independence*. Cornell University Press. Ithaca, NY. S.93-119
- AFANASEVA, N.N. (1978): Erfahrung eines differenzierten Zugangs in der Erziehung von Kindern mit einer Verzögerung der psychischen Entwicklung. [Opyt differenzirovannogo podchoda v vospitanii detej c zaderžkoj psichičeskogo razvitija] In *Defektologija* 4/1978. S.57-63
- AHMEDOV, M. et al. (2014): *Uzbekistan Health System Review. Health Systems in Transition*. 16/5. Zugriff am 09.12.2016. S.1-137. Verfügbar unter: [[http://www.euro.who.int/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0019/270370/Uzbekistan-HiT-web.pdf](http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0019/270370/Uzbekistan-HiT-web.pdf)].
- AHRBECK, B. (2011): *Der Umgang mit Behinderung*. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart
- AKBARZADEH, S. (2004): Keeping Central Asia stable. In *Third World Quarterly*, 25:4, S.689-705
- ALAM, A. & BANERIJ, A. (2000): *Uzbekistan and Kazakhstan: A Tale of Two Transition Paths?* Zugriff am 15.02.2017. Verfügbar unter: [<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/19763>]
- ALBRECHT, F., BÜRLI, A. & ERDÉLYI, A. (2006): *Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik: aktuelle Diskussionen, Ergebnisse und Herausforderungen*. Bad Heilbrunn. Klinkhardt
- AMNESTY INTERNATIONAL (2017): *Annual Report. Kazakhstan 2016/2017*. Zugriff am 01.03.2017. Verfügbar unter: [<https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/kazakhstan/report-kazakhstan/>]
- AN, S. (2014): The Law on Special Social Services: a case study of policy translation in post-Soviet Kazakhstan. *Transnational Social Review*. 4/2-3 S.120-136
- ARCHESON, N. & WILLIAMSON, A. (2001): The Ambiguous Role of Welfare Structures in Relation to the Emergence of Activism Among Disabled People: Research evidence from Northern Ireland. In: *Disability and Society*. 16/1 S.84-102
- ASIAN DEVELOPMENT BANK (2011): *Civil Society Briefs. Uzbekistan*. Zugriff am 05.09.2017. Verfügbar unter: [<https://www.adb.org/publications/civil-society-briefs-uzbekistan>]

ASIAN DEVELOPMENT BANK (2015): *Civil Society Briefs. Kazakhstan*. Zugriff am 05.09.2017. Verfügbar unter: [<https://www.adb.org/publications/civil-society-briefs-kazakhstan>]

ASIAN DEVELOPMENT BANK (2017): *Who we are*. Zugriff am 10.09.2017. Verfügbar unter: [<https://www.adb.org/about/main>]

AUSWÄRTIGES AMT (2016a): *Beziehungen zwischen Kasachstan und Deutschland*. Zugriff am 12.02.2017. Verfügbar unter: [[http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kasachstan/Bilateral\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kasachstan/Bilateral_node.html)]

AUSWÄRTIGES AMT (2016b): *Außenpolitik. Grundlinien der Außenpolitik*. Zugriff am 12.02.2017. Verfügbar unter: [[http://www.auswaertiges-amt.de/sid\\_B65B075101CC5A64F6578315CA504C48/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kasachstan/Aussenpolitik\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/sid_B65B075101CC5A64F6578315CA504C48/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kasachstan/Aussenpolitik_node.html)]

AZIZOV, D. (2014): *In Usbekistan steigen die Gehälter und Renten mit dem 15. Dezember um 10 Prozent* [V Uzbekistane zarplaty i pensii s 15 dekabrja vyrastut na 10%] Zugriff am 23.07.2015. Verfügbar unter: [<http://www.trend.az/casia/uzbekistan/2335791.html>]

BABAJANIAN, B. et al. (2014): *Policy Brief: Analysis of social transfer for children and their families in Kazakhstan*. UNICEF Kazakhstan. Zugriff am 10.07.2016. Verfügbar unter: [<https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9448.pdf>]

BADI, D. (2008): Distanzierung und ethnische Vereinnahmung – Die Erforschung oraler Traditionen in der eigenen Gesellschaft. In CAPPAL, G. (Hrsg.): *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.69-94

BALDAUF, I. (2007): Traditionen, Revolutionen, Adaption. Die kulturelle Sowjetisierung Zentralasiens. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.99-120

BALL, A. (1994): *And Now My Soul Is Hardened. Abandoned Children in Soviet Russian 1918-1930*. University of California Press. Berkeley. Los Angeles, London

BARTLETT, P. (2017): *Kazakhstan Going Into Soft Power Overdrive*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/82266>]

BAUER, R.A. (1952): *The new man in soviet psychology*. Harvard University Press. Cambridge

BAUR, N. & BLASIUS, J. (2014): Methoden der empirischen Sozialforschung. In Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer Fachmedien. S.41-62

BAZIN, L. (2010): Der Geist des neuen Nationalismus. Was Elfenbeinküste und Usbekistan gemeinsam haben. *Le Monde diplomatique*. Zugriff am 07.05.2016. Verfügbar unter: [<https://monde-diplomatique.de/artikel/!468817>]

BELJAVSKIJ, B.V. & MURTUZALIEVA, U.M. (1989): Einige Fragen der werktätigen Bildung und Erziehung von Kindern mit geistiger Behinderung. [Nekotorye voprosy obučenija i vospitanija umstvenno otstalych školnikov] In *Defektologija* 6/1989. S.26-30

BENUA, A. (2011): *Das usbekische Wunder: Die ärztlich-arbeitstechnische Kommission hat erfolgreich einen lebenslangen Behinderten „geheilt“*. [Uzbekskoe čudo: Vračebno-trudovye komissii uspešno «izlečivajut» bessročnych invalidov. Zugriff am 08.06.2015. Verfügbar unter: [<http://www.fergananews.com/article.php?id=7108>]

BERGER-GRABNER, D. (2016): *Wissenschaftliches Arbeiten in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Hilfreiche Tipps und praktische Beispiele*. Springer Fachmedien. Wiesbaden

BERGHS, M. (2014): The New Humanitarianism: Neoliberalism, Poverty and the Creation of Disability. In GILL, M. & SCHLUND-VIALS, C.J. (Hrsg.): *Disability, Human Rights and the Limits of Humanitarianism*. Ashgate Publishing. New York, S.27-44

BERGMAN, M.M. & COXON, A.P.M. (2005): The Quality in Qualitative Methods. In *Forum Qualitative Social Research*. 6/2.

BESCHLUSS DES MINISTERKABINETTS DER REPUBLIK USBEKISTAN (2017): *Über die Maßnahmen der Verbesserung der Tätigkeit der staatlichen Sondervorschuleinrichtungen*. [O merach po soveršenstvovaniju dejatel'nosti gosudarstvennych specializirovannyh doškolnyh obrazovatel'nyh učreždenij] Zugriff am 30.01.2015. Verfügbar unter: [[http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:-O5c8pZSAG4J:www.lex.uz/pages/GetAct.aspx%3Flact\\_id%3D1647031+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de](http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:-O5c8pZSAG4J:www.lex.uz/pages/GetAct.aspx%3Flact_id%3D1647031+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de)]

BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.9-34

BHUIYAN, S. H. & AMAGOH, F. (2011): Public sector reform in Kazakhstan: issues and perspectives In: *International Journal of Public Sector Management*, 24/3, S.227-249

BIEWER, G. (2006): „Community-Based Rehabilitation aus heilpädagogischer Sicht. Eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Rehabilitationsmodell der WHO. In ALBRECHT, F., BÜRLI, A. & ERDÉLYI, A. (Hrsg.): *Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik: aktuelle Diskussionen, Ergebnisse und Herausforderungen*. Bad Heilbrunn. Klinkhardt. S.139-148

BITTNER, M. & GÜNTHER, M. (2013): Verstehensprozesse in interkulturellen Forschungsgruppen –Übersetzung als eine Herausforderung qualitativer Forschung. In BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.185-202

BLACK, D. & STIENSTRA, D. (2016) Creative encounters: disability studies meets development studies In *Third World Thematics: A TWQ Journal*, 1/3. S.285-291

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2008): *Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit*

*Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/konzept165.pdf]

BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden

BONDAR', V. & YEREMENKO, I. (1990): Zur Verbesserung der Vorbereitung geistig behinderter Kinder auf die selbstständige Erwerbstätigkeit [O soveršenstvovanii podgotovki umstvenno otstalych detej k samostojatel'nomu trudu] In: *Defektologija*. 3/1990. S. 36-41

BÖTTGER, K. & PLOTTKA, J. (2017): Auf dem Weg zu einer neuen EU-Zentralasienstrategie. Stand, Entwicklung und Perspektiven der europäischen Zentralasienpolitik. In *Zentralasien-Analysen*. 111/2017. S.2-6. Zugriff am 15.05.2017. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen111.pdf]

BRADLEY, J. (2015): *Kazakhstan: Economic Crisis, State Companies, and the Nation's Image*. Zugriff am 14.10.2016. Verfügbar unter: [http://www.eurasianet.org/node/74221]

BRADLEY, T. (2005): Challenging International Development's Response to Disability. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 02/2005. S.68-73. Zugriff am 12.06.2017. Verfügbar unter: [http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2005\_2.pdf]

BRAITHWAITE, J. & MONT, D. (2008): *Disability and Poverty: A Survey of World Bank Poverty Assessments and Implications*. World Bank. Zugriff am 25.02.2016. Verfügbar unter: [http://siteresources.worldbank.org/DISABILITY/Resources/280658-1172608138489/WBPovertyAssessments.pdf]

BREHME, D. (2016): *Normalitätskonzepte im Behinderungsdiskurs. Eine qualitative Befragung inklusiv-beschulter Brandenburger Grundschulkinder*. Springer Fachmedien. Wiesbaden

BROWNE, S. (2011): *The United Nations Development Programme and System*. Routledge. New York

BUDDE, V. & SCHLAGER, E. (2014): *Auswirkung der Ukraine-Krise. Gespaltene Gesellschaft in Kasachstan*. Zugriff am 05.03.2017. Verfügbar unter: [http://www.deutschlandfunk.de/auswirkung-der-ukraine-krise-gespaltene-gesellschaft-in.724.de.html?dram:article\_id=292103]

BULUKTAYEV, Y. (2015): Regionale Disproportionen und soziale Ungleichheit [Regional'nye disproportzii i social'noe neravenstvo] In SULTANOV, B. und FARIN, T. (2015): *Der Lebensstandard der Kasachstaner und das Problem der sozialen Ungleichheit* [Uroven' žizni Kazachstancev i problemy social'nogo neravenstva]. Almaty. S.59-66

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (2016a): *Das Berufsbildungssystem Usbekistans*. Zugriff am 06.12.2016. Verfügbar unter: [https://www.bq-

portal.de/sites/default/files/usbekistan\_abbildung\_berufsbildungssystem\_seit\_2012\_0.pdf]

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (2016b): *Das Bildungssystem Kasachstans seit 2007*. Zugriff am 06.12.2016. Verfügbar unter: [[https://www.bq-portal.de/sites/default/files/abbildung\\_kasachstan\\_seit\\_2007\\_0.pdf](https://www.bq-portal.de/sites/default/files/abbildung_kasachstan_seit_2007_0.pdf)]

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2013): *Aktionsplan zur Inklusion von Menschen mit Behinderung*. BMZ-Strategiepapier 1/2013. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [[http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/Aktionsplaene/aktionsplan\\_bmz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/Aktionsplaene/aktionsplan_bmz.pdf?__blob=publicationFile&v=4)]

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2017a): *Entwicklungsland*. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [<https://www.bmz.de/de/service/glossar/E/entwicklungsland.html>]

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2017b): *Schwellenland*. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [<https://www.bmz.de/de/service/glossar/S/schwellenland.html>]

BÜRLI, A., STRASSER, U. & STEIN, A.-D. (2009): *Integration/Inklusion aus internationaler Sicht*. Julius Klinkhardt. Kempten

BUXTON, C. (2009) NGO networks in Central Asia and global civil society: potentials and limitations In: *Central Asian Survey*. 28/1. 43-58

CAPPAI, G. (2008): Vorwort. In CAPPAI, G. (Hrsg.): *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.7-8

CHATAIKA, T. & MCKENZIE, J.A. (2016): Global Institutions and Their Engagement with Disability Mainstreaming in the South: Development and (Dis)Connections. In GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S.423-436

CHERENI, A. (2017): Researching the Dynamics of Birth Registration and Social Exclusion for Child Rights Advocacy: The Unique Role of Qualitative Research. In *Forum Qualitative Social Research*. 18/2017. Zugriff am 05.04.2017. Verfügbar unter: [<http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2590>]

CHETERIAN, V. (2010): Kyrgyzstan: Central Asia's Island of Instability. In *Survival*. 52:5, S.21-27

ČIČERINA, Ja. et al. (2010): *Frühe Diagnostik und Förderung*. [rannjaja diagnostika i vmešatel'stvo]. Taschkent

COLERIDGE, P. (2006): Disabled People and Economic Empowerment. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 2/2006. S.4-10. Zugriff am 14.06.2017. Verfügbar unter: [[http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006\\_2.pdf](http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006_2.pdf)]



CUMMINGS, S. N. (2003): Eurasian bridge or murky waters between east and west? Ideas, identity and output in Kazakhstan's foreign policy. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*. 19:3, S.139-155

DEFEKTOLOGIJA (1989): *Konzeption der spezialisierten Bildung und Erziehung von Kindern mit Störungen der geistigen und physischen Entwicklung*. [Konzeptzija special'nogo obučenija i vospitanija detej s narušenijami umstvennogo i fizičeskogo razvitija] 2/1989. S. 3-15

DEFEKTOLOGIJA (1991): *Situation der spezialisierten allgemeinbildenden Schulinternate (Schulen und Internate) für Kinder mit Mängeln der physischen und geistigen Entwicklung*. [Položenie o special'nych obščebrazovatel'nych školach-internatach (školach, internatach) dlja detej c nedostatkami v fizičeskom i umstvennom razvitii. In: Defektologija 1/1991. S.3-37

DELEGATION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT FÜR ZENTRALASIEN (2016): *Kasachstan in Zahlen*. Herbst 2016. Zugriff am 09.11.2017. Verfügbar unter: [[http://zentralasien.ahk.de/fileadmin/ahk\\_zentralasien/A\\_Material\\_Website\\_neu/B\\_05\\_Publikationen/C\\_Kasachstan\\_in\\_Zahlen/09\\_2016-Herbst\\_Kas-in-Zahlen.pdf](http://zentralasien.ahk.de/fileadmin/ahk_zentralasien/A_Material_Website_neu/B_05_Publikationen/C_Kasachstan_in_Zahlen/09_2016-Herbst_Kas-in-Zahlen.pdf)]

DEPNER, A. (2015): Dinge in Bewegung - zum Rollenwandel materieller Objekte. Eine ethnographische Studie über den Umzug ins Altenheim. TRANSCRIPT VERLAG. Bielefeld

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (2012): *A human rights-based approach to disability in development. Entry points for development organisations*. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [[https://www.cbm.org/article/downloads/54741/A\\_human\\_rights-based\\_approach\\_to\\_disability\\_in\\_development.pdf](https://www.cbm.org/article/downloads/54741/A_human_rights-based_approach_to_disability_in_development.pdf)]

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (2017): *Intraregionale und lokale Wirtschaftsförderung Zentralasien*. Zugriff am 10.10.2017. Verfügbar unter: [<https://www.giz.de/de/weltweit/24115.html>]

DIENER, A.C. (2005): Kazakhstan's Kin State Diaspora: Settlement Planning and the Oralman Dilemma In: *Europe-Asia Studies*. 57/2. S.327-348

DIERBEN, I. (2007): Ohne Konsequenzen. Menschenrechtspolitik gegenüber Usbekistan. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.377-388

DIXON, C. (2008): *A Guidance Paper for an Inclusive Local Development Policy. Background information. Tools for action at local level. Support material*. Zugriff am 05.04.2017. Verfügbar unter: [

DUNN, S.P. & DUNN, E. (1989): Everyday Life of the Disabled in the USSR. In McCAGG, W.O. & SIEGELBAUM, L. (Hrsg.): *The Disabled in the Soviet Union*. University of Pittsburgh Press. Pittsburgh. S.199-234

ELEWEKE, J. & RODDA, M. (2002) The challenge of enhancing inclusive education in developing countries In *International Journal of Inclusive Education*, 6/2, 113-126



- ENZENHOFER, E & RESCH, K. (2013): Unsichtbare Übersetzung? Die Bedeutung der Übersetzungsqualität für das Fremdverstehen in der qualitativen Sozialforschung In BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.203-230
- ERDÉLYI, A., SCHMIDTKE, H.-P. & SEHRBROCK, P. (2012): *International vergleichende Heil- und Sonderpädagogik weltweit: Grundlagen, Migration, "Dritte Welt", Europa*. Bad Heilbrunn. Klinkhardt
- ERLER, G. (2007): Erfahrung und Interesse. Das EU-Engagement in Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.369-376
- ESCH, C. (2016): Terroranschlag in Kasachstan. In *Frankfurter Rundschau*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.fr.de/politik/kasachstan-terroranschlag-in-kasachstan-a-342747>]
- ESCHMENT, B. (2007): Elitenrekrutierung in Kasachstan. Nationalität, Klan, Region, Generation. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.175-193
- ESCHMENT, B. (2015a): Alles wie immer – Präsidentschaftswahlen in Usbekistan. In *Zentralasien-Analysen*. 88/2015. S.8-9. Zugriff am 10.05.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen88.pdf>]
- ESCHMENT, B. (2015b): Technisch nahezu perfekt... Parlamentswahlen in Usbekistan. In *Zentralasien-Analysen*. 85/2015. S.7-8. Zugriff am 20.05.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen85.pdf>]
- ESCHMENT, B. (2015c): Überwältigender Etappensieg? Präsidentschaftswahlen in Kasachstan. In *Zentralasien-Analysen*. 89/2015. S.11-12. Zugriff am 15.05.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen89.pdf>]
- ESCHMENT, B. (2016a): Alles wie immer – oder doch anders? Die Präsidentenwahl in Usbekistan und ihre Folgen. In *Zentralasienanalysen*. 108/2016. S.12-13. Zugriff am 10.02.2017 Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen108.pdf>]
- ESCHMENT, B. (2016b): Kein Meilenstein, sondern wie ein Etappensieg. Parlamentswahlen in Kasachstan. In *Zentralasien-Analysen*. 99/2016. S.11-12. Zugriff am 01.03.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen99.pdf>]
- ESSER, R. (2012): Mehr als nur ein Modewort. Inklusion – ein Fachbegriff mit zunehmender Breitenwirkung. In: *Inklusive Entwicklung. Die Dimension Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit mitdenken*. Ein Dossier der Christoffel-Blindenmission Deutschland (CBM) in Zusammenarbeit mit der Redaktion Weltsichten. S.3-5. Zugriff am 10.05.2017. Verfügbar unter: []

- EURASIANET (2016a): *Uzbekistan: Karimow's Stature Grows After Death*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80511>]
- EURASIANET (2016b): *Uzbekistan: Karimow's Successor Faces an Economic Mess*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80381>]
- EURASIANET (2016c): *Uzbekistan: New Leader Carrying Out Personnel Overhaul*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80656>]
- EURASIANET (2016d): *Uzbekistan: Snap Election Revises Script While Following Old Rules*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/81461>]
- EURASIANET (2016e): *Uzbekistan: Leader's Death Felt on Streets and in Pockets*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80431>]
- EURASIANET (2016f): *Uzbekistan Unblocks Major Media Websites*. Zugriff am 28.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/81806>]
- EURASIANET (2016g): *Uzbekistan: Karimow's Successor Faces an Economic Mess*. Zugriff am 15.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80381>]
- EURASIANET (2016h): *Uzbekistan & China: Friends in a Time of Need*. Zugriff am 15.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/79381>]
- EUROPEAN COMMISSION (2016): *The EU Project to support women with disabilities in Kazakhstan comes to its end: Concluding Workshop on Effective Management will be held in Atyrau and Astana*. Zugriff am 21.09.2015. Verfügbar unter: [[http://eeas.europa.eu/delegations/kazakhstan/press\\_corner/all\\_news/news/2011/20110805\\_01\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/delegations/kazakhstan/press_corner/all_news/news/2011/20110805_01_en.htm)]
- FALKINGHAM, J. (1999): *Welfare in Transition: Trends in Poverty and Well-being in Central Asia*. CASE Paper. Zugriff am 12.10.2016. Verfügbar unter: [[https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1158911](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1158911)]
- FAUVE, A. (2015): Global Astana: nation branding as a legitimization tool for authoritarian regimes. In *Central Asian Survey*, 34/1, S.110-124
- FAZENDEIRO, B. (2015): Keeping the face in the public sphere: recognition, discretion and Uzbekistan's relation with the United States and Germany, 1991-2006. In *Central Asian Survey*, 34/3. S.341-356
- FEFELOV, V. (1986): «*In der UdSSR gibt es keine Behinderten!... »* [«V SSSR invalidov net!...»] Zugriff am 31.10.2017. Verfügbar unter: [<https://coolib.com/b/137327/read>]
- FINANZMINISTERIUM DER REPUBLIK USBEKISTAN (2013): *Staatliche Unterstützung für Menschen mit Behinderung von Kindheit an*. [Posobie invalidam s detstva] Zugriff am 25.03.2015. Verfügbar unter: [<http://pf.ru/uz/ru/articles/63/>]
- FLICK, U. (2010): *Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung*. Rowohlt. Reinbek bei Hamburg

FLICK, U., von KARDOFF, E. & STEINKE, E. (2000): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Suhrkamp. Reinbek bei Hamburg

FOMINSKICH, O. (2015): *Die Krise in Kasachstan wird zwei Jahre dauern*. [Krisis v Kasachstane prodlitsya 2 goda]. Zugriff am 14.10.2016. Verfügbar unter: [https://kapital.kz/economic/43115/krizis-v-kazahstane-prodlitsya-2-goda.html]

FREEDOM HOUSE (2017): *About Nations in Transit*. Zugriff am 05.03.2017. Verfügbar unter: [https://freedomhouse.org/report-types/nations-transit]

FREJEROV, O. (1964): *Leichte Formen der geistigen Behinderung. Klinik und Expertise*. [Lëgkie stepeni oligofrenii. Klinika i ekspertiza] Verlag «Medizina»

FRÖHLICH, C. (2012): Civil Society and the State Intertwined: The Case of Disability NGOs in Russia. In: *East European Politics*. 2012. 4/28. S. 371-389.

FUMUGALLI, M. (2007): Usbekische Zwickmühle. Staatsnationalismus und Auslandsusbeken. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.237-244

GAZETA (2016a): *Usbekistan schafft die Ausreisegenehmigung ab und führt Inlandspässe ein* [Uzbekistan otmenit vyyezdnye stikeri i vvedjët vnutrennie pasporta]. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [https://www.gazeta.uz/ru/2017/01/20/visas/]

GAZETA (2016b): *Das Fazit der Paralympischen Spiele*. [Itogi Paralimpiady: 32 učastnika i 32 medal']. Zugriff am 10.10.2017. Verfügbar unter: [https://www.gazeta.uz/ru/2016/09/18/paralympic/]

GAZETA (2017): *Die Paralympischen Teilnehmer Usbekistans erreichen den ersten Platz im Weltcup im Judo*. [Paralimpijcy Uzbekistana udostoilis'pervogo mesta na Kubke Mira po dzjudo. Zugriff am 10.10.2017. Verfügbar unter: [https://www.gazeta.uz/ru/2017/10/10/judo-paralympics/]

GAZIEV, J. (2000): Islamic Revival in Post-Independence Uzbekistan. In *Praxis: The Fletcher Journal of Development Studies*. Volume XVI. Zugriff am 04.03.2015. Verfügbar unter: [http://fletcher.tufts.edu/~media/Fletcher/Microsites/praxis/xvi/Gaziev.pdf]

GEIß, P.G. (2007): Andere Wege in die Moderne. Recht und Verwaltung in Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.155-173

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (1997): *Über staatliche soziale Leistungen bei Behinderung, bei Verlust des Hauptverdienenden und nach Alter* [O gosudarstvennyh social'nych posobijach po invalidnosti, po slučaju poteri kormil'za i po vozrastu v Respublike Kasachstan] Zugriff am 10.03.2016. Verfügbar unter [https://online.zakon.kz/Document/?doc\_id=1007927]

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (2002a): *Über die soziale und medizinisch-pädagogische korrektive Unterstützung von Kindern mit Behinderung* [O socialnoj i mediko-

pedagogičeskoj korrekcionnoj podderzhke detej s ograničennymi vozmožnostyami] Zugriff am 05.02.2016. Verfügbar unter: [[http://adilet.zan.kz/rus/docs/Z020000343\\_](http://adilet.zan.kz/rus/docs/Z020000343_)]

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (2002b): *Über die Rechte des Kindes* [O pravach rebënka] Zugriff am 05.02.2016. Verfügbar unter: [https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=1032460#pos=1;-114](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=1032460#pos=1;-114)

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (2007): *Über die Bildung* [Ob Obrazovanii] Zugriff am 15.03.2015. Verfügbar unter: [[https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=30118747](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=30118747)]

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (2008): *Über spezielle soziale Dienstleistungen* [O special'nych social'nych uslugach]. Zugriff am 10.02.2016. Verfügbar unter: [[https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=30369331](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=30369331)]

GESETZ DER REPUBLIK KASACHSTAN (2015): *Über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Kasachstan* [O socialnoj zaščite invalidov v respublike Kazachstana] Zugriff am 10.01.2016. Verfügbar unter: [[https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=30008935#pos=1;-117](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=30008935#pos=1;-117)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (1993): *Über die staatliche gesetzliche Rentenversorgung der Bürger* [O gosudarstvennom pensionnom obespečenii graždan] Zugriff am 04.01.2015. Verfügbar unter: [[http://lex.uz/pages/getpage.aspx?lact\\_id=112312](http://lex.uz/pages/getpage.aspx?lact_id=112312)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (1995): *Über die Beschäftigung der Bevölkerung*. [O zanjatnosti naselenija] Zugriff am 20.07.2015. Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=9878](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=9878)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (1996): *Über den Erhalt der Gesundheit der Bürger*. [Ob ochrane zdorov'ja graždan] Zugriff am 20.07.2015. Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=41329](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=41329)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (1997): *Gesetz über die Bildung*. [Zakon ob obrazovanii] Zugriff am 19.07.2015. Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=15622](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=15622)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (1999): *Über die Nichtregierungs- und nichtkommerziellen Organisationen* [O hegosudarstvennykh nekommerčeskich organizacijach]. Zugriff am 10.07.2016. Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=10863](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=10863)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (2008a): *Gesetz über den sozialen Schutz von Menschen mit Behinderung in der Republik Usbekistan*. [Zakon o social'noj zaščiščënnosti invalidov v respublike Uzbekistan] Zugriff am 19.07.2015. Verfügbar unter: [[http://lex.uz/pages/getpage.aspx?lact\\_id=1372498](http://lex.uz/pages/getpage.aspx?lact_id=1372498)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (2008b): *Über die Garantie der Rechte des Kindes*. [O garantijach prav rebënka] Zugriff am 13.03.2015 Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=1297318](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=1297318)]

GESETZ DER REPUBLIK USBEKISTAN (2014): *Über die soziale Partnerschaft*. [O social'nom partnerstve] Zugriff am 10.02.2016. Verfügbar unter: [[http://www.lex.uz/pages/getpage.aspx?lact\\_id=2468216](http://www.lex.uz/pages/getpage.aspx?lact_id=2468216)]

- GHARABAGHI, K. (1994): Development Strategies for Central Asia in the 1990s: In Search of Alternatives. In *Third World Quarterly*, Vol. 15/1. S.103-119
- GIFFEN, J., EARLE, L. & BUXTON, C. (2005): *The Development of Civil Society in Central Asia*. INTRAC. The International NGO Training and Research Center. Zugriff am 04.09.2017. Verfügbar unter: [\[https://assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08c3de5274a27b200108f/R7649-report.pdf\]](https://assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08c3de5274a27b200108f/R7649-report.pdf)
- GILSTER, A. & HÄTTICH, H. (2007): Niedergang, Stagnation, Aufstieg. Bildung und Gesundheit in Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.511-530
- GINDIS, B. (1999): Vygotsky's Vision: Reshaping the practise of Special Education for the 21th Century. In *Remedial and Special Education*. 20/6. S.32-64
- GIRTLE, R. (2009): *Methoden der Feldforschung*. Böhlau Verlag Gesellschaft. Wien, Köln, Weimar
- GLEZERMAN, T. (1978): Anwendung der neurologischen Methode für die genetische Erforschung einiger Formen der Verzögerung der psychischen Entwicklung [primenenie nejropsichologičeskogo metoda dlja genetičeskogo izučenija nekotorych form zaderžki psichičeskogo razvitija. In: *Defektologija*. 4/1978. S.9-16
- GOFFMANN, E. (1959): *Wir alle spielen Theater*. Piper. München
- GOFFMANN, E. (1963): *Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Sinzheim
- GOLDMAN, W.Z. (1993): *Revolution – Soviet Family Policy and Social Life. 1917-1936*. Cambridge University Press.
- GOODLEY, D. & SWARTZ, L. (2016): The Place of Disability. In: GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S.69-84
- GORDIENKO, E. (1985): *Zustand der Bildung und Erziehung anormaler Kinder in der Usbekischen SSR*. [sostojanie obučenija i vospitanija anormal'nych detej v Uzbekskom SSR]. In: *Defektologija* 1/1985. S. 34-39
- GÖTZ, R. (2007): Mythos Diversifizierung. Europa und das Erdgas des Kapitalismus. In DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE (2007): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. 57/ 8-9. S.449-462
- GRAHAM, L.R. (1993): *Science in Russia and the Soviet Union. A short history*. Cambridge University Press.
- GRECH, S. & SOLDATIC, K. (2016): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham



- GRECH, S. (2016a): Disability and Development: Critical Connections, Gaps and Contradictions. In GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S.3-19
- GRECH, S. (2016b): Disability and Poverty: Complex Interactions and Critical Reframing. In: GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S. 217-235
- GROOTEN, S. (2006): Integrating Persons with Disabilities in Ghana – Early Experiences from the Decent Work Pilot Programme. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 2/2006. S.11-16. Zugriff am 14.06.2017. Verfügbar unter: [[http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006\\_2.pdf](http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006_2.pdf)]
- GWATKIN, D.R. (2007): *Socioeconomic Differences in Health, Nutrition, and Population within Developing Countries. An overview*. Working Paper 30544. World Bank. Washington, D.C. Zugriff a, 10.06.2015. Verfügbar unter: [<https://siteresources.worldbank.org/INTPAH/Resources/IndicatorsOverview.pdf>]
- HAHNHÖRSTER, H. (2014): Türkeistämmige Eigentümer in Migrantenvierteln. Soziale und räumliche Mobilität der zweiten Generation.
- HALBACH, U. (2007): Das Erbe der Sowjetunion. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.77-98
- HALTERMANN (2013): Ich habe meinen Anwalt bei mir ...Der Zugang zum Feld im Kontext interkultureller Forschung. In BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.149-168
- HANS, J. (2014): Weg mit –stan. In *Süddeutsche Zeitung*. Zugriff am 26.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.sueddeutsche.de/politik/laenderumbenennung-weg-mit-stan-1.1885068>]
- HATLAND, T. & HAYCOCK, J. (1996): Investment for Health. In UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM (Hrsg.): *Social Policy and Economic Transformation in Uzbekistan*. International Labour Organization. S.117-128
- HEINEMANN-GRÜDER, A. & HABERSTOCK, H. (2007): Sultan, Klan und Patronage. Regimedilemmata in Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.121-138
- HEINICKE-MOTSCH, K. (2012): Gemeindenahe Rehabilitation. Eine wirkungsvolle Strategie für menschenrechtsbasierte, inklusive Entwicklung. In: *Inklusive Entwicklung. Die Dimension Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit mitdenken*. Ein Dossier der Christoffel-Blindenmission Deutschland (CBM) in Zusammenarbeit mit der Redaktion Weltsichten. S. S.16-18. Zugriff am 10.05.2017. Verfügbar unter: []

- HELFFERICH, C. (2013): Leitfaden- und Experteninterviews. In BAUR, N. & BLASIUS, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer Fachmedien. S.559-574
- HELSPER, W. (2016): Wird die Pluralität in der Erziehungswissenschaft aufgekündigt? In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 19/S1, S. 89–105.
- HEMPEL, H. et al. (2007): Die Rohstoffe Zentralasiens. Vorkommen und Versorgungspotenzial für Europa. In DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE (2007): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. 57/ 8-9. S.449-462
- HINZ, A. (2002): Von der Integration zur Inklusion - terminologisches Spiel oder konzeptionelle Weiterentwicklung? *Zeitschrift für Heilpädagogik* 53/2002. S.354-361. Zugriff am 12.09.2016. Verfügbar unter: [http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/hinz\_inklusion.pdf]
- HOCHWARTER, A. (2009): *Inklusion, Partizipation, Empowerment und Anwaltschaft: Die Strategien unterschiedlicher Akteure der Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf Menschen mit Behinderung/en*. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- HONDA, H. (2010): *Community Based Rehabilitation Project for People with Disabilities in Tashkent City. Project Final Evaluation Conducted for World Vision International – Uzbekistan*.
- HOOGEVEN, J.G. (2005) Measuring welfare for small but vulnerable groups: poverty and disability in Uganda. In: *Journal of African Economies*. 14/4. S.603-631
- HUMAN DYNAMICS (o.J.): *Die nationale Strategie der Entwicklung inklusiver Bildung 2015-2017. Ziele und Aufgaben zur Handlung*. [Nacional'naja strategija razvitija inkljuzivnogo obrazovanija na 2015-2017 gg. Zeli i zadači dlja dejstvija]. Unveröffentlicht
- HUMMEL, M. & WERNING, R. (2016): *Inclusive Education: „Same same but Different“ Examples from Guatemala and Malawi*. Zugriff am 10.06.2017. Verfügbar unter: [https://www.waxmann.com/index.php?elD=download&id\_artikel=ART102020&uid=frei]
- ILKHAMOV, A. (2005): The thorny path of civil society in Uzbekistan. In: *Central Asian Survey*. 24/3, 297-317
- ILKHAMOV, A. (2011): Islam Karimow – Der ewige Präsident? Perspektiven eines Führungswechsels in Usbekistan. In *Zentralasien-Analysen*. 37/2011. S.2-5. Zugriff am 12.05.2017. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen37.pdf]
- ILKHAMOV, A. (2012): Die Ideologie des *Mustaqilik* auf dem Prüfstein: Die Nationalstaatsbildung in Usbekistan und die damit verbundenen Sicherheitsherausforderungen. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität / IFHS (Hrsg.): *Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)*. Hamburg. Zugriff am 02.02.2016. Verfügbar unter: [https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/12/Ilkhamov-dt.pdf]
- INDOLEV, L.N. (1998): *Wie das war. Auszüge der Geschichte der Behindertenrechtsbewegung in Russland die der Gründung der VOI*. [Kak eto bylo. Očerki istorii invalidnogo dviženija v

Rossii i sozdanija VOI]. Zugriff am 15.02.2016. Verfügbar unter: [[http://www.intelros.ru/readroom/index/28\\_08\\_2008/2610-kak-jeto-bylo.-očerki-istorii.html](http://www.intelros.ru/readroom/index/28_08_2008/2610-kak-jeto-bylo.-očerki-istorii.html)]

INDOLEV, L.N. (2000): *Auf dem Weg zu einem unabhängigen Leben. Eine Handreichung für Menschen mit Behinderung*. [K nezaviszimoj žizni. Posobie dlja invalidov. Perspektiva. Zugriff am 10.02.2016. Verfügbar unter: [<https://perspektiva-inva.ru/userfiles/publication/k-nezavisimoi-zhizni.pdf>]

INGLEHART, R. & WELZEL, C. (2005): *Modernization, Cultural Change, Democracy*. Cambridge University Press. Cambridge

INTERNATIONAL MONETARY FUND (2000): *Transformationsländer: Die IWF-Perspektive zu den Fortschritten und Aussichten*. Zugriff am 20.11.2017. Verfügbar unter: [<https://www.imf.org/external/np/exr/ib/2000/deu/110300g.htm#I>]

INTERNATIONAL MONETARY FUND (2010-16): *World Economic Outlook*. Zugriff am 21.10.2016. Verfügbar unter: [<https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwiJmerTvN7WAhXBmLQKHVx6BxYQFggwMAI&url=http%3A%2F%2Fwww.imf.org%2Fexternal%2Fpubs%2Fft%2Fweo%2F2016%2F02%2F&usg=AOvVaw1wZQeAkfrpgoLvHKW9TXG>]

ISAACS, R. & POLESE, A. (2015): Between “imagined” and “real” nation-building: identities and nationhood in post-Soviet Central Asia. In *Nationalities Papers*. 43:4. S.371-382

ISABEKOVA, G. (2016): Wer bekommt wie viel? Entwicklungshilfe im Gesundheitswesen der zentralasiatischen Staaten. In: *Zentralasienanalysen* 108/2016. S.2-5. Zugriff am 05.12.2016. Verfügbar unter: [<http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen108.pdf>]

IZMAGANBETOVA, A. & LJUBOVSKIJ, W. (1989): *Probleme der Arbeit der medizinisch-pädagogischen Kommissionen*. [Problemy raboty mediko-pedagogičeskogo komissij] 6/1989. S. 3-8

JAPAN INTERNATIONAL COOPERATION AGENCY (2017): *History*. Zugriff am 10.09.2017. Verfügbar unter: [<https://www.jica.go.jp/english/about/history/index.html>]

JUVILER, P.H. (1985): Contradiction of Revolution: Juvenile Crime and Rehabilitation. In GLEASON, A., KENEZ, P. & STITES, R. (Hrsg.): *Bolshevik Culture*. Indiana University

KADYROVA, A. (2001): Veraltete Bräuche als Faktor der Diskriminierung von Frauen [Ustarevšie obyčai kak faktor diskriminazii ženščin] In TANSYKBAYEVA, G (Hrsg.): *Die Frau: Ihre Rechte und Freiheiten* [Žhenščina: eë prava i svobody] El'dinur. Taschkent. S.40-64

KAMENEVA, O. (2004): «Haben Sie im Tod kein Glück?» *Das Schicksal der Kooperativen von Menschen mit Behinderung in Russland*. [«Ne vezët im v smerti»? - sud'ba invalidnyh kooperativov v Rossii] Zugriff am 10.02.2016. Verfügbar unter: [<http://www.strana-oz.ru/2004/2/ne-vezet-im-v-smerti---sudba-invalidnyh-kooperativov-v-rossii>]



KAMP, M. (2003): Between the women and the state. Mahalla Committees and social welfare in Uzbekistan. In LUONG, P.J.(Hrsg.): *The Transformation of Central Asia: States And Societies From Soviet Rule To Independence*. Cornell University Press

KARAGIANNIS, E. (2016): The New Face of Political Islam in Central Asia: The Rise of Islamo-democrats. In *Journal of Muslim Minority Affairs*. 36/2. S.267-281

KARGAŽANOVA, A. (2015): Children with special needs in Kazakhstan: obstacles to ensuring an equal access to education. *Open School* [Otkrytaya škola] 07/2015. S.58-62 Zugriff am 01.10.2016. Verfügbar unter: [\[http://www.open-school.kz/glavstr/inclusiv\\_obraz/inclusiv\\_obraz\\_148\\_3.htm\]](http://www.open-school.kz/glavstr/inclusiv_obraz/inclusiv_obraz_148_3.htm)

KARIEVA, N. (2001): Die historischen Wurzeln der stereotypen Beziehungen zur Frau [Istoričeskie korni stereotipnogo otnosheniya k žhenščine] In TANSYKBAYEVA, G (Hrsg.): *Die Frau: Ihre Rechte und Freiheiten* [Žhenščina: eë prava i svobody] El'dinur. Taschkent. S.65-71

KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM (2004): *Regeln zur Ordnung der Organisation der Tätigkeit der Psychologisch-Medizinisch-Pädagogischen Konsultationen*. [Pravil o porjadke organizacii dejatel'nosti psichologo-mediko-pedagogičeskoj konsul'tazii]. Zugriff am 15.02.2015. Verfügbar unter: [\[https://tengrinews.kz/zakon/pravitelstvo\\_respubliki\\_kazahstan\\_premier\\_ministr\\_rk/obp\\_azovanie/id-V040003162\\_/\]](https://tengrinews.kz/zakon/pravitelstvo_respubliki_kazahstan_premier_ministr_rk/obp_azovanie/id-V040003162_/)

KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM (2009): *Empfehlung zur Organisation von integrierter (inklusive) Bildung von Kindern mit Behinderung* [Pekomendazii po organizacii integrirovannogo (inkljusivnogo) obrazovanija detej s ograničennymi vosmožnostjami v pazvitii] Zugriff am 12.03.2016. Verfügbar unter: [\[https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwjv7bfd-qHXAhXGnRoKHRAMBvQQFggpMAA&url=http%3A%2F%2Fautism.kz%2Fassets%2Ffiles%2Frecommendacii.doc&usg=AOvVaw0fPuUfXTV4GYMnQEb5-pqk\]](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwjv7bfd-qHXAhXGnRoKHRAMBvQQFggpMAA&url=http%3A%2F%2Fautism.kz%2Fassets%2Ffiles%2Frecommendacii.doc&usg=AOvVaw0fPuUfXTV4GYMnQEb5-pqk)

KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM (2013): *Vortrag über die Lage der Kinder in der Republik Kasachstan* [Doklad o položenie detej v Respublike Kasachstan] Zugriff am 01.11.2017. Verfügbar unter: [\[http://www.akorda.kz/upload/nac\\_komissiya\\_po\\_delam\\_zhenshin/%D0%94%D0%B5%D0%BC%D0%BE%D0%B3%D1%80%D0%B0%D1%84%D0%B8%D1%87%D0%B5%D1%81%D0%BA%D0%B0%D1%8F%20%D0%BF%D0%BE%D0%BB%D0%B8%D1%82%D0%B8%D0%BA%D0%B0/%D0%94%D0%BE%D0%BA%D0%BB%D0%B0%D0%B4%20%D0%BE%20%D0%BF%D0%BE%D0%BB%D0%BE%D0%B6%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B8%20%D0%B4%D0%B5%D1%82%D0%B5%D0%B9%20%D0%B2%20%D0%A0%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B5%20%D0%9A%D0%B0%D0%B7%D0%B0%D1%85%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD.pdf\]](http://www.akorda.kz/upload/nac_komissiya_po_delam_zhenshin/%D0%94%D0%B5%D0%BC%D0%BE%D0%B3%D1%80%D0%B0%D1%84%D0%B8%D1%87%D0%B5%D1%81%D0%BA%D0%B0%D1%8F%20%D0%BF%D0%BE%D0%BB%D0%B8%D1%82%D0%B8%D0%BA%D0%B0/%D0%94%D0%BE%D0%BA%D0%BB%D0%B0%D0%B4%20%D0%BE%20%D0%BF%D0%BE%D0%BB%D0%BE%D0%B6%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B8%20%D0%B4%D0%B5%D1%82%D0%B5%D0%B9%20%D0%B2%20%D0%A0%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B5%20%D0%9A%D0%B0%D0%B7%D0%B0%D1%85%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD.pdf)

KASACHSTANISCHES BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSMINISTERIUM (2014): *Statistik des Bildungssystems der Republik Kasachstan*. [Statistiki sistemy obrazovanija republiki

Kasachstan] Zugriff am 25.01.2015. Verfügbar unter:  
[<http://www.erasmusplus.kz/attachments/article/156/%D0%A1%D1%82%D0%B0%D1%82%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B8%D0%BA%D0%B0%20%D1%81%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B5%D0%BC%D1%8B%20%D0%BE%D0%B1%D1%80%D0%B0%D0%B7%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D0%BD%D0%B8%D1%8F%20%D0%A0%D0%9A.pdf>]

KASACHSTANISCHES GESUNDHEITSMINISTERIUM (2008): *Über die Einführung der Methode des integrierten Managements von Krankheiten im Kindesalter und der Entwicklung im frühen Kindesalter in der Republik Kasachstan* [O vnedrenii metoda integrirovannogo vedenija boleznej detskogo vozrasta i razvitija detej rannego vozrasta v Respublike Kasachstan] Zugriff am 03.02.2015. Verfügbar unter:  
[[https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=30379938#pos=0;176](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=30379938#pos=0;176)]

KASACHSTANISCHES JUSTIZMINISTERIUM (2005): *Über die Festlegung der Regeln zur Durchführung der Medizinisch-Sozialen Expertise* [Ob utverždenii pravil provedenija mediko-social'noj èkspertizy] Zugriff am 25.02.2015. Verfügbar unter:  
[<http://adilet.zan.kz/rus/docs/V1500010589>]

KATSAGA, A. et al. (2012): *Kazakhstan: Health system review. Health Systems in Transition*. 14(4):1-154. Zugriff am 09.12.2016. Verfügbar unter:  
[[http://www.euro.who.int/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0007/161557/e96451.pdf](http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0007/161557/e96451.pdf)]

KATSUI, H. (2005): *Towards Equality. Creation of the Disability Movement in Central Asia*. Helsinki. Zugriff am 20.05.2017 Verfügbar unter:  
<https://digitalcommons.ilr.cornell.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1333&context=gladnetcollect>

KATSUI, H. (2008): *Human-Rights-Based-Approach and DPO's in Central Asia*. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for disability and International Development*. 2008 (2). Zugriff am 18.06.2015. Verfügbar unter:  
[[http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2008\\_2\\_zbdw.pdf](http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2008_2_zbdw.pdf)]

KATSUI, H. et al. (2016): *Questioning Human Rights: The Case of Education for Children and Youth with Disabilities in Ethiopia*. In GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S. 187-198

KAZBERYUK, N. & MOSKOVKINA, A. (1991). *Forschungsstand der medizinisch-sozialen Charakteristiken von Kindern in Kinderheimen verschiedenen Typs*. [Opyt izučenija mediko-social'nych charakteristik detej v domach rebënka različnogo tipa] In: *Defektologija*. 4/1991. S. 10-14

KAZKENOV, R. & ZIEGLER, C.E. (2015): *Civil Society in a Period of Transition. The Perspective from the State*. In ZIEGLER, C.H. (Hrsg.): *Civil Society and Politics in Central Asia*. University Press of Kentucky. Kentucky. S. 197-221

KEHL, S. (2012): *Lev Semënovič Vygotskij und seine defektologische Konzeption*. Lehmanns Media. Berlin

- KEMPF, A.-O. (2013): *Biographien in Bewegung Transnationale Migrationsverläufe aus dem ländlichen Raum von Ost- nach Westeuropa*. Springer Fachmedien. Wiesbaden
- KENNETH A.K. & FORNESS, S.R. (2000): What Definitions of Learning Disability Say and Don't Say A Critical Analysis. In: *Journal of Learning Disabilities*. 33/3. S. 239-256.
- KETT, M., LANG, R. & TRANI, J.-F. (2009): Disability, Development and the Dawning of a new Convention: A Cause for Optimism? In *Journal of International Development*: 21:2009, 649-661
- KEVENHÖRSTER, P. & van den BOOM, D. (2009): *Entwicklungspolitik*. VS Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- KLEE, E. (1974): *Behinderten-Report*. Fischer Taschenbuch. Frankfurt am Main
- KLEE, E. (1980): *Behindert. Ein kritisches Handbuch*. S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.
- KLEMM, K. (2013): *Inklusion in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse*. Zugriff am 17.03.2015. Verfügbar unter: [[https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie\\_IB\\_Klemm-Studie\\_Inklusion\\_2015.pdf](https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Klemm-Studie_Inklusion_2015.pdf)]
- KNOX, C. & YESSIMOVA, S. (2015) State-Society Relations: NGOs in Kazakhstan In: *Journal of Civil Society*. 11/3. 300-316
- KNOX, J. & STEVENS, C. (1993): Vygotsky and soviet russian defectology. RIEBER, R.W. & CARTON, R.S. (Hrsg.): *L.S. Vygotsky – Volume 2. The fundamentals of defectology*. Plenum Press. New York und London
- KÖBSELL, S. (2009): *Gegen Aussonderung – für Selbstvertretung: zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland*. Zugriff am 13.09.2016. Verfügbar unter: [<http://www.inklusion-als-menschenrecht.de/gegenwart/zusatzinformationen/gegen-aussonderung-fuer-selbstvertretung/>]
- KÖBSELL, S. (2012): *Wegweiser Behindertenrechtsbewegung. Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung*. AH SPAK Bücher. Frankfurt
- KOCH, K. & ELLINGER, S. (2016): Qualitätsmerkmale hochrangiger Publikationen in der Sonderpädagogik: Zur Effektivität des Evidenzparadogmas – Eine Satire. In *Sonderpädagogische Förderung heute* 61 (2016) 3/312-320. Zugriff am 13.03.2017. Verfügbar unter: [[http://www.sopaed-lern.uni-wuerzburg.de/fileadmin/06040300/2-Satire-Qualita\\_\\_tsmerkmale\\_Kopie.pdf](http://www.sopaed-lern.uni-wuerzburg.de/fileadmin/06040300/2-Satire-Qualita__tsmerkmale_Kopie.pdf)]
- KOKEMOHR, R. (2008): Kulturelle Präfigurationen sozialer Interaktion. Methodologische Fragen interkultureller Kooperation, diskutiert an einem Beispiel aus Kamerun. In CAPPAL, G. (Hrsg.): *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.306-328
- KÖLBL, C. (2006): *Die Psychologie der kulturhistorischen Schule*. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen

- KOLLMANN, T., KUCKERTZ, A. & STÖCKMANN, C. (2016): *Das 1 x 1 des Wissenschaftlichen Arbeitens. Von der Idee bis zur Abgabe*. Springer-Gabler. Wiesbaden
- KOMARDJAJA, I. (2001): New cultural geographies of disability: Asian values and the accessibility ideal In *Social & Cultural Geography*. 2/1. S.77-86
- KOROBEJNIKOV, I. (1988): Zur Frage der diagnostischen Überprüfung einiger Absolventen der Hilfsschule. [K voprozu o peresmotre diagnoza nekotorych vypusnikov vspomagatel'oj školy] In: *Defektologiya*. 4/1988. S. 22-26
- KOZULIN, A. (1984): *Psychology in Utopia. Toward a Social History of Soviet Psychology*. The MIT Press. Cambridge, Massachusetts. London.
- KRÄMER, A. (2007): *Islam in Zentralasien. Blüte, Unterdrückung, Instrumentalisierung*. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.53-76
- KRAVEZ, P. (2011): Menschen mit Behinderung in Usbekistan: «Es überlebt nur der, der große Willensstärke hat». [Invalidy Uzbekistana: «Vyživaet liš' tot, u kogo bol'saja sila voli»] Zugriff am 10.01.2015. Verfügbar unter: [<http://www.fergananews.com/articles/6881>]
- KRÜPPELZEITUNG (1981/1). *Zeitung von Krüppel für Krüppel*. Eigendruck
- KUATBAYEVA, G.: Ökonomische Aspekte der sozialen Ungleichheit in Kasachstan [Ekonomičeskie aspekty social'nogo neravenstva v Kazachstane]. In SULTANOV, B. und FARIN, T. (2015): *Der Lebensstandard der Kasachstaner und das Problem der sozialen Ungleichheit [Uroven' žizni Kazachstancev i problemy social'nogo neravenstva]*. Almaty.
- KUBICEK, P. (1998): Authoritarianism in Central Asia: Curse or cure? In: *Third World Quarterly*. 19/1, S.29-43
- KUIPERS, P. & SABUMI, L.P. (2016): Community-Based Rehabilitation and Disability-Inclusive Development: On a Winding Path to an Uncertain Destination. In GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S. 453-468
- KULIG, W. (2006): *Quantitative Erfassung des Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderung*. Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zugriff am 15.10.2016. Verfügbar unter: [<http://d-nb.info/985592915/34>]
- KURT, R. (2011): Improvisation als Methode der empirischen Sozialforschung. In SCHRÖER, N. & BIDLO, O. (Hrsg.): *Die Entdeckung des Neuen Qualitative Sozialforschung als Hermeneutische Wissenssoziologie*. Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden S.69-84
- LACHMANN, W. (2010): *Entwicklungspolitik: Entwicklungshilfe: Motive, Möglichkeiten und Grenzen*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München
- LAMNEK, S. (1988): *Qualitative Sozialforschung. Band 1: Methodologie*. Psychologie Verlags Union. München/Weinheim

- LANGFORD, P.E. (2005): *Vygotsky's Developmental and Educational Psychology*. Psychology Press.
- LARUELLE, M. (2007): Wiedergeburt per Dekret. Nationsbildung in Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.139-154
- LARUELLE, M. (2015): Negotiating Social Activism. National Minority Associations in Kazakhstan, or the Other Face of "Civil Society". In ZIEGLER, C.H. (Hrsg.): *Civil Society and Politics in Central Asia*. University Press of Kentucky. Kentucky. S. 111-132
- LAURIN-BOWIE, C. (2005): Poverty, Disability and Social Exclusion: New Strategies for Achieving Inclusive Development In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 02/2005. S.51-56. Zugriff am 12.06.2017. Verfügbar unter: [[http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2005\\_2.pdf](http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2005_2.pdf)]
- LEBENSCHILF (2014): *Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung*. Zugriff am 02.10.2017. Verfügbar unter: [<http://bthg.lebenshilfe.de/wData/downloads/presse/Allensbach-Studie-Internet.pdf>]
- LECHNER, W. (1981): Was heißt „Ich Krüppel“? In: *Krüppelzeitung*. 1981/3. S.9-13
- LEOHARDT, A., MÜLLER, K., TRUCKENBRODT, T. (2015): *Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihre Umsetzung. Beiträge zur Interkulturellen und International vergleichenden Heil- und Sonderpädagogik*. Bad Heilbrunn. Klinkhardt
- LEONTIY, H. (2013): Feldforschungszugang als Herausforderung der interkulturellen Fallstudien am Beispiel deutsch-ukrainischer Wirtschaftskommunikation. In BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.119-148
- LEWIS, D. (2016): Blogging Zhanaozen: hegemonic discourse and authoritarian resilience in Kazakhstan. In *Central Asian Survey*. 35/3. S.421-438
- LILLIS, J. & LELIK, A. (2015): *Central Asia Battered by Currency Turmoil*. Zugriff am 14.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/75136>]
- LILLIS, J. (2015): *Usbekistan meldet Erfolge in der Wirtschaft, aber stimmen diese Daten?* [Uzbekistan javljaet ob uspechach v ekonomike, no šodjatsja li zifry?] Zugriff am 15.10.2016. Verfügbar unter: [<http://russian.eurasianet.org/node/61716>]
- LILLIS, J. (2016a): *Kazakhstan: Big Western Brands Braving Economic Downturn*. Zugriff am 14.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/77651>]
- LILLIS, J. (2016b): *Kazakhstan: New Labor Unrest in Zhanaozen*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/80776>]

- LORENZKOWSKI, S. (2006): Professional Inclusion in Uzbekistan. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 2/2006. S.17-22. Zugriff am 14.06.2017. Verfügbar unter: [[http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006\\_2.pdf](http://www.zbdw.de/projekt01/media/pdf/2006_2.pdf)]
- LORENZKOWSKI, S. (2005): Armutsbekämpfung und Behinderung. In *Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development*. 2/2005. S.46-50
- LORD, J. et al. (2010): *Disability and International Cooperation and Development: A Review of Policies and Practices*. Zugriff am 08.05.2017. Verfügbar unter: [
- MADANS, J.H. (2014): *Washington Group on Disability Statistics*. Zugriff am 04.10.2015. Verfügbar unter: [<http://www.un.org/disabilities/documents/events/washington-group-disability.pdf>]
- MADISON, B. (1989): Programs for the Disabled in the USSR. In McCAGG (Hrsg.): *The disabled in the Soviet Union*. Pittsburgh University. S.167-198
- MALEK, M (2002): *Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“*. Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September. Politik und Zeitgeschichte 08/2002. Zugriff am 10.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.bpb.de/apuz/27093/geopolitische-veraenderungen-auf-dem-eurasischen-schachbrett-russland-zentralasien-und-die-usa-nach-dem-11-september-2001?p=all>]
- MALLER, A. & REJDIBOJM, M. (1991): Erfahrung der Organisation eines Rehabilitationszentrums für Kinder mit Behinderung. [Opyt organizacii reabilitazionnogo centra dlja detej-invalidov] In: *Defektologija*. 4/1991. S.47-50
- MALLER, A. (1991): Für Eltern über Kinder mit schwerer geistiger Behinderung [roditeljam o detjach c glubokoj umstvennoj otstalost'ju] In: *Defektologija*. 5/1991. S.69-74
- MALTSEVA, E. (2012): *Welfare Reforms in Post-Soviet States: A Comparison of Social Benefits Reform in Russia and Kazakhstan*. University of Toronto. Zugriff am 17.11.2016. Verfügbar unter: [[https://tspace.library.utoronto.ca/bitstream/1807/35069/1/Maltseva\\_Elena\\_201206\\_PhD\\_thesis.pdf](https://tspace.library.utoronto.ca/bitstream/1807/35069/1/Maltseva_Elena_201206_PhD_thesis.pdf)]
- MANNING, S.M., JOHNSON, P. & ACKER-VERNEY, J. (2016): Uneasy intersections: critical understandings of gender and disability in global development. In: *Third World Thematics: A TWQ Journal*. 1/3. S. 292-306
- MARKOVA, M. & SULTANALIEVA, D. (2013): Parent Activism in Kazakhstan: The promotion of the Right to Education of the Children with Autism by the Ashyk Alem Foundation. In ROUSE, M. & LAPHAM, K. (Hrsg.): *Learning to See Invisible Children. Inclusion of Children with Disabilities in Central Asia*. Open Society Foundation. Central European University Press
- MATURANA, H.R. & VARELA, F.J. (2009): *Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln menschlichen Erkennens*. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt am Main
- MAYRING, P. & FENZL, T. (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. In Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer Fachmedien. 543-556



- MAYRING, P. (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Beltz. Weinheim und Basel
- MAYRING, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Beltz Pädagogik. Weinheim
- MCCAGG, W.O. & SIEGELBAUM, L. (1989): Introduction. In McCAGG (Hrsg.): *The disabled in the Soviet Union*. Pittsburgh University. S.3-12
- MCCAGG, W.O. (1989): The Origins of Defectology. In McCAGG (Hrsg.): *The disabled in the Soviet Union*. Pittsburgh University. S.39-62
- MEEKOSHA, H. & SOLDATIC, K. (2011): Human Rights and the Global South: the case of disability. In: *Third World Quarterly*, 32/8, S.1383-1397
- MENZEL, U. (2016): Was ist Entwicklungstheorie? In STOCKMANN, R. MENZEL, U. & NUSCHELER, N. (Hrsg.): *Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien*. Walter de Gruyter. Berlin/Bonn. S.13-46
- METE, M., BRAITHWAITE, J. & SCHNEIDER, P.H. (2008): Introduction. In METE, C. (Hrsg.): *Economic Implications of Chronic Illness and Disability in Eastern Europe and the Former Soviet Union* S.3-32
- METTS, R.E. (2000): *Disability Issues, Trends And Recommendations For The World Bank*. Zugriff am 01.11.2017. Verfügbar unter: [<http://siteresources.worldbank.org/DISABILITY/Resources/280658-1172606907476/DisabilityIssuesMetts.pdf>]
- MEUSER, M. & NAGEL, U. (2005/1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: BOGNER, A., LITTIG, B. & MENZ, W. (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. Opladen: Leske und Budrich. S. 7–29
- MEUSER, M., & NAGEL, U. (2009). Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In A. BOGNER, B. LITTIG, & W. MENZ (Hrsg.), *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.35–61
- MEYER, B.D. & MOK, W.K.C. (2008): *Disability, Earnings, Income and Consumption*. Working Paper No. 06.10. Harris School of Public Policy Studies. University of Chicago. Zugriff am 06.06.2015. Verfügbar unter: [[https://web.stanford.edu/group/scspi/\\_media/pdf/Reference%20Media/Meyer%20and%20Mok\\_2006\\_Disabilities.pdf](https://web.stanford.edu/group/scspi/_media/pdf/Reference%20Media/Meyer%20and%20Mok_2006_Disabilities.pdf)]
- MJIČ, A. (2013): Grenzen des Verstehens? – Verstehen der Grenzen! Reflexionen über die methodischen Herausforderungen hermeneutischer Sozialforschung im ‚interkulturellen‘ Kontext. In BETTMANN, R. & ROSLON, M. (Hrsg.): *Going the Distance Impulse für die interkulturelle Qualitative Sozialforschung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden. S.95-116

- MILES, M. (2007): *International Strategies for Disability-related Work in Developing Countries: historical, modern and critical reflections*. Revised version of a paper first published in the *Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt*, 3/2003. S.96-106. Zugriff am 11.06.2017. Verfügbar unter: [https://www.independentliving.org/docs7/miles200701.pdf]
- MITRA, S. (2008): The recent decline in the employment of persons with disabilities in South Africa, 1998-2006. In: *South African Journal of Economies*. 76/3. S.480-492
- MITRA, S. et al. (2013): Disability and Poverty in Developing Countries: A Multidimensional Study. In *World Development*. 41/2013, S.1–18
- MOJAZARPLATA, (2014): *Kasachstan beträgt der minimale Lebensstandard im Januar 2014 17.479* [V Kazachstane prožitočnij minimum v yanvare 2014 sostavil 17.479] Zugriff am 09.11.2015. Verfügbar unter: [http://mojazarplata.kz/main/kz-news/v-kazahstane-prozhitochny-minimum-v-janvare-2014-sostavil-17-479-kzt]
- MONT, D. (2007): *Measuring Disability Prevalence*. Zugriff am 12.10.2016. Verfügbar unter: [http://siteresources.worldbank.org/DISABILITY/Resources/Data/MontPrevalence.pdf]
- MUMINOV, A. (2014): *90% der Menschen mit Behinderung sind in Kasachstan arbeitslos*. [90% ljudej s invalidnost'ju v Kazachstane sidjat bez raboty] Zugriff am 02.10.2016. Verfügbar unter: [http://www.invalirus.ru/3551-90-lyudej-s-invalidnostyu-v-kazahstane-sidyat-bez-raboty.html]
- MÜRNER, C. & SIERCK, U. (2009). *Krüppelzeitung. Brisanz der Behindertenrechtsbewegung*. AG SPAK Bücher. Neu.-Ulm
- NAGORNOVA, A. & MAKAROVA, A. (2014): Historische Analyse der Probleme der Behinderung im vorrevolutionären Russland und der UdSSR [Istoričeskij analiz problemy invalidnosti v dorevoljuzionnoj Rossii i SSSR] In: *Gesellschaft: Philosophie, Geschichte, Kultur* [Obščestvo: Filosofija, Istorija, Kul'tura] 2014/1. S.27-33 Zugriff am 31.10.2017. Verfügbar unter: [http://dom-hors.ru/rus/files/arhiv\_zhurnala/fik/2014-1/nagornova-makarova.pdf]
- NASARBAJEV, N. (2006): *Konzept der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Kasachstan 2006-2011* [O Koncepzii razvitija graždanskogo obščestva v Respublike Kazachstan na 2006-2011 gody] Zugriff am 10.10.2017. Verfügbar unter: [http://ru.government.kz/docs/u060154~2.htm]
- NASARBAJEV, N. (2015): Botschaft des Präsidenten der Republik Kasachstans N. Nazarbaev für das Volk Kasachstans [Poslanie prezidenta Respublika Kazakhstan N. Nazarbaeva narodu Kazakhstana]. Zugriff am 31.01.2016. Verfügbar unter: [http://mid.gov.kz/ru/pages/poslanie-prezidenta-respubliki-kazakhstan-nnazarbaeva-narodu-kazakhstana-30-noyabrya-2015-g]
- NASARBAJEV, N. (2017): *Botschaft des Präsidenten der Republik Kasachstans Nursultan Nazarbaev für das Volk Kasachstans* [Poslanie prezidenta Respublika Kazakhstan Nursultan Nazarbaeva narodu Kazakhstana]. Zugriff am 31.01.2017. Verfügbar unter: [https://tengrinews.kz/kazakhstan\_news/opublikovan-tekst-poslaniya-prezidenta-narodu-kazakhstana-311201/]



NGUYEN, X.T. & JOHNSON, P. (2016) Transnational conversations in the context of disability rights: building the potential for global activism In *Third World Thematics: ATWQ Journal*, 1/3, S.396-410

NOHL, A.-M. (2008): Interkulturelle Kommunikation. Verständigung zwischen Milieus in dokumentarischer Interpretation. In CAPPAL, G. (Hrsg.): *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.281-305

NOVIKOV, L., FREIBURG, G. & JEHL, P. (1988): *Entwicklungen im Sonderschulwesen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik*. Böhlau Verlag. Köln & Wien

NUR.KZ (2016): *Muchameduly: Die Premien für die kasachstanischen paralympischen Teilnehmer und Olympiateilnehmer werden angeglichen* [Muchameduly: Premii kazachstanskikh paralympijcev i olimpijcev uravnjajut] Zugriff am 10.10.2017. Verfügbar unter: [<https://www.nur.kz/1259244-mukhameduly-premii-kazakhstanskikh-pa.html>]

NUR.KZ (2017): *Die Abgeordneten denken erneut über die Umbenennung Astanas zu Ehren Nazarbajevs*. [Deputaty snova zadumalis j pereimenovanii Astany v čest Nazarbajeva] Zugriff am 05.03.2017. Verfügbar unter: [<https://www.nur.kz/1427985-deputaty-snova-zadumalis-o-pereimen.html>]

NURGALIEVA, M. (2015): Der Lebensstandard der Kasachstaner und das Problem der sozialen Ungleichheit [Uroven' žizni Kazachstancev i problemy social'nogo neravenstva]. In SULTANOV, B. und FARIN, T. (2015): *Der Lebensstandard der Kasachstaner und das Problem der sozialen Ungleichheit* [Uroven' žizni Kazachstancev i problemy social'nogo neravenstva]. Almaty. S.47-58

OECD (2009): *Kazakhstan, Kyrgyz Republic and Tajikistan 2009. Students with Special Needs and those with disabilities*. OECD. Zugriff am 15.06.2015. Verfügbar unter: [<https://www.oecd.org/edu/school/43851447.pdf>]

OECD (2016): *Multi-dimensional Review of Kazakhstan. Volume 1. Initial Assessment*. Zugriff am 10.10.2016. Verfügbar unter: [[http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/development/multi-dimensional-review-of-kazakhstan\\_9789264246768-en#page1](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/development/multi-dimensional-review-of-kazakhstan_9789264246768-en#page1)]

OECD DEVELOPMENT ASSISTANCE COMMITTEE (2016): DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete. Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [[https://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC\\_Laenderliste\\_Berichtsjahre\\_2014\\_2016.pdf](https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsjahre_2014_2016.pdf)]

OECD/THE WORLD BANK (2015): *OECD Review of School Resources. Kazakhstan 2015*. OECD Publishing. Paris. Zugriff am 10.12.2016. Verfügbar unter: [<http://www.oecd.org/publications/oecd-reviews-of-school-resources-kazakhstan-2015-9789264245891-en.htm>]

OEVERMANN, U. (2008): Zur Differenz von praktischem und methodischem Verstehen in der ethnologischen Feldforschung - Eine rein textimmanente objektiv hermeneutische Sequenzanalyse von übersetzten Verbatim-Transkripten von Gruppendiskussionen in einer

afrikanischen lokalen Kultur. In CAPPAL, G. (Hrsg.): *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.145-232

OFFIZIELLE SEITE DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KASACHSTAN (2016): *Maßnahmen der sozialen Unterstützung von Kindern mit Behinderung der Stadt Astana*. [Mery social'noj podderžki detej s ograničennymi vozmožnostjami g. Astany] Zugriff am 15.01.2015. Verfügbar unter: [<http://www.akorda.kz/ru/osnovnie-napravleniya-nacionalnoi-komissii/duhovno-nravstvennoe-vospitanie/podderzhka-ludyam-s-ogranichenimi-vozmozhnostyami>]

OLCOTT, M.B. (2007): Der Westen und Usbekistan nach Andischan. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.389-400

OLEGLURIE-NEW (2013): *Die Tochter des Präsidenten: «Kinderscheusale sind das Resultat eines unüberlegten Sexuallebens*. [Doč' prezidenta: «Deti-urody - rezul'tat neprodumannoj polovoj žizni»] Zugriff am 05.10.2016. Verfügbar unter: [<http://oleglurie-new.livejournal.com/142922.html>]

OLTMANN, S.M. (2016): Qualitative Interviews: A Methodological Discussion of the Interviewer and Respondent Contexts. In *Forum Qualitative Social Research*. 17/2:15

ORENSTEIN, M. (2008): Poverty, Inequality and Democracy. Post-Communist Welfare States. In *Journal of Democracy*. 19/4. S.80-94

OSOKINA, L.I. & JUDILEVIČ, Ja.G. (1978): Die Arbeit zur Entwicklung des Sprechens bei Kinder mit mittelschwerer geistiger Behinderung. [Rabota po razvitiju reči detej-imbezilov] In: *DEFEKTOLOGIJA*. 4/1978. S.43-47

PANNIER, B. (2016): *Another Crack in Uzbekistan's Economic Success Story*. Zugriff am 15.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/78316>]

PEYROUSE, S. (2015): *Central Asia: Mismanaging Religion*. Zugriff am 25.05.2015. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/73351>]

PHILLIPS, S. (2009): *“There are no invalids in the USSR!” A Missing Chapter in the New Disability History*. Zugriff am 20.11.2015. Verfügbar unter: [<http://www.dsqsds.org/article/view/936/1111>]

PHILLIPS, S.D. (2011): *Disability and Mobile Citizenship in Postsocialist Ukraine*. Bloomington: Indiana University Press

PILAKOV, A. (2014): Uzbekistan between the great powers: a balancing act or multi-vectorial approach? In *Central Asian Survey*, 33/3. S.297-311

PLEINES, H. (2014): *Wirtschaftsbezogene Länderranking. Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld im internationalen Vergleich*. Zentralasienanalysen. 81/2014. S.9-32. Zugriff am 19.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen81.pdf>]

POMFRET, R. (2006): *The Central Asian Economies Since Independence*. Princeton University Press. Princeton

PORTER, M. et al. (2016): *The Social Progress Index*. Zugriff am 05.12.2016. Verfügbar unter: [<https://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/at/Documents/about-deloitte/social-progress-index-2016.pdf>]

PRÄSIDENT DER REPUBLIK KASACHSTAN (2010): *Staatliches Bildungsentwicklungsprogramm 2011-2020* [Gosudarstvennaja programma razvitija obrazovaniya v RK na 2011-2020 gody] Zugriff am 12.03.2016. Verfügbar unter: [<http://control.edu.gov.kz/ru/gosudarstvennaya-programma-razvitiya-obrazovaniya-na-2011-2020-gody>]

PREXL, L. (2016): *Mit digitalen Quellen arbeiten: Richtig zitieren aus Datenbanken, E-Books, YouTube und Co*. UTB GmbH. Paderborn

PROYER, M. (2013): Die Norm als Ziel – Inklusion als Barriere?! Einblicke in die Rolle von Individualität im Schulalltag von Kindern mit Behinderung in Asien. In SEHRBROCK, P., ERDELYI, A. & GAND, S. (2013): *Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik und Inklusion. Individualität und Gemeinschaft als Prinzipien einer Internationalen Heil- und Sonderpädagogik*. Julius Klinkhardt. Bad Heilbrunn. S.22-29

PRZYBORSKI, A. & WOHLRAB-SAHR, M. (2009): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. Wissenschaftsverlag. München

RAHIMOV, M. & SECHKIN, V. (2008): *Evaluation Report: Basic education for children with special needs*. Asian Development Bank

RAYMOND, P. D. (1989): Disability as Dissidence: The Action Group to Defend the Rights of the Disabled in the USSR. In McCAGG (Hrsg.): *The disabled in the Soviet Union*. Pittsburgh University. S.235-252

RASHIDOVA, S. et al. (2001): *Frauen. Ihre Rechte und Freiheiten*. [Ženščiny. Eë prava i svobody] Eldinur-Verlagshaus. Taschkent

RAZINA, A. (2016): *Was über Šavkat Mirziyoyev bekannt ist* [Čem izvesten Šavkat Mirziyojev] Zugriff am 28.02.2017. Verfügbar unter: [<https://informburo.kz/stati/chem-izvesten-shavkat-mirziyoev.html>]

REICHERTZ, J. (2016): *Qualitative und interpretative Sozialforschung. Eine Einladung*. Springer Fachmedien. Wiesbaden

REINDERS, H. (2016): *Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen: Ein Leitfaden*. De Gruyter Oldenbourg. Berlin/Boston

REMPEL, H. et al. (2007): Die Rohstoffe Zentralasiens. Vorkommen und Versorgungspotenzial für Europa. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.433-447

REPUBLIK OF UZBEKISTAN (2013): *Education Sector Plan For 2013-2017*. Zugriff am 30.01.2015. Verfügbar unter: [<http://www.globalpartnership.org/sites/default/files/2013-09-Uzbekistan-Education-Sector-Plan-2013-2017.pdf>]

- RIMMER, A. (2015): Die Rolle der Aussiedler in den Deutsch-Kasachstansichen Beziehungen [Rol' pereselenzev iz Kazakhstana v Germaniju v Kazakhstansko-germanskich otnošenijach] In *Deutsche Kasachstans. Brücke zwischen Astana und Berlin. Materialien der internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz*. [Nemzy Kazakhstana. Most meždu Astanoj i Berlinom. Mat. mežd. nauč.-prak. konf.] Vozvroždenie. Almaty, S.202-212
- ROBSON, C. (2013): *Education Children with Disabilities in Developing Countries: The Role of Data Sets*. Zugriff am 10.04.2015. Verfügbar unter: [http://siteresources.worldbank.org/DISABILITY/Resources/280658-1172610312075/EducatingChildRobson.pdf]
- ROSENTHAL, G. (2015): *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. Juventa. Weinheim/München
- ROSENTHAL, G. (2015): *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. Juventa. Weinheim/München
- ROSSET, D. & SVARIN, D. (2014): The constraints of the Past and the Failure of the Central Asian Regionalism, 1991-2004 In: *Regional Studies of Russia, Eastern Europe, and Central Asia* 3. S.245-266
- ROSSISKAJA AKADEMIJA NAUK (2012): *Sozial-ökonomische Entwicklung der postsowjetischen Länder. Ein Fazit der letzten 20 Jahre*. [sozialno-ekonomičeskoe razvitie postsovetskich stran. Itogi dvatzatiletija]. Moskau Zugriff am 04.07.2015. Verfügbar unter: [https://inecon.org/docs/Vardomsky\_book\_2012.pdf]
- ROTHACHER, A. (2007): Blütenlese. Publikationen über Zentralasien. In DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE: *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. 57/ 8-9. S.617-630
- ROTTENBURG, R. (2002): *Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe*. Lucius und Lucius. Stuttgart
- ROUSE, M. & LAPHAM, K. (2013): *Learning to see invisible children. Inclusion of Children with disabilities in Central Asia*. Open Society Foundation. Budapest
- RUMER, B. (2002): The Powers in Central Asia. In *Survival*, 44:3, S.57-68
- RZSAD (2014): *Entwicklung des Prozesses der Deinstitutionalisierung in Usbekistan 2014-2016* [Razvitie prozessa de-instituzionalizazii v Uzbekistane na 2014-2016 gody]. Unveröffentlicht
- SAGDULLAYEV, A & MOSKOVKINA, A. (1991): Ätiologische Aspekte der intellektuellen Unterentwicklung bei Kindern [Etiologičeskie aspekty intellektual'nogo nedorazvitija u detej] In: *Defektologija*. 6/1991. S.17-23
- SALAZAR, M.K. (1990): Interviewer Bias: How it Affects Survey Research. In: *AAOHN Journal*. 38/12. S.567-572
- SANDBERG, B. (2013): *Wissenschaftliches Arbeiten von Abbildung bis Zitat. Lehr- und Übungsbuch für Bachelor, Master und Promotion*. Oldenbourg Verlag München. München

- SAPPER, M., WEICHSEL, V. & HUTERER, A. (2007): Mosaikstein. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.7
- SCHARFF, R. (2014): *Kasachstan als postsowjetischer Wohlfahrtsstaat*. Ibidem-Verlag. Stuttgart
- SCHATZ, E. (2004): *Modern Clan Politics: The Power of "Blood" in Kazakhstan and Beyond*. Jackson School Publications in International Studies.
- SCHOURICH, J.J. (1995): A postmodernist critique of research interviewing. In: *International Journal of Qualitative Studies in Education*. 8/3. S.239-252
- SCHLEHE, (1996): *Die Leibhaftigkeit in der ethnologischen Feldforschung*. In: *Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag*. 4/3. S.451-460
- SCHMITZ, A. & WOLTERS, A. (2012): *Politischer Protest in Zentralasien. Potentiale und Dynamiken*. SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin. Zugriff am 10.03.2017. Verfügbar unter: [[https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012\\_S04\\_smz\\_wolters.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S04_smz_wolters.pdf)]
- SCHMITZ, A. (2007): Interessen, Instrumente, Einflussgrenzen. Die Europäische Union und Zentralasien. In Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Osteuropa 57/8-9. S.327-338
- SCHMUTZLER, H.-J. (1994): *Handbuch Heilpädagogisches Grundwissen*. Verlag Herder. Freiburg im Breisgau
- SCHOLZ, M. (2007): *Integration und Inklusion - zwischen theoretischem Anspruch und Realität*. Zugriff am 01.11.2015. Verfügbar unter: [<http://bidok.uibk.ac.at/library/scholz-integration.html>]
- SCHRÖER, N. (2013): Zur hermeneutisch-wissenssoziologischen Auslegung des Fremden Interpretieren mit Unterstützung kulturvertrauter Co-Interpreten. S.61-75
- SCOTT, K. & METE, C. (2008): Measurement of Disability and Linkages with Welfare, Employment, and Schooling. In METE, C. (Hrsg.): *Economic Implications of Chronic Illness and Disability in Eastern Europe and the Former Soviet Union* S.35-66
- SEHBROCK, P., ERDÉLYI, A. & GAND, S. (2013): *Internationale und vergleichende Heil- und Sonderpädagogik und Inklusion: Individualität und Gemeinschaft als Prinzipien internationaler Heil- und Sonderpädagogik*. Julius Klinkhardt. Kempten
- SEITENOVER, A.S. & BECKER, C.M. (2008): *Disability in Kazakhstan: An Evaluation of Official Data*. Zugriff am 31.10.2017. Verfügbar unter: [<http://documents.worldbank.org/curated/en/445781468039262888/pdf/424700DisabilityDiscussionPaper00802.pdf>]
- ŠEK, O. (2005): Sozialer Ausschluss von Menschen mit Behinderung in der UdSSR [Social'noe isključenje invalidov v SSSR] In ROMANOVA, P; JARSKOJ-SMIRNOVOJ (Hrsg.): *Not und Elend. Die*



*Geschichte der sozialen Arbeit in Russland im 20. Jahrhundert* [Nužda i beda. Istorija social'noj raboty v Rossii, XX. v.]. Nauchnaja Kniga. Saratov

SHAGAZATOVA, M. (2012): *The Republic of Uzbekistan. Updating and Improving the Social Protection Index*. Asian Development Bank. Zugriff am 18.11.2016. Verfügbar unter: [<https://www.adb.org/projects/documents/uzbekistan-updating-and-improving-social-protection-index-tacr>]

SHOMAXMUDOVA, R. (2010): *Ausarbeitung eines nationalen Modells der Konzeption inklusiver Bildung und praktische Erfahrung in Usbekistan*. [razrabotka nazional'noj modeli koncepzii inkljuzivnogo obrazovanija i praktičeskij opyt v Uzbekistane]. Tashkent Zugriff am 10.06.2015. Verfügbar unter: [[http://www.elibrary.kz/download/zhurnal\\_st/st3626.pdf](http://www.elibrary.kz/download/zhurnal_st/st3626.pdf)]

SHOUMAROV, G. et al. (2009): *Konzeption des nationalen Modells der Inklusiven Bildung*. [konzeptzija national'noj modeli inkljuzivnogo obrazovanija]. Taschkent

SHUBINA, A. (2009): *Ein besonderes Kind. Betreuung und Entwicklung*. [Osobyj rebënok: uchod i razvitie]. RZSAD. Taschkent

SINGAL, N. & MUTHUKRISHNA, N. (2016): Reflexive Re-storying of Inclusive Education: Evidence from India and South Africa. In GRECH, S. & SOLDATIC, K. (Hrsg.): *Disability in the Global South. The Critical Handbook*. Springer International Publishing. Cham. S. 199-216

SINGAL, N. (2010) Doing disability research in a Southern context: challenges and possibilities In *Disability & Society*, 25/4. S.415-426

SINGAL, N. (2010) Doing disability research in a Southern context: challenges and possibilities In *Disability & Society*, 25/4. S.415-426

SOMFALVY, E. (2015): Wahlkreisarbeit ohne Wahlkreis. Abgeordnete und regionale Wählerschaft in Kasachstan und Kirgistan. In *Zentralasien-Analysen*, 2015:85, S.2-5. Zugriff am 20.05.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen85.pdf>]

SOROS (2016): *Soros Foundation-Kazakhstan*. Zugriff am 20.11.2015. Verfügbar unter: [<http://ru.soros.kz/programs/Initiatives>]

SOTIVOLDEY, A. (2012): *Steuerung durch den Staat oder Marktwirtschaft? Gesamtwirtschaftliche Politik und die Entwicklung des Finanzsektors in Usbekistan*. Zentralasienanalysen. 53/2012. S.2-5. Zugriff am 19.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen53.pdf>]

SOTIVOLDEY, A. (2013): Rohstoffe, Währungskontrolle und fehlende Investitionen. Die Investitionspolitik der usbekischen Regierung (1994-2010) auf dem Prüfstand. *Zentralasienanalysen*. 65/2013. S.2-5. Zugriff am 19.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen65.pdf>]

SPECHLER, D.R. & Martin C. SPECHLER, M.C. (2010): The foreign policy of Uzbekistan: sources, objectives and outcomes: 1991–2009. *Central Asian Survey*. 29/2, 159-170. Zugriff am 18.11.2017. Verfügbar unter: [<http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/02634937.2010.490679>]

SPECK, O. (2003): *System Heilpädagogik. Eine ökologisch reflexive Grundlage*. Ernst Reinhard Verlag. München, Basel

STADNENKO, N. (1990): Die Bedeutung der psychologischen Untersuchung in der Arbeit der medizinisch-pädagogischen Auswahlkommissionen. [Značenie psihologičeskogo obsledovonija v rabote otboročnych mediko-pedagogičeskych komisij] In: *Defektologija*. 2/1990. S. 3-7

STAMM, A. (2004): *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft. Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht*. Zugriff am 20.11.2017. Verfügbar unter: [http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3048/pdf/1\_2004.pdf]

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015): *Über 10 Millionen behinderte Menschen im Jahr 2013*. Zugriff am 07.07.2015. Verfügbar unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/05/PD15\_168\_122.html]

STOCKMANN, R. MENZEL, U. & NUSCHELER, N. (2016): *Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien*. Walter de Gruyter. Berlin/Bonn

STOLLEE, M.K. (1988): Homeless Children in the USSR 1917-1957. In *Soviet Studies. A Quarter Journal on the USSR and Eastern Europe*. Volume XL. 1988. S.64-84

STONE, E. & PRIESTLEY, M. (1996): Parasites, pawns and partners: disability research and the role of non-disabled researchers In *British Journal of Sociology*. 47/4. S.699-716

STROHBACH, J.-U. (2015): *Usbekistan in Zahlen 2015. Wirtschaftliche und soziale Indikatoren*. Deutsch-Usbekischer Wirtschaftsrat. München Zugriff am 21.10.2016. Verfügbar unter: [http://zentralasien.ahk.de/fileadmin/ahk\_zentralasien/A\_Material\_Website\_neu/B\_05\_Publikationen/C\_Usbekistan\_in\_Zahlen/2015\_Usbekistan\_in\_Zahlen.pdf]

SUDDABY, A. (1988): Children with Learning Difficulties. In RIORDAN, J. (Hrsg.): *Soviet Education. The Gifted and the Handicapped*. Routledge. London und New York. S.140-156

SULEJMENOVA, R.A. (2014): Frühe korrektiv-pädagogische Unterstützung von Kindern (Frühförderung) in der Republik Kasachstan. [Ranjaja korrekcionno-pedagogičeskaja podderžka detej (rannee vmešatel'stvo) v Respublike Kazachstan]. Verlag „LEM“. Almaty

SÜLZER, R. & ZIMMERMANN, A. (2013): *Abschied vom Planungswahn. Neue und alte Organisationsfragen der Internationalen Zusammenarbeit*. Springer Fachmedien. Wiesbaden

SUTTON, A. (1988): Special Education for Handicapped Pupils. In RIORDAN, J. (Hrsg.): *Soviet Education. The Gifted and the Handicapped*. Routledge. London und New York. S.70-94

TANSYKBAYEVA, G. (2001): Die Auslöschung der Diskriminierung der Frau – eine notwendige Bedingung ihrer faktischen Gleichheit [Likvidaziya diskriminazii žhenščiny – neobchodimoe uslovie eë faktičeskogo ravenstva] In TANSYKBAYEVA, G. (Hrsg.): *Die Frau: Ihre Rechte und Freiheiten* [Žhenščina: eë prava i svobody] El'dinur. Taschkent. S.9-26

TARR, G.T. (2016): The Eurasian Union of Russia, Belarus, Kazakhstan, Armenia, and the Kyrgyz Republic: Can It Succeed Where Its Predecessor Failed? In *Eastern European Economics*, 54/1, S.1-22

TEICHMANN, C. (2008): Kommerzialisierung im Bildungswesen der Republik Usbekistan? Zwischen bildungspolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität. In *Zentralasienanalysen* 04/2008. S.2-5. Zugriff am 12.12.2016. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen04.pdf>]

TELLERIA, J. (2017) Power relations? What power relations? The depoliticising conceptualisation of development of the UNDP. In: *Third World Quarterly*, 38/9, 2143-2158

TENGRINEWS (2015): *Nazarbaev: Die Übergabe von präsidentiellen Vollmachten an die Regierung und das Parlament braucht Zeit*. [Nazarbaev: Peredača prezidentskich polnomočij pravitel'stvu i parlamentu trebuet vremeni]. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [[https://tengrinews.kz/kazakhstan\\_news/nazarbaev-peredacha-prezidentskih-polnomochiy-pravitel'stvu-277093/](https://tengrinews.kz/kazakhstan_news/nazarbaev-peredacha-prezidentskih-polnomochiy-pravitel'stvu-277093/)]

THIELEN, M. (1982): *Sowjetische Psychologie und Marxismus: Geschichte und Kritik*. Campus-Verlag. Frankfurt/Main und New York

THOMSON, K. (2006): Disability organizations in the regions. In EVANS, A.B, HENRY, L.A. & SUNDSTROM, L.M. (Hrsg.): *Russian Civil Society: A Critical Assessment*. M.E. Sharp. New York & London. S.229-245

TIBI, C. (1996): Education. In UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM (Hrsg.): *Social Policy and Economic Transformation in Uzbekistan*. International Labour Organization. S.93-116

TILLMANN, K.-J. (2016): Empirische Bildungsforschung in der Kritik – ein Überblick über Themen und Kontroversen. In *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*. 19/2016. S.5-22

TOLEUKHANOVA, A. (2016): *Kazakhstan's Latest Shooting: Terror or Crime?* Zugriff am 01.03.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/79741>]

TOLIPOW, F. (2009): Die Beharrlichkeit des Vergangenen und Aufruf zu neuem Denken. In *Zentralasien-Analysen*. 19-20/2007. S.2-5. Zugriff am 12.05.2017. Verfügbar unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen19-20.pdf>]

TOMINI et al. (2014): *Situation Analysis of Children with Disabilities for the Development of an Inclusive Society in the Republic of Kazakhstan*. UNICEF. Astana. Zugriff am 25.06.2016. Verfügbar unter: [<https://www.slidedoc.us/situation-analysis-of-children-with-disabilities-for-the-development-of-an-inclusive-society-in-the-republic-of-kazakhstan>]

TRIEBE, B. (2016): *Umstrittene Bodenreform. Kasachstan kippt Hilfe für Investoren*. Zugriff am 01.03.2017. Verfügbar unter: [<https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/umstrittene-bodenreform-kasachstan-kippt-hilfe-fuer-investoren-ld.18440>]

TURDIEV, M. (2015): *Changing traditions by following traditions Disability inclusive development in Uzbekistan*. Zugriff am 12.10.2015. Verfügbar unter:



[https://www.academia.edu/16285594/Changing\\_traditions\\_by\\_following\\_traditions\\_Disability\\_inclusive\\_development\\_in\\_Uzbekistan](https://www.academia.edu/16285594/Changing_traditions_by_following_traditions_Disability_inclusive_development_in_Uzbekistan)]

TURGANBAYEV, Y. (2013): *Convergence across Kazakhstan regions*. Robert Gordon University Aberdeen

TÜRK, F. (2009): Nicht frei von Konflikten – Die Entwicklung der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen von 1992 bis heute. In *Zentralasien-Analysen*. 2007/19-20. S.12-16. Zugriff am 12.05.2017. Verfügbar unter: [\[http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen19-20.pdf\]](http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen19-20.pdf)

TURMUSANI, M., VREEDE, A. & WIRZ, L. (2002): Some ethical issues in community-based rehabilitation initiatives in developing countries In *Disability and Rehabilitation*. 24/10. S.558-564

UNDP (2009): National Human Development Report 2009. Exclusion To Equality: Realising The Rights Of Persons With Disabilities In Kazakhstan. Zugriff am 10.05.2015. Verfügbar unter: [\[http://www.kz.undp.org/content/dam/kazakhstan/docs/InclusiveDevelopment/UNDP\\_KAZ\\_NHDR\\_2009.pdf?download\]](http://www.kz.undp.org/content/dam/kazakhstan/docs/InclusiveDevelopment/UNDP_KAZ_NHDR_2009.pdf?download)

UNDP (2010): *Promoting Accessibility, Civic Consciousness, Employment, and Social Support for People with Disabilities*. Zugriff am 13.04.2016. Verfügbar unter: [\[http://www.uz.undp.org/content/dam/uzbekistan/docs/projectdocuments/Previous%20Projects/GGU/ACCESS/UN\\_doc\\_access\\_eng.pdf?download\]](http://www.uz.undp.org/content/dam/uzbekistan/docs/projectdocuments/Previous%20Projects/GGU/ACCESS/UN_doc_access_eng.pdf?download)

UNDP (2012): *Promoting The Employment Of Persons With Disabilities In Uzbekistan: Challenges And Prospects*. Zugriff am 06.07.2015. Verfügbar unter: [\[http://www.uz.undp.org/content/uzbekistan/en/home/library/un\\_in\\_Uzbekistan/promoting-the-employment-of-persons-with-disabilities-in-uzbekis.html\]](http://www.uz.undp.org/content/uzbekistan/en/home/library/un_in_Uzbekistan/promoting-the-employment-of-persons-with-disabilities-in-uzbekis.html)

UNDP (2015): *Human Development Report 2015*. Work for Human Development. New York. Zugriff am 12.12.2016. Verfügbar unter: [\[http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015\\_human\\_development\\_report.pdf\]](http://hdr.undp.org/sites/default/files/2015_human_development_report.pdf)

UNDP (2017): *Our mission*. Zugriff am 07.09.2017. Verfügbar unter: [\[http://www.undp.org/content/undp/en/home.html\]](http://www.undp.org/content/undp/en/home.html)

UNESCO (2011): *World Date on Education*. Kazakhstan. Zugriff am 15.12.2016. Verfügbar unter: [\[http://unesdoc.unesco.org/images/0021/002113/211305e.pdf\]](http://unesdoc.unesco.org/images/0021/002113/211305e.pdf)

UNICEF (2008): *Country Profile. Education in Kazakhstan*.

UNICEF (2008): *Education in Uzbekistan. Country Profile*. Zugriff am 21.12.2016. Verfügbar unter: [\[https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:XZUQ-2\\_A9F4J:https://www.unicef.org/ceecis/Uzbekistan.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de\]](https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:XZUQ-2_A9F4J:https://www.unicef.org/ceecis/Uzbekistan.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de)

UNICEF (2009) *Global Study on Child Poverty and Disparities in Uzbekistan*. Zugriff am 29.09.2016. Verfügbar unter: [\[https://www.unicef.org/socialpolicy/files/Uzbekistan\\_Child\\_Poverty\\_Report.pdf\]](https://www.unicef.org/socialpolicy/files/Uzbekistan_Child_Poverty_Report.pdf)

UNICEF (2012a): *Uzbekistan. Country Report*. Zugriff am 13.08.2015. Verfügbar unter: [[https://www.unicef.org/eca/UZ\\_Country\\_profile\\_eng\\_29July\\_FINAL\\_proofed.pdf](https://www.unicef.org/eca/UZ_Country_profile_eng_29July_FINAL_proofed.pdf)]

UNICEF (2012b): *Kazakhstan. Country Report*. Zugriff am 13.08.2015. Verfügbar unter: [[https://www.unicef.org/eca/KA\\_Country\\_profile\\_eng\\_29\\_July\\_FINAL\\_proofed.pdf](https://www.unicef.org/eca/KA_Country_profile_eng_29_July_FINAL_proofed.pdf)]

UNICEF (2013): *Social Protection Priorities in Uzbekistan. Taking Stock and Looking Forward*. UNICEF Country Office in Uzbekistan.

UNITED NATIONS (2015): *Committee on the Rights of Persons with Disabilities. Concluding observations on the initial report of Germany*. Zugriff am 08.10.2017. Verfügbar unter: [[http://nitsa-ev.de/wp-content/uploads/2015/04/UN-Empfehlungen\\_zur\\_BRK-Umsetzung\\_engl.pdf](http://nitsa-ev.de/wp-content/uploads/2015/04/UN-Empfehlungen_zur_BRK-Umsetzung_engl.pdf)]

URALSKWEEK (2015): *Die Erhöhung der staatlichen Leistungen wurden in Kasachstan um ein halbes Jahr verschoben*. [Povyšenie posobij v Kazachstane otložili na polgodu] Zugriff am 25.06.2015. Verfügbar unter: [<http://www.uralskweek.kz/2015/06/19/povyshenie-posobij-v-kazaxstane-otlozhili-na-polgodu/>]

URINBOZEV, R. (2010): *Social norms, law and the welfare as means of social control: Case study of Mahalla institutions in Uzbekistan*. Abstract from An International Conference and PhD Workshop Organized by Retfaerd: Concept of Justice in Legal Research, Odense, Denmark. Zugriff am 18.11.2016. Verfügbar unter: [<https://lucris.lub.lu.se/ws/files/6288400/2968116.pdf>]

USBKISCHES VOLKSBILDUNGSMINISTERIUM (2016): *Hauptindikatoren des Volksbildungsministeriums der Republik Usbekistan für 2012-13*. [Osnovnye pokazateli Ministerstva narodnogo obrazovanija Respubliki Uzbekistan na 2012-13] Zugriff am 12.01.2015. Verfügbar unter: [<http://old.eduportal.uz/rus/info/information/docs/20122013/>]

USBKISCHES VOLKSBILDUNGSMINISTERIUM et al. (2002): *National Action Plan. Education for All*. Zugriff am 13.03.2015. Verfügbar unter: [[http://planipolis.iiep.unesco.org/sites/planipolis/files/ressources/uzbekistan\\_efa\\_plan.pdf](http://planipolis.iiep.unesco.org/sites/planipolis/files/ressources/uzbekistan_efa_plan.pdf)]

USBKISCHES VOLKSBILDUNGSMINISTERIUM et al. (2010): *RESOLUTION ZUR INKLUSIVEN BILDUNG*. [resoljuzija po inkljuzivnomu obrazovaniju]. Unveröffentlicht

UZBEK SOCIETY of DISABLED PEOPLE (unveröffentlicht): *Alternativer Vortrag für das Komitee der UN für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*. [Al'ternativnyj doklad dlja Komiteta OON po ekonomičeskim, social'nym i kul'turnym pravam]

VERFASSUNG DER REPUBLIK USBEKISTAN (1994). [Konstituzija Respubliki Uzbekistan] Zugriff am 19.07.2015. Verfügbar unter: [[http://lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=35869](http://lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=35869)]

VLASOVA, T & PEVZNER, M (1973): *Über Kinder mit Abweichungen in der Entwicklung* [O detjach s otklonenijami v razvitii] Moskau. «Prosveščenie»

VOSS, R. (2016): *Wissenschaftliches Arbeiten...leicht verständlich!* UVK Verlagsgesellschaft mbH. Konstanz mit UVK/Lucius . München

- VYGODSKAYA, G. & LIFANOVA, T. (2000): *Lev Semjonovic Vygotskij. Leben-Tätigkeit-Persönlichkeit*. Kovacs. Hamburg
- VYGOTSKIJ, L. & LURIJA, A. (1992): *Ape, primitive man, and child: essays in the history of behavior*. Hemel. Hempstead
- VYGOTSKIJ, L. (1975): *Die Psychologie und Pädagogik der kindlichen Defektivität*. Zugriff am 30.10.2017. Verfügbar unter: [<http://th-hoffmann.eu/archiv/wygotski/wygotski.1924.pdf>]
- VYGOTSKIJ, L. (1991): Die Dynamik der geistigen Entwicklung des Schulkindes in Verbindung mit dem schulischen Lernen. [Dinamika umstvennogo razvitija školnika v svjazi s obučeniem] In DAVYDOV, W.W. (Hrsg.): *L.S. Vygotskij – Pädagogische Psychologie* [Pedagogičeskaja psihologija] Pedagogika. Moskau
- VYGOTSKIJ, L. (1993): The blind child. In RIEBER, R.W. & CARTON, R.S. (Hrsg.): *L.S. Vygotsky – Volume 2. The fundamentals of defectology*. Plenum Press. New York und London
- VYGOTSKIJ, L. (2003): Die Krise der Psychologie in ihrer historischen Bedeutung. In LOMPSCHER, J. (Hrsg.): *Lew Vygotskij. Ausgewählte Schriften*. Band I. Lehmanns Media. Berlin
- WAPLING, L. (2016): *Inclusive Education and Children with Disabilities: Quality Education for All in Low and Middle-Income Countries*. Zugriff am 13.10.2015. Verfügbar unter: [[http://www.cbm.org/article/downloads/54741/Quality\\_Education\\_for\\_All\\_LMIC\\_Evidence\\_Review\\_CBM\\_2016\\_Full\\_Report.pdf](http://www.cbm.org/article/downloads/54741/Quality_Education_for_All_LMIC_Evidence_Review_CBM_2016_Full_Report.pdf)]
- WATZLAWICK, P. (1977): *Die Möglichkeit des Andersseins. Zur Technik der therapeutischen Kommunikation*. Verlag Hans Huber. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle
- WERTSCH, J. (1985): *Vygotsky and the social formation of mind*. Harvard. Harvard University Press
- WEIGT, G. (2009): Zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit. In BÜRLI, A., STRASSER, U. & STEIN, A.-D. (Hrsg.): *Integration/Inklusion aus internationaler Sicht*. Julius Klinkhardt. Kempten. S.302-312
- WHO (2004): *Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit*. Zugriff am 20.01.2015. Verfügbar unter: [<http://sfbb.berlin-brandenburg.de/sixcms/media.php/5488/icf.pdf>]
- WHO (2011): *Summary. World Report on Disability*. Zugriff am 10.10.2016. Verfügbar unter: [[http://whqlibdoc.who.int/hq/2011/WHO\\_NMH\\_VIP\\_11.01\\_eng.pdf?ua=1](http://whqlibdoc.who.int/hq/2011/WHO_NMH_VIP_11.01_eng.pdf?ua=1)]
- WHO (2017): *European health for all database (HFA-DB). WHO/Europe. July 2016*. Zugriff am 11.01.2017. Verfügbar unter: [<http://data.euro.who.int/hfadbf/>]
- WILLIAMSON, H. (2017): *Kazakhstan: The Labor Crackdown and Possible Unintended Consequences*. Zugriff am 27.02.2017. Verfügbar unter: [<http://www.eurasianet.org/node/82201>]
- WOCKEN, H. (2012): Über die Entkernung der Behindertenrechtskonvention Ein deutsches Trauerspiel in 14 Akten, mit einem Vorspiel und einem Abgesang. In *Zeitschrift für Inklusion*.

04/2012. Zugriff am 08.10.2017. Verfügbar unter: [<https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/80>]

WORLD BANK (2009): *People with disabilities in India. From commitments to outcomes.* Washington, D.C. Zugriff am 10.06.2015. Verfügbar unter: [<http://documents.worldbank.org/curated/en/577801468259486686/pdf/502090WP0Peopl1Box0342042B01PUBLIC1.pdf>]

WORLD BANK (2013): *The Republic of Uzbekistan. Improving Early Childhood Care and Education.* Zugriff am 13.12.2016. Verfügbar unter: [<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/15803>]

WORLD BANK (2014): *Uzbekistan Modernizing Tertiary Education.* Human Development Sector Unit. Document of the World Bank. Zugriff am 21.12.2016. Verfügbar unter: [<http://pubdocs.worldbank.org/en/236211484721686087/Uzbekistan-Higher-Education-Report-2014-en.pdf>]

WORLD BANK (2016a): *World Development Indicators. Uzbekistan.* Zugriff am 20.10.2016. Verfügbar unter: [<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&country=UZB>]

WORLD BANK (2016b): *World Development Indicators. Kazakhstan.* Zugriff am 20.10.2016. Verfügbar unter: [<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&country=KAZ>]

WORLD BANK (2016c): *World Development Indicator. Germany* [Zugriff am 20.10.2016. Verfügbar unter: [<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&country=DEU>]

WORLD BANK (2016d): *Recent Economic Developments. Uzbekistan.* Zugriff am 18.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.worldbank.org/en/country/uzbekistan/overview#3>]

WORLD BANK (2016e): *Recent Economic Developments. Kazakhstan.* Zugriff am 18.10.2016. Verfügbar unter: [<http://www.worldbank.org/en/country/kazakhstan/overview#3>]

WORLD BANK (2017a): *GDP growth (annual %).* Zugriff am 21.01.2017. Verfügbar unter: [<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>]

WORLD BANK (2017b): *New country classifications by income level: 2017-2018.* Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [<https://blogs.worldbank.org/opendata/new-country-classifications-income-level-2017-2018>]

WORLD BANK (2017c): *Upper middle income.* Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [<https://data.worldbank.org/income-level/upper-middle-income>]

WORLD BANK (2017d): *Lower middle income.* Zugriff am 09.10.2017. Verfügbar unter: [<https://data.worldbank.org/income-level/lower-middle-income>]

WORLD BANK (2017e): *Who we are. History.* Zugriff am 08.09.2017. Verfügbar unter: [<http://www.worldbank.org/en/about/history>]

WORLD FOOD PROGRAMME (2008): *Poverty and Food Insecurity in Uzbekistan*. Zugriff am 09.11.2016]. Verfügbar unter: [http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/ena/wfp179011.pdf]

YEO (2001): *Chronic Poverty and Disability*. Zugriff am 11.06.2017. Verfügbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN\_ID1754542\_code1382430.pdf?abstractid=1754542&mirid=1&type=2]

YEREMENKO, I. (1985): *Geistigbehindertenpädagogik* [Oligofrenopedagogika]. Verlagsvereinigung «vvišča škola». Kiew

ZAGIRTDINOVA, F. (2005): Disability in Uzbekistan: when will the social model of disability arrive? In: *Disability & Society*. 20/2005. S.213-217

ZAVERŠEVNA, E. (2010): The Vygotsky Family Archive. In *Journal of Russian & East European Psychology*. 48/2010. S.14-33

ZENTRALASIEN-ANALYSEN (2008): *Präsidentenwahlen in Usbekistan*, 23.Dezember 2007. 1/2008. S.18-20 Zugriff am 02.05.2017. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen01.pdf]

ZENTRALASIEN-ANALYSEN (2014): *Zentralasien in wirtschaftsbezogenen Länderranking*. 2014/81, S.10-30. Zugriff am 19.10.2016. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen21.pdf]

ZENTRALASIEN-ANALYSEN (2015a): *Ausgaben für Bildung in Zentralasien*. Zugriff am 10.01.2017. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen93.pdf]

ZENTRALASIEN-ANALYSEN (2015b): *Zentralasien in politikbezogenen Länderrankings*. In ZENTRALASIEN-ANALYSEN 90/2015. S.9-46. Zugriff am 04.03.2017. Verfügbar unter: [http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen90.pdf]

ZHITNIKOVA, M.N. et al. (2008): Das Bildungssystem der Republik Usbekistan: Bildungsprogramme und erwerbbare Qualifikationen. [Sistema obrazovaniya respubliki Uzbekistan: Obrazovatel'nye programmy i prisvaivaemye kvalifikatsii] *Naučnyj vestnik MGTU. Seriya meždunarodnaja dejatel'nost' vuzov* [Wissenschaftliches Journal der MGTU. Serie: Die internationale Tätigkeit der Hochschulen] 128/2008. S.48-58. Zugriff am 16.12.2016. Verfügbar unter: [https://cyberleninka.ru/article/v/sistema-obrazovaniya-respubliki-uzbekistan-obrazovatelnye-programmy-i-prisvaivaemye-kvalifikatsii]

ZIEGLER, C. H. (2015a): Introduction. In Ziegler, C. H. (Hrsg.): *Civil Society and Politics in Central Asia*. Kentucky: University Press of Kentucky, S. 1–18.

ZIEGLER, C. H. (2015b): Conclusion. In Ziegler, C. H. (Hrsg.): *Civil Society and Politics in Central Asia*. Kentucky: University Press of Kentucky, S. 333–340.

ZIKOTO, G. (1987): Die Entwicklung des räumlichen Vorstellungsvermögens von Kindern mit mittelschwerer geistiger Behinderung bei der Förderung durch das Bauen mit flachen Figuren [Razvitie poznaija prostranstva u detej-imbezilov pri obučenii postroeniju ploskich figur] *Defektologija*. 1/1987. S. 42-47